This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

**Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

**About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

**Über Google Buchsuche**

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

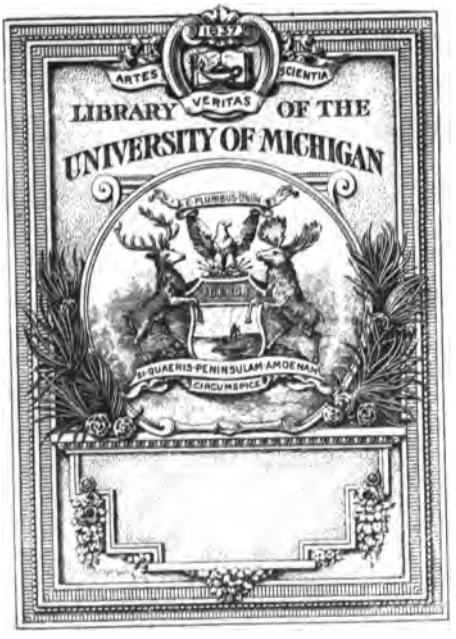
A 439653

# Soziale Erziehung

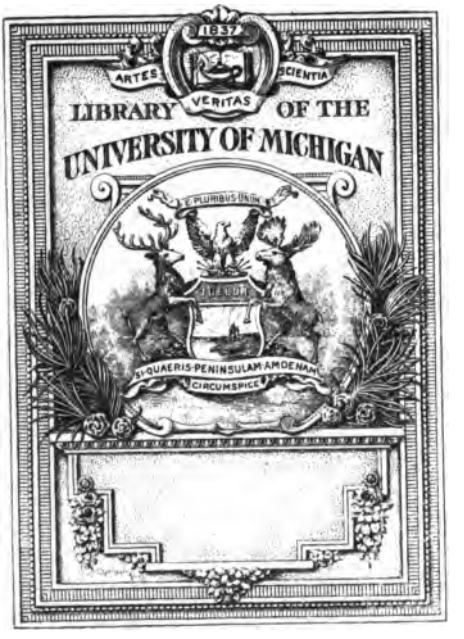
## in Theorie und Praxis.

Von

J. Trüper.


ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

LB
675
.D652
T87


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE

LB
675
.D652
T87

Friedrich Wilhelm Dörpfelds

# Soziale Erziehung

in Theorie und Praxis

von

J. Trüper.

Gütersloh.
Druck und Verlag von C. Bertelsmann.
1901.

# Vorwort.

In den letzten Jahren ist in pädagogischen Kreisen sehr viel über Socialpädagogik geschrieben und geredet und über die Frage, ob Individual- oder Socialpädagogik, viel gestritten worden. Zahlreiche Schriften sind erschienen, welche sich mit diesen Fragen beschäftigen, und in der gesamten Schulpresse wie auf den Versammlungen der Lehrer setzt sich der Streit fort, anscheinend ohne Aussicht auf Verständigung. Dadurch, daß Dörpfeld die Frage nicht so stellt, ob Individual- oder Socialpädagogik, sondern daß er nachzuweisen sucht, daß der wahren Pädagogik sowohl ein individuales als ein sociales Princip inne wohnt und daß die pädagogischen Fragen sowohl von der individualen als auch von der socialen Seite her betrachtet und behandelt sein wollen, können seine Gedanken ein Wesentliches nicht bloß zur Verständigung in diesem Streite, sondern auch zur Befruchtung der Pädagogik in Theorie und Praxis beitragen. Bei Dörpfeld war das individuale Moment mit dem socialen in natürlichster und darum glücklichster Einheit.

Aber auch in weiteren Kreisen spielt die Frage der socialen Erziehung eine große Rolle. Nach dem Beispiele des Engländers Thomas Carlyle glauben social gesinnte Idealisten, die gefahrdrohenden socialen Bewegungen unserer Zeit durch erzieherische Beeinflussung unseres Volkes dämpfen, wenn nicht gar auf diesem Wege die sogenannte sociale Frage lösen zu können. Selbst in der Politik, wo im allgemeinen Macht vor Einsicht und Recht geht, bricht sich die Ansicht immer mehr Bahn, daß an Stelle der äußeren Macht in Form der Socialistengesetze und neben der socialpolitischen Arbeit eine Art Socialerziehung treten müsse. In manchen Fällen verdienen freilich die gedachten und versuchten Volksbeeinflussungen nicht den Namen „Erziehung", selbst wenn man zur Verstärkung der be-

149723

Re-classed 3.1.32 AVM

abſichtigten Wirkungen den Verſuchen noch ein „chriſtliches“ Mäntelchen umhängt. Es kann uns darum auch nicht wunder nehmen, wenn ſolche ſociale Erziehung die Ironie eines in der materiellen Seite der ſocialen Bewegungen ſehr ſachverſtändigen Mannes wie Werner Sombart herausfordert. Ob dieſe Art ſocialer Erziehung überhaupt nützt, oder ob ſie gar ſchadet, ob ſie nur vorübergehend wirkt oder andauernd, ob ſich nur einzelne Symptome der ſocialen Krankheit dadurch aus der Beobachtung bannen oder ob ſich das thatſächliche Übel dadurch heben oder wenigſtens beſſern läßt, darüber gehen die Anſichten weit auseinander.

Sociale Erziehung bedeutet für Dörpfeld nicht ein Hinwegtäuſchen über ſociale Schäden und Mißſtände, auch nicht bloß eine Fürſorge für die wirtſchaftlich Schwachen und wirtſchaftlich Verwahrloſten und Entarteten, und erſt recht nicht ein einſeitiges demagogiſches Streben nach politiſcher Herrſchaft der Maſſe, d. i. im Grunde der Überredungskünſtler derſelben. Sociale Erziehung bedeutet für ihn Veredelung und Kräftigung des verſchiedenartigen Gemeinſchaftslebens in unſerem Volke und damit Veredelung des Volksganzen. Denn die Zukunft unſeres Volkes hängt für ihn nicht zunächſt von der Behandlung jenes Krankhaften ab, ſondern vielmehr von der geſunden Entwicklung der Volkskräfte wie von der Entwicklung des Geſunden im Volke. Wenn jede ſociale Erziehung der geſunden Natur gemäß iſt, ſo wird das Abnorme oft von ſelber mit überwunden, wie der Verfaſſer dieſer Schrift aus ſeiner eigentlichen Berufsarbeit an abnormen Individuen tagtäglich erfährt.

Die vorliegende Schrift möchte nun zeigen, welche theoretiſchen Forderungen Dörpfeld an eine geſunde Socialerziehung ſtellt und welche praktiſchen Aufgaben hier zu löſen ſind.

Doch noch einen andern Zweck hat ſie. Sie möchte im Intereſſe unſeres Volkes die Verdienſte dieſes Mannes wenigſtens nach ſeinem Tode nach Gebühr würdigen, nachdem er zu ſeinen Lebzeiten nur von wenigen, zumal nach dieſer Seite hin, erkannt und anerkannt worden iſt.

Das Schulregiment hat Dörpfeld — allerdings nicht zu ſeinem und des Volkes Unſegen — in der Berufsarbeit der Volksſchule belaſſen, obgleich er wegen ſeines vielſeitigen und gründlichen Wiſſens, ſeiner ungemeinen Klarheit und Selbſtändigkeit des Denkens und Wollens und ſeines didaktiſchen Talentes nach Anſicht vieler eine Zierde eines akademiſchen Lehrſtuhles, wenigſtens aber eines Seminardirektorates geweſen wäre.

Die Wissenschaft hat dem Sohne Dörpfelds in voller Würdigung seiner Leistungen bereits mit 28 Jahren den Doctor hon. causae verliehen, weil er als Architekt sich um das Studium von Altertümern in Troja und anderswo besondere Verdienste erworben hat. Für den Vater, der der Veredelung des eigenen Volkes ein ganzes Leben bis zum letzten Atemzuge mit Erfolg gewidmet und unter anderm nachgewiesen hat, welche herrlichen Schätze noch in der Tiefe unseres eigenen Volkes vergraben liegen, fand auch sie keinerlei Ehrung.

Unter seinen eigenen Standesgenossen fand Dörpfeld zu Lebzeiten zwar einen bestimmten Kreis treuer Freunde, die ihn verstanden und seine Gedanken und Anregungen fruchtbringend verwerteten. Der Provinzialschulrat Dr. Landfermann bekannte in einem Briefe: „Wenn ich Ihrer gedenke, so tritt mir vor allem der Tag vor die Seele, an welchem ich vor einer langen Reihe von Jahren in Ihrer Schule zum ersten Male Zeuge Ihrer Amtsthätigkeit war, und welchem ich eine tiefgreifende Erweiterung und Berichtigung meiner Anschauungen und Begriffe von den Aufgaben und den erreichbaren Zielen der Volksschule verdanke. Und wieviele Beziehungen zu Ihnen haben mich seitdem angeregt und erfreut.“ Gymnasialdirektoren wie Hollenberg und Frick (weiland Direktor der Franckeschen Stiftungen in Halle a. S.) bis hin zu jungen Lehrern einfacher Dorfschulen standen in gleicher Weise zu ihm. Aber die Mehrzahl der Lehrer hat ihn ebenfalls verkannt, weil er auch für sie nicht in Schablonen paßte. Erst nach und nach lernen sie ihn und seine Werke schätzen. So werden denn nach seinem Tode seine didaktischen und persönlichen Verdienste in zahlreichen Schriften und Zeitungsartikeln gefeiert. Seine schulpädagogischen Ideen halten je länger je mehr siegreichen Einzug in den Schulen des In- und Auslandes. Sein Vorbild erwärmt und erhebt manches Lehrerherz und läßt den Lehrerstand durch die Erkenntnis seiner höheren Zwecke wachsen. Seine ganze Persönlichkeit, wie sie uns in der vortrefflichen Biographie der Tochter gezeichnet worden ist, hat aus allen Volksschichten manche angezogen, die noch Sinn und Verständnis für echte deutsche Urwüchsigkeit, ungeheuchelte Vaterlandsliebe und aufrichtige Frömmigkeit haben. Und jetzt schickt man sich sogar an, ihm ein doppeltes Denkmal zu errichten.

Doch eine Seite seiner vielseitigen und anregenden Thätigkeit wie seiner philosophischen und pädagogischen Gedankengänge ist bis jetzt

auch von diesen nicht gebührend oder kaum gewürdigt worden. Obgleich ich seit 1890 in verschiedenen Abhandlungen auf diese Seite der Dörpfeldschen Thätigkeit hingewiesen habe, ist mir doch bis heute außer einer Buchbesprechung (jener Biographie) von Prof. Paulsen in Berlin unter den vielen Arbeiten über Dörpfeld noch keine zu Gesicht gekommen, welche seine Verdienste in dieser Beziehung voll gewürdigt hätte. Und doch hat er nach der Richtung der socialen Seite der Probleme einer „Erziehung im großen Stil" einen Scharfblick und Weitblick bekundet wie nur wenige. Er verstand es, unserm Volke ins Herz zu schauen und ihm nach allen Seiten des socialen oder Gemeinschaftslebens hin von Utopistischem freie Ideale vorzuzeichnen, die noch für lange Zeit vorbildlich bleiben werden und auch trotz alles socialen Denkens und Forschens in den letzten drei Jahrzehnten in vielen Punkten nicht überholt worden sind.

Diese Seite seines Denkens und Wirkens möchte die vorliegende Schrift darlegen, unter Hinweis auf seine „Gesammelten Schriften" wie unter Verwertung von mancherlei ungedruckten brieflichen Auslassungen, und im Vergleich zu den bedeutsamsten Ansichten über die socialen Strömungen der Gegenwart und deren Beeinflussung, in der Hoffnung, damit ein bescheiden Teil zur Klärung der durch der Parteien Haß und Gunst arg verwirrten öffentlichen Meinung über sociale Bewegungen, und Förderung der Aufgabe einer wahrhaft religiösen, nationalen und ethisch-socialen Erziehung unseres Volkes beizutragen.

Im Geist und Sinne unseres verstorbenen Freundes buhlt sie nicht um Gunst und Gnade der jeweiligen Machthabenden, gleichviel ob auf dem Gebiete der Gelehrsamkeit oder des staatlichen, kirchlichen, schulischen und wirtschaftlichen oder gar des Parteilebens; sie fühlt sich höheren Mächten verpflichtet.

Dem Verfasser steht aber, wie Dörpfeld bei der Abfassung seiner meisten Schriften, die große Zahl namentlich der jüngeren Volksschullehrer vor Augen, welche nach seinen eigenen Erfahrungen und Beobachtungen inmitten ihrer wichtigen Aufgaben innerhalb des socialen Lebens oft rat- und führerlos dastehen. Die bureaukratisch-einseitige Berufserziehung mitsamt der eigenartigen und einzigartigen Bevormundung von oben auf der einen und die Umgarnungsversuche seitens aller, namentlich aber der radikalen Parteien mitsamt der Modelitteratur und der bereits zu jedem Morgenkaffee dargereichten Tagespresse auf der andern Seite, führen viele im Denken wie im

Wirken auf Abwege. Sie drängen ernste Naturen in tragische Konflikte und nicht selten in die Arme jener Parteien, die für diese socialbedrückte Lage des Volksschullehrerstandes wie der unteren Volksmassen überhaupt das meiste Interesse bekunden, wenigstens mit dem Munde. Andere benutzen einseitig die Gabe ihres Kopfes und werden charakterlose Streber oder wenden sich andern Berufen zu, und noch andere sagen: Wir thun in der Schule unsere „Pflicht" und im übrigen — — .

Mögen wir von Dörpfeld lernen, wann man erst fähig ist, seine Pflicht in der Schule thun zu können. Mögen seine Ideen die Strebsamen erstrebenswertere Ziele erkennen und lieben lehren! Und mögen sie die ernsteren Naturen unterscheiden lehren, daß die Bureaukratie nicht der Staat und das Vaterland, die Hierarchie nicht die Kirche und das Christentum und die Scholarchie nicht die Schule und die Volkserziehung sind und man darum nur bei treuer Hingabe an das Historische in Vaterland, Staat, Schule und Kirche recht social wirken kann. —

Sophienhöhe bei Jena, August 1901.

**J. Trüper.**

# Inhalt.


| | | Seite |
|---|---|---|
| I. | Eine „Pädagogik im großen Stil“ | 1 |
| II. | Psychologisches | 17 |
| III. | Zur Ethik | 20 |
| IV. | Die soziale Seite des Unterrichts und der Erziehung der Schule | 24 |
| V. | Die Familie als soziale Erziehungsgemeinschaft | 30 |
| VI. | Die Schule als social-erzieherischer Organismus | 36 |
| VII. | Die soziale Frage des Lehrerstandes | 44 |
| VIII. | Die social-erzieherischen Aufgaben der Kirche | 61 |
| IX. | Nationale Erziehung | |
| | 1. „Ein Land, Ein Volk, Ein Nam', Ein Haupt“ | 92 |
| | 2. Die Volkserziehung umfaßt mehr als das staatlich Nationale | 101 |
| | 3. Staat und Schule | 103 |
| | 4. Die Schädigung des Volkscharakters durch das politische Parteitreiben | 117 |
| X. | Soziale Erziehung und soziale Frage | 132 |

**Anhang.**

| | | |
|---|---|---|
| I. | Bemerkungen zu den didaktischen Schriften und ihren Beurteilungen. | 181 |
| II. | Klagebrief eines preußischen Schulmannes an einen liberalen Staatsmann | 185 |
| III. | Warum verliert die Kirche den Einfluß auf den Lehrerstand? | 195 |
| IV. | Ursachen des geringen Erfolges der Dörpfeldschen Bestrebungen | 216 |
| V. | Herr von Bethmann-Hollweg und die soziale Stellung des preußischen Volksschullehrers | 228 |
| VI. | Briefwechsel mit Dr. Alb. Lange über die Schulverfassungsfrage | 250 |

# I. Eine „Pädagogik im großen Stil“.

Seit Peſtalozzi hat ſich die Pädagogik immer mehr zu einer bloßen Schulpädagogik und dieſe wiederum zu einer bloßen Schuldidaktik eingeengt. Es war jedoch nicht Peſtalozzis Schuld. Er hat in ſeinen Schriften, voran in „Lienhard und Gertrud“, den Begriff der Erziehung im weiteſten Sinne des Wortes gefaßt und die Erziehung auch in dieſem Sinne zu üben verſucht. Und durch ihn angeregt haben Männer wie Fichte, Krug u. a. die Erziehungsfragen in demſelben Sinne gehandhabt. Zu ihrer Zeit erſchienen ſogar Schriften über „Staatspädagogik“. Die Schulpädagogik wurde alſo nur als ein Zweig der Geſamtpädagogik betrachtet.

Aber die Anregung, welche Peſtalozzi der Didaktik gab, hat alles von ihm ausgehende pädagogiſche Intereſſe je länger je mehr in Anſpruch genommen und faſt ausſchließlich auf den Unterricht konzentriert. Unter der großen Zahl von pädagogiſchen Schriften handelt nur ausnahmsweiſe eine dann und wann nicht vom Unterricht oder von dem Wiſſenserwerbe und der Bildung des Intellektes. Und dieſe Ausnahmeſchriften wurden obendrein nicht beachtet und geleſen. So z. B. ſind Magers weitblickende Schriften und Anregungen[1]) ſo gut wie vergeſſen worden und

---

[1]) **Schriften von Dr. Mager**, geboren 1810 zu Gräfrath, Kr. Solingen, geſtorben 1858 zu Wiesbaden:

A. Zur franzöſiſchen Sprache und Litteratur:

1. Geſchichte der franzöſiſchen Nationalliteratur neuerer und neueſter Zeit (1789—1837). 4 Bände. Berlin, bei Heymann, 1837.
2. Tableau anthologique de la litterature française contemporaine. 3 Bände, ebendaſelbſt.
   (Es bietet die Litteraturproben zur vorſtehenden Geſchichte.)
3. Franzöſiſches Elementarwerk. Lehr- und Leſebuch für Gymnaſien und Realſchulen.
   1. Teil: Franzöſiſches Sprachbuch. Elementarmethodiſche Unterweiſung in den Anfängen der Grammatik, Onomatik und Technik der franzöſiſchen Sprache. (7. Aufl., 1854).
   2. Teil: Franzöſiſches Leſebuch. 2 Bände. (5. Aufl., 1853.)

Dörpfelds anfangs vielgelobte und grundlegende „freie Schulgemeinde" hat in dreißig Jahren keine neue Auflage erlebt.

Jene massenhaften didaktischen Schriften lenkten wiederum den Blick vorwiegend nur auf die Lehrmethode, auf das sogenannte formale Princip

---

Ein 3. Band erschien unter dem Titel:
Französische Chrestomathie. 2 Auflagen.

B. Zur deutschen Sprache:
4. Deutsches Elementarwerk. Lehr- und Lesebuch für u. s. w.
1. Teil: Deutsches Lesebuch. 3 Bände. (1. Bd., 7. Aufl. 1854.)
2. Teil: Deutsches Sprachbuch. 2 Auflagen.

C. Zum propädeutischen Unterricht in der Philosophie: (unvollendet geblieben)
9. Die Encyklopädie oder das System des Wissens, zunächst als Propädeutik und Hodegetik für abgehende Schüler der Gymnasien und Bürgergymnasien und angehende Studierende auf Hoch- und Fachschulen.
1. Teil: Das Lehrbuch. (Ist leider nicht erschienen.)
2. Teil: Lesebuch, enthaltend 250 Abhandlungen und Bruchstücke aus allen Gebieten der Wissenschaft. Von 129 Autoren. (Quartband 94 Bogen.) Zürich, 1847.

D. Zur Methodik:
7. Über Wesen, Einrichtung und pädagogische Bedeutung des schulgemäßen Studiums der neueren Sprachen und Litteraturen, und die Mittel ihm aufzuhelfen. 134 S. Zürich 1843.
8. Die genetische Methode des schulgemäßen Unterrichts in fremden Sprachen und Litteraturen. 3. Aufl., 426 S., Zürich 1846.

E. Zur Theorie der Schuleinrichtung:
5. Die deutsche Bürgerschule (Realschule). Schreiben an einen Staatsmann. 265 S. Stuttgart, 1840.
6. Einrichtung und Unterrichtsplan eines Bürger-Gymnasiums (Realschule). (Separatabdruck aus der Pädag. Revue, 1845.) 116 S., Konstanz 1845.

F. Zur Theorie der Schulverfassung (Scholastik):
Eine selbständige Schrift über diesen Zweig der Pädagogik ist leider nicht erschienen.

Was Mager darüber geschrieben, findet sich zerstreut in der Pädagogischen Revue, namentlich in den Jahrgängen 1845—48, in der Form von Aufsätzen, Recensionen und Bemerkungen zu Korrespondenzberichten.

Der Hauptaufsatz (und letzter) steht im Jahrg. 1848, 2 Bd., unter dem Titel:

Bruchstücke aus einer deutschen Scholastik. Erste Hälfte. Die zweite Hälfte ist leider nicht erschienen.

(Es war ein Auszug aus einer selbständigen Schrift, welche im Manuskript fertig vorlag und etwa 50 Druckbogen umfaßt haben würde, welche im Auszug auf 4 Bogen zusammengedrängt sind.)

G. Pädagogische Revue. Von 1840—48. (19 Bände).

des Unterrichts. Sehr selten beschäftigte sich jemand mit dem materiellen Princip, mit der Lehrplanfrage, — wahrscheinlich, weil diese nur im Rahmen einer allgemeinen Pädagogik gelöst werden kann —, und wo es geschehen, da blieb diese Arbeit wiederum unbeachtet. Herkommen und allgemeiner Brauch bestimmten Namen und Zahl der Lehrgegenstände und die Auswahl der Lehrstoffe, und gesetzliche oder ministerielle Bestimmungen gaben der Tradition ihre feierliche Bestätigung. An die Probleme, welche hier steckten, wurde meistens nicht einmal gedacht. Die Theorie des Lehrplanes blieb lange ein unbeachtetes Gebiet.[1])

Die Lehre von der Willensbildung oder der Erziehung im engeren Sinne — der Zucht — blieb unerörtert, oder sie wurde nur insoweit erörtert, als der Schulunterricht sie erheischte. An Untersuchungen über die Willensbildung des normalen Kindes ist die pädagogische Litteratur des letzten Jahrhunderts außerordentlich arm, und die Probleme, welche in der Erziehung der fehlerhaft veranlagten Kinder stecken, hat der achtzigjährige Strümpell erst im letzten Jahrzehnt wenigstens programmatisch zusammengestellt.[2]) Kein Wunder daher, wie unter Beiseiteschiebung von Schule und Kirche die Fürsorge für die Erziehung der sittlich gefährdeten, verwahrlosten und verbrecherischen Jugend jüngst in Preußen auf gesetzgeberischem Wege den Juristen und Polizisten zur Pflicht gemacht werden konnte, ohne daß dabei den Kirchen- und Schulzeitungen diese Grenzüberschreitungen aufs Herz fielen.[3])

Natürlich blieb erst recht die pädagogische Psychologie in der Hauptsache im Intellekt stecken.

Ja selbst die von Herbart und Ziller ausgegangene pädagogische Bewegung, welche die Charakterstärke der Sittlichkeit als Erziehungsziel auf ihre Fahnen schrieb, verengte sich je länger je mehr wieder zu einer Reform der Schuldidaktik, namentlich in ihrer Litteratur. Zillers „Grundlegung zur Lehre vom erziehenden Unterricht" hat zwar weitgreifendere Ansätze. Aber

---

[1]) Vgl. Dörpfeld, Grundlinien einer Theorie des Lehrplans. 1. Aufl. 1873, 2. Aufl. im 2. Bande der Ges. Schr. 1898. Ziller, Grundlegung zur Lehre vom erziehenden Unterrichte. 1. Aufl. 1864. Trüper, Zur Theorie eines Unterrichts- und Erziehungsplanes. Gütersloh 1893.

[2]) Strümpell, Die pädagogische Pathologie oder Die Lehre von den Fehlern der Kinder. 1. Aufl. 1890, 3. Aufl. 1899. Leipzig, Ungleich.

[3]) Näheres in Nr. 3 und 4 d. J. der „Zeitschrift für Kinderforschung" sowie in: Trüper, Zur Frage der Erziehung unserer sittlich gefährdeten Jugend. Langensalza. 1900.

was ist seitdem von seinen direkten Schülern außerhalb des didaktischen Gebietes Grundlegendes für eine Gesamtpädagogik erarbeitet worden?

Als Vorstandsmitglied des „Vereins für wissenschaftliche Pädagogik" hatte Dörpfeld noch nach dem Erscheinen seiner Schrift „Wider den didaktischen Materialismus"[1]) (1. Auflage 1879) Grund zu folgender Klage (in einem Briefe an ein anderes Mitglied):

„Zu alle dem, was mich zur Bearbeitung der Abhandlungen (wider den didaktischen Materialismus) trieb, kam noch ein Impuls von einer andern Seite.

Immer mehr hatte sich mir der schmerzliche Gedanke aufgedrängt, daß die Herbartische „Schule" in ihrem leibhaftigen Personal der hohen Aufgabe, Vorkämpferin der pädagogischen Wissenschaft zu sein, nicht gewachsen sei. Das Warum entzieht sich meinem Blicke. Das Phänomen sehe ich deutlich. Wenn der einzige Ziller heute oder morgen seine Augen schlösse, so würde in 10—20 Jahren und vielleicht noch früher die jetzige Herbartsche Schule im Sande verlaufen sein. Zillers Stärke ist nicht ihre Stärke, aber seine Schwächen, die sind bei ihr zwiefach vorhanden.

Wissenschaftliche Austüftelungen — ich meine hier methodische — sind ja notwendig, aber nur dann fruchtbar und lebenskräftig, wenn sie mit den Anschauungen draußen in Austausch treten. Eine Kirche, die nicht missioniert, ist am sterben oder bereitet sich dazu vor, und eine pädagogische Schule, die nicht aggressiv vorgeht, ist auf derselben Bahn. Es waren der Herbartischen Schule 99 pädagogische Lebensfragen vor die Füße gelegt: sie hat keine einzige davon angefaßt — es sei denn hinter verschlossenen Thüren.

Hier einige der Phänomene.

1. „Sie treibt „wissenschaftliche" Pädagogik — und schweigt seit Magers Tode hartnäckig darüber, daß die pädagogische Wissenschaft auf den Universitäten vernachlässigt und verachtet ist.

2. Sie führt den „erziehenden" Unterricht im Munde, aber es rührt und kümmert sie nicht, daß aus dem öffentlichen Unterricht die Erziehung immer mehr und mehr verschwindet.

3. Das deutsche Volk versinkt in Tingeltangel-Morast, ein Teil der Kunst in Liederlichkeit, die Kriminalgesetzgebung in erbärmliche Weichlichkeit und Schlaffheit, bei welcher die Verbrecher rücksichtsvoller behandelt werden als die ehrlichen Leute — aber die Herbartische Schule, welche an der Spitze der deutschen Pädagogik marschieren will und auf den absoluten Wert der Ethik schwört, hat niemals öffentlich ein Wort der Warnung oder der Trauer wider diese Verziehung und Entsittlichung des Volkes laut werden lassen. Wer hätte denn einen näheren Beruf gehabt, dawider zu zeugen, als die Erzieher der Jugend?

4. Sie läßt von irregeleiteten Volksversammlungen und von irregehenden Regierungen die verstümmelte paritätische Schule anpreisen; ja aus ihrer eigenen Mitte haben ihrer mehrere — Stoy und Fröhlich —

---

[1]) Bd. II der Ges. Schr.

die Simultanschule als die „Erziehungsschule der Zukunft“ proklamiert: aber der Verein der Herbartianer schweigt; und als Einer aus seiner Mitte auf Verlangen bedrängter Leute ein Gutachten schrieb, da fühlte sich auch nicht einmal ein Einziger innerlich gedrungen, dieses Zeugnis den Draußenstehenden anzusagen und zu empfehlen. Mehr: als der Minister unsere Gutachten als „Quark“ beiseite geschoben und die flehentliche Bitte der Wermelskircher abschläglich beschieden hatte, da fragte ich bei Ziller an, ob die bedrängte Gemeinde an den Vorstand unseres Vereins appellieren, d. h. von demselben ein neues Gutachten erbitten dürfte. Ziller erwiderte (dem Sinne nach): „Mir wäre das sehr recht, allein ich kann nicht dazu aufmuntern, da zu befürchten steht, daß die Bitte in den Dreck fällt.“ Er wird seine Pappenheimer gekannt haben. Aber bei dieser Antwort ist mir doch ein tiefes Trauern und Ergrimmen angekommen. Was für eine kostbare Gelegenheit war hier dem Verein geboten, sich dem deutschen Volke bekannt zu machen, demselben einen wichtigen Dienst zu leisten und sich selber Achtung zu erwerben! Doch diese Gelegenheit ist vorbei und kommt wahrscheinlich so vorteilhaft niemals wieder.

5. Für die Verbesserung der Schulverfassung haben die Herbartianer nach Magers Tode mich allein kämpfen und — leiden lassen. Und vielleicht ist das noch das günstigste. Denn wenn ja Einer mit angefaßt hätte, so wäre zu besorgen gewesen, daß er es gemacht hätte wie der Stiefbruder F., welcher der richtigen Theorie das Herz aus dem Leibe riß und das übrige auf den Kammerton des vulgären Liberalismus stimmte, und dem dann Ziller noch gestattete, sein Opus im Vereins-Jahrbuche herauszustreichen und meinen Schriften einen Fußtritt zu versetzen.

6. Ziller drängt auf schulgerechte Durcharbeitung jeder Lektion und übt seine Schüler streng dazu ein. Man wird höflicherweise annehmen müssen, daß die Vereinsgenossen ihm darin recht geben. Aber wie viel ist davon durch ihre Bemühung in die Schulpraxis gedrungen? Oder richtiger gefragt: wie viel kann hinein dringen? Denn wenn das möglich werden sollte, dann müßte doch zuvor dem herrschenden didaktischen Materialismus auf den Kopf gesagt werden, er solle gefälligst das Feld räumen, damit der Lehrstoff entsprechend ermäßigt werden könne. Aber wo hat denn einer der gelehrten Herren unseres Vereins für diese Reinigung des Schultempels den Mund aufgethan — deutlich, vernehmlich, mit Einsetzung seiner ganzen Kraft und seiner Reputation und seiner Behaglichkeit u. s. w.?

7. Das schlimmste, bedenklichste Phänomen an der Herbartschen pädagogischen Schule ist in meinen Augen dies, daß sie ihren tüchtigsten, energischsten und geschicktesten Vorkämpfer — unseren Mager — hat in Vergessenheit geraten lassen. Hier liegt nicht bloß ein strategischer Fehler vor, sondern eine nackte, schreiende Versündigung — insbesonders derjenigen, welche an Gymnasien wirken oder dieselben lieb haben. Die Durchschnittspädagogik hat sich natürlich für die scharfen, groben Wahrheiten, die sie von ihm hören mußte, ebenso scharf und grimmig gerächt und mit erschreckendem Erfolge: sein Name — d. h. sein Verdienst —

ist verschollen. Schon dies allein hätte der Herbartischen Schule sagen können, was sie ihrerseits zu thun hatte.

Von Magers Verdiensten und Tugenden zu schweigen — schon um seiner Irrtümer (und persönlichen Schwächen) willen mußten die Herbartianer seiner eingedenk bleiben, nämlich, um diese Irrtümer nicht etwa bloß hinweg wünschen, sondern wissenschaftlich überwinden und so diese Hemmnisse seiner Wirksamkeit aus dem Wege räumen zu können — gerade wie es die Volksschuldidaktiker bei Pestalozzi gemacht haben, in dessen Schriften doch unstreitig mehr Irrtümer und praktische Mißgriffe stecken als in den Magerschen. Magers Standpunkt ist in vielfacher Beziehung dem meinigen viel weniger verwandt als dem der meisten Herbartianer; das hat mich aber nicht gehindert, sein Andenken in Ehren zu halten. Hätte Mager auch nicht mehr geleistet als einzig dieses Dreizahlwerk:

1. daß er für die Einrichtung einer pädagogischen Fakultät (!) auf den Universitäten eintrat;
2. daß er den schimpflichen und traurigen Gegensatz von „Humanismus" oder „Realismus" (Gymnasien und Realschulen) wissenschaftlich zu überwinden strebte und wirklich überwand, so weit es damals möglich und nötig war;
3. daß er auf dem Gebiete der Schulverfassung die Staatsomnipotenz, die Bureaukratie und das Schulpfaffentum so unvergleichlich mannhaft bekämpfte;

so durften die echten Schulmänner aller Parteien schon deswegen ihn nicht unter die Füße geraten lassen — auch darum nicht, damit ihnen selbst ein Gewissensmahner und Bußprediger wider ihre eigene Indolenz zur Seite bliebe.

Die Herbartianer speciell hatten Magers Hülfe auch deswegen nötig, damit sie ihrem Meister Herbart gegenüber freier würden und nicht zu einer „Schule" zusammenschrumpften und eben dadurch Herbarts wissenschaftlichen Erwerb desto besser verbreiten und verwerten lernten. Sich Herbartianer nennen und doch Herbart nicht zu Ehren bringen können, das ist zwiefache Schande.

Und warum steht geschrieben: „Du sollst die Alten — die Vorarbeiter — ehren?" Daß die Herbartianer bis jetzt so wenig zu Ehre und Anerkennung kommen konnten, das ist nach meiner innersten Überzeugung die gerechte Strafe dafür, daß sie ihrem verdienstvollsten Vorkämpfer den schuldigen Dank und die gebührende Achtung versagt haben. Meine „Glorificierung" der Herbartschen resp. Zillerschen Schule ist allerdings zunächst ehrlich und voll gemeint. Aber es steckt auch noch ein anderer Sinn darin. Meine ganze Abhandlung, wie sie leibt und lebt — also jene „Glorificierung" eingeschlossen — ist zugleich ein ernster, wohlüberlegter Appell an die Herbartische Schule. Hat sie für diese Frage und Anmahnung kein Gehör, — respondiert ihr Kern nicht, so . . ."

Das war ohne Frage ein harter Stoßseufzer über die Schwächen des Vereins, dessen Mitglieder trotzalledem das ganze moderne pädagogische

Denken, auch bei ihren Gegnern, in Fluß gebracht haben. Auch Dörpfelds Meinung ist das, und man muß darum dieses Urteil ergänzen durch andere Auslassungen im „Didaktischen Materialismus", in den Artikeln: „1876, ein Jubelgedenkjahr der deutschen Pädagogik"[1]), „Kurzer Nachruf für Ziller"[2]) sowie an vielen Stellen seiner zahlreichen Schriften und in manchem Briefe, worin Dörpfeld öffentlich wie vertraulich bei jeder Gelegenheit Herbart, Ziller und den „Verein für wissenschaftliche „Pädagogik" mit derselben Aufrichtigkeit und Überzeugung „glorificierte" und das Übereinstimmende betonte.

So schreibt er z. B. am 12. Januar 1882 an Schröer, dem damaligen Herausgeber der Berliner „Pädagogischen Zeitung":

„Mit Bezug auf Ziller muß ich bemerken, daß derselbe sehr gefährlich krank ist an der Wassersucht. Gott helfe ihm wieder zur Gesundheit und zu Kräften! Wir können ihn — menschlich gesprochen — in Deutschland noch nicht missen. Die Abgeschlossenheit seines Charakters und seine Schwerfälligkeit müssen wir mit in den Kauf nehmen; sie hängt auch wohl mit seiner großen Schwerhörigkeit zusammen. Übrigens ist er ein peinlich gewissenhafter Mann".

Noch deutlicher bezeichnete er seine Stellung zu Ziller wie auch das Fehlende in der Herbart-Zillerschen Pädagogik in einem Briefe vom 24. 9. 90 an Prof. Vogt, den Vorsitzenden des „Vereins für wissenschaftliche Pädagogik:"

„Lassen Sie mich auch das noch ein für alle Mal betonen: Zwischen Ziller und mir waren und sind im großen und ganzen gar keine eigentlichen Differenzen — weder in der Ethik, noch in der Pädagogik. An den beiden methodischen Punkten, wo die Zillerschen Schüler mich als einen Ketzer betrachten — in der Anschauungsoperation bei historischen Stoffen (sog. darstellenden Unterricht) und bei den social-kulturhistorischen Stufen — da glaube ich, den wahren Ziller (nach seiner Theorie) zu vertreten gegenüber dem in der Praxis auf halbem Wege stehen gebliebenen. Könnte ich meine Ansichten in diesen beiden Punkten nicht vor dem wahren Ziller, wenn er noch lebte, rechtfertigen, so würde ich mir sagen, daß ich besser zusehen oder bessere Gründe suchen müsse.

Daß ich in der Ethik wie in der Pädagogik Ergänzungen wünsche, namentlich im Blick auf die mancherlei gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse, hat mit Differenzen nichts zu thun. Wenn die Zillerschen Schüler treu an ihrem Meister halten, so tadle ich das nicht nur nicht, sondern lobe es vielmehr, — vorausgesetzt, daß sie die Treue nicht lediglich im Kopieren suchen; wohl aber bedaure ich, daß sie zu sehr bei den Zillerschen Aufgaben stehen bleiben und keine neuen sehen können oder wenigstens dieselben nicht erfassen. Wer von ihnen hat denn ernstlich mit angefaßt bei der Schulverfassungsfrage? bei der Schulaufsichtsfrage? bei der Schulgemeindefrage? bei der Klassenzahl-

[1]) Bd. VI, 135 ff.
[2]) Bd. VI, 157 ff.

frage? bei der Simultanfrage? bei der Frage von der Lehrerkarriere (der socialen Frage des Lehrerstandes)? — bei der Frage von der Gesellschaftskunde? vom Realienhülfsbuch u. s. w.? Doch nicht einmal die Zillerschen Probleme werden alle angefaßt. Wer hat denn einmal der Welt gesagt, was für ein lehrreiches Buch Zillers „Regierung der Kinder" ist? Die Lehre von der „Zucht", welche Ziller liegen lassen mußte, faßt vollends niemand an, nicht einmal im Jahrbuche. Was mich aber am meisten bekümmert, ist, daß im Jahrbuche so wenig von der Ethik die Rede ist. Meines Erachtens liegt das Hauptverdienst Herbarts gerade auf diesem Gebiete. Auch in der Socialethik ist er der rechte Bahnbrecher — trotz Willmann. Aber wie sieht es bei uns Epigonen aus? Ich denke besonders an den Ausbau der Social-Ethik. Nahlowsky hat einen Anlauf genommen, blieb aber stecken. Mager hatte fleißig angefangen; er mußte aber schon in seinem 40. Jahre die Feder niederlegen. Das vortrefflichste Stück Arbeit hat Thilo vor fast 30 Jahren geliefert in: „Die theologisierende Rechts- und Staatslehre Stahls". Wer wird uns denn das korrelate Seitenstück dazu liefern: „Die Kritik der positivistisch-eudämonistischen Rechts- und Staatslehre", welche noch viel nötiger ist? Ein solches Werk würde viel mehr gelten als all mein Geschreibsel auf dem pädagogischen Gebiete — auch mehr als die an und für sich nützlichen dicken Ethiken von Hartenstein, Ziller, Steinthal u. s. w.

In dieser Richtung wäre noch viel zu wünschen und zu klagen."

Trotz der sehr großen Verdienste Zillers und des „Vereins für wissenschaftliche Pädagogik" um die Didaktik und um die Erziehung durch Unterricht, hat Dörpfeld im großen und ganzen mit seiner Kritik noch lange Jahre hindurch recht behalten, und wir teilen diese vertraulichen Urteile hier mit, nicht um dem Vereine entgegenzuwirken, sondern nur, um die ungelösten Aufgaben der Pädagogik von Dörpfeld selbst bezeichnen zu lassen. Denn fehlt in der That das alles noch am grünen Holze, was soll man denn am dürren suchen? Inzwischen ist auch die Herbart'sche Bewegung fruchtbarer und vielseitiger geworden. Als sich Einzelvereine für herbartische Pädagogik bildeten, worunter der in Dörpfelds Heimat wohl der größte und rührigste geworden, und diese Vereine ihre sociale und Missionsarbeit besser begriffen, ist die didaktische Forschung Zillers und seiner Schüler auch je länger je mehr ein sociales, ein Gemeingut der Schule geworden, und je länger je mehr haben auch diese Einzelvereine sich an den ungelösten Problemen, deren es aber auch heute noch in Hülle und Fülle giebt, zugewandt. Unter allen Anhängern Herbarts hat aber nach dem Urteile des Oberschulrates Dr. von Sallwürk[1]) es keiner besser verstanden, die Herbartsche Philosophie und Pädagogik als ein solches sociales Gut zu werten und sie den an philosophisches Denken

[1]) Handel und Wandel der pädagogischen Schule Herbarts.

nicht Gewöhnten verständlich und fruchtbar zu machen, ohne sie zu verflachen, als Dörpfeld, „der Mann, mit der ungemeinen Klarheit des Denkens und Wollen", der darum auch zu jener kritischen und doch nur wegweisenden Bemerkung ein volles Recht hatte.

Diesterweg hatte gleich Ziller für viele Fragen der Gesamtpädagogik einen weiten Blick; aber auch seine Schule verengerte sich je länger je mehr zu einer vorwiegend didaktischen und ließ obendrein von der Parteipolitik sich zu sehr beeinflussen. Die von Dörpfeld aufgezählten Lebensfragen, welche eine wissenschaftliche Pädagogik lösen sollte, sind in der Diesterwegschen Schule noch mehr unbeachtet geblieben oder man wälzte sie in den politischen Strom und gab damit die Autonomie der Pädagogik preis.

Von Fröbel und seiner Schule kam zwar eine andere, mehr auf Wollen und praktisches Handeln gerichtete Bewegung in Fluß. Allein sie ist im Kindergarten und in der Kindergartenpädagogik stecken geblieben. Die Schulpädagogik hat sie sich nicht anzueignen vermocht.

In Summa: Man trug überall nicht der Thatsache genug Rechnung, daß eine reiche und vielseitige Bildung der Jugend nicht bloß von der Lehrgeschicklichkeit und der Methode abhängt, sondern zunächst von der Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit der Kultur der Zeit und des Volkes, und daß sie nicht bloß im Intellekt und den ihn begleitenden Gefühlszuständen und Wollungen, sondern in der schon von Pestalozzi geforderten harmonischen Entfaltung aller Kräfte und Anlagen bestehe.

Denn die Erziehung ist doch zunächst immer nur ein Vererben der Kulturgüter, welche die Väter und Vorväter erworben haben. Die formale Vielseitigkeit der Bildung ist darum mitbedingt durch die materiale Vielseitigkeit der Kultur, und zu den formalen Bildungsgesetzen muß sich darum eine Lehre vom Kulturmaterial gesellen, das subjektive Princip der Vielseitigkeit des Interesses (Herbart) muß ergänzt werden durch das objektive der Vielseitigkeit des Bildungsmaterials.

Dadurch bekommen die Grundgesetze, welche im letzten Jahrhundert das pädagogische Denken beherrscht und die Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft und damit auch die Schulaufgabe bestimmt haben, erst ihre volle Bedeutung: die Ideen der naturgemäßen Entwicklung oder harmonischen Ausbildung aller Kräfte und Anlagen, insbesondere die der Selbstthätigkeit und der Anschaulichkeit im Unterricht, welche Pestalozzis intuitives Genie entdeckte, oder, um in der Sprache der Herbartschen Pädagogik etwas bestimmter zu reden, die Ideen der Charakterstärke der Sittlichkeit, der Vielseitigkeit des Interesses, des kulturhistorischen Unterrichtsganges, der unterrichtlichen Verbindung der Lehrgegenstände (Kon-

zentration) und der Durcharbeitung des Stoffes nach den sogenannten formalen Stufen, wie sie Herbart und seine Jünger mit großem psychologischen Scharfsinn entwickelt haben.

Aber auch dann bezeichnen diese Pestalozzi-Herbartschen Ideen immer nur erst einen Teil der Unterrichts- und Erziehungswissenschaft und damit auch der Erziehungsaufgabe; es ist der Teil, der in der Individualpsychologie und bei Herbart auch in der Individualethik seine Hilfswissenschaften hat.

Herbart, wie im Hinblick auf den Unterricht auch Pestalozzi, haben nämlich zunächst nur den Zögling als Einzelwesen, als Individuum gedacht, und hervorgehoben, was seine Natur und sein unendlicher Wert als Mensch verlangt. Und ohne Frage muß ihm das unverkürzt und unverkümmert bleiben. Doch schon Pestalozzi wurde von dieser unerläßlichen Forderung zu sehr gefangen genommen und schon die objektive Seite des Unterrichts blieb zu sehr unbeachtet. Herbart ist zwar einen Schritt weiter gegangen. Er sah ein, daß jenes Ziel nur erreicht werden kann durch ein geeignetes Bildungsmaterial, d. i. durch ein Kulturerbe, und zwar nur in dem Maße, als der Erzieher dieses Erbe dem Zöglinge zu einem freien und gleichsam selbstthätig erworbenen Besitztum zu machen versteht. Er erkannte, daß ein vielseitiges Interesse oder die Pestalozzische „harmonische Bildung" sich nur durch einen so vielseitigen Bildungsstoff erreichen läßt, daß alle Klassen der Interessen gleichmäßig Nahrung finden, womit der erste Schritt gethan war, um das von Locke und Rousseau ausgegangene und von Pestalozzi ausgebildete einseitige Princip des Individualismus in der Erziehung zu überwinden, ein Princip, das die Bedürfnisse des Lebens nur insoweit berücksichtigt, als sie der zumeist formalen Ausbildung des einzelnen Zöglings nützen. Wollte doch Rousseau mit seinem Zögling sogar dem Kulturleben entfliehen und ihn in der Abgeschlossenheit der „Natur" erziehen!

Der einzelne Mensch ist aber kein vereinzelter, wozu Rousseau ihn gewaltsam machen wollte; er gehört vielmehr als Glied einem Ganzen an, oder richtiger: vielen Ganzen, zunächst der Familie und den verschiedenen Gemeinschaften, die aus der Hausgemeinde heraus- und über sie hinausgewachsen sind. Allen diesen Gemeinschaften soll der einzelne Mensch als lebendiges Glied einverleibt sein, ihnen soll er mit den großen und kleinen Gaben, womit Geburt und Erziehung ihn ausgestattet haben, liebend dienen, um durch dieses Dienen wieder neue Segnungen für sein individuelles Leben zurückzuempfangen. Auf dieses Geben und Empfangen, auf diese Wechselwirkung zwischen dem Individuum und den Gemeinschaften, von denen es umfangen und getragen ist, muß

daher die Erziehung nicht minder ihr Augenmerk richten, als auf die formale allseitige Entwicklung der Individualität: wo nicht, so wird das Resultat dennoch höchst einseitig; der Zögling bleibt ein armes selbstsüchtiges Wesen und unpraktisch dazu, und was das schlimmste ist, eines, dem die notwendigen Bedingungen des allseitigen Fortwachsens fehlen; denn diese Bedingungen bestehen eben in der selbstthätigen Teilnahme an dem Leben der ihn umgebenden Gemeinschaften. Diesen Gemeinschaften und ihrem Kulturerwerb verdankt das Individuum, was es an individueller Bildung besitzt; darum soll es an ihnen bleiben wie die Rebe am Weinstock, aber als eine lebendige, die Frucht bringt.[1])

Die Kultur eines Volkes stellt sich zunächst in äußeren Werken und Einrichtungen, insbesondere in den Produkten der Litteratur und Kunst dar, wie sie ja auch die Individualpädagogik verwertet und zu vererben strebt. Aber es darf nicht übersehen und vergessen werden, daß ihr eigentliches Wohnen und Darstellen in den lebendigen Menschen geschieht; daß jene Kulturwerke für eine Nation nur dann ein rechtes geistiges Erbe sind, wenn die Kräfte, die sie geschaffen, noch lebendig in ihren Gliedern wohnen und wirken; daß das, was wir von unsern Vätern ererbt haben, auch erworben sein will, um es zu besitzen, und zwar erworben für das Leben der menschlichen Gemeinschaften.

Mit den Schlagwörtern der Entwicklung der „allgemein menschlichen", der „humanistischen", der „patriotischen", der „deutschen" u. s. w. Bildung und Erziehung ist aber der Wissenschaft wie der Praxis wenig gedient. Denn weder die menschliche Kulturgesellschaft noch die einzelnen Nationen bilden einen homogenen Haufen von Individuen, sondern sie sind wie die leiblichen Organismen Geglieder, worin jedes einzelne Glied seine eigentümliche Gabe und Bestimmung hat. Solche Glieder der menschlichen Gesellschaft wie die der Volkskörper sind nicht die Individuen, sondern ihre Vereinigungen zu verschiedenen größeren und kleineren Gemeinschaften, zunächst zu Familien und dann weiter zu allen Verbänden, die aus der Hausgemeinde heraus- und über sie hinausgewachsen sind, wie Staat, Kirche, bürgerliche Kommunal- und Provinzialgemeinden, wirtschaftliche Verkehrskreise, geordnete und freie Gesellschaften für Wissenschaft und Kunst u. s. w. Jede dieser Lebensgemeinschaften hat vermöge ihrer eigentümlichen Ausrüstung und Bestimmung auch ein eigentümliches Kulturkapital erworben und der gesamten Volksgemeinschaft zum Genuß zugeführt. So z. B. der Staat insonderheit das, was das Volk an

---

[1]) Vgl. Dörpfeld, Die drei Grundgebrechen der hergebrachten Schulverfassungen Ges. Schr. Bd. VIII, S. 32.

Rechtsschutz, an Verwaltungseinsicht und Wohlfahrtseinrichtungen, an Wehrhaftigkeit u. s. w. besitzt; die Kirche insonderheit das, was zum ethischen Kulturgehalt, zur sittlichen Gesundung des Volkslebens gehört und allem Sehnen und Streben die höchste, edelste Richtung giebt. Und so in der Reihe herum. Jede Gemeinschaft hat für alle gearbeitet, jede ist durch alle gefördert worden. Auch soll und kann jedes Individuum jeder dieser Gemeinschaften angehören, in allen mitarbeiten, durch alle gefördert werden.

Dies sind bereits von Dörpfeld[1]) ausgesprochene, einfache, wahre und gewisse Sätze. Aber wie in der Politik und in der Kirche, in der Volkswirtschaft und in der Kunst, so sind auch in der Pädagogik bis auf den heutigen Tag manche von ihnen an manchen Orten zeitweilig vergessen worden; vor allem hat die Pädagogik als Wissenschaft sie nicht grundsätzlich genug betrachtet und ist darum in der Einseitigkeit des Individualismus bald mehr, bald weniger stecken geblieben.

Es leuchtet aber ein, daß bei allen Erziehungs- und Unterrichtsfragen das Princip der freien, selbstthätigen und vielseitigen Entwicklung der Individualität, das den Zögling vorab nur als einzelnes Individuum denkt und hervorhebt, was seine Natur und sein unendlicher Wert als Mensch verlangt, nicht ausreicht, sondern daß jede Erziehungsaufgabe in demselben Maße auch von der socialen Seite her betrachtet sein will. Dörpfeld stellte darum — und meines Wissens zuerst — als allgemeines Grundgesetz auf, daß „formale und materiale, oder subjektiv-allseitige und objektiv-allseitige Erziehung sich gegenseitig bedingen", oder mit andern Worten: „daß die Interessen der Individualität und die Interessen der Societät bei der Erziehung unzertrennlich verbunden sind."[2])

Die Einzelforderungen dieses Doppelprincips sind zwar keineswegs neu. Denn auch das sociale Princip ist der Schule niemals gänzlich unbekannt gewesen; ja genau genommen war dieser zweite Grundgedanke in seiner primitivsten Gestalt schon eher auf dem Plan als jener erste, welcher der Individualität ihr volles Recht sichern will; denn bei allen Völkern hat Erziehung und Unterricht damit begonnen, die Jugend in das Gemeinschaftsleben der Alten hineinzugewöhnen und ihr durch Unterweisung deren Kulturgüter zu vererben.

---

[1]) A. a. O. S. 29 ff.

[2]) Grundgebrechen S. 36.

Und auch als theoretisches Princip war dieses Zweite, das wir kurzweg das sociale Princip der Pädagogik bezeichnen wollen im Gegensatz zu jenem individualen, darum genauer besehen, zuerst gekannt. Ganz naturgemäß machte sich für die Wissenschaft das Bedürfnis geltend, auch die Erziehungs- und Bildungslehre in den Kreis der Socialforschung zu ziehen, ja die Pädagogik ist sogar diesem Kreise entsprungen.[1]) Denn wo die Alten, voran Plato, systematisch von Kinderzucht und Jugendbildung handeln, geschieht es zu praktischen Zwecken des Gemeinschaftslebens im Zusammenhang mit Untersuchungen, welche auf den Staat als einzige Form[2]) derselben gerichtet sind, und als Zweck der Erziehung wird nicht die Entfaltung der Individualität an sich, sondern die Bildung des echten Staatsbürgers gesetzt. Ja bei den Alten war sogar grundsätzlich die Gemeinschaft als Staat alles, dem gegenüber das Individuum als solches keine Rechte hat. Jener Gedanke ist auch niemals eigentlich vergessen gewesen. Selbst als durch Locke und Rousseau die Einzelerziehung und durch die Philanthropen die private Anstaltserziehung in den Vordergrund trat, da griff um so mächtiger die Anschauung Platz, daß wenigstens die Bildung der niederen Gesellschaftsklassen durchaus eine öffentliche Angelegenheit sei, und die absolute Fürstenmacht war es, welche ein öffentliches Volksschulwesen organisierte. Denn die Gemeinschaften sind eben objektive Realitäten, die sich, solange sie Leben haben, selbst in Erinnerung bringen: der Staat fordert eine patriotische, die Kirche eine christliche Erziehung, und die Volkswirtschaft nützliche Fähigkeiten für das gewerbliche Leben u. s. w. Mag darum eine Pädagogik auch darauf ausgehen, die Zwecke der Bildung und der Erziehung als im Individuum beschlossen nachzuweisen, das allgemeine Bewußtsein läßt es sich nicht nehmen, die Schulen aufzufassen nicht bloß als Bildungsstätten für das Individuum, sondern zugleich als Konservatorien wertvoller Erkenntnis und Kraft und als Organe, in denen sich das mannigfaltige Leben mit seinen idealen Gütern erneuert. Sie sollen nach dem öffentlichen Bewußtsein nicht allein dazu dienen, den einzelnen Zögling für den Lebensweg auszustatten und dafür Bildungserwerb schöpfen zu lassen, sondern sie sollen auch bestehen zu Nutz und Frommen der Gesamtheit, zu Zwecken der Kulturarbeit des socialen Lebens. Wenn der Gymnasiast sein Griechisch und Latein lernt, so vollzieht er eine sociale Arbeit, denn die klassischen

[1]) Vgl. die vortrefflichen Ausführungen Willmanns in seiner „Didaktik als Bildungslehre." Braunschweig, Vieweg, 1882.

[2]) Moderne „Socialpädagogen", die die natürlichsten Familienrechte wie auch die jener übrigen Kulturgemeinschaften dem staatlichen Erziehungsmonopol opfern möchten, sind hier im heidnischen Altertum wieder gelandet.

Sprachen bilden einen socialen Faktor von weitgehender Bedeutung; sie sind ein weites Band, welches zahlreiche Generationen miteinander verknüpft und ein Geisteskapital, von dessen Zinsen Nationen zehren, das darum nicht beliebig und willkürlich preisgegeben werden kann. Und wenn ein Dorfschüler sich mit derselben Mühe in das Schriftdeutsch hineinarbeitet, so webt auch er mit an einem socialen Bande, das uns umschlingt, so weit die deutsche Zunge klingt.

Wenn darum die von Sonderinteressen getriebenen Parteiungen und Strömungen glauben, die öffentliche Erziehung einseitigen Zwecken dienstbar machen zu dürfen, so pflegt naturgemäß in einem Autoritätscentrum des socialen Organismus wieder das gemeinsame sociale Interesse zum Bewußtsein zu kommen und auch durch eine Willensäußerung im ganzen Organismus wieder zum Bewußtsein und zur Geltung gebracht zu werden; mag diese Autorität ein Jahn sein, der die Leibesübungen als eine vaterländische Bildungsarbeit betont, oder ein Schiller, der das Streben nach dem Ewigen des Wahren, Guten, Schönen, oder das Anschließen ans Vaterland, ans teure, als social-erzieherische Aufgabe und Bildungsarbeit betont, oder ein Bismarck, der die Schule hinstellt als die Bildungsquelle der Kraft der Deutschen, die Gott fürchten und sonst niemand, oder ein jugendlicher Kaiser, der sie betrachtet als die Baustätte der socialen Pfeiler des religiös-sittlichen und historisch-vaterländischen Sinnes. Oder es regen sich ganze Komplexe des socialen Organismus, ganze Kreise der Gesellschaft, um die Schule an ihre social-erzieherische Aufgabe zu erinnern. So entstehen Schulreformvereine mit realer Tendenz, sowie Bewegungen für Handfertigkeitsunterricht, Turnspiele, Schulgärten, Schulsparkassen; oder gegenüber dem bald liberalistischen, bald staatshierarchischen, bald ultramontanen Bestreben nach Uniformierung und Schablonisierung der auf die Jugend zu vererbenden idealen Güter machen sich Bestrebungen im Volksleben geltend, welche Glaubens- und Gewissensfreiheit in der öffentlichen Jugenderziehung als Rechte der Familien und als ein uns durch die Reformation mit Blut erkauftes sociales Gut verteidigen und zurückfordern; u. s. w.

Die sociale Tendenz ist somit seit jeher wirksam gewesen; nur hatte die Pädagogik sie nicht systematisch, nicht als Princip erfaßt, oder genauer: sie ist in der Aufklärungszeit bis zum heutigen Tage wieder in Vergessenheit geraten und vom pädagogischen Individualismus zurückgedrängt worden, wie der mächtige, wenn auch einseitige sociale Gedanke, der sich in den Zünften verkörperte, durch den wirtschaftlichen Individualismus und Liberalismus, der nur die Schattenseiten und die Entartung der Zünfte kennt, unterdrückt wurde. Herbart war sich dessen

voll bewußt, daß „einesteils die Individualität jedes Menschen bestimmt wird durch das, was er an Eigenschaften ererbt hat und insofern bedingt ist durch frühere Generationen, und daß zum andern Teil die Individualität beruht auf dem, was man mit dem Namen Jugendeindrücke zusammenfaßt und also wieder soviel bedingt ist"; . . . daß „alles, was den Menschen geistig zum Menschen macht, ein Werk, also ein Produkt der Gesellschaft ist."[1]) Den Ansprüchen der Gesellschaft an das Individuum, der socialen Seite der Erziehung, hat er aber nicht in gleicher Weise Rechnung getragen.

Solange dieser Gedanke von der Pädagogik aber nicht voll erkannt war, konnte er auch nicht in der vollen Kraft und in der rechten Weise in der Erziehung wirken. Seine Anwendung glich einem Experiment ohne Theorie und verhält sich zur principiellen Anwendung wie die Alchemie zur Chemie und die Astrologie zur Astronomie. Und da die Pädagogik als Wissenschaft das Doppelprincip nicht einmal zur Besprechung gebracht hatte, die landläufige Praxis es aus naheliegenden Gründen erst recht unberührt ließ, so liegt es klar, warum die zweite Aufgabe der Schularbeit von der pädagogischen Wissenschaft und Praxis noch nicht vollaus ergriffen — so ergriffen und mit demselben Eifer ausgebeutet worden ist, wie es mit dem Pestalozzischen und von Herbart verbesserten Grundgedanken der Individualerziehung glücklicherweise geschehen ist.

„In der Litteratur häufen sich Schriften auf Schriften, welche der Durchführung der letzteren gewidmet sind, während man solche, die den andern Grundgedanken zu Ende denken und ins Leben einführen wollen, mühsam suchen muß. Mit Abhandlungen oder Büchern, die mit Einzelproblemen, wie patriotische, religiöse u. s. w. Erziehung sich beschäftigen, ist es nicht gethan. Sie setzen voraus, daß die allgemeine, die Hauptfrage, bereits aus- und abgemacht sei. Sie ist es eben nicht. Bevor die Erziehungstheorie irgend welche Einzelaufgaben untersuchen kann, handelt es sich darum, die Grundidee selbst klar und sicher zu stellen: welches Kulturmaterial erforderlich ist, um sowohl die Individualität allseitig auszubilden als auch das Individuum für die Societät, für die thätige Teilnahme an allen Lebensgemeinschaften, allseitig auszurüsten. Hierbei ist wieder die wichtige, für die Praxis außerordentlich schwierige Nebenfrage zu beachten: wie die beiden Grundgedanken ineinander greifen müssen, damit das mehr oder weniger fest gewordene Gemeinschaftsleben und die freie Entwickelung der Individualität nicht in Widerstreit geraten, sondern sich gegenseitig fördern. Sodann hätte die Untersuchung zu erweisen,

[1]) Hartensteinsche Ausgabe IX. 186.

was dieſer Grundidee gemäß der Erziehung der Familie vorzubehalten, was den allgemeinen Schulen zuzuweiſen und was den beſondern Fachſchulen und den Gemeinſchaften ſelbſt zu überlaſſen ſei.“[1])

Das Doppelprincip iſt aber nicht ſo zu verſtehen, als wenn für Unterricht, Regierung und Zucht in der Schule das eine und für Organiſation, Verfaſſung und Verwaltung das andere zur Geltung kommen ſoll. Beide wollen berückſichtigt ſein, wo es ſich darum handelt, die Individuen für die ſocialen Gemeinſchaften zu erziehen, und wo es gilt, dieſe Societäten zweckmäßig zu organiſieren und, wo es ſein muß, auch zu erziehen für die Veranſtaltungen der Bildung jener. Erſt die Zuſammenfaſſung des Individual- und des Socialprincips giebt uns ein zuverläſſiges Kriterium für die Feſtſtellung eines richtigen Zieles der Unterrichtsarbeit nach ſeiner formalen wie nach ſeiner inhaltlich-materiellen Seite, und damit auch für die Differenzen zwiſchen Schule und Leben über Form und Inhalt der Bildung. Dieſelbe weiſt uns aber auch zugleich Objekt, Mittel und Weg der Zucht oder Willensbildung.

---

Mit ſolchen und ähnlichen Gedanken, wie wir ſie bei Dörpfeld ſeit dem Erſcheinen der „freien Schulgemeinde“ immer wieder ausgeſprochen und am klarſten in den „Grundgebrechen“ formuliert finden, hat Dörpfeld die Schulpädagogik über den Individualismus hinausgehoben und dieſe zugleich ſocial begründet, alſo längſt bevor Natorp, Rißmann u. a. mit dem einſeitigeren Begriff „Socialpädagogik“ hervortraten.

Damit iſt Dörpfelds Begriff der Pädagogik aber noch nicht erſchöpft. Das bisherige Ergebnis enthält erſt das, was Prof. Willmann in Prag zwanzig Jahre ſpäter als Dörpfeld hiſtoriſch wie ſociologiſch näher begründete, ins Katholiſche überſetzte und in ſeiner geiſtvollen Schrift noch mit „Didaktik als Bildungslehre“ bezeichnen konnte.

Wer aber die Probleme der Erziehung ſo faßt, wie Dörpfeld es gethan hat, deſſen pädagogiſches Denken und Handeln wird nicht befriedigt durch die Didaktik und den Unterricht allein, ein ſo tüchtiger Schulmeiſter er auch ſein mag, ſondern er muß ſich im Denken und Arbeiten vom Schulmeiſter erheben zum Volkserzieher, zum Socialpädagogen, ſei es auch nur, um mit Hilfe dieſer Horizonterweiterung ein Meiſter in der didaktiſchen Kunſt werden zu können. Es wächſt eben auch der didaktiſche Menſch mit ſeinen höhern Zwecken.

---

[1]) Dörpfeld, Grundgebrechen, S. 32 f.

Dörpfeld sagt einmal in der Abhandlung: „Die Aufgabe der Ethik“[1]): die Wissenschaft, welche der Ethik, der Lehre von dem Wissen des Guten oder von der Umwandlung des natürlichen Wollens in ein sittlich geheiligtes Wollen, ergänzend zur Seite stehe, das sei die „Pädagogik“, — d. h. die Pädagogik im großen Stil, die Gesamtpädagogik, welche nicht bloß die Unmündigen, sondern auch die Erwachsenen umschließt und darum zugleich „Anthropogogik“ heißen könnte. Dazu gehört nach seiner Meinung, um unten anzufangen, die Jugenderziehung in Haus und Schule, sodann die gesamte Wirksamkeit der Kirche, des Staates der freieren Kulturverbände, nämlich so weit alle diese socialen Gemeinschaften in den Dienst der sittlichen Ideen treten.

Zu einer solchen „Pädagogik im großen Stil“ hat Dörpfeld viele und wertvolle, ja bahnbrechende Beiträge geliefert. Ihr hat er seine ganze Lebensaufgabe gewidmet, und seine didaktischen, psychologischen und ethischen Arbeiten waren nur Bruchstücke derselben, nur Mittel für einen höheren Zweck, der rückwärts jene Mittel wiederum auf eine höhere Stufe gehoben hat. Während bei Herbart und Ziller in der Didaktik noch der Individualismus vorherrschte mit dem binären Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler,[2]) geriet so bei Dörpfeld die ganze Schul- und Erzieherarbeit zugleich unter den socialen Gesichtspunkt.

Die Erziehung des Kindes wurde zur Erziehung der gesamten Jugend im Rahmen der Erziehung des gesamten Volkes und der göttlichen Erziehung des Menschengeschlechtes zu einer Gemeinschaft, die „nicht von dieser Welt ist“.

So wird Dörpfeld in seiner praktischen Wirksamkeit wie durch seine wissenschaftlichen Arbeiten zu einem Lehrer, wie es die Propheten des Alten Testamentes waren, zumal er, von seinen Zeitgenossen kaum verstanden, mit einem scharfen prophetischen Zukunftsblicke begabt war und seine Schriften überall klare und wertvolle Zukunftsideale in sich bergen.

---

## II. Psychologisches.

Vom socialen Geiste in dem angeführten Sinne sind selbst seine psychologischen Arbeiten beeinflußt. „Denken und Gedächtnis“ ist diejenige psychische Thätigkeit, welche das Geistesleben eines Volkes im

---

[1]) Ges. Schr. Bd. XI, S. 206 f.

[2]) Vergl. meine Abhandlung im XXII. Jahrb. f. w. Päd.: „Erziehung und Gesellschaft“. Ebenso die drei Abhandlungen über „Die Schule und die socialen Fragen unserer Zeit“ (1890).

Nacheinander und Nebeneinander verknüpft. Das Hauptmittel dafür ist die Sprache. Mit einer Untersuchung über diese individual- wie social-psychologische Frage beginnt er seine pädagogisch-psychologischen Monographien,[1]) deren Zahl auf 42 berechnet war, und die er sämtlich zur sicheren Begründung der Pädagogik für notwendig hielt, für deren Bearbeitung er aber jahrelang vergebens nach befähigten Mitarbeitern gesucht hat. Zwanzig Jahre später haben Ufer und ich einen erneuten Versuch gemacht und bald darauf sind auch Schiller und Ziehen auf denselben Gedanken gekommen, obgleich sie in manchen Fragen einen abweichenden Standpunkt einnehmen. Dörpfeld, der der damals kaum bekannten physiologisch-experimentellen Forschung noch fern stand, wollte doch Herbarts Psychologie in ähnlichem Sinne fortgebildet und ergänzt wissen, so daß diese Abhandlungen[2]) wie unsere Bestrebungen für „Kinderforschung"[3]) und für „Pädagogische Pathologie" im ganzen seine Absichten verwirklichen.

Schon 1863[4]) begründete er das Programm, auf das er 30 Jahre später noch wieder zurückgriff, wie folgt:

„Die zweite wichtige Stelle, wo das gesamte Bildungswesen besonders auf die Dienste der höheren Lehrer rechnen muß, ist die Psychologie. Die Pädagogik hat in ihr eine ihrer Haupt-Hülfswissenschaften zu sehen; und doch — wie wenig ist die Psychologie bisher für diesen Zweck bearbeitet worden! Auf dem naturwissenschaftlichen Gebiete sind zahllose Mittelhände beschäftigt, die Resultate der Forscher für allerlei praktische Zwecke dienstbar zu machen; auf dem psychologischen Gebiete ist von solcher Geschäftigkeit zum Besten der Pädagogik noch nichts zu sehen; nur einige wenige Ansätze sind vorhanden. Die alte traditionelle psychologische Theorie, wenn man eine Fabellehre eine „Theorie" nennen darf, bot wenig pädagogische Ausbeute, und die Fortschritte des neueren Unterrichtsverfahrens verdanken wir vorwiegend dem psychologischen Seherblicke Pestalozzis, nicht der wissenschaftlichen psychologischen Forschung jener und der früheren Jahre. Nachdem nun vor mehr als einem Vierteljahrhundert

[1]) Ges. Schr. Bd. I.

[2]) Sammlung von Abhandlungen aus dem Gebiete der Pädagogischen Psychologie und Physiologie herausgegeben von Dr. H. Schiller, Geheimer Oberschulrat und Prof. a. D. in Leipzig und Dr. Th. Ziehen, Professor in Jena. Berlin, Reuther & Reichard. Bis jetzt 3 Bde.

[3]) Zeitschrift für Kinderforschung mit besonderer Berücksichtigung der pädagogischen Pathologie. Herausgegeben von Dr. med. J. L. A. Koch, Staatsirrenanstaltsdirektor a. D. in Cannstatt, Chr. Ufer, Rektor der Reichenbach-Schulen in Altenburg, Prof. Dr. theol. phil. Zimmer, Direktor des Ev. Diakonievereins in Zehlendorf und J. Trüper. V Jahrgänge. Langensalza, Beyer & Söhne.

Beiträge zur Kinderforschung mit besonderer Berücksichtigung pädagogischer Zwecke. Heft I—V.

[4]) Freie Schulgemeinde S. 244 ff.

Herbart für die pſychologiſche Wiſſenſchaft eine beſſere Bahn gebrochen und zur Weiterforſchung eine ſichere Baſis gewonnen hat, würde ſich nunmehr aus dem, was von ihm und ſeinen nächſten Schülern erarbeitet worden iſt, auch für die noch vielfach ſchwankende Pädagogik ein feſterer Boden gewinnen laſſen, wenn die rechten Kräfte vorhanden und geſchäftig wären, das erbeutete Gold für die Praxis auszumünzen. Hier iſt ein dankbares Arbeitsfeld für die Lehrer höherer Schulen; hier können die verſchiedenen „Fachmänner“ — Philologen, Mathematiker, Naturkundigen — auf wiſſenſchaftlichem Felde zeigen, daß ſie auch Schulmänner ſind und können mit ihren Gaben miteinander wetteifern. Auf dieſen Wetteifer hat die Pädagogik ſeit langem gewartet, insbeſondere aber auch die Volksſchule. Die Volksſchullehrer, welche, weil ſie nicht an ein einzelnes Unterrichtsfach gewieſen ſind, vorzugsweiſe die Pädagogik als ihre Fachwiſſenſchaft anſehen, haben bald erkennen müſſen, daß eine ſichere, pädagogiſche Theorie nur mit Hülfe der Pſychologie zu gewinnen iſt, und die ſtrebſameren unter ihnen haben ſich fleißig nach ſolcher Hülfe umgeſchaut. Herbart war ihnen unbekannt oder nicht zugänglich; ſo gerieten ſie meiſt an Beneke, da dieſer nicht nur in allen ſeinen Schriften populärer iſt als jener, ſondern auch durch ſeine „Unterrichts- und Erziehungslehre“ ſeine pſychologiſche Anſchauung der pädagogiſchen Praxis nahe zu bringen geſucht hat. Überdies boten ſich verſchiedene populäre Bearbeitungen der Beneke'ſchen Pſychologie, z. B. die von Dreßler, zu noch bequemerer Handreichung dar. Aber trotzdem, daß vor etlichen Jahren in den Schulblättern und Lehrerkonferenzen der Name „Beneke“ ein ſtehender Artikel war, iſt doch von einer entſchiedenen Einwirkung dieſer Pſychologie auf die Schulpraxis kaum etwas zu ſpüren. Die Reſultatloſigkeit iſt erklärlich. Ein pſychologiſches Syſtem, und wenn es auch ſo verſtändlich wie das Benekeſche und dazu noch richtiger als dieſes wäre, kann dem Volksſchullehrerſtande nichts nützen; ebenſowenig können populäre Bearbeitungen eines ſolchen dienen. Beim Studium eines Syſtems bleiben die meiſten Lehrer in unfruchtbaren Abſtraktionen hängen. Was hier allein am Platze iſt, ſind pſychologiſche Monographieen, ähnlich denen, welche Dr. Lazarus auf dem Boden der Herbartſchen Pſychologie geliefert hat, nur müſſen ſie in der Darſtellung für den Bildungsſtand der Volksſchullehrer berechnet ſein. Nicht das Parlieren über pſychologiſche Dogmatik ſoll aus ihnen gelernt werden, ſondern das pſychologiſche Sehen und Beobachten; ſie müſſen in das reiche Detail der Erſcheinungen des Seelenlebens einführen und ſoweit es für die praktiſche Schularbeit wünſchenswert iſt, darin orientieren. Zweckmäßige Monographien dieſer Art können aber nur von ſolchen Männern erwartet wrden, welche einerſeits die pſychologiſche Wiſſenſchaft gründlich kennen und andrerſeits mit den Aufgaben des Schullebens vertraut ſind. Beides wird in der Regel nur bei Lehrern des höheren Schuldienſtes vereinigt anzutreffen ſein. Möchten ſie doch „die Gabe erwecken“, die in ihnen iſt, den höhern und den niedern Schulen und der geſamten Volksbildung zu gut! Bleiben ſie auf ihren Ruhebänken ſitzen, ſo bleibt auch das Schifflein der Schulpädagogik, wie man es bisher erleben mußte, je und je in ſeinem Laufe auf allerlei Sandbänken ſitzen. Erſt wenn die Lehrer der verſchiedenen Bildungsanſtalten

zum Bewußtſein eines gemeinſamen Berufes durchgedrungen und zu einer feſten pädagogiſchen Union zuſammengeſchloſſen ſind, erſt dann wird auch für die Pädagogik die pſychologiſche Straße, die da heißt die „gerade", ſich finden laſſen. Daß dieſe bei Herbart, nicht aber bei Beneke, ihren Ausgangspunkt[1]) zu nehmen hat, — darüber kann bei Kundigen kein Zweifel ſein."

Leider hat Dörpfeld in den achtziger Jahren zur Verwirklichung dieſes Programms noch bei den meiſten Thüren vergebens um' Mitarbeit anklopfen müſſen. Dieſe für die Erziehung ſo bedeutungsvolle Arbeit blieb im weſentlichen andern vorbehalten. Mögen auch ſie der ſocialen und und pädagogiſchen Aufgabe, wie Dörpfeld ſie als Ziel ins Auge faßte, eingedenk bleiben! Die Wiſſenſchaftlichkeit hat noch nie darunter gelitten, wenn eine Wiſſenſchaft ſich zugleich in den Dienſt der Mitmenſchen ſtellte, alſo ſocial wirkte.

---

## III. Zur Ethik.

Dörpfelds Ethik iſt kein formaliſtiſches Syſtem einer Individualethik. Das Ethos der ſocialen Gemeinſchaften, gemeſſen an den von ihm als abſolut geglaubten ſittlichen Maßſtäben, die er einerſeits in den ethiſchen Forderungen Jeſu von Nazareth und andrerſeits in den dem Menſchheitsgewiſſen eingegrabenen ethiſchen Ideen, wie Herbarts Philoſophie ſie nachweiſt, erblickte, das war der Hauptgegenſtand ſeines Nachdenkens; die Veredelung des Ethos nach dieſen Muſterbildern das Ziel ſeiner geſamten Erziehungsarbeit. Obgleich Dörpfeld hier wie ſonſt ein „Herbartianer ſtrikteſter Obſervanz" ſein wollte, ſo ſuchte er doch die weſentlichſte Aufgabe der Ethik nicht in dem theoretiſchen Streit über die Fragen, ob abſolute oder relative Wertſchätzung und dergleichen mehr maßgebend ſein ſoll, ſondern in dem Denken und Handeln nach den Forderungen der Ethik. In einem Briefe an Profeſſor Vogt, den Vorſitzenden des „Vereins für wiſſenſchaftliche Pädagogik" verteidigt er meine Arbeit im XX. Jahrbuche dieſes Vereins über „Erziehung und Geſellſchaft" gegen eine doktrinäre Kritik. Wir entnehmen demſelben folgende für Dörpfeld charakteriſtiſchen Auslaſſungen:

„Über Ihre Frage in Betreff der Social-Ethik kann ich ſehr kurz ſein. Ich verſtehe die Social-Ethik nicht anders, als Herbart und Ziller ſie verſtanden haben.

Meines Wiſſens will auch Herr T. dieſelbe nicht anders verſtehen . . .

---

[1]) Eine Kritik der Herbartſchen Pſychologie vom Standpunkte der neueren phyſiologiſchen Pſychologie bietet Ziehen, das Verhältnis der Herbartſchen Pſychologie zur phyſiologiſch-experimentellen Pſychologie. 3. Bd. der „Sammlung" 5. Heft.

Er hat es vornehmlich mit praktischen Fragen zu thun, an welche Herbarts und Zillers theoretische Vorstellungen nicht heranreichen. Da hat er sich helfen müssen, so gut er konnte . . . Seine Aufsätze haben darthun wollen, daß noch eine lange Reihe ungelöster, ja ungesehener Aufgaben vor uns liegen, namentlich in Anwendung der Social-Ethik auf die Pädagogik in allen ihren Zweigen (Schulverfassung, Schuleinrichtung, Lehrercarriere u. s. w. — in der Didaktik: z. B. Gesellschaftskunde in Beziehung zur Geschichte und Geographie u. s. w.), desgleichen auf andern Kulturgebieten: Rechtsschutz, Volkswirtschaft, Gesundheitspflege u. s. w. Eigentlich ist also nur das die Frage, ob solche ungelöste, resp. völlig unangerührte Aufgaben vor unsern Füßen liegen, oder nicht. Wenn nun . . . ihrer etliche . . . ein Examen abhalten wollen, ob der Verfasser den Herbart-Zillerschen Katechismus gut eingelernt und immer katechismusmäßig gesprochen habe, so erinnert mich das unwillkürlich an jene bekannte Scene im Evangelium, wo ein schulgerechter Schriftgelehrter auf die unbequeme Mahnung Christi: „Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst", anhub: Ei, wollen wir nicht erst darüber disputieren, wer denn eigentlich mein Nächster ist? — worauf dann der Meister mit einer Geschichte diente und jene Disputfrage dahin umdrehte: „Wer ist der Nächste gewesen dem, der unter die Mörder gefallen war?"

Lassen Sie mich nichts mehr darüber sagen. Mein alter Kopf ist müde; und ich habe meine lange Lebenszeit hindurch über jene „ungelösten" Fragen so viel reden und kämpfen müssen — einsam, ohne Sekundanten und ohne Aufmunterung — daß mir vor der Zeit Atem und Kraft ausgegangen sind. Nur das eine sei noch beigefügt: wenn jemand an den Aufsätzen viel zu kritisieren weiß, so möchte ich ihm sagen: wohlan, so zeige es dadurch, daß du etwas Besseres, Gediegeneres lieferst, oder lieber noch darin, daß du irgend eine der ungelösten Aufgaben selber anfassest. Anfassen, anfassen! Auf den ethischen Gebieten gilt überall thun mehr als disputieren. Aber ach! der Disputanten giebt's die Menge, während der Arbeiter stets nur wenige sind."

In Bd. XI d. Ges. Schr. hat Dr. v. Rohden die sämtlichen Beiträge Dörpfelds zur Ethik veröffentlicht. Leider scheinen mehrere bedeutsame Kapitel verloren gegangen zu sein, da Dörpfeld seine Arbeiten stets an verschiedene Freunde vor der Drucklegung zu senden oder sie ihnen in Konferenzen vorzulesen pflegte.

„Das fertige Manuskript gehe ich mit den Freunden aus Barmen, Elberfeld und Kreis Lennep durch. Wir haben bereits vier Konferenzen gehabt, sind aber doch noch nicht mit der Hälfte fertig", heißt es in einem Briefe. Vielleicht dient dieser Hinweis dazu, das Verlorene wieder zu erlangen.

Diese Abhandlungen sollten ursprünglich — so schrieb er mir noch am 7. März 89 — „Ergänzungsarbeiten zum Handbuche für das zweite Enchiridion (methodischer Teil)" sein. Das Ergänzungsmanuskript umfaßt bereits ca. 350 Quartseiten. Der größte Teil desselben (200 S.) gilt

einer besonderen Abhandlung: „Beleuchtung zweier theologischer Irrtümer, welche der genetischen Methode im Wege stehen.“ Der eine Irrtum bezieht sich auf die Dogmatik, der andere auf die Ethik. Diese Abhandlung ist die „revolutionärste“, welche ich in meinem langen Leben geschrieben habe. Es giebt wohl kein Stück der Theologie, welches nicht dadurch beunruhigt wird. Und ich bin doch ein konservativer Mann; aber eben weil ich es bin, darum kann ich jenem falschen und trägen Konservatismus energisch zu Leibe gehen. Gott helfe weiter!“

Die Abhandlungen sind „in schwerer Lebensnot und Gewissensnot geboren — durch den, der allein Licht aus der Finsternis hervorrufen kann. Wenn mich“, so schreibt er einem kirchlich konservativen Freunde, „etwas anderes zur Apologie trieb, als Barmherzigkeit und Mitleid zu den Brüdern, so wäre ich noch weniger als ein tönendes Erz und eine klingende Schelle, nämlich ein hochmütiger Pharisäer, dessen Urteil Matthäus am 23. steht.“

In den Abhandlungen setzt er sich vor allem mit der Theologie und der theologischen Dogmatik auseinander. Er verlangt als erstes: „Die Ethik muß rationell und dazu unabhängig von jedem andern Wissen entwickelt und gelehrt werden.“

Die Verkennung dieser Wahrheit habe schlimme Folgen:

1. „Die theologische Ethik bleibt mangelhaft, — mangelhaft fast in jedem Betracht, insbesondere hinsichtlich der Vorfragen, der Begründung, der principiellen Ethik und der Socialethik.

2. Der schlimmste Feind der Ethik, der Eudämonismus, bleibt unwiderlegt.

3. Die Theologie wird unfähig, ihre Mission an den der Kirche entfremdeten Gebildeten zu erfüllen.

4. Die tiefste Quelle des zerrüttenden Parteiwesens in allen Gemeinschaften — Staat, bürgerliche Gemeinde, Kirche u. s. w. — bleibt unerkannt und unverstopft.

5. Die gesamte Rechtswissenschaft — Civilrecht, Strafrecht, Staatsrecht, Völkerrecht — bleibt hinsichtlich ihrer ethischen Grundlage in einem Zustande der Unsicherheit und des Schwankens.

6. Die Ethik gerät in den Ruf der Unsicherheit.

7. Aus den Mängeln und Fehlern der Ethik entstehen auch Mängel und Fehler in der Dogmatik.

8. Die Dogmatik kann ihr wahres Gesicht nicht zeigen und darum ihre volle Kraft nicht bewähren.

9. Die Kirche kann das rechte Verhältnis zu den übrigen Gemeinschaften und Kulturbestrebungen nicht finden.

10. Der gesamte Religionsunterricht ist mit schlimmen methodischen Fehlern behaftet; ebenso die Predigt und Seelsorge.

11. Dasselbe gilt von der Judenmission und mohammedanischen Mission.

12. Dasselbe von der Heidenmission.

13. Die Reformationskraft gegenüber der römischen und griechischen Kirche geht immer mehr verloren.

14. Die Fortführung der Reformation innerhalb der eigenen Kirchengemeinschaft wird aufgehalten."

Als zweites sucht er nachzuweisen:

„Die göttlichen Offenbarungen — in Schöpfung und Erlösung — sind nicht Doktrinen, Lehrsätze, Worte, sondern Werke, Thaten, Geschehnisse."

Unter den zahlreichen Folgen der Verkennung dieser Wahrheit heben wir nur folgende hervor:

„13. Die erste theologische Hilfswissenschaft — die Psychologie — wird sehr vernachlässigt.

14. Die zweite theologische Hilfswissenschaft — die Pädagogik — wird ebenfalls unverantwortlich vernachlässigt; daher leidet die kirchliche Lehrpraxis — im Jugendunterricht, Predigt und Mission — auch an vielen Mängeln und Fehlern.

15. Die Apologetik bleibt mangelhaft.

16. Die meisten Kulturbestrebungen — Wissenschaften, Künste, Politik, Volkswirtschaft, Schulwesen, freie Litteratur u. s. w. — schließen sich immer mehr gegen religiöse und kirchliche Einwirkungen ab.

17. Die Fortführung der Reform innerhalb der Reformationskirche gerät in Stillstand."[1])

Nach Dörpfeld fehlt in der theologischen Ethik nicht nur viel daran, daß „eine reinliche erschöpfende und unter den gleichgesinnten Fachgenossen allgemein anerkannte principielle Ethik herausgearbeitet werde, sondern in dem angewandten Teile ist die sociale Ethik sozusagen in den Anfängen stecken geblieben."[2]) Diese Aufgaben trachtete er zu lösen, Aufgaben von großer socialer Tragweite. Seine Schrift ist nicht vollendet, aber auch die veröffentlichten Bruchstücke beweisen, wie tief er den ethischen und religiösen Kern des socialen Lebens erfaßte und wirksam zu machen strebte, wofür wir in dem Folgenden noch oft Belege bringen werden.

Die sociale Wirkung stand also auch bei seinen ethischen Arbeiten ganz im Vordergrunde und den ethisch-socialen Problemen geht er nicht bloß in zahlreichen besonderen Abhandlungen nach, sondern er berührt sie auch immer wieder in allen übrigen Schriften, oft mit einem tiefen Schmerz über die, welche, wie zu Zeiten des Jesaia, kaum bemerken, daß das Volk sich dem Herrn nur mit den Lippen nahe, aber das Herz ferne von ihm bleibt.

---

[1]) Bd. XI, S. XVI ff. [2]) XI, S. XXVI. Vgl. auch: Uhlhorn, Protestantismus und Katholizismus gegenüber der socialen Frage. Göttingen 1887.

## IV. Die ſociale Seite des Unterrichtes und der Erziehung durch die Schule.

Von dieſem ſocialen Streben nach Verwirklichung des Guten ſind auch alle ſeine *didaktiſchen* Schriften erfüllt. Insbeſondere war ihm der *ſittlich-religiöſe Unterricht* der Jugend und das *religiöſe Leben* in Familie, Kirche und Schule ein Hauptanliegen, und er ſtand der „unbußfertigen Kirche" oft gegenüber wie die großen ſocialen Propheten dem altjüdiſchen Prieſter- und Phariſäertum und umgekehrt: dem Streben nach religions- und konfeſſionsloſen Schulen wie jene dem Sadduzäertum.

Das religiöſe Leben im Volke ſollte „Geiſt und Wahrheit" ſein. Darum erhebt er „*chriſtlich-pädagogiſchen Proteſt wider den Memoriermaterialismus im Religionsunterricht.*" Darum fordert er auch aus religiöſem Intereſſe, gegenüber dem naturſcheuen Scholaſtizismus der preußiſchen Regulative, für die Volksſchule die Naturkunde als etwas „Dringliches"; die Kenntnis der Werke Gottes, alſo die Naturwiſſenſchaft, ſei auch zugleich religiöſe Bildung.[1])

Aus ſocialem, volkserzieheriſchem Intereſſe widmet er der *Sprachbildung* ſo viel Aufmerkſamkeit, um dieſelbe zu befreien aus der Einſeitigkeit des Litteratentums. Hausbacken, ſchlicht, volkstümlich, inhaltreich, wie es das ſociale Leben erfordert, ſolle der Schüler denken, reden und ſchreiben lernen, und zwar auf allen Kulturgebieten. Religion und Naturkunde müßten insbeſondere der Sprache Wärme und ſachlichen Inhalt geben und darum mit in den Dienſt der Sprachbildung treten.[2])

Aus ſocialen Erwägungen heraus verlangte er in jeder öffentlichen Schule „eine elementare Betrachtung der geſellſchaftlichen Verhältniſſe, in denen die geſchichtlichen Handlungen ſich bewegen, — kurz eine *elementare Geſellſchaftskunde*" oder „Kenntnis und Verſtändnis des vielgeſtaltigen Menſchenlebens, damit der Schüler im gegenwärtigen Menſchenleben ſich ſo weit zurechtfinde, um dereinſt als Erwachſener nach Beruf und ſocialer Stellung zum ſocialen Beſten mitthätig ſein zu können und zu wollen," wie auch „Kenntnis und Würdigung der ererbten geſellſchaftlichen *Kulturgüter* zur Pflege der *Vaterlandsliebe* und des *Gemeinſinns*."[3]) Dieſe Ergänzung ſei für alle Stände nötig und in der Gegenwart geradezu dringlich. Es bedürfe dieſer Ergänzung aber nicht bloß der Geſchichtsunterricht, ſondern vor allem auch der „Religionsunterricht und zwar in ſeinen grundlegenden Teilen, in der *Sittenlehre*, nämlich in ihrer Anwendung auf das ſociale Leben, in der *Social-Ethik*."[4])

---

[1]) Geſ. Schr. Bd. II–IV. [2]) Bd. V. [3]) Bd. IV, S. 46. [4]) IV, S. 42.

Daß Dörpfelds didaktische Schriften manche Zwecke verfolgten, die oberflächlichen Lesern nicht auffallen, daß er mit seiner Reform der öffentlichen Lehrpläne und Lehrmethoden auch bedeutsame soziale Zwecke allgemeiner Natur mit im Auge hatte, findet aber jeder, der sie sich näher ansieht. Die Lehrarbeit ist ihm immer ein organisches Glied inmitten der Hebung und Veredelung des Volkslebens. Und darum faßte er auch alle didaktischen Probleme weiter und tiefer, als die landläufige oder amtliche Pädagogik es vermochte. (Vgl. Anhang I.)

Dem *social-pädagogischen Sport* oder *Dilettantismus* huldigte Dörpfeld keineswegs. Was er in seinen Schriften über soziale Fragen, soziale Bestrebungen und Bewegungen sagt, das hat stets Hand und Fuß. Er hat auch hier keinen Schritt gethan, der wieder rückwärts gethan werden mußte und anscheinend auch nie wieder rückwärts gethan zu werden braucht. Das mag erläutert werden an seiner *Stellung zu den Schulsparkassen*. Er schreibt darüber an Schröer:

„Sie haben recht gethan, mich für einen Gegner derselben zu halten. Ich würde es Ihnen auch fast übel genommen haben, wenn sie mich in Verdacht gehabt hätten, daß ich dafür schwärmen könnte.

Meine Erwägungen -- skizzenhaft hingeworfen — sind folgende:

A. *Zugeständnisse*:

(Ziel) 1. *Sparsamkeit* — ist gewiß eine löbliche und wirtschaftlich wertvolle Eigenschaft (contra Genußsucht und Verschwendung, — anspornend zum Fleiß);

(Weg) 2. Die *Schule* — soll darum die Pflege auch *dieser* Qualität im Auge behalten — mit den ihr anvertrauten Mitteln;

(außerdem Mittel) 3. *Einzelne Lehrer* — mögen es immerhin auch einmal mit der *Schulsparkasse* versuchen — zur Probe, zur näheren Erforschung. (Versuchsstationen).

Übrigens dürfte sich der prüfende Blick nicht lediglich auf die erzielte Sparsumme, resp. Sparsamkeit richten, da auch vieles andere dabei zu bedenken ist.

B. *Bedenken* (Gegengründe):

(Ziel) 1. Ist es nach gesunden pädagogischen Grundsätzen erlaubt (oder gar rätlich oder gar geboten), unter den zu erstrebenden Tugenden *eine* (und zwar eine der bloß mittelbaren) *herauszuheben*, um dieselbe mit außerordentlichen Mitteln zu pflegen? Wenn ja — was die Vertreter der Sparkassen erst zu beweisen hätten —, dann wäre die zweite Frage zu beantworten:

2. Warum gerade *diese* (die *Sparsamkeit*)? warum nicht auch: Reinlichkeit, Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Arbeitsamkeit, Ausdauer, Verträglichkeit, Anstand u. s. w.?

Warum nicht auch genauere Kenntnisse der *Gesundheitslehre* und Eingewöhnung in die demgemäße Lebensweise?

Und warum nicht noch eher und eifriger: eine der *unmittelbaren*

(absoluten) Tugenden — Liebe (Barmherzigkeit, Gemeinsinn u. s. w.), Rechtlichkeit, Billigkeit, Wahrhaftigkeit, Sanftmut, Demut, Genügsamkeit, Gottvertrauen u. s. w.?

Gesetzt aber, es ließe sich beweisen (was nicht möglich ist), daß die Sparsamkeit vor allen andern unmittelbaren und mittelbaren Tugenden auf eine extraordinäre Pflege Anspruch habe, dann entstehen die weiteren Fragen:

(Mittel) 3. Warum gerade dieses Mittel (Sparkassen)? = ein Mittel, welches die Sparsamkeit lediglich auf die Lust am Besitz pflegt und bei dem von keinem tieferen Princip die Rede ist?

Soll die Anspornung zum Fleiße dieses Mittel legitimieren, so erinnere ich an den Apostel Paulus, der die Anweisung dazu motiviert: 1. daß jeder sein eigenes Brot esse (nicht andern zur Last falle) und 2. daß „man habe, zu geben dem Dürftigen."

Die beabsichtigte Einschränkung der Genußsucht legitimiert ebenfalls das Mittel nicht vollständig; denn die Wurzel (Lust am Besitz) kann ebenso gut Untugenden und Unthaten erzeugen: Geiz, Neid, sich durch Unredlichkeit oder Hazardspiel etwas erwerben wollen u. s. w. — Überhaupt lassen sich die inneren Wirkungen dieses Mittels (Sparkassen) nicht kontrollieren.

In den Schuljahren soll der Fleiß der Kinder sich vornehmlich darin zeigen, daß sie im Lernen ihre Pflicht thun (und daheim den Eltern zur Hand gehen); die Sparkassen dagegen drängen die Kinder dahin, in der Erwerbsarbeit die löblichste Anwendung des Fleißes zu sehen und die Schularbeit als weniger löblich und nützlich zu betrachten.

Endlich: ein würdigeres und erziehlich einträglicheres Antidoton gegen die Genußsucht und eine Anspornung zur Arbeitsamkeit ist die Pflege der Barmherzigkeit und des opferwilligen Gemeinsinnes. Man animiere daher die Kinder (durch Unterricht und Anmahnung), von ihren Ersparnissen auch zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken etwas zu verwenden: für Blinde, Taubstumme, Blödsinnige ꝛc. Anstalten, für patriotische Zwecke, für die Heidenmission u. s. w. (s. oben St. Pauli Ausspruch).

4. Eine besondere Erwägung verlangt dieser Punkt noch, insofern an Schulsparkassen gedacht wird und somit der Lehrer seine Zeit und Kraft hergeben soll, — und endlich noch: ob diese Schulsparkassen allgemein (gleichsam obligatorisch) sein sollen.

In betreff des Lehrers nur zwei Bemerkungen. Erstlich darf die Sparveranstaltung nur da geschehen, wo das Thun und Verhalten des Kindes genau kontrolliert werden kann, also in der Familie. Zum andern kommt die Frage, ob der Lehrer seine Gabe (Lehrkraft) nicht nützlicher für die Jugend anwenden kann als bei diesem Geldgeschäft. Mich dünkt, wenn er die betreffende Zeit dazu verwendet, um einerseits den schwächeren Schülern nachzuhelfen und andererseits den eifrigeren in ihrem Neigungsfache (Zeichnen, Rechnen ꝛc.) vorwärts zu helfen, dann leistet er fruchtbarere Freiwilligkeitsdienste. (Vergl. Apostelgesch. 6, 2.)

Ein beſonderes Licht fällt noch auf dieſe Schulſparkaſſen, wenn man (hiſtoriſch) 5. ihre Herkunft in Erwägung zieht. Sie ſtammen aus Belgien und haben ſich von da über Frankreich, England, Amerika, Dänemark, Schweden u. ſ. w. fortgepflanzt.

Nun muß man ſich an zweierlei erinnern, worin die Heimatländer der Schulſparkaſſen ſich zu ihrem Nachteil von Deutſchland unterſcheiden:

Erſtlich — iſt dort bisher die Schulbildung der unteren Stände vernachläſſigt worden;

Zum andern — hat dort das pädagogiſche Denken noch keine wiſſenſchaftliche Durcharbeitung und Zuſammenfaſſung gefunden. (Vgl. D. didakt. Mat. S. 77—80).

Daraus ſind zwei charakteriſtiſche Folgen entſtanden:

Einmal läßt ſich auf die vernachläſſigten Volksſchichten nur durch außerordentliche, forcierte Mittel wirken; und

zum andern ſind dieſe Mittel faſt immer mit Einſeitigkeit behaftet.

So erklären ſich auf engliſchem und amerikaniſchem Boden in religiöſem Gebiete die methodiſtiſchen Beſtrebungen, die Revivals u. ſ. w., desgleichen die ſog. Sonntagsſchulen u. ſ. w.; ſo auf romaniſchem Boden (Frankreich, Belgien, Italien), wo das religiös-kirchliche Leben brach liegt, die Ehrgeizaufſtachelungen (durch Prämien, theatraliſche Schulprüfungen u. ſ. w.) in den Schulen.

Kurz: der Charakter jener Beſtrebungen iſt das Außerordentliche — anſtatt des Ordnungsmäßigen,
das Methodiſtiſche — anſtatt des Methodiſchen,
das Forcierte — anſtatt des Naturwüchſigen,

und das iſt auch der dreifache Charakter der angeprieſenen Schulſparkaſſen.

Daraus ziehe ich die mahnende Folgerung:

6. Wir Deutſche müſſen an unſerer geſunderen (höheren) deutſchen Art und Erziehungsweſen feſthalten, — d. i. die Erziehungsaufgaben als ein Ganzes faſſen, mit wiſſenſchaftlichem Blick, damit dementſprechend die Bildungs- und Erziehungsarbeit geſchehe:

harmoniſch, — nicht einſeitig (Einzelnes begünſtigend u. ſ. w.),
methodiſch, — nicht methodiſtiſch,
naturwüchſig (geſund), — nicht forciert (keine pädagogiſche Guanodüngung!).

Darum — weg mit den Schulſparkaſſen!

---

Das iſt im weſentlichen meine Anſicht über die Schulſparkaſſen.

Übrigens möchte ich Ihrem Vorſatz, dieſer Frage eine eingehende Unterſuchung zu widmen, eher widerraten als Sie dazu anfeuern. Einmal glaube ich kaum, daß dieſelbe einer ſolchen ernſtlichen Arbeit wert iſt. Mich dünkt, dieſe ausländiſche Modeſache wird ſich in ſich ſelbſt totlaufen. Hier am Rhein iſt ſie in meinem Geſichtskreiſe noch nie in einer Konferenz zur Sprache gebracht worden; und wenn es geſchähe, ſo würde die Majorität der Lehrer bald damit fertig ſein. In Oſtpreußen und

Schleswig-Holstein z. B., wo sie in größeren Versammlungen zur Sprache gekommen ist, hat sie bei der Mehrzahl entschiedenen Widerspruch gefunden. Zum andern liegen aber unserm Stande so viele brennende und folgenschwere Fragen vor den Füßen — auf dem Gebiete der Schulverwaltung, der Theorie des Lehrplans und des Lehrverfahrens —, daß wir nicht Hände genug haben, um hier die nötige Arbeit auszuführen. Schon allein auf dem Gebiete der Theorie des Lehrplans ist mehr zu thun — teils in weiterer Erforschung teils in Verbreitung der Wahrheit — als ich bereite Hände sehen kann. Darum möchte ich Ihnen zurufen: „Lassen Sie die Toten ihre Toten (unpädagogische Einfälle) begraben und legen Sie lieber an den wichtigeren und fruchtbareren Stellen mit Hand an!" Wären unter den Seminar- und Volksschullehrern die unerledigten Aufgaben der pädagogischen Wissenschaft und Praxis so gekannt, wie sie auf deutschem Boden gekannt sein könnten, oder auch nur so viel davon als in meinen „Grundlinien" und in deren Ergänzungsschrift (der didakt. Mat.) darüber zu lesen ist — so würden solche Einfälle wie das Schulsparkassenwesen gar nicht haben entstehen können. Ich sage darum: haben Sie irgend einen besonderen Grund, den Schulsparkassen zu Leibe zu gehen —, nun, dann gehen Sie drauf los mit allem gebührenden Ernst. Im andern Falle aber wenden Sie lieber Ihre Zeit und Kraft wichtigeren Arbeiten zu."

Ich muß gestehen, daß auch ich nichts pädagogisch Oberflächlicheres je gelesen habe als in Schriften über Schulsparkassen und ähnliche Fragen.[1]) Ich nahm auch einmal als Gast an einer amtlichen Konferenz teil, wo die Frage ebenfalls auf der Tagesordnung stand. Zu leicht wird der Wille des Vorsitzenden in den meisten amtlichen Konferenzen schon vor der Verhandlung die Ansicht der Versammlung. Die Referenten werden von ihm erwählt, er leitet die Versammlung, alle Redner sind seine Untergestellten, und schließlich, wenn Beschlüsse gefaßt werden sollen, so hat er ja ebenfalls die Leitung derselben in Händen. Eine amtliche Konferenz ist gewiß eine notwendige, aber auch eine unfreie Konferenz. Ich erlaubte mir als freier Gast in derselben dennoch meine Ansicht dahin auszusprechen, daß man die Stühle der Wechsler nicht in die Schulräume bringen möge; sie seien Sache der Kommunalverwaltung, und wenn die Schule im rechten Verhältnis zu derselben stünde, so würden ja gewiß auch die Lehrer gerne bereit sein, hier mitzuhelfen. Wenn das Geldsparen zur socialen Hebung beitragen solle, so würde es nur dann Zweck haben, wenn das durch die Familie geschehen würde. Und wenn die Schüler zur Sparsamkeit angeleitet werden sollten, so ließe sich noch in vielen anderen und wichtigeren Dingen sparen. Eine Unzahl von Schankstätten harmloser und bedenklicher Natur

[1]) Vgl. Trüper, Die Schule und die socialen Fragen unserer Zeit. III. S. 42 ff. Daselbst ist auch weitere Litteratur über diese Frage angegeben.

existiere; allsonntäglich sei öffentlicher Tanz und oft in der Woche noch dazu; hier vergeude und verschwende die Jugend so viel an Gesundheit, Geld und Sittlichkeit, daß die Gelderspärnisse das bei weitem nicht aufwögen. Hier möge man die Hand an die Wurzel legen, wenn Werte, aber nicht bloß Geldwerte, im Volke kapitalisiert werden sollten. Im übrigen sei die Sparsamkeit auch nur eine sehr bedingte Tugend; nach den Lehren der Nationalökonomen wie der Ethiker hätten die Besitzenden nicht bloß die Pflicht zu sparen, sondern auch ebenso sehr die Pflicht, das Geld auszugeben und auf eine sittliche Weise unter die Leute zu bringen, nicht bloß durch Sparsamkeit oder gar Geiz, sondern auch durch Freigebigkeit sich „Freunde mit dem ungerechten Mammon" zu machen.

Eine Entgegnung aus der Versammlung erfolgte nicht darauf. Im Schlußwort wagte aber der Vorsitzende mich mit der einzigen Bemerkung abzuthun, daß sogar jemand sich überhaupt gegen das Sparen ausgesprochen habe und solche Ansichten doch wohl nicht ernst zu nehmen seien.

Etliche Schulsparkassen sind in dem Bezirke entstanden. Ich tadele sie nicht. Die Verschwendung und Vernichtung von Geld und Gut, von leiblicher und geistiger Gesundheit, von Moralität und Familienglück u. s. w. ist daselbst aber weit stärker durch Zunahme des Alkoholismus und der sexuellen Vergnügungssucht gewachsen und keine amtliche wie nichtamtliche Erzieherkonferenz hat sich mit diesen volkszerstörenden Seuchen beschäftigt. Nur die mitverantwortlichen Kommunalbehörden erblickten in der öffentlichen Bekundung dieser unbestreitbaren Thatsachen eine gerichtlich zu verfolgende Beleidigung. Selbstverständlich erlitten solche Behörden neben der gerichtlichen auch eine wohlverdiente moralische Niederlage. So seiht man leider auf dem Gebiete der socialen Erziehung vielfach mit großem Eifer Mücken, aber verschluckt dabei Kamele. Ein Verdienst Dörpfelds aber bleibt es, stets die großen und principiellen Fragen und Gesichtspunkte erkannt zu haben.

Wie die **Regierung** und **Zucht** in der Schule nach dem Vorbilde des Familienlebens gehandhabt werden soll, davon redet vor allem die Biographie der Tochter und jede seiner eigenen Schriften so klar, daß ich die Frage hier übergehen kann, zumal wir noch wiederholt darauf zurückkommen. Doch möchte ich hervorheben, daß es sich verlohnte, einmal systematisch zu ordnen, was in Dörpfelds Schriften über diese, in der neueren pädagogischen Litteratur so gut wie gar nicht bearbeitete Frage zu finden ist. Es wäre das eine Arbeit, die so fruchtbar und darum auch dankbar werden könnte, als wenige andere. In der Hoffnung, daß recht bald ein Freund Dörpfeldscher Pädagogik diese Arbeit übernehmen wird, will ich hier nicht weiter auf dieses Kapitel eingehen. Von der socialen

Erziehung im engern Sinne handeln die folgenden Abschnitte. Einen einzigen weittragenden Gedanken aus dieser Reihe habe ich zudem bereits verarbeitet in der Schrift: „Zur Frage der Erziehung unserer sittlich gefährdeten Jugend".[1])

---

## V. Die Familie als sociale Erziehungsgemeinschaft.

Dörpfelds „Pädagogik im großen Stil," seine Socialerziehung, ging aber weit über die Schule mit ihren Fragen des Unterrichts, der Regierung und der Zucht der Kinder hinaus. Sie hatte alle menschlichen, gottgegebenen Gemeinschaften, die Familie, die Schulgemeinde, das sociale Leben, den Staat und das Vaterland, die Kirche und „das Reich Gottes" im Auge. Sein sociales Interesse, seine Heimats-, seine Vaterlandsliebe, sein Gemeinsinn machten den Lehrer Dörpfeld zum socialen Organisator und Erzieher nicht bloß der Jugend, sondern auch der verschiedenen Lebensgemeinschaften der Erwachsenen.

Seine Lebensgeschichte erzählt uns, wie er schon als 20jähriger Lehrer sich diesen Problemen zuwendet. Und auch später sehen wir ihn immer bestrebt, das Gemeinschaftsleben in Familie, Gemeinde, Kirche und Staat wie das der ihm erreichbaren Berufsstände tiefinnerlich oder social-ethisch zu veredeln. Diesen Problemen widmet er auch seine Hauptschriften, und diesem Zwecke ordnet er auch Unterricht und Erziehung in der Schule unter.

Die Veredelung des Volkes, das ist für ihn Ziel der Anthropogogik. In diesem Sinn, nicht aber im Sinne des „social" genannten Klassenkampfes um die „Futterplätze" war Dörpfeld Socialpädagog. Über seiner Socialpädagogik steht als Motto: Suum cuique.

Dörpfelds Socialerziehung richtete sich zunächst auf die Familie.

Sie betrachtete er gleich Riehl unter anderem als den Urorganismus jedes gesunden Volks- und Staatslebens. Mit der Gesundheit der Familie steige und falle die des ganzen Volkes.

„Es fließet aus der Familie alle gute Sitte und gut Regiment. Denn wo in Häusern Gehorsam nicht gehalten wird, wird man es nimmermehr dahin bringen, daß eine ganze Stadt, Land, Fürstentum oder Königreich wohl regieret werde. Denn in dem Hause ist das erste Regiment, davon alle andern Regimenter und Herrschaften ihren Ursprung haben. Wo nun die Wurzel nicht gut ist, da kann weder Stamm noch gute Frucht folgen."[2])

---

[1]) Beiträge zur Kinderforschung, Heft V. Vgl. dazu auch die Ergänzungen in Nr. 4 unserer Zeitschr. f. Kdf. Jahrg. 1900.

[2]) Katechismus für Väter und Mütter. S. 5. Ges. Schr. Bd. X, 1.

Sie ist darum für Dörpfeld auch „die Normalerziehungsanstalt“:

„Die Familie ist die für alle Zeiten und Kulturzustände von Gott gegründete und nach seiner Weisheit eingerichtete Normal-Erziehungsanstalt für die Jugend; nach welchem Muster alle Anstalten und Schulen, die auf wahre allgemeine Bildung und Erziehung berufen sind, möglichst, d. h. so weit ihre besonderen Zwecke es zulassen, sich richten sollen.“[1])

„Das Haus ist die Stätte, wo die Prediger das Predigen, der Lehrer das Lehren, der Erzieher das Erziehen, der Regent das Regieren, der Geschichtschreiber das Erzählen und der Musiker die echte heilige Musik lernen, d. h. immer besser lernen kann.“[2])

„Die Schule soll darum möglichst eng mit der Familie verbunden sein, möglichst in ihrem Sinne und in ihrer Art eingerichtet und geleitet werden; oder anders ausgedrückt: Der Charakterzug der Familienhaftigkeit muß in der Einrichtung und im Leben der einzelnen Schulanstalten deutlich ausgeprägt und durch die Verfassung und Leitung des gesamten Schulwesens anerkannt und geschützt werden.“[3])

Das ist der Kernpunkt seiner socialen Auffassung der Schularbeit und des Schullebens: hier der Familienhaftigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese Familienhaftigkeit ist seiner Meinung nach um der Schule und ihrer Aufgaben willen nötig. Aber auch umgekehrt muß sie der Familie dienen.

Darum griff Dörpfeld zunächst mit seiner praktischen und theoretischen Schularbeit weit und oft über die Schulwände hinaus in das Familienleben. Durch die Schularbeit wollte er unter anderem zugleich die Familie geistig und sittlich befruchten. Hausaufgaben, belletristische wie Realleſebücher und anderes mehr sollten die in der Schule erörterten Fragen an den Familienherd tragen und so die ganze Familie mit bilden und veredeln.

Aber auch direkt trat er als Lehrer mit der Familie in mehrfachen erziehlichen Verkehr. Schon im Jahre 1848 rief er in seiner Schulgemeinde die Einrichtung ins Leben, die in neuester Zeit, 50 Jahre später, unter dem Namen „Elternabende“ vielfache Zustimmung gefunden hat.

Eine seiner ersten und interessantesten Schriften ist der „Katechismus für Väter und Mütter oder Dr. Luthers Unterweisung über der Eltern Würde, Pflicht und Arbeit.“[4])

[1]) Freie Schulgemeinde. S. 12 f. (Ges. Schr. VIII, 1.)

[2]) Daselbst S. 20. — Die 332 Seiten umfassende Schrift: „Die freie Schulgemeinde“ ist im Grunde eine Abhandlung über die sociale Erziehung durch die Familie. Thatsächlich gliedert er auch die Schrift in zwei Teile mit den Überschriften: I. „Das Familienprincip im allgemeinen.“ II. „Das Familienprincip in seiner Anwendung auf die äußere Verfassung des Schulwesens.“

[3]) Fr. Schulg. S. 29.

[4]) Ges. Schr. X, 1.

Das in meinen Händen befindliche Exemplar trägt die Widmung:

„Meiner lieben Tinchen am 12. September 1851 zur freundlichen Erinnerung an den 12. Juni von ihrem F. W. Dörpfeld."

Der 12. Juni war beider Hochzeitstag.

Über den Zweck des Büchleins redet der Verfasser im Vorwort klar und deutlich genug. Wir brauchen dem nichts hinzuzufügen. Nur einen Punkt wollen wir auch hier um seiner principiellen Bedeutung willen herausheben:

„Es wird gerühmt, daß in neuerer Zeit der Geist der rettenden und helfenden Liebe wieder in den Christenleuten erwacht sei, der der verwahrlosten Kleinen und Großen sich annehme und sie zu bessern suche. Wir freuen uns des auch und sind auch nicht gewillt, bloß splitterrichtend zuzusehen. Aber wir haben doch etwas auf dem Herzen. Wenn ein Haus mitten unter andern Häusern brennt und schnelles Löschen nicht möglich ist, so pflegt man vor allem die umgebenden Gebäude vor der Ansteckung möglichst sicher zu stellen, und dann, oder auch zugleich an und aus dem brennenden Hause zu retten, was noch zu retten ist. Das ist gesunde, vernünftige Praxis. Wir freuen uns also, loben und danken über die Rettungsapparate und Rettungsanstalten aller Art, die die christliche Liebe beschafft und begründet; wollen nur zum vierten bescheidentlich gemahnt haben: Man vergesse die Konservationsanstalten nicht!"[1])

Es ist mir nicht bekannt geworden, welche Aufnahme das Büchlein gefunden hat, insbesondere in den Kreisen, welche sich vor andern des Konservierens rühmen. Groß wird der Beifall nicht gewesen sein, da keine neue Auflage erfolgte. Und doch wüßte ich aus individual- wie social-erzieherischen Erwägungen den Seelsorgern kein besseres Werk zu empfehlen, als bei der Taufhandlung der Erstgeborenen jedem Elternpaare einen solchen Katechismus als Vermächtnis Luthers zum fleißigen Lesen und Beachten feierlichst zu überreichen. Die Gabe würde entschieden nachhaltiger wirken als jede wenn auch noch so salbungsvoll gehaltene Ansprache. In der Hoffnung, daß das volkserzieherische Interesse der evangelischen Geistlichen heute reger ist als es vor 50 Jahren war, ist eine billige Ausgabe dieses Katechismus erschienen.[2]) Man sollte meinen, insbesondere die lutherische Kirche müsse stolz sein auf dieses Vermächtnis ihres Reformators und ihm nicht wehren, wenn er die Kindlein zu dem Herrn führen will. Aber ich fürchte, je „lutherischer" und „konservativer" die Geistlichen sind, desto mehr Bedenken werden sie tragen, solchen erzieherischen Geist eines Luther und Dörpfeld in das Volk zu verpflanzen. Und doch würde durch Befolgung unseres Vorschlages mehr christlich-evangelische Gesinnung

[1]) Daselbst S. 2.

[2]) Preis 30 Pf. (C. Bertelsmann, Gütersloh.)

in das Volk verpflanzt werden, als wenn man befiehlt, daß der weit schwerer zu verstehende sogenannte „kleine“ Katechismus Luthers mit seinen dogmatischen Formeln von Kindern memoriert werde.

Lehrer, welche durch unpädagogische Forderungen vorgesetzter Geistlichen noch nicht katechismusscheu geworden sind, werden aber um so lieber an Elternabenden oder wo sie sonst Fühlung mit Eltern pflegen, diesen Katechismus verbreiten helfen, natürlich nicht um des Büchleins, noch um Luthers oder um Dörpfelds willen, sondern

„weil es ein Jammer und eine Schande für die Christenheit ist, daß über das, was am Fundament not thut, so wenig Zeugnis abgelegt und noch weniger Rat gegeben und Rat geschafft wird, wie das zu bessern.“ (Vorw. S. 4.) Und: „Das größte Werk, das du thun kannst, ist eben das, daß du dein Kind recht erziehest.“ (S. 6.)

Diese Verbreitung kommt vor allem auch der Schule zu gute. In einem Brief an seinen Freund Klingenburg schreibt Dörpfeld darum mit Recht:

„Unser Volk hat einmal in Sachen der Erziehung fast gar keine Einsicht, nicht mal eine Meinung. Diese Lutherworte können aber da gute Dienste thun. Auf einem Boden, in den solche Worte gesäet sind, kann ein Lehrer ganz andere Ernten erwarten, als wir seither gehalten haben.“

Wie tief, tief ernst Dörpfeld gerade diese socialerzieherische Arbeit in der Familie nahm, geht auch daraus hervor, daß er sogar eine Zeitschrift für Familienerziehung plante. Ein Brief an einen Freund spricht sich des näheren darüber aus und übt zugleich eine noch heute beachtenswerte Kritik an den vorhandenen Familienblättern.

„Lieber Freund! . . . Ein alter Gedanke, mit dem ich mich über 10 Jahre lang herumgetragen habe, scheint endlich zur Geburt kommen zu sollen, wenigstens drängt er immer kräftiger darauf hin. Dieses Schreiben selbst ist ein Hülferuf, den mir die Wehen auspressen. Wenn das Kindlein gesund zur Welt kommt, so muß es eine Zeitschrift für die deutsche Familie sein, etwa unter dem Titel: „Blätter für Familienleben und Kinderzucht.“

Im Anfang der fünfziger Jahre, als Zahns Schul-Chronik einging, und im Ev. Lehrer-Verein fort und fort von der Gründung eines neuen Schulblattes die Rede war, habe ich mit Past. Bräm in Neukirchen bei Moers wiederholt über meinen Lieblingsgedanken verhandelt, und auch später noch. Wir konnten uns aber nie ganz verständigen, weil jeder von uns noch einen Neben- oder Hintergedanken im Auge hatte. Er wollte das „Familienblatt“ äußerlich in den Dienst seines „Erziehungs-Vereins für verwahrloste Kinder“ stellen, was mir nicht behagte. Ich hatte den Nebenplan, mit dem Familienblatt zugleich ein Schulblatt herauszugeben, und da letzteres nach damaliger Lage der Dinge nicht Aussicht hatte, sich

ſelbſt erhalten zu können, ſo ſollte erſteres gleichſam Vorſpanndienſte thun, was aber eben dem Herrn Paſtor nicht behagte. So kamen wir zu nichts.

Das Bedürfnis eines Evangel. Schulblattes habe ich immer ſehr lebhaft gefühlt, aber der Wunſch nach einem Familienblatte hat meinem Herzen doch ſtets näher gelegen. Irre ich nicht, ſo hat uns der Herr einen guten Weg gezeigt und geführt. Das Schulblatt iſt jetzt da, und kann beſtehen. Durch ſeine Leſer iſt unter Gottes Segen das Mittel geboten, auch das Familienblatt unter die Leute zu bringen. Gelingt dies mit einigem Erfolge, ſo bietet ſich wieder die Ausſicht, durch das Familienblatt der Schulblattkaſſe zu Hülfe zu kommen, in der Art, daß der Preis des Schulblattes ermäßigt oder bei demſelben Preiſe die Bogenzahl vermehrt werden könnte.

Daß eine ſolche Zeitſchrift einem tiefen und großen Bedürfniſſe begegnen würde, laſſe ich mir nicht ausreden; ein anderes iſt's freilich, ob dieſes Bedürfnis wirklich allgemein und lebhaft gefühlt werde. Unſere Litteratur ſchwillt immer rieſenmäßiger an; es iſt faſt kein Fleckchen menſchlichen und natürlichen Gebietes, dem nicht Blätter und Bücher gewidmet ſind und werden. Nur allein das eigentliche Hausgebiet, das des Hausbedürfniſſes liegt ſo gut wie ganz unbebaut. Unter den Büchern ſind faſt nur die trefflichen Werke von Thierſch und Riehl von namhafter Bedeutung; ſie ſtammen aber erſt aus jüngſter Zeit und kommen nur in die Hände gebildeter Leute. Für den gemeinen Mann iſt nichts Rechtes vorhanden; auch iſt ſpeciell für dieſen eine kleine Zeitſchrift dienlicher als ein Buch. Eine Zeitſchrift für das Familienleben in dem Sinne, wie ich das letztere ſamt ſeinen Bedürfniſſen faſſe, iſt gar nicht da. Diejenigen, welche dies Gebiet mit ins Auge faſſen, geben doch zu wenig; „Erbauung" im ſpeciell religiöſen Sinne, etwas Politik, Zeichen der Zeit u. ſ. w. iſt bei ihnen doch die Hauptſache, oder ſie ſind, wie O. v. Horns „Maje" und ähnliche, noch ſchlechtere Blätter, lediglich der Familien-Unterhaltung, dem Pläſier gewidmet, was ganz das Gegenteil von dem iſt, was mir vor der Seele ſteht. Nicht vom Überflüſſigen, ſondern vom Notwendigen ſoll unſer Familienblatt zunächſt handeln; nicht Deſſert-Backwerk ſoll es bringen, ſondern das gute tägliche Brot. Die Familien-Not nach Länge, Breite und Tiefe ſoll zur Sprache kommen, aber noch mehr die Fülle des Reichtums von Lebensfreuden, Lebensmitteln u. ſ. w., die Gott der Herr in ſeine Ur-, Lebens- und Erziehungsanſtalt für ſeine Kinder beſchloſſen hat. Dabei iſt es für chriſtliche Leſerkreiſe ebenſo wichtig, die natürliche Seite des Familienlebens zu ihrem Recht kommen zu laſſen, als den andern gegenüber zu zeigen, daß die natürliche Seite erſt da zur vollen Entfaltung kommt, wo ſie ſich durch Chriſtum und ſeinen Geiſt weiſen, erlöſen und heiligen läßt.

Vergegenwärtige ich mir im Überblick, was eine Zeitſchrift in dem angedeuteten Sinne für Erde und Himmel nützen könnte, und denke dann daran, wie in aller Welt der eine noch lauter als der andere ruft: die Familie iſt das Centrum des ſocialen, ſtaatlichen und kirchlichen Lebens, das Fundament, auf dem alle göttlichen und menſchlichen Ordnungen ruhen — ſo weiß ich mir die Thatſache, daß noch niemand dazu gekommen iſt,

zur Pflege und Pflanzung dieſes „guten Landes“ auch durch geeignete zeitſchriftliche Litteratur Handreichung zu bieten, ſchier nicht zu erklären. Doch dem ſei, wie ihm wolle. Ich will in Gottes Namen den Verſuch wagen.

Das als Mitteilung. Nun zu meinen Wünſchen und Bitten an Sie.

1. Ich bitte nicht bloß, ich ſetze es ſelbſtverſtändlich voraus, daß Sie mit Freuden nach Kräften an dem ſchönen Werke mithelfen werden.

2. Möchte ich Ihre Anſicht in Betreff der äußeren Ausſtattung des Blattes erfahren. — Meine Anſicht iſt dieſe: da es in erſter Linie für die mittlern und niedern Stände (ſo weit die letztern zu erreichen ſind) beſtimmt iſt, ohne jedoch die höhern Bürgerklaſſen gleichſam auszuſchließen, ſo muß es von kleinem Umfange und nicht koſtſpielig ſein. Ich meine, alle zwei Monate einen Bogen, geheftet, mit Umſchlag. Auf der erſten Seite des Bogens ein Holzſchnitt, eine Scene aus dem Familienleben darſtellend. Preis jährlich 12½ Sgr. (Monatsblättchen à ½ Bogen iſt zu unanſehnlich, tagblattartig; ſolche Blättchen werden leicht verſchleudert und zerriſſen, auch leichthin nur flüchtig geleſen. Ein Heftchen dagegen iſt würdevoller, ernſter, und fordert zu ernſterem Leſen auf.)

3. Wie würden Sie etwa einen Vertrag mit dem Verleger abſchließen, d. h. welche Hauptſtücke würden Sie darin aufgenommen wünſchen? (Aus dem im Eingange Bemerkten wollen Sie ſich erinnern, daß es ſich in dieſem Betracht vor allem darum handelt, a) im Intereſſe armer Lehrer das Schulblatt billiger zu machen, b) desgleichen im Intereſſe armer Familien das Familienblatt auf die Dauer auf möglichſt niedrigen Preis zu bringen.

4. Welche Männer — oder Frauen — wiſſen Sie zu nennen, die man zur Mitarbeit am Familienblatte auffordern dürfte — mit Vertrauen auf ihre Tüchtigkeit und Bereitwilligkeit?

5. Ich habe noch mehreres zu fragen und zu bitten, will aber einſtweilen ſchließen. Das Vorliegende giebt Ihnen ſchon Stoff genug zur Antwort. Nur Eins noch. Bevor wir zur Herausgabe ſchreiten, muß wenigſtens ein Reſerve-Manuſkript für einen ganzen Jahrgang (6 Bogen) vorrätig ſein. Dies könnte vorwiegend aus gutem alten, nicht veraltendem Stoffe beſtehen. Für ein Familienblatt, wo es nicht darauf ankommt, etwas Neues, ſondern das bewährte Richtige zu ſagen, iſt das „Sammeln der übrigen Brocken“ nicht ſowohl berechtigt, als vielmehr eine Pflicht. Sie wollen daher gütigſt die Anſammlung von Reſerve-Manuſkripten ohne Säumen in Angriff nehmen. Ich möchte dabei bitten, ſich zuvor eine rubricierte Überſicht von allem dem zu machen, was in einem Familienblatte Platz finden kann oder muß, ihre Sammlung nach dieſem Schema zu ordnen und in ein Inhaltsverzeichnis zu bringen.

Barmen, den 6. März 1859. In Liebe

Ihr F. W. Dörpfeld.“

Ich denke, ein ſolches Blatt wäre auch heute noch ein Bedürfnis, trotzdem inzwiſchen Familienblätter wie Pilze aus der Erde emporgeſchoſſen

sind. „Fürs Haus“ und „Daheim“, mit dessen Begründer (Dr. König) Dörpfeld in Beziehung stand, entsprächen wohl nach der praktischen und die „Cornelia“ nach der rein erzieherischen Seite hin am meisten dem Dörpfeldschen Ideale. Aber Volksblätter sind sie nicht geworden. Hier hat man leider der Socialdemokratie und den mit familiärer Maske auftretenden, aber vom Inseratenunwesen sich nährenden und mit täuschenden Reklamen das Volk irreführenden Familienblättern das Erziehungs- und Bildungsfeld überlassen. Die berufenen Socialerzieher in Kirche und Schule haben ihre Aufgabe hier nicht voll begriffen.

## VI. Die Schule als social-erzieherischer Organismus.

1. Aus der Familie erbaut sich zunächst die Gemeinde, die bürgerliche (wirtschaftliche oder Kommunal-), wie die kirchliche und Schulgemeinde. In die **Ortsschulgemeinde**, als einer Erziehungsgemeinschaft von Familien, verlegt Dörpfeld darum den zweiten Schwerpunkt seiner socialerzieherischen Bestrebungen. „Die freie Schule auf dem Boden der freien Kirche im freien Staate“ (1863, Ges. Schr. VIII, 1) beschäftigt sich in der Hauptsache mit den in der dreifachen Ortsgemeinde zum Teil gefesselt liegenden religiös-sittlichen, geistigen und zum Teil auch wirtschaftlichen Kräften; hier liegt ihm noch 1892 „das Fundamentstück einer gerechten, gesunden, freien und friedlichen Schulverfassung.“

Seine Schulverfassungsschriften[1]) wie seine ethischen und religiösen Abhandlungen zeugen immer wieder davon, wie er sich die Neubelebung des Gemeindelebens und namentlich auch das socialerzieherische Ineinandergreifen der Schul-, der kirchlichen und der bürgerlichen Gemeinde dachte und wie durch Selbstverwaltung jede derselben zu erziehen sei zu einer beseelten und durchsittlichten Lebensgemeinschaft.

Die Schule ist für Dörpfeld darum noch etwas anderes, als eine staatliche, kirchliche, kommunale oder private Anstalt für den Unterricht der Kinder. Sie ist ihm zugleich eine socialerzieherische Schul-Gemeinde. Als solche soll sie die Schulinteressen pflegen, aber umgekehrt soll auch die Schule die Kinder für die Gemeindeaufgaben vorbereiten und vorbilden. Darum schrieb er seine „Gesellschaftskunde“ und sein „Begleitwort“ dazu. Er will darin keine bloße Beschreibung der socialen Gemeinschaften bieten, sondern es kommt ihm darauf an, dem zukünftigen Gliede solcher Gemeinschaften den Grundsatz zu Fleisch und Blut werden zu

[1]) Ges. Schr. Bd. VII—IX.

laſſen, daß nicht die Eigenliebe, ſondern der einſichtsvolle Gemeinſinn das größte Wohl jedes Einzelnen wie der ganzen Gemeinſchaft einſchließt.

Wie der rechte Erzieher eines Kindes nie etwas für das Kind thut, was es ſelber kann oder erlernen kann, ſo wird auch der rechte Volkserzieher jede Gemeinſchaft die ſocialen Geſchäfte ſelber beſorgen laſſen, die ſie beſorgen kann. Erziehung zur Selbſtthätigkeit und Selbſtändigkeit heißt die individual-erzieheriſche, Selbſtverwaltung die ſocial-erzieheriſche Loſung.

Den individual- wie ſocial-erzieheriſchen Wert der Selbſtverwaltung kannte Dörpfeld aus eigener Anſchauung des Volkslebens in ſeiner bergiſchen Heimat. Dieſes Princip war ihm ein angeborenes, durch Generationen, ja ſeit dem Auftreten der Germanen in der Geſchichte vererbtes. Die Tochter bemerkt dazu in der Biographie:

„Geſchichtlich treten in dieſem echt germaniſchen Volke (ſeines Heimatlandes) zwei Eigenſchaften hervor, die ſonſt nicht immer beieinander zu ſein pflegen: einmal ein entſchieden freiheitlicher Sinn und ſodann die Anſicht, daß Einigkeit nicht nur ſtark macht, ſondern daß ohne ſie auch die Freiheit nicht bewahrt werden kann.“ [1]) — — „Die Leiter der (Reformations-) Bewegung ſchufen eine freie Gemeindeordnung, die, nach dem Princip der Selbſtverwaltung entworfen, jedes einzelne Glied mit beſonderen kirchlichen Rechten und Pflichten ausrüſtete. Sie machten dadurch die Gemeinde wehrhaft, daß ſie allen Stürmen Trotz bieten konnte . . . . Auf ſich ſelbſt, auf die eigene Rührigkeit angewieſen und daher genötigt, auch den letzten Mann zur Mitarbeit und Mitſorge in der Kirchen- und Schulverwaltung heranzuziehen, hat nun dieſe Bevölkerung eben durch dieſe Mitarbeit auch Kirche und Schule immer mehr als wirkliche Güter ſchätzen gelernt, — ungerechnet das dadurch erlangte Geſchick zur Selbſtverwaltung öffentlicher Angelegenheiten. Es wird wohl wenige Landſchaften in unſerm Vaterlande geben, wo in allen Volksklaſſen ein ſo lebendiges religiöſes und Schulintereſſe zu finden iſt als im Bergiſchen und Jülichſchen.“ [2])

In einem Briefe an einen jüngeren Freund ſagt Dörpfeld:

„Bei mir erwachte das Intereſſe für Schulverfaſſungsfragen ſchon ſehr früh. Das Senſorium zu horchen und zu denken erwachte in meinem Kopfe bei den verſchiedenen Gebieten — Didaktik und Socialiſtik, Religion und Philoſophie — ſozuſagen faſt gleichzeitig, aus einer Wurzel; wie ich denn ſchon als 13jähriger Junge mit geſpitzten Ohren in der großväterlichen Stube den dort geführten philoſophiſchen Disputationen zuhörte. So war mir z. B. ſchon vor der Seminarzeit vollſtändig klar, — was man leider heute noch Tauſenden von Lehrern, Seminardirektoren und Schuloberen erſt demonſtrieren muß, — daß jede mehrklaſſige Schule einen Dirigenten haben muß, und zwar nicht blos dies klar, daß das um der Schule willen nötig iſt, ſondern auch das andere, daß in dem Fehlen dieſes Amtes eine

[1]) Leben und Wirken, S. 2.

[2]) Daſ. S. 5.

ſchwere Erniedrigung für den Lehrerſtand ſteckt. Ich würde mich auch vor mir ſelber ſchämen, wenn ich das mit 17 Jahren noch nicht hätte begreifen können, auch ohne daß mich jemand darauf aufmerkſam gemacht hätte. — Ebenſo iſt bei mir frühzeitig die Antipathie gegen große Schulkaſernen erwacht."[1])

Die Organiſation der Lokalſchulgemeinde war ihm aber das weſentlichſte Stück dieſer Selbſtverwaltung, ja ſogar die Kernfrage ſeiner Socialpädagogik.

Ein weiſer Erzieher läßt aber auch umgekehrt von ſeinem Zöglinge nichts verrichten, wozu ihm Einſicht und Kraft fehlt. Dasſelbe will Dörpfeld als Socialerzieher. Wo für eine Aufgabe die Kräfte in einer Gemeinde nicht reichen, gleichviel ob in ſittlicher, geiſtiger oder wirtſchaftlicher Hinſicht, da muß ebenſo ſelbſtverſtändlich eine größere Gemeinſchaft eine ſtärkere Kraft aufwenden. Dörpfeld lag es darum ſehr fern, zu verlangen, daß die Lokalſchulgemeinde oder gar ein zufälliger Verein von Eltern alle Schulfragen löſen ſollten, wie ſo viele ſeiner Kritiker behaupten, die anſcheinend nur die Titel ſeiner Schriften geleſen haben. Dörpfelds Schulgemeinde ſoll auch eine Kreis- und Provinzialſchulgemeinde ſein. Und daß in dieſen Gemeinden nicht die nötige Intelligenz für alle Schulfragen zu finden ſein wird, wird ſelbſt ein Blinder nicht behaupten wollen. Ohne die Geſundheit und Tüchtigkeit der Individuen taugt aber eine Gemeinſchaft nichts. Das gilt auch für eine Gemeinſchaft von Gemeinden. Darum lag Dörpfeld alles an der rechten Organiſation und Erziehung der Lokalſchulgemeinden.

Dörpfeld wollte eine wirkliche Schulgemeinde. Was das heißt, bekunden ſeine ſämtlichen Schulverfaſſungsſchriften: Mitarbeit an der öffentlichen Erziehung aller, die ein wirkliches Intereſſe daran haben, den Erziehungsgeiſt in der Gemeinde durch die Gemeinde und für die Gemeinde und ihren Nachwuchs zu pflegen. Nicht minder wie die ſtaatliche Bureaukratie und die kirchliche evangeliſche oder römiſche Hierarchie, war ihm darum auch das „Schulpfaffentum" oder die „Scholarchie" verhaßt, die die Schule nur für die Lehrer beanſprucht. Immer wieder finden wir ihn beſorgt, daß in Schulſachen auch Nichtlehrer mitraten und mitthaten. Die Sorge zieht ſich wie ein roter Faden durch alle ſeine Schriften. Und wo es ſich nur um Gründung oder Förderung eines Vereins für Erziehung handelte, da ſuchte er auch „Laien", wie die „Pfaffen" aller Lebensgebiete ſagen, mit heranzuziehen.

Aus dieſen Anſchauungen heraus ſind denn auch ſeine Forderungen nach Schulſynoden, die keine Schulmeiſterſynoden ſein ſollen, erwachſen

[1]) Leben und Wirken, S. 56.

und die freien Schulſynoden, wie „Evang. Schulverein", „Evang. Schulkongreß" und andere, zumeiſt direkt oder indirekt unter ſeinem Einfluſſe entſtanden.

Alle gebundenen Erziehungskräfte in rechter Weiſe zu entfeſſeln und ſie im chriſtlichen und nationalen Sinne zu höheren Zwecken zu vereinen, darin erblickte er die Hauptaufgabe der geſunden Volkserziehung.

Ein vernünftiger Individualerzieher achtet und beachtet die Individualität ſeines Zöglings. Nur Verwerfliches bekämpft und unterdrückt er, und alles Urwüchſige, was geſund iſt, pflegt und hegt er.

Dörpfeld als Socialerzieher will dasſelbe Princip befolgt wiſſen, gegenüber allen herrſchenden Strömungen nach Gleichmacherei.[1]) Er ſtrebte darum nach Erhaltung der Eigenart der Schulgemeinden wie der Landſchaften, ja überhaupt nach Erhaltung der Volkstümlichkeit und mithin auch darnach, daß alle öffentlichen Inſtitutionen, voran die Schule, mit dem Volksleben in allerinnigſter Fühlung bleiben.

In einem Vortrage über die Fragen: „Worin beſteht die geſunde Bildung des ſog. gemeinen Mannes im deutſchen Volke und wie iſt ſie zu erzielen?" führt er aus:

„Die Volksſchule wird ſchwach, unkräftig, ungeſund und bringt ungeſunde Frucht, ſobald ſie ſich dem Volksleben entfremdet, genau wie Riehl von der Kirche ſagt: Die Kirche wird ſchwach, ſobald ſie ſich dem Volksleben entfremdet; darum waren die glänzendſten Perioden der theologiſchen Gelehrſamkeit nicht ſelten Perioden der Ohnmacht der Kirche. Sie wird ſtark und verjüngt ſich, ſobald ſie wieder in unmittelbare Berührung mit dem Volke und ſeinen praktiſchen Bedürfniſſen tritt.

Ich habe die größte Achtung vor jeder eigenartigen Einzel- und Volksperſönlichkeit. . . . Es iſt ſehr ſchwierig, wenn nicht gar unmöglich, im Detail etwas feſtzuſtellen, das für den gemeinen Mann im Oſten und Weſten, im Norden und Süden gleich gut paßt. Selbſt innerhalb einer Provinz wird es nicht ganz leicht ſein. Aber es iſt auch unrätlich . . . Wenn auch der Schade, den uniformierende Beſtimmungen der Volkstümlichkeit wenigſtens anthun können, in Wirklichkeit nicht bedeutend ſein wird — weil eine geſunde Volksperſönlichkeit alles aufgedrungene Fremdartige von ſich ab- oder das Eingedrungene wieder aus ſich herausſtößt, — ſo iſt doch die Gewöhnung der Regierenden und der Regierten ans Uniformieren vom Übel. Die gute Art des deutſchen Volkes verträgt wohl ein ſtarkes, aber nicht ein centraliſierendes, uniformierendes Regiment. Des Deutſchen Vaterlandsliebe wurzelt nicht in einem abſtrakten, halbphantaſtiſchen Gedanken, wie bei den Franzoſen in der „gloire", auch nicht wie bei den Engländern in dem Gemeingefühl, einer unüberwindlichen See-, Geld- und Weltmacht anzugehören. Der deutſche Mann liebt

[1]) Ein Beiſpiel, wohin dieſelbe in der Schule führt, beleuchtet mein Artikel: „Eine Bankerotterklärung des Schulkaſernentums." Ev. Schulbl. 1899. Nr. 11.

sein Deutschland, weil er in der gemeinsamen Muttersprache eine Gemüts- und Geblütsverwandtschaft spürt; er nennt das Vaterland sein Heim und liebt es in einem gewissen Grade, weil es sein engeres Heim, das er noch mehr liebt, einschließt. An der engern Heimat, der Landschaft, dem Dörfchen, dem Weiler hängt er darum stärker, weil er noch reiner, stärker an seiner Familie, an seinem Hause hängt. Bei dem Deutschen folgt die Liebe dem Geblüt und Gemüt. Nur wo er nach diesen beiden Seiten mit dem größeren Ganzen verwachsen ist und solches fühlt, da ist man seines Festhaltens an diesem einigermaßen gewiß. So ist die Festigung an den kleinsten und kleinen Kreis die erste und Hauptbedingung zur Festigung an den größern und größten. Daraus folgt viel, auch für unsere Hauptfrage. Hier nur die eine Folgerung: Im Interesse einer gesunden Volksbildung, im Interesse eines gesunden Volkslebens, zum Heile des einzelnen Staates wie des gesamten deutschen Vaterlandes muß jede Volkstümlichkeit — hafte sie nun an Familie, Sprache, Sitte, Schule oder Kirche u. s. w., — sofern sie die Ausgestaltung des Volkslebens nach den Grundsätzen des Himmelreichs nicht aufhält, mit Eifer und Eifersucht bewacht, bewahrt und gepflegt werden."

2. In dieser Absicht faßte er darum auch vor allem die sociale Seite der Schule, das gesamte **Schulwesen**, ins Auge.

Bei der Frage der Schuleinrichtung[1]) war darum nicht die oberste Frage, wie die Schulen zu organisieren sind, um den Schülern das größte Maß examinierbaren Wissens beizubringen, sondern welche Einrichtungen das öffentliche Erziehungswesen treffen muß, damit das ganze Volk das größte Maß christlicher und deutscher Kultur in volkstümlicher Form, und jeder einzelne Volksgenosse das Seine an Tüchtigkeit im Denken, im Wollen und Handeln sich erwerben kann. Diesem socialen Gesichtspunkte müssen alle didaktischen wie organisatorischen Erwägungen sich unterordnen.

Sittliche Fortentwicklung des socialen Organismus ist das Problem der Socialethik und die Aufgabe seiner Socialpädagogik.

Selbstverwaltung von unten, Autorität von oben sind, wie gesagt, für Dörpfeld die Bedingungen der Gesunderhaltung und des Fortschreitens.

Dörpfeld betonte darum wie keiner vor ihm, daß wenn das Erziehungswesen seine sociale Aufgabe erfüllen soll, es in seiner Organisation und Funktion nicht der Willkür der Bureaukratie, der Hierarchie oder auch — was fast das schlimmste wäre — der Scholarchie überlassen bleiben darf, sondern daß es eine auf der Höhe der Zeit stehende und den Anforderungen der Ethik wie den wahren Aufgaben der Erziehung entsprechende konstitutionelle Verfassung haben muß, welche jeder socialen Ge-

---

[1]) Ges. Schr. VII—X.

meinschaft rechtlich zuspricht, was ihr naturgemäß gehört und zu ihrer social-ethischen Entwicklung förderlich sein kann.

Diese Schulverfassunsfrage hat Dörpfeld drei Jahrzehnte hindurch am meisten auf dem Herzen gelegen. Nur wenige haben ihn darin recht verstanden und damit auch die Bedeutung und Tragweite dieser Frage voll erfaßt. Die „freie Schulgemeinde" als bahnbrechendes Werk hat darum keine zweite Auflage erlebt. Dörpfeld hat die Thatsache schmerzlich empfunden und oft darüber geklagt. Nichtsdestoweniger hat er eine Reihe weiterer Schriften folgen lassen. Er erblickte in solchen Arbeiten einen göttlichen Beruf, und wenn darum der Mut wegen Mangel an Unterstützung auch sinken wollte, so führte ihn doch der Leitstern aus dem Munde dessen, der auch nur zwölf Jünger hatte, unter welchen sogar noch ein ungetreuer war: „Fürchte dich nicht, du kleine Herde, denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben." Seine Feder wurde darum in dieser wichtigen Frage nicht trocken und sein Geist nicht müde. Die letzte Schrift über diese Frage beschäftigte ihn noch auf dem Sterbebette, sogar am letzten Lebenstage; und gegenüber der Mahnung, es werde zu viel, erfolgte die Antwort: „Ich darf nicht aufhören. Gneisenau sagte bei Waaterloo: ‚Der letzte Hauch von Mann und Pferd muß heran!' So muß ich jetzt sagen: Die letzte Kraft muß heran."[1])

Doch das Jahrhundert war seinem Ideal nicht reif. Er stieß an allen Ecken und Enden mit seinen volkserzieherischen Forderungen auf Mißverständnisse, Abneigungen und Widersprüche.

Es lohnt sich, seine Widersacher wie die Ursachen des Widerspruches näher kennen zu lernen. In allen seinen Schriften kommt er zwar wiederholt darauf zu sprechen und drei Schriften hat er sogar vorwiegend diesen Fragen gewidmet: „Die Grundgebrechen der hergebrachten Schulverfassung,"[2]) „Wider den didaktischen Materialismus"[3]) und den „Neuen Beitrag zur Leidensgeschichte der Volksschule."[4]) Lehrreicher ist aber noch das, was er in Briefen darüber sagt, wo taktische und andere Rücksichten wegfallen.

Zunächst ist es die geistliche Bevormundungssucht und kirchliche Zerklüftung. Schon am 19. Januar 1859 urteilt er darüber in einem Briefe:

„Der evangelische Schulverein ist in eine üble Lage gekommen. Das erste, jedoch kleinere Übel liegt darin, daß unter seinen Mitgliedern zu viele Pastoren und Schulbeamte sind. An sich möchte dieser Umstand eher

[1]) Carnap, Leben und Wirken. S. 623. [2]) Ges. Schrift. VIII. [3]) Ges. Schr. III. [4]) Barmen, Wiemann.

günstig als ungünstig zu nennen sein. Zur Zeit aber ist er ein Hemmnis, weil er den Verein behindert, seine Originalaufgabe als Schulverein zu erkennen und zu lösen, und zugleich eine Miturſache der weiter zu nennenden Übelstände. Sollte diese Hemmung Ihnen nicht ganz klar sein, so kann ich leider nur sagen: die Zukunft wird's deutlich machen, vielleicht schon die Unterhandlungen über den Religionsunterricht. Wäre er ein reiner Schulmännerverein, so würde die Ausgleichung mit dem Süden und Westen bald hergestellt sein. Das zweite Übel stammt daher, daß der Schulverein in eine Art solidarischer Alliance mit dem norddeutschen politischen Konservatismus und der pastoralen lutherisch-kirchlichen Restauration — so nennt man's hierzulande — gekommen ist. Für den Verein ist dies darum ein Übel, weil er vergessen hat, daß die stille Schularbeitsstube nicht in der Nähe des Marktes und der Heerstraße liegen darf, und dann, weil die genannten Parteien nicht bloß politische Fehler, sondern schwere Sünden sich haben zu schulden kommen lassen."

Seine sämtlichen Schriften beklagen immer wieder diese volkserzieherischen Fesseln und auch wir werden noch später wiederholt darauf zurückkommen.

Ferner ist es die Unfähigkeit zur Selbstverwaltung, wie manche Gegenden sowie auch die politischen Parteien sie bekunden.

In einem Briefe vom 3. Mai 1884 an einen thüringischen Pfarrer (Rolle), der sich lebhaft für seine Schulverfassungsschriften interessierte und zunächst an der Neubelebung seiner Ortskirchengemeinde nach den Dörpfeldschen Grundsätzen der Selbstverwaltung arbeitete, heißt es:

„Ihr jüngster ausführlicher Brief mit seinen dialektischen Erörterungen der principiellen Fragen bezüglich der organischen Grundsätze der Gesellschaften überhaupt und der Schulgenossenschaft insbesondere hat mich sehr interessiert — (übrigens auch Ihre früheren Mitteilungen bezüglich Ihrer Bemühungen für Ihre Kirchengemeinde). Ich sehe aus demselben, daß Ihre Gedankenarbeit auf gutem Wege ist.

Interessant war es mir, durch Ihren Brief wieder daran erinnert zu werden, wie man im deutschen Osten und Süden immer noch an den Grundsätzen der Socialistik kaut und verdaut, während hier im Westen und Nordwesten (Friesland und Schleswig-Holstein) unsere Ur-, Ur-, Ur- ꝛc. Großväter schon vor c. 300 Jahren sich mit diesen Grundfragen auseinandergesetzt hatten, so daß uns Nachgebornen, diese Gedanken etwas ganz Selbstverständliches sind.

Viel wäre darüber zu sagen, wie der Liberalismus an den richtigen Grundsätzen des Selfgovernment verdreht und entstellt und dieselben dadurch diskreditiert hat, und was der (politische und kirchliche) Konservatismus durch Nichtdenken und Nichtsthun daran verschuldet hat. Der dermalige Liberalismus versteht das Wesen des Selfgovernment auch dann nicht, wenn er die richtigen Grundsätze ausspricht." (Vgl. Anhang: Briefe an Rolle.)

Obgleich darum der Liberalismus die Selbstregierung als sein ureigenes Princip betrachtet, so trägt doch gerade er eine Hauptschuld, daß

dieſes volkserzieheriſche Princip nicht zur Anwendung kommt. Das iſt auffallend. Aber es erklärt ſich zum Teil aus Deutſchlands trauriger Vergangenheit. Hier liegen die Urſachen, wenn es bei den Liberalen wie bei den Konſervativen ſo oft an der genügenden Selbſtverwaltung der eigenen Gehirnfunktionen fehlt, nämlich an Freiheit und Selbſtändigkeit des Denkens, im Lehrerſtande wie im Schulregiment, in der Tagespreſſe wie in den politiſchen Parteien.[1])

Neben dem Schulwiſſen lernt unſere Jugend während der Schulzeit ſehr wenig oder keine ſich frei bethätigende Lebensweisheit. Und nach der militäriſchen Dreſſur des Gehirns folgt dann die durch unſer jammervolles Parteiweſen mit ihrer „freien" Zeitungspreſſe. Darum kommen wir nicht genügend vorwärts in der Charakterentfaltung der Einzelnen wie der Geſamtheit unſerer Nation. Für originelles Denken und Wirken fehlt überall das rechte Verſtändnis und die Gelegenheit zur genügenden Bethätigung. So erklärt es ſich wohl, warum wir unſere gedankenreichen Männer erſt begraben, um dann nach Jahrzehnten uns ihre Ideen anzueignen, dann, wenn jene Schablone auch ſo weit fortgeſchritten iſt. Doch wollen wir nicht leugnen, daß unſer nationaler Aufſchwung und unſere neue Weltwirtſchaft vom Induſtrie- und Handelsgebiete her unſer Volk aus jenem Schablonentum herauszuretten ſtrebt und wenigſtens hier die Marſchallsſtäbe nicht in den Torniſtern vom Wurm zerfreſſen läßt. Unſere Kolonialpolitik lehrt uns je länger je mehr neben den Vorzügen unſerer Schulen auch die Einſeitigkeiten in unſerm Erziehungsweſen erkennen und wird dasſelbe auch reformieren helfen.

In jenem aus dem Romanismus ſtammenden Charakterzuge unſeres Volkes lag auch ein Hemmſchuh für Dörpfelds Beſtrebungen.

Neben dem Eingeklemmtſein zwiſchen den Parteien mit falſchen und überſpannten Gegenſätzen war in den mittleren und unteren Inſtanzen vor allem die *Schulbureaukratie* ein Hemmnis, die in Preußen wie auch in manchen anderen Staaten zu einem großen Teil aus Theologen beſteht, welche dem Gebiet der öffentlichen Erziehung nicht immer das wünſchenswerte Verſtändnis und der ihnen beruflich fremden Schulerziehung oft nicht das rechte Herz entgegen bringen. Welchen Haß ein Teil derſelben gegen Dörpfeld hegten, lehrt der „*Neue* Beitrag zur Leidensgeſchichte der Volksſchule" (Barmen, Wiemann). Die ungeregelte Schulaufſichtsfrage hat dem ganzen Volksleben ſchwere Wunden geſchlagen. In ſeinen Schriften hat er

[1]) Vgl. darüber den Anhang zur „Leidensgeſchichte": „*Die politiſchen Parteien und die Volksſchule*" ſowie das, was er im Vorwort zur 1. Aufl. S. VII. über die „*Leſe*-Cenſur" der politiſchen Parteien ſagt (Geſ. Schr. Bd. IX).

oft darüber geklagt. Wir bringen hier zur Ergänzung im Anhange noch zwei Briefe, die sich in scharfer Weise gegen die Sünden der Büreaukratie wenden.

Der erste ist an Dr. Finger, berühmt durch seine „Heimatkunde", gerichtet. Es fehlt leider der Anfang und der Schluß derselben. Doch giebt dies Bruchstück Dörpfelds abgerundetes Urteil über die Ursache, warum seine Schriften nicht die gebührende Beachtung fanden.

Noch deutlicher redet er über diese Hemmnisse in einem „Klagebrief eines deutschen Schulmannes an einen liberalen Staatsmann."

---

## VII. Die sociale Frage des Lehrerstandes.

Ein social-erzieherischer Erfolg durch die Schule ist nur möglich, wenn der Lehrerstand ethisch wie intellektuell gesund bleibt und seine Arbeitsfreudigkeit nicht unnötig gehemmt wird. Die Lösung der socialen Fragen des Lehrerstandes ist darum für die sittliche Entwicklung des Volkslebens von außerordentlicher Bedeutung. Die sociale Eingliederung und die maßvollsten Ansprüche auf Berufsbildung und Berufsehre haben aber bei keinem Berufsstande so viele niederdrückende Hemmnisse erfahren wie bei den Volksschullehrern, und ihre „sociale Frage" ist in manchen Gegenden noch heute der Lösung ferner als die der Industriearbeiter. Sie zu erstreben, war für Dörpfeld eine wichtige Aufgabe, die für ihn jedoch mit der ganzen socialen Auffassung des Schullebens in innigem Zusammenhange stand. Um der Aufgabe der Schule willen und damit im nationalen, kirchlichen und staatlichen Interesse müsse der Lehrerstand von dem auf ihm schwer lastenden socialen Drucke befreit werden.

Die „Leidensgeschichte" beschäftigt sich insbesondere mit dieser socialen Frage des Lehrerstandes und sie weist überzeugend nach, welche wichtigen Volks-, kirchlichen und Staats-Interessen durch die sociale Bedrückung dieses Standes geschädigt worden sind und noch fortdauernd geschädigt werden. Diese Frage hat Dörpfeld aber nie mit der Engherzigkeit und der Beschränktheit betrachtet, wie es vielfach in allen Berufskreisen, so auch in denen der Volksschullehrer, geschieht. Dörpfeld blieb sich stets dabei bewußt, daß die Lösung der socialen Frage der Volksschullehrer nur Mittel zu einem höheren Zwecke sein dürfe.

Die erste Standesfrage war ihm darum nicht die: was wird uns dafür? sondern: was brauchen wir, um unserer Aufgabe völlig gewachsen zu sein? was brauchen wir in erster Linie an religiös-sittlichen Gütern, in zweiter an intellektuellen, in dritter an äußerer Ehre und Ansehen und darum auch in vierter an Lohn?

Trachtet am ersten nach jenen Dingen, dann werden euch diese vielfach von selber zufallen, lautete seine häufig wiederkehrende Mahnung an seine Standesgenossen. Denn es wächst nicht bloß der einzelne Mensch, sondern auch jede menschliche Gemeinschaft, jeder Stand mit seinen höhern Zwecken. Alles, was er darum für seine Standesgenossen that, lief vor allem hinaus auf die Pflege eines „ehrenhaften Standessinnes", auf die Erziehung des Standes zur individuellen und socialen „Charakterstärke der Sittlichkeit," und auf die intellektuelle Ausrüstung für ihre Berufsarbeit. Seine Lebensgeschichte beweist das auf jedem Blatte, und der 6., 8. und 9. Band seiner „gesammelten Schriften" wie die „Bemerkungen über Seminarbildung" und die „Thesen über Lehrerbildung" in Band 10 reden besonders davon.

Aber den dritten und vierten Punkt hat er keineswegs dabei unterschätzt. Er war zu sehr national-ökonomisch gebildet, als daß er sich gleich einigen Württemberger Pietisten auf einem Evang. Schulkongresse zu dem Ausspruche versteigen konnte: „Wir halten die Schmach Christi für größeren Reichtum als alle Schätze Ägyptens;" denn er konnte die von der Geistlichkeit, von Regierungsbeamten und von politischen Parteien verschuldeten Demütigungen und Entbehrungen, die oft geradezu zu einer Ungerechtigkeit wurden, nicht als „Schmach Christi" betrachten, noch das, was die liberal denkenden Lehrer erstrebten, als „Schätze Ägyptens". Schwer aber fiel es ihm, in reinen Standesinteressen das Wort zu nehmen. Es geschah auch allemal nur, wenn harte Angriffe von bedeutsamer, machthabender Stelle her erfolgten und entschiedene Abwehr verlangten. Wenn er es dann aber that, so geschah es allerdings „mit Kraft und Nachdruck."

Die Schrift, welche den Standesinteressen und der socialen Frage seines Standes gewidmet ist, nennt er „Beiträge zur Leidensgeschichte der Volksschule." Er stellte ihr als Motto aber den frommen Gebetsvers voran:

„Hilf, daß ich rede stets, womit ich kann bestehen,
Laß kein unnützes Wort aus meinem Munde gehen.
Und wenn in meinem Amt ich reden soll und muß,
So gieb den Worten Kraft und Nachdruck, ohn' Verdruß."

Welche „Pönitenzarbeit" sie ihm aber war, klagt er wiederholt, u. a. auch in einem Briefe an seinen Sohn Wilhelm vom 10. Dezember 1880.

„Seit Mitte Sommer habe ich stramm arbeiten müssen. Neben einer Revision und Ergänzung des „Real-Repetitoriums" und dergleichen lag mir eine größere Arbeit für das Schulblatt auf, die durch die bekannte Rede des Ministers von Puttkamer v. 11. Februar d. J. über den Lehrerstand nötig wurde. Ich muß da wieder meine früheren Arbeiten über die Schulverfassung aufnehmen — mit Konzentration auf die her-

gebrachte Form der Schulinspektion, was ich früher aus allerlei Rücksichten mehr im Hintergrunde mußte stehen lassen. Das giebt eine Reihe von Artikeln, die eine systematische Campagne ausmachen. Der letzte Artikel wird dann auf Grund der ganzen voraufgegangenen Untersuchung mit einer Kritik der ministeriellen Rede abschließen. Ich wäre gern dieser Pönitenzarbeit überhoben gewesen; aber sie ließ sich nicht abwehren, es war sonst niemand da, der den Handel aufnehmen konnte. Was die liberalen Abgeordneten in dieser Beziehung wider den Minister vorbringen — so jüngst wieder am 9. Dezember — ist kaum mehr als ein Geplauder. Die Herren kennen die Sachlage nicht, daher kann der Minister unschwer mit ihnen fertig werden, — zumal jene eigentlich weniger um der Schule als um ihrer Parteizwecke willen ihn angreifen. Die arme Schule ist eben zwischen den Parteien eingeklemmt."

In einem aus demselben Monate stammenden Briefe an Schröer, den damaligen Herausgeber der Pädagogischen Zeitschrift, der nach seiner Äußerung „in Berlin der einzige gewesen ist, der ihm bei seiner Pönitenzarbeit mit Wort und That zur Seite gestanden hat", schüttet er sein Herz aus über die öffentliche Mißachtung der „Pädagogik, des Schulamtes und des Lehrerstandes" und über die Unzulänglichkeit des Lehrerstandes, sich aus dieser unwürdigen Stellung zu befreien. Unter anderm sagt er:

„Nach den früheren Erfahrungen und bei meinem Alter wäre ich dieser Pönitenzarbeit gern überhoben gewesen. Allein die bedauerliche Lage unseres Standes läßt mir keine Ruhe. Dazu erschreckte und betrübte mich die Art und Weise, wie die übrigen Schulblätter — so weit sie überhaupt den Mund aufthaten — die Sache behandelten. Diese Herren scheinen gar keine Ahnung davon zu haben, in welchem Grade unser Stand degradiert und zurückgesetzt ist — nicht bloß durch die ministerielle Rede, sondern überhaupt systemmäßig. Bloß an der Rede des M. (Ministers von Puttkamer) ein wenig herum kritisieren, um an ihren zahlreichen Vorwürfen ein bischen abzumindern, damit sie für den Stand nicht allzu demütigend klingen — und dabei obendrein sich den Weg versperren, um zur Ehre des Standes auch der „Ruhekissen-Fraktion" in unserer Mitte scharf zu Leibe gehen zu können —, was soll dabei herauskommen? Das haben die jüngsten Verhandlungen im Abgeordnetenhause über dasselbe Thema — am 9. Dez. — gezeigt. Die Verteidiger der Lehrer (Seyffarth u. s. w.) wußten so wenig, wie die Sache aufzufassen sei, daß es im Grunde den Lehrern dabei nicht besser ergangen ist, wie vor kurzem bei einer ähnlichen Verhandlung den Juden, denen bekanntlich nicht darnach gelüstet, noch einmal der Gegenstand einer absolut freien Besprechung vor dem ganzen Lande zu sein. Wohl muß der Lehrerstand froh sein, daß er überhaupt noch Fürsprecher im Landtage hat; allein das kann nicht hindern, sich daran zu erinnern, daß zum Advokaten noch etwas mehr gehört als guter Wille. Der Bär in der Fabel hatte offenbar auch guten Willen, als er seinem schlafenden Herrn die Fliegen von der Nase scheuchen wollte; aber dem armen Herrn wurde dabei der Kopf zerschmettert. Die ganze Armseligkeit unserer Advokatenschaft kam am

Schluß ſo recht draſtiſch zum Vorſchein, als der Advokat Rickert die dürftige Frucht der vereinten Bemühungen einheimſen wollte, — nämlich den Miniſter dahin zu bringen ſuchte, ſeine früheren Vorwürfe ein bißchen zu reſtringieren. Ohne Zweifel hat der Miniſter ganz gut gewußt, daß er den Herren dieſen kleinen Gefallen thun konnte, ohne ſeiner Poſition etwas zu vergeben; allein ſeine Verachtung dieſer pädagogiſchen Sachwalter war ſo groß, daß er ſchließlich den Trumpf ausſpielte: es falle ihm gar nicht ein, von dem früher Geſagten etwas zu ſubtrahieren. Da hatten ſie die Blamage und der ſchutzloſe Lehrerſtand unſchuldigerweiſe mit ihnen. Unſere Schulblätter werden wahrſcheinlich wieder nichts anderes zu thun wiſſen, als was ſie nach dem 11. Februar thaten: wie ein begoſſener Hund das Waſſer abzuſchütteln, um ſich dann einzubilden, das Publikum hätte nicht gemerkt, was den Schulmeiſtern und ihren Blättern paſſiert ſei. Freilich, was läßt ſich auch auf dieſem Gebiete von einer pädagogiſchen Litteratur erwarten, die wie früher an Magers zahlreichen Aufſätzen über die Schulverfaſſung ſo nachher an meinen Aufſätzen und Schriften über dieſe Fragen gleichgültig vorbeiging, da ſonſt doch keine Arbeiten von Belang über dieſen Teil der Pädagogik vorhanden waren? Dieſterweg hatte nur Loſungen ausgegeben wie „Staatsſchule“, „Trennung von der Kirche“ und dergl., aber keine Unterſuchungen geliefert. Selbſt Zahn hatte im weſentlichen nur an dem Problem herumgetaſtet und ſeinem Herzen Luft gemacht. Alle übrigen Seminardirektoren im Norden und Süden haben den Lehrerſtand im Stich gelaſſen und ſich nie um die Theorie des Schulregiments gekümmert. Allerdings, wer da mit anfaſſen wollte, der mußte ſich vorher auch mit ſtaatswiſſenſchaftlichen Studien abgeben, — und mußte, wenn er ſich zum Reden anſchickte, gewärtig ſein, daß er von der Schulbehörde auf die Finger geklopft wurde — wie das Dieſterweg und Zahn auch erfahren haben. Unter dieſen Umſtänden iſt es daher auch erklärlich genug, daß die meiſten Lehrer und ihre Schulblätter die Rede des Miniſters weſentlich als ein iſoliertes Faktum anſahen, als ein Evenement, das wie aus heiterm Himmel über die Volksſchule gekommen ſei, während in Wahrheit dieſelbe nichts anderes iſt als die gelegentliche Kundgebung einer Geſamtanſchauung von Pädagogik, Volksſchule und Lehrerſtand, eines Syſtems von Irrtümern und verkehrten Einrichtungen, wobei aber nicht überſehen werden darf, daß dieſes Syſtem in allen politiſchen Parteien ſeine Anhänger hat, wenn auch vorwiegend in der konſervativ-kirchlichen Partei und im Centrum. Dieſes Syſtem iſt eine Feſtung, ſtärker als Metz und Paris. Leider ſcheinen 90% unter den Lehrern davon keine Ahnung zu haben, und ihre Wortführer in den Schulblättern und im Landtage auch nicht. Darin liegt der erſte, der Hauptfehler unſerer pädagogiſchen Blätter, ſo weit ſie ſich überhaupt um dieſen Handel bekümmern. Daß man aber in der That von der Exiſtenz und Natur und Herkunft jener Feſtung keine Ahnung hat, geht erklärlich daraus hervor, daß man meint, wider die Rede des Miniſters (und das dahinter ſtehende Syſtem) durch etliche Nörgel-Artikelchen etwas ausrichten zu können, denn das heißt nichts anderes, als eine Feſtung mit Kinderblasröhrchen und Erbſen bombardieren zu wollen. Und geſetzt einmal: Jemand vermöchte die Rede des

Ministers in Grund und Boden zu stampfen oder der Minister müßte abtreten, so wäre damit jenem System auch noch nicht eine einzige Wurzel abgegraben.

Ein zweiter Fehler der meisten Schulblätter und Lehrer (es sind selbstverständlich immer nur diejenigen gemeint, welche überhaupt an Schulverfassungsfragen denken) liegt darin, daß sie unsere Berufswissenschaft, die Pädagogik, zu sehr mit politischen Parteigedanken verunreinigen und unsere Standesanliegen mit politischen Parteiinteressen verbünden. Es kommt dies auf beiden Seiten vor, auf der rechten wie auf der linken, — jedoch vornehmlich bei denjenigen Schulmännern, welche der liberalen Seite zuneigen, da die konservativ-kirchlich gerichteten gewöhnlich zu wenig zum Standesbewußtsein erwacht sind, um die Verunreinigung, in der auch sie stecken, aus eigenem Denken erkennen zu können. Ein handgreifliches Beispiel bietet die Idee der sog. paritätischen, d. i. der gespaltenen Simultanschule. Wenn Pädagogen qua Pädagogen diese Idee billigen, d. h. also eine gespaltene Schule für ebenso gut erklären wie eine einheitliche, so lassen sie damit ihre Berufswissenschaft eine Lüge sagen, — wie wenn der Mathematiker das Votum abgäbe, um gewisser politischer Parteizwecke willen dürfe man zuweilen sagen: $2 \times 2$ sei 5. Durch solche Fälschungen der Pädagogik thut man ihr aber überdies das zweite Übel an, daß man die Welt glauben macht, die Pädagogik sei die unterthänige Magd der Politik und müsse dieser zum Gefallen auch jeweilig sich zum Lügen verstehen. (Da war doch Diesterweg ein klarerer Kopf und dazu ein ehrlicher gerade denkender Schulmann. Er hat ja für die Simultanschule agitiert, aber nur für diejenige Form, wo der Lehrplan einheitlich ist, d. h. wo auch der Religionsunterricht simultan erteilt wird. Ob das ein ausführbarer praktischer Gedanke heißen kann, ist eine andere Frage, allein er fälscht doch die Pädagogik nicht und macht sie nicht der Politik unterthänig.) Jene Verunreinigung der Pädagogik hat ferner noch die üble Folge, welche jede Verunreinigung hat — wie wenn man Bier in den Kaffee oder Kaffee in den Wein mischt: die Pädagogik wird diskreditiert. Und endlich noch eine vierte üble Folge, die, welche uns hier zunächst angeht, wo wir von der Bekämpfung der ministeriellen Rede und des dahinter stehenden Systems reden. Alle Angriffe auf dieses System, welche im Bunde mit einer politischen Partei, d. h. im Namen derselben geschehen — sei es in der Presse oder im Landtage — haben dann nichts anderes zu bedeuten, als wenn ein Heerführer eine zu erobernde Festung nur von einer Seite her einschließen und beschießen wollte. Da ist ja an eine Eroberung nimmer zu denken.

Aus Trauer über die bedauerliche Lage unseres Standes habe ich, wie gesagt, im Ev. Schulblatt noch einmal einen systematischen litterarischen Feldzug wider jenes System unternommen; doch soll nicht geleugnet werden, daß auch der Ingrimm über seine schlechten Advokaten in der Presse und im Landtage mit dazu angespornt hat. Die strategische (logische) Disposition meiner Kriegsoperation ist folgende:

Es sind 3 Artikel in Aussicht genommen. (Die „Vorbemerkungen" — Heft 5 und 6[1]) — der Aufsatz „Vor 30 Jahren" — Nr. 10 — und der spätere „Anhang" ungerechnet.)

[1]) Ev. Schulblatt 1880.

Der 1. Artikel (Nr. 13) entwickelt — nach der Einleitung — in Kürze die Schulverfassungsgrundsätze, welche bei der nachfolgenden Untersuchung und Kritik in Anwendung kommen sollen. Er bedeutet gleichsam die Umzingelung der Festung. Das geschieht mit Vorsicht und in aller Stille. —

Der 2. Artikel, der in vier Aufsätzen (Partien) langsam vorschreitet — (Nr. 14 u. 15 und Nr. 18, dann 1881 Nr. 1 und Nr. 2 u. 3) — ist der mühsamste und wichtigste. Er hat die eigentlichen Belagerungsarbeiten — unter und über der Erde — auszuführen. Den Kern derselben bilden die sieben Thesen, worin die erste kritische Monographie über die hergebrachte (technische) Schulinspektionsordnung geliefert wird, welche die pädagogische Literatur besitzt.

Der 3. Artikel (wahrscheinlich in Nr. 4),[1]) welcher der ministeriellen Rede direkt zu Leibe gehen soll, hat es dann nur noch mit dem abschließenden Sturmangriff auf die Festung zu thun, — was aber (auf dem Papier) keine schwere Arbeit mehr ist.

Aus dem, was bereits im Drucke vorliegt, werden Sie sich ziemlich vorstellen können, wie ich weiter operieren werde. Haben Sie dann auch Nr. 1, 1881 (7. These) noch gelesen, so werden Sie finden, daß der Spieß bereits vollständig umgedreht ist, d. h. daß die Anschuldigungen, welche der Minister gegen den Lehrerstand gerichtet hat, nunmehr wider ihn selbst und das von ihm vertretene Aufsichtssystem sich wenden und eine lange Reihe von neuen Anklagen dazu, — und es sich jetzt nur noch darum handelt, mit dem umgedrehten Spieße auch kunstgerecht und kräftig zuzustoßen.

„Auf eins aber lassen Sie mich noch den Finger legen: es sind da keine Advokatenkunststücke im Spiele, sondern es ist alles ehrliche, gerade Demonstration, die jeder, der denken kann und will, als richtig anerkennen muß."

Daß allerdings erst durch das Erscheinen dieser Schrift der Volksschullehrerstand merkte, daß Dörpfeld der mutigste und entschiedenste Vertreter auch seiner Standesinteressen war, bleibt bedauerlich genug. Wenn er das in seiner Mehrheit 30 Jahre früher erkannt und diese Mehrheit Dörpfelds Vorschlägen und seinem Rate Folge geleistet hätte, so stünde es anders, auch in äußerer Beziehung, um die Volksschule und ihre Lehrer und auch um die soziale Frage der Volksmassen überhaupt. Aber das ist der schwerste Fluch der Stiehlschen Regulativperiode und der früheren preußisch-deutschen und jüngst auch in einigen Kleinstaaten nachgeahmten Schulpolitik überhaupt, daß sie der Mehrzahl der Volksschullehrer das Bewußtsein verschafft haben, ein kirchlich-frommer Mann wie Dörpfeld könne kein wirklicher Volks- und Volksschullehrerfreund sein.

---

[1]) Sämtliche Artikel sind später selbständig als „Beitrag zur Leidensgeschichte der Volksschule" erschienen, die 4. Aufl. in: Ges. Schr. Bd. IX.

Dörpfeld hielt sich eben fern, in der Weise der oppositionellen Parteien bei jeder Gelegenheit in Parteischlagwörtern aufzuschreien. Soweit es ihm möglich war, zog er es vor, in aller Stille den Weg der Verhandlung und Verständigung einzuschlagen. Daß auf diese Weise mancher Wunsch und mancher Schlag an den rechten Ort geraten, das zeigt uns ein datumloser Brief an einen Geheimrat, mutmaßlich an einen Ministerialrat des Herrn von Bethmann-Hollweg. (Siehe Anhang.)

Um die Geradheit und Offenheit Dörpfelds aber recht verstehen zu können, muß man daneben sein Flugblatt „Deutschlands Rückgrat" lesen. Dann erst wird vollends klar, was für ein Salz des öffentlichen Lebens Männer wie Dörpfeld sind und welche Staatsthorheit die Regierungen begehen, wenn sie dieses Salz von den Leuten zertreten lassen, anstatt den Staat damit gegen Fäulnis schützen zu lassen.

Der Brief zeigt zugleich, wie dieser reaktionäre Druck einer für alles Edle begeisterten Natur wie Dörpfeld die Kehle zuschnüren kann und wie schwer das Schulregiment sich durch solche Behandlung des Lehrerstandes an der Nation versündigt. Er mutet einen fast an wie jene Klage, die da beginnt: „Ach, wenn du es wüßtest, zu dieser deiner Zeit, was zu deinem Frieden dient . . . Aber ihr habt nicht gewollt!" Die Römer zerstören die Heiligtümer zwar nicht mehr, wohl aber werden nationale Güter bedroht durch die Römlinge, die politischen Geschäftsjuden und die Marxisten, während die sich konservativ, staatserhaltend und national nennenden alten Parteien vielfach an Altersschwäche dahinsiechen und für verjüngende Ideen kein Verständnis mehr besitzen. —

Dörpfeld blieb trotz aller Anfechtungen bis an sein seliges Ende ein überzeugungstreuer evangelischer Christ und ein warmherziger Patriot. Bei aller freiheitlichen Gesinnung stand er darum auch im Gegensatz zu denjenigen Pädagogen und Lehrern, die vom Standpunkte des politischen Liberalismus gegen die konfessionelle Schule und für die Simultanschule eintraten und sich überhaupt ins politische Schlepptau des Liberalismus begaben.

In einem Briefe an mich vom Jahre 1882 macht er z. B. über Dittes, den Hauptführer der liberalistischen Richtung, der damals auf der Bremer Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung unter tosendem Beifall seine Rednergabe bekundet hatte, folgende interessante und auch für diesen Vortrag durchaus zutreffende Bemerkung:

„Dittes ist ein ehrlicher Charakter, aber kein scharfer Kopf . . . Daher rühren auch seine Schwächen, daß er so viel mit allgemeinen Partei-Schlagwörtern u. s. w. operiert. Natürlich klatscht dann der Haufe der Dutzendpädagogen Beifall; aber die Gegner lächeln, da ihnen das nichts

zu Leide thut; und die echten Schul- und Wahrheitsfreunde lassen betrübt den Kopf hängen, denn — Knallen ist noch kein Schießen. Und dann denken Sie an die Simultanschul-Schwärmerei in Österreich und die bereits erlebten und noch zu erwartenden Folgen, wozu Dittes sein redlich Teil beigetragen hat, aus Kurzsichtigkeit. In diesem Österreich, das weiland mit dem Protestantismus ebenso schlimm umgegangen ist wie Spanien und Italien — läßt sich denn da der Teufel durch Beelzebub austreiben? Daß freisinnige Katholiken auf den Gedanken der Simultanisierung fallen, ist verständlich; für sie bleibt eben kein anderer Ausweg, wenn sie nicht den Mut haben, mit dem Papste zu brechen.[1]) Aber daß die Protestanten auf solchem (überwiegend katholischen) Boden das Simultanisieren preisen und jenen Feiglingen zuliebe ihre protestantischen Schulen, die mit so viel Blut erkauft sind, zum Opfer bringen, das ist vom Standpunkte der deutschen Kulturgeschichte — von der Schulgeschichte nicht zu reden — bare Stupidität. Was ist die Folge gewesen? Die protestantischen Schulen sind dort vom Erdboden verschwunden — ausgenommen die wenigen Fälle, wo die Eltern die Mittel besitzen, dieselben (neben den Unkosten für die öffentlichen Schulen) als Privatschulen zu unterhalten; die öffentlichen Schulen sind dagegen faktisch gut katholisch, wie es auch nicht anders sein kann an Orten, wo von den Segnungen und der weltumgestaltenden Macht der Reformation mit keiner Silbe die Rede ist — es sei denn auf hottentottisch, d. i. in allgemeinen Redensarten. Und was ist aus den protestantischen Lehrern geworden? Sie sind irgendwo in katholischen Lehrerkollegien untergesteckt, wo sie den Mund nicht aufthun dürfen an der Öffentlichkeit. Und jetzt — nach der bekannten reaktionären Schulnovelle — hat auch kein einziger protestantischer Lehrer mehr die Aussicht, Schuldirigent zu werden, es sei denn in dem kaum möglichen Falle, wo die Mehrzahl der Kommunen protestantisch ist.[2]) Es fragt sich sogar, ob sie in Zukunft überhaupt noch eine Anstellung finden. (Ein junger böhmischer Lehrer, der nach seiner Seminarzeit noch das Ziller'sche Seminar besucht hatte, schreibt mir jüngst, er sei in eine Stelle gedrängt, wo er nicht einmal als einzelner Mann leben könne; er werde also wohl auswandern müssen, aber wohin? da er nur unvollkommen Deutsch verstehe.) Da haben Sie die alte Vertreibung der Protestanten ins Moderne übersetzt — auf Betreiben des mit Blindheit geschlagenen protestantischen Liberalismus und unter Beifallklatschen der Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung von weiland. Das Ende dieses Jammers haben wir noch nicht gesehen. Wer weiß, was es bringt, falls die österreichische Reaktion sich nicht überstürzt und so sich selber das Grab gräbt."

Ein andermal urteilt er in gleicher Weise über den Schaden, den die liberalistische Simultanisierungssucht und Kirchenscheu und infolgedessen

---

[1]) Die Los-von-Rom-Bewegung hat endlich den Mut gezeigt, leider aber zunächst wohl mehr aus politischen denn aus religiösem Herzensdrange.

[2]) Die Katholisierung Österreichs mit Hilfe des Liberalismus wird uns trefflich geschildert von Repp, Die Entwickelung des evangelischen Schulwesens in Österreich seit 1869. Reichenberg 1888.

die Vorherrschaft des Ultramontanismus für die Lehrer, die Schule und die Völker anstiftet.

„Die Hoffnungen der Lehrer (in Preußen) auf eine Schulverfassungsreform, soweit es sich um die Emanzipation ihres Standes handelt, können schlafen, vielleicht für ein Vierteljahrhundert, denn sie ruhen seit 1868/69 in den Händen des Papstes, und gerade die sog. liberalen deutschen Schulmänner haben nach Kräften dazu mitgewirkt, diese traurige Lage der Dinge herbeizuführen.

Die Centrumsfraktion im preußischen Landtage ist nicht, wie Sie annehmen, durch den sog. Kulturkampf (resp. durch das Ministerium Falk) entstanden, d. h. zu ihrer jetzigen Ausdehnung und Macht gelangt. Bismarck selbst hat das jüngst im Reichstage gesagt. Den eigentlichen Grund hat er jedoch nicht angegeben; ob er ihn nicht kannte oder aber ihn nicht sagen wollte, weiß ich nicht. Der eigentliche Grund liegt nämlich nicht in den politischen Veränderungen von 1866, denn mit solchen hochpolitischen Gedanken und vagen Befürchtungen hätten die ultramontanen Agitatoren den gemeinen Mann nicht aufregen können — wie denn die Centrumsfraktion aus Anno 1866 auch noch wenig zahlreich war. Der riesige Zuwachs kam erst 1869/70. Wodurch? Infolge der neuen Schulgesetze in Baden und Österreich fühlten sich die politischen und pädagogischen Simultanisten im übrigen Deutschland ermutigt, nunmehr auch hier die Simultanschul-Fahne offen zu entfalten und hoch flattern zu lassen. Damit war denn den ultramontanen Agitatoren das willkommenste Gesetzmittel, das sich denken läßt, in die Hände gegeben, da das obligatorische Simultanisieren eine Maßregel ist, die in das allernatürlichste Recht des Familienvaters eingreift und sonach sein tiefstes Gefühl verletzt. Die Aufregung des katholischen Volkes machte sich denn auch in den Wahlen Luft, die Centrumspartei erschien in voller Zahl auf dem Plan.[1]) Zur Zeit des Kulturkampfes mußte sie freilich in der Gesetzgebung unterliegen, weil nicht bloß die Nationalliberalen, sondern auch die Fortschrittspartei und der größere Teil der Konservativen für die Vorlagen Falks stimmten. Hätte damals Falk den Lehrerstand emanzipieren wollen, so würde er das leicht haben ausführen können auf dem Verwaltungswege; denn die Einführung des Hauptlehreramtes und die Abschaffung der technischen Lokalinspektion kostete kein Geld, und das Geld für die selbständigen Kreisinspektoren würde ihm angesichts der französischen Milliarden ohne Zweifel bewilligt worden sein. Für die Hebung und Freimachung des Lehrerstandes fehlte aber ihm und seinen politischen Parteifreunden der Blick, auch das Herz, statt dessen wurden Zeit und Kraft in der Simultanisierungs-Liebhaberei vergeudet. Wie stehen die Dinge jetzt? Gesetzt, es käme einmal ein Minister, der die Schulreform im Sinne der Lehrerwünsche in die Hand nehmen wollte, so würden das Centrum und die Konservativen vereint ihn totstimmen, sie haben die Majorität.[2]) Was nun? Daß die Centrumspartei sich vermin-

[1]) Vgl. Trüper, Familienrechte. S. 5—39: Die ultramontanen Ziele; insbesondere den S. 6 und 7 abgedruckten Wahlaufruf des Centrums.

[2]) Das hat das Preußische Abgeordnetenhaus noch jüngst (d. i. nach 1½ Jahrzehnten) wieder bewahrheitet, indem diese beiden Parteien dem Kultusminister

dern werde, daran ist auf lange Zeit nicht zu denken; und die konservative Partei wird eher stärker als schwächer werden, da dies vernunftlose Gebaren der „Freisinnigen“ in den nationalen Fragen teils den Konservativen zu gute kommen muß. Kurz, für die nächsten 25 Jahre sind die Standeswünsche der Lehrer in Preußen begraben. Und wer hat ihnen das Grab gegraben? Die liberalen Schulmeister und Politiker, welche durch ihren Simultan-Fanatismus im Jahre 1869/70 die große Centrumspartei ins Leben gerufen haben.[1]) Diese Tölpelei hat das Schicksal der Lehrerwünsche in die Hände des Papstes gespielt. Leider sind diese Tölpel selbst heute noch nicht klug! — Wenn die Lehrer in den übrigen deutschen Staaten glauben, die Lage der Dinge in Preußen brauche sie nicht zu bekümmern, so sind sie stark im Irrtum. Die Bremer Landschulen[2]) bekommen vielleicht jetzt schon den Vorgeschmack davon.“

In ähnlichem Sinne schrieb er am 1. Februar 1883 an Schröer:

„Sie (die liberalen Schulblätter) blicken noch immer zu steif und starr auf die Geistlichen, wie der Puter und der Stier auf den vorgehaltenen roten Lappen, wie wenn gerade dort das Haupthindernis säße. Wohl sitzt dort ein Hindernis, ein sehr großes sogar; allein dieses hindernde Objekt ist ein Kompositum und muß daher erst analysiert werden, wenn man klar sehen und die richtigen Reagentien treffen will. Diese Analyse sowie die Analysen an einer Reihe anderer einschlägiger Erscheinungen führen ja ganz klärlich darauf — wie auch die „Leidensgeschichte“ deutlich genug hervorgehoben hat —, daß das tiefste und schlimmste Hemmnis in der Präponderanz, den Privilegien und dem Ansehen der sog. akademisch Gebildeten liegt, wozu dann außerdem, zugleich als Miturſache, die Vernachlässigung der pädagogischen Wissenschaft auf

---

Stadt die Positionen für 6 Kreisschulinspektoren im Hauptamte ablehnten, trotz einer im Abgeordnetenhause aus geistlichem Munde über diese Frage selten gehörten sehr sachverständigen und überzeugenden Rede des Pfarrers Hackenberg.

[1]) Daß erst eine lex Heinze sie davon hat überzeugen und erst diese die führenden „freisinnigen“ Zeitungen, wie z. B. die „Vossische,“ zu einem Sündenbekenntnis hat führen können, ist wiederum ein trauriger Beleg für das oben erwähnte unselbständige Denken in politischen und socialen Fragen.

[2]) Es stand damals in der Bremer Bürgerschaft ein Gesetzentwurf über das Landschulwesen zur Verhandlung. Ich hatte in den Bremer Monatsheften in einer Abhandlung: „Wem gehört die Schule?“ ähnliche Vorschläge wie die Dörpfeldschen vertreten. Die Geistlichen positiver Richtung standen, wenn auch nicht mit aktuellem Ernste, auf meiner Seite (im „Bremer Kirchenblatt“), während die Protestantenvereinler um diese Frage sich gar nicht weiter kümmerten, sondern lieber in „Briefen moderner Dunkelmänner“ ihre positiv gerichteten Amtsbrüder öffentlich mit Schmutz bewarfen. Die Mehrzahl der Lehrer wie die der Bürgerschaft waren aber zu „liberal“, um Schule und Kirche als Freunde behandeln zu können. Nach längeren Kämpfen ist die Rolle des gebildeten Geistlichen, der Vorsitz im Schulvorstande, auf die ungebildeteren Dorfschulzen übertragen worden, ganz in der „liberalen“ Weise Falks, wenn auch im übrigen das Bremer Landschulwesen seit langem auf einer vorbildlichen Höhe steht.

den Universitäten kommt. Hat man das begriffen, so wird auch sofort klar, warum speziell in den Geistlichen das Hindernis so stark ist, denn hier gesellt sich zu dem generellen Hindernis der akademischen Präponderanz noch das specifisch-kirchliche, d. h. die Furcht vor Schädigung der kirchlichen Interessen und die theologische Herrschsucht. Mit der Bekämpfung des theologischen Außenforts der Festung allein läßt sich somit nichts gewinnen, und vollends nichts, wenn es auf eine Weise geschieht (Simultanschule), wodurch man sich neue Feinde auf den Hals zieht. Die Vorgänge in Holland, Baden, Österreich, Belgien u. s. w. haben die preußischen Lehrer irre geführt. Man hat zweierlei übersehen. Es läßt sich das leicht finden, wenn man sich erinnert, in welche Aufregung das Kammer-Centrum geriet, als ein liberaler Redner etwas unvorsichtig von „protestantischem Kaisertum" sprach. Der Redner hatte ganz richtig die Parole der europäischen Weltgeschichte ausgeplaudert. Die preußische Monarchie ist seit dem 7jährigen Kriege, der viel mehr als der 30jährige ein Religionskrieg war, der staatliche Hort des Protestantismus geworden, und sie ist auch noch heute der einzige staatliche Hort (sage: staatliche), den der Protestantismus in allen fünf Erdteilen besitzt. Sage nochmals „staatliche" Hort, denn alle Freischarenhaufen à la Garibaldi zählen im großen Weltkriege nicht. In diesem Schutzberufe der preußischen Monarchie liegt auch ihre Pfahlwurzel, — genauer gesagt: in der protestantischen Religions- und Kulturgenossenschaft (was nicht ohne weiteres gleichbedeutend ist mit „Kirche"). Diese Pfahlwurzel schwächen lassen oder gar selbst dazu beitragen, wäre für Preußen gleichbedeutend mit langsamem Austilgen seines welthistorischen Berufs, wäre langsamer Selbstmord. Nun ist aber die Simultanisierung der Volksschule (= der breiten Volksmasse) in der That eine solche Schwächung; denn so gewiß die römische Kirche dadurch geschwächt wird, so gewiß und noch viel gewisser und noch viel schlimmer die gelockerte und unbeholfene protestantische. Was auf Kosten dieser beiden Kirchen erzeugt wird, — eine gewisse dritte Konfession —, das mag man taxieren wie man will, so ist es doch immer keine geschlossene Gesellschaft, sondern ein purer Menschenhaufen. Überdies hat es dann die Staatsregierung, anstatt wie bisher mit zwei, mit drei Volksseelen zu thun, worin eine neue Schwächung liegt. (Nebenbei: schon das damalige falsche politische Parteigetriebe hat die preußische Monarchie in hohem Grade — wenn auch noch nicht geschwächt, so doch gelähmt. Denn durch den falschen Gegensatz von „konservativ" und „liberal" hat es geschehen können, daß das ultramontane Centrum sich wie ein spaltender Keil in den Gesetzgebungsorganismus hineingeschoben hat: und demzufolge liegen die Sachen schon seit Jahren traurigerweise so, daß ohne Genehmigung des Papstes kein Gesetz in Preußen und Deutschland zu stande kommen kann, kein großes und kein kleines, — mithin auch keins, was den Lehrerstand angeht. Wir haben es — dank der politischen „Weisen" — so weit gebracht, daß der Lehrerstand genau so weit emanzipiert ist und emanzipiert wird, als man es im Vatikan für gut findet. Schöne Aussichten!) Solange daher die Spitzen der preußischen Regierung sich des welt- und kulturhistorischen Berufes der preußischen

Monarchie klar bewußt bleiben — ſage: klar — ſo lange werden ſie (im jetzigen Aon) einer allgemeinen Simultaniſierung der Volksſchule mit aller Energie widerſtreben — was aber nicht hindert, ſie ſporadiſch (als Spielwerk) zu dulden. (Daß ſie unter dem Miniſterium Falk eine Zeit lang begünſtigt wurde, iſt teils auf den Qualm, teils auf die Not des Kirchenkampfes zurückzuführen. Der Qualm beeinträchtigt den klaren Blick, und in der Kriegsnot ſchießt man, wenn es nicht anders geht, ganze Dörfer in Brand.)

Nun ſtellen Sie gefälligſt mit Preußen und ſeinem welthiſtoriſchen Beruf die andern genannten Staaten: Holland, Baden, Öſterreich, Belgien, Frankreich u. ſ. w. in Vergleich. Öſterreich und die romaniſchen Staaten haben es — en gros gerechnet — nur mit der römiſchen Kirche zu thun. Was dort, wo man ſeiner Zeit die Reformation ausgeſtoßen hat, im Intereſſe der Kultur und des Staates auf dem Schulgebiete rätlich oder nötig ſein mag, iſt ſozuſagen eine Frage der Verzweiflung. Ob paritätiſch oder religionslos oder konfeſſionell — das eine iſt ſo verzweifelt wie das andere. Bei dieſen Staaten kann ſonach von einem rationellen Vergleich mit Preußen nicht die Rede ſein.

Die Kleinſtaaten: Holland, Belgien, Baden, Schweiz u. ſ. w. kommen ebenfalls nicht in Vergleich, da ein Kleinſtaat keinen welthiſtoriſchen Beruf haben kann. Ob man dort Konfeſſionsſchule ſpielt oder Simultanſchule, iſt weltgeſchichtlich ebenſo bedeutungslos als die Form der Damenkleider oder der Männerbärte. Preußen (= Deutſchland) ſteht ſomit unvergleichlich da — mit ſeinem einzigartigen Berufe. Es wird dieſen Beruf auch gewiß erfüllen — ſo gewiß als es ihn durch Gottes Fügung überkommen hat. Wer denſelben ignoriert, der mag in pädagogiſchen und andern Dingen immerhin noch mancherlei Sottiſen und Bêtiſen begehen können und begehen, aber am weltgeſchichtlichen Gang der preußiſch-deutſchen Geſchichte wird er nicht mehr ändern als ein Maulwurf an der Achſendrehung der Erde. Wie Sie ſehen, ſtehen bei mir hinter der Simultanſchulfrage noch andere Gedanken, als man öffentlich zu erörtern pflegt. Von einem liberalen Preußen, der ſeine preußiſch-deutſche Geſchichte kennt und verſteht, verlange ich daher, daß er auch wiſſe, er dürfe ſich im Simultaniſieren die Liberalen in den romaniſchen Ländern ſamt Öſterreich nicht zum Muſter nehmen, ſelbſt dann nicht, wenn dieſe auf ihrem Boden wirklich recht handelten, d. i. keinen anderen Ausweg hätten. Thut er es doch, ſo begeht er eine Thorheit, da ihm ſein Bemühen generell nicht gelingen kann, ſolange die preußiſche Regierung ihren geſchichtlichen Beruf verſteht. Und wenn Lehrer vermeinen, auf dieſem Wege die Schule von der geiſtlichen Fremdherrſchaft befreien zu können, ſo begehen ſie eine dreifache Thorheit: einmal weil das Simultaniſieren doch nicht gelingen kann, zum andern, weil ſie ſich neue Gegner auf den Hals laden, und zum dritten, weil der Blick von den Haupthinderniſſen abgelenkt wird."

Die liberaliſtiſchen Kollegen haben Dörpfeld mehrfach beſchuldigt, er beeinträchtigte die Standeswünſche der Lehrer dadurch, daß er und ſeine rheiniſchen Freunde ſich dem allgemeinen deutſchen Lehrervereine nicht anſchlöſſen, ſondern durch konfeſſionelle Beſtrebungen den territorialen ent-

gegenarbeiteten. Unter anderen ist er von „anonymen Skribenten," insbesondere in der „Preußischen Lehrerzeitung", daraufhin angegriffen worden. Ein solcher Artikel war auch in der „Pädagogischen Zeitung" reproduziert worden. In einem Briefe vom 19. 2. 83 giebt Dörpfeld dem Herausgeber Schröer darauf folgende treffliche Antwort:

„Nach jenem Artikel soll ich mit daran schuld sein, daß der rheinische Provinzial-Lehrer-Verein nicht vorwärts, sondern rückwärts geht, — und zwar soll ich dadurch dazu beigetragen haben, daß ich konfessionelle Lehrervereine gründe. (Ob dies genau der Wortlaut ist, weiß ich nicht, da ich den betreffenden Artikel nur durch mündliche Mitteilung kenne.) Wie die „Leidensgeschichte" berichtet hat, besteht allerdings hier der Evangelische Lehrerverein — für beide westlichen Provinzen; und ich gehöre mit zu seinen Gründern. Dieser Verein konnte bereits sein 25jähriges Jubiläum feiern, als der sog. Provinzial-Verein entstand; und als jener gegründet wurde, da war vermutlich der Artikelschreiber, dem diese Gründung so anstößig ist, noch gar nicht in der Welt. Jedenfalls hätten wir ihn damals noch nicht um Rat fragen können. Weiter. Wie in der „Leidensgeschichte" ferner bezeugt ist, soll der Evangelische Lehrer-Verein keinen Gegensatz zu irgend einem territorialen Lehrerverein bilden, was schon daraus hervorgeht — was gleichfalls dort berichtet ist — daß von längst her hier im Regierungsbezirk Düsseldorf zwei landschaftliche allgemeine Lehrerkonferenzen bestehen (im Bergischen und am Niederrhein), an denen sich die Mitglieder des Evangelischen Lehrer-Vereins fleißig beteiligen wie irgend welche andere.

Daß es mit dem Provinzial-Verein nicht vorwärts will, hat vornehmlich darin seinen Grund, daß 1. am Oberrhein (Regierungsbezirk Köln, Koblenz u. s. w.) von jeher wenig Konferenzleben gewesen ist, daß 2. seit 1872 die katholischen Lehrer überhaupt sehr zurückhaltend sind, und daß 3. die evangelischen Lehrer am Niederrhein bereits von längst her mit größeren Konferenzen und mit Wohlthätigkeitskassen versorgt sind. Für sie handelt es sich in dieser Angelegenheit um — Geld und Zeit. Wenn die dermaligen Steuerleute des Provinzial-Vereins diese Terrainschwierigkeiten erkennten — die an und für sich noch keine eigentlichen Hindernisse sind, sondern erst dann dazu werden, wenn man sie nicht erkennt oder nicht zu berücksichtigen versteht, — und wollten sie dann einen guten Rat von mir annehmen, der wohlfeil auszuführen ist: so würde ihr Verein in kürzester Zeit so zahlreich werden können wie in irgend einer andern Provinz.

Hätte jener rheinische Artikelschreiber die Wahrheit über mein Thun und Lassen wissen wollen, so würde er von jedem, der mich näher kennt, haben erfahren können, daß ich mich seit dem Beginn meines Leibesübels (1864) nicht mehr mit „Gründungen" habe beschäftigen können — aus sehr bedauerlichen Gründen — und so auch nicht mit der Gründung des Provinzial-Vereins. Ebenso würde er leicht haben erfahren können, wie ich mich dem Provinzial-Verein gegenüber bethätigt habe — also z. B. (um bloß offenkundige Thatsachen zu erwähnen), daß ich vor 5 oder 6 Jahren auf Wunsch des Vorstandes einen Vortrag auf der Versammlung

des Provinzial-Vereins gehalten habe, obwohl das laute Sprechen in einem großen Lokal vor mehreren Hunderten von Zuhörern für meine geschwächte Lunge nicht nur höchst anstrengend, sondern auch recht bedenklich war, — und daß ich im Evangelischen Lehrerverein schon wiederholt empfohlen habe, die Mitglieder möchten nicht nur vereinzelt, sondern in corpore in den Provinzial-Verein eintreten.

Daß ich selbst nicht Mitglied dieses Vereins bin, hat einen sehr einfachen Grund, den man eigentlich Niemandem erst zu sagen braucht: ich kann meinen Namen nicht hergeben für eine Sache, bei der ich (durch mein Leibesübel) von der Mitberatung ausgeschlossen bin. Dem mündlichen Disputieren in ganz großen Versammlungen ist meine Lunge nicht mehr gewachsen.

Mit Bezug auf die Begriffe von „konfessionell" und „simultan" womit der Artikelschreiber wider mich im Nebel herumfährt, lassen Sie mich noch dies bemerken. Gewiß, wenn der evangelische Lehrer-Verein noch nicht existierte, so würde ich ihn (hier am Rhein) *jetzt* noch gründen helfen, falls ich noch bei jugendlichen Leibeskräften wäre: nicht aber, um einem territorialen Lehrerverein zu schaden, sondern gerade umgekehrt, um ihn bei Gesundheit zu erhalten und ihm auf die Beine zu helfen, — auch nicht, um einen abgeschlossenen Konfessionalismus zu stärken, sondern *um das evangelisch-reformatorische Lebens- und Freiheitsprinzip zu wahren.*

Gewiß auch würde ich, solange mir noch ein Atemzug bliebe, gegen einen solchen territorialen Lehrerverein Front machen, der unter der Maske seines Titels „territorial" oder „allgemein" oder „simultan" für die sog. paritätische oder für die religionslose Schule Propaganda machen wollte; — und das würde ich schon deshalb thun, weil mir alle Jesuiterei, gleichviel ob sie im Namen des Papsttums oder der Kultur auftritt, ein Greuel ist. Glücklicherweise kennen wir hier am Rhein bis jetzt keine territorialen Lehrervereine von dieser Art."

Im übrigen waren Dörpfeld die großen zufälligen Lehrerversammlungen zuwider, nicht bloß die allgemeine deutsche Lehrerversammlung. „Meine Bedenken", schreibt er einmal, „richten sich ja nicht bloß wider die liberalen großen Lehrerversammlungen, sondern auch gegen die kirchlich-konservativen." Sie lassen sich öffentlich nicht gut wiedergeben. Unter anderen hatte er aber eine Abneigung gegen zufällige, unorganisierte Massenversammlungen, die meistens nicht nach Gründen, sondern nach Stimmungen zu entscheiden pflegen.

Ein großer Teil der Lehrerschaft hat sich oft darüber beklagt, daß Dörpfeld sich nicht an den von *Berlin* aus geleiteten allgemeinen Vereinsbestrebungen anschlösse, abgesehen davon, daß ihrer etliche ihn in geradezu häßlicher Weise anfeindeten. Auf die Frage, warum er und die niederrheinischen von ihm beeinflußten Lehrer sich nicht an der „geistigen Strömung" beteiligt hätten, die (1881) seit einem Jahrzehnt im Gange sei, gab Dörpfeld dem ihm wohlgesinnten Frager folgende treffende Antwort:

„Diese Frage ist mir nicht ganz verständlich. Was ist das für eine „geistige Strömung", die Sie meinen?

Meinen Sie etwa, daß wir hier uns nicht um Schulverfassungsfragen bekümmert hätten? Dann lassen Sie mich bemerken, daß wir uns schon vor 1848 darum bekümmert haben. Schon im Jahre 1846 habe ich — ein 22jähriger — in einer bergischen Generalkonferenz über „Wünsche rheinischer Lehrer" beraten helfen.

Oder meinen Sie unter „geistiger Strömung" den Zusammenschluß der Lehrer zu einem preußisch-deutschen Verein? Dann lassen Sie mich sagen, daß ich schon im Jahre 1869 mir die Finger müde geschrieben habe, um eine gemeinsame Aktion aller Provinzen für unsere Standesanliegen zu erzielen — namentliche durch Korrespondenz mit Backhaus in Osnabrück und Schlichting in Kiel, der damals Landtagsabgeordneter war. Aber alle meine Bemühungen scheiterten und zwar hauptsächlich an dem einen Punkte, daß diese Herren die Agitation für die Simultanschule nicht fallen lassen wollten. Mein Warnen und Bitten war ohne Erfolg. Und warum? Im Grunde bloß deshalb, weil sie sich von Miquel und Genossen hatten vorsagen lassen: die Simultanschule sei „die Schule der Zukunft" und überhaupt nur eine Frage der Zeit; wer das nicht einsehe, der sei in der Zeit zurückgeblieben, den müsse man stehen lassen. So sah ich mich denn in die Stille und aufs Warten verwiesen — bis der Lehrerstand zur Besinnung komme und sich von der Vormundschaft der Politiker emanzipiere. Denn mein Verstand kann in den Agitationen der Lehrer für die Simultanschule, sofern sie dadurch die Erfüllung ihrer Standeswünsche zu erstreben gedenken, nichts anderes sehen als jene bekannte Scene, wo einer den Bock melkt und der andere das Sieb unterhält. Allerdings haben der preußische Lehrerverein und der deutsche in ihren Statuten nichts über die Simultanschule statuiert, — allein daneben konnte es geschehen, daß die allgemeine deutsche Lehrerversammlung und Vereinsblätter nach besten Kräften für die Simultanschule votierten und Propaganda zu machen suchten. Diese Trübfischerei ist meiner deutschen Seele zuwider. Und was ist das Ende gewesen? Am 11. Febr. 1880 fielen unserm armen Stande alle die begangenen Fehler auf den Kopf. Sind nun an jenem Tage oder später diese politischen Herren (Miquel, Bennigsen u. s. w.) dem bedrängten Lehrerstande beigesprungen? Sie haben es schön bleiben lassen: sie wären auch bei allem guten Willen nicht dazu gerüstet gewesen. Das zeigte sich auch, als am 9. Dez. 1880 die Ministerrede im Landtage noch einmal zur Sprache gebracht wurde. Der letzte Redner, Rickert, sammelte alles, was geredet worden war, in die große, vertrauensvolle Bitte zusammen: der Minister möchte doch von seinen harten Vorwürfen wider die Lehrer ein bißchen abziehen. Ohne Zweifel hätte der Minister den Herren diesen kleinen Gefallen erzeigen können, ohne sich etwas zu vergeben; allein seine Verachtung gegen solche Gegner war so groß, daß er ihnen den Ausspruch ins Gesicht schleuderte, es falle ihm nicht ein, an seinen Ausdrücken über die Lehrer etwas zu modifizieren. Und warum hat jetzt, wo der Volksschulkarren so tief im Drecke steckt wie je, — warum hat jetzt gerade der, den man 1869 einen „Zurückgebliebenen" hieß, seinen

kurzen Atem anstrengen müssen, um zu versuchen, den Karren aus dem Loche herauszuziehen, und zwar allein, ohne Hülfe, nur unter Assistenz etlicher versprengter Freunde da und dort, die ihm jeweilig den Schweiß von der Stirn wischten? Bitte, überlegen Sie sich gefälligst diese Frage; es steckt ein dicker Band Schulgeschichte darin.

Noch ein Drittes lassen Sie mich in Betreff der „geistigen Strömung" bemerken. Hier am Niederrhein ist nur einer bekannt, der nicht bloß seit einem Jahrzehnt, sondern seit 25 Jahren „geistige Strömung" gemacht hat — und zwar in allen Hauptzweigen der Pädagogik, von der Psychologie an bis zur Theorie der Schulverfassung —, worüber unter anderen auch Diesterweg ihm seiner Zeit (1863, in zwei Rezensionen) ein Zeugnis ausgestellt hat, wie er es günstiger nicht wünschen konnte. Nun, lieber Freund, wie wäre es, wenn wir Ihre Frage einmal umkehrten und etwa fragten: warum haben denn die Kollegen im Osten, so viele ihrer nach Fortschritt sich sehnten, sich nicht dieser „geistigen Strömung" im Westen angeschlossen? Warum weder vor noch nach 1872? Und woran mag es liegen, daß die Mehrzahl der östlichen Kollegen von der Existenz einer solchen geistigen Strömung, die vom Westen ausging, niemals etwas erfahren haben? Verzeihen Sie, lieber Herr Kollege, daß ich mit diesen Fragen so ungeschickt mit der Thür ins Haus falle. Es soll auch nicht zum zweiten Male geschehen. Dieselben sind auch nur entre nous gemeint; sie wollen nur sagen: wenn es einmal gelten dürfte, in unserm Corps über die Vergangenheit zu examinieren, dann kann ich auch mit einer ansehnlichen Zahl von Fragen dienen, die mir seit 35 Jahren das Herz schwer gemacht haben."

Diese soziale Frage des Lehrerstandes hängt für Dörpfeld also aufs innigste zusammen mit der ganzen Schulverfassungsfrage. Wird diese in rechter Weise gelöst, so wie Familie, Kirche und Staat in ihrem wohlverstandenen Interesse es wünschen müssen, so folgt die Lösung der socialen Standesfrage von selber. So energisch darum auch Dörpfeld die Standesinteressen vertreten hat, so hat er doch niemals vergessen, daß sie sich dem Interesse der Schule unterzuordnen haben und daß wiederum die Schule keinen Selbstzweck hat, sondern zunächst nur Gehülfin der Familie und durch sie der Kirche, des Staates und des Volkes (als nationaler Gesamtheit) ist. Das heißt für ihn wie für uns social denken und handeln. Dörpfeld konnte darum auch gar nicht anders, als die soziale Frage des Lehrerstandes immer nur in diesem socialen Zusammenhange zu behandeln, und seine „Leidensgeschichte" ist darum zugleich eine ebenso interessante wie lehrreiche Schrift über nationale wie soziale Fragen schlechthin.

Daß alle diese socialen Wünsche und Forderungen sich aber nur durch Fortschreiten und nicht durch konservatives Stillestehen und nur durch eine liberale, nicht aber durch eine unfreiheitliche, reaktionäre Schulpolitik verwirklichen lassen, ist sonnenklar und war es auch für Dörpfeld.

In den „Grundgebrechen“ (VIII. 2 S. 7) sagt er selbst:

„Eine Schulordnung muß ja liberal sein; sonst kann sie auch nicht zweckmäßig sein.“ Aber: „Eine Form des Schulregimentes, welches nicht allen beteiligten Interessenten gerecht wird, kann mein Ideal nicht sein; und wenn sie sogar im Namen der Freisinnigkeit auftritt, da ist mir diese Sorte von „Liberalismus“ ein Greuel: denn liberal sein wollen und unter diesem Deckmantel anderer Rechte unterdrücken, das stimmt nur zusammen wie Frömmigkeit und Pharisäismus. Der Liberalismus soll nicht bloß seine Doktrin, sondern auch seine Gesinnung sehen lassen dürfen; bei einem, der bloß für seine Anschauung, seine Intensionen, seine Partei Freiheit fordert, aber anderen Ansichten und Interessen die Freiheit nicht gönnt, — bei dem mag ich weder Erbe noch Anteil haben.“

Nur wenn wahre Freiheit und aufrichtige Freisinnigkeit das Volksherz beseelt, dann giebt es weder für den Lehrerstand noch für die Volksmasse eine gefahrdrohende sociale Frage; dann gründet „die Liebe des freien Mannes“ nicht bloß den Herrscherthron, sondern auch den Altar „wie Fels im Meer“; dann darf die byzantinische Bureaukratie es nicht mehr wagen, solche Töne aus der Volkshymne streichen zu wollen, und die sich evangelisch nennende Kirchenbüreaukratie, nicht mehr die Gerechtigkeit gegen die Volksmasse wie gegen die Lehrer ihrer Jugend als „Kirchenfeindschaft“ geheim oder öffentlich zu verdächtigen; dann werden die schroffen Gegensätze schwinden zwischen national und social, zwischen fromm und frei, zwischen kirchlich und christlich, zwischen Regierern und Regierten.

Aber

„Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt?
Führest deinen Reigen nur am Sternenzelt?“

Dörpfeld hat dieses Ideal wahrer Freiheit nicht bloß auf den Lippen, sondern tief im Busen und klar im Kopfe den 150000 deutschen Lehrern vorangetragen. Wenn sie einmütig seine Erbschaft antreten werden, wie es nach seinem Tode je länger je mehr erfreulicherweise geschehen ist, dann können sie ein unüberwindliches Bollwerk bilden gegen jeden undeutschen, ultramontanen, pharisäischen und social-egoistischen Wogenprall. Dann werden die mißachteten „Volksschulmeister“ die einflußreichsten Erzieher unserer Nation werden und sie in Freiheit vorwärts bilden. Ihre sociale Standesfrage muß sich dann von selber nach Recht und Gerechtigkeit mit lösen. Darum vorwärts in gerechter und sittlich berechtigter Freiheit für das Wohl des gesamten Volkes!

## VIII. Die social-erzieherischen Aufgaben der Kirche.

Unsere bisherigen Darlegungen kennzeichneten schon wiederholt Dörpfelds Stellung zur Kirche und seine Ansichten über ihre erzieherischen Aufgaben, insbesondere auch seine Ansicht über die Stellung der Schule zur Kirche.

Die Schule gehört in erster Linie zwar der Familie, die das meiste Leid und die größte Last zu tragen hat, wenn die Kinder durch die Schule mißraten. Aber auch die Kirche hat in der Schule und durch sie religiös-sittliche Güter zu wahren und zu pflegen. Sie muß darum in jeder Verwaltungsinstanz der Schule ihre rechtliche Vertretung haben. Die Schule muß auf konfessionellen Boden sich gründen, das heißt, es muß in ihr eine Glaubens- und Gewissenseinheit vorhanden sein. Die paritätische Schule gleiche der gemischten Ehe und der gesprungenen Glocke. Sie könne kein pädagogisches Ideal sein. Und der religionslosen Schule fehle das Herz im Unterrichte.[1]) Aber „konfessionelle Schule" bedeutet für Dörpfeld nicht, daß nur der Unterricht sich kirchlich-dogmatisch gestalten und daß die Geistlichen die Herren der Schule sein sollen.

„Die bisherige privilegierte Lokal- resp. Schulaufsicht ist nicht bloß eine unzweckmäßige Institution, sondern auch wegen der zahlreichen Rechtskränkungen und moralischen Versuchungen, welche der Lehrerstand durch sie erleidet, geradezu eine **unsittliche**."

So lautet sein Hauptgedanke in der Schrift,[2]) durch die wie ein roter Faden sich der Kanon zieht:

„Es giebt wohl keine öffentlichen Ämter, welche durch Pflicht und gesellschaftliche Stellung so sehr auf Einmütigkeit und gegenseitige Handreichung angewiesen sind als das Pfarramt und das Schulamt."[3])

Wie am sichersten die religiös-sittlichen Güter in das Herz der Jugend gepflanzt werden können, wie das Christentum, das die Kirche zu hüten hat, am besten Volksgut werden kann, das ist bei Dörpfeld die religiös-sociale Frage, und für ihn zugleich das Ausschlaggebende.

Darum war die Kirche für ihn eine hochwichtige Volkserziehungsanstalt; darum hat er ihr auch wiederholt seine Erzieherinteressen gewidmet.

Insbesondere haben ihm die fehlerhaften Zustände in unserer evangelischen Kirche schwer auf der Seele gelegen. 30 Jahre hindurch hat er

---

[1]) Zwei pädagogische Gutachten. Ges. Schr. VIII, 3. S. 63—79: Simultanschule oder Konfessionsschule.

Hauptfragen aus der Lehre der Verwaltung des Schulwesens. 1. Die Leitung der Schule durch die Geistlichen. VIII, 2. S. 298.

[2]) Leidensgeschichte S. 124. Ges. Schr. IX.

[3]) Daselbst S. 27.

geforſcht, ob in der wiſſenſchaftlichen Begründung der evangeliſchen Wahrheit, welche die Kirche verkündet, alles in Ordnung ſei, und er glaubt hier einen ſchweren Schaden entdeckt zu haben, an dem die Theologie und damit die geſamte Chriſtenlehre der evangeliſchen Kirche und deren geiſtige Zeugungskraft krankt. „Die geheimen Feſſeln der wiſſenſchaftlichen und praktiſchen Theologie“[1]) überſchreibt er die Abhandlung, die ihn dieſe Zeit hindurch beſchäftigte. Er wollte der Kirche wieder zu der rechten Erziehungsmöglichkeit verhelfen. Sie ſollte etwas Beſſeres bieten als die geſetzliche Vorſchrift: „Du mußt glauben!“ Sie ſollte wieder des Herzens tiefſtes Sehnen durch die Gotteskraft des Evangeliums in Wirklichkeit ſtillen. Er wollte ſie reinigen von dem

„unchriſtlichen Zuge, der darin ſich zeigt, daß man an den zu Belehrenden herantritt als an einen Gegner und mit dem Anſpruch, daß man ſich für berufen halte, an ihm Gericht zu üben, während die chriſtliche Miſſion ſich doch lediglich legitimieren kann durch Mitleid und Barmherzigkeit und wiederum nicht oſtentativ, ſondern in wirklicher Demut.“

Er wollte die Kirche von einem Charakterzuge befreien,

„den die alte Orthodoxie ſeit Speners Zeit — d. h. ſeit deſſen Verwerfung — an ſich trägt, und den alle hochkirchlichen, kirchlich und politiſch Konſervativen, zumal im Oſten, bis auf den heutigen Tag mit ſich ſchleppen und der in der Regel mit der ſcholaſtiſchen Anſchauung verſchwiſtert iſt.“

Er wollte Troſt bringen und gebracht wiſſen für alle Angefochtenen und Zweifelnden, für die, welche das Landeskirchentum als „Ungläubige“ von ſich ſtößt. Er ſah, wie die „Herren des Glaubens“ die große Zahl derer behandelten, welche nominell zur Landeskirche zwar noch gehören, aber innerlich längſt im Abſterben begriffen ſind. Er wollte dieſen toten Haufen von Seelen wieder erwecken, d. h. die Kirche verwandeln helfen in lebendige, mündige Gemeinden, welche vom Geiſte des Chriſtentums beſeelt ſind. Er wollte dazu mithelfen, „daß die Kirche und die Draußenſtehenden wieder zuſammenkämen;“ er wollte ihnen zeigen: „ihr habt noch ein großes gemeinſames Gebiet, auf dem ihr vor allem eigentlichen „Glauben“ euch erſt einmal kennen und gegenſeitig achten und verſtehen lernen müßt, und dieſer Vorhof heißt die Ethik.“ Über dieſem Vorhof hat die herrſchende Kirche die Inſchrift angebracht: „Du mußt glauben,“ und ſie verlangt dabei den Glauben in der Form der Unterwerfung unter eine Autorität, von deren Glaubwürdigkeit ja unmöglich ein jeder ohne weiteres überzeugt ſein kann, geſchweige einer, der irgendwie zu zweifeln begonnen hat.

„Der Autoritätsglaube iſt ein wirkſamer und unentbehrlicher Faktor

[1]) Geſ. Schr. XI. S. 1—183.

der Individual- wie der Socialerziehung, aber auch ein sehr zarter. Darum will er, wie alles Zarte, sehr vorsichtig behandelt sein. Jede plumpe oder unvorsichtige oder leichtfertige Behandlung rächt sich schwer. Bricht der Autoritätsglaube, so kann er nur schwer wieder geheilt werden, und wenn nicht, dann sinkt alles, was diese Stütze getragen hat, unrettbar in den Grund."[1])

Jene Inschrift, die gewirkt hat und auch nur wirken kann wie eine Vogelscheuche vor dem Vogelherde, will Dörpfeld darum entfernen. Der Ethik, der autonomen Ethik will Dörpfeld in der Kirche wieder zu ihrem Rechte verhelfen. Sie nur kann das Eingangsthor, den Vorhof, die Grundlage für den „Glauben" bilden. Und damit und daneben will er die Bibel der Schule und dem Volke wiedergeben als die beste Sammlung von religiösen Klassikern aller Zeiten und aller Völker, worin frei und fleißig zu lesen und zu forschen, ohne die landeskirchliche dogmatische Brille, das Recht und die Pflicht eines jeden Christenmenschen sei, der in den Lebens- und Gewissensnöten Trost und Erlösung sucht.

Was ihm selbst das Christentum und die Kirche war und was sie als Volkskirche dem ganzen Volke sein könnte und sein sollte, das ist nachzulesen in der genannten vortrefflichen Biographie von der Tochter wie in den beiden Bänden der Ges. Schriften: Bd. III „Religionsunterricht" und Bd. XI „Zur Ethik."

Ich bin gewiß, jeder Leser wird durch das Studium dieser Schriften einen andern Begriff von Frömmigkeit wie auch von der Bedeutung der Kirche als Volkserziehungsanstalt gewinnen und auch den Dörpfeldschen Einleitungssatz in seiner „Leidensgeschichte der Volksschule" begreifen lernen, daß und warum keine Institutionen zur gegenseitigen Handreichung mehr auf einander angewiesen sind als Kirche und Schule.

Sogar der geistvolle Berliner Universitätsprofessor und Philosoph Friedrich Paulsen fühlte sich in einer Beurteilung der Carnapschen Biographie zur Frömmigkeit dieses Volksschullehrers hingezogen und zu folgendem Anerkenntnis gedrungen:

„Ich habe viele Biographien berühmter und gelehrter Männer gelesen: es sind nicht viele darunter, die so anziehendes und reiches innerliches Leben darbieten. Die vollkommene Freiheit von dem Scheinen- und Etwas-vorstellen-wollen, die innere Wahrhaftigkeit, das ist der Grundzug von Dörpfelds Wesen. Auf diesem Boden wurzelt eine tiefe und freudige Religiosität, ohne alles Ängstliche und ohne alles Anmaßliche; bei der Sicherheit und Klarheit des eigenen Wesens bedurfte er nicht der ängstlichen Anklammerung an allerlei äußerliche Glaubensstützen, und eben

[1]) Ges. Schr. XI. S. 77.

darum konnte er auch abweichenden Auffassungen mit freimütiger Duldsamkeit begegnen. Was Religion und Religionsunterricht in der Volksschule ist oder sein kann, vorausgesetzt, daß sie dem Lehrer selbst etwas sind, das wird dem aufmerkenden Leser in dem Bilde dieses Lebens deutlich. Ich möchte allen denen, die den Religionsunterricht aus unserer Volksschule hinauszuthun Neigung spüren, ans Herz legen, zuvor doch noch einmal dieses Buch zu lesen; wenn sie dann nicht das Gefühl gewinnen, daß man mit dem Religionsunterricht dem ganzen Unterricht das Herzblatt ausbrechen würde, dann weiß ich ihnen nicht weiter zu raten. Nicht minder möchte ich aber dies Buch auch denen in die Hand geben, die da meinen, man könne mit äußerem Zwang und Drang hier etwas erreichen. Dörpfeld lebt und atmet im Element des Religiösen, sein Herz ist voll davon, darum geht sein Mund davon über; in jeder frohesten und jeder bittersten Stunde seines Lebens findet er in einem Wort der Schrift, der Psalmen, in einem Liedervers, die Fassung und Aussprache seines Gefühls und stillt darin sein Herz. So sind seine Briefe voll biblischer Wendungen, aber immer ist es lebendiges Gefühl, das in ihnen seinen Ausdruck findet, nichts Totes und Gemachtes. Das war ein berufener Religionslehrer auch in der Schule. Er sah alle menschlichen Dinge in dem Spiegel der heiligen Schriften, und darum vermochte er sie von hier aus zu deuten. Darum möchte ich vor allem auch jüngere Lehrer, die zum Religionsunterricht noch ein inneres Verhältnis suchen, auf den Schatz von Belehrung hinweisen, der in diesem Buche und in Dörpfelds Schriften über die Sache niedergelegt ist.

„Eben weil das Christentum bei Dörpfeld innerstes Leben war, hatte er für ein äußerliches, staats- und kirchenpolitisches Christentum, wie es zur Zeit der Reaktion in den fünfziger Jahren in Blüte stand, geringe Achtung; er war nicht ein Mann nach dem Herzen Stiehls. Sein Christentum ist dem der „Stillen im Lande" verwandt, nicht dem geräuschvollen der in der Agitation und den öffentlichen Versammlungen mit dem Bekenntnis und dem Glauben Wuchertreibenden."

So urteilt sogar der Philosoph.[1])

Alle auf die Kirche sich beziehenden Forderungen Dörpfelds haben social-erzieherische Absichten. Persönliche Überzeugung und Gewißheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, wahre ungeheuchelte Frömmigkeit, Trost und Hülfe den Schwachen und Suchenden, synodale (presbyterianische) Verfassung, Selbstverwaltung der Einzelgemeinden, Unabhängigkeit der Religion von der Politik und der Kirche vom Staate: das sind social-christliche und evangelisch-freiheitliche Erziehungsziele.

[1]) Die deutsche Schule. Herausgegeben von R. Rißman 1 Jahrgang. Nr. 1.

Aber wer hat ihn darin verstanden, und wer hatte damals den Mut, ihn zu verstehen und sich zu ihm zu bekennen? Er hatte viele innige und aufrichtige Freunde unter hochgestellten Theologen. Für seine Abhandlungen über „Die geheimen Fesseln" hat er unter ihnen allen aber nicht einen nutzbringenden Kritiker gewinnen können. Seine Gedankengänge waren den Theologen zu fremdartig und doch nicht widerlegbar. Man stimmte zu, aber man warnte, lieber mit der Veröffentlichung derselben keinen Sturm zu entfachen. „Ich hätte einen scharfen Kritiker besoldet. Aber ich fand keinen und so blieben die Abhandlungen 30 Jahre im Pulte liegen," klagte er mir einmal. Überall schritt er in seinen Gedankengängen der Zeit um ein Vierteljahrhundert voran.

In einem Briefe an Witt, der sich um die Methodik des biblischen Geschichtsunterrichts verdient gemacht,[1]) schreibt er selber:

„Vor 25 Jahren erschien eine Schrift über „die freie Schule auf dem Boden der freien Kirche u. s. w." Von einer freien Kirche zu reden, galt damals bei den Theologen im Norden, Osten und Süden für arge Ketzerei. Ich habe mich darob tüchtig müssen schelten lassen. Und was sehen wir jetzt? Die Idee der freien Kirche ist ein Kernpunkt der Orthodoxie geworden, und alle Theologen, die konservativen voraus, sind eifrig bemüht, eine größere Unabhängigkeit und mehr Freiheit für die Kirche zu erstreben." . . . . „Das freilich, muß ihnen (den christlich-konservativen Kreisen) auch der Feind lassen, daß sie im Bereiche ihres Verständnisses und in altgewohnten Weisen recht thätig sind; davon zeugen die Diakonissenanstalten, die Rettungshäuser, die Heidenmission, die innere Mission u. s. w. Aber es fehlt ihnen gänzlich der Sinn und Trieb zum Reformieren, d. i. zum Reformieren der eigenen Gedanken und Wege, vollends aus eigener Initiative. Spener und Zinzendorf waren die letzten, in denen diese lutherische Triebkraft noch lebendig war. Seitdem ist in der evangelischen Kirche die Ungeneigtheit und Unfähigkeit zum Reformieren, d. i. die Unbußfertigkeit, ebenso groß wie in Rom. Das zeigt sich in allen Richtungen: in der Politik, im Kirchenwesen, in der socialen Frage, in der Schulverfassung, in der Pädagogik u. s. w. Das ist es, was mich bekümmert. Denn woher soll dann überhaupt Besserung kommen, wenn die christlichen Kreise nicht den Anfang machen? Daß sie hinterher, nach langem heftigem Widerstreben, doch endlich zu vorgeschlagenen Reformen Ja sagen, darin liegt doch wenig Trost. Denn einmal ist dieses Ja nur durch die Not abgerungen; überdies ist mittlerweile viel verdorben, und endlich kann nur das eine wirkliche, hoffnunggebende Besserung heißen, die aus dem Innern, aus eigenem Impuls und Entschluß kommt. Gott bessere es! — nament-

[1]) Die biblischen Geschichten Alten und Neuen Testaments mit Bibelwort und freier Zwischenrede anschaulich dargestellt. Ein Hülfsbuch zum erbaulichen Betrachten und lebendigen Erzählen derselben von H. Witt, Lehrer in Glückstatt. 3 Bde. Kiel 1869.

lich auch auf dem Gebiete, wo die rechte Seite des Missionierens für alle Richtungen gelernt werden muß, auf dem der Pädagogik und speciell der verachteten Methodik."

Von rechts wie von links ist Dörpfelds Charakterfestigkeit hie und da angezweifelt worden.[1]) Mit Unrecht. Dörpfeld hat zwar verhandelt und missioniert nach rechts und links, wie ein echter Christ es soll. Er hat dabei aber seine Grundsätze und seinen Glauben nie verleugnet, sondern stets treu bekannt, in religiösen wie in allen andern Dingen. Er wollte päagdogisch wie kirchlich und national sammeln. Seine Weitherzigkeit war das Gegenteil von dem „liberalen" Indifferentismus.

Manche missionierenden Bestrebungen der Kirche, bei denen man mehr der Not gehorchte als dem freien Triebe, auch die mit ausgesprochener socialer Tendenz, erfüllten seines Erachtens aber ihre socialerzieherische Aufgabe so wenig, daß er es nicht über sich gewinnen konnte, sie zu unterstützen.

Als die konservative und kirchliche Schulpolitik, welche unter von Puttkamer ihren Höhepunkt erreichte, die preußischen Volksschullehrer massenweise in die Arme der Parteien von Eugen Richter und dem „Berliner Tageblatt" peitschte, wurde es den kirchlichen Kreisen schließlich angst, und Pastor Zillessen aus Orsoy unternahm es, aus kirchlichem Interesse wie auf Wunsch kirchlich-konfessionell gerichtete Lehrer nach Berlin zu ziehen und dort die „Deutsche Lehrerzeitung" als Gegenstück zur „Preußischen Lehrerzeitung" zu gründen. Auch Dörpfeld wurde ersucht, mit seinem Namen dieses Unternehmen zu unterstützen, dessen Programm sich scheinbar mit dem seinen deckte. Dörpfeld hat es aber abgelehnt, trotzdem er die Person des Herrn Pfarrer Zillessen schätzte, weil er die Mission an der Quelle der Entfremdung innerhalb der Kirche und unter den Geistlichen und konservativen Staatsmännern für das wichtigste, notwendigste und erfolgreichste hielt. Hier aber vermißte er

[1]) So sagt z. B. Adolf Lehmann (Die Realienbuchfrage. Vortrag, in der Bezirkslehrerkonferenz Leipzig-Stadt am 16. November 1886 gehalten von Adolf Lehmann, Schuldirektor in Leipzig. Mit einem Vorwort von Stadtrat Dr. Panitz. Leipzig 1887, Gustav Focke): „Gewiß hat Dörpfeld zur Anregung und Verbreitung mancher Frage beigetragen. Er hat aber, da er es möglichst allen recht machen wollte, selten das Glück gehabt, zur Klärung und Entscheidung der Dinge erfreulich mitzuwirken." Daß ein solcher Vorwurf den alten und damals schon sehr invalide gewordenen Kämpen besonders empfindlich kränken mußte, liegt nahe, und daß der Leipziger Lehrerverein diesen Makel Dörpfeld, den er wegen der Abfassung der „Leidensgeschichte" zu seinem Ehrenmitglied ernannt hatte, hat geduldig aufheften lassen, beweist, wie wenig man selbst in Lehrerkreisen die Gesamtpersönlichkeit Dörpfelds bei dessen Lebzeiten erfaßt hatte.

jede Neigung zum Missionieren wie zur Buße oder zur Umkehr.[1]) Erst Bosse, der ein Herz für die Volksschule, auf deren Bänken er selber gesessen, und ein Verständnis für ihre socialerzieherische Aufgabe bekundete, hat, so weit es in seiner Macht lag, den Kurs geändert, und dabei das segensreiche Werk vollbracht, dem großstädtischen antisocialen und vielfach verjudeten Liberalismus die Maske der Freundlichkeit gegen Volksschule und Volksschullehrer gründlich zu lüften und dadurch die Lehrer aus den Fesseln dieses politischen Scheinliberalismus befreien zu helfen.[2])

Auch eine schriftliche Auslassung liegt vor über seine Stellung zu den Gesamtbestrebungen, wovon Zillessens nur ein Glied waren. Hier giebt er die Gründe an, warum er nicht jede volkserzieherische Bewegung christlicher Kreise gut heißen konnte.

Am 25. April 1882 schrieb ihm Dr. N.:

„K., den 25. April 1882.

Sehr geehrter Herr!

Darf ich Sie fragen, ob Sie geneigt sind, gleich vielen — gegen 60 — andern anerkannt bewährten Männern aus den verschiedensten Städten und Stellungen obige Einladung mit zu unterzeichnen? Vielleicht gewinnen Sie noch etliche einflußreiche Herren aus dem Lehrerstand zu demselben Zweck und haben alsdann die Güte, mir im Laufe dieser Woche die Unterschriften zu senden. Mit besonderer Hochachtung Dr. N."

Die Einladung lautete:

„Im Verein mit einer großen Anzahl von christlich-patriotisch gesinnten Männern aus den verschiedensten Ständen der Gesellschaft erlauben wir uns ergebenst Ihnen die Mitteilung zu machen, daß wir einen Verband aller derjenigen Komitees und Vereine in Rheinland und Westfalen herstellen möchten, welche durch öffentliche Vorträge, durch Einwirkung auf die Presse und durch andere geeignete Mittel das positive Christentum als sociale Macht in unserem Volksleben erhalten und verbreiten wollen.

Der bisherige Mangel einer festen und geschlossenen Organisation auf Seiten der christlich denkenden Bürger hat den Gegnern des positiven

---

[1]) Vgl. dazu: Monatl. Mitteilungen d. V. zur Erhaltung der evangelischen Volksschule. 1900. Nr. 11. S. 171 ff.

[2]) Höchst beachtenswert und zum Teil im Dörpfeldschen Geiste gehalten ist ein Artikel Bosses in der von Rißmann herausgegebenen „Deutschen Schule" (1900. Heft 2): „Stimmen zum Schulprogramm des 20. Jahrhunderts," worin Bosse unter andern bekämpft den „Wust der Instruktionen und Reglements" und hinweist auf „die Gefahr einer geistlosen und öden Schablonenwirtschaft." An sich muß es uns schon hoffnungsfreudig für das neue Jahrhundert stimmen, daß ein konservativer Minister sich unter die Schulblattschreiber begiebt und noch dazu in einem im wesentlichen liberalen Blatte. Es ist das ein bedeutungsvolles Seitenstück zu dem Toaste des Ministers von Berlepsch auf den „vierten Stand", auf den wir weiter unten zu sprechen kommen.

Christentums, die besser organisiert waren, einen bedenklichen Vorsprung in der Einwirkung auf unser Volksleben gegeben. Eine gottlose Geistesatmosphäre lagert sich über sehr viele Schichten unseres Volkes, ein unheiliger Zeitgeist bemächtigt sich der Kultur und beansprucht die Erziehung und Leitung der Volksmassen.

Es handelt sich in der Gegenwart um neue Mittel und Wege, das alte Evangelium in die Massen des Volkes hineinzubringen; es gilt heute, dem Volke nachzugehen, ja mitten ins Volk hinein zu treten, um so die der christlichen Kirche Entfremdeten durch freiere Formen der Beeinflussung wieder heranzuziehen. Als solche haben sich in verschiedenen Städten, so in letzter Zeit in Köln, freie Volksversammlungen mit christlich-patriotischen Vorträgen und ein diesen Versammlungen zum Stützpunkt dienender Verein für christliche Volksbildung in hervorragender Weise bewährt.

Der zu gründende Verband wird zu seiner Hauptaufgabe haben:

1. Einen Austausch der vortragenden Kräfte zwischen den einzelnen Komitees und Vereinen herzustellen;

2. die schon bestehenden Vereine zu stärken und neue, wo möglich, in allen größeren Städten der Rheinprovinz und Westfalens, auch in Landgemeinden, ins Leben zu rufen;

3. mit gemeinsamen Kräften Front zu machen gegen die antichristliche und antipatriotische Presse unserer Zeit und auf alle nicht ganz unzugänglichen Blätter eine Einwirkung im Sinne der christlichen Volkssache zu üben;

4. alle sonstigen Mittel in Bewegung zu setzen, damit die öffentliche Meinung für das lebendige, praktische Christentum zurückgewonnen wird.

Die Unterzeichneten wenden sich zunächst vertraulich an alle diejenigen, welche obigen Bestrebungen huldigen, nicht bloß an die Herren Geistlichen, sondern vornehmlich auch an die Vertreter aller übrigen Stände unseres Volkes mit der Bitte, einer Versammlung, welche höchst wahrscheinlich nach Pfingsten in Bonn an einem noch näher zu bestimmenden Tage anberaumt werden und zu der noch eine besondere Einladung erfolgen soll, beizuwohnen und dem unterzeichneten Herrn Dr. N. hierüber Mitteilung zu machen.

Ferner ersuchen wir Sie dringend und herzlichst, diese Vereinsangelegenheit mit einer möglichst großen Anzahl von Vertrauensmännern, die den Mut haben, für die christlich-patriotische Sache einzutreten, in Ihrer Stadt und in Ihren Kreisen zu besprechen und die Namen derjenigen, die in der Verbreitung christlicher Volksbildung in irgend einer Weise mit Hand ans Werk legen wollen, dem Herrn Dr. N. ebenfalls möglichst bald mitzuteilen, damit dieselben zu obiger Versammlung eingeladen werden können.

Wir sind der guten Überzeugung, daß auch unsere Bestrebungen sich unter das Wort des Herrn stellen können: „Wer mich bekennet vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater."

Darauf hat Dörpfeld folgende charakteristische Antwort gegeben:

„Das Bedenken ist principieller Art, genauer pädagogischer Art; — „pädagogisch" nicht im engen schulmeisterlichen, sondern im demagogischen (social-theologischen) Sinne gefaßt.

Mit den Zwecken Ihres Vereins bin ich, wie ich wohl kaum ausdrücklich zu sagen brauche, völlig einverstanden, ebenso ganz besonders auch mit Ihrem methodischen Grundsatze, daß „in der Gegenwart neue Mittel und Wege," namentlich auch freiere Formen der Evangelisation gesucht und versucht werden müssen. Auch speciell darin stimme ich bei, daß zu diesen freieren Formen auch solche Volksversammlungen und solche Vorträge gehören, wie Ihr Verein sie bisher veranstaltet hat.

Wo liegt nun mein Bedenken? Ich vermisse etwas in den in Aussicht genommenen Mitteln und Wegen, — etwas, das meines Erachtens schlechterdings nicht fehlen darf, wenn die übrigen Mittel nicht den besten Teil ihrer Wirkung versagen sollen. Was ich meine, ist nicht ein äußeres Mittel, sondern ein principieller methodischer Gesichtspunkt, der die gesamte Methode, alle Mittel und Wege und Formen dirigierend beherrscht. Daß dieser gemeinte Gesichtspunkt oder methodische Grundsatz in Ihrem Programm fehlt, kann ich aus dem Buchstaben nicht direkt beweisen; ich muß es aber vermuten, da die ganze kirchlich-konservative Partei bisher denselben nicht nur nicht angenommen, sondern ihn vielmehr abgewiesen, wenigstens in ihrer Praxis thatsächlich das gerade Gegenteil von dem, was er fordert, gethan hat.

Um nicht längst Geschriebenes nochmals schreiben zu müssen, wollen Sie mir gütigst gestatten, auf die anliegende Schrift („Leidensgeschichte") zu verweisen, wo jener vermißte methodische Gesichtspunkt, wenn auch kurz, doch ziemlich deutlich dargelegt ist.

Von meinem Gewissen gedrängt, weil mich meine Schriften über die Schulverfassung, den Religionsunterricht u. s. w. immer wieder darauf führten, hatte ich schon vor 20 Jahren (1862) eine größere Schrift (sechs Abhandlungen) über jenen vermißten methodischen Gesichtspunkt zu Papier gebracht.[1]) Die Veröffentlichung unterblieb aber, weil in jener Zeit mein asthmatisches Leiden begann, und ich in diesem Zustande mich der litterarischen Polemik, welche die Veröffentlichung hervorgerufen haben würde, nicht gewachsen fühlte. Da dieses leibliche Hindernis seitdem mehr oder weniger bestehen blieb und dringlichere litterarische Arbeiten mich in Anspruch nahmen, so ist das Manuskript in meinem Pulte ruhen geblieben. Nur die beiden historischen Einleitungsaufsätze: „Ein alter und ein neuer bergischer Reformprediger" (Adolf Klarenbach und Dr. Nagel) habe ich ein paar Jahre später im Ev. Schulblatt mitgeteilt.

Glücklicherweise bin ich auch jetzt von dieser litterarischen Aufgabe, die mir die langen Jahre auf dem Herzen gelegen hatte, entbunden. Ein Besserer, ein konservativer und streng konfessionell-gerichteter Theologe hat sie zu meiner großen Freude, ohne daß ich etwas davon wußte, in die Hand genommen, — wenn auch seine Ausführung formell etwas anders ist als die meinige, wie das schon in unserer verschiedenen Profession liegt.

---

[1]) Nunmehr veröffentlicht in Bd. XI. der Ges. Schr. „Zur Ethik".

Ich meine die Schrift von Past. D. Zahn in Cöslin: „Die natürliche Moral ꝛc." Leider läßt der mißlungene Titel[1]) nicht deutlich erkennen, um was es in dem Buche sich eigentlich handelt. Er hätte lauten müssen: „Ein Grundgebrechen der bisherigen social-theologisch-staatlichen Pädagogie." Weil in der Methode des Verfassers die sogen. natürliche Moral mit Recht eine hervorragende Rolle spielt, so hat er sich zu dem strategischen Fehler verleiten lassen, dem Buche diesen Titel zu geben; und nun hat dieser herausgedachte Titel ihn wieder verleitet, im ersten Teile des Buches eine Art System der natürlichen Moral zu geben, während die Kenntnis derselben (nach Röm. 2, 14. 15) vorausgesetzt werden durfte, gleichviel ob sie wirklich vorhanden ist oder nicht, und taktisch vorausgesetzt werden mußte, weil sonst der Verfasser aus seiner eigenen Festung fällt.

Sollte Ihnen Zahns Schrift noch nicht näher bekannt sein, so möchte ich dieselbe Ihnen und Ihrem ganzen Verein aufs angelegentlichste empfehlen, da, wie oben bemerkt, die besten Mittel und Formen der Evangelisation zu einem beträchtlichen Teile die Wirkung versagen, wenn der dort beschriebene Gesichtspunkt nicht zu seinem Rechte kommt. Die Mittel stoßen eben auf zu viele Hindernisse, die mit diesen Mitteln nicht zu überwinden sind, zum Teil auch nicht einmal erkannt werden. Ich bin, offen geredet, in der That der Ansicht, daß die Zahnsche Schrift eins der nützlichsten Bücher ist, die seit 100 Jahren und darüber auf dem Gebiete der Pastoraltheologie erschienen sind.

Hoffentlich fordern Sie nicht, daß ich das gemeinte Gebrechen der couranten kirchlich-konservativen Pastoraltheologie durch eine kurze allgemeine Formel bezeichnen solle. Wie mir scheint, läßt das Vorstehende deutlich merken, daß ich das gerade mit Fleiß vermieden habe, obwohl es sich sehr wohlfeil hätte thun lassen.

Wünschen Sie dagegen, daß die schlimmen Folgewirkungen dieses Gebrechens an irgend einem Punkte aufgewiesen werden sollten, so kann dies sofort geschehen. Ist jenes Manko wirklich vorhanden, so wird es natürlich überall sich zeigen, wo christliche Interessen beteiligt sind und das praktische Christentum sich bethätigen muß: in der Politik, in der Civil- und Kriminalgesetzgebung, in den Ordnungen der Volkswirtschaft, in der Sittlichkeitspolizei, in der Administration, in den geselligen Sitten, im Erziehungswesen, in den Künsten, in der wissenschaftlichen Forschung u. s. w. Und es zeigt sich in der That überall. — Für den ꝛc.[2]) sei es durch verkehrte Maßnahmen der kirchlich-konservativen Partei; oder in ihrer Ratlosigkeit, oder endlich darin, daß man dort von ihrem Rate nichts hören will. Ich greife ein Gebiet heraus: das Schulwesen, speciell das Volksschulwesen — und verweise dann auf das beifolgende Buch, worin die genaueste und umfassendste Auskunft zu finden ist. Dasselbe weist

---

[1]) Die natürliche Moral christlich beurteilt und angewandt auf die Gegenwart in Kirche, Schule und innerer Mission von Detlev Zahn, Pastor. Gotha 1881, Gustav Schloeßmann.

[2]) Hier fehlt im Koncept, das uns nur zur Verfügung stand, die Ausführung des Gedankens, der nur durch „ꝛc" angedeutet ist.

nach, daß im Volksschulwesen Verwaltungsordnungen bestehen und von der kirchlich-konservativen Partei mit Fleiß konserviert werden, welche nicht nur sachlich unzweckmäßig sind, sondern auch für den Schularbeiterstand ungerecht und demoralisierend und obendrein für die kirchlichen Interessen gefährlich sind. Ist das nun wahr — und bisher hat das meines Wissens noch niemand bestritten, obschon diese Aufsätze schon vor einigen Jahren im Ev. Schulbl. und vor ca. einem Jahr als selbständige Schrift[1]) erschienen sind, deren erste starke Auflage schon in vier Monaten vergriffen war — so liegt doch auf offener Hand, daß der kirchlich-konservativen Partei etwas Ähnliches begegnet sein muß, was der Orthodoxie von anno 1 bis anno 1517 wiederholt begegnet ist, daß nämlich beim Lesen des A. und N. Testaments hinsichtlich eines bedeutsamen Teiles ihres Inhaltes ‚eine Decke vor dem Herzen hängt.'

Lassen Sie mich jetzt an den Anfang der vorstehenden Erörterung wieder anknüpfen.

Träte ich Ihrem Vereine bei, so würde ich bei der ersten guten Gelegenheit das vorbezeichnete Manko in der socialen Ethik der kirchlich-konservativen Partei zur Sprache bringen müssen, und dann würde mutmaßlich dasselbe passieren, was mir bei der Gründung des Zillessenschen Vereins zur Erhaltung der konfessionellen Schule passiert ist. Als nämlich dieser Verein konstituiert werden sollte (in einer Versammlung zu Düsseldorf), da waren natürlich auch wir Lehrer aus dem evang. Lehrer-Verein zahlreich am Platze. Als ich aber namens dieser Kollegen mein Votum dahin abgab — wie wir es ein paar Jahre vorher in unserm „Gutachten"[2]) für die bedrängte Gemeinde zu Wermelskirchen,[3]) die sich von der Kirche verlassen sah, abgegeben hatten, daß wir mit allen Kräften für die Erhaltung der Konfessionsschule einträten, aber nur dann in einem Vereine für diesen Zweck agitieren könnten, wenn nicht die alte, mit Mängeln und admini-

[1]) Beitrag zur Leidensgeschichte der Volksschule. Ges. Schr. IX, 1.

[2]) Zwei pädagogische Gutachten über zwei Fragen aus der Theorie der Schuleinrichtung: 1. Die vierklassige und die achtklassige Volksschule. 2. Die konfessionelle und die paritätische Schule. Ges. Schr. Bd. VIII.

[3]) Während der Korrektur dieser Stelle kommt mir zufällig in der Tagespresse folgende Notiz zu Gesicht: „Der Kaiser hat ein Geschenk von 30 000 M. aus seinen Dispositionsfonds der evangelischen Gemeinde zu Wermelskirchen zum Bau einer neuen Schule überweisen lassen. Kürzlich hatte der Kaiser der Gemeinde zu gleichem Zweck eine Spende von 20 000 zugewiesen." Daß schließlich unser Kaiser ein so thatkräftiger Bundesgenosse unseres Dörpfeld im Kampfe für die in unserer Schrift mehrfach erwähnte bedrängte evangelische Gemeinde werden könnte, hat Dörpfeld wohl nicht geahnt, obgleich er fest überzeugt war, daß seine Schulverfassungsvorschläge Bismarcks und des Kaisers Zustimmung finden würden, wenn es nur möglich zu machen wäre, sie bis zu deren Ohren dringen zu lassen. Der Kaiser freilich versteht besser als die „wissenschaftliche Pädagogik" (S. 5) und besser als die Politiker Miquel, Bennigsen, Falk und Genossen mitsamt ihrer kirchlich orthodoxen Gegnern den „Schutzberuf der preußischen Monarchie", den Dörpfeld nach S. 54 ff. den Berliner Lehrern und nach S. 5 den Zillerianern vergebens ins Gewissen zu reden suchte.

strativen Sünden behaftete Konfessionsschule, sondern die nach pädagogischen und social-ethischen Grundsätzen eingerichtete und verwaltete gemeint sei, und ich dann diese Mängel und Sünden deutlich namhaft zu machen begann: da riefen die meisten der anwesenden Pastoren samt ihrem getreuen unorientierten Laienanhang so energisch „Schluß", daß ich auf eine weitere Erörterung dieser Differenz gern verzichtete. So hat denn dieser Verein wegen seines jetzigen altkirchlich-konservativen Standpunktes bisher die Beihülfe der Lehrer entbehren müssen, obwohl wir demselben im Sinne seines Leiters, der unsere Wünsche besser versteht, guten Erfolg wünschen und lebhaft bedauern, daß wir aus Gewissens- und andern Gründen behindert sind, thätig mit Hand anzulegen. Das ist um so trauriger ꝛc.

Sie sehen hieraus auch, daß ich aus denselben Gründen zugleich außer stande bin, andere Kollegen für Ihren Verein zu werben, so lange die kirchlich-konservative Partei jene „Decke vor ihrem Herzen" nicht abgethan hat und auch auf dem Volksschulgebiete unverkürzt „praktisches Christentum" treiben will, — und daß bis dahin auch andere Wege zur Werbung von Mitgliedern aus dem Lehrerstande ohne nennenswerten Erfolg bleiben werden, da Ihnen von allen, die zur Sache orientiert sind, genau dasselbe Bedenken entgegengehalten werden würde, das ich oben erörtert habe.

Vielleicht kommt Ihnen in der vorstehenden Auseinandersetzung manches befremdlich vor, zumal wenn Sie mit der Lage der Dinge auf dem Volksschulgebiete nicht näher bekannt sind. Eine weitere schriftliche Erörterung würde aber nutzlos sein, — ungerechnet, daß mir dazu die Zeit fehlt. Wollten Sie mir jedoch Gelegenheit bieten, die Angelegenheit mündlich mit Ihnen durchzusprechen, aber mit Muße auch wirklich durchzusprechen: so würde mir das sehr angenehm sein.

Die beifolgenden beiden Bücher bitte ich als ein Zeichen meiner persönlichen Achtung und als ein kleines Andenken an diesen unsern ersten Verkehr gütigst annehmen zu wollen.

Mit aller Hochachtung und einem herzlichen Gott zum Gruß zeichnet

Ew. H. ergebenster

Persönliche Beziehungen und Sympathien mußten Dörpfeld eher zu einer Zusage verleiten; denn es heißt in einem „P. S.":

Sind Sie, wie ich vermute, ein Sohn des weiland Pastor N. in N., so gestatten Sie mir noch zu bemerken, daß ich mit Ihrem Herrn Vater auf den Kirchentagen manches Stündchen privatim verplaudert habe. Ich kannte ihn durch meinen Schwiegervater — weiland Pastor und Sup. in Wermelskirchen, jetzt seit 20 Jahren als Emeritus in Düsseldorf lebend — mit dem er befreundet war. Schon als 12jähriger Knabe habe ich Ihren Herrn Vater auf des Schwiegervaters Kanzel predigen hören, was mir noch lebhaft im Gedächtnis ist." —

Wir sind leider soweit gekommen, daß für Freiheit und Fortschritt im Gegensatz zur Kirche gekämpft wird und daß kirchliche Kreise sich bereit finden, im wirtschaftlichen Kampfe einseitig zu Gunsten der Starken Partei und neben der theologisch-dogmatischen auch noch die wirtschaftlich-

rückschrittliche Schleppe zu tragen. Die 12000 Mark-Geschichte Bueck-Woedtke-Hülle ist ein trauriger Beleg dafür. Dörpfeld hat von der Kirche eine andere Auffassung. Evangelische Reformation bedeutet für ihn zugleich Freiheit und Fortschritt und darum auch christlich-nationale und sociale Volkserziehung, d. h. Volksförderung.

„Die Reformationskirche hat drei Principien, welche die formalen, beziehungsweise socialen Wurzeln der Reformation gewesen sind: das Princip des Reformierens, das Princip der Freiheit, und das Princip der Mitarbeit aller Glieder. Diese Principien sind bei unsern heutigen Konservativen, bei der Kirchenbeamtenschaft und der staatlichen Bureaukratie gefährdet. Kann es nun zweifelhaft sein, daß die Reformationskirche ihre drei socialen Lebenswurzeln in Ehren halten muß? und kann es zweifelhaft sein, wie es ihr bei dem solidarischen Bündnis mit dem dermaligen Konservatismus auf die Dauer ergehen wird? . . . . Wie man sieht, befindet sich die evangelische Kirche bei dem dermaligen politischen Parteiwesen in einer verzweifelten Lage. Auf beiden Seiten sieht sie die richtigen socialen Principien in einseitige Gegensätze auseinandergerissen.[1])

So war Dörpfeld ein treues Glied seiner evangelisch-reformatorischen Kirche und ein Gegner der liberalen wie konservativen Abtrünnigen.

Nach der ersten Lutherischen Reformationsthese soll „das ganze Leben . . . eine stete Buße" oder Erneuerung sein. So verstand auch Dörpfeld die Reformation. Ihm war darum im Gegensatze zu der oft „unbußfertigen" landeskirchlichen Theologie jedes gesicherte wissenschaftliche Ergebnis zugleich eine Gottesoffenbarung, und er beklagt wiederholt, daß die Kirche sich verschließe gegen die Offenbarung Gottes in der Natur und gegen die Naturwissenschaft.

In der That liegt hier eine folgenschwere Schuld der Kirche. Weil sie Philosophie und Naturwissenschaft von sich fern hält, so fällt es monistischen und atheistischen Naturwissenschaftlern nicht schwer, in den Augen der urteilslosen gebildeten und ungebildeten Masse die Kirche als Verdummungsanstalt an den Pranger zu stellen, unter dem Beifall von Tageszeitungen, die sich sonst zu den staats- und kirchenerhaltenden zählen, während die Geistlichkeit schweigt oder nur da sich apologetisch zeigt, wo wissenschaftlich Unhaltbares angegriffen wird. Als ich vor etlichen Jahren einen angesehenen Geistlichen darauf aufmerksam machte, daß das doch ein arger, die Gewissen der Gemeinde verwirrender Zustand sei, wenn ohne Antwort Kirche und Christentum von autoritativen Männern der Naturforschung unter dem Beifall der Tagespresse der Gebildeten wie der Lohnarbeitermasse öffentlich der Geringschätzung preisgegeben würde, meinte

[1]) Leidensgeschichte S. 271.

er, daran habe er noch nie gedacht, der Kampf dagegen sei auch sehr schwer. Als ich ihm erwiderte, daß wir als Pädagogen uns dagegen kräftig und öffentlich wehrten, daß Ethik und Religion zur Naturwissenschaft gehören sollen und diese für die Erziehungsziele mithin normengebend sein können, leuchtete auch ihm ein, daß die Kirche auch nicht schweigen dürfe. In der That sind denn auch in den letzten Jahren mehrere theologische Schriften erschienen, die sich energisch gegen die monistisch-naturalistischen Übergriffe in das Gebiet, das jenseits des empirischen Naturerkennens liegt, wenden, darunter auch zwei von jenem Theologen.

Das Landeskirchentum läßt sich freilich auch durch Häckels „Weltenrätsel" nicht aus dem Schlafe rütteln. Loofs u. a., welche die scharfen Hiebe parierten, redeten nicht im Namen der Landeskirchen.

Den von Häckel in seinen „Welträtseln" und auch sonst von ihm und zahlreichen anderen bedeutenden und unbedeutenden Naturforschern und monistischen einsichtsvollen wie blinden Gläubigen zur Schau getragenen Haß gegen alles, was Christentum und Kirche heißt, sucht Paulsen bei Häckel psychologisch zu erklären in einer Kritik der „Weltenrätsel" im Juliheft der „Preuß. Jahrbücher", überschrieben: „Häckel als Philosoph." Leider liegt darin manche bittere Wahrheit. U. a. sagt er:

„Man empfindet: es ist der Ingrimm des Betrogenen, der in ihm lodert: man hat ihn als Kind bethört, ihm als Knaben den Verstand mit Formeln gebunden, dann den Jüngling angehalten, die Zweifel des Verstandes durch den Willen zu unterdrücken: endlich ist er doch dem Gefängnis entronnen, und nun kann er nicht ohne Haß daran zurückdenken, wie man ihn irregeführt, hingehalten, gemißbraucht hat. Die Kirche ein Gefängnis, der Glaube die Fessel, die Priester die Gefängniswärter, die Theologen und in zweiter Linie auch die Philosophen die Verfertiger der Fesseln: so stellt sich ihm jenes ganze Wesen dar, und er glüht von dem Verlangen, die Bastille zu zerstören, die noch drin gefangen Gehaltenen in die Freiheit, ans Licht der Sonne herauszuführen.

Zu dem Persönlichen kommt ein Allgemeines. Freilich auch schon jenes persönliche Erlebnis ist ja im allerweitesten Umfang ein Allgemeines: vielleicht kann man sagen, daß es wenig moderne Menschen giebt, die nicht etwas davon erlebt haben; denn es ist ja keine Frage, daß die Form, in der das Christentum in Schule und Kirche heute gelehrt wird, einer Zeit angehört, die weit hinter der Gegenwart liegt, daß die Thatsachen und Formeln, die im Unterricht überliefert werden, in tausendfältigem Konflikt mit den Anschauungen stehen, die außerhalb des Religionsunterrichts gelten. Daß nun die Theologie, auch die wissenschaftliche Theologie der protestantischen Universitäten, hiergegen allzu lange die Augen geschlossen hat, daß sie vielfach mit der Wahrheit, wenn sie sie nicht mehr einfach leugnen oder ignorieren konnte, gehandelt und gemarktet hat, das hat das harte Mißtrauen gegen sie groß wachsen lassen, das nun auch hier seine Früchte

trägt: Theologie ist keine Wissenschaft, Arbeiten von Theologen sind bei der Wissenschaft nicht akkreditiert; darum hat jeder das Recht, sich hier seine eigenen Ansichten zu machen oder zu suchen, wo er sie findet; ein beliebiger Sudler gilt ebenso viel als ein gewissenhafter Gelehrter, wenn es sich um die Evangelienkritik handelt: ja vielleicht verdient er noch mehr Vertrauen, er muß doch wenigstens nicht die Wahrheit verleugnen. Harnack hat hierüber ein ernsthaftes Wort in der „Christlichen Welt" gesprochen, das auch Loofs mitteilt: solche Vorkommnisse zeigten, „daß die theologische Wissenschaft noch immer nicht den vollen Kredit besitzt, weil sie eine alte Schuld noch nicht völlig getilgt hat."

So hat man der Kirche den Rücken gekehrt und sich zu den Gläubigen der Naturwissenschaft bekehrt. Paulsen meint daher:

„Der naturwissenschaftliche Dogmatismus, der alle Probleme der Welt jedesmal durch die jüngsten Entdeckungen der Physik, der Biologie, der Gehirnphysiologie gelöst sein läßt, ist offenbar eine sehr weit verbreitete Erscheinung unserer Zeit wie jedes unphilosophischen Zeitalters. Sie findet in Häckel nur ihre besonders charakteristische Darstellung. Die Selbstüberhebung, die in dem Welträtselbuch überall zwischen den Zeilen durchschimmert, ist nicht Ausfluß persönlichen Hochmuts, sondern einer Zeitströmung, der er sich mit völliger Naivetät überläßt: der Zeitströmung, die die Naturwissenschaften allein für Wissenschaft ansieht und von ihnen die Lösung aller Fragen erwartet.

Hat jedes Volk und jede Zeit, wie die Regierung, so auch die Litteratur, die sie zu haben verdienen, nun, so ist damit auch jedem, der an ihr teil hat, die Mitverantwortlichkeit dafür auferlegt. Ich habe mit brennender Scham dieses Buch gelesen, mit Scham über den Stand die allgemeinen Bildung und der philosophischen Bildung unseres Volks. Daß ein solches Buch möglich war, daß es geschrieben, gedruckt, gekauft, gelesen, bewundert, geglaubt werden konnte bei dem Volk, das einen Kant, einen Goethe, einen Schopenhauer besitzt, das ist schmerzlich."

Dieses Urteil trifft den schlichten Volksschullehrer Dörpfeld und seine nach Tausenden zählenden Freunde nicht. Sie haben keine Gemeinschaft weder mit der kirchlichen, noch mit der unkirchlichen Oberflächlichkeit, und sie waren sich jener „Mitverantwortlichkeit" stets bewußt. Dörpfeld hat sein Lebtag gekämpft, um die Kirche von dem Verdachte der Wissenschaftsfeindlichkeit zu befreien. Und umgekehrt hat er es nicht bloß erstrebt, sondern auch erreicht, daß bei jenen die philosophischen Probleme jenseits der naturwissenschaftlichen Empirie gesucht werden, nicht bloß zur Befriedigung des menschlichen Kopfes, sondern auch des Herzens. Als die Philosophie durch Verschulden Hegels und seiner Schule bei den Gelehrten in Mißachtung geriet, da meinte Dörpfeld, daß sie dann bei Volksschullehrern, Handwerkern u. s. w. ihre Zuflucht suchen müsse und hier auch Interesse finden werde. Daß das möglich war, hat er am handwerklichen Familienherde seiner Eltern und Großeltern schon als Knabe erfahren. Die pädagogischen An-

hänger Herbarts, zu deren begabteſten und einflußreichſten Dörpfeld gehört, und die jetzt in Deutſchland zahlreiche Vereine bilden, deren Mitglieder oft bis zu Tauſend zählen, haben u. a. auch das Verdienſt, eine Einheitlichkeit der Weltanſchauung als Grundlage der Jugend- und Volksbildung gefordert und gepflegt zu haben.

Gegenüber dem Paulſenſchen Urteil über die Gebildeten unſerer Nation iſt es darum doppelt intereſſant zu ſehen, wie Dörpfeld als einfacher Volksſchullehrer ſich im Kampfe um die Weltanſchauung bewährte und ſeine Kirche und ſein Chriſtentum verteidigte, während die berufenen Wächter ſchliefen.

Vieles iſt darüber in der Biographie berichtet, und der 11. Band der Geſ. Schr. zeigt, wie eine wahrheitſuchende Seele auf dem religiöſen Gebiete zu einer wohlbegründeten Überzeugung gelangt und keinesfalls wiſſenſchaftsſcheu zu ſein braucht. Er nennt die Formel vom „Gefangennehmen der Vernunft unter den Glauben" ein „weltberüchtigtes theologiſches Dogma", weiſt ſeine „Verkehrtheit" nach und meint: „Wie ein leſekundiger Mann aus dieſen apoſtoliſchen Worten (2. Kor. 10, 5) den Sinn jenes unheilvollen Dogmas hat herausleſen können, iſt ſchlechterdings unerfindlich; denn in ihrem Zuſammenhange ſagen ſie nicht nur etwas ganz anderes, ſondern ſogar das gerade Gegenteil". (S. 159.) „Wie möchte dem Apoſtel wohl zu Mute geworden ſein, wenn ihm jemand die wohlfeile Autoritätsmethode der ſcholaſtiſchen Theologie empfohlen hätte, wodurch er all der Sorgen, Mühen und Selbſtverleugnungen, um an den Standpunkt der verſchiedenartigen Hörer heran kommen zu können, überhoben geweſen wäre?" (S. 163) Auch die treffenden Bemerkungen im „Anhange" zur „Leidensgeſchichte der Volksſchule"[1]) über den Kampf um die Weltanſchauung ſind nicht minder intereſſant und beachtenswert.

Einen kleinen Aufſatz über dieſe Frage, der ſich direkt mit dem Widerſtreit zwiſchen Naturforſchung und religiöſer Überzeugung auseinanderſetzt, bringt noch der 10. Band der Geſ. Schr.: „Die Abwege der neueren Geiſtesentwicklung." Er lieſt ſich, als wenn er erſt im neuen Jahrhundert ſeine Stellung zum Kampfe gegen Häckels „Weltenrätſel" zum Ausdrucke bringen wollte. Wenn auch dieſe oder jene angefochtene naturphiloſophiſche Theſe in den letzten drei Jahrzehnten etwas mehr an Wahrſcheinlichkeit gewonnen hat, kürzer und klarer als in dieſer aus dem Jahre 1870 ſtammenden Skizze laſſen ſich die ſtrittigen Punkte in der Geiſtesentwicklung des verfloſſenen Jahrhunderts kaum umſchreiben. Dieſer kleine Aufſatz iſt ein Zeichen von Dörpfelds philoſophiſchem Scharfblick,

[1]) Geſ. Schr. IX, 1. S. 266 ff.

der leider unserm Landeskirchentum so sehr abgeht, daß es sich bei der Volksmasse dadurch in den Verdacht absichtlicher Heuchelei setzt, da aus jeder Naturgeschichtsstunde eine andere Weltanschauung als aus dem offiziellen Katechismus hervorscheint, und das sogar schon in den Elementarschulen.

In einem Manuskripte seines Nachlasses über: „Umkehr und Fortschritt, Fortschritt und Umkehr" führt Dörpfeld aus, daß die Naturforschung wie die Glaubenslehre Umkehr wie Fortschritt stetig bedürfe, und treffend bemerkt er schon in diesem, anscheinend aus jüngeren Jahren stammenden und in einem Verein für christliche Volksbildung gehaltenen Vortrage, daß vielfach die „Naturphilosophie sich lügnerisch Naturforschung nenne."

Und daß die Theologie und die Kirche in den umgekehrten Fehler verfällt und damit ebensoviel Unheil und Verwirrung anrichtet, beweist er eingehend in seinen Abhandlungen „Zur Ethik".

Der Ausgangspunkt des Verständnisses ist für Dörpfeld die Ethik. Sie ist aber für ihn ein empirisches Wissen; sie muß begrifflich von dem Hypothetischen und Metaphysischen der Dogmatik in Forschung und Lehre gesondert werden, und beide Lehrgebiete müssen einer stetigen Reformation unterworfen bleiben. Dann werden Glaube und Wissen die Menschen nicht mehr wie bisher in zwei schroffe Heerlager trennen. Im „Vorhofe der Ethik" werden sie sich vereinen können, im Geiste christlicher Liebe. Dörpfeld suchte mithin den Schwerpunkt des Christentums nicht in dem Fürwahrhalten von Dogmen, sondern in der Gesinnung, der Richtung des Herzens, in der Weihe des Lebens und in einer Glaubensgemeinschaft, die weder Zeit noch Ort zu trennen vermag.

Aus dem Gesagten begreifen wir, warum Dörpfeld das wahre Wohl der Schule darin sehen mußte, daß die Kirche und ihre Vertreter ja einen Einfluß auf die Schule und die Lehrer haben, und warum er sogar dafür bemüht war, diesen Einfluß nach Kräften zu verstärken und zu vertiefen, daß er aber denselben nicht verbürgt, sondern nur verhindert sehen konnte durch die bestehende Herrschaft der Kirche über die Schule,[1]) zumal wenn durch Schuld der Kirche das religiöse Leben in manchen Gegenden und Gemeinden in Verfall geraten ist.

„Denn hier, in dem inneren Verfall der Kirche, ist meiner Überzeugung nach immer und überall eine der ersten Ursachen zu suchen, wenn das Lehrerleben bedenkliche Ausschreitungen zeigt. Es geht dies schon daraus hervor, daß in denjenigen Gegenden und Gemeinden, wo ein lebendiger religiöser Sinn herrscht, auch der Lehrerstand durchweg eine ehrenhafte Haltung bewahrt. Was Licht und Luft für das Pflanzenreich sind, das

[1]) L. u. W. S. 114.

sind die religiös-sittlichen Ideen und Kräfte für das Menschenleben. Es ist ja richtig, daß die Schule auf dem Boden der Kirche stehen soll; wie aber dann — wenn dieser Boden in Wirklichkeit halbwegs ein Sumpf ist?[1])

Nach dem Erscheinen der „Leidensgeschichte" war es menschlich, allzumenschlich, daß eine Schar von Theologen vor Wut schnaufte, während andere dem eben so ehrlichen wie mutigen Manne offen Beifall zollten. Selbst theologische Mitarbeiter seines „Ev. Schulblattes" kehrten sich gegen ihn. Einer von ihnen schrieb Dörpfeld einen bitteren Klagebrief. Auf einen Vorwurf in demselben antwortet Dörpfeld:

„Sie wollen bemerkt haben, „daß ich jede Gelegenheit ergriffe, wo ich glaubte den Geistlichen einen Vorwurf machen zu können", und schließen nun daraus, ich müsse wohl gegen die Geistlichen verstimmt sein, wenigstens nicht mehr so gegen dieselben gesinnt, wie damals, wo in einem meiner Briefe bemerkt war, daß ich den besten Teil meines Familienglückes einem Pfarrhause verdanke. — L. H. D., hier sind Sie zweimal ganz im Irrtum, vorab ist die Beobachtung, die Sie gemacht haben wollen, falsch, und noch falscher ist der daraus gezogene Schluß. Nicht ich ergreife jede Gelegenheit, wo u. s. w., sondern diese Gelegenheiten ergreifen mich. Es kann sich also nur fragen, ob das, was bei diesen Gelegenheiten den Geistlichen vorgeworfen wird, wahr ist. Mir sind diese Nötigungen, den Geistlichen unliebsame Dinge zu sagen, äußerst unwillkommen. Stellen Sie mir den Mann, der an meiner Statt zur Sprache bringen will, was ich um des Gewissens willen gelegentlich wider die Geistlichen sagen muß, so werde ich mit Freuden schweigen. Aber gesagt muß es werden. Bitte also herzlich: Stellen Sie den Mann! womöglich aus der Reihe Ihrer Standesgenossen selbst.

Und nun Ihre Schlußfolgerung. Vorab frage ich, mit welchem Recht schließen Sie aus meinem Verhalten, weil es Ihnen nicht gefällt, sofort auf ein Manko in meiner Gesinnung? Mir ist nicht von fern eingefallen, wegen Ihres Verhaltens, wie es oben gezeichnet ist, sogleich Ihre Gesinnung in Verdacht zu nehmen; im Gegenteil, ich habe ohne weiteres vorausgesetzt, daß Sie nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hätten. Was ich an Ihrem Verhalten vermisse, habe ich lediglich einer irrigen Auffassung der Sachlage zugerechnet. Warum wollen Sie mir nun nicht dasselbe gute Vertrauen schenken, das ich Ihnen geschenkt habe?

Ferner: mein Schwiegervater — er lebt noch als 90jähriger Greis in Düsseldorf — ist ein Geistlicher und mein Schwiegersohn (von Rhoden) ist ein Geistlicher. Sieht das aus, als ob ich gegen den geistlichen Stand verstimmt wäre? Und dann: fragen Sie den Generalsuperintendenten Ernst in Wiesbaden, oder den Hofprediger Frommel in Berlin, oder den Generalsuperintendenten Schultze in Magdeburg, in deren Häusern ich weiland in Barmen fleißig aus- und eingegangen bin, ob bei mir und meinen näheren Freunden eine Verstimmung gegen die Geistlichen vorhanden sei. Und wenn Sie etwa denken, die Verstimmung könne

[1]) Leidensgeschichte S. 238.

jüngeren Datums ſein, — nun ſo fragen Sie meinen jetzigen Nachbar, den Pfarrer Lic. Ster. hier. (Bei Herrn Generalſuperintendent Ernſt können Sie ſogar noch mehr hören; er wird Ihnen ſagen, daß er mit meinen Schulverfaſſungsvorſchlägen vollſtändig einverſtanden ſei. Als wir i. J. 1868 die Wünſche rheiniſcher Lehrer und Schulgemeinden berieten, die ich redigiert hatte, da hat er der Verſammlung präſidiert — auf Wunſch der Lehrer.)

Ferner: Wenn ich jetzt etwas berühre, was man anſtändigerweiſe nicht ſelbſt zu berühren pflegt, ſo müſſen Sie die Verantwortung für dieſe Unanſtändigkeit tragen, da Sie mich dazu gezwungen haben. Fragen Sie gef. bei meinen hieſigen Kollegen nach, wie ich ein Menſchenalter hindurch in freier Weiſe (außeramtlich) bemüht geweſen bin, im Lehrerſtande eine chriſtliche Geſinnung zu pflegen, der Schule den konf. Charakter zu erhalten und ein gutes Einvernehmen zwiſchen Schule und Kirche zu ermöglichen. Die litterariſchen Arbeiten ſollen dabei gar nicht einmal mitgerechnet ſein. Und dann gehen Sie hin und fragen in allen deutſchen Landſchaften nach, ob Sie noch einen zweiten Schulmann, gleichviel ob Volksſchullehrer oder Seminardirektor oder Schulinſpektor finden, der dieſer freien Thätigkeit in chriſtlich-kirchlichem Dienſt (abgeſehen von der Federarbeit) ſo viel Zeit, Mühe und Unkoſten verwendet hat, als ich gethan habe. Und wenn Sie mir irgendwo einen Zweiten finden, der mir in dieſen Opfern auch nur annähernd gleich käme, dann werden Sie ſich wohl auch ſelbſt fragen, ob es einem ſolchen Manne gegenüber am Platze iſt, von Verſtimmung gegen die Geiſtlichen zu reden.

Sie ſehen, daß ich auf Ihren Vorwurf viel, viel mehr geantwortet habe, als ich ſchuldig war. Es iſt auch nur um Ihres Alters willen geſchehen. Einem Jüngeren gegenüber würde ich gar nichts geantwortet haben.

Wer meine Schriften ſo achtſam lieſt wie ſie geſchrieben ſind, dem kann es nicht ſchwer fallen, zu entdecken, welche Motive mich leiten, wenn ich da und dort Kritik übe. Das Übrige ſtelle ich Gott anheim."

Wogegen aber Dörpfeld bei aller Strenggläubigkeit ſein ganzes Leben hindurch wie auf allen Kulturgebieten ſo vor allem auch auf den religiöſen, mit aller Kraft gekämpft hat, das kann ich nicht treffender bezeichnen, als es Goethe in einem erſt jüngſt bekannt gewordenen Schreiben gethan hat. Der Jenaer Kirchenrat und Profeſſor Joh. Franz Lebrecht Danz, hatte Goethe ſein Lehrbuch der chriſtlichen Kirchengeſchichte zugeſandt. Als Dank antwortete Goethe:

„„Was aber am meiſten das Urteil über die Wiſſenſchafte nund deren Wert und Bedeutung beſtimmen mußte, war die Wirkung des Worts, welche durch die Reformation ſich ſo klar und unverkennbar an den Tag legte."

Einen umſtändlichen Kommentar dieſer wichtigen Stelle möchte wohl gern zur dankbaren Erwiederung der willkommenen Sendung überſchreiben. Ja, gewiß, wenn wir trachten, daß Geſinnung, Wort, Gegenſtand und That immer möglichſt als Eins erhalten werde, ſo dürfen wir uns für echte Nachfolger Luthers anſehen, eines Mannes, der in dieſem Sinne

ſo Großes wirkte, und auch irrend noch immer ehrwürdig bleibt. Wer an ſolchen Überzeugungen feſthält, wird ſich ſeines eigenen Wirkens erfreuen und, auch da, wo er es gehindert fühlt, ruhigen Geiſtes bleiben. Es betrübt ihn, aber es trübt ihn nicht, wenn er in Künſten, Wiſſenſchaften und ſonſt vielfach im Leben das Pfäffiſche heranſchleichen ſieht, wie es den menſchlichen Schwächen ſich fügend, einen Tag nach dem andern ſich anzueignen, bildſame Jünglinge zu umſpinnen, den Eigenſinn der Männer zu ſtärken und ſich ſo eine bequeme Herrſchaft einzuleiten weiß.

Doch ich berichte lieber: den höchſtſchätzbaren klarvollſtändigen Text Ihres Werkes habe ſogleich mit haſtiger Teilnahme geleſen, meine hiſtoriſchen Kenntniſſe der früheren Zeit vervollſtändigt, auch ſie bis zur neueſten, mit wahrer Belehrung herangeführt geſehen. In den Noten habe Manches angezeichnet weiterem Studium vorbehalten. Wobei ich mir zum dankbaren Abſchluß die Bemerkung erlaube: daß die Menſchen ſich vorzüglich darüber ſtreiten, woran und worüber zu denken ſie im Grund gar keine Befugnis haben.

In vorzüglichſter Hochachtung und ſtetiger Teilnahme ergebenſt

Weimar, d. 14. Juni 1826. J. W. v. Goethe.

Dörpfeld hat in Kirche und Chriſtentum keine Zankobjekte geſucht, ſondern den „einzigen Troſt, im Leben und Sterben . . . ſeines getreuen Heilandes Jeſu Cheiſti eigen zu ſein.“ Er ſtand darum wie ſein Herr und Meiſter mit den „Phariſäern und Schriftgelehrten“ nur ausnahmsweiſe auf gutem Fuße. Aber auch er konnte mißachtete „Samariter“ als Muſterbeiſpiele dafür hinſtellen, wie man den Willen Gottes zu thun habe; er konnte mit „Zöllnern und Sündern“ an einer gemeinſamen Geiſtestafel ſitzen und über heidniſche Hauptleute ſtaunend ausrufen: „Solchen Glauben hab ich in Israel nicht gefunden!“

Erfreulicherweiſe mehren ſich auch in theologiſchen Kreiſen die Stimmen, welche die Freiheit des Chriſtentums und der Religion gegenüber der Bindung durch Staat, Hierarchie, politiſche Parteien und ſociale Schichten vertreten. Es wäre um die Zukunft unſeres Volkes traurig beſtellt, wenn Liberalismus, Demokratie, ja ſelbſt Socialdemokratie gleichbedeutend ſein müßte mit Unglauben und Antichriſtentum, wie manche heute noch vorgeben, welche die Religion zum Deckel ihres Klaſſenegoismus bewußt oder unbewußt mißbrauchen. Dann wäre ja heute ſchon mindeſtens die Hälfte unſeres Volkes dem Antichriſtentum oder doch dem Unglauben verfallen. Religiöſe und politiſche wie volkswirtſchaftlich-ſociale Theorien ſchließen im allgemeinen einander aus. Man könnte darum auch als Socialdemokrat wenn auch nicht als Marxiſt und Materialiſt ein aufrichtiger Chriſt ſein. Dörpfeld ſagt: Chriſtus habe befohlen: „Gehet hin in alle Welt,“ nicht aber: „Setzet euch auf einen hohen Berg und laſſet alle Welt zu euch kommen.“ Sollen wir es darum bedauern, daß chriſtliche Geiſtliche zur Socialdemokratie über-

gegangen sind? Wenn sie treue Christen bleiben können und der in der religiösen Wüste umherirrenden und nach höherer Labung schmachtenden Masse das Evangelium der Armen, der Mühseligen und Beladenen verkündigen und sie lehren wollen, daß das Trachten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit die Lösung der irdisch-socialen Frage mit einschließt, dann sollte die Kirche, welche Religion und nicht Politik und Volkswirtschaft zu vertreten hat, sie nicht tadeln. Allerdings glaube ich nicht, daß diese Motive in allen Fällen beim Übertritt die treibenden waren. Unedle waren es aber meines Erachtens selten, häufig spielten pathalogische mit: sie fühlten sich selber belastet, und das zog sie hin zu Gleichgestimmten. Bei Jüngeren ist das psychopathologisch leicht zu erklären. Wir wollen aber — und ich gehe auf diese Frage abschweifend näher ein, weil sie für die öffentliche Erziehung der Volksmassen zu den brennendsten und weittragendsten gehört — die eigenen Zeugnisse zweier Geistlichen in zwei kirchlich wie politisch gewiß unanfechtbaren Zeitschriften nicht unerwähnt lassen. Sie decken sich zwar nicht, aber sie berühren sich mit Dörpfelds Ansichten.

Die „Mitteilungen des Evangelisch-socialen Kongresses" (1900 Nr. 8) brachten einen Artikel von Kerner-Boitzenburg mit der Überschrift: „Das Evangelium der Armen."[1]) Darin heißt es u. a.:

„Das Evangelium ist eine Freudenbotschaft für alle Armen des Leibes und der Seele . . . Gegen 19 Jahrhunderte ist das Evangelium verkündet worden. Aus dem Winkel Palästinas ist es über die Erde gezogen; statt von Fischern wird's von Priestern und studierten Pastoren gepredigt. Und die Stätten, da man's thut, sind Kirchen, deren Kosten nicht selten aus den Taschen der Reichen und Reichsten gesammelt worden sind. Das Evangelium der Armen ist hoffähig geworden, aber freilich, bei den Armen, die auf den Höfen wohnen, ist es vielfach in Mißkredit geraten. Wer trägt die Schuld daran? Viele und Vieles, Menschen und Menschliches. Wir wollen hier weder auf Rom, noch auf den Kapitalismus, noch auf den Materialismus und überhaupt auf keinen —ismus hinweisen, es genügt, wenn wir Evangelischen einmal bei uns selbst anklopfen. Die wir des Evangeliums lautere Wahrheit ohne Abzug und ohne Zusatz zu besitzen stolz sind, wie wurde und wird es bei uns verkündet? Nun, zunächst haben wir trotz aller Betonung des allgemeinen Priestertums aus Gründen, die hier unerörtert bleiben mögen, die Verkündigung einem bestimmten Stande übertragen. Aus dem Lehrer des Evangeliums wurde ein Gelehrter, aus dem Verkündiger ein Prediger, aus dem Berufenen ein Beamter. Mag diese Entwickelung geschichtlich notwendig sein, und mag man die segensreiche Bedeutung des neuen Standes noch so hoch anschlagen,

[1]) Vgl. auch: Dörries, Das Evangelium der Armen. Ein Jahrgang Predigten. 2. Aufl. Göttingen, 1899.

das kann man nicht leugnen: das Evangelium der Armen verlor durch ihn an Anziehungskraft auf die Armen. Die völlige Ratlosigkeit und Bedeutungslosigkeit der organisierten Kirche beim Entstehen und Wachsen der modernen Arbeiterbewegung zeigt das deutlich. Statt die vielfach berechtigte Unzufriedenheit durch das Evangelium zu klären und zu lenken, predigte man Zufriedenheit; statt das Streben nach Besserung der äußeren Lage zu unterstützen und mit dem dadurch gewonnenen Vertrauen zugleich zu vertiefen zum Streben, sich auch geistig und sittlich emporzuarbeiten, sah man immer nur die Auswüchse der Bewegung und bekämpfte sie; daß man statt Almosen Rechte verlangte, hielt man für unchristliche Begehrlichkeit. Der Pastoren, die es von Anfang an anders machten, waren zu wenige, als daß sie etwas ausrichten konnten.

Erst als bereits wenig mehr zu retten war, als die Massen mit fliegenden Fahnen ins Lager der Socialdemokraten übergegangen, besann man sich in der Kirche wieder auf das Evangelium der Armen, und eine Anzahl von Pastoren suchte im Bunde mit tüchtigen Laien wieder gut zu machen, was anfangs verschuldet worden war. Die Christlichsocialen, der evangelischsociale Kongreß und später noch manche andere Vereinigungen suchten die socialen Motive des Evangeliums fruchtbar zu machen für eine rechte Hebung der unteren Klassen. Was haben sie erreicht? Im einzelnen Bedeutendes; aber die Masse steht dem Evangelium noch immer kühl und fremd gegenüber. Noch immer ist die Anziehungskraft der Socialdemokratie so groß, daß nicht nur ungelernte Arbeiter, sondern selbst Gebildete zu ihr übertreten. Die Vertreter der Kirche sind bisher nicht imstande gewesen, den weit überlegenen Inhalt des Evangeliums so zu verkünden, daß die unleugbar in ihm liegenden starken socialen Kräfte siegreich zur Geltung kommen konnten. Die Frage ist daher berechtigt: kann es überhaupt anders werden, oder wird der Pastor immer gezwungen sein, so viel Rücksicht auf die besitzenden Kreise und ihre politischen Anschauungen zu nehmen, daß er ängstlich vermeiden muß, das Evangelium der Armen geltend zu machen, weil er sonst sofort in den Verdacht des demokratischen Socialismus geraten könnte? Viele zweifeln an der Möglichkeit einer Besserung; ja manche Pfarrer haben die Konsequenz gezogen und haben ihr Amt aufgegeben, um freier der Sache ihrer Überzeugung dienen zu können. Soll man aber allen, denen die sociale Seite des Christentums zu wichtig und wuchtig dasteht, als daß sie sie übersehen und übergehen könnten, zu demselben Schritte raten? Das sei ferne. Vielmehr ist und bleibt es der Mühe wert, innerhalb der Kirche, die doch die Kirche Luthers ist, immer wieder zu versuchen, gangbare Wege zu finden und auf Mittel zu sinnen, wie man durch Verkündigung des Evangeliums der Armen doch zugleich den meisten Gemeindemitgliedern aller Stände wahrhaft dienen und sie dadurch zur gegenseitigen Anerkennung ja Förderung gewinnen kann. Das ist ein Ideal und als solches nie völlig zu erreichen."

Der Konsistorialrat a. D. Dr. Franck veröffentlicht im „Reichsboten" folgende Erklärung:

„Kann ein Christ Socialdemokrat sein? Über dieses Thema bin ich von den Führern der hiesigen socialdemokratischen Gruppe

gebeten worden, ihnen einen Vortrag zu halten. Man wünschte also ein Gutachten von mir, ob die Bestrebungen der Socialdemokratie dem Christentum widerstritten oder nicht. Eine solche Bitte durfte ich als Geistlicher nicht ablehnen. Ich würde sie gegebenenfalls auch den Angehörigen jeder anderen Partei gewährt haben. Für ein solches Gutachten bedurfte es aber nicht einer Erörterung der unter den Soicaldemokraten herrschenden religiösen Anschauungen, auch nicht einer Darlegung des Wesens des Christentums. Denn daß die naturalistische Weltanschauung unter den Socialdemokraten, eben wie auch in anderen Parteien, weit verbreitet ist, bildet kein Hindernis für den Christen, Socialdemokrat zu werden, da bekanntlich diese Anschauung in das socialdemokratische Partei-Programm nicht aufgenommen ist. Es bedurfte für mein Thema nur des Nachweises, daß die Bestrebungen der Socialdemokratie, also ihre volkswirtschaftlichen Grundsätze, dem Christentum nicht wiedersprächen. Diesen Beweis habe ich geführt durch kurze Zusammenstellung der socialen Gebote Jesu und der Apostel. Daraus ergab sich von selbst die Antwort: Ein Christ kann sehr wohl Socialdemokrat sein! „Was ist in den Mann gefahren?" ruft da der Reichsbote aus. Aber hätte der Herr Verfasser des Artikels, anstatt eine Predigt von mir über einen Spruch, den ich im Vortrage gar nicht berührt habe, heranzuziehen, sich die Mühe genommen, nur einen flüchtigen Blick in die socialen Zeitpredigten zu werfen, die ich unter dem Titel „Friede auf Erden" 1888 herausgegeben habe, dann hätte er gefunden, daß ich schon vor 12 Jahren auf Grund der Worte Jesu dieselben Gedanken ausgesprochen habe, wie im Vortrage. Mit der Verkündigung dieser Gottesgedanken aus Jesu Munde „verwirrte" ich nicht die Gewissen. Aber alle die, welche in ihrer Schriftauslegung und öffentlichen Verkündigung stets das verschweigen, was den Reichen und Mächtigen mißfällt, die der ihnen verhaßten Partei Bestrebungen unterschieben, die sie nicht hat, ja die verwirren die Gewissen. Dr. Franck, Konsistorialrat a. D."

Alle diese, welche wie Dörpfeld „hingegangen sind in alle Welt", auch in die socialdemokratische, um das Evangelium den Armen zu verkündigen, haben nicht ohne Erfolg gearbeitet.

Ich komme später noch darauf, wie man 1878 Stöcker antwortete, als er unter den socialdemokratischen Versammlungen dieses Evangelium verkündigen wollte. Im Winter 1889/90 traten in ähnlichen Versammlungen Berlins unbeholfene Kandidaten der Theologie, anscheinend Schüler Stöckers, auf, und wiesen in aller Ruhe die Verdächtigung des Christentums seitens der Socialdemokratie zurück. Allmählich wurde es in der Debatte hinüber und herüber so „still wie in einer Kirche", wie nachher der socialdemokratische Vorsitzende etwas höhnend bemerkte.[1]) Der „Galiläer" begann doch zu siegen.

Die sogenannte gutgesinnte Presse tadelt zwar noch immer triumphierend jede vorlaute oder unvorsichtige Äußerung alter Religionsfeindschaft

[1]) Trüper, Die Schule und die socialen Fragen unserer Zeit. II. S. 61 ff.

der Socialdemokratie, um sich selbst in desto hellerem Lichte religiöser Korrektheit erscheinen zu lassen. Aber es ist eine unleugbare Thatsache, daß die Stimmung in der breiten Masse der Socialdemokratie und ihrer Führer wenn auch noch nicht zu gunsten der Kirche, wohl aber der christlichen Religion in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte machte.

Über den früheren Herausgeber des „Hamburger Echo", eines der führenden socialdemokratischen Blätter, Johannes Wedde, ist eine Biographie veröffentlicht worden,[1]) welche zeigt, daß derselbe eine tiefreligiöse Natur war und nebenbei auch ein heimlicher Verehrer der Autorität seines Nachbarn Bismarck. Mit Recht sagt Nippold: „Zu dem frechen Absprechen Liebknechts über die Religion Jesu läßt sich kaum ein schärferer Kontrast denken, als die Art, wie Wedde sich brieflich über die Person und die Nachfolge Christi ausspricht. . . . Auch sein Biograph giebt ein Charakterbild Jesu, dem sich kaum etwas abdingen läßt."

Wedde sagt u. a.:

„Religion ist das ruhige Bewußtsein, mit allem Lieben und Hassen, Wünschen und Verschmähen, Handeln und Ruhen, kurz mit der ganzen Persönlichkeit in der ewigen Urpersönlichkeit, d. h. in dem in Christo gewordenen Gott zu wurzeln, durch jedes, selbst ein unbewußtes Herausgehen aus dieser Gemeinschaft dem eigenen Lebensprincip untreu zu werden, oder auch bei jedem liebe- und reuevollen Zurückkehren zu demselben wieder dieselbe unwandelbare Liebe anzutreffen. . . . Erkenntnis und Glückseligkeit sind wohl schöne Güter, denen wir nachstreben sollen, aber keineswegs zu einem würdigen Leben notwendig. Laß dir an meiner Gnade genügen. . . . Versuch doch alles Ernstes die Ruhe, die das Gebet geben kann. Ich weiß das aus Erfahrung. . . . Den absoluten Willen, der die reale Existenz in jedem Sein ist, den per Du anzureden, ist uns ein Bedürfnis und wir haben ein Recht dazu; denn wenn wir uns Lebendigkeit und Persönlichkeit zuschreiben, so ist es geradezu albern, ihm diese Eigenschaft abzusprechen, in dem wir ja leben und weben und da sind! Rühren sollen wir ihn freilich nicht, uns aber mit ihm verständigen — sehe jeder wie er's mache! Die Methoden sind individuell verschieden. Das aber haben sie gemein: sie geben Ruhe und Frieden und das Gefühl hoher Glückseligkeit."

Und der Biograph:

„Der Mann, der vor nahezu 2000 Jahren sich zum ersten Male an die Armen und Elenden wandte, der den Ausspruch gethan, die Gesunden bedürfen des Arztes nicht, wohl aber die Kranken, der die satte Pharisäermoral mit Hohn zurückwies und der Kamerad der Zöllner und Sünder wurde, der Mann, welcher sich zum ersten Male, solange Menschenherzen in bangen Fragen unruhevoll schlugen und sehnende Augen in den Sternen nach Rätsellösung suchten, nicht in brahmanischer Zer-

[1]) Wie kam Johannes Wedde zur Socialdemokratie? (Siehe Nippold, Handbuch der neuesten Kirchengeschichte. III. Bd. II. Abt. S. 232 f.)

flossenheit, sondern in heiligster, persönlichster Gewißheit eins wußte mit dem Vater, der großen Einheit aller Dinge, der sich als Gottes Sohn empfinden durfte, im weitesten Sinne des Worts, ohne Verbrämung von Wundern und Prophetie, dessen wertvollstes Vermächtnis, das Wort von der Gotteskindschaft der Menschheit, seine erlösende Kraft ungeschwächt bewahrt hat. . . ."

Der Redakteur der socialdemokratischen Zeitung in Köln, Dr. Erdmann, obgleich nach Meinung der „Hilfe" ein atheistischer Naturwissenschaftler, schreibt in Nr. 50 der „Neuen Zeit" u. a.:

„Im Interesse der guten Sitte möchte ich mich gegen die Gewohnheit mancher unserer Blätter und Redner wenden, immer nur per „Pfaffen" zu reden, wenn sie die Geistlichen meinen. Das Wort hat heute, wie jeder weiß, eine beschimpfende Bedeutung. Es giebt Pfaffen, gewiß, und namentlich unter den geistlichen Agitatoren sind Subjekte, für die dieses Wort noch ein Ehrenname ist. Aber in dieser allgemeinen Anwendung, wie sie vielfach beliebt wird, ist das Wort ein Unrecht. Gläubige Arbeiter empfinden das als eine Verletzung ihres religiösen Empfindens und die christlichen Führer beuten das Ungeschick des Einzelnen gegen unsere Bewegung aus. Muß das sein?"

Der Bergarbeiterführer Otto Hué sagt in „Neutrale oder Parteiische Gewerkschaften", Bochum, Verlag der Berg- und Hüttenarbeiterzeitung:

„Ich habe die belgischen Bergreviere bereist, bin im strengkatholischen Borinage herumgewandert, wo fast jedes Arbeiterstübchen seinen Heiligenaltar hat. Wie furchtbar ist dort das Volk heruntergekommen! In wie unverantwortlicher Weise ist da gesündigt worden! Heute noch, nachdem die Freunde der Herren Hitze und Lieber seit 16 Jahren die Majorität in der belgischen Kammer haben, also jedes sociale Gesetz in Kraft treten lassen können, wenn es die Herren Woeste und Genossen nur wollten, heute noch fahren in Belgien schwache Frauen, zarte Kinder in die Kohlengruben zur schweren, körper- und geistvernichtenden Arbeit!!! Wo blieb da die sociale Fürsorge des Klerus? Warum mußten erst die „gottlosen" Socialisten kommen, um die sociale Gesetzgebung in Fluß zu bringen!

Redet mir nicht von allerlei „Verhältnissen"! Ich habe jene Schmach persönlich in Augenschein genommen, rede nicht aus Büchern. Gesteht ein, daß es die „christliche Lehre" von der Gottwohlgefälligkeit der stillen Duldung, die Verherrlichung des Elends ist, die solche Widersprüche zeitigte. Dieses im Interesse des Kapitals zur Grundlehre des großen Menschenfreundes aus Nazareth erhobene Dogma ist, wie schon gesagt, noch lange nicht tot, es spukt weiter bei unseren staatsmännischen Orthodoxen. Aber es ist nicht der wahre Kern des Christentums, es ist eine Fälschung der volksfreundlichen Gesinnung des Religionsstifters. Jesus hat sich mit furchtbarster Schärfe gegen die Besitzenden, die Mächtigen gewandt — deshalb ist ee ja auch gekreuzigt worden! Und diese anklagenden Worte gegen Ausbeutung und Herrschsucht sind mindestens ebenso schwerwiegende Bestandteile der christlichen Lehre, wie jene, in denen anscheinend die größtr

Armut als Ideal gepriesen ist. Für jene Lobpreisung der Armut ist Christus nicht auf Golgatha gestorben, sondern: „Er hetzte das Volk auf!“

Ich wünschte, die in der „theologischen Wissenschaft“ Erfahrenen gingen unter das Volk, um seine Ansichten über das Christentum zu vernehmen. Die Herren würden staunen, wie kritisch in der Arbeiterschaft unser offizielles Christentum begutachtet wird. Von Religionshaß ist da keine Rede; im Gegenteil sind nicht selten die kritischen Naturen tiefreligiös, aber — in die Kirche gehen sie nicht, weil sie in dem Geistlichen eine Hauptstütze der kapitalistischen Ordnung sehen. Wer viel in der Arbeiterschaft herumkommt, wird finden, daß von einem krassen Materialismus auch dort keine Rede ist, wo man es von der politischen Gesinnung des Betreffenden nach der üblichen Tagesmeinung vermutet.

Alle die Lehren der Nurpolitiker und Parteigewerkschaftler schaden uns lange nicht so, wie der durchaus ungehörige Kampf gegen die Religion. . . . Wenn in leitenden, für die Haltung der Organisation maßgebenden redaktionellen Artikeln in „aufklärerischer“ Weise die christliche Religion angegriffen, die kirchlichen Feste verhöhnt und die „Pfaffen“ schlechtweg zu „Volksbetrügern“ gestempelt werden, so ist das wohl religiöse Unparteilichkeit?

Wer Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung hat, weiß, daß auch in manchen Gewerkschaftsversammlungen der Kampf gegen die „Pfaffen“ und ihre „Verdummung“ in der oberflächlichsten, rauhesten Weise gepredigt wird. Von religiöser Neutralität, oder auch nur von Duldsamkeit ist da keine Rede; wer es unternimmt, die unsinnigen Ausfälle richtig zu stellen, muß schon über einen großen Einfluß verfügen, sonst läuft er Gefahr, niedergelacht zu werden. Wieviel solche grobe Taktlosigkeiten den Gewerkschaften geschadet haben bei der religiös gesinnten Masse, wer will das ermessen?

Was Tausende und Abertausende von der Socialdemokratie fernhält, das ist die religiöse Frage, die durchaus nicht von der socialdemokratischen Parteilitteratur behandelt wird, wie es das Erfurter Progamm vorschreibt. (Religion ist Privatsache.) Ich habe eine ganze Anzahl gewerkschaftlicher Freunde unter den Bergleuten, die regelmäßig in die Kirche gehen, strenge gewerkschaftliche Disciplin halten und es bitter beklagen, daß socialdemokratische Redner und Schriftsteller generell abweisend über den christlichen Glauben urteilen. Bestreiten läßt sich das nicht! Man treibt diese gar nicht „waschlappigen“ Proletarier durch jene programmwidrige, die materialistische Geschichtstheorie meines Erachtens ins Gesicht schlagende Herabsetzung der Religion mit Gewalt in das Lager ihrer gesellschaftlichen Gegner! Nochmal sei hier hervorgehoben, daß ihre tiefreligiöse Gesinnung die Bergleute noch nicht abhielt von der energischen Reklamierung ihrer Rechte. Wer sich unter einem christlichen Bergarbeiter, Metallarbeiter oder Weber in Westdeutschland schlankweg einen „Waschlappen“ vorstellt, ist gewaltig auf dem Holzwege. Gerade diese Arbeiterschaft ist aufgewachsen in der Bischof Ketteler'schen Tradition, die noch oft neue Blüten treibt, zum Schrecken der Kapitalisten. Nichts ist unnötiger, als dieser Arbeiterschaft ihre reli-

giöſe Ueberzeugung zu verleiden, da ſie thatſächlich kein Hindernis für die Schulung zum Klaſſenkämpfer bildet. Die beſten chriſtlichen Verbände haben ſchon Klaſſenkämpfe von ſolcher Heftigkeit ausgefochten gegen die Unternehmer, wie ſie wenige freie Gewerkſchaften überſtanden ... Ich bin überhaupt der Ueberzeugung, daß es zur Durchführung der ſocialiſtiſchen Wirtſchaftsweiſe durchaus keines Kampfes gegen die chriſtliche Religion bedarf! Man muß nicht die ſchon erörterte Lazaruslehre als die Quinteſſenz des Chriſtentums hinnehmen. Wenn Abbé Daens (Belgien) unter Berufung auf das Chriſtentum ſich dem Socialiſten Vandervelde anſchließt zum rückſichtsloſen Krieg gegen politiſche Reaktion; wenn Göhre, Schall, Blumhardt, Pflüger und auch Naumann als akademiſch gebildete Theologen zu den radikalſten wirtſchaftlichen Anſchauungen kamen und dabei doch gottgläubig blieben, warum ſoll denn die große Maſſe in ihren religiöſen Gefühlen beleidigt werden?! So frage ich abermals! Ich verteidige die Anſchauung, daß auch im ſocialiſtiſchen Gemeinweſen der Glaube an ein überſinnliches Weſen fortleben wird; er wird beſtehen in irgend einer Form, ſolange Menſchen auf der Erde leben. Atheiſten und Rationaliſten hat es zu allen Zeiten gegeben, am meiſten unter den „Stützen von Thron und Altar". Die große Maſſe des Volkes iſt aber ſtets gottgläubig geweſen.

Mir iſt ein Kollege, der die Kirche regelrecht beſucht und außerdem ſeiner Arbeiterpflicht nachkommt, gerade ſo lieb, oft noch lieber, wie jemand, der einige Brocken von Darwin-Häckel geleſen hat, und nun meint, den Urſprung alles Seins entdeckt zu haben. Ich habe ſolche gewerkſchaftliche und politiſche Freunde; täuſche ſich niemand über den Grad des religiöſen Empfindens, das in der Maſſe der Socialiſten und Gewerkſchaftler lebt. Die Identifizierung der Socialdemokratie mit dem Atheismus iſt ſchlau berechneter Humbug betriebſamer Geſellſchaftsſtützen, die unter ſich über den Glauben der dummen Maſſe ſpötteln. Laſſen wir doch jeden glauben in religiöſer Beziehung, was er mag. Sorgen wir nur dafür, daß das chriſtliche Bekenntnis nicht mehr als kapitaliſtiſch gilt. Dann werden auch aus den andern Lagern zahlreiche intelligente und ehrliche Leute ſich dem ſocialen Fortſchritt weihen, die heute uns bekämpfen, weil ſie annehmen, der Socialismus ſei an ſich chriſtentumsfeindlich."[1])

Der am 5. Januar 1816 als Sohn des Wirtes zum goldenen Löwen in Pößneck geborene und vor ein paar Jahren in Pforzheim als Goldwarenfabrikant geſtorbene Moritz Müller ſen. veröffentlichte im Jahre 1893 biographiſche Skizzen, betitelt „Lebenserfahrungen und Lebensziele". Dieſe ſocialphiloſophiſch und pädagogiſch ſehr lehrreichen Skizzen ſind auf Dörpfelds beſonderen Wunſch geſchrieben worden, denn es heißt im Vorwort:

„Im September 1889 ſchrieb mir mein alter, lieber und hochverehrter Freund Rektor F. W. Dörpfeld einen langen Brief, in welchem

[1]) Vgl. Hilfe, 1900 Nr. 40.

er mir mit mehreren Gründen darlegte, warum es im allgemeinen Interesse dienlich sei, meine Biographie zu schreiben. Ich antwortete, daß ich dies nicht wohl vermöchte, einmal . . . — also mir fehlte aus allen diesen Gegengründen die Luft, meine Biographie zu schreiben. Nun sind aber drei Jahre verflossen und in jedem derselben höre ich das Ceterum censeo des vortrefflichen Mannes und ausgezeichneten Pädagogen: „Schreiben Sie Ihre Biographie!“

In dieser Biographie legt nun der von Dörpfeld sehr geschätzte Freund (S. 42) folgendes interessante Bekenntnis ab:

„Die orthodoxen Theologen haben mich trotz ihres im Volke noch so großen Ansehens und ihres Einflusses mit aller ihrer Gelehrsamkeit öfters an der Religion, d. h. bei mir an Gottes- und Unsterblichkeitsglauben, zweifeln lassen, aber die Gottes- und Unsterblichkeitsleugner haben mich, freilich wider ihren Willen, dahin gebracht, ihre falschen, ja oft bornierten und lügenhaften Darstellungen und Behauptungen, auf nähere Prüfungen einzugehen, und so bin ich zum religiösen Glauben zurückgekehrt, wenn auch nicht im Sinne obiger Glaubensprediger.“

Derartige Stimmen lassen sich noch viele anführen. Sie thun wenigstens dar, daß die Feindschaft der Socialdemokratie gegen das Christentum nachläßt, ja sich hie und da in eine Freundschaft verwandelt, während in den oberen schein-„konservativen“ Volksschichten die materialistisch-naturalistische Weltanschauung und die antichristliche „Herrenmoral“ des Geisteskranken Nietzsche leider immer mehr Boden gewinnt und volksvergiftend wirkt. Sie beweisen, daß die Religion noch immer das Socialste und das social Versöhnendste ist, was es giebt.

Daß Religion und Politik, Religion und Parteikämpfe, Religion und wirtschaftliche oder soziale Bewegung an sich einander begrifflich ausschließen, daß aber die Religion mit Einschluß der Ethik alles durchdringen und läutern sollte, daß mithin die Identifizierung des Christentums mit bestimmten politischen und socialen Parteien ein purer Mißbrauch desselben war und ist, das war seit je auch Dörpfelds Ansicht, der darum schon 1867 als Christ die gewerkschaftliche Bewegung gut hieß, und die Socialdemokraten nicht theologisch, sondern nationalökonomisch bekämpfte und an ihnen und ihrem Führer das fehlende religiös-ethische Interesse beklagte.

Die Pharisäer, Schriftgelehrten und Sadducäer in Staat, Kirche und Wirtschaftsleben werden ihm dafür kein Denkmal setzen. Als Christenleute aber wollen wir es thun; denn er hat für die christlich-religiöse Erziehung des Volkes mehr gearbeitet und mehr erreicht als sie und wir alle. Seiner Stimme öffnen sich noch Herzensthüren, die dem amtlichen, befohlenen landeskirchlichen Christentum sich fest verschlossen halten oder die dieses bisher nur als ein äußeres Sonntagskleid um der „guten Sitte“ wie um des „Volkes“ willen umhingen.

Solcher Segen ruht aber auf seinem Wirken, weil bei ihm Überzeugung und Glaube zusammenfällt, weil er seit je darnach trachtete, „daß Gesinnung, Wort, Gegenstand und That immer möglichst als Eins erhalten werde."

Wie aber sein Christentum und seine Frömmigkeit beschaffen war, wie es ihm tiefinnerste Herzenssache und ihm jede Spur von Schein und Heuchelei fern war, könnte ich aus intimeren Gesprächen mitteilen. Es sagt aber das Folgende aus einem Brief an seinen Sohn Wilhelm genug darüber, wie auch über die Religion als erziehende Macht.

„Barmen, den 9. Dez. 1877.

Lieber Wilhelm!

Gott zum Gruß und den Herrn Jesum Christum zum Trost! — das ist mein herzlicher Wunsch zu dem bevorstehenden Doppelfeste, das du jetzt im fernen Griechenland, getrennt von den Deinigen, feiern wirst, darüber hinaus weiß ich dir nichts zu wünschen. Darin — in diesem Christtagsgeschenk an die Menschheit, in dieser „unaussprechlichen Gabe" — liegt alles eingeschlossen, was das Menschenherz in Zeit und Ewigkeit begehren mag.

Der Gnade Gottes in unserm Herrn Christo Jesu befehlen wir dich alle Tage, und damit sollten wir dich geborgen wissen. Aber wie ist unser bängliches Herz doch so oft voll Sorgen um dich, wenn einmal ein Brief von dir sich verspätet! Daß Gottes Augen in alle Lande schauen, daß nicht bloß Barmen, Berlin und Deutschland zu seinem Reiche gehört — das muß man sich immer wieder vorsagen, sonst will der kleine Glaube im kleinen Herzen in Sorgen und Befürchtungen untergehen. . . .

Eine kleine Sorge will mich auch zuweilen stark beschleichen, die ich aber den andern nicht sage. Du bist so aus aller christlichen Kirchengemeinschaft herausgerissen, — von Kirchenbesuch kann bei euch wohl nicht die Rede sein, — wie deine Hausgenossen zu den christlichen Dingen und Anliegen stehen, weiß ich nicht, — Arbeit und wieder Arbeit, Wissenschaft und Kunst, und abermals Wissenschaft und Kunst, das sind die Gebiete eurer Gedanken. Wenn ich mir das vorstelle, dann sorge ich dann oft, ob nicht in diesem stetigen unaufhörlichen, einförmigen Treiben das Bedürfnis nach etwas Höherem Schaden nehmen könnte. Eine notwendige Folge ist das freilich ja nicht; dieser beständige Werktagslauf könnte sogar gerade das Gegenteil bewirken und die Sehnsucht nach dem ewig Wahren und unverwelklich Schönen und unbefleckten Guten desto lebhafter wachrufen. Möchte es ja geschehen! Aber, wie gesagt, eine kleine Sorge beschleicht mich doch zuweilen, und da habe ich denn wohl gedacht, ich wollte euch Schleiermachers weiland berühmtes Buch: „Reden über die Religion — an die Gebildeten unter ihren Verächtern," schicken, worin er den Leuten seiner Zeit, welche meinten, für sie — für die Gelehrten und Künstler — ersetze die Wissenschaft und Kunst das, was der gemeine Mann in Religion und Kirche zu finden meine, nachdrücklich und überzeugend bewies, die Religion sei ein Besonderes, ein Höheres und könne durch Wissenschaft und

Kunst nicht ersetzt werden, — häufig werde aber das religiöse Bedürfnis unter der Sorge für Wissenschaft und Kunst erstickt.

Allein ich habe mich besonnen: Schleiermachers Buch paßt für die dermalige Zeit nicht mehr, genügt wenigstens nicht. Wir haben aber etwas Besseres, um den Durst nach dem Ewigen wach zu erhalten: die religiösen Klassiker Israels von Moses bis St. Johannes und die klassischen religiösen Lieder unserer deutschen Christen von Luther bis Tersteegen. Hoffentlich hast du Bibel und Gesangbuch bei der Hand. Damit mache dir selbst neben den sechs Werktagen einen heiligen Sabbath. Solange du einen Zug zu dieser lebendigen Quelle hast, solange dir das Lesen dieser Klassiker Bedürfnis und Freude ist — so lange bin ich um deinetwillen ohne Sorge."

Von solchem Geist, d. h. von solcher Gesinnung des Christentums getragen, verrichtete er auch seine tägliche Berufsarbeit. Darum konnte er beim Abschiede aus seinem Schulamte sagen:

„Ein christlicher Lehrer wollte ich sein, nicht nur ein bloßer Kulturlehrer, um meinet- und um der Schule willen. Um meinetwillen, um der eigenen Seele willen. Wer den Herrn kennt, der sagt: ich möchte kein Mensch sein, wenn ich kein Christ sein könnte. Christ sein heißt, einen Heiland haben, und sich von Gottes Gnade getragen wissen durch Glück und Unglück, durch Freud und Leid dieser Zeit hindurch und von Ewigkeit zu Ewigkeit."[1]) „Obwohl in der Volksschule die Kinder der unbemittelten Leute und der Armen sitzen, und obwohl deshalb der Lohn geringer ausfällt, so ist darum die Arbeit nicht geringer. Die Dienste, welche in Liebe den Armen und Zurückstehenden gewidmet werden, die es nicht haben zu vergelten — diese Dienste können nicht unter das Wort fallen: „Sie haben ihren Lohn dahin;" dafür stehen sie unter dem reichen Gesetze der Verheißung."[2]) —

Kultusformen wie Lehrformen unseres landläufigen Christentums sind geprägt worden auf dem Boden feudaler Anschauungen. Das individualistische Bürgertum hatte zu wenig socialen Sinn, um jene drei Reformationsprincipien zu bethätigen und damit jene Formen umzuprägen. Es ist in kritischen Versuchen stecken geblieben und oft dabei dem Atheismus verfallen. Ob unser soziales Zeitalter Luthers Werk erfassen und im Sinne seiner ersten These fortführen wird? Die Zukunft unseres Volkes wird dadurch mitbedingt sein. Dörpfeld war ein Vorläufer dieser Entwickelungsepoche. Er hat das Seine gethan, das religiöse Denken wieder in die von Luther bereits begonnene, aber nach ihm verlassene Bahn der Fortentwickelung zu lenken und von der mittelalterlichen Erstarrung wie von der bürgerlichen Zersetzung zu befreien. Aus allen seinen Schriften blickt die Überzeugung hervor, daß das Christentum die

[1]) L. u. W. S. 94.
[2]) Das. 96.

stärkste sociale, d. h. menschenversöhnende und menschliche Interessen ausgleichende, auch der Volksmasse Frieden und Seligkeit bringende Kraft besitzt.

Dabei faßt Dörpfeld das Religiöse durchaus als etwas Historisches, in der Entwickelung Begriffenes auf. Gott ist für ihn ewig und unveränderlich, aber der himmlische Vater offenbart sich seinen irdischen Kindern ihrer jeweiligen Entwickelungsstufe entsprechend. Darum rede derselbe Gott anders durch Moses als durch Christus. Dörpfelds Auffassung berührt sich mit der Stellung des Historikers Heinrich v. Treitschkes zur Religion, der seinem besorgten Vater einst schrieb:

„Ohne religiöse Innigkeit der Empfindung kann ich mir keinen edlen Menschen vorstellen. Wie aber dieser religiöse Glaube sich in dem Herzen des Einzelnen gestaltet, das, meine ich, ist die Sache der unbedingten Freiheit. Selbst erlebt, selbst erarbeitet soll der Glaube sein; darauf, scheint mir, kommt es allein an. Die Welt ist so unermeßlich groß, und wir Menschen so winzig, daß jeder sich begnügen muß, auf irgend einem Wege dem Verständnis der Gottheit ein wenig näher zu kommen. Ich versuche dies am liebsten, indem ich die ewige Vernunft zu ergründen suche, die in der Menschengeschichte waltet. Dieser Weg sagt meiner Anlage am meisten zu; mich durchschauert dabei eine tiefere Andacht, als ich sie je beim Lesen theologischer Schriften gefühlt habe; in diesen geheimsten Dingen des Gemütslebens sollte jeder den andern gewähren lassen und sich an die Überzeugung halten, daß man die Religion eines Menschen am sichersten aus seiner Sittlichkeit und Duldsamkeit erkennt. Ich erkenne den streng Bibelgläubigen durchaus nicht das Recht zu, sich allein für Christen zu halten. Das Christentum hat seit 2000 Jahren seine Form fort und fort geändert; sein ewiger Gehalt ist darum doch unverloren geblieben und wird es auch ferner bleiben. Wenn Luther auch meinte, an dem Buchstaben der Schrift festhalten zu müssen, so sind wir inzwischen um 300 Jahre älter geworden und haben das Recht, weiter zu gehen als die Reformatoren. Ich habe ein lebhaftes, demütiges Gefühl meiner Sündhaftigkeit und Schwäche; das aber weiß ich, daß die Weise meines Glaubens an meiner Gebrechlichkeit nicht schuld ist.“[1])

In dem soeben erschienenen zwölften und letzten Bande seiner „Gesammelten Schriften“: „Die Heilslehre genetisch entwickelt aus der Heilsgeschichte“ betont Dörpfeld: Die heiligen Schriften der Propheten und Apostel sind die religiösen Klassiker aller Zeiten und aller Völker. Darum soll nicht der Katechismus mit seinen fertigen Begriffen, sondern die heilige Schrift den eigentlichen und wesentlichen Lehrstoff für die Unterweisung im Christentum darstellen, und zwar die heilige Schrift nicht als abstraktes Lehrbuch, sondern als klassische Urkunde

---

[1]) „Lehr- und Wanderjahre.“ Von Theodor Schiemann. München und Leipzig, Verlag von R. Oldenbourg. 1898. Seite 221.

der geschichtlichen Offenbarung Gottes an die Menschen und als mustergiltiger Zeuge des christlichen Glaubenslebens.

Das Endziel der religiösen Entwickelung bezeichnet Dörpfeld S. 305 mit den Worten des Petrusbriefes (2. Petr. 2, 13) also: „Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt.“ Das ist wohl auch das Endziel des geläuterten Socialismus.

Mag man nun auch hie und da oder grundsätzlich abweichen von der dogmatischen Auffassung Dörpfelds, jede religiöse Natur wird ihm im Schlußsatze des Buches zustimmen: „Es genügt dem Heilsglauben, dessen gewiß zu sein, daß Gott sein wird alles in allem; Gott wird (auch in dogmatischen Auffassungen) das letzte Wort behalten; er ist das A und O, von ihm und durch ihn und zu ihm sind alle Dinge, ihm sei Ehre in Ewigkeit. Amen.“

---

## IX. Nationale Erziehung.

### 1. „Ein Land, Ein Volk, Ein Nam', Ein Haupt.“

Es liegt nahe, daß ein Mann von der Einsicht und dem Charakter eines Dörpfeld, dem die Ethik normangebend für alle menschlichen Verhältnisse ist, auch in nationalen und politischen Fragen nicht farblos und wie ein schwankendes Rohr sich zeigen kann, sondern daß er auch in diesen Dingen unverzagt sinnt und dann thut, was sein Gewissen spricht. Hinzu kommt noch, daß er die Jahre 1848, 1864, 1866 und 1870 in geistiger Rüstigkeit mit durchlebt hat, und daß die politischen und sozialen Wogen gerade in Barmen auch die sonst stille Schularbeit nicht unberührt ließen.

Dörpfeld war hier aber nicht bloß ein Mitgehender, sondern ein selbständig denkender, die ganze politische und sociale Bewegung von unten auf mit glühendem Herzen und klarem, nüchternem Blicke betrachtender und nach Verwirklichung seiner Ideale strebender Mann.

Er mußte es sein, seiner Gesinnung nach wie als Pädagoge, da bei ihm sich die Pädagogik niemals bloß zu einer Schulpädagogik, oder gar bloß zu einer Schuldidaktik verengt hat, sondern ihm der Inbegriff aller planmäßigen Veranstaltungen zur Hebung der Gesittung, Bildung und Wohlfahrt in Haus, Schule, Kirche, Staat und socialem Leben war.

Die sittlichen Ideale wie überhaupt im socialen so auch im Staatsleben verwirklichen zu helfen, das war seine Politik, die allerdings der Partei- und Hetzpolitik mit dem Streben nach Massenherrschaft oder nach

bureaukratischer Kultivierung des „beschränkten Unterthanenverstandes" oft schnurstracks zuwider lief.

Die von Stein und Scharnhorst begonnene volkserzieherische Politik war auch sein Ideal. Wie die von ihm fleißig studierten Propheten der altjüdischen Nation erschaute er mit Seherblick die Berge, von welchen unserm mit vielen Vorzügen des Geistes, des Herzens und der Hand begabten, aber nach Einheit und Freiheit schmachtenden Volke Hilfe kommen konnte. Und seine Prophezeiungen haben sich erfüllt; es ist in vielen Stücken so gekommen, wie er dachte und hoffte.

Dörpfeld war zwar monarchisch bis in die Knochen und er hatte für die Scheinmonarchen in England und Belgien nur Ironie, wo der Monarch keinen Kopf haben dürfe, sondern heute nach der Pfeife der einen und morgen nach der der andern entgegengesetzten Parteimajorität tanzen müsse. Ein Oberhaupt ohne Kopf sei ein Widerspruch in sich. Nur eine starke, willenskräftige, monarchische Regierung könne ein Volk vorwärts bringen und namentlich auch dem wirtschaftlich Schwachen helfen. Die liberale Demokratie, der „alte Fortschritt", war ihm darum nicht sympathisch. Aber ebenso zuwider war ihm auch die schein-konservative Bureaukratie, die alles von oben herab kommandieren und dekretieren will und niemals eine lebendige Strebe- und Zugkraft im Volksleben aufkommen läßt, sondern die „Unterthanen" daran gewöhnt, alle Hilfe nur vom Staatsoberhaupt und seinen Beamten zu erwarten. Bürger und Bauern müßten lernen, ihre nächstliegenden Angelegenheiten in Kirche, Schule und Kommune selbst zu verwalten. Nur so könne jeder im Volk Einsicht und Tüchtigkeit erwerben und wahre Liebe zum Vaterlande gewinnen. Wenn das Volk noch immer unmündig sei, die allernächsten Gemeindeangelegenheiten zu verwalten, so dürfe man ebenso gut annehmen, daß die bisherigen Vormünder desselben bisher nicht imstande gewesen seien, das Volk zu erziehen, als daß dies nicht politisch bildungsfähig sei.

Dörpfeld gehörte also auch, wie Paulsen ebenfalls sehr zutreffend a. a. O. sagt, „in seinen politischen Gedanken nicht zu den „Gutgesinnten" jener Zeit. Er war ein durchaus monarchisch gesinnter Mann; aber er war zugleich ein durchaus freigesinnter Mann. Ja, er war des Glaubens, daß nur ein freier und freigesinnter Mann, wie gut christlich, so gut königlich gesinnt sein könne. Eine knechtische Gesinnung hat keine Grundsätze und unterwirft sich jederzeit dem, was eben obenauf ist, sei es nun eine demokratische Mehrheitsherrschaft oder ein gesinnungsloser Bureaukratismus. Ein fester und ehrlicher Mann kann nur ein freier Mann sein, der keiner äußeren Gewalt weicht, weil er in seinem Gewissen und vor Gott gebunden ist. Eben darum stand Dörpfeld außerhalb der

Parteien, aller Parteien, in denen immer die Schmiegsamkeit und Biegsamkeit obenauf ist, vor allem in den „gutgesinnten" Parteien. Dagegen hatte er eine überaus lebhafte Empfindung für die Ehre und Wohlfahrt des Volkes, auch für die Ehre des Staats; er war ein Anhänger der Bismarckischen Politik, als sie bei der Masse des Liberalismus im großen Bann war, und er spürte das Kommen dessen, was heute als sociale Frage alle Welt beschäftigt, als fast noch kein Mensch sich um diese Dinge bekümmerte. Organisation des Volkes von innen und von unten herauf, in Gemeinde und Landschaft bis zum Staat hinauf, das schien ihm die natürliche Form des öffentlichen Lebens.

Es ist der Nordwesten Deutschlands, das wirkliche, echte, alte Deutschland, das Deutschland Justus Mösers und des Freiherrn von Stein, das auch in Dörpfelds Anschauungen und Gedanken lebt. Ob die Zeit dieses Deutschlands wieder kommen wird? Oder wird der östliche Wind so lange darüber ausdörrend hinfahren, bis der alte treue und freie Geist abstirbt? Es wäre die trübste Aussicht für das deutsche Volk, denn es kann Ehre und Leben haben nur, wenn es sich selber treu bleibt. Ich denke aber, an dem Dasein und der Wirksamkeit eines Mannes wie Dörpfeld darf sich der Mut aufrichten: er lebt wirklich noch unter uns, der alte aufrechte deutsche Geist, und er macht durchaus nicht den Eindruck, als ob er die Zeit seines Hinganges für gekommen hielte."

Dörpfeld entstammte zudem dem arbeitenden Volke als Sohn eines Schmiedes, und er stand als Volksschullehrer mitten unter der Volksmasse. Er kannte darum das Volk in seiner Stärke und in seinen Schwächen, in seinen Idealen und seinen niederen Trieben, in seiner Bildungsfähigkeit wie in den Grenzen derselben. Er stand als Philosoph und Nationalökonom aber auch wieder auf einer Höhe, um die Doppelseele der regierenden und führenden Kreise nicht minder zu durchschauen.

Und so darf es uns nicht wundern, wenn wir auch in Dörpfelds politischen und volkswirtschaftlichen Anschauungen eine seltene Klarheit und Zweckmäßigkeit finden. Es treten uns in politischer wie socialer Beziehung bei ihm schon in jungen Jahren praktische Vorschläge entgegen, die heute als neu auftauchen und tiefdenkende Köpfe mit warmen Herzen beschäftigen.

Als warmer Patriot, der ein Herz hatte für das irregeleitete Volk und treu zu seinem Könige stand, war er schon in der Revolutionszeit von 1848 nicht unthätig. Er ist ebenso mutig wie besonnen in öffentlichen Volksversammlungen für seine Überzeugungen eingetreten. 1849 gehörte er dem Barmer Treubunde an und war ein eifriges Mitglied desselben. Auch hat er Dienste in der Bürgerwehr gethan, die sich zum

Schutz gegen die Revolution gebildet hatte. Wie dieſe ſich ihm offenbarte, lehrt ein Brief eines väterlichen Freundes ſeiner Heimatgemeinde.

Sellſcheid den 17. März.

Lieber Friedrich!

Noch nie habe ich Dir ſo angſtvoll geſchrieben als diesmal. Geſtern Nachmittag um 4 Uhr kam ein Gerücht, in Solingen hätten ſie einige Fabriken niedergeriſſen und dieſe Nacht würden ſie nach der Burg kommen, um 10 Uhr kamen ſie ſchon wirklich. Man konnte in Sellſcheid hören, wie ſie im Gagenberg auf die Burg zu kamen. Da haben ſie bis dieſe Nacht um 1 Uhr alles kurz geſchlagen. Dann ſind ſie wieder fort gegangen und haben geſagt, ſie würden dieſen Morgen 10 Uhr wieder kommen und die Fabrik vollends abreißen. Dieſen Morgen einhalb eilf Uhr kamen ſie wirklich wieder, haben wieder bis heute Nachmittag 4 Uhr geſchlagen und niedergeriſſen. Da ſie nun nicht mehr abreißen konnten, haben ſie ſie an allen Ecken in Brand geſteckt. Nun iſt ſie ganz zertrümmert. Es war ein ſchrecklicher Brand. Es iſt jetzt Abends 10 Uhr. Es iſt noch immer am brennen. Ich kann Dir den Zuſtand nicht ſchildern. Wer nicht Augenzeuge geweſen iſt, kann ſich auch gar keine Vorſtellung davon machen. Ich bin ſelbſt hingegangen, um Dir nichts zu ſchreiben, was Unwahrheit ſei. Sonſt möchte ich wohl nicht hingekommen ſein, wiewohl hier in Sellſcheid faſt alle Häuſer leer waren. Da waren einige Tauſend Menſchen zuſammen, teils Rebellen, teils Zuſchauer. Nun ſagt man, was will das werden mit unſerem Verſtande? Können wir es nicht denken, was es werden ſoll, der liebe Gott wird es wiſſen, wir wollen ihn anrufen, daß er ſeine ſtarke Hand über uns halten wolle in dieſer argen Zeit. Sonſt müſſen wir verderben. Es heißt, in Solingen hätten ſie 4 Fabriken niedergeriſſen. Heute Morgen kam P. Schumacher von Warneck, wollte auch hier einmal hören, wie es mit der Fabrik ausſah. Da ging ich um halb elf Uhr mit ihm hinunter. Grade wie wir hin kamen, kamen auch die Solinger wiedet heran, eine ganze Schaar mit Prengeln, jung und alt, Männer und Weiber. Sobald wie ſie heran kamen, fingen ſie wieder gleich an, kurz zu ſchlagen und ſagten dabei: „Wo wir dieſe Nacht aufgehört haben, wollen wir jetzt wieder anfangen.“ Und das alles ſo öffentlich und frei heraus. Landrath, mehrere Gensdarmen waren da, aber darnach fragten ſie nicht, das mindeſte. Die Gensdarmen haben flüchten müſſen, ſonſt hätte es ihnen ſchlecht gegangen. Einige von dieſen haben ſchon etwas mit gekriegt. So was haben keine Menſchen auf der Erde je geſehen. Es kann dieſer Sache keinen Widerſtand geſchehen, weil es nicht an einem Ende, ſondern überall ſolche Aufruhren ſind. Ich ſage nochmals: was will das werden? Es iſt jetzt Samstag Morgen 7 Uhr. Es iſt noch immer am brennen. Da ſind für einige Tauſende verdorben und verbrannt. So viele Waren — ich kann es Dir unmöglich ſchildern — wurden teils ins Waſſer geworfen und teils öffentlich mitgenommen. Ach, ich könnte Dir noch vieles Schreiben, aber der Kopf iſt mir ſo verſtellt, daß ich nicht dazu fähig bin. Deshalb ſage ich hiemit bis zum nächſten herzliche Grüße von uns und deinen Verwandten

W. Sch.

In den Konfliktsjahren, als wohl über keinen Mann mehr geſcholten wurde als über den, der ſich ſelbſt den beſtgehaßten nannte, erkannte Dörpfeld ſchon in Bismarcks kraftvoller, urwüchſiger Perſönlichkeit das einzige Heil für ſein Vaterland. Bismarck ſei der, „der allein Deutſchlands Macht und Einheit begründen könne."

„Ich erinnere mich noch", ſo erzählt die Tochter in ihrer Biographie (S. 496), „wie er in jener Zeit einmal abends nach Hauſe kam und uns voll Freude ein Bild Bismarcks zeigte. Es war eine blaſſe, ſchlechte Photographie im kleinſten Format, aber er war froh darüber. Hatte er doch, wie er uns erzählte, um den von ihm ſo verehrten Mann einmal von Angeſicht ſehen zu können, in mehreren Läden Barmens vergebens Nachfrage gehalten, und dann zuletzt dies eine Exemplar aufgetrieben. Er hat dies unſcheinbare Bildchen immer in Ehren gehalten."

Nicht minder aber auch den großen Reichskanzler ſelbſt, auch dann, als die jammervolle Bureaukratie unter Caprivi ihn wie einen Verfemten verfolgte.[1]) Das geht u. a. auch aus den weiter unten folgenden Briefen an ſeinen Sohn Wilhelm hervor.

Als im Frühling des Jahres 1866 der Krieg vor der Thür ſtand und aus der damaligen liberalen Parlamentspartei die Parole ins Land ging: „dem Miniſterium Bismarck keinen Pfennig für dieſen Krieg" — und die Väter der großen rheiniſchen Städte zuſammentraten und den Kriegsherrn beſchworen, doch ja Frieden zu halten; — als die konſervative Partei zumeiſt mit beſorglich verlegenem Geſichte daſtand, wie die Henne, wenn ſie die von ihr ausgebrüteten Entenküchlein ins Waſſer rennen ſieht: da wurde es Dörpfeld und ſeinen Freunden zu eng. Er hatte die preußiſche Vorgeſchichte anders gelernt und verſtanden als dieſe feſtgefahrene Parteipolitik. Aus dieſem Antrieb verfaßte er eine von den Mitgliedern des Ev. Lehrervereins mitunterzeichnete, die Sprache des patriotiſchen Herzens redende Adreſſe an König Wilhelm, worauf eine höchſt freundliche Antwort erfolgte, die die Regierung auch durch die Zeitungen veröffentlichen ließ.

Als bald darauf die Kriegserklärung erfolgte, ſchrieb er das anonyme Flugblatt: „Deutſchlands Rückgrat",[2]) welches damals in vier Auflagen von je 6000 Exemplaren verbreitet worden iſt.

In dem Flugblatte wird mit einer bei einem ſo nüchternen Denker

---

[1]) Wie die Untreue der Bureaukratie ihren eigenen Herrn ſchließlich erſchlagen und auch das nationale Empfinden in der Schule vergiftet hat, habe ich nachgewieſen in „Fürſt Bismarck und die Volksſchule". Leipzig 1898, Herm. Haacke.

[2]) Geſ. Schr. Band X, S. 93—100.

seltsam berührenden und darum um so hinreißenderen Glut des Patriotismus das gute Recht des preußischen Krieges gegen Österreich, das seit je Verrat an dem Deutschtum verübte, verfochten und dem ohnmächtigen Grimm der Demokraten mit scharfen Hinweisen auf ihr wortreiches und thatenarmes Gebaren seit 1848, zum Teil mit beißendem Spotte, entgegengetreten. Es verrät einen historisch geschulten, weiten politischen Blick, einen tieferen jedenfalls, als selbst die Durchschnittskonservativen von damals ihn besaßen, von den Liberalen ganz zu schweigen.

„Mag sie (die Demokratie) in ihrem Schmollwinkel bleiben, bis das Werk gethan ist; sie kann doch nur aufhalten und verderben, wie sie Anno 1849 in Frankfurt bewiesen. Unser Ziel steht klar und deutlich da; was die Reden nicht schaffen konnten, ist jetzt den Waffen befohlen:

Des Vaterlandes Ehre,
Des Vaterlandes Glück,
O schafft es, o bringt es
Dem Volke zurück!

Nur Deutschlands Rückgrat, welches ist Preußen und sein Königtum, aufrecht erhalten, so wird's kommen.

Dafür lasset uns Herzen und Hände erheben ohne Zorn und Zweifel!"

Als das „vierte Aufgebot der Landwehr" erfolgte, erschien gleichzeitig für Schule und Haus ein Heftchen, betitelt: „Sieben Gebete in Kriegsnot für alle, welche Herz und Hände erheben daheim und im Felde".

Es wurde während des damaligen Krieges (wie auch wieder im Jahre 1870), in vielen Schulen und Häusern gebraucht und fand auch in zahlreichen Exemplaren seinen Weg ins Feldlager. Mir liegt die 3. Auflage von 1870 vor. Sie führt den Vermerk auf dem Titelblatt: „1. und 2. Aufl. 9500, 3. Aufl. 5000." Die Zahlen reden genug über die Bedeutung, welche das Büchlein für die Gemütsseite der nationalen Erhebung und Begeisterung hatte.

Mancher, der die Zeit der Reichsbildung nicht selbst mehr mit durchlebt hat, wird hinter „Gebet" und „Krieg" sein stilles Fragezeichen machen. Aber die älteren Leser wissen, daß 1870 der Kriegsbettag religiös weit kräftiger war, als später die kirchlichen Siegesfeiern. Es war ein großer, tiefbewegender Tag, an dem in Stadt und Land ein ganzes Volk einmütig seine Gebete zum Himmel sandte. Und die Kriegsnot lehrte auch weiterhin unser Volk beten um Lebensrettung der Einzelnen, um Sieg unserer Heere. Denn so gut wir berechtigt sind, bemerkt Naumann sehr treffend,[1]) für Gedeihen der Saat, für Erfolg in der

[1]) Hilfe. 1900. Nr. 32.

Kindererziehung, für Verminderung der Armut und Not zu bitten, so gut sind wir berechtigt, unsere Waffen unter den Segen des Gebets zu stellen. Der Kampf der Waffen ist keine Sache, deren sich ein Volk vor seinem Gott zu schämen hat. Wenn Gott uns Deutsche trotz Sturm und Wogendrang zum Volk hat werden lassen, dann will er auch, daß wir dieses Volkstum erhalten. Er ist ein Gott der Lebendigen, der Lebensfähigen, der Vorwärtsschreitenden. Wo neue Menschheitsgestaltungen kommen, da ist etwas von dem Finger dessen im Werke, der aller Menschheit Pfade leitet.

Durch ein Bild auf dem Titelblatte war die Scene des alttestamentlichen Gottesvolkes dargestellt, wie Moses, der Prophet und heilige Gesetzgeber seines Volkes, betende Hände hoch hielt, während darunter im Thal die Waffen seines Volkes klirrten.

Aber die alttestamentlichen Kriegspsalmen stellt Dörpfeld unter je eine der sieben Bitten des Friedensfürsten von Nazareth.

Über das Flugblatt[1]) und das Gebetsheftchen schreibt er selbst am 19. Juli 1866 an einen Frankfurter Kollegen:

„Nachdem Frankfurt glücklich von den Preußen besetzt und der Weg zu Ihrem Hause offen ist, daß man hoffen darf, ein Brief werde glücklich in Ihre Hände gelangen, will ich denn auch schnell wenigstens ein paar Zeilen senden.

Vorab ein paar gedruckte Zeilen — ein Flugblatt, das ich im Mai auf den Wunsch der hiesigen Kollegen und Brüder ausgehen ließ. Es hat dermaßen Anklang gefunden, daß im Laufe von drei Wochen fünf Auflagen von je 5000 Exemplaren gedruckt werden mußten und so an 22 000 Exemplare verbreitet worden sind — im Rheinland und Westfalen zumeist.

Daneben ließen wir auch Gebetsheftchen — sieben Gebete in Kriegesnot — ausziehen. Es wurde namentlich von den entschieden gesinnten Mitgliedern des Evangelischen Lehrervereins verbreitet und benutzt; bei Morgen- und Schlußandacht. So haben wir die Kleinen mit in Aktion gebracht, nach der Verheißung des Psalms (8), — und ich denke, sie haben zum Siege mitgewirkt. — Ein Exemplar des Gebetsheftchens sandte ich Ihnen unter Kreuzband, hoffentlich haben Sie es erhalten. Das Flugblatt habe ich damals nicht mitgesandt, damit Sie nicht möglicherweise dadurch in Ungelegenheit kommen möchten. Jetzt darf ich's ja wohl thun. — Das Gebetsheft ist auch bereits in 20 000 Exemplaren verbreitet — namentlich auch durch die Traktatgesellschaft unter den Soldaten.

Bei den Siegen unserer Armee, die so unerwartet sich folgten, wird uns fast bange zu Mute. „Freuet euch mit Zittern," rät die Heilige Schrift. Hoffentlich finden die Worte unseres lieben Königs: „Der Sieg kommt vom Herrn. Wenn er uns Sieg giebt, so wollen wir auch nicht stolz werden" — ihre Erfüllung. Dann wird's gut gehen, uns, den lieben deutschen Brüdern allen im großen weiten Vaterlande.

---

[1]) Band X, S. 93 ff.

Hoffentlich wird auch das Beten, was die Not überall gelehrt hat, nicht wieder vergessen und versäumt. Die Fortschrittspartei ist weitaus verstummt vor dem Siegesjubel, oder sie stimmt mit ein. Aber der Wolf ändert wohl Haare, aber nicht seine Natur. Das wird sich bald genug zeigen. — —"

Seiner sonst nicht dichterisch veranlagten Feder entstammt aus jener Zeit auch ein vaterländisches Lied. Es wurde ohne Namen mit einer Komposition von Eickhoff im Schulblatt[1]) abgedruckt und damals in den Schulen mit Begeisterung gesungen. Der Verfasser hatte folgende Anmerkung hinzugesetzt:

„Echte Poesie politisiert nicht. Auf diesem Gebiet ist ihr Beruf, zunächst den Wegen und Thaten Gottes anbetend nachzusehen; hat sie das gethan, so mag sie auch der Geschichte vorangehen und von des menschlichen Herzens Wünschen und Hoffen singen. In diesem einfachen Sinn will das obige Gedicht verstanden sein, anders nicht; vor allem nicht in dem Tendenzsinne solcher Patrioten, die da, wo sie am wenigsten und nur mit Widerwillen geholfen haben, hinterher am weitesten den Mund aufthun." —

„Wer die Idee des deutschen Dreiklangs, der geographisch-ethnographischen Dreiteiligkeit des einigen deutschen Landes und Volkes, in so vollständiger wie geistreicher Entfaltung vor sich ausgebreitet sehen will, dem empfehlen wir Riehl's „Naturgeschichte des deutschen Volkes," insonderheit den 1. Band: „Land und Leute!"

Das Gedicht zeigt, wie jenes Flugblatt, die warme Vaterlandsliebe Dörpfelds und seinen prophetischen Glauben an die Macht und Größe unserer Nation. Es ist in den „Ges. Schriften" nicht mit zum Abdruck gekommen und mag darum hier Platz finden.

## Der deutsche Dreiklang.

„Ein Land, Ein Volk, Ein Nam', Ein Haupt."

Erhebe dich, du deutsches Herz,
Wie deine Berge himmelwärts,
Im Geist dich hoch erfreue!
Schau auf zur steilen Alpenwand,
Lug hin ins weite Niederland;
Es naht der Tag, der neue,
Da Schuld versöhnt im Meer versinkt,
Und heilig Deutschlands Dreiklang klingt.

Dreifaltig ist der Grund gelegt,
Der deutsches Volk und Wesen trägt,
Darob ein Himmel waltet:
Ein Hochbau, den die Wolk umspielt,
Ein breiter Saum, vom Meer bespült,

[1]) Ev. Schulblatt Jahrg. 1886. S. 285 ff.

Die Mitte vielgeſtaltet;
Ein dreifach Land, ein ſtarkes Band,
Gewoben von des Höchſten Hand.

Mein Preußenadler, ruhe aus
Vom Siegesflug zum Meer hinaus,
Vom Belt zur Zollernhöhe!
Der Zwieſpalt Bollwerk niederliegt,
Der Zwietracht Quell, — er iſt verſiegt,
Herz, ringe, bet und flehe —
Zu ſchauen, was wir lang geglaubt:
Ein Land, Ein Volk, Ein Nam', Ein Haupt!

O Herr vom Himmel, unſer Hort,
Durchläutre Herz und Hand und Wort,
Lehr' nach dem Reich uns trachten!
Drauf, Hochland, und du, Niederland,
Gebt eurem Mittelland die Hand,
Nichts Eignes noch zu achten.
Voll ſoll der Dreiklang, hell und rein
Vom Alpland bis zum Meerſtrand ſein!

Schlagt ein, ihr Brüder, ſchlaget an,
Räumt auf, bringt ein und machet Bahn,
Daß ganz das Werk gelinge!
Der Siegesfürſt iſt weit vorauf, —
Mein Volk ihm nach, zu Hauf, zu Hauf,
Herz, jauchze, ſpring und ſinge:
Der Kaiſer hoch! Er lebe heut,
Mit Deutſchland hoch in Ewigkeit!

Das ſang er im Sommer 1866!

Dörpfeld erinnert in ſeiner Verehrung für das kraftvolle Preußen als Deutſchlands Rückgrat an Treitſchke, jedoch mit dem Unterſchiede, daß Treitſchke in der Politik antik-griechiſch, Dörpfeld aber chriſtlich dachte. Treitſchke war die Volksmaſſe Mittel zum Zweck. Die Tauſende müſſen ſägen, hobeln und graben, damit die Wenigen philoſophieren, dichten, malen und Politik treiben können, meinte Treitſchke. Dörpfeld dagegen ſieht den wahren Patriotismus nur in der Deviſe: „Das ganze Deutſchland ſoll es ſein!“ Zu dieſem Ganzen gehört aber auch die Maſſe, die mancher Scheinpatriot etwas verächtlich „Volk“ nennt.

Wenn die alten politiſchen Parteien als Trägerinnen der Machtintereſſen der Nation verwelken, weil ſie es nicht verſtanden haben, den Patriotismus in der Maſſe zu erhalten oder, wo er fehlt, zu erzeugen, hat Dörpfeld dieſe Gefahr ſeit je erkannt und mit einer ungemeinen Klarheit des Denkens und Wollens dieſem Verwelken der Vaterlandsliebe entgegengearbeitet. Die Tauſende von Lehrern, welche unter ſeinem Einfluſſe ſtanden,

sind nur mit seltenen Ausnahmen und dann durch Schuld von Männern wie von Puttkamer den oppositionellen Parteien zum Opfer gefallen.

So bewährte der Schulmeister sich als weitblickender Erzieher der Nation, und hier fand er eine besondere Erziehungsaufgabe.

## 2. Die Volkserziehung umfaßt mehr als das staatlich Nationale.

Der Begriff des deutschen Volkes umfaßt nach Dörpfelds Anschauung mehr, weit mehr als der des Staates oder Reiches. Und es gilt ihm darum, noch andere Volksschätze zu wahren, als das Staatsgetriebe es überhaupt vermag.

Am 19. Januar 1859 sagt er in einem Vortrage über den „Evangelischen Schulverein“:

„. . . Nach meiner Auffassung hat das deutsche Volk auch den Beruf, in den verschiedensten Gebieten des geistlichen und natürlichen Lebens die Mannigfaltigkeit in der Einheit zur Darstellung zu bringen. Ich wünschte, daß diese Wahrheit an sich und in ihren Konsequenzen in unserm Verein noch etwas mehr zur Anerkennung käme. Zum Andern möchte ich aufs ernstlichste davor warnen, in unserm Verein auf ein „Dogma“, auf eine „Konfession“ von der deutschen Volkstümlichkeit hinzudrängen. Ich bin ein zu großer Freund des geordneten, strengen und konsequenten Denkens, als daß ich nicht über jeglichen Versuch, die erworbenen Kenntnisse in irgend einem Gebiet geordnet in Reihe und Glied zu bringen, mich freuen sollte; aber meine Überzeugung von dem unendlichen Reichtum der Gedanken Gottes und der Armseligkeit der Menschengedanken ist auch so fest, daß ich vor dem Beginnen, diesen unendlichen Reichtum in irgend einem Gebiete der Natur und des Geistes in ein menschliches Gedankensystem zu bringen und andern als „Konfession“ über den Kopf zu werfen, eine förmliche Angst habe. — —

. . . Es ist nötig, daß der „Evangelische Schulverein“ noch eine Zahl dürrer Zweige abschüttele, daß er sich innerlich noch mehr kläre und und einige und daß er sich über alle deutschen Landschaften auszudehnen versuche. Letzteres wünsche ich nicht um der äußeren Verstärkung oder des äußerlichen Ansehens willen, sondern behufs der inneren Klärung. Die deutschen Schweizer, Bayern, Schwaben, Katten und Rheinfranken repräsentieren das deutsche Volkstum so gut und so würdig, wie die sog. und die wirklichen Sachsen, die Preußen und die Pommern.“

Und gelegentlich weist er in seinem Schulblatt den Lehrern seiner Heimat noch eine besondere Aufgabe zu:

„Nicht ohne Gottes und seines Christus Walten ist es geschehen, daß das evangelisch-christliche und sociale Leben unserer Provinzen neben seiner eigentümlichen Bewegtheit und der dieser Bewegtheit angemessenen

äußeren Fassung auch eine besondere Aufgabe als Vorkämpfer und Grenzwächter gegen die von Süden und Südwesten andrängenden romanischen Tendenzen empfangen hat. Es mag viel daran fehlen, daß alle, die da wissend sein könnten, dieser Erbgüter und Erbpflichten sich klar bewußt sind. Aber es sollte doch so sein, namentlich sollten auch die Lehrer, als mitberufene Pfleger jeder guten und berechtigten Volkstümlichkeit, hierin wachend und mahnend auf ihrem Posten stehen; denn an diesem Erbgut und an dieser Erbpflicht ist auch die Elementarschule ohne Zweifel in ihrem Maße beteiligt. Welch eine schöne, segenversprechende Aufgabe hätte ein Schulblatt in Belehrung und Mahnung auch in dieser Hinsicht."

„Ein Volk aber ist nicht ein Haufen von Individuen, sondern ein *Gegliedert*, wie der Leib ein Gegliedert ist, worin jedes Glied seine eigentümliche Gabe und Bestimmung hat. Die Individuen sind jedoch nicht Glieder, welche ein Volk zu einem Gegliedert machen; als *solche* Glieder müssen vielmehr die verschiedenen *Gemeinschaften* betrachtet werden, in denen das nationale Leben sich darlebt und neuen Kulturerwerb schafft: der Staat, die Kirche, die bürgerlichen Gemeinschaften, die wirtschaftlichen Verkehrskreise, die Familie, die geordneten und freien Verkehrskreise der Wissenschaft und Kunst u. s. w. Jede dieser Lebensgemeinschaften hat vermöge ihrer eigentümlichen Ausrüstung und Bestimmung *auch* ein eigentümliches Kulturkapitel erworben und der gesamten Volksgemeinschaft zum Genuß zugeführt. So z. B. der Staat insonderheit das, was das Volk von Jurisprudenz, an Verwaltungseinsicht und an Wohlfahrtseinrichtungen, an Wahrhaftigkeit u. s. w. besitzt; die Kirche insonderheit das, was zum ethischen Kulturgehalt, zur sittlichen Gesundheit des Volkslebens gehört und allem Sehnen und Streben die höchste, edelste Richtung giebt. Und so in der Reihe herum. Jede Gemeinschaft hat für *alle* gearbeitet, jede ist durch *alle* gefördert worden. Auch soll und kann jedes Individuum jeder dieser Gemeinschaften angehören, in allen mitarbeiten, durch alle gefördert werden. — Das sind einfache, wahre und gewisse Sätze; — und doch, wie oft sind manche von ihnen an manchen Orten zeitweilig vergessen worden: in der Politik und in der Kirche, in der Nationalökonomie und in der Kunst, — auch in der Pädagogik."[1])

Ja, so einfach und so selbstverständlich auch diese Sätze erscheinen, wo werden sie voll anerkannt? Große politische Parteien, voran die liberalen, halten Staat und Volk für identisch, wenn nicht immer grundsätzlich, so doch thatsächlich: die Kirche ist Staatskirche, die Schule Staatsschule. Der Staat solle alles leiten und beaufsichtigen. „Der Staat ist das sittliche Universum." Und wer ist der Staat? „Der Staat, das sind wir," antwortet das Staatsbeamtentum, und das ganze Heer der „nationalen" Presse sagt Ja und Amen dazu. Weiter geht allerdings noch die Socialdemokratie in ihrer „Freiheit." Sie will nicht bloß, wie die Freikonservativen und Nationalliberalen, das ganze öffentliche Geistesleben, sondern auch noch die materiellen Kulturgüter „verstaatlichen". Es

[1]) Grundgebrechen der hergebr. Schulverfassungen S. 31. (Ges. Schr. VIII.)

iſt ja auch ſchwer einzuſehen, warum man mit den Liberalen bei der Verſtaatlichung der geiſtig-ſittlichen Kultur Halt machen ſoll. Die Socialdemokratie zieht nur die Schlußfolgerungen. Allerdings hofft ſie noch mehr wie andere Parteien dereinſt ſprechen zu können: „Der Staat, das ſind wir, und alle, welche dieſen Glaubensſatz dann nicht unterſchreiben, werden expatriiert und expropiiert."

Wie viel klarer, wahrer, den hiſtoriſch gewordenen Thatſachen entſprechender und für unſer Volksleben heilſamer ſind demgegenüber die ſchlichten ſociologiſchen Theorien des unbeachteten Barmer Volksſchullehrers? Und wie meiſterhaft hat er es verſtanden, ſeine Socialiſtik gemeinverſtändlich und in ihrer volkserzieheriſchen Tragweite darzuſtellen in ſeinem für Volksſchüler bearbeiteten Frageheft zur „Geſellſchaftskunde".[1]) Vergebens ſucht man in den gelehrten Werken über „Staatswiſſenſchaft", wie die Gläubigen des ſtaatlichen Univerſums ſich ausdrücken, oder über Socialwiſſenſchaft, Politik u. ſ. w. nach einer ſo klaren und einleuchtenden Überſicht über das Geglieder eines Volkslebens.

Von dieſer ſocialwiſſenſchaftlichen Erkenntnis aus mußte ihm darum auch ſeit je klar ſein, was er S. 257 der „Leidensgeſchichte" ausſpricht:

„Unſer ſocial-politiſches Denken, wie es ſich unter dem Einfluſſe der traditionellen Parteien geſtaltet hat, kann überhaupt nicht geſund gewachſen ſein."

Denn die politiſchen Parteien kranken nicht bloß an jener ſociologiſchen Irrlehre, ſondern außerdem an Parteiegoismus, der die eigene Partei höher wertet als das Volksganze, wie überhaupt an dem Mangel einer Socialethik.

---

## 3. Staat und Schule.

Bei allen dieſen Fragen tritt bei Dörpfeld immer wieder ſeine Anſicht über das Verhältnis der Schule zum Staate und zum geſamten Volksleben in den Vordergrund.

Seine Geſamtauffaſſung iſt die:

„Die Kulturangelegenheiten und ſpeciell die Schulen dürfen ebenſowenig wie die Religion, die Volkswirtſchaft und die Geſundheitspflege ſchlechthin für Staatsanliegen erklärt und unbedingt den territorialen Genoſſenſchaften einverleibt werden: einmal, weil ſie dort nicht die Freiheit finden

---

[1]) Repetitorium der Geſellſchafskunde zur Ergänzung des Geſchichtsunterrichts. 5. Aufl. 52 S. Gütersloh 1899. 0,30 M.

Die Geſellſchaftskunde eine notwendige Ergänzung des Geſchichtsunterrichts. Begleitwort zur 4. Aufl. des „Repetitorium der Geſellſchaftskunde." 3. Aufl. Geſ. Schr. IV, 2. 0,50 M.

können, die sie zu ihrem Leben und ihrer Entwicklung bedürfen; zum andern, weil die territorialen Gewalten nicht verstehen, sie ihrer zarten Natur gemäß zu behandeln; — und drittens, weil sie neben dem Heere, der Diplomatie und der Justiz höchst wahrscheinlich nicht satt zu essen bekommen würden, — ungerechnet, daß der Staat für Kulturverdienste auch nicht die rechte Ehrentaxe haben kann."

Der Staat kann nicht Schulhalter und Schulherr sein. Er hat keinen Beruf dazu. Seine Aufgaben liegen anderswo. Die reine Staatsschule ist um der gesunden Volkserziehung willen ebenso zu verwerfen wie die reine Kirchenschule. Doch das Wächteramt, die Schulaufsicht, will Dörpfeld dem Staate ungeschmälert erhalten. Schulaufsicht ist jedoch etwas anderes als Schulleitung und bureaukratische Schulverwaltung.

Die näheren Begründungen dieser Sätze über das Verhältnis der Schule zu Staat und Kirche in den Schulverfassungsschriften (Bd. VIII u. IX) wollen wir hier noch ergänzen durch einen Brief an den Landtagsabgeordneten Schlichting. Leider ist derselbe nicht ganz vollständig. Im Manuskript fehlten von acht Briefbogen der erste und der vierte. Aber auch diese Bruchstücke sind sehr beachtenswert. Sie lauten:

„Wenn zu der Frage, ob die Schule Staatsschule sein soll, alle Welt Ja sagt, so sage ich für meinen Kopf dennoch Nein, und werde es so lange sagen, als mir der liebe Gott eine Stimme gönnt. Die Schule soll ja an den Staat wie an die Kirche einen Anschluß suchen, das sage ich auch, — aber nicht bloß an diese, sondern an alle Lebensgemeinschaften, die korporativ verfaßt sind und dem gemäß ein Gebiet eigenen Rechts haben. Vorab jedoch soll festgestellt sein, welches das eigene Recht des Bildungswesens ist. Daß das Bildungswesen eine eingenartige Aufgabe und eine eigenartige Natur hat, soll und wird niemand bestreiten. Bestritten könnte nur werden, daß es ein eigenes Recht habe. Ich behaupte es; denn die Unmündigen, mit deren Ausrüstung die Bildungsanstalten betraut sind, gehören weder dem Staate, noch der Kirche, noch irgend einer andern dermaligen Genossenschaft, sondern der Familie. Die Familie besitzt ein eigenes Rechtsgebiet — wie hinsichtlich des wirtschaftlichen Lebens, der Leibespflege, des religiösen Lebens, so auch hinsichtlich der Bildung ihrer Kinder. Das ist in allen Staasverfassungen anerkannt und verbürgt. Somit liegt also thatsächlich ein Rechtsgebiet zwischen Staat und Kirche, über welches diese beiden nie souverän disponieren können. Verbinden sich nun mehrere Familien, um dieses ihr Rechtsgebiet gemeinsam zu verwalten, — gründen sie eine Schulgenossenschaft, so hat weder der Staat, noch irgend eine andere Körperschaft hineinzureden, solange nicht erwiesener-

maßen ein staatliches, oder kirchliches ꝛc. Interesse offenbar verletzt wird. Da haben Sie den Punkt, wo die Schule stehen kann. In diesem ihren „eigenen Gedinge“ ist auch allein die Stelle, wo ihre eigenartige Natur und ihre eigenartige Aufgabe gegen alle fremden Einflüsse hinlänglich geschützt werden kann, und da allein liegt auch die Möglichkeit, dem Lehrerstande seine gebührliche Selbständigkeit zu verschaffen. Das alles wird das Bildungswesen auch seiner Zeit bekommen, — mögen die Staatsmänner und Kirchenmänner und wer sonst noch, so viel dawider reden, als sie wollen. Die Natur der Dinge, die Naturgesetze in den Dingen fordern ihr Recht. Es handelt sich nur noch darum, daß die Familie sich auf ihr Recht besinnt und dasselbe klar erkennt. Ist diese Erkenntnis hinlänglich durchgedrungen, so werden die Familien, ihr Recht geltend zu machen wissen und die Verwaltung des Schulwesens so ordnen, wie es seiner Natur und diesem Rechte gemäß ist.[1]) Wäre dieses Gebiet — ich meine das des eigenen Rechtes der Familie — deutlich erkannt, abgegrenzt und geschätzt, so würde die Organisation der Schulverwaltung keine großen Schwierigkeiten mehr bieten. Denn bei dieser Organisation kommen Staat und bürgerliche Genossenschaft und der Lehrerstand nur als Vertreter eigenartiger Interessen in Betracht, nicht als Inhaber von Rechten, — und diese Interessen können in der Organisation der verschiedenen Verwaltungsinstanzen im vollsten Maße nach Gebühr berücksichtigt werden. Dann ist auch keine Gefahr dabei, die Schule recht innig mit den nationalen Aufgaben, d. i. mit dem Staate, zu verbinden; dasselbe gilt hinsichtlich der Kirche, der Volkswirtschaft u. s. w.

Was bisher gehindert hat, diese richtige Ansicht durchdringen zu lassen, läßt sich vornehmlich auf zwei Quellen zurückführen. Die eine liegt darin, daß die sog. Schulfrage lediglich eine Streitfrage zwischen Staat und Kirche zu sein schien, weil sie es thatsächlich auch war. In Wahrheit aber ist dieser Streit zwischen Staat und Kirche nichts anderes, als der Streit zweier Diebe, die sich über ein gestohlenes Gut zanken. Das zuschauende Publikum schlug sich je nach seinen Sympathien für den einen oder anderen Kämpfer teils auf die eine, teils auf die andere Seite. So steht es im wesentlichen auch heute noch; es wird aber eine Zeit kommen, wo der nächste, rechte Eigentümer sein geraubtes Gut wieder selbst an sich nehmen wird. — Die andere Quelle

[1]) Weil die liberalen und konservativen Parteien das nicht erkannt oder anerkannt haben, so haben sie dem Centrum nicht bloß diese Rechtsvertretung, sondern auch damit das aller wirksamste Agitationsmittel für römische Politik in deutschen Landen überlassen. Näheres in meiner Schrift: Die Familienrechte. 2. Aufl. S. 5—19. Für Deutschland hat der „Evang. Bund“ das noch nicht eingesehen. Vielleicht macht er diese Entdeckung in — Österreich.

der Hinderniſſe liegt im Lehrerſtande ſelbſt. Die Lehrer haben wohl erkannt, daß bei der hergebrachten Schulverfaſſung die Schule nicht ihrer Natur und Aufgabe gemäß behandelt wird, und daß auch der Schulſtand ſelber zu kurz kommt. Anſtatt aber nun nachzufragen, wo für die Natur und Aufgabe der Schule das „eigene Gedinge" zu finden, das eigene Recht, über welches die fremden Mächte nicht disponieren können, — ſtatt deſſen haben ſie es gerade ſo gemacht wie Staat und Kirche, d. h. ſie haben ihr Intereſſe an der Schule mit dem eigenen Recht der Schule verwechſelt, und demgemäß nach einer Sicherung dieſes Intereſſes geſtrebt, nach einer gewiſſen Selbſtändigkeit des Schulſtandes. Das iſt nun an ſich kein Unrecht, — ich ſtrebe auch darnach, — das Unrecht liegt nur darin, daß es auf Koſten der Natur und Aufgabe der Schule, und auf Koſten des Rechts der Familie geſchieht. Dazu kommt die ſchlimme Folge, daß nun das zuſchauende Publikum wiederum glaubt, es handele ſich bei dem Schulſtreit zum Dritten auch noch darum, daß der Lehrerſtand zu gewiſſen Rechten gelange, die er beanſpruche. Die einen gönnen ſie ihm, die andern gönnen ſie ihm nicht; und der Lehrerſtand ſchlägt ſich auf die Seite, wo man ihm das Meiſte verſpricht. An die Natur und Aufgabe der Schule, die doch nur in den Händen des rechten Eigentümers recht geſchützt ſein können, denkt wiederum niemand, — oder richtiger zu ſagen: jeder der drei ſtreitenden Intereſſenten (Staatsmänner, Kirchenmänner, Schulmänner) denkt, wenn er nur den nötigen Einfluß gewinne, ſo werde bei ſeiner vormundſchaftlichen Verwaltung die Schule gut verſorgt ſein. — Da aller Fortſchritt ſich gewöhnlich in Spiralen oder Zickzacklinien bewegt, ſo mag es ſein, daß die naturgemäße Schulverfaſſung einſtweilen noch nicht an der Reihe iſt, daß die gegenwärtige Periode zunächſt mit der vollen Einverleibung der Schule in die politiſche Genoſſenſchaft abſchließt. Es iſt aber immer nur ein Durchgangsſtadium. Wohl mag der Staat ſeinem Schulſtande ein gewiſſes Maß von Selbſtändigkeit und von Futter geben; aber gar zu reichlich wird es nicht ausfallen. Gneiſt wenigſtens, der zwar viel von Geld ſpricht, bietet für ein ſelbſtändiges Walten der Schularbeiter wenig Ausſicht. Sein Verwaltungsorganismus mag allenfalls nach oben hin wie Selfgovernment ausſehen: nach unten hin und nach der Natur und Aufgabe der Schule hin iſt er nur eine andere Sorte von Bureaukratie: die Bureaukratie der Geldariſtokratie. Ein Ding iſt darum nicht Selbſtverwaltung, daß man es ſo nennt, denn dann könnte jeder Bauer ſeine Gänſe leicht in Schwäne verwandeln. Geſetzt aber auch, der Staatsſchulherr gönne ſeinem Diener „Schulmeiſter" an honos und praemium alle Gebühr, ſo wird doch

früher oder ſpäter die Einſicht kommen, — wenn nicht bei den Lehrern, ſo doch bei den Eltern, — daß das Staatshaus nicht das rechte Daheim für das Bildungsweſen ſei, ſchon darum nicht, weil es mit der Politik zu nahe unter einem Dache wohnt.

Unterdeſſen ſitzen die Verteidiger der freien Schulgenoſſenſchaft in der Klemme: Gegner ringsum — zur Rechten, zur Linken und im Rücken. Die Gegner auf der einen Seite, die ſich „liberal" nennen und nennen laſſen, glauben nun einmal, die Kultur gehe in die Brüche, wenn ſie nicht unter Staatsvormundſchaft ſtehe. Wunderliche Leute! Die Preſſe haben ſie frei hingeſtellt, aber die Schule, die höhere wie die niedere, ſoll vom Staat ihr Programm bekommen. Sie fordern, „die Wiſſenſchaft und ihre Lehre ſoll frei ſein", — haben ſich aber, wie es ſcheint, noch niemals darüber beſonnen, wie der Satz Wahrheit werden könne; denn wenn die Wiſſenſchaft in Staatsdienſten iſt, ſo kann ſie doch nicht frei ſein d. h. ihrer Natur nach ſich entwickeln. Man denkt ſich die Lage der Wiſſenſchaft frei, weil der Staat ſie von kirchlichen Feſſeln befreit habe. — Wenn eine politiſche Majorität Einem ſeine Leibespflege vorſchreiben wollte, — ob man ſich allopathiſch, oder homöopathiſch kurieren laſſen, ob man Kaffee trinken oder Grützenſuppe eſſen, einmal oder zweimal täglich zu Stuhl gehen ſollte u. ſ. w. — das würde auch wohl einem dermaligen ſog. „Liberalen" abenteuerlich klingen, allein daß dieſelbe politiſche Majorität vorſchriebe, wie Intelligenz, Herz und Gemüt der Kinder gebildet werden ſollen, — das dünkt dem liberalen Michel ganz in der Ordnung zu ſein. Dieſe Finſternis des ſog. „liberalen" Denkens, das noch nicht recht weiß, ob die Seele mehr ſei als der Leib, hat etwas ſo Komiſches wie Grauenhaftes an ſich; — komiſch iſt ſie, weil ſie kamelgroße Widerſprüche verſchluckt, als wenn es Mücken wären, und grauenhaft, weil unter ihrer Herrſchaft auch in dem Heiligtum der Familie die Gewiſſensfreiheit nicht mehr ſicher iſt. — Ich weiß wohl, woher dies gekommen: die Wiſſenſchaft und die Bildung wollten den Feſſeln einer alles beherrſchenwollenden Kirchenorthodoxie entfliehen, — aber wohin haben ſie ſich geflüchtet? in die Arme der politiſchen Macht, der territorialen Zufälligkeits-Majorität. Dieſe neue Orthodoxie, die die territoriale Zufälligkeits-Mehrheit für den rechten Kulturherrn hält, iſt allerdings Schwindel, vielleicht der größte, der jemals die denkenden und gedankenloſen Köpfe berückt hat, allein er gilt nun einmal als Orthodoxie, — wer wagt da zu zweifeln, da faſt alle Staatsrechtslehrer, Zeitungsſchreiber, Schulblattſchreiber und Poeten ihr Lob ſagen? Doch giebt es ſchon etliche Zweifler, ſogar entſchiedene Ketzer: ſo weiland die Philoſophen Herbart und Krauſe,

die noch leben, obwohl sie gestorben sind, — so Staatsrechtslehrer wie Waitz und Ahrens, — so Pädagogen wie der verstorbene Dr. Mager, der ebenfalls noch lebt, und andere leiblich lebende wie Langbein, Ziller, Stoy, Hollenberg u. s. w. Einstweilen sind freilich die Orthodoxen noch zahlreicher und darum stärker. Allein wären sie auch noch zehnmal zahlreicher, — dieser Gegner der freien Schulgenossenschaft ist dennoch unter den Dreien der schwächste; er hat nur seine ihm zugewiesene Lebenszeit und wird an seinen eigenen Widersprüchen zu Grunde gehen, wenn er nicht durch die Schule der Erfahrung vorher schon bekehrt werden sollte.

Ungleich stärker, trotz allem Schein des Gegenteils, ist der zweite Gegner: die Verteidiger der Staatskirchen-Schule resp. der Kirchschule = der durch die Geistlichkeit regierten Schule. Ihre Stärke liegt jedoch nicht in ihrer Theorie; diese Theorie ist falsch und seicht. . . .[1])

Die preußische Staatsregierung wird sich stets genötigt sehen, mit der katholischen Kirche säuberlich zu fahren und sich aufs Paktieren zu legen, weil die Präsumption wider sie ist, daß sie parteiisch sei und Propaganda zu machen suche. Daraus schon folgt für uns protestantische Lehrer der gute Rat, dahin zu streben, daß wir für unser protestantisches Schulwesen in einem gewissen Bereich ein „eigenes Gedinge" bekommen, um uns darin nach unsern protestantischen freien Prinzipien einrichten zu können; denn so weit wir mit den katholischen Schulen unter ein Maß und Gesetz kommen, so weit werden wir auch bei der politischen Rücksicht, welche unsere Regierung gegen die katholische Kirche beobachten muß, zu leiden haben d. h. eine privilegierte Mitwirkung der Geistlichkeit bei der Schulleitung dulden müssen,[2]) sei es auch in der abgeschwächten, aber höchst abnormen Form der badischen Schulverfassung, die eine Pädagogik der Doppelherzigkeit und Zweizüngigkeit etabliert hat.

Der dritte, der allerschlimmste Gegner der freien Schule, — das ist die Masse unserer Standesgenossen. Ein großer Teil — ich mag nicht sagen, wie viel Prozent — ist zu beschränkt, zu dumm und zu denkfaul, — um mit Spekulationen über die Theorie der Schulverfassung, die ja tief in die Staats- und Gesellschaftswissenschaft eingreifen, sich befassen, geschweige damit fertig werden zu können. Sie befassen sich höchstens mit partiellen Fragen und Wünschen, und wer ihnen auf diese

[1]) Hier fehlen die 4 Quartseiten. Die „Leidensgeschichte" wie die freie Schulgemeinde (Ges. Schr. VIII u. IX) begründet aber diese Behauptung zur Genüge.

[2]) Die Ablehnung der von der Regierung im Jahre 1900 geforderten Kreisschulinspektoren im Hauptamt durch die ultramontane und ultraelbische Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses ist der jüngste schlagende Beweis für diese Behauptung.

Fragen die seichteste Antwort bietet und ihnen für ihre Wünsche die meisten Versprechungen giebt, dem fallen sie mit Applaus zu. Neben der Beschränktheit spielt die Armut eine große Rolle, — jenes Übel, wogegen Salomo mit Recht beten lehrt: — „ich möchte sonst mich vergreifen.“ Diese Armen nun in unserm Stande, die sich lebenslang mit Nahrungssorgen herumzuschlagen haben, — wie sollten sie für eine Theorie der Schulverfassung Gehör und Zeit haben? Die einen hören eben nicht „vor Seufzen, Angst und harter Arbeit“, und die andern, die ja noch hören, lauschen mit gespanntem Atem, ob auch von Geld die Rede ist. Wer ihnen Geld verspricht, sei es Gneist oder Seegemund oder wer immer, dessen Theorie fallen sie zu, wie die hungrigen Fliegen dem Honig; und nicht wenige dieser Armen sind jeden Augenblick in Gefahr oder gar bereit, für eine gute Dotationsaussicht alles preiszugeben, — die Freiheit und Ehre des Schulstandes wie die Rechte und Freiheiten der Familie. So hat denn die Theorie der freien Schulgenossenschaft Gegner zur Rechten und zur Linken und den schlimmsten im Rücken. Und dieser letztere ist einstweilen unbesiegbar, denn gegen die Beschränktheit und gegen die Not sind Gründe keine Waffen.

Da haben Sie meine Theorie in nuce und auch die Lage der Dinge, wie sie mir erscheint.

Nun beantworten Sie mir aber gütigst auch die Frage, wie Sie — wenn ich recht sehe — zu der Meinung kommen, meine Theorie bewege sich nicht in der geraden Linie, sondern mache eine große Biegung (Konzession) nach der Kirche hin?

Ist es etwa der Umstand, daß ich nicht Simultanschulen will, sondern eine Schulgemeinde mit konfessionellem Charakter fordere? In diesem Falle lassen Sie mich darauf aufmerksam machen, daß diese Forderung nicht auf kirchliche Ansprüche, auf ein Recht der Kirche sich gründet, sondern einfach eine Konsequenz des Familienprinzips, oder deutlicher: eine Konsequenz der erziehlichen Aufgabe der Schule ist. Denn wenn die Schule erziehen soll — im Namen und in Verbindung mit einer Schulgenossenschaft — so müssen die Glieder dieser Genossenschaft in allen wesentlichen Erziehungsfragen gleich denken, einig sein; die Schulgenossenschaft muß dasselbe ethische Bildungsideal anerkennen, also einen ethischen Charakter haben; und da unter den ethischen Fragen die religiösen am wichtigsten und entscheidendsten sind, so muß die Schulgemeinde insofern konfessionell sein, d. h. bei der Bildung der Schulgemeinden muß die Konfession das Merkmal für die Begrenzung abgeben. Hier gilt es, die Begriffe genau besehen! Mit dem Merkmal der „Konfessio-

nalität", das der Schulgemeinde eigen sein soll, ist noch keineswegs ein Rechtsverhältnis zur Kirche gesetzt, sondern nur eine Thatsache ausgesprochen, — aber eine Thatsache, über welche nicht die Kirche, sondern die Schulgemeinde disponiert. Dieses Merkmal grenzt nur die verschiedenen Schulgemeinden (wofern es im Staate verschiedene religiöse Gemeinschaften giebt) gegeneinander ab; es schafft somit die Möglichkeit, ethisch einheitliche Schulgenossenschaften zu bilden, die Möglichkeit, der Schule den Charakter einer Erziehungsanstalt zu erhalten, und giebt endlich der Schulgemeinde die Garantie, daß die Erziehung der Schule so sei, wie es der Wunsch und Wille der Gemeinde ist. Sodann ist durch das Merkmal der „Konfessionalität", was zunächst die Schulgemeinde und deswegen auch die Schule an sich tragen soll, noch nichts über den pädagogischen Inhalt dieses Merkmals gesetzt: diesen pädagogischen Inhalt zu bestimmen, ist wiederum nicht ein Recht der Kirche, sondern der Schulgenossenschaft, auch nicht der einzelnen Lokal-Schulgemeinde, sondern der gesamten organisierten landschaftlichen Schulgenossenschaft. — Es ist mir unbegreiflich, wie der Kritiker in der Protestantischen Kirchenzeitung und der in den Preußischen Jahrbüchern diese klaren Unterschiede der Rechtsverhältnisse haben übersehen können, wenn sie anders sich die Mühe gegeben haben, die Theorie der freien Schulgenossenschaft erst zu verstehen, bevor sie sie beurteilen wollten. Freilich haben die Theologen und politischen Publicisten keine Zeit, sich mit Schulfragen ernstlich zu beschäftigen, — aber warum maßen sie sich dann ein Urteil an?

Worin liegt aber nun zwischen uns beiden das rätselhafte Mißverständnis, da es in dem vorbesprochenen Punkte nicht wohl stecken kann? Etwa darin, daß ich der Kirche in den lokalen und landschaftlichen Repräsentationen eine Vertretung zuspreche? Aber dieser Umstand kann es doch auch nicht veranlaßt haben, denn die übrigen Lebensgemeinschaften und der Lehrerstand sind ja ebenfalls vertreten und zwar in gleichem Maße. Wollte man aus jener kirchlichen Vertretung folgern, die Schule sei zu sehr auf das Rechtsgebiet der Kirche gezogen, so könnte ein anderer dieselbe Folgerung hinsichtlich der übrigen Korporationen ziehen, namentlich könnte er den Staat als privilegiert bezeichnen, weil dieser doch die gesamte Oberleitung und überdies in der Bezirksregierung den Schwerpunkt der Schulverwaltung besitzen soll. Wollte aber jemand gar behaupten, diese Vertretungen der öffentlichen Lebensgemeinschaften dürften überhaupt und überall nicht stattfinden, vielmehr solle die Schulgenossenschaft nur auf der Basis der Familie sich organisieren, so würde man ihm doch sagen müssen, daß damit die Schule aus dem ge-

samten nationalen und Kulturleben herausgesetzt wäre, — eine Maßregel, die zwar beim Privatschulwesen statthaft ist, aber da, wo ein öffentliches Schulwesen bestehen soll, Unsinn heißen würde. Wer „öffentliches Schulwesen" sagt, der sagt damit zugleich, daß die Interessen aller nationalen und Kulturgemeinschaften bei der Organisation desselben beachtet, benutzt und garantiert sein sollen. Übrigens ist das keine Prinzipienfrage mehr, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob die gewählten Mitglieder der Schulrepräsentation nur aus Urwahlen hervorgehen oder aber auch Deligierte der bürgerlichen Gemeinde und der Kirchengemeinde enthalten sollen, — wenn nämlich der Bürgermeister und der Pastor bereits in diesem Kollegium sitzen. (Lassen Sie mich en passant daran erinnern, daß jene Kritiker mir Schuld geben, meine Theorie wolle das Schulwesen von dem nationalen und politischen Leben isolieren, — mir, der ich die Verbindung der Schule mit aller nationalen und Kulturgemeinschaft aufs allerstärkste betone und befürworte. Das ist doch in der That „böhmisch"! — ich weiß keinen andern Ausdruck dafür.

Ich darf demnach wohl annehmen, daß die kirchliche Vertretung im Schulorganismus ebenfalls nicht der Grund des Mißverständnisses zwischen uns beiden ist. Sollte er aber in dem kleinen Umstand liegen, daß unsere rheinischen Vorschläge einen Pfarrer zum Präses des Schulvorstandes machen wollen, einen Pfarrer qua Pfarrer? Wenn Ja, so muß ich vorab bemerken, daß dies keine principielle, sondern eine technische, eine die Anwendung der Principien (auf gewisse gegebene Verhältnisse) betreffende Frage ist, die je nach Umständen so oder anders beantwortet werden kann. Dasselbe gilt von einer Reihe anderer Organisationsfragen: das Prinzip — ich meine das Familienprinzip — fordert nur, daß auf dem Gebiet des Bildungswesens der Familie ein Bereich eigenen Rechts zuerkannt werde, das von den andern Lebensmächten zwar mitgepflegt und mitbeeinflußt werden kann, so weit dies im Einverständnis mit der Familie geschieht, über das dieselben aber niemals ein Recht beanspruchen dürfen; — zur Abgrenzung und zum Schutze dieses familiären Rechtsbereiches ist weiter erforderlich, daß die Familien zu Schulgenossenschaften sich verbinden und zwar zu solchen, deren Mitglieder das gleiche ethische Bildungsideal haben; — und endlich ist erforderlich, daß einerseits die Lokalgemeinden derselben Art zu landschaftlichen Genossenschaften derselben Art sich verbinden und andererseits die Lokal- und Landschaftsgemeinden verschiedener Art sich um der nationalen Aufgaben willen territorial zusammenschließen. So läßt sich das Recht der Familie d. i. zugleich die Natur und Aufgabe der Schule sichern, und doch ist

auch die Möglichkeit gegeben, die Schule mit allen nationalen und Kulturmächten in eine lebensvolle Verbindung zu setzen. Stehen diese Prinzipien einmal fest, so hat das organisierende Überlegen einen weiten Spielraum. Mein Organisationsplan greift die Sache en gros an: er giebt frisch weg allen Interessenten gleiches Vertretungsrecht. Ob dies genau das Rechte ist, bekümmert mich nicht viel; ich glaube nur, daß es für unsere rheinisch-westfälischen Verhältnisse paßt. Wo andere Verhältnisse sind, wo z. B. Patronatsrechte respektiert werden müssen, oder wo die Kirche ein Cadaver ist u. s. w., — da möge man anders überlegen. Ich verlange nicht, darein zu reden, solange man uns Rheinländern unsere Freiheit in diesem Betracht läßt. Irre ich nicht, so wird Ihnen auch nicht entgehen können und nicht entgangen sein, daß in der praktischen Ausgestaltung meine von unten aufbauende Theorie mit einer im echt nationalen Sinne und im wahrhaft liberalen Geiste von oben, vom Staate aus bauenden Theorie nicht allzuweit entfernt bleibt, vielleicht sogar im wesentlichen zusammentrifft. Ist der nationale Sinn und die liberale Gesinnung in der That auf beiden Seiten gleich, so können etwaige Abweichungen — abgesehen von der Verschiedenheit gegebener Verhältnisse — nur darin noch ihren Grund haben, daß mir beim Bildungswesen wie bei allen socialen Angelegenheiten die Freiheit das erste Bedingnis des Gedeihens gilt, dagegen die nationale Einheit erst in zweiter Linie wünschenswert ist.

Was nun speciell das Präsidium im Schulvorstande betrifft, so sind wir hier zu Lande der Meinung, daß dasselbe eigentlich dem Lehrer gebühre — wenigstens ebensogut gebühre, wie dem Pfarrer der Vorsitz im Presbyterium und dem Bürgermeister der im Gemeinderate. Dieweil aber zur Zeit die meisten (?) Lehrer zu einem solchen Posten nicht die erforderliche Bildung besitzen, und deswegen, wie aus historischen Gründen, eine solche Forderung von den Staats- und Kirchenmännern wie von Vielen im Publikum nur mit Spott oder doch mit Mißtrauen aufgenommen werden würde, — weil wir ferner überdies noch viele dringlichere Forderungen einzukassieren haben: so wollen wir jene einstweilen vertagen. Man könnte zwar vorschlagen wollen, der Vorsitzende solle vom Schulvorstande selbst gewählt werden; dies paßt uns aber auch nicht, weil wir uns nicht in die Lage bringen möchten, über unsere Befähigung und noch weniger über unser principielles Recht abstimmen zu lassen. Ist diese Rechtsfrucht dereinst reif, so wird sie uns von selbst in den Schoß fallen; zu früh gepflückt, könnte ihre Säure uns Leibschmerzen verursachen. Somit sehen wir uns auf das Präsidium des Pfarrers angewiesen, da in unsern Verhältnissen am Rhein kein

besseres und bequemeres zu finden ist. (Es giebt allerdings einen kleinen Distrikt in der Rheinprovinz (die Kreise Gummersbach und Waldbroel — das sog. Oberbergische), wo nicht der Pfarrer, sondern der Bürgermeister Präses des Schulvorstandes ist, wobei auch die Lehrer sich ziemlich wohl befinden.) Wo in den Städten über den einzelnen Lokal-Schulvorständen eine sog. Schulkommission besteht, da muß selbstverständlich der Bürgermeister Präses dieses Kollegiums sein. Auch gebührt ihm überall (auch auf dem Lande) die Mitgliedschaft in der Repräsentation (vielleicht auch im Schulvorstande) der Lokal-Schulgemeinden.

Wo nun außerdem noch ein Anlaß zu jenem Mißverständnis liegen könnte, vermag ich nicht zu vermuten. Einen Zusammenschluß aller nationalen Kräfte wünschen wir auch, — jedoch erst dann, wenn das Recht der Familie und der erziehliche Charakter der Schule sicher gestellt sind. In Notfällen, d. h. da, wo die Existenz einer Schule nicht anders möglich ist, als daß auch Familien gemischten religiösen Bekenntnisses sich zu einer lokalen Schulgemeinde verbinden, da ist die Simultanschule eben durch die Not geboten und somit gerechtfertigt. Solche Ausnahmen verstehen sich ebensogut von selbst, als daß derjenige, der keine Schuhe hat, barfuß gehen muß. Aber wo es nicht nötig ist, den erziehlichen Charakter der Schule und das Recht der Familie auf denselben preiszugeben, heißt nur, die Seele verkaufen, um den Leib besser pflegen zu können. Dazu darf ein Lehrer, der berufene Wächter der Schule, am allerwenigsten raten.

So viel ich zu sehen vermag, steht nichts im Wege, um beide Ziele unverkürzt zu erreichen, beide nämlich: die Sicherung der ethischen Schulgüter, wie den national-territorialen Zusammenschluß aller Kräfte zur Pflege des Bildungswesens. Wenn etwas im Wege steht, so können es nur verkehrte Ansichten sein, die durch irgend einen Umstand (Furcht vor klerikalem Einfluß u. s. w.) sich haben in die Irre jagen lassen. Freilich muß erst das Recht der Familie auf einen ungeschwächten erziehenden Unterricht und demgemäß auf ethisch-einheitliche Schulgenossenschaften anerkannt werden, sonst ist die Verbindung beider Ziele nicht durchführbar. Der Staat hat nicht die Schulanstalten zu leiten, sondern die Schulgenossenschaften, — gerade so, wie er nicht eine Ehe zu stiften, sondern die recht gestifteten zu schützen hat, und vordem die Bedingung festzustellen, unter welcher eine Ehe als staatlich gültig anerkannt werden kann. Unter diese Bedingungen darf er aber nicht die aufnehmen, daß die Ehe notwendig eine gemischte sein müsse. So wenig er nun befehlen kann, daß gemischte Ehen die Normal-Ehen seien, so wenig

darf er auch gemiſchte Schulen für die Normal-Schulen erklären und befehlen. Wenn er das letztere dürfte, ſo müßte er auch das erſtere dürfen. Nur der Nebel, der über dem Erziehungsweſen gelagert iſt — vornehmlich durch Schuld der Kirche — nur dieſer Nebel hat dieſe ſonnenklare Wahrheit da und dort verdecken können. Und ſolange nicht behauptet werden kann, daß die gemiſchte Ehe (aus Proteſtanten und Katholiken, oder aus Chriſten und Juden u. ſ. w.) für die Erziehung am günſtigſten ſei, ſo lange wird man auch nicht behaupten können, daß die gemiſchte Schule für die Erziehung am geeignetſten ſei.

Unſere, der Lehrer Loſung muß demnach, wie ich meine, ſein:

Die ganze Erziehung unverkürzt, d. h. die Erziehung mit allen anerkannten Kultur- und Erziehungsmitteln, und die Pflege dieſer Schulerziehung mit allen nationalen Kräften.

Sind Sie damit einverſtanden, und erkennen Sie dann hinſichtlich der Ausführung an, daß dieſelbe nur möglich iſt, wenn das Staatsrecht dem Familienrechte den Vortritt laſſe, — ſo ſind wir im weſentlichen einig und werden uns über alles Übrige leicht verſtändigen.

Es iſt mir hier und da das Mißverſtändnis begegnet, als ob das Familienprincip die Schule in die Hände von Pöbel-Majoritäten ausliefere. Ein grobes Mißverſtändnis! Ob das Schulweſen in demokratiſchen, oder in ariſtokratiſchen Formen regiert werden ſoll, und ob die Lokal-Schulgemeinde independent ſein oder in ein größeres Ganze eingegliedert ſein ſoll, — darüber entſcheidet das Familienprincip ebenſowenig etwas, als das Staatsprincip an ſich. Denn wo das Staatsrecht den Vortritt oder die Alleinherrſchaft über die Schule hat, da könnte die Verwaltung ebenſogut übermäßig demokratiſch geordnet ſein (wie z. B. in mehreren Schweizerkantonen), als ariſtokratiſch u. ſ. w. — gerade wie beim Familienprincip. Das Familienprinzip iſt eben nur ein Rechtsbegriff, — ein Begriff, der feſtſtellen ſoll, nach welchen Merkmalen die Schulgenoſſenſchaft gebildet werden ſoll: ob nach den Merkmalen, welche die Familie bilden, oder aber (beim Staatsprinzip) nach denen, welche zum Begriff des Staatsbürgers gehören. Über die Verwaltungsweiſe der Schule entſcheidet lediglich die Organiſation der Schulgenoſſenſchaft.

Damit wäre ich denn endlich am Ende meiner Bemerkungen. Sollte vielleicht das eine oder andere noch unklar geblieben ſein, ſo kann mutmaßlich das beiliegende Druckblatt ein wenig aushelfen. Es enthält die Grundgedanken eines Vortrages, den ich auf der deutſch-holländiſchen Paſtoralkonferenz zu Weſel zu halten hatte, — durch meinen Freund

Dr. Fabri wider Willen dazu gepreßt. Obwohl ich, wie Sie leicht denken können, nicht verfehlte, das Fremdartige und Herbe meiner Ansichten nicht gar zu schroff hervortreten zu lassen, so fielen dieselben doch bei fast allen deutschen Pastoren gründlich durch; die Holländer hatten zum Teil wenigstens feinere Ohren. Wie mir einige Kollegen versicherten, soll sogar ein deutscher Geistlicher hinter meinem Rücken sich so sehr ereifert haben, daß er mich einen „Räuber" schalt, der der Kirche ihr Gut rauben wolle. Dieses Begegnis war mir nicht befremdlich. In einem norddeutschen Kreise von Lehrern hatte vor kurzem ein Geistlicher in höchstem Eifer gesagt: „Ja, ja; — der D., das ist unser gefährlichster Gegner; mit Gneist und Konsorten, und mit der „Deutschen Lehrerversammlung" wollen wir schon fertig werden, — aber der, der bricht in unsere Festung ein!" u. s. w. — Da sehen Sie, wie ich von allen Seiten Hiebe bekomme. „Feinde ringsum"! — — —

Mit aufrichtiger Hochachtung und einem herzlichen Gott zum Gruß

Ihr

F. W. Dörpfeld.

Schlichting hat darauf folgende Antwort gegeben:

„Z. Z. Berlin, den 24. Nov. 1869.

Lieber Herr Dörpfeld.

Ihre umfangreiche Zuschrift habe ich mit großem Interesse gelesen, freilich ohne mich, so sehr ich auch Ihre mehr philosophische Begründung schätze, praktisch damit einverstanden erklären zu können. Erlauben Sie, daß ich, wie ich es gewohnt bin, ohne Umschweife die Gründe meiner Abweichung darlege.

Sie legen bei der Entwicklung des Schulwesens das Familienprinzip zu Grunde. Aber wo finden wir die idealen Familien, die sich zu der Höhe entwickelt hätten, daß wir dies Princip darauf basieren könnten? Wir sollen ein Unterrichtsgesetz für den preußischen Staat schaffen; schauen Sie die Familien, aus denen dieser Staat zumal in seiner östlichen Hälfte besteht, mal an, ob die geeignet sind, das von Ihnen an sich mit Recht hochgehaltene Princip zu repräsentieren. Nach meiner Ansicht würden wir bei Durchführung Ihrer Theorie einen schrecklichen Rechenfehler machen. (? D. H.)[1])

„Die Schulgenossenschaft muß dasselbe ethische Bildungsideal anerkennen". Giebt es denn eine katholische und daneben eine protestantische Ethik? oder auch nur eine jüdische? Die Ethik ist für mich nur eine für die ganze Menschheit, jedes Ideal, was davon abweicht, ist ein falsches und wenn hoffentlich sich keiner einbildet, das Vollkommene ergriffen zu haben, so streben wir doch alle, hoffe ich, einem Ziele zu und müssen uns darin brüderlich beistehen, auch die Religion darf uns hier auf diesem Gebiete nicht

[1]) Vergl. Trüper, Familienrechte an der öffentlichen Erziehung.

ſcheiden.[1]) So ſehe ich es ja auch vor mir. Täglich bin ich jetzt in Gemeinſchaft von Katholiken, Proteſtanten, Juden, Tags in den Sitzungen, Abends in den Kommiſſionen und Fraktionen und ſpäter am Biertiſche, aber eine ethiſche Verſchiedenheit, die menſchliche Schwäche abgerechnet, gewahre ich nicht.

So bin ich auch nicht damit einverſtanden, daß der Staat, getrennt von der Kirche, nur materialiſtiſche Zwecke kennt und gebe alſo die dort gezogenen Folgerungen nicht zu. Der Staat bedarf der Bildung ſeiner Bürger und muß dafür Rat wiſſen. Es giebt doch im Staate gebildete Leute. Der Kirche gehört der Kultus an, die Befriedigung des religiöſen Bedürfniſſes, das iſt ihre Sphäre, über die ſie ja ſtets weit hinausgegriffen hat. Auch Sie führen ſie auf ein Gebiet, das bei aller Anerkennung ihrer ſeelſorgeriſchen Rechte und Pflichten nicht das ihre iſt. So weiß ich auch nicht, wie Sie dazu kommen, die Geiſtlichen (als ſolche) als *techniſche* Mitglieder der Schulverwaltung anzuſehen. Als Repräſentanten der Bildung ſollen ſie mir im Schulvorſtand willkommen ſein.

So kann ich auch nicht die Notwendigkeit begreifen, daß die Verſchiedenheit der kirchlichen Bekenntniſſe eine Verſchiedenheit der Schulen nötig mache. In ethiſcher Hinſicht unterſcheiden die Kirchen ſich ja nicht (wenn Sie nicht etwa die Jeſuiten als eine Kirche anſehen wollen), und wie groß iſt denn die Differenz auf religiöſem Gebiet? Mit den Katholiken haben wir die ganze Bibel gemein, iſt das nicht ein Feld, weit genug, damit wir nicht in die Dornen geraten, die die Hecke bilden? Und ſelbſt mit den Juden, wie viele religiöſe Anſchauungen haben wir mit ihnen gemein.[2]) Aber namentlich wir Chriſten, wir mögen uns ja ſchämen, tief ſchämen, daß die paar Dogmen im ſtande ſind, uns in ſo wichtigen Dingen zu entzweien. Und dieſe Dogmen würden das auch nie vermocht haben, wenn nicht der Prieſterſtand ihrer bedurft hätte, um ſich wichtig und mächtig zu machen. Nie werde ich dieſem Hader dienen und namentlich „den Kindern ſoll man nichts von Haderſachen ſagen" — ein altes wichtiges Wort. Auf denſelben Schulbänken müſſen ſie von Jugend auf nebeneinander ſitzen, damit ſie ſich kennen, achten und lieben lernen. Und daß es möglich[3]) iſt, weiß ich aus Erfahrung. Schon als ich Lehrer einer ganz gewöhnlichen Stadtſchule war, ſaßen Katholiken, Proteſtanten und Juden friedlich und freundſchaftlich nebeneinander.[4]) Es iſt eine *ſchwere*

---

[1]) Die politiſchen Anſchauungen auch nicht?! Tr.

[2]) In der Simultanſchule hätte aber der Jude das Recht, daß wir alles, was jenſeits dieſes Gemeinſamen liegt, totſchwiegen, d. i. die religiös-ſittliche Kulturentwickelung ſeit 1900 Jahren. Tr.

[3]) Auch wahrſcheinlich? Dann müßten die Socialdemokraten, die Liberalen, die Konſervativen und das Centrum, die auf denſelben Parlamentsbänken zuſammenſitzen, es ja auch ſein. Der Kulturkampf der ſiebziger Jahre und der Kampf um die lex-Heintze haben dieſe Sitzeinigkeit uns vortrefflich veranſchaulicht. Dennoch iſt dieſes liberale Dogma bis heute für die Schulfrage Dogma geblieben. Dieſe Sitzeinigkeit iſt auch die Urſache, daß das preußiſche Abgeordnetenhaus alle Schulgeſetzentwürfe von 1817—1900 hat Entwürfe bleiben laſſen. Tr.

[4]) Gegen eine *freiwillige* Simultanſchule hat auch Dörpfeld nichts einzuwenden. Tr.

Verirrung derer, die da meinen, sie thun Gott einen Dienst daran, unsere Kinder nach ihren (d. h. ihrer Eltern) Dogmen in Gruppen zu stellen und einander mindestens zu entfremden.

Halten Sie's mir zu gut, lieber Herr Dörpfeld, daß ich mich frei ausspreche, aber ich bitte Sie, lesen Sie bei mir nicht zwischen den Zeilen und namentlich aus dem Obigen keine Beschuldigungen für Sie heraus. Ich schreibe alles in die Zeilen selbst, was sollte mich auch abhalten?

Den 12. Novbr.

Als ich Obiges schrieb, schien der Schulgesetzentwurf seiner Geburt so nahe zu sein, daß ich hoffte, ihn in ein paar Tagen in Händen zu haben und Ihnen mitsenden zu können. So ist die Zeit in Hoffen und Harren vergangen; in den Zeitungen konnten wir den Entwurf schon vor 8 Tagen lesen und erst gestern und heute habe ich mir die beiden Exemplare anschaffen können, die ich Ihnen mitsende. — — —

Die Verschiedenheit der Wege, auf denen wir fortzuschreiten gedenken, sehe ich nicht als eine persönliche Scheidung an und verbleibe mit aufrichtiger Hochachtung

Ihr

M. Schlichting."

Diese wohlgemeinte Antwort eines der Schule Wohlgesinnten beweist nur, wie notwendig noch das Erscheinen der letzten Schrift Dörpfelds war[1]) und wie vortrefflich Dörpfeld in seinem „Anhange" zur „Leidensgeschichte": „Die politischen Parteien und die Volksschule"[2]) unsere parteipolitische Zerfahrenheit und Zielloſigkeit beleuchtet hat, die da kranken „an unwahren, prinzipiell falschen Gegensätzen". Mit Freuden begrüßt er darum das Bestreben Bismarcks, „die falschen Parteien zu zersetzen, aufzulösen und aufzureiben, denn sonst ist kein Vorankommen."[3])

## 4. Die Schädigung des Volkscharakters durch das politische Parteitreiben

hat unsern Volkserzieher überhaupt viel beschäftigt.

Vor dem Wellenschlage dieses elenden Parteitreibens die Volksschule und den Lehrerstand zu schützen, das lag ihm außerordentlich am Herzen. In der „Leidensgeschichte der Volksschule" und insbesondere in dem oben erwähnten „Anhang" dringt er immer wieder darauf, doch mit der Schule keine parteipolitische Heeresfolge zu leisten und sie dem Parteiwesen zu entrücken.

---

[1]) Das Fundamentstück einer gerechten, gesunden, freien und friedlichen Schulverfassung. Ges. Schriften. Band VII.

[2]) Bd. IX, S. 256—291.

[3]) Brief an seinen Sohn Wilhelm.

Mit dieſer Emanzipation der Volksſchule und ihrer Lehrer beſchäftigt ſich auch folgende in ſeinem Nachlaſſe vorgefundene briefliche Skizze für einen Vortrag. Sie iſt zugleich eine Probe von vielen Vorträgen, die andere gehalten haben, deren Inhalt aber von dem unermüdlich thätigen Manne in der ſtillen Studierſtube ſtammte.

## „Was kann geſchehen, um die Volksſchule und ihre Lehrer vor dem ſchädigenden Einfluſſe des politiſchen Parteigetriebes möglichſt zu ſchützen?“

In dieſer Geſamtfrage liegen 3 Einzelfragen:

(Thatſache und Begriff) I. Iſt ein ſolcher ſchädigender Einfluß *wirklich vorhanden* — genauer: iſt der *Einfluß* da und worin beſteht ſeine *Schädigung*?

(Geneſis. Urſache) II. Woher *rührt* dieſer Einfluß und ſeine ſchädigenden Wirkungen?

(Schutzwehr) III. Welches ſind die *Schutzmittel* dagegen?

*Bemerkung*: Nach dialektiſcher Regel müßten dieſe 3 Fragen in dieſer *Reihenfolge* behandelt werden. Bei I und II hat das (das *induktive* Verfahren) aber im vorliegenden Falle große Schwierigkeiten, die einerſeits in der Sache, andererſeits im Publikum und dritterſeits in dem Umſtande liegen, daß dem Vortrage in der Verſammlung nur kurze Zeit gegönnt iſt. Soll rein induktiv verfahren werden, ſo muß man jeden einzelnen Schaden (oder eine Gruppe von Schäden) ſo vorführen und in ſolcher Beleuchtung, daß die betreffende Urſache *ſofort ins Auge fällt* — (wie beim Experiment im phyſikaliſchen Unterricht). Das würde aber eine ſehr umſtändliche Arbeit geben. Überdies iſt es bei dieſem Publikum, weil es auf dem Schulgebiete nicht orientiert iſt, nötig, die Schädigungen in einer (logiſch-geordneten) *überſichtlichen* Reihenfolge vorzuführen — auch darum, damit von vornherein der Eindruck entſteht, hier habe man es in der That mit zahlreichen und großen Übelſtänden zu thun. Eine ſolche überſichtliche Reihenfolge der *Schäden* (nach pädagogiſchen Rubriken, etwa: Schuleinrichtung, Unterricht und Erziehung, Dotation, Penſion und Stellung der Lehrer, Verwaltung, Agitation der Lehrer u. ſ. w. — oder ähnlich) deckt ſich aber gar nicht mit der unter II auftretenden Reihenfolge der *Urſachen*. Es hält ſomit ſchwer, das nötige Licht herbeizuſchaffen, um erkennen zu laſſen, daß jene Übelſtände eben aus dieſen Urſachen ſtammen.

Wenn Sie daher keinen beſſeren Rat wiſſen, als ich, dann ſcheint es mir am beſten, dies Mal *deduktiv* vorzugehen, nämlich: erſtlich die im politiſchen Parteigetriebe liegenden *Urſachen*, d. i. die verkehrten Geſichtspunkte und Strebungsrichtungen, bloßzulegen, und dann die Aufzählung ſämtlicher daraus herfließenden *Schädigungen* vorzunehmen. Gerät es dort, jede einzelne Urſache deutlich erkennen zu laſſen und ihre Verkehrtheit nachzuweiſen (und dieſe Verkehrtheit durch etliche Beiſpiele von Schädigungen zu belegen): ſo kommt auf dieſe Weiſe doch eine Art von Induktion heraus. Freilich muß man hernach, bei der ausführlichen Auf-

zählung der Schädigungen, und der Kürze der Zeit willen, doch darauf verzichten, bei jedem einzelnen Schaden seine Quelle nachzuweisen, zumal häufig mehrere Quellen vorhanden sind. Hier bleibt dann nichts anderes übrig, als dem durch I. beigebrachten Lichte zu vertrauen.

Im Folgenden sind demnach die obigen Fragen I und II in umgekehrter Ordnung aufgeführt.

## I.

Worin liegt es, daß die Schule so viele und mancherlei schädliche Einwirkungen von seiten des politischen Parteigetriebes erleiden muß?

Der allgemeine Grund liegt darin, daß das Schulwesen in seiner jetzigen Verfassung zu sehr von der Politik abhängig ist.

Die speciellen Gründe sind folgende:

(politische Pädagogik) 1. In der Schulverwaltung drängen sich die politischen Gesichtspunkte und Zwecke zu sehr in den Vordergrund und drängen dadurch die pädagogischen zu sehr bei Seite: dadurch wird das Schulwesen ungesund.

So würde es auch sein (bei der reinen Staatsschule), wenn die Staatsregierung eine patriarchalisch-absolute wäre. In Folge der sog. konstitutionellen Staatsversammlung, wonach die Centralregierung mehr oder weniger eine Parteiregierung ist, treten noch mehrere specielle Gründe hinzu, nämlich:

(Parteifehler) 2. Jede Partei hat in ihren Parteiansichten auch eigentümliche Schwächen und Gebrechen, und wenn sie zur Herrschaft kommt, so leidet die Schule auch durch diese Parteifehler.

(Parteizwecke) 3. Jede Partei läßt sich verleiten, die Schule und den Lehrerstand als Mittel für ihre Parteizwecke zu benutzen — wodurch das Schulleben beunruhigt, die Schulaufgabe gefälscht, der Lehrerstand von seinem Berufe abgezogen und noch andern sittlichen Gefahren ausgesetzt wird.

4. Infolge des Wechsels der Regierung je nach der politischen Parteikonstellation ist die Verwaltung des Schulwesens zu häufigen und zu heftigen Schwankungen ausgesetzt.

## II.

Worin **bestehen** die Schädigungen dieses Einflusses?
Nach gewissen Rubriken geordnet:

### A. Schuleinrichtung.

(Von liberaler Seite) 1. Der religiöse und damit der pädagogische Charakter der Schule geschädigt — durch die Simultanisierung. (Schädigung der Kirche und der Familie und des Volkslebens überhaupt).

Eine richtige (rein pädagogische) Schulverwaltung kann nicht simultanisieren, weil dies den pädagogischen Charakter der Schule beeinträchtigen würde; — sie darf es nicht, weil sie sonst das Recht der Familie verletzen würde. Was demnach als pädagogischer Grund für die Simul-

tanisierung angegeben wird, kann somit nicht das wahre, wirkliche Motiv sein. Das wirkliche Motiv liegt in den politischen und kulturpolitischen Absichten.

Daß die Pädagogik eine konfessionelle Schule fordern muß, hat das zweite „Gutachten“ [1]) bewiesen. Es hat sich in der Presse auch noch keine Gegenstimme erhoben.

2. Die Klassenzahlfrage ist übel verunreinigt worden.

Um die Simultanisierung durchsetzen zu können, wurden die Vorteile der mehrklassigen Schule (gegenüber der einklassigen) übermäßig hervorgehoben, womit die Wertschätzung in eine falsche Schätzung sich verwandelte. Denn wenn es z. B. wirklich wahr wäre, daß die achtklassige Schule unterrichtlich vorteilhafter sei als die vierklassige, so würden diese Vorteile doch nicht so bedeutend sein, um die Nachteile der Simultanisierung aufwiegen zu können. Das ist aber gerade behauptet worden.

Wenn nun auch keinerlei Gefahr mehr vorhanden wäre, daß man versuchen würde, die Simultanschule einzuführen, so wird doch die falsche Schätzung der mehrklassigen Schulen, wie sie durch jene Agitation verbreitet worden ist, für lange Zeit in vielen Köpfen sitzen bleiben. Der Schade ist also unter allen Umständen da.

3. Das Fachlehrer-System (Teilung der Arbeit) ist übermäßig begünstigt und verbreitet worden.

Das mußte ebenfalls geschehen, um die Simultaneinrichtung durchsetzen zu können. Diese falsche Schätzung steckt jetzt auch bereits in vielen Köpfen, — und sie bleibt, daran haben die künftigen Simultanisierungsbestrebungen wieder eine treffliche Hülfe.

(Von konservativ-kirchlicher Seite) 4. Die Hauptlehrerfrage konnte nicht rechtzeitig zum Austrag kommen.

Daß das Hauptlehreramt eingeführt werden muß, ist so selbstverständlich wie möglich. Das konservative Schulregiment hat es jedoch nicht gethan, lediglich deshalb, weil die evangelischen und katholischen Geistlichen selber Schuldirigenten bleiben wollten, und weil die Konservativen dies im Interesse ihres Prinzips glaubten unterstützen zu müssen. Falk würde das Hauptlehreramt eingeführt haben, wenn er seiner Einsicht hätte folgen wollen. Er fürchtete aber (nach eigener Aussage), dadurch die Pastoren zu sehr vor den Kopf zu stoßen — zumal in den alten Provinzen. Dies wollte er vermeiden, aber lediglich um deswillen, weil die Simultanisierungs-Idee ihm schon genug zu schaffen machte.

Wie viel Schaden durch die Sistierung der Hauptlehrerfrage angerichtet worden ist (in der Stimmung des Lehrerstandes, in der Haltung der jüngeren Lehrer, in der Simultan- und Klassenzahl-Frage), läßt sich gar nicht aussagen.

[In gewissem Betracht gehört die Hauptlehrerfrage unter die Rubrik „Schulverwaltung“. Und diese Seite der Frage ist es, wo die

[1]) Ges. Schriften VIII, 3. Teil. S. 63 ff.

Konservativen gestolpert sind, da hier, in der Schulverwaltungsfrage, ihre Hauptirrtümer liegen, weil sie ihre historischen Ansichten nicht loswerden können.]

## B. Unterricht und Erziehung.

Hier ist vorab schon vom Übel:

1. jeder *schroffe Wechsel* in den schulregimentlichen Weisungen, wie z. B. in Preußen in den „Regulativen" und den „Allg. Best." vorliegt. Solche Weisungen dürfen nicht zu starke Wandelungen vornehmen; sie müssen daher mit der bestehenden Praxis mehr Fühlung haben und halten. Die Regulative hatten diese Fühlung nicht. Die „Allgemeinen Bestimmungen" *konnten* sie nicht haben, da sie die Regulative vor sich hatten.

Dort wie hier lag der Grund darin, daß die Lehranweisungen wesentlich durch *politische* Zwecke veranlaßt resp. beeinflußt waren. Bei den „Allgemeinen Bestimmungen" liegt er in dem Wechsel des Ministeriums vor Augen; bei den „Regulativen" liegt er in den Ansichten der konservativen Partei zu Tage.

2. Das *Generalisieren* (Centralisieren) — zumal in einem Großstaate. Die Regulative haben es begonnen; die Allgemeinen Bestimmungen sind nur auf dieser Bahn gefolgt.

Die Pädagogik kann zu solchem Generalisieren nicht raten, weil in einem großen Staate die landschaftlichen Verhältnisse und Ansichten viel zu ungleich sind, als daß nicht da und dort ein Druck entstehe. Überdies verlangt die Pädagogik, daß das Schulwesen einen *volkstümlichen* Charakter habe, d. h. sich mit der Eigenart des Volkstums im Einklang befinde.

Wenn nun die Pädagogik zu solchem Generalisieren nicht raten kann, so ist klar, daß die „Regulative" und „Allgemeinen Bestimmungen" wesentlich aus *politischen* Motiven hervorgegangen sind.

3. Das Uniformieren im Detail — z. B. der *Schulbücher*.

a) *Lesebuch*. — Zu große Buntheit ist gewiß nicht wünschenswert. Aber die radikale Weise, wie die jetzige Regierung die Sache behandelt, ist auch vom Übel. Es erwächst mehrfacher Schade. Der Fortschritt in diesen Büchern wird erschwert, — Wohlthätigkeits-Institute werden schwer beeinträchtigt, — die Bücher verlieren ihre volkstümliche Gestalt u. s. w. Überdies ist nicht einzusehen, warum für einige wenige Autoren und Buchhändler Sinecuren geschaffen werden sollen.

Daß das Drängen der jetzigen Regierung auf Uniformität bei den Lesebüchern wesentlich durch *politische* Motive beeinflußt ist, geht daraus hervor, daß namentlich möglichst *simultanisierte* Bücher empfohlen wurden.

b) *Fibel*. — Hier wird (z. B. zu Solingen!) gefordert, daß dieselbe nicht bloß der Seminar-Fibel *konform* sei — das ist die Solinger — sondern daß die bestimmte Seminar-Fibel (Fechner) gebraucht werde. Da ist kein vernünftiger Grund ersichtlich, — lediglich das Egalisierungsprincip.

## C. Schulregiment (Aufsicht ꝛc.).

(Von liberaler Seite) 1. Die *bureaukratische Veräußerlichung* nimmt zu. So tritt in den Instanzen der persönlichen Leitung die

Schulpflege immer mehr zurück — vor der bloß anspornenden, treiberischen Inspektion.

Die Pädagogik kann das nicht billigen. Daraus geht hervor, daß weniger pädagogische als politische Gedanken dabei im Spiele sind, — wenn auch nicht specielle, bestimmte Zwecke, so doch ein Übergewicht der politischen Interessen vor den pädagogischen. Unter diese Rubrik (Bureaukratisieren, Disciplinieren) gehört auch in unserer Gegend die Umwandlung des Schulvorstands-Präsidiums in eine sog. Lokal-Schulinspektion.

2. Die reinen und rohen pädagogischen Laien (Bürgermeister, Notare, Bauern u. s. w.) in den Lokal-Schulinspektionsposten.

Das ist kein Mißgriff, sondern ein Skandal, — eine rohe Beleidigung des Lehrerstandes und der Pädagogik.

Daß die Schulregenten dies nicht fühlen, beweist nur, wie sehr die pädagogischen Gesichtspunkte und das pädagogische Sensorium abhanden gekommen sind. Sind sie aber abhanden gekommen, so muß etwas anderes an ihre Stelle getreten sein; — und das ist die Politik (Kulturkampf u. s. w.).

Auch die Anstellung von höheren Lehrern zu Lokal-Schulinspektoren schließt eine Beleidigung des Volksschullehrerstandes in sich. Daß die Pastoren den Lokal-Schulinspektor spielen sollen, ist ebenfalls nicht gut; aber es liegt darin keine Beleidigung, da dies auf gewohnten historischen Verhältnissen ruht.

3. Der große Einfluß der politischen administrativen Organe (Bürgermeister, Landräte, Regierungs-Präsidenten, — Stadtverordneten) auf die inneren Angelegenheiten des Schulwesens.

Wer hat die Simultanschulen durchgedrückt? (Die Bürgermeister, Landräte u. s. w.)

Noch eklatanter ist eigentlich der Einfluß, der den Gemeindeverordneten auf die inneren Schulangelegenheiten (Simultanisierung) gestattet wurde. (Hierher gehört auch die Beseitigung des alten Lehrer-Wahlkollegiums hier am Niederrhein — obwohl dies unter v. Mühler stattfand.)

In allem diesem liegt die Politisierung der Schulverwaltung klar zu Tage. —

(Von der konservativen Seite.) Bei den Konservativen tritt ihre schwache Seite gerade in der Ansicht vom Schulregiment am stärksten hervor. Ihre Fehler machen sich vornehmlich in der Abneigung gegen gebotene Verbesserungen bemerkbar — negativ, konservativ. Nämlich:

4. Das Recht des Lehrers auf die Mitgliedschaft im Schulvorstande haben sie nicht anerkannt, als sie die Macht in Händen hatten.

5. Bei der lokalen Schulaufsicht beanspruchen die Pastoren eine technische Schulinspektion, — und rauben dadurch dem Lehrer seine fachmännische Ehre. (Abgesehen von andern Unzuträglichkeiten.)

6. Sie wollen dem Lehrerstande keine fachmännische Kreis-Inspektion gestatten.

7. Von keiner Seite ist die Idee einer Schulsynode (oder Schul-Ausschuß ꝛc.) mit mehr Abneigung, Verachtung und Feindschaft aufgenommen worden, als gerade von seiten der Konservativen und besonders der

Geiſtlichen. Daß dem Verhalten in dieſen vier Punkten keine pädagogiſchen Motive zum Grunde liegen, kann nicht zweifelhaft ſein. Was für welche ſind es denn? Entweder politiſche, oder hierarchiſche. Nach dem Urteil der Geſchichte iſt aber der Hierarchismus die ſchlechteſte Sorte der Politik. — Was in meinen Augen das ſchlimmſte bei jenen vier Punkten iſt, liegt darin, daß dadurch die echten und rechten Paſtoren lahm gelegt worden ſind, — freilich nicht ohne ihre eigene Schuld. Die wahren Geiſtlichen ſind der Schule ſo nötig, wie dem leiblichen Organismus der Sauerſtoff.

## D. Parteifehler.

(Gebrechen und Schwächen.) [Die Schädigungen aus dieſer Quelle verdienen apart aufgeführt zu werden, weil ſonſt dieſelbe nicht genug ins Licht tritt].

(prinzipielle) 1. Die liberale Partei iſt (durchweg) mit Nachdruck für die beſſere äußere Ausſtattung der Schule (Dotation u. ſ. w.) eingetreten — z. B. Harkort — während die konſervative in der Zeit, wo ſie die Macht in Händen hatte, ſtets karg, wenn nicht teilnahmlos ſich zeigte. [Schulrat Bieck iſt eine Ausnahme und hieß deshalb auch ein läſtiger Mahner.]

Umgekehrt:

Die liberale Partei hat (wegen ihrer Kälte oder Feindſchaft in religiöſer Beziehung) die religiös-ethiſche Aufgabe der Schule ſtets vernachläſſigt, zum Teil auch ſchwer geſchädigt (Simultanſchule), während die konſervative in dieſem Punkte einſichtiger und pflichttreuer iſt.

Dieſer doppelte Gegenſatz zwiſchen den Tugenden und Fehlern der beiden Parteien iſt für den Lehrerſtand zu einer böſen Zwickmühle geworden — zumal wenn man auch noch den Gegenſatz in der Sorge für die fachmänniſche Ehre des Lehrerſtandes mit in Frage bringt. Denn zu welcher Partei ſollen ſie ſich halten?

(taktiſche) 2. Dieſe taktiſchen Fehler beſtehen darin, daß jede Partei (durch den politiſchen Gegenſatz) ſich leicht verleiten läßt, auch auf dem Schulgebiete das Gegenteil deſſen zu wollen, was die Gegenpartei will.

Z. B. a) die liberale Partei dringt auf Erlaß eines Unterrichtsgeſetzes — die konſervative hält auf, ſo viel ſie kann.

b) die liberale Partei begünſtigt den Realunterricht (zumeiſt aus unzulänglichen Gründen) — die konſervative ſieht dieſen Lehrgegenſtand ſcheel an (und fragt ebenfalls nicht nach den rechten Gründen).

c) die liberale Partei hat den obligatoriſchen Handarbeitsunterricht eingeführt — ein Teil der Konſervativen (Meyer aus Arnswalde) bekämpft und erſchwert dieſe Maßregel.

d) Die liberale Partei ſtreichelt die Lehrer — die konſervative kratzt ſie gelegentlich (v. Puttkamer) u. ſ. w. (vgl. neue Orthographie).

Zu den principiellen Fehlern der konſervativen Partei gehört auch noch dies, daß ſie ſtets geneigt iſt, von der pädagogiſchen Wiſſenſchaft geringſchätzig zu reden, während die liberale dies wenigſtens unterläßt, wenn ſie auch zu deren Pflege nichts Nennenswertes gethan hat.

## E. Verſäumniſſe.

Es ſind ſolche Verſäumniſſe gemeint, welche wider das eigene gute Prinzip begangen werden — die man alſo nicht erwarten ſollte. Was hier zu ſagen iſt, trifft vornehmlich die kirchlich-konſervative Partei.

Der Grund dieſer Verſäumniſſe liegt zwar zum Teil in Mangel an Einſicht, aber doch viel mehr darin, daß die Kirchenmänner, weil ſie mit einer politiſchen Partei alliiert ſind, zu ausſchließlich auf die politiſche Lage der Dinge, auf das politiſche Arbeitsfeld und auf die politiſchen (ſtaatlichen) Maßregeln ſehen. Dadurch wird der Blick von andern Arbeitsgebieten und namentlich von den freien, ſtillen Arbeiten abgelenkt.

Wie wäre es ſonſt erklärlich, daß die Konſervativen und ſpeciell die Geiſtlichen nicht dafür geſorgt haben:

1. daß weiland auf dem Kirchentage auch ein Schultag eingerichtet wurde,
2. daß der Lehrerſtand nicht in den kirchlichen Organismus eingereihet wurde,

Ferner:

3. daß der Ev. Lehrerverein,
4. daß die Bibelkonferenzen,
5. daß das Ev. Schulblatt

} ſo wenig beachtet und noch weniger gepflegt wurden?

Ferner:

6. daß die Bedeutung privater Präparanden-Anſtalten, und
7. daß die Bedeutung privater Seminarien

} ſo wenig eingeſehen wird.

Daß die Liberalen in dieſer Beziehung einen beſſeren Blick haben ſollen, kann bei ihren Prinzipien nicht erwartet werden.

---

Oben — bei den prinzipiellen Fehlern — habe ich einen wichtigen Punkt vergeſſen, nämlich:

Die Liberalen hätten vermöge ihres Freiheitsprinzips nicht geſtatten dürfen, daß eine Schule ſimultaniſiert wurde, ohne daß die einzelnen Familien ihr Votum abgeben konnten. Damit haben ſie ihr beſtes Prinzip verleugnet und verletzt.

Die Konſervativen hätten, wenn ſie das Familienrecht wider die Simultaniſierungsbeſtrebungen geltend machen wollen, auch geſtatten müſſen, daß die ſimultangeſinnten Bürger für ihren Kopf auch eine Simultanſchule einrichten können. Ja, ſie hätten dies nicht bloß geſtatten, ſondern befürworten müſſen. Indem ſie dies aber nicht gethan haben, vielmehr das Gegenteil, ſind ſie in ſchwere Schuld gefallen.

## F. Politiſche Agitation der Lehrer.

1. Die Lehrer werden angeſpornt, und zwar von beiden Parteien, für die betreffende Parteifahne einzutreten, und ihren Einfluß bei den Urwahlen in die Wagſchale zu werfen — kurz, politiſche Agitatoren zu werden. (Vgl. z. B. die Deputation der Lehrer im Jahre 1874 oder 1875 bei einigen Abgeordneten der liberalen Partei).

Kann das frommen? — die Folge ist:

a) die Eltern auf der Gegenseite ärgern sich über den Lehrer und schimpfen. Die Kinder hören es.

b) die Lehrer werden von ihrem Beruf abgezogen, aus der rechten Berufsstimmung herausgeworfen u. s. w.

2. Die Lehrer werden von selbst, durch ihre Lage dazu getrieben, sich an der politischen Agitation zu beteiligen, da das Schicksal der Schule (äußerlich und innerlich) wesentlich von der politischen Macht abhängt.

3. Weil nur die liberale Partei es ist, welche bisher wirksam für die ökonomische, fachmännische und sociale Stellung eingetreten ist, so kann es nach der Natur der Dinge und des menschlichen Herzens nicht anders sein, als daß die Lehrer überwiegend zu dieser Partei hinneigen. Das ist eine böse Situation — in vielfacher Hinsicht. Hier läßt sich eine Besserung nicht eher hoffen, bis die konservative Partei ihr verkehrtes Prinzip aufgiebt. (S. oben D 1.)

---

## III.

## Die Schutzwehren.

Viele, vielleicht die meisten der genannten Übelstände und Schädigungen lassen sich (vor der Hand) gar nicht beseitigen.

1. weil die Schule zu sehr von der politischen Macht abhängt,

2. weil man die Naturfehler der politischen Parteien nicht umwandeln kann.

Das hindert natürlich nicht, auf das Verderbliche jener Abhängigkeit und dieser Parteifehler nach Kräften hinzuweisen — insbesondere zu dem Zwecke, um wenigstens die konservative Partei für die nachstehenden nötigsten Schutzwehren geneigt zu machen.

A. Zum Schutze der einzelnen Schule: die organisierte (konfessionelle) Schulgemeinde.

Das ist die allernötigste Schutzwehr — in jedem Betracht.

Zur Organisation der Schulgemeinde gehören folgende 3 Rechte:

1. ein Veto — gegen Änderung des religiösen Charakters der Schule;
2. Lehrer-Wahlrecht, — weil die lehrende Persönlichkeit der wichtigste Faktor ist,
3. lokales Aufsichtsrecht — hinsichtlich
   a) der Pflichttreue,
   b) des Lebenswandels
   } des Lehrers,
   c) des Geistes des Unterrichts

nicht bezüglich der technischen Dinge.

[Über diese wichtigen 3 Rechte der Schulgemeinde habe ich mich bei Gelegenheit der letzten Versammlungen des Zillessen'schen Vereins in Barmen ausführlich ausgesprochen. Es ist schade, daß Sie damals nicht zugegen waren. Vielleicht kann Ihnen Herr Pastor Z. noch einiges referieren].

Die Frage nach den Organen der Gemeinde übergehe ich — damit der Brief heute morgen noch fortkommt.

B. Zum Schutz innerhalb des Regierungsbezirks (wider den einseitigen Einfluß der politischen Administration): ein Schul-Ausschuß neben der Bezirks-Regierung in irgend einer Form.

C. Zum Schutze des gesamten Schulwesens (wider die Übermacht des Parlaments und der Centralregierung): ein Landes-Schulkollegium — nach Analogie des unlängst eingerichteten Schulkollegiums für die technischen Schulen.

(Über die Bedeutung dieses Ausschusses siehe den Artikel Zahns in der Schul-Chronik über die Leitung des Schulwesens.)

Es wird nun viel daran gelegen sein, daß die Bedeutung dieser drei Institutionen als Schutzwehren wider den schädigenden Einfluß des politischen Parteitreibens deutlich nachgewiesen werden. Diese Seite der Sache hat Zahn am wenigsten berührt.

Ich muß schließen."

---

Auch sonst stoßen wir bei Dörpfeld immer wieder auf den schädlichen Einfluß des politischen Parteitreibens, zumal im Hinblick auf die Aufgabe der Volksschule und auf ihre Lehrer, und schwerlich wird man eine trefflichere, klarere und gerechtere Kritik unserer politischen Parteien finden als in dem bereits erwähnten Anhang zur Leidensgeschichte der Volksschule: Die politischen Parteien und die Volksschule.[1]) Viele krankhafte Züge weist er in dem bisherigen Wesen und Charakter der politischen Partien auf:

Der erste liegt in den einseitigen Gegensätzen ihrer Parteiloſungen;

der zweite giebt sich zu erkennen in der Stellung zu den religiös-ethischen Institutionen;

der dritte in der jeweiligen praktischen Verleugnung ihrer eigenen besseren Maximen;

der vierte in der Art und Weise des Parteikampfes. S. 256—279 sind diese pathologischen Zustände im Volksorganismus zutreffend nachgewiesen.

Und der nachteilige Einfluß dieses politischen Parteiwesens auf die Volksschule wie auf die ganze Volkserziehung ist ein großer und bedenklicher, wie S. 279—294 in gleicher Weise dargethan wird:

1. Der Lehrerstand wird zu sehr in die Politik und die politische Agitation hineingezogen. Und die genannten Fehler der

---

[1]) Ges. Schr. Bd. IX, S. 256—294.

Parteien haben den Lehrerstand dazu gezwungen, sich am politischen Leben zu beteiligen und zwar recht eifrig. (S. 281.)

„Das Denken der Lehrer über ihre eigenen Berufs- und Standesanliegen ist viel zu sehr von politischen Parteiansichten, d. i. vom fremden Gesichtspunkten beherrscht und das Standesbewußtsein entweder noch nicht genug geklärt oder nicht lebendig genug. Wie es in dieser Beziehung steht, kann jeder bei sich selbst leicht prüfen; er braucht nur zu vergleichen, wie viel Zeit und Geld und Eifer er die langen Jahre hindurch tagtäglich auf die Kunde der politischen Vorgänge von Berlin bis Honolulu verwandt, und in welchem Maße er sich um seine eigene sociale Frage, um die Schulverfassungsfrage, bekümmert hat. Daß dieses Mißverhältnis unter den beiderlei Interessen ein Zeichen der Gesundheit ist, wird schwerlich jemand behaupten wollen. Damit ist aber auch bewiesen, daß unser social-politisches Denken, wie es sich unter dem Einflusse der traditionellen Parteien gestaltet hat, überhaupt nicht gesund gewachsen sein kann." (S. 257.)

2. Durch die bezeichneten Fehler der beiden Parteien gerät der Lehrerstand in eine peinliche Gewissenslage. Die liberalen Parteien muten den Lehrern zu, daß sie ihre religiös-pädagogischen Überzeugungen sozusagen an den Nagel hängen, und wollen die Lehrer diesen treu bleiben, so bleiben ihnen nur die konservativen Parteien, und diesen müssen sie ihre Standeswünsche zum Opfer bringen. (S. 282.)

3. Die Pädagogik wird unter dem Einfluß der Fraktionspädagogik unfrei, verunreinigt, gefälscht und gelähmt, und darum in weiterer Folge unvermeidlich auch diskreditiert. (S. 282.) Sie sollte ohne Rücksicht auf Autoritäten und Majoritäten die Wahrheit suchen und wo sie zu reden hat, die Wahrheit ganz sagen, wie sie dieselbe weiß. Sie sollte in Freiheit, d. i. mit ihrer unverfälschten Wahrheit dem Gemeinwesen dienen. Man macht sie aber zur Buhlerin, und so muß sie es sich auch gefallen lassen, daß sie als solche angesehen und behandelt wird. (S. 284.)

4. Das pädagogische Verdienst wird entwertet und das Strebertum begünstigt. (S. 285.)

5. Die Fraktionspolitik befördert ein unmäßiges Centralisieren in der Schulverwaltung und damit die Vielregiererei und Uniformierung im Schulwesen und obendrein das administrative Schreibwerk. (S. 286). Auf einem Gebiete, welches durch und durch geistiger Natur ist, wo demnach die lebendige Persönlichkeit den Hauptfaktor bildet, wird das normale Maß zwischen man und measures umgekehrt. Die äußeren Maßregeln treten in den Vordergrund, wie wenn sie die Hauptsache wären und schieben dadurch die wirklichen Haupt-

faktoren, die Personen, in den Hintergrund, während es gelten sollte, in dem arbeitenden Personal möglichst die spontane Kraft zu wecken und zu stärken, wird dieselbe vielmehr eingeschläfert und gelähmt. Jede provinzielle und landschaftliche Eigenart geht durch das Uniformieren verloren, und dadurch büßt das Schulwesen auch seinen volkstümlichen Charakter ein. Jeder gesunde Fortschritt wird durch Vorschrift der Methoden und Lehrbücher gehemmt. Bei dem Bücherzwang herrscht eine reine „Sinekurenwirtschaft", die man sogar auf Privatschulen auszudehnen strebt. (287—293.)

6. Die Schularbeit, welche durch und durch geistiger Art ist, und das Schulwesen überhaupt werden zu wenig ihrer Natur gemäß behandelt, und das fortwährende Hin- und Herzerren an der Schule von außerpädagogischen Standpunkten läßt dieselbe nicht zu einer wachstümlichen, ruhigen Entwicklung kommen. (294.)

Die nähere, durch schlagende Beispiele geführte Begründung dieser Thesen ist in dem Anhangsaufsatze nachzulesen. Ich möchte an dieser Stelle nur noch ein paar bisher ungedruckte Äußerungen zur Ergänzung und zur Aufdeckung der Beweggründe von Dörpfelds politischer Stellungnahme nachfügen.

Über die Stellung der Lehrer zu den politischen und religiösen Parteien insbesondere schreibt Dörpfeld am 21. Februar 1881 an Schröer, den Herausgeber der Pädagogischen Zeitung:

„Wie alle Welt ist auch der Lehrerstand in politische und religiöse Parteien zerspalten. Wie Sie bei näherem Zusehen finden werden, suchen meine Aufsätze mit aller Kraft den rein-pädagogischen Gesichtspunkt festzuhalten und hinsichtlich der fremden Parteien gerade Linie zu halten — gerade wie dies auch meine früheren Schriften über die Schulverfassung gethan haben. Das würde zwar schon durch die Zwecke der Arbeiten geboten sein; allein ich muß doch bemerken, daß dies auch mit meiner ganzen Anschauung zusammenhängt. Die traditionellen Parteien (die politischen und religiösen) sind in meinen Augen falsch, d. h. durch fremde oder geradezu ihrem Princip widersprechende Tendenzen verunreinigt. Das ist mir schon in sehr jungen Jahren klar geworden — teils durch philosophische Studien, teils durch die Schriften meines berg. Landmannes Dr. Mager. Solange nun jene Verunreinigungen nicht abgethan sind, kann ich mich weder der einen noch der andern Partei anschließen. Nur in konkreten, besehbaren Fällen nehme ich Partei, — wobei ich, wenn der Fall ganz klar liegt, das eine Mal ebenso ungeniert mit der Fortschrittspartei gehe als das andere Mal mit der streng konservativen. Das hat nichts mit einem Juste-milieu-Standpunkte zu thun; und das scheinbare Schwanken meiner Aktien rührt nur daher, daß meine Grundsätze fester sind als all die der traditionellen Parteien. (Dergl. optische Täuschungen haben wir ja täglich vor Augen — z. B. bei Sonne und Erde, oder bei einer Eisenbahnfahrt u. s. w.)

„Nun bringt es die gerade Richtung meiner Unterſuchung natürlich mit ſich, daß dieſelbe bald der einen bald der andern Partei unbequem wird. Darauf wollte ich Sie aufmerkſam machen. Bei Ihren Mitteilungen aus meinen Aufſätzen werden Sie daher zu erwägen haben, was Sie Ihren Leſern bieten dürfen. Können dieſelben keinen Stoß vertragen, der ihre Gedanken in Bewegung bringen will, dann müſſen Sie die Schwachen ſchonen. Das aber iſt gewiß: wenn die liberal ſein wollenden Staats- und Schulmänner die Fehler nicht ablegen, welche ihnen meine Aufſätze nachweiſen, dann ſind alle unſere ſchulmeiſterlichen Bemühungen und Hoffnungen in dieſem Handel verloren; denn von der konſervativen Seite her haben wir doch nichts zu hoffen.“

Noch einmal ſchreibt er demſelben über dieſelbe Frage am 2. Juni 1881:

„Der quäſt. dunkle Punkt iſt der, daß Sie ſich eine Stellung zu den dermaligen politiſchen Parteien nicht zurechtlegen zu können ſcheinen. Das verrieten mir außer Ihrem Briefe auch mehrere Stellen in Ihren Artikeln in der „Pädagogiſchen Zeitung“. Es iſt mir immer rätſelhaft geweſen, daß die ſog. liberalen Schulblätter, wenn ſie von meinen Schulverfaſſungsſchriften ſprechen, mich ſtets als einen ſogen. Konſervativen betrachteten, obwohl doch jene Schriften faſt auf jeder Seite zeigen, daß meine politiſche Anſicht mit dem hergebrachten Konſervatismus nicht mehr und nicht weniger zu thun haben als mit dem traditionellen Liberalismus. Noch irriger iſt die Meinung, daß meine politiſchen Anſchauungen ein Miſchmaſch, ein Durchſchnitt von konſervativ und liberal ſein, ein ſogen. Juste-milieu. Darin zeigt ſich gerade die Eingebanntheit des Denkens der hergebrachten Parteien, daß ſie ſich nicht vorſtellen können, es ſei noch ein dritter Standpunkt möglich — ſolange derſelbe ihnen nicht genau demonſtriert worden iſt. Und doch iſt dieſer möglich, denn er beſteht wirklich und zwar mit wiſſenſchaftlicher Begründung und läßt in ſeiner logiſchen Beſtimmtheit nichts zu wünſchen übrig. Er leidet nur an dem Mißgeſchick, daß er bei dem Lärm des bisherigen Parteikampfes nicht genug zu Gehör und Wort gekommen iſt — ausgenommen in einem engeren Kreiſe ſelbſtſtändig denkender Leute, die aber in der politiſchen Preſſe und im Landtage noch ohne Vertretung ſind. Wäre die Herbartiſche Philoſophie nicht unverſchuldet in den Bankerott der Schelling-Hegelſchen und damit der geſamten deutſchen Philoſophie hineingezogen worden, ſo würden wir jetzt auch im politiſchen Denken weiter und reifer ſein. Zur Zeit läßt ſich mit Eilen und Drängen nichts ſchaffen, nur mit Geduld. Der bedeutſamſte Hoffnungspunkt iſt mir der, daß endlich wenigſtens die Volksſchullehrer zum Beſinnen kommen und ſich nun von den hergebrachten Parteien frei machen werden. Hier am Niederrhein iſt es ſchon längſt geſchehen in der einheimiſchen Kollegenſchaft. Und unter den höheren Lehrern hat auch ein anſehnlicher Teil bereits dieſe Bahn betreten.“

Daß Dörpfeld es bei ſeiner politiſch parteiloſen Stellung und mit ſeiner energiſchen Kritik niemandem recht machen konnte, liegt nahe. Er klagt ſelber darüber (Brief an Schröer):

„Vor kurzem ging mir von einem konſervativen Kollegen Ihrer Nachbarſchaft, der bisher das Ev. Schulblatt geleſen hatte, ein Abſagebrief

faktoren, die Personen, in den Hintergrund, wä
dem arbeitenden Personal möglichst die sp
stärken, wird dieselbe vielmehr eingeschläfe
und landschaftliche Eigenart geht d
und dadurch büßt das Schulwesen a
rakter ein. Jeder gesunde Fortschri
und Lehrbücher gehemmt. Bei
„Sinekurenwirtschaft", die man se
(287—293.)

6. Die Schularbeit, welch
das Schulwesen überhaupt
behandelt, und das fortwäh
außerpädagogischen Standp
tümlichen, ruhigen

Die nähere, durch
Thesen ist in dem
Stelle nur noch ein p
und zur Aufdeckung
nahme nachfügen.

Über die
religiösen Pa
1881 an Schröe

„Wie alle
Parteien zerspal
meine Aufsätze
festzuhalten u
halten — ge
verfassung g
Arbeiten ge
meiner gar
(die politi
fremde od
Das ist
philosophi
Dr. M
kann ich
in konk
Fall g
partei
nichts
Sch
sätze
Täuf
Erde

billigen.
zu stark
nicht wieder
Gegenden
macht ein
übernehmen.
ganzer (liberaler)
Luthes Pädagogium.
Den einen bin ich
da werden?"
besondere Freude am
setzen müßte. Aber wie
Wohlfahrt der Nation
gerichtet waren, so hatte
kirchliche Wohlfahrt unseres Volkes
mit Recht den Titel: „Das
freien und friedlichen
scharfste Schrift: „Beitrag
worin er unerbittlich den preußischen
preußische Regierung zur Rechenschaft
Wilhelm:

„Gerresheim, d. 15. 11. 1881.

Wilhelm!
ein Erstlings-Exemplar meiner neuen
Polemik darin enthalten ist, braucht dich
nicht aus Streitlust, sondern aus Friedensliebe
daß es, wo ihm bei den Lesern der
in vieler Hinsicht den Frieden befördern
in der Kirche und in der Politik.
Buch wahrscheinlich in den Pastorenkreisen
erregen. Und doch haben die Pastoren, wenn
am allerwenigsten Ursache dazu; im Gegen-
Erwägung sich gedrungen fühlen, mir im
Dank auszusprechen.
ich vor dem Drucke mit unserm Pastor R.
und ihn dabei gebeten, er möge mit aller Schärfe
üben. Er hat von Anfang bis zu Ende gar
rein gar nichts, weder in der einen
gefunden, — Vom ersten Artikel an bis zum Schlusse
Hinsicht. er auf mein Andringen immer nur das eine
der nicht alles ohne Ausnahme vernünftig, gerecht und
verstehe ich nicht.

...er technisch-pädagogische Inhalt des Buches
...en, — wenigstens soll Dir das nicht zugemutet
...Aufsatz über die politischen Parteien, den
...ist, möchte ich Dir doch zur nochmaligen Lektüre
...Erachtens ist dieser Aufsatz geeignet, einem in dem
...ischen Parteien eine feste Stellung zu geben und alle
...tigkeiten von sich fern zu halten. Wieviel glücklicher
... Reichskanzler sich fühlen und wieviel erfolgreicher an der
...m und Festigung des Staates arbeiten, wenn ihm eine
..., in welcher die von mir dargelegte Anschauung Geltung hätte,
...stände. Jetzt muß er notgedrungen bald mehr rechts, bald
...s seine Stütze suchen und dann hinterher sich darob schelten
...daß er nicht gerade Linie halte. Leider ist er auch in seinen Rat-
... und Zeitungsschreibern nicht so bedient, wie er es bedarf und
...ient. Leute von festem Blicke und sicherem Gange sind selten, namentlich
...shalb, weil die Wahrheit (nach einem Schillerschen Ausdruck) nicht als
...eine „milchgebende Kuh" betrachtet und geliebt sein will. Bismarck muß
sich zu viel mit Strebern und dergleichen „Interessenten" behelfen. Und
ist es nicht sonderbar, daß eine solche Partei, in welcher die in meinem
Anhangsaufsatze ausgesprochen politischen und ethischen Grundsätze anerkannt
sind, gar nicht existiert? Ich bin überzeugt, wenn Bismarck diesen Auf-
satz kennen würde, so würde er sagen: der Mann hat recht; schafft mir
eine solche Partei, dann ist mir und dem Reiche geholfen. Wahrscheinlich
wird sie aber erst dann ins Leben treten, wenn Bismarck abgenutzt ist
oder die Augen geschlossen hat. Das ist der Welt Lauf von alters her.
Diejenigen, welche es mit Kaiser und Reich und seinem Kanzler ehrlich
meinen, könnten meines Bedünks zur Zeit nichts Besseres thun, als wenn
sie meinen Anhangsaufsatz im Separatabdruck als Flugschrift massenhaft
zu verbreiten suchten. Schwerlich wird aber einer von seinen Freunden
auf diesen Einfall kommen."

Noch deutlicher schreibt er ihm am 10. Dezember 1883 über das widerwärtige Parteigetriebe, wie über den Baumeister des Reichs und dessen Nöte:

„. . . In der großen Politik interessiert mich eigentlich nur, zu beobachten, wie weit der Reichskanzler mit seinen Plänen vorrückt. Alles andere ist von untergeordneter Bedeutung, — Wellengekräusel und dergleichen, der Reichskanzler ist der größte Mann, den Deutschland seit Luthers Zeit gehabt hat. Sein Leid und seine Not liegen darin, daß er mit seinen Bestrebungen zwischen den großen Parteien (rechts und links) eingeklemmt ist. (Ich verstehe das um so besser, weil es mir mit meinen kleinen Theorien ebenso geht.) Er besitzt keine eigene Partei, die ihn versteht. Auch die sog. Freikonservativen, die doch immer für ihn eintreten und als seine Partei gelten wollen, sind nicht das, was er braucht — wenigstens sind sie es jetzt noch nicht. Die alten Parteien „konservativ" und „liberal" sind falsche Gegensätze. „Fortschreiten" und „feststehen" gehört zusammen — wie rechtes Bein und linkes Bein. Wenn das eine Bein fortschreitet, so muß das andere eben feststehen; wer

zu. Meine Polemik wider den Herrn v. Puttkammer konnte er nicht billigen. Schon meine Anhangsaufsätze vom vorigen Jahre wären ihm zu stark gewesen. Darum hatte er zu Neujahr das Ev. Schulblatt nicht wieder bestellt. Ähnliche Warnungen sind mir aus andern altpreußischen Gegenden zugegangen — wenn auch nicht direkt. Auch mein Verleger macht ein bedenkliches Gesicht und will einen Separatabdruck nicht übernehmen.

„In Westfalen (an der Ruhr) schaffte zu Neujahr ein ganzer (liberaler) Leserkreis das Ev. Schulblatt ab und bestellte dafür Dittes Pädagogium. Da haben Sie den deutschen pädagogischen Jammer. Den einen bin ich zu liberal und den andern zu konservativ. Was soll da werden?"

Scheinen könnte es, als wenn Dörpfeld eine besondere Freude am Kritisieren hätte, als wenn er überall etwas aussetzen müßte. Aber wie Bismarcks blutige und schwere Kriege nur auf die Wohlfahrt der Nation und auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens gerichtet waren, so hatte auch Dörpfeld den Frieden und die geistig-sittliche Wohlfahrt unseres Volkes unverrückt im Auge.

Die letzte seiner Streitschriften führt mit Recht den Titel: „Das Fundamentstück einer gerechten, gesunden, freien und friedlichen Schulverfassung."[1]) Und über seine kritisch schärfste Schrift: „Beitrag zur Leidensgeschichte der Volksschule," worin er unerbittlich den preußischen Kultusminister wie überhaupt die preußische Regierung zur Rechenschaft zieht, schreibt er an seinen Sohn Wilhelm:

„Gerresheim, d. 15. 11. 1881.

Lieber Wilhelm!

. . . Hierbei kann ich dir auch ein Erstlings-Exemplar meiner neuen Schrift schicken . . . Daß so viel Polemik darin enthalten ist, braucht dich nicht zu stören, denn es ist nicht aus Streitlust, sondern aus Friedensliebe geschrieben; und ich bin überzeugt, daß es, wo ihm bei den Lesern der gleiche Sinn entgegenkommt, in vieler Hinsicht den Frieden befördern kann — auf dem Schulgebiete, in der Kirche und in der Politik.

Am meisten wird das Buch wahrscheinlich in den Pastorenkreisen Unruhe und Unzufriedenheit erregen. Und doch haben die Pastoren, wenn sie es recht bedenken wollen, am allerwenigsten Ursache dazu; im Gegenteil müßten sie bei ruhiger Erwägung sich gedrungen fühlen, mir im Namen der Kirche ihren Dank auszusprechen.

Jeden Aufsatz habe ich vor dem Drucke mit unserm Pastor N. eingehend durchgesprochen und ihn dabei gebeten, er möge mit aller Schärfe sachlich und sprachlich Kritik üben. Er hat von Anfang bis zu Ende gar nichts zu kritisieren gefunden, — rein gar nichts, weder in der einen noch in der anderen Hinsicht. Vom ersten Artikel an bis zum Schlusse des Ganzen wiederholte er auf mein Andrängen immer nur das eine Urteil: einen Pastor, der nicht alles ohne Ausnahme vernünftig, gerecht und billig findet, den verstehe ich nicht.

---

[1]) Gesammelte Schriften. Band VII.

Dich kann der technisch-pädagogische Inhalt des Buches natürlich nicht interessieren, — wenigstens soll Dir das nicht zugemutet werden. Den Anhangs-Aufsatz über die politischen Parteien, den Du schon etwas kennst, möchte ich Dir doch zur nochmaligen Lektüre empfehlen. Meines Erachtens ist dieser Aufsatz geeignet, einem in dem Wirrwarr der politischen Parteien eine feste Stellung zu geben und alle ungesunden Einseitigkeiten von sich fern zu halten. Wieviel glücklicher könnte der arme Reichskanzler sich fühlen und wieviel erfolgreicher an der inneren Reform und Festigung des Staates arbeiten, wenn ihm eine starke Partei, in welcher die von mir dargelegte Anschauung Geltung hätte, zur Seite stände. Jetzt muß er notgedrungen bald mehr rechts, bald mehr links seine Stütze suchen und dann hinterher sich darob schelten lassen, daß er nicht gerade Linie halte. Leider ist er auch in seinen Ratgebern und Zeitungsschreibern nicht so bedient, wie er es bedarf und verdient. Leute von festem Blicke und sicherem Gange sind selten, namentlich deshalb, weil die Wahrheit (nach einem Schillerschen Ausdruck) nicht als eine „milchgebende Kuh" betrachtet und geliebt sein will. Bismarck muß sich zu viel mit Strebern und dergleichen „Interessenten" behelfen. Und ist es nicht sonderbar, daß eine solche Partei, in welcher die in meinem Anhangsaufsatze ausgesprochen politischen und ethischen Grundsätze anerkannt sind, gar nicht existiert? Ich bin überzeugt, wenn Bismarck diesen Aufsatz kennen würde, so würde er sagen: der Mann hat recht; schafft mir eine solche Partei, dann ist mir und dem Reiche geholfen. Wahrscheinlich wird sie aber erst dann ins Leben treten, wenn Bismarck abgenutzt ist oder die Augen geschlossen hat. Das ist der Welt Lauf von alters her. Diejenigen, welche es mit Kaiser und Reich und seinem Kanzler ehrlich meinen, könnten meines Bedünks zur Zeit nichts Besseres thun, als wenn sie meinen Anhangsaufsatz im Separatabdruck als Flugschrift massenhaft zu verbreiten suchten. Schwerlich wird aber einer von seinen Freunden auf diesen Einfall kommen."

Noch deutlicher schreibt er ihm am 10. Dezember 1883 über das widerwärtige Parteigetriebe, wie über den Baumeister des Reichs und dessen Nöte:

„. . . In der großen Politik interessiert mich eigentlich nur, zu beobachten, wie weit der Reichskanzler mit seinen Plänen vorrückt. Alles andere ist von untergeordneter Bedeutung, — Wellengekräusel und dergleichen, der Reichskanzler ist der größte Mann, den Deutschland seit Luthers Zeit gehabt hat. Sein Leid und seine Not liegen darin, daß er mit seinen Bestrebungen zwischen den großen Parteien (rechts und links) eingeklemmt ist. (Ich verstehe das um so besser, weil es mir mit meinen kleinen Theorien ebenso geht.) Er besitzt keine eigene Partei, die ihn versteht. Auch die sog. Freikonservativen, die doch immer für ihn eintreten und als seine Partei gelten wollen, sind nicht das, was er braucht — wenigstens sind sie es jetzt noch nicht. Die alten Parteien „konservativ" und „liberal" sind falsche Gegensätze. „Fortschreiten" und „feststehen" gehört zusammen — wie rechtes Bein und linkes Bein. Wenn das eine Bein fortschreitet, so muß das andere eben feststehen; wer

mit beiden Beinen fortschreiten will, fällt auf den Rücken, und wer mit beiden Beinen stehen bleiben will, kommt nicht vorwärts. Der Reichskanzler verfolgt drei Zwecke:

1. Das deutsche Reich zu befestigen, namentlich auch finanziell, daß es wider den Partikularismus und wider das Parteigewoge und wider Rom gesichert ist; das gilt ihm als Nr. 1. mit Recht.
2. das wirtschaftliche Leben (Wohlstand) der Nation zu heben, gesunder zu machen und unabhängiger (vom Auslande), daran hat er wieder recht, zehnmal recht, und wenn er auch irgend einmal im einzelnen Mittel einen Fehler machen sollte. Vorwärts nur — die kleinen Fehler lassen sich später leicht korrigieren. (Natürlich steckt in seinem Streben für indirekte Steuern auch ein Teil seines Planes Nr. 1, die finanzielle Befestigung des Reiches.)
3. Er will die falschen Parteien zersetzen, auflösen, aufreiben. Wieder recht; denn sonst ist kein Vorankommen, sonst ist keine richtige Partei, auf die er sich stützen kann, möglich.

Darum interessiert mich in der Politik eben nur dies, wie weit der Reichskanzler seinem Ziele näher kommt, bevor er selbst müde und aufgerieben ist. Das deutsche Volk wird sich einmal gründlich schämen müssen, daß es den großen Mann so wenig verstanden und ihn und seinen großen Kaiser so undankbar behandelt hat. . . ."

Und in einem Briefe von 1884 heißt es:

Ich hoffe, daß dem deutschen Volke endlich und endlich diese Schmach (daß der Papst sich dazu aufgeschwungen, die Rolle eines protector Germaniæ zu spielen) auf der Seele brennen wird. Dann wird die Scham es auch wohl antreiben, endlich einmal mit dem jammerhaften Parteigetriebe aufzuräumen. Das möchte ich noch gern erleben!

Er hat es nicht erlebt; er hat aber dazu mithelfen wollen, und wir wollen ihm darin folgen.

Wir wollen dabei mit ihm eingedenk bleiben:

„Die beiden socialen Potenzen Autorität und Majorität sind nicht unversöhnbare Gegensätze, sondern grade umgekehrt zwei korrelate Faktoren, die einander nötig haben, und somit handelt es sich eben um das Problem, diese beiden socialen Mächte an den Platz zu stellen, wo sie sich zum Wohl und zur Stärkung des Ganzen gegenseitig ergänzen." [1])

---

## X. Sociale Erziehung und sociale Frage.

Wenn die Volksmasse das Vaterland als Ganzes und insonderheit auch dessen monarchische Einrichtungen lieben und verehren soll, dann ist es nötig, daß die regierenden und führenden Kreise auch das rechte Herz für die socialen Nöte dieser Volksmasse bekunden.

---

[1]) Leidensgeschichte, S. 262.

So sehr darum Dörpfeld eintrat für die Ideen der sich staatserhaltend nennenden Parteien, so weit sie die äußeren Verhältnisse des Vaterlandes und die autoritative Stellung der monarchischen Einrichtungen betraf, so sehr mußte er abweichen von diesen Parteien und von der Regierungspolitik in Bezug auf das Innere. Seine **Stellung zur Socialpolitik** und zur sog. **socialen Frage** war, wenn nicht bahnbrechend so doch pfadfindend, der herrschenden Meinung wie der Gesetzgebung um zwei Jahrzehnte voraneilend. Denn bereits im Jahre 1867 schrieb er unter dem Pseudonym Dr. German sein inhaltreiches Büchlein: „Die sociale Frage. Eine Lebensaufgabe für alle Stände, zugleich ein Mahnwort an die politischen Parteien," welches wir, nachdem es längst vergessen und verschollen war, im 10. Bande der ges. Schriften mit ein paar ergänzenden Anmerkungen wieder zum Abdruck gebracht haben. Zufällig erfuhr ich im Jahre 1890 von dem Schriftchen, indem Dörpfeld mir gesprächsweise andeutete, daß er ähnlich wie ich über die sociale Bewegung denke und stets gedacht habe, er auch bereits im Jahre 1867, als alles ratlos dagestanden, seinem Gewissen Luft gemacht hätte. Er selbst besaß kein Exemplar mehr. Mit Mühe ist es gelungen, noch eins bei einem seiner älteren Freunde aufzutreiben. Ich habe dann sofort im 2. Hefte meiner Abhandlungen über „Die Schule und die sociale Frage unserer Zeit" (Gütersloh 1890) auf dasselbe hingewiesen und Auszüge daraus gebracht, meinend, daß nicht bloß Dörpfeld es verdiente, sondern daß seine Gedanken damals wie noch heute befruchtend wirken könnten und kaum überholt seien.

Um Dörpfelds Scharfblick und Bedeutung in dieser Hinsicht recht verstehen und würdigen zu können, wollen wir uns zunächst den Lauf der Geschichte in dieser Frage und die Stellung der hervorragenden Männer zu derselben vergegenwärtigen. Jedoch nur einiges Typische möchte ich herausgreifen. Der Leser wolle mit diesen charakteristischen Äußerungen der Führer in der socialen Bewegung Dörpfelds Darlegungen vergleichen. Schwerlich wird er dann bedeutsame Probleme in der sog. socialen Frage entdecken, die nicht schon Dörpfeld vorschwebten, und zwar im Gegensatz zu vielen zugleich als sociale Erziehungsprobleme.

Es handelt sich dabei nicht zuoberst um nationalökonomische oder socialwissenschaftliche Theorien und Forschungen, sondern um Socialpolitik und Socialerziehung, also um die Anwendung von socialwissenschaftlicher Einsicht. Ich lasse darum die Männer der Wissenschaft nicht als solche aus ihren gelehrten Werken, sondern in ihren Ansprachen an Gebildete aller Stände, also die Regierenden durch ihre Erlasse und die Gelehrten aus Vorträgen zu Worte kommen, zumal ich

hier mit meinen Darlegungen nicht die Gelehrten, sondern in erster Linie die Lehrer und namentlich die jüngeren unter ihnen im Auge habe, welche den Widersprüchen der Parteiströmungen fragend und suchend gegenüber stehen.

Die öffentliche Meinung der Gebildeten und Besitzenden zu der socialen Bewegung und die Stellungnahme der nationalgesinnten Parteien war, als Dörpfeld Stellung zu derselben nahm und auch noch später, eine eigentümliche. „Die proletarische Bewegung," sagt Sombart[1]) treffend, „ist wie ein Meteor vom Himmel gefallen. Denn wenn wir von den ganz unbedeutenden Anfängen in den 1840er Jahren absehen — es waren vielmehr Handwerkermotionen als eigentliche proletarische Bewegungen —, so erscheint plötzlich — im Jahre 1863 — wie aus der Pistole geschossen eine selbständige, politische Arbeiterpartei auf der Bildfläche, um seitdem nicht wieder zu verschwinden, sondern zu mächtigem Gebilde sich auszuwachsen."

Aber es fehlte jedes Verständnis in den Köpfen der liberalen Volkswirte jener Zeit für die Forderungen und Bewegungen des Proletariats. „Die Unfähigkeit der liberalen Parteien, das quellende Wasser der proletarischen Bewegung auf die eigene Mühle zu leiten, findet ihren bezeichnenden Ausdruck in der Antwort, die im Jahre 1862 eine Arbeiterdeputation aus Leipzig von den Führern des Nationalvereins erhielt. Hier meldete sich die Arbeiterschaft zur Teilnahme am politischen Leben; man wollte über die Form einer selbständigen Bethätigung ihrer Führer verhandeln, und was wurde den Fragenden als Antwort zuteil? Daß die Arbeiter die geborenen — Ehrenmitglieder des Nationalvereins seien!"

Als unter Lassalle die Arbeiterbewegung noch national war, soll eine große rheinländische Arbeiterversammlung ein Ergebenheitstelegramm an König Wilhelm gesandt, dieser es aber nicht erhalten, wenigstens nicht beantwortet haben.

Ich selbst habe noch zu Anfang der achtziger Jahre in öffentlichen Versammlungen wie in den Tageszeitungen immer nur die eine Ansicht gehört: die Socialdemokraten seien hirnverbrannte Leute und nicht ernst zu nehmen, ihre Ideen seien von A bis Z Unsinn, während mir auf Schritt und Tritt doch die sociale Ungerechtigkeit entgegentrat — in all den Punkten, die auch Dörpfeld namhaft macht. Und als ich einmal einem Kollegen gegenüber die Bemerkung fallen ließ, daß die Socialdemokraten leider in manchen Dingen allzusehr recht hätten, wurde ich selber als halb „gemein-

[1]) Sombart, Socialismus und sociale Bewegung im 19. Jahrhundert. 3. Auflage. S. 45.

gefährlich" betrachtet, trotzdem er wußte, daß ich kirchlich wie politisch weit mehr rechts gerichtet war als er.

Je ungerechter aber die Arbeiterbewegung beurteilt wurde, desto wütender schnaufte die Socialdemokratie. Die Führer hofften, den „großen Kladderadatsch" schon in kurzem ins Werk setzen zu können. Manche Gewaltthaten ereigneten sich. Immer mehr höhnten die Führer auf all das, was der „einen reaktionären Masse" heilig war. „Most (der radikalste Führer) ist unser Gott", brüllte die Menge in der Eiskellerversammlung Stöcker entgegen, als er es wagte, den Namen „Gott" hier auszusprechen.

Die Regierung antwortete zu derselben Zeit (1878) mit dem Socialistengesetz und mit Ausweisungen der Hetzer aus den großen Städten. Das Socialistengesetz hat aber nur die Masse in ihrer Taktik erzogen, während die Ausweisungen den Kleinstädten und dem Lande geschulte Führer verschaffte und so das neue Evangelium des Marxismus ausbreiten half. Beides vermehrte also die Macht der Socialdemokratie. Besiegen ließ die Bewegung sich so nicht. Hier wie im Kulturkampfe irrte der große Bismarck sich. Mit äußerer Gewalt lassen sich geistige Bewegungen überhaupt nicht besiegen. In beiden Fällen hat er selbst aber auch zu besseren Wegen sich bekehrt. Doch mehr aus Furcht vor der Socialdemokratie, dem „roten Gespenst," wurde die Socialpolitik gezeugt. Sie entstand der Not gehorchend, nicht dem „freien Triebe".

Erzieherisch ging zuerst Stöcker vor. Er ging in die socialdemokratischen Massenversammlungen und suchte den Irrlehren entgegenzutreten, aber auch das Berechtigte anzuerkennen. Wiederum zeigte sich der Liberalismus unfähig, die Erziehung des Volkes zur Vaterlandsliebe auch nur zu würdigen. Denn weit mehr als die socialdemokratische Presse wurde Stöcker darob von der liberalistischen Presse angegriffen. Es verging kein Tag, in welchem nicht ein liberales Tageblatt irgend eine Spottnotiz über oder einen Angriff gegen Stöcker brachte. „Dumm, stockdumm, stöckerdumm" komparierte der „Kladderadatsch". Und der war noch harmlos. Stöcker hatte in öffentlichen Volksversammlungen vom Christlichen und vom Socialen gesprochen. Das konnte der stark verjudete plutokratisch gewordene Liberalismus nicht ertragen. Die Konservativen stimmten ihm anfangs wegen des „Christlichen" zu, aber gar bald schüttelten auch sie ihn wegen des Socialen ab. Schließlich hat Stöcker sogar sein Amt den Anfechtungen opfern müssen.

Ohne Stöckers Schwächen und Einseitigkeiten irgendwie zu verkennen, muß doch unumwunden anerkannt werden, daß er die Nöte des Volkes schaute und Herz, Mund und Hand zu helfen besaß. Er hatte und hat ein socialerzieherisches Herz und socialerzieherisches Geschick der

Masse wie den kirchlich gesinnten Gebildeten gegenüber. Aus seiner Schule entstammen alle social gerichteten Pastoren. Seiner Initiative entsprang der evangelisch-sociale Kongreß mit der ausgesprochen social-erzieherischen Aufgabe, und später wieder, als ihm dieser dogmatisch zu weitherzig wurde, die kirchlich-sociale Konferenz. Er hat die großartige Organisation der Arbeit für Innere Mission in Berlin geschaffen und vor allem auch das sociale Elend, insbesondere die Wohnungsnot daselbst, mit aufgedeckt.

Für all das hat das Judentum und der ganze Liberalismus kein Wort der Anerkennung gefunden. Sie haben nur über seine Fehler und Schwächen zu Gericht gesessen. Der Sinn dessen, den das Volk jammert, weil sie in der sittlichen und socialen Wüste wie Schafe ohne Hirten umherirren, fehlte hier — naturgemäß. Kein Wunder, daß der christlich-sociale Stöcker fanatischer Antisemit wurde und jedes Verständnis für liberale Bestrebungen verlor und darum schließlich auch den evangelisch-socialen Kongreß verließ.

Der Theoretiker dieser Richtung war Pfarrer R. Todt. Der theoretische Irrtum lag darin, daß sie nicht bloß in der Glaubenslehre, sondern auch in der Ethik und Nationalökonomie dem biblischen Autoritätsglauben huldigten. Die Bibel eine Offenbarung auch für wirtschaftliche Gestaltung des socialen Lebens! Das nennt Dörpfeld „geheime Fesseln", und die hafteten ihnen an.

Ein konservativ gerichteter Freund Stöckers war, und ist z. T. noch, der Professor der Nationalökonomie in Berlin Adolph Wagner, als Führer der „Kathedersocialisten" bei allen Liberalen und jetzt noch mehr bei den Konservativen Stummscher Richtung verschrieen. Er ist der nationalökonomisch-wissenschaftliche Lehrer der social gesinnten Pastoren gewesen, hat aber auch bis zum heutigen Tage mit Stöcker den Kampf gegen die Socialdemokratie in Volksversammlungen geführt; zuletzt erwarb er sich mit andern gleichgesinnten Professoren von den Gegnern hierfür den Titel „Flottenprofessor".

Es verlohnt sich darum, gerade Wagners Stellung etwas näher kennen zu lernen.

Im Herbst 1897 hielt er einen Vortrag in Kaiserslautern über Socialismus, Socialdemokratie und Socialreform, der in der „Tägl. Rundschau" zum Abdruck gekommen. Die dort vorgetragenen Anschauungen sind in Kürze dieselben, die ich auch in seinen Kollegs von ihm gehört habe und die er auch in seinen wissenschaftlichen Werken vertritt. Sie sind besonders geeignet, diejenigen Leser, welche zum eingehenden Studium dieser Fragen weder Zeit noch Geld haben, über die schwebenden

ſocialen Fragen wie über die Einſeitigkeit der ſocialdemokratiſchen Auffaſſung der Probleme aufzuklären, und darum mögen die wichtigſten der Ausführungen auch aus dieſem Grunde hier Platz finden. Der Leſer wolle dann vergleichen, was Dörpfeld genau 30 Jahre früher über dieſelben und ähnlichen Fragen auch als „Mahnwort an alle Stände" richtete. Wagner ſagte u. a.:

„Seien wir uns doch über eines klar: eine mindeſtens ebenſo große Umwälzung, als wir ſie z. B. im 19. Jahrhundert auf dem Gebiete der Produktions- und Verkehrstechnik und von da aus weiter wirkend in allen wirtſchaftlichen und ſocialen Verhältniſſen erlebt haben, ſehen wir in dieſer Geſchichtsepoche ſich auf dem Gebiete der Volksbildung vollziehen. Dieſe iſt auf der Grundlage der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Ausdehnung der Elementarkenntniſſe, der Thätigkeit der öffentlichen Preſſe zu einer Verbreitung und immerhin doch auch nicht bloß zu einer Extenſivität, ſondern auch relativen Intenſivität der Entwicklung, in alle Schichten der bürgerlichen Geſellſchaft hinein, bis in die tiefſten, gelangt, wie noch niemals früher auch nur entfernt ähnlich in irgend einer anderen Epoche der Weltgeſchichte. Als Folge hiervon ſehen wir auch bei den unteren Klaſſen der heutigen Kulturvölker ein tiefes, ich möchte ſagen ein inbrünſtiges Streben nach immer weiterer und beſſerer Bildung, nach Erkenntnis und Verſtändnis der Dinge in und um uns, — ein Streben, bei dem manche Verkehrtheiten und Übertreibungen, manche Überſchätzung der intellektuellen gegenüber der ſittlichen Bildung unterlaufen mögen, gleichwohl ein Streben, vor dem man im großen und ganzen Reſpekt haben muß und darf. Wer das alles mit unbefangenem Blick betrachtet, wer dieſe geiſtigen Regungen, das Streben, die Dinge wiſſenſchaftlich zu erfaſſen, auch in einem guten Teil der handarbeitenden Klaſſen, zumal bei den Induſtriearbeitern, auch ein wenig freundlich und nicht aus dem Geſichtspunkte des Bildungshochmuts von Leuten, die ſich gern als geiſtige Ariſtokratie dünken, betrachtet, der wird ſich ſagen: es iſt doch eine große Zeit, in der wir leben, und er wird Achtung gewinnen auch vor den Männern und Frauen der Handarbeit, die nicht nur nach beſſerer materieller Exiſtenz um derer ſelbſt willen ſtreben, ſondern weil dieſe die Vorausſetzung höheren geiſtigen Beſitztums iſt!

Die Socialdemokratie behauptet freilich häufig, ſie ſei die einzige und wahre Vertreterin des „Socialismus", ihre Lehre ſei der Socialismus ſchlechtweg, ſie ſei auch die einzige richtige Interpretin desſelben. Das möchte ich ihr nicht zugeſtehen. Wir können, oder richtiger, wir müſſen vielmehr unter „Socialismus" mancherlei Theoretiſches und ebenſo mancherlei von praktiſchen Beſtrebungen verſtehen, was ſich mit der Lehre des ſocialdemokratiſchen Socialismus und mit deſſen Wünſchen und Beſtrebungen mehrfach berührt, zum Teil damit deckt, aber keineswegs darin aufgeht.

Einräumen müſſen Unbefangene nur, womit ſie zwiſchen den einſeitigen Anhängern und Gegnern des ſocialdemokratiſchen wie allen Socialismus eine Mittelſtellung einnehmen: der Streit kann ſich vernünftigerweiſe nur darum drehen, wie weit wir in einer wirtſchaftlichen Entwicklung,

weg vom Privateigentum der Privaten, hinüber zu Gemeineigentum im Sinne von Staats- und Kommunaleigentum gehen. Es handelt sich zwischen den Socialdemokraten und uns praktisch gar nicht um so viel Differenz, nicht um das Princip, ob, sondern um das Maß, in welchem ein Princip durchgeführt werden kann, soll und muß, überhaupt aber nicht sowohl um Principien- als um Zweckmäßigkeitsfragen. Wie weit wir z. B. auf einem konkreten Gebiete wirtschaftlicher Unternehmungen „verstaatlichen", „verkommunalisieren" können, das hängt nicht von unserem Willen und Wünschen, sondern von gewissen gegebenen Verhältnissen, vielfach vom Stand und der Entwicklung, auch den weiteren Entwicklungsbedingungen der Technik ab. Mit Verallgemeinerungen, mit „prinzipiellen" Forderungen, wie sie die Socialdemokratie aufstellt, ist nicht gedient. In der wirklichen geschichtlichen Entwicklung machen sich die Dinge oft ganz anders, als menschliche Meinung und Wünsche und Erwartungen voraussetzen.

Auf unabsehbare Zeit hinaus wird die große Masse des gewerblichen, merkantilen und vollends des landwirtschaftlichen Besitzes Privateigentum, und der betreffende Betrieb Privatwirtschaft bleiben, und zwar nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie, im Interesse der Besitzenden, der Unternehmer, sondern auch und zuvörderst im Interesse der Allgemeinheit und ebenfalls in demjenigen der Arbeiter. Warum? Aus dem einfachen Grunde, weil nach allgemeinster Erfahrung und nach Analyse der mitspielenden psychologischen Momente die Leitung der Produktion unter Verantwortlichkeit der persönlich interessierten Besitzer und Unternehmer am besten erfolgt. Gewiß nicht immer ideal, aber doch so, wie es unter den gegebenen Verhältnissen und mit Menschen, wie sie einmal sind — und bleiben werden, schwerlich auf andere Weise besser, wahrscheinlich nicht einmal ebenso gut gemacht werden könnte. Auch der Fortschritt der Technik, ein Hauptfaktor für alle weiteren wirtschaftlichen Fortschritte, wird vermutlich in dieser auf dem Privateigentum beruhenden „privatwirtschaftlichen" Produktionsweise am besten verbürgt.

Die eigentlich prinzipielle Differenz gegenüber dem socialdemokratischen Socialismus liegt in der völligen Verschiedenheit der Ansichten über Mensch und Menschentum, über die ganze menschliche Natur und deren Entwicklungsbedingungen. Die Socialdemokratie wähnt — wie ich gern zugestehe, gewiß in ihren meisten überzeugten Anhängern im besten Glauben —, wir würden durch eine Änderung der wirtschaftlichen Rechtsordnung, wie sie sie fordert, aber auch als notwendiges Ergebnis der Evolution prognostiziert, in quasi ideale wirtschaftliche Zustände gelangen, weil wir dann selbst andere Menschen geworden wären. Ist diese Annahme irgend durch die Erfahrung zu begründen? irgend wissenschaftlich als richtig erwiesen? Man könnte ja einwenden, das läßt sich nicht beantworten, denn die „socialistische Wirtschaftsordnung" besteht ja noch nicht. Indessen, wir haben im Völkerleben doch schon sehr große Veränderungen und Verschiedenheiten der Technik, der wirtschaftlichen Rechtsordnung, auch der Eigentumsordnung, der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse gehabt, große Fortschritte auch, wie keine frühere Zeit, im 19. Jahrhundert hier gemacht. Sind wir wesentlich andere als unsere Vorfahren geworden? Wesentlich besser als sie? Haben wir andere, geringere Fehler und

Schwächen als sie oder als andere Völker unter ganz anderen Verhältnissen der Technik, des Rechts, der Wirtschaft? Wer will das im Ernst behaupten? Die ganze Frage stellen, heißt sie verneinen. Ist gar unsere „Natur", unsere psychische, eine andere geworden?! Sicher so wenig als in historisch übersehbaren Zeiten unsere physische! Wer möchte ernstlich annehmen, bei nur etwas kritischem Vermögen, daß eine Änderung der Verhältnisse selbst von so ungeheuer eingreifender Art wie die vom socialdemokratischen Socialismus prognostizierte und postulierte uns zu „Wesensanderen" machte, was wir für die Verwirklichung des socialdemokratischen Programms sein müßten? In diesem falschen Dogma, einem Hauptpunkt der „materialistischen" Geschichtsphilosophie, in dieser verkehrten Psychologie liegt der schwächste Punkt des socialdemokratischen Socialismus: er operiert in seinen Doktrinen und seinen Forderungen nicht mit Menschen, wie sie waren, sind und nach allem bleiben werden, sondern mit idealisierten, ja mit wesensanderen, engelartigen Phantasiemenschen, wie man sie auf Erden nie hatte und auch wohl niemals haben wird, selbst in Aonen nicht.

Zwischen uns und der Socialdemokratie besteht eine tiefe Kluft und besonders die Auffassung menschlichen Wesens, menschlicher Natur trennt uns unüberbrückbar von ihr.

Gewiß, die äußeren Umstände, gerade auch die wirtschaftlichen, beeinflussen wie unser physisches, so auch unser psychisches und sittliches Sein, Denken, Wollen, Thun und Treiben. Das hat man gegenüber dem Moment der reinen Individualthätigkeit, auch der Individualschuld, dem Individualverdienst lange Zeit zu wenig beachtet. Es ist ein neuerer, dem Socialismus mit zu verdankender Fortschritt sociologischer Erkenntnis, daß das jetzt eingesehen wird. Aber mindestens ebenso groß als der frühere Fehler, das zu verkennen, ist der jetzige, diese Bedeutung der äußeren Umstände und ihres Einflusses so zu überschätzen, wie es gegenwärtig vielfach geschieht. Die äußeren Umstände geben unserer Menschennatur nicht das entscheidende Gepräge, geschweige, daß sie sie erst „machen", erst entscheidend bestimmen. Wir können, um mich trivial auszudrücken, auch bei völliger Veränderung der äußeren, der wirtschaftlichen Verhältnisse so wenig aus unserer „geistigen Haut" heraus, als aus unserer körperlichen.

Die Socialdemokratie, ihre Führer wie Anhänger zu verunglimpfen, sie wie Verbrecher zu betrachten und mit ehrenrührigen Namen zu belegen, ist nicht nur politisch unklug, falsch und gefährlich, es ist auch ungerecht. Diese Partei birgt in ihren Angehörigen ebenso viele ehrliche und brave Männer wie irgend eine andere, ebenso viele überzeugte, opferfreudige Idealisten, vor denen man Achtung haben kann, auch tüchtige Gelehrte. Aber die Vertreter des socialdemokratischen Socialismus sind nicht nüchtern, nicht historisch, nicht psychologisch gebildet und erfahren genug, sie fallen — ein seltsamer, und doch verständlicher Gegensatz zu ihrem philosophischen Materialismus — in einen falschen Idealismus, vor allem in Betreff der Wandelbarkeit und der Besserungsfähigkeit der menschlichen Natur. Sie lassen sich zu viel zu weiten Verallgemeinerungen verführen, erheben Teilwahrheiten zu allgemeinen, bedingte zu unbedingten Sätzen. Deshalb muß man sie, ihre Lehren, ihre Bestrebungen, ihre Agitationen bekämpfen, auch scharf bekämpfen, aber mit Gründen, mit Belehrung, mit Geisteswaffen, nicht mit

dem Polizeiknüppel, nicht mit Umsturzgesetzen. Der socialdemokratische Socialismus ist eine ideologische Lehre, mehr noch ein Glaube, ein falsches Dogma. In diesem seinem Charakter liegt seine Stärke, seine verführerische Gewalt, sein Einfluß auf die Massen, auch auf einen Teil der gebildeten Jugend, nicht auf den schlechtesten Teil. Mit Gewaltmitteln schafft man Märtyrer — und die haben noch keinem „Glauben" gefehlt, der hart verfolgt wurde und mehr für diesen Propaganda gemacht, als irgend etwas anderes."

Diesen Auffassungen Wagners fügen wir ein paar Sätze hinzu von Rodbertus, der ein wissenschaftlicher Vorläufer von Wagner, Stöcker und Todt war.

Ob Dörpfeld zu Rodbertus Beziehungen gehabt, weiß ich nicht. Ein Vergleich dieser Äußerungen Rodbertus mit Dörpfelds Schrift zeigt aber eine gewisse Übereinstimmung in der grundlegenden Auffassung, sowohl in der Charakterisierung der socialen Frage (1.) als in der Methode der Behandlung (2.). (Wir sagen Behandlung, da man nach Adolph Wagner den Ausdruck „Lösung" besser vermeidet. Denn eine wirkliche Lösung giebt es hienieden, auf dieser Erde, unter uns gebrechlichen und schwachen und sündigen Menschen nicht. Das wäre ein „Himmel auf Erden", der niemals hier zu erreichen sei. Nur in der Richtung auf dieses Ziel kann man, und muß man aber auch vorgehen. Das ist eine einfache Forderung jeder Ethik.)

1. „Wenn „konservativ sein" das Konservieren des verrottetsten Plunders bedeutet, — nenne er sich nun „liberal" oder werde er „illiberal" genannt —, so giebt es nichts Antikonservativeres als die sociale Frage. Wenn aber konservativ bedeutet: Stärkung monarchischer Staatsgewalt, friedliche Reformarbeit, Aussöhnung der socialen Klassen unter der Agide und nach der Norm des strahlenden Suum cuique, so giebt es nichts Konservativeres als die sociale Frage."

2. „Nein, auf der Straße, mittels Streiks, Pflastersteinen und gar Petroleum — Dynamit würde Rodbertus vielleicht jetzt hinzufügen — wird die sociale Frage nicht gelöst. Als nur noch erst abzuschaffen war, mochten im Sturm errungene Dekrete genügen. Heute heißt es: organisieren, dauernder socialer Friede, einheitliche politische Regierungsgewalt, fester, vertrauensvoller Anschluß der arbeitenden Klassen an diese Gewalt, große Aufnahmen, Vorarbeiten und Anstalten, die eine Reihe tiefer Kombinationen bilden und nur in Ruhe, mit Ordnung und Energie zu treffen sind: das sind die Vorbedingungen einer Lösung der socialen Frage. Sie schließen gleichermaßen eine zerfahrene Staatsgewalt, eine turbulente Arbeiterbevölkerung und — Karlsbader Beschlüsse aus."

Dörpfelds Stellung zu Lassalle, dem konservativen Socialisten Victor

Aimé Huber und dem liberalen Schulze-Delitzsch kennzeichnet die Schrift selber hinreichend, so daß hier jeder Vergleich überflüssig wird. Dagegen mögen die vorherrschenden socialistischen Theorien noch kurz gekennzeichnet werden durch ein paar bedeutsame Urteile von Schmoller, dem gleich hervorragenden nationalökonomischen Kollegen Wagners an der Universität Berlin wie im „Verein für Socialpolitik" und im „Evangelisch socialen Kongreß." Sie sind entnommen aus einer Rektoratsrede über „Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Socialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre":

Die socialistischen Theorien haben alle eine mehr utopistische Farbe, einen mehr pamphletartigen, agitatorischen Charakter. Sie haben aber das Verdienst, auf eine große, von der individualistischen Theorie übersehene Seite unserer wirtschaftlichen Entwicklung, auf die Lage der unteren Klassen, auf die Klassengegensätze und Kämpfe aufmerksam gemacht zu haben, zugleich auf die praktische Wirksamkeit einer zielbewußten Organisation der einzelnen Klassen, auf die furchtbaren Mißstände und Mißbräuche innerhalb der modernen Volkswirtschaft. Die Socialisten haben im Anschluß an die Geschichtsphilosophie der Zeit den großen Gedanken der Entwicklung in die Socialwissenschaften eingeführt und haben damit begonnen, das Verständnis der wirtschaftsgeschichtlichen Epochen und ihrer Unterschiede zu begründen, aber sie haben bei der Darstellung dieser Unterschiede der Phantasie und der Leidenschaft so die Zügel schießen lassen, daß ihre Schriften nach dieser Seite vielfach den Boden der ernsten Wissenschaft verlassen.

Den drei deutschen Socialisten Lassalle, Rodbertus und Marx haben ihre Anhänger im Gegensatz zu den englischen und französischen, die idealistische Zukunftspläne ausmalten, den Stempel der Wissenschaft aufgedrückt, weil sie auf solche Utopien verzichtet hatten. Sie haben das aber nur im größeren Sinne des Wortes unterlassen, nicht überhaupt darauf verzichtet, die Propheten der Revolution und des nahen goldenen, kommunistischen Zeitalters zu spielen.

Das Kapital wird phantastisch als der Vampyr hingestellt, der den Arbeitern das Blut aussaugt.

Das berechtigte Ziel aller socialistischen Litteratur ist der Kampf für eine gerechtere Ordnung der Volkswirtschaft, für eine Hebung und Förderung der arbeitenden Klassen, der großen Masse des Volkes. Das utopische Ideal, das auch Marx in ganz unklarer Weise vorschwebt, ist die Beseitigung aller Klassengegensätze und wirtschaftlichen Ungleichheit, aller Verschiedenheiten in der Vermögens- und Einkommensverteilung.

Der praktisch wirksamste und als Socialpolitiker auch wohl der hervorragendste unter den heutigen Geistesverwandten Dörpfelds ist Friedrich Naumann.

Pfarrer Naumann ist ein Schüler Stöckers und Wagners, er hat sich aber mehr nach links entwickelt. Mit einer großen Vorurteilslosigkeit

hat er sich in jene socialistischen Theorien vertieft und dabei wohl nicht ganz ungestraft unter diesen exotischen Palmen gewandelt, doch ohne sich, wie Paul Göhre, vom historischen Materialismus und Marxismus überwältigen zu lassen. Er vereinigt einen warmherzigen Nationalismus und eine religiöse, wenn auch kirchlich weitherzige und nicht ganz von Utilitarismus freie, aber glaubensstarke Frömmigkeit mit der fast einseitigen Vertretung der Klassen-interessen des Lohnarbeiterstandes, eine liberale Demokratie und ein kraft-volles Kaisertum, und diesen nationalen Socialismus weiß er mit hervor-ragender Rednergabe in öffentlichen Versammlungen zu vertreten.

„Die Hilfe" nennt er seine Wochenschrift, „Gotteshilfe, Selbst-hilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe" lautet ihr Nebentitel.

Sein Gesamtbekenntnis ist in der Schrift: „Demokratie und Kaisertum" niedergelegt, worin er sich wieder als Meister des Stils in Klarheit und Anschaulichkeit wie auch als Meister der Thatsachen und der Theorien erweist. In dem „Goldenen Buche des deut-schen Volkes an der Jahrhundertwende" beurteilt er den Socialismus wie folgt:

„Was hat eigentlich das vergangene Jahrhundert für den Socialismus geleistet? Längst nicht alles, was sich bis weit über die Mitte des Jahrhunderts hinaus seine ersten Propheten dachten. Der Socialismus fing mit großen Worten an, als sei er schon der Riese, der die Welt umgestaltet. Das ist der Ertrag der letzten Jahrzehnte des Jahrhunderts, daß übertriebene Hoffnungen auf der einen und übertriebene Befürchtungen auf der andern Seite sich gelegt haben. Wir wissen heute, daß die Zeit, wo die Volksmenge der Kulturstaaten an der Regelung des politischen und wirtschaftlichen Getriebes aktiven Anteil nimmt, trotz Stumm und Genossen herankommt; aber keinesfalls kommt sie plötzlich, und keinesfalls kommt sie ohne Kompromisse. Materiell angesehen, bedeutet Socialismus Erhöhung der Lebensbedürfnisse der Masse: mehr Brot, Fleisch, Tische, Bilder, Betten, kurz, mehr verarbeitete Rohstoffe. In diesem Sinne bedeutet Socialismus einen gewaltig steigenden Import. Um diesen Import zu gewinnen, brauchen wir Flottenmacht. Von hier aus wird uns das neue Jahrhundert nationalen Socialismus bringen. Geistig angesehen, bedeutet Socialismus erhöhte Teilnahme der Masse am inneren Leben unserer Denker. Das alte Jahrhundert gab den Schulzwang, vom neuen erwarten wir einen tieferen Bund von Arbeit und Bildung."

Aus der konservativen Partei kommend, nimmt der scharfsinnige und geistvolle Jurist und Mitbearbeiter des bürgerlichen Gesetzbuches Prof. Rudolph Sohm in Leipzig einen sowohl politisch als kirchlich konser-vativeren Standpunkt innerhalb des von Naumann gegründeten National-socialen Vereins ein. Unter den „Katheder-socialisten" steht Sohm in seinem ganzen theologischen, politischen und socialen Denken Dörpfeld wohl am nächsten. Er charakterisiert seine und der National-Socialen „Stellung

zur Socialdemokratie" und damit auch zur socialen Frage der Lohnarbeiter in einem am 9. März 1897 gehaltenen Vortrage in Leipzig u. a. also:

„Das Bündnis zwischen Socialdemokratie und Arbeiterbewegung ist ein naturwidriges. Es gilt, die Arbeiterbewegung von diesem Bündnis zu befreien. Das ist es, was wir wollen.

Die Socialdemokratie ist das Hindernis für den Erfolg der deutschen Arbeiterbewegung. Um des deutschen Arbeiterstandes und des deutschen Volkes und Staates willen gilt es, dies Hindernis zu beseitigen. Die Socialdemokratie hat das Verdienst gehabt, den deutschen Arbeiterstand zu wecken, zu organisieren, in Schlachtordnung aufzustellen. Aber sie ist unfähig, das Heer zum Siege zu führen. Warum?

Die Socialdemokratie ist der erklärte Feind der ganzen bestehenden Staats- und Rechtsordnung.

Diese socialdemokratische Lehre ist eine Irrlehre. Sie täuscht den deutschen Arbeiter über sein Verhältnis zum Unternehmer. Der Unternehmer als solcher ist nicht der Ausbeuter, sondern der Führer im Produktionsprozeß, der die an sich leistungsunfähige Masse organisiert, zu dem von ihm erkannten Ziele in Bewegung setzt und sie durch seine Thätigkeit fähig macht, den „Mehrwert" zu erzeugen. Die socialdemokratische Lehre täuscht damit zugleich den Arbeiter über sein Verhältnis zu Recht und Staat. Das bestehende Recht ist nicht als solches Unrecht. Der bestehende Staat ist nicht als solcher der Klassenstaat. Das bestehende Recht will die Freiheit des Arbeiters und seines Arbeitsvertrages. Der bestehende Staat will nach seinem Wesen Gerechtigkeit für alle seine Angehörigen. Das bestehende Recht und der bestehende Staat ist, wie auch die augenblickliche Handhabung der Staatsgewalt sei, der geborene Bundesgenosse des deutschen Arbeiters. Und nur auf dem Boden der bestehenden Rechts- und Staatsordnung wird dem deutschen Arbeiter geholfen werden. Der sociale Gedanke ist da. Schon hat er mächtigen Einfluß auf die Staatsgesetzgebung ausgeübt. Er wird weiter wirken. Das Recht der Gegenwart trägt ihn in seinem Schoße. Es bedarf nur, daß kein Hindernis seiner praktischen Ausgestaltung sich in den Weg werfe.

Dies Hindernis aber ist heute die Socialdemokratie. Sie macht den deutschen Arbeiterstand, soviel an ihr ist, zum Gegner des bestehenden deutschen Staates. Sie macht den bestehenden deutschen Staat, soviel an ihr ist, zum Gegner des deutschen Arbeiterstandes.

Darum ist die Socialdemokratie der Feind nicht bloß unserer Rechtsordnung als solcher, sondern der Feind des Arbeiterstandes selbst. Sie giebt ihm statt der idealen Güter, die sie ihm nimmt, den Haß, und sie hindert ihn am Erfolge. Die Hoffnungslosigkeit der deutschen Arbeiterbewegung innerhalb des bestehenden Staates ist geradezu socialdemokratischer Grundsatz. Nicht der bestehende Nationalstaat, sondern allein der Zukunftsstaat der socialdemokratischen Lehre soll die Hoffnung des deutschen Arbeiters sein. Wenn dennoch von der socialdemokratischen Partei innerhalb des gegenwärtigen „Klassenstaats" für die Hebung des Arbeiterstandes gekämpft wird, so geschieht es in Widerspruch mit dem Princip. Die Erfolg-

losigkeit dieser Bestrebungen erscheint darum von dem höheren socialdemokratischen Standpunkt aus als das bessere. Denn trotz der gebrachten Opfer erscheint als der größere „Gewinn", „so groß, daß die ungeheuren Opfer, die gebracht wurden, als winzig erscheinen", die Bestätigung „für die Wahrheit der socialistischen Lehre", der Lehre nämlich, daß von diesem Klassenstaate nichts zu hoffen ist (so der „Vorwärts" am 9. Februar nach Beendigung des Hamburger Streiks, vergleiche auch den „Vorwärts" vom 7. Februar). Es lebe die „socialistische Lehre" (das ist der Sinn der Ausführungen des „Vorwärts"), mag auch der deutsche Arbeiterstand darüber zu Grunde gehen!

Von diesem Feinde gilt es, den deutschen Arbeiterstand, das deutsche Volksleben zu befreien.

Andere wollen mit ihrem Eintreten für die deutsche Arbeiterbewegung warten, bis die deutschen Arbeiter aufgehört haben, Socialdemokraten zu sein. Wir warten nicht. Wir wollen dem deutschen Arbeiter helfen, obgleich er heute noch regelmäßig sich zur socialdemokratischen Partei hält. Wir wollen, daß der in unserer Rechtsordnung bereits ausgesprochene Satz von der Freiheit des Arbeitsvertrages zur Wahrheit werde, und wollen dem deutschen Arbeiter beistehen, daß er zu dieser Freiheit gelange, auch wenn er heute noch mit den Socialdemokraten marschiert. In diesem Sinne wollen wir den Socialdemokraten helfen, nicht weil sie Socialdemokraten, sondern obgleich sie Socialdemokraten sind. Sie sind unsere deutschen Brüder und sollen es sein und bleiben. Ihr Wohl ist mit dem unseren, und unser Wohl mit dem ihrigen unlöslich verbunden. Das deutsche Volk ist unser Ziel, wenn wir dem deutschen Arbeiter zur Seite treten.

Ja, wir glauben, daß allein dadurch, daß den Socialdemokraten geholfen wird, die Socialdemokratie wird überwunden werden.

Die Macht der Socialdemokratie liegt nicht in der Wahrheit ihrer Lehre. Ganz im Gegenteil! Die große Mehrzahl ihrer Anhänger ist nur äußerlich Socialdemokrat. Der deutsche Arbeiter liebt sein deutsches Vaterland. Er kann gar nicht anders. Und die Mehrzahl der deutschen Arbeiter hat Religion und zwar die christliche, wie auch die Form seines Christentums aussehen möge. Die materialistische Geschichtsauffassung, die er regelmäßig gar nicht genügend versteht, und der Zukunftsstaat, von dem niemand nichts weiß, diese Dinge sind es nicht, die ihn zum Socialdemokraten machen. Ja, viele wählen socialdemokratisch zum Reichstage, wenngleich sie wissen, daß sie durchaus keine Socialdemokraten sind. Die Macht der Socialdemokratie beruht ausschließlich in den Mißständen, unter denen der deutsche Arbeiter leidet, darin, daß die Erreichung der Freiheit, welche das Gesetz ihm zusagt, thatsächlich ihm unmöglich gemacht wird. Er folgt der socialdemokratischen Partei lediglich, weil diese Partei allein ihm verspricht, seiner Forderungen sich anzunehmen. Man nehme der Socialdemokratie diese Grundlage ihrer Macht. Man trete für die Arbeiterbewegung ein. Man gebe vor allem dem Arbeiter die Freiheit der Organisation, die er begehrt, die ihm durch die Gewerbeordnung verheißen ist, und die ihm nur durch die Vereinsgesetzgebung und deren Handhabung vorenthalten wird. Man schaffe damit dem deutschen Arbeiter

die Möglichkeit, sich *selber* zur Freiheit emporzuheben — nur das Selbsterrungene hat sittlichen Wert. In demselben Augenblick, wo die Arbeiterbewegung auf dem Boden der bestehenden Rechtsordnung erfolgreich voranschreitet, wird sich ihr Bündnis mit der die Rechtsordnung der Gegenwart verneinenden Socialdemokratie lösen. Sobald der Arbeiterstand auf dem Boden unseres Rechts seine Interessen nach Art eines freien Mannes geltend zu machen imstande ist, sobald er die Hand unseres Rechts, unseres Staates als Helferin in seiner Hand fühlt, wird von selbst die Socialdemokratie ihre Macht über ihn verloren haben und damit die socialdemokratische Gefahr *überwunden* sein. Freie Bahn für die Arbeiterbewegung! Gleiches Recht für die Organisationen der Arbeitnehmer wie für die der Arbeitgeber! Vollkommene sociale Gerechtigkeit ist das einzige Mittel für die Gewinnung des socialen Friedens. Den Socialdemokraten soll ihr Recht werden. Nur so können wir die Socialdemokratie bekämpfen. Auch hier gilt der Satz: Du kannst das Böse nur durch Gutes überwinden.

Mit der Förderung des socialen Friedens wird die Gewinnung des Arbeiterstandes für die Interessen des deutschen Nationalstaates Hand in Hand gehen. Der sociale Gedanke ist der notwendige Bundesgenosse des nationalen. Beides hängt unzertrennlich mit einander zusammen. In diesem Sinne sind wir *national-social*."

Zu diesen freiwilligen Theoretikern und Praktikern in der wirtschaftlich-socialen Frage gesellte sich nun gesetzgeberisch die *Reichsregierung* unter der Führung der *Hohenzollern* und des *Fürsten Bismarck*.

Die Hohenzollern mit ihrem suum cuique haben seit je mehr denn irgend eine Dynastie es verstanden, social zu denken und zu handeln. Gegenüber der Herrenmoral der Junker und anderen Volksbedrückern hat nicht bloß ein Friedrich Wilhelm I. einen „rocher de bronce stabiliert" und ein Friedrich der Große die ganze Kammergerichtsjuristerei zum Teufel gejagt, weil sie in einem Prozesse gegen einen armen Müller des Königs Namen in ihrer Rechtsprechung zu Gunsten des wirtschaftlich Starken „cruel gemißbraucht" hatten, und nicht bloß bei diesem letztgenannten Anlasse haben Bauern und Bürger vor dem Königsschlosse die Mützen geschwenkt mit dem Rufe: „*Es lebe der König, der auch den Armen und Schwachen zu ihrem Rechte verhilft!*" Trotz der ganzen antisocialen Umgebung der Throne haben die Hohenzollern immer wieder daran gedacht, daß König *und* Volk den Staat ausmachen und nicht bloß die Liebe des Volkes, sondern auch die Liebe zum Volke den Herrscherthron gründet wie Fels im Meer, und sie haben dem entsprechend social gehandelt. Auch die drei Hohenzollern-*Kaiser*.

Als Kaiser Wilhelms I. socialpolitisches Testament führen wir an die gewaltigen, im Lapidarstil gehaltenen Worte aus der *amtlichen*

Begründung der ersten Vorlage über Unfallversicherung (1881) und aus der kaiserlichen Botschaft vom 17. Nov. 1881, Worte, die oft in der Presse und Litteratur angeführt worden sind, die aber niemals zu oft gehört werden können.

In den Motiven der Unfallversicherung heißt es: „Durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen . . .“ müssen die bedenklichen Erscheinungen in der Arbeiterwelt bekämpft werden. „Es ist nicht zu verkennen, daß in der Unsicherheit des lediglich auf der Verwertung der persönlichen Arbeitskraft beruhenden Erwerbs . . . Mißstände begründet sind, welche zwar auch durch gesetzgeberische Maßregeln nicht völlig aufzuheben sind, deren allmähliche Milderung aber auf dem Wege besonderer, die eigentümlichen Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigenden Gesetzgebung ernstlich in Angriff genommen werden muß.“

„Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welchen die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichtet sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei . . .“

„Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie dies Ziel verfolge, ein socialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz Neues, sondern um eine Weiterentwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staate neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit, das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern . . .“ „Auch die Besorgnis, daß die Gesetzgebung auf diesem Gebiete namhafte Erfolge nicht erreichen werde, ohne die Mittel des Reiches und der Einzelstaaten in erheblichem Maße in Anspruch zu nehmen, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Denn der Wert von Maßnahmen, bei welchen es sich um die Zukunft des gesellschaftlichen und staatlichen Bestandes handelt, darf nicht an den Geldopfern, welche sie vielleicht erfordern, gemessen werden.“

Aus der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881:

„Schon im Februar d. J. haben wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der socialen Schäden nicht

ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Gesetze, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelungen, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterland neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen . . ."

In diesem Sinne kündete die Botschaft die großartige Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung an und sprach bei den durch Alter und Invalidität Erwerbsunfähigen noch besonders davon, daß sie „der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge hätten, als ihnen bisher habe zu teil werden können."

„Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht." Vom „Zusammenfassen der realen Kräfte des Volkslebens in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Fürsorge" ist weiter die Rede, „um die Lösung von Aufgaben möglich zu machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sein würde". Auch dabei werde aber „das Ziel ohne die Aufwendung erheblicher Mittel nicht zu erreichen sein." Und zum Schluß ist von „Anregung" von Einrichtungen sonstiger Art die Rede, zu der der Kaiser sich vor Gott und Menschen verpflichtet fühle, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg".

Zur Verteidigung dieser social-politischen Bestrebungen sagte Bismarck am 9. Januar 1882 im Reichstage, ganz im Sinne der in der „Ethik" ausgesprochenen Auffassungen Dörpfelds:

„Praktisches Christentum heißt Bethätigung unserer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiete der Nächstenliebe. — Auch diejenigen, die an die Offenbarung des Christentums nicht mehr glauben, möchte ich daran erinnern, daß doch die ganzen Begriffe von Moral, Ehre und Pflichtgefühl, nach denen sie ihre anderen Handlungen in der Welt einrichten, wesentlich nur die fossilen Überreste des Christentums ihrer Väter sind, die unsere sittliche Richtung, unser Rechts- und Ehrgefühl noch heute, manchen Ungläubigen unbewußt, bestimmen, wenn er auch die Quelle selbst vergessen hat, aus der unsere heutigen Begriffe von Civilisation und Pflicht geflossen sind. Ich glaube also, auch Ihnen und selbst denen, die einer anderen Konfession angehören, ist doch das Gebot der Nächstenliebe, das Gebot der Wohlthätigkeit,[1]) auch in ihrer

[1]) Selbstverständlich denkt Bismarck hier nicht an Armenspende, sondern an eine sociale Gerechtigkeit, die der Gesetzgeber zu üben hat, an die Herbartsche Idee des „Wohlwollens".

Konfession ein vorherrschendes. Ich sehe daher nicht ein, mit welchem Rechte wir für unsere gesamten Privathandlungen die Gebote des Christentums, lebendig oder fossil, anerkennen, und sie gerade bei den wichtigsten Handlungen, bei der wichtigsten Bethätigung unserer Pflichten in den Hintergrund schieben wollen und sagen: hier haben wir uns nicht daran zu kehren. Ich meinerseits bekenne mich offen dazu, daß dieser mein Glaube an die Ausflüsse unserer offenbarten Religion in Gestalt der Sittenlehre vorzugsweise bestimmend für mich ist und jedenfalls auch für die Stellung des Kaisers zu der Sache, und daß damit die Frage von dem christlichen oder nichtchristlichen Staat gar nichts zu thun hat. Ich, der Minister dieses Staates, bin Christ und entschlossen zu handeln, wie ich glaube es vor Gott rechtfertigen zu können. Das deutsche Reich wird bestehen durch die Arbeit des deutschen Volkes. Es giebt einen Felsen, auf den das deutsche Reich gegründet ist, einen anderen Felsen giebt es nicht: die Tugend seiner Bürger. Und sage niemand: auf mich kommt es nicht an, ich bin zu klein, zu unbedeutend. Auf jeden kommt es an, hoch oder niedrig. Es geht gegenwärtig ein Ringen durch Europa, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen. Welches Volk wird oben bleiben? Nicht die Begeisterung wird entscheiden, auch nicht die Tapferkeit. Derjenige wird siegen, auf dessen Seite das größte Maß von sittlicher Kraft steht. Arbeiten, an sich und für andere arbeiten, in Demut und Selbstverleugnung, nicht um des persönlichen Erfolges willen arbeiten, nicht dem Genusse dienen! — unter diesem Zeichen werden wir siegen; wo nicht, so gehen wir zu Grunde. Nicht von heute auf morgen. Völker und Reich sterben nicht wie Menschen. Aber einmal gewiß. Es giebt eherne Wahrheiten. Wer sie mißachtet, zerstößt sich den Kopf daran, ob Menschen oder Völker. An uns alle ergeht der Ruf: Ihr habt eine große Zeit erlebt, sorgt dafür, daß nicht einst die Geschichte sprechen wird: die große Zeit hat ein kleines Geschlecht gefunden!"

Die socialpolitischen Erlasse Kaiser Wilhelms II. sind nicht minder bedeutungsvoll:

I. „Ich bin entschlossen, zur Besserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abschwächen. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will ich, daß zunächst in

Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Kabinette aller Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm, I. R."

An den Reichskanzler.

II. „Bei meinem Regierungsantritte habe ich meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Besserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen sie doch nicht die ganze mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorberatung dieser Fragen will ich, daß der Staatsrat unter meinem Vorsitz und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen

zuſammentrete, welche ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte ich meiner Beſtimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältniſſe in dem von mir beabſichtigten Sinne entgegenſtehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimiſchen Induſtrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande ſich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewieſen, bei den Regierungen der Staaten, deren Induſtrie mit der unſrigen den Weltmarkt beherrſcht, den Zuſammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzuſtreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter geſtellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abſchrift meines an ihn gerichteten Erlaſſes mitteilen.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm R.

An die Miniſter für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe."

Die deutſche Induſtriearbeiterſchaft unter der Führung der Socialdemagogie hat Bismarck und ſeinem „alten Herrn" zu deren Lebzeiten jedoch nicht gedankt und keinerlei Verſtändnis für ihr großes Werk der Erbauung des deutſchen Reiches, der Schaffung eines Weltmarktes für der Hände Fleiß und der Begründung einer folgenreichen und bis dahin einzigartigen ſocialpolitiſchen Fürſorge bekundet. Bismarck hat infolgedeſſen ſeine ſchon in der Verleihung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes bekundeten Hoffnungen begraben und glaubte darum, unter ſeinem neuen Herrn die ſociale Frage nur noch mit Kanonen löſen zu können, und er wünſchte dieſe Löſung je eher deſto lieber, weil der Blutſtrom dann um ſo geringer fließen würde.

Der junge Kaiſer aber hoffte und bot dem ebenfalls noch jugendlichen vierten Stande abermals die Hand. Und abermals vermochten es die ſocialdemokratiſchen Führer, daß dieſe hochherzige und ohne Frage auch warmherzige Hand treulos ausgeſchlagen wurde. Und abermals erfolgte auf ein Jahrzehnt ein arger Rückſchlag. Die Getreuen mit der „Herrenmoral" im Rate des Kaiſers ſiegten, umſomehr als er ohne Getreue in der Bewilligung von Heer und Flotte ſeine Kaiſerpflicht auch den ſocial Schwachen gegenüber nicht erfüllen kann, und der Groll gegen die Unverſöhnlichen wuchs wie bei Bismarck zu der Drohung, daß er die „vaterlandsloſen Geſellen", die wider ihn ſeien, „zerſchmettern" wolle.

Der Miniſter Freiherr von Berlepſch, der ſeinen Glauben an die Zukunft der Maſſe nicht preisgegeben hat, wurde entlaſſen, und der Geiſt des Freiherrn von Stumm brauſte mit Macht durch die herrſchenden Kreiſe und umbrauſte auch den Thron des Kaiſers. Nur der chriſtlich geſinnte

Geistesadel unserer Nation, allgemein vereinigt einerseits im Evangelisch-socialen Kongreß und fachwissenschaftlich vereinigt im „Verein für Socialpolitik“ blieb standhaft und damit im wahren Sinne des Wortes konservativ, von allen Scheinkonservativen aber aufs beste dafür gehaßt, verfemt und verfolgt. Zu diesen social Glaubensstarken gehörte auch der Minister Freiherr von Berlepsch, der seinen Ministerstuhl, aber nicht seine Überzeugung und seinen Glauben an eine gesunde Fortentwickelung der socialen und nationalen Frage des Lohnarbeiterstandes preisgab.

1897 tagte die Versammlung des Vereins für Socialpolitik in Köln, des Vereins der „Katheder-Socialisten“, wie ihn die Gegner nennen. Auf einem sich anschließenden Festessen, an welchem sich die Mitglieder des Vereins und Kölner Herren zahlreich beteiligten, Theoretiker, Praktiker, Gelehrte, Beamte, Staatsmänner, Evangelische und Katholiken, auch Geistliche, war, wie in den Vereinssitzungen, auch der Freiherr von Berlepsch anwesend. Nach der Sitte in deutschen Landen, wenn Deutsche bei festlichem Mahle versammelt sind, folgte Toast auf Toast, und einer davon aus dem Munde des Herrn von Berlepsch galt — der „Emanzipation des vierten Standes“.

Dies Hoch auf die Arbeiterklasse, die sich emporringt, bei solcher Gelegenheit, mitten in der industriell entwickeltsten Gegend Deutschlands, ausgebracht von einem Staatsmanne, der noch vor Jahr und Tag aktiver preußischer Minister gewesen, der sich in dieser Stellung um Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung und anderes mehr wesentliche Verdienste erworben, war ein Vorgang, der zu denken giebt. „Vielleicht — meint Adolph Wagner — wird man nun doch nicht auch gleich einen Mann wie den Minister von Berlepsch wegen dieser seiner arbeiterfreundlichen Stellungnahme „socialdemokratischer Tendenzen“, wie so manche deutsche Professoren in den Kreisen der Großindustrie und ihrer Presse, beschuldigen. Der Unbefangene, der dem geschichtlichen Werdegang der Dinge mit Verständnis folgt, wird vielmehr aus einem solchen Hoch auf die Arbeiterklasse, welche sich emporringt, nur die erfreuliche Bestätigung entnehmen, daß doch Männer aus den verschiedensten Lebensstellungen und Parteilagern zu der Einsicht kommen: neue gewaltige Bewegungen sind im Gange, die Neues gebären und zu veränderter Gestaltung der wirtschaftlichen und socialen Dinge hindrängen. Wie vor 100 Jahren, auch schon vor dem Beginn der französischen Revolution, der dritte Stand nach Selbständigkeit rang, so hat sich am Ende unseres 19. Jahrhunderts ein weiterer, ein vierter Stand, aus der Masse der Bevölkerung hervorzuheben begonnen und sucht auch im socialen Leben zur Anerkennung zu

gelangen und sich Geltung zu verschaffen. Er stößt dabei, wie stets in solchen Fällen, auf gegensätzliche Interessen der im Besitz der Macht befindlichen Stände, aber trotzdem tritt er nicht bloß mit seinen neuen Ansprüchen hervor, sondern weiß diese allmählich auch bei seinen Gegnern als in gewissem Umfang berechtigte zur Anerkennung zu bringen. Wenn man sich solche Bewegungen und Entwicklungen klar macht, so wird man auch besser in den Stand gesetzt, zu den Streitfragen, welche durch den Ausdruck „Socialismus" zusammengefaßt werden, richtig Stellung zu nehmen".

Ich denke, von Berlepsch Absichten bei jenem Toaste wie die des Kaisers, der ihn als socialen Reformer auf den Ministerstuhl rief, hat der Minister a. D. selber sehr scharf umschrieben, als er in jenes „Goldene Buch" eintrug: „Das neunzehnte Jahrhundert hat die sociale Frage, den Kampf der Besitzlosen um eine bessere Lebensstellung, im wesentlichen entstehen und wachsen lassen zu einer gewaltigen und gefahrdrohenden Höhe. Das zwanzigste Jahrhundert hat die Aufgabe, nicht sie zu einem Abschluß zu bringen — das ist nicht möglich — wohl aber sie in ständigem Fortschritt in versöhnlichere Bahnen zu lenken. Das wird gelingen, wenn alle guten Bürger ihre staatlichen, sittlichen und religiösen Pflichten richtig erkennen und erfüllen."

Wohl infolge der Wandlungen innerhalb der socialdemokratischen Partei, in der religiöses wie nationales Sehnen allmählich wach wird, infolge der oft bekundeten Königstreue der unter Führung des Licentiaten Weber in München-Gladbach stehenden immer mehr anwachsenden evangelischen Arbeitervereine und infolge des mannhaften und energischen Eintretens und Werbens für eine starke vom Kaiser begehrte Flotte durch Naumann und seine Nationalsocialen, als noch kein Flottenverein warb, und infolge der Volkstreue der christlichen Geistesaristokratie unserer Nation scheint auch in dem Kaiser das berechtigte Mißtrauen und der Groll sich gelegt und seine ursprüngliche, durch von Berlepsch interpretierte Auffassung wieder die Oberhand bekommen zu haben. Kein anderer als der spätere Socialdemokrat gewordene Paul Göhre war es, der vor vier Jahren seinen jetzigen Genossen in Jena gegenüber mit den Reklamschen „Kaiserreden" in der Hand aufs schärfste betonte: In allen seinen vielen Reden habe Kaiser Wilhelm II. niemals ein Wort gegen die deutschen Arbeiter gesagt, sondern stets mit Wärme von ihnen gesprochen; nur gegen die „vaterlandslosen Gesellen" habe er seinen Zorn gerichtet und das mit Recht.

Darum hätte es uns auch nicht überraschen sollen, was im vorigen Jahre der Kaiser den Vertretern der technischen Hochschulen Preußens sagte. Aus

der Reihe dieser frischen, hoffnungsfreudigen Worte heben wir insbesondere zwei hervor, in denen die von Dörpfeld vertretenen Anschauungen über die Notwendigkeit socialer Reformthätigkeit zu besonders kräftigem Ausdruck gelangten und eine sociale Erziehung der höheren Stände nachdrücklich gefordert wird.

Nachdem der Kaiser zunächst im allgemeinen auf die großen socialen Aufgaben hingewiesen hatte, die von unsern akademisch geschulten Technikern neben ihren eigentlichen Berufsarbeiten zu erfüllen seien, führte ihn die unleugbare Thatsache, daß unsere fortgeschrittne Technik sich bisher gleichsam auf ihre *specifischen* Arbeitsgebiete beschränkt, die aus ihrer wachsenden Bedeutung für die nationale Produktion entspringenden socialen Pflichten aber noch keineswegs genügend erfüllt habe, ganz folgerichtig zu einer Ansichtsäußerung über die natürliche Folgeerscheinung derartiger Unterlassungssünden — über die Socialdemokratie. Er sagte:

„Die Socialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die socialen Pflichten gegen die Arbeiter klar machen und die großen, allgemeinen Aufgaben nicht außer acht lassen. Also ich rechne auf Sie." — — — „Wenden Sie sich mit voller Kraft den großen wirtschaftlichen und socialen Aufgaben zu!"

Man würde irren, bemerkt hierzu Nobbe, der Vorsitzer des Evangelisch-socialen Kongresses, wenn man aus diesen Worten herauslesen wollte, der Kaiser nehme es irgendwie leicht mit der Socialdemokratie; nach wie vor dürfen wir vielmehr überzeugt sein, daß er ihre Bedeutung wie ihre Gefahren nicht unterschätzt. — Das allgemeine Stimmrecht würde eine andere Auffassung schon allein unmöglich machen. Trotzdem ist das Wort in seiner lapidaren Kürze von durchschlagender Bedeutung. Es zeigt der Socialdemokratie ohne jeden rhetorischen Schmuck, wie der Kaiser über sie denkt und nennt zugleich die Mittel, von denen ihre Überwindung allein erwartet werden darf. In den Augen des Kaisers ist hiernach die Socialdemokratie eine der geschichtlichen Entwicklung unterworfene, im Stadium lebhafter Bewegung begriffene Erscheinung, die nicht durch polizeiliche Mittel unterdrückt werden kann, sondern sich ausleben und durch vermehrte Entfaltung der sittlichen Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft überwunden werden muß. Verstärktes Pflichtgefühl gegen die Arbeiter und kräftige Mitarbeit an den großen staatlichen Aufgaben: das fordert der Kaiser von seinen gebildeten Technikern, und darin erkennt er zugleich die Grundbedingungen für eine gedeihliche Lösung der socialen Zeitfragen.

Diese weitschauende kaiserliche Auffassung steht in schroffem Gegensatz zu dem Rufe nach polizeilicher Freiheitsbeschränkung, Socialistengesetz,

Beſchränkung des Koalitionsrechts und allen den Mitteln, durch die man in einzelnen Kreiſen noch immer eine Partei, die mehr als zwei Millionen Stimmzettel in die Wahlurne wirft, nicht erziehen und umbilden, ſondern vernichten zu können meint! — —

Warum mußten aber die beiden Kaiſer und der große Kanzler jene Enttäuſchungen erleben und warum mußte der antiſociale und mit der Ethik des Chriſtentums durchaus im Widerſpruch ſtehende Geiſt auf der einen und der antimonarchiſche, antichriſtliche und materialiſtiſche Geiſt der Marxiſten auf der andern Seite immer wieder zum Durchbruch kommen?

Die Antwort finden wir in Dörpfelds ſämtlichen Schriften, vor allem in ſeinen Schulverfaſſungsſchriften und ſeiner „Ethik“. Man hat nicht verſtanden, zuoberſt die Löſung des Kernes der ſocialen Fragen zu verſuchen: die ſociale Frage des Erziehungsweſens in Staat, Kirche und Schule und damit auch die ſocial-ethiſche Frage der Stände, die dem Volke die Liebe und das Vertrauen zu Kaiſer und Reich und den Glauben an die idealen Mächte nur dann einflößen können, wenn dieſe Faktoren in ihrem eigenen Herzen Überzeugungs- und Lebenskraft beſitzen. Mondenlicht leuchtet aber wärmt nicht. So iſt es auch mit dem, was gelehrt, aber von den Lehrenden nicht geglaubt wird.

Die Verachtung der Pädagogik als autonome Wiſſenſchaft iſt wohl eine der Haupturſachen, daß in regierenden Kreiſen dieſe ſociale Frage nicht einmal geſehen worden oder daß man ſie behandelt hat, wie Freiherr von Stumm und Genoſſen die ſociale Frage der Induſtriearbeiter behandeln möchten, wenn ſie Kaiſer oder Reichskanzler wären.

Die ſocialen Pflichten gegen die Arbeiter (wie umgekehrt gegen die Arbeitgeber) allen Schichten und Altersſtufen klar machen und dabei die großen, allgemeinen Aufgaben nicht außer acht laſſen, mit einem Worte: ſociale Erziehung in vollſtem Sinne des Wortes, das iſt das nächſte Hauptproblem der ſocialen Frage. Alles andere ſind bloß Folgen.

Das Problem der Gegenwart iſt noch das, wie Kant es ſchon als Pädagog (Über Pädagogik § 19) formuliert hat: „Wir leben im Zeitpunkte der Disciplinierung, Kultur und Civiliſierung, aber noch lange nicht im Zeitpunkte der Moraliſierung. Und doch kann man die Menſchen nicht glücklich machen, wenn man ſie nicht ſittlich macht.“ Nur gilt es heute, dieſe Moraliſierung nicht bloß bei den Einzelnen zu erſtreben, ſondern alle ſocialen Einrichtungen und Gemeinſchaften und vor allen Dingen auch das politiſche Parteileben zu ethiſieren. Das iſt für Dörpfeld und auch unſeres Erachtens der Kernpunkt der ſocialen Frage. Und das iſt auch der Grund, warum die Pädagogik, deren

Aufgabe die Ethisierung ist, sich ebenfalls um die (wirtschaftlich) soziale Frage ernstlich zu kümmern hat.

Im Hinblick auf die vorhin charakterisierten und in den beiden letzten Jahrzehnten zu Tage getretenen Einsichten, Aufgaben und Bestrebungen wolle man nun Dörpfelds wirtschaftlich-soziale oder sozial-politische Anschauungen, wie sie im besonderen in seiner Schrift: „Die soziale Frage. Eine Lebensaufgabe für alle Stände, zugleich ein Mahnwort an die politischen Parteien,“[1]) wie in seinen übrigen und namentlich in seinen Schulverfassungsschriften dargelegt sind, vergleichen. Auch der Unbefangenste wird sagen müssen, daß er damals (nicht 1897, sondern 1867) schon alle wesentlichen Einzelprobleme sowohl in ihrem Wesen wie in ihrer Behandlung erfaßt hatte und er, noch dazu als Vorläufer, jenen Männern würdig an die Seite zu stellen ist.

Er war einer der ersten, der Lassalle und die Socialdemokratie ernst nahm und in jener Schrift, also bereits im Jahre 1867, sich mit Lassalle wie mit dem liberalen Socialismus eines Schulze-Delitzsch und den konservativen, socialistischer denkenden Viktor Aimé Huber und Rodbertus auseinander setzte, durchweg im Sinne der Erlasse der Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. wie der Bestrebungen der heutigen Christlich- wie Evangelisch- und National-Socialen, wie wir vorhin mit eigenen Worten dieser Socialreformer dargelegt haben.

Jene politischen wie diese socialen Probleme und ihre Lösung waren ihm keine außerberufliche Liebhaberei und erst recht kein parteipolitischer Sport, sondern bildeten bei ihm einen Teil jener „Pädagogik im großen Stil“. Wir erkennen eine praktische Anwendung dieser Studien auch in seinem „Repetitorium der Gesellschaftskunde“ für den Schulgebrauch. Zu der 3. Auflage desselben schrieb er 1891 einen Aufsatz „Die Gesellschaftskunde, eine notwendige Ergänzung des Geschichtsunterrichts“.[2]) In einem Briefe an mich heißt es:

„Ich habe die Arbeit mit einer gewissen Freudigkeit geschrieben, die mir bei meinem Invalidenbewußtsein fast verwunderlich vorkam. Es war mir ungefähr zu Mute wie damals, als ich vor 25 Jahren „Die soziale Frage“ konzipierte. Die vorliegende Abhandlung könnte in der That ein ergänzendes Seitenstück zu jenem Schriftchen heißen“.

Welche Absichten er mit dieser Schrift verfolgte, und wie weitgreifender seine Absichten als die mancher Socialpolitiker waren, bekundet er in einem Briefe an seinen Sohn Wilhelm:

---

[1]) Bd. X.
[2]) Bd. IV.

„Ronsdorf, den 15. Nov. 1890.

Lieber Wilhelm!

Zunächst wollte ich dir eine kleine Spätfrucht von meinem litterarischen Acker übersenden, die Dich vielleicht auch sachlich ein wenig interessieren wird. Sie liegt schon seit mehreren Monaten für Dich bereit; ich konnte aber wegen überhäufter Ansprüche aus der Nähe und Ferne nicht zum Schreiben kommen. Es ist eine Abhandlung über die schulmäßige Behandlung der „elementaren Gesellschaftskunde", als notwendige Ergänzung des Geschichtsunterrichts. Was ich faute de mieux „Gesellschaftskunde" nenne, ist im Grunde dasselbe, was die Historiker und Philologen „Archäologie" heißen. Dieser herkömmliche Fremdname faßt die Sache nach der Seite der Vergangenheit und ist eigentlich nichtssagend; meine Bezeichnung denkt beide Seiten, Vergangenheit und Gegenwart und sucht die Materie selbst deutlich zum Ausdruck zu bringen — nach der Regel: a potiori fit denominatio. Selbstverständlich ist der Name etwas rein Nebensächliches.

Schon in der ministeriellen Schulkonferenz 1872 hatte ich nachzuweisen versucht, daß der übliche Geschichtsunterricht nach der socialen Seite hin einer Ergänzung bedürfe. Meine Auseinandersetzung wurde zwar „andächtig" angehört, fand aber weder von Rechts noch von Links her Unterstützung. Die Falk'schen „Allgemeinen Bestimmungen" haben in dieser Beziehung alles beim alten gelassen. Erst das Vordringen der Socialdemokratie scheint an maßgebender Stelle (beim Minister und seinen Räten) die Augen geöffnet zu haben, — namentlich, seitdem der Kaiser im vorigen Jahre bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich geäußert hatte, daß der Geschichtsunterricht (und der Religionsunterricht) manches zu wünschen übrig lasse. Wie nachträglich kund wird, hat der Kaiser diese Ansicht vorher auch in einem geheimen Erlaß an den Kultusminister (vom 1. Mai 1889) ausgesprochen. Die National-Zeitung meldet jüngst, daß dieser Erlaß in kurzem publiziert werden soll, — (vermutlich vor dem Zusammentreten der Konferenz für das höhere Schulwesen). Jetzt ist die Frage von der Ergänzung des Geschichtsunterrichts in voller Bewegung; man nennt den Ergänzungsstoff gewöhnlich „Volkswirtschaftliches und Gesetzeskunde". (Warum ich diese Bezeichnung für eine falsche, irreführende Fährte halte, ist am Schlusse meiner Abhandlung dargelegt.)

Schon im Herbst vorigen Jahres hat der Minister insgeheim mit etlichen Vertrauensmännern über den fraglichen Lehrstoff Rat gepflogen. Dem Vernehmen nach läßt er jetzt für die verschiedenen Schulen einen besonderen Leitfaden (in lesebuchartiger Form) ausarbeiten; und dann soll dem Geschichtsunterricht wöchentlich eine dritte Stunde zugegeben werden. Sobald jene projektierten Leitfäden fertig sind, wird ohne Zweifel die Verfügung zur Ausführung ergehen.

So habe ich denn die Genugthuung und Freude, daß mein Vorschlag, der 18 Jahre lang unbeachtet in den ministeriellen Akten ruhen mußte, jetzt seinem Wesen nach zur Ausführung kommen soll. Das hat ein einziger kaiserlicher Fingerwink zu stande gebracht, — n. b. mit Hülfe der Socialdemokratie. Das damals von mir präsentierte Lehr-

Hülfsmittel — ein bloßes Frageheft (Repetitorium) — hat freilich beim Minister keine Gnade gefunden, wie die Form der projektierten Leitfäden zeigt. Wahrscheinlich werden die letzteren auch inhaltlich abweichen, nämlich anstatt bei den elementaren Thatsachen stehen zu bleiben, sich in das Technische der Volkswirtschaft einlassen, weil man weniger von dem allgemeinen Lehrbedürfnis ausgeht, als vielmehr eine schleunige Bekämpfung der Socialdemokratie erstreben will. Nun, mag man einmal versuchen, was sich mit volkswirtschaftlichen Doktrinen erreichen läßt! Wenn der Minister meine Abhandlung (die ihm vom Verleger zugesandt worden ist) einer näheren Beachtung gewürdigt hätte, namentlich auch die mancherlei leiseren Andeutungen, die ich mit Absicht nicht lauter sagen wollte: so würde er meines Erachtens eingesehen haben, daß es für den Jugendunterricht auf diesem Gebiete wichtigere und nötigere Lehrpunkte giebt als die volkswirtschaftlichen technischen Doktrinen. Zu diesen wichtigeren Lehrpunkten gehört insbesondere das Kapitel von den sechs allgemeinen Bedürfnissen und den sechs Klassen der Arbeiten (Repet., Kap. III.), und das Kapitel von den fünf Hauptstücken einer Gesellschaft (Kap. IV.). Diese Kenntnisse haben zugleich eine ethische Bedeutung; denn sie sind die notwendige Voraussetzung, wenn im Religionsunterricht die social-ethische Belehrung recht verstanden werden soll. In der Ethik liegen die Hauptwaffen wider die Socialdemokratie; erst wo diese Waffen ihren Dienst gethan haben, können die übrigen etwas nützen.

Ach, wenn es doch ein Mittel gäbe, um den Kaiser auf die rechte Spur zu bringen!

Die Urteile der pädagogischen Zeitschriften über meine Abhandlung (und das Repetitorium) lauten, soweit sie mir bis jetzt bekannt geworden sind, im wesentlichen anerkennend und zustimmend. Prof. Dr. Fabri (der frühere Missionsinspektor), dem ich die beiden Schriftchen übersandt hatte, schickte vor etlichen Wochen eine Anzeige derselben an die Kölner Zeitung; sein Artikel wurde aber von der Redaktion nicht aufgenommen. Der Kölner Zeitung scheint aber der Name Dörpfeld nicht sympathisch zu sein. So stehen die Sachen.

Findest Du Zeit, meine Abhandlung mit Muße zu lesen, so wird es mich freuen, gelegentlich auch Dein Urteil zu hören."

Dörpfeld hatte nicht vor, die Schüler durch einen neuen Gegenstand noch mehr zu belasten, sondern was er im Sinn hatte, sollte dazu dienen, den Geschichtsunterricht erst recht wirksam und fruchtbar zu machen. Derselbe soll vor allem lehren, in der Gegenwart sich richtig zu orientieren. Dazu ist dann notwendig, die Gegenwart mit ihren Einrichtungen und Zuständen zu kennen und zu verstehen. Wie trefflich ihm gerade dieser Unterricht zur rechten Beurteilung der brennendsten Tagesfragen dienen sollte, davon nur ein kleines Beispiel aus jenem Begleitwort:

„Die Alltagssprache, selbst die der Gebildeten in Zeitungen, Büchern, Parlamentsreden u. s. w., nennt die unselbständig handarbeitenden Personen konsequent die Arbeiter, den Arbeiterstand. Daß durch diese Redeweise schlimme Irrtümer begünstigt, ja ausgesäet werden, liegt auf der

Hand; denn es lautet so, als ob die wirtschaftlich selbständigen Leute und die, welche vorwiegend mit dem Kopfe thätig sind, allesamt bloße Müßiggänger, Schmarotzergewächse und dergleichen wären. Ein Schüler, der das Kapitel von den 6 Arbeitsklassen gelernt hat, ist gegen jenen Irrtum ein für allemal geschützt. Er begreift, daß der Würdename „Arbeit" nicht davon abhängt, welche Leibesglieder dabei gebraucht werden, sondern lediglich davon, ob einem der sechs Bedürfnisse gedient wird."

Die „Gesellschaftskunde" sollte nicht in einseitig parteiischer Weise gewisse Volksklassen social beeinflussen: sie sollte nur so viel Einsicht in das sociale Leben vermitteln, als für „alle Stände" unbedingt zum Verständnis des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens nötig ist; und insofern viele sociale Mißstände aus Mangel an Einsicht, oben wie unten, herrühren, ist sie auch ein Beitrag zur Lösung der socialen Frage, wie das angeführte Beispiel bekundet.

Wenn Dörpfeld die „Gesellschaftskunde" auch erst nach den kaiserlichen Erlassen vom Jahre 1890 selbständig hat erscheinen lassen mit einem für Lehrer niederer wie höherer Schulen sehr lehrreichen Begleitwort, so war sie doch schon in dem 1872 zuerst erschienenen „Repetitorium für den Realunterricht" als Teil enthalten. Ja, schon im Jahre 1867 erkannte er die Dringlichkeit dieser unterrichtlichen Reform.

Der konservative Socialist Huber behandelt die Staatshilfe als eine „offene" Frage, mit der vorderhand nichts anzufangen sei, und gab dafür folgenden Grund an:

„Wir begreifen in der That nicht, wie man jetzt daran denken kann, den Kräften und Einsichten unseres Beamtenstaates und seinen Staatsmännern, die durch das Übermaß des Viel- und Allregierens und neuerdings durch die Anforderungen und Versuchungen des parlamentarischen Lebens nach allen Seiten sogar für die Routine und aus der Hand in den Mund unzureichend sind — noch neue Arbeiten zuzumuten. Und das auf einem Felde, wo der gegenwärtigen wie der heranwachsenden Generation und den hohen Schulen ihrer Ausbildung (bei allen sonstigen großen Verdiensten) fast alle sittlichen und intellektuellen Bedingungen für eine ersprießliche Thätigkeit fehlen."

Dazu bemerkt Dörpfeld:

„Das heißt also mit anderen Worten: Die jetzigen Staatsmänner haben dazu keine Zeit, und wenn sie die doch hätten, so fehlt ihnen und ihren Beamten die Einsicht oder gar noch mehr. Wer nun auch an dem, was in dieser Richtung dem jetzigen Geschlecht gebricht, mit schuld sein mag, — gewiß ist, daß diesen Gebrechen doch nur durch die Mitwirkung der Staatsmänner selbst abgeholfen werden kann. Herr Huber hat schon so viel über die sociale Frage geschrieben, möchte er doch einmal in einem „Offenen Sendschreiben an die jetzigen Staatsmänner" auch diesen sagen, wo es fehlt, und möge er dabei auch den hohen Schulen nachdrücklich zu Leibe gehen, je nachdrück-

licher, desto besser. Das würde ein so gutes Werk sein, wie seit langem in dieser Angelegenheit keins geschrieben und gethan worden ist."

Aber nicht bloß an gesellschaftskundlicher Einsicht fehlt es, um die Förderung der socialen Frage recht in Angriff nehmen zu können: ebenso sehr mangelt es dafür an einer hinreichenden ethischen Durchbildung. Denn die sociale Frage ist, wie Dörpfeld immer wieder darthut, nach der Innenseite eine Frage der Ethik und ihrer Anwendung in Politik, in der Volkswirtschaft und in der Volkserziehung.[1])

Die Vernachlässigung der Ethik hat darum zu einem großen Teil unsere politische, kirchliche und socialpolitische Zerfahrenheit verschuldet. Selbst die christlich-sociale Bewegung trägt noch einen Teil dieser „geheimen Fesseln". Weil z. B. die älteren christlich-socialen Theologen wie Rudolf Todt, Stöcker u. a. keine autonome Ethik anerkennen, so konnten sie folgerichtig nicht anders, als ihre social-wirtschaftlichen Forderungen autoritativ begründen und aus Bibelstellen ableiten. Jene „geheimen Fesseln" haben der Bewegung außerordentlich geschadet, da die ethischen und wirtschaftlichen Forderungen steigen und fallen mußten mit dem Glauben an die Autorität der Bibel auch auf diesen Gebieten. Diese Verquickung von theologischer Dogmatik mit Ethik, Politik und Nationalökonomie hat wiederum, sogar bei Theologen, eine Reaktion hervorgerufen, die da mit dem alten Liberalismus behauptet, daß Religion nichts mit Politik zu schaffen habe, und so konnte auf dem Erfurter national-socialen Delegiertentag 10 Stunden lang darüber debattiert werden, ob in einem politischen Programm die „christliche Grundlage" bekannt werden dürfe oder nicht, als wenn das Christentum nur eine individuale Bedeutung hätte, als wenn es nur, um mit den materialistisch und darum utilitaristisch denkenden Socialdemokraten zu reden, eine reine „Privatsache" sei und im socialen und politischen Leben der Kampf aller Klassen gegen alle das einzig Mögliche und Richtige sei. Die auf wirtschaftlichem Gebiete social Denkenden vermochten sich religiös-ethisch noch nicht zu einer klaren socialen Anschauung zu erheben.

Die alten Parteien liegen vollends hier gebunden, die einen durch ihre Autoritätsmoral, die andern durch Verneinung derselben und durch ihre naturalistischen Weltanschauungen und alle durch die Betonung ihrer falschen Gegensätze.

Damals galt noch weit mehr als heute, was Dörpfeld mir am 8. Sept. 1890 schrieb:

„Der ganze „Konservatismus" steht dem socialen Wirrwarr ebenso bestürzt und ratlos gegenüber, als sein Stiefbruder „Liberalismus". Nach

[1]) Gesammelte Schriften Bd. XI, Zur Ethik.

der socialdemokratischen Ruhestörung nimmt die wohlgeordnete sog. Gesellschaft sich aus wie eine Ameisenkolonie, in die ein Junge mit dem Stocke gestoßen hat: da rennen die Insassen bestürzt und verlegen durcheinander, — nur dort noch ratloser als hier."

Überdies wird von vielen Seiten die sociale Frage nur als eine rein wirtschaftliche Interessenfrage des vierten Standes betrachtet. Selbst hervorragende Historiker und Nationalökonomen erblicken in der socialen Bewegung nur einen wirtschaftlichen Kampf um „die Futterplätze".

Dörpfeld faßte vor dreißig Jahren die sociale Frage schon tiefer. Für ihn war sie eine tiefernste Frage „für alle Stände", nicht bloß die wirtschaftliche Frage des vierten Standes, so sehr er diese auch kannte und ihre Bedeutung anerkannte; auch nicht bloß eine rein wirtschaftliche, sondern erst recht auch eine nationale wie eine religiös-sittliche und pädagogische Frage. Er meint in jenem Briefe:

„Auch das unnatürlich zersplitterte und unnatürlich erbitterte politische Parteiwesen ist ein socialer Schaden unserer Zeit, samt allem, woran das Staatswesen sonst noch leidet, z. B. der (centralistische) Blutandrang nach dem Kopfe, u. s. w. Auch im Kirchenwesen sitzen viele sociale Schäden; desgleichen im Schulwesen, desgleichen in Wissenschaft, Kunst und Tagespresse; desgleichen in der Familie, desgleichen im wirtschaftlichen Leben. . . . Will man dieses pathologische Gesichtsfeld einschränken, so kann das von der Frage aus geschehen: ob der betreffende sociale Gesichtspunkt gefährlich ist oder nicht. Ein Übel kann recht schlimm sein ohne darum eine Gefahr, d. i. eine Bedrohung vieler andrer Wohlfahrtsfaktoren oder gar der Existenz des betreffenden Wesens einzuschließen. Gefährlich unter den socialen Schäden ist z. B. das dermalige politische Parteitreiben. Nicht in der Parteiung an sich liegt die Gefahr, sondern in der übermäßigen Zerteilung und in der gesteigerten Verbitterung und in dem gänzlichen Fehlen der Geneigtheit zu ernstlichen Verständigungsversuchen. — Gefährlich ist auf dem kirchlichen Gebiete die Abkehr der meisten Gebildeten von der Kirche. Die römische Kirche kann diesen Zustand ertragen; die evangelische auf die Dauer nicht. — Gefährlich ist ferner die Zerspaltung und Friktion zwischen Kirche und Schule oder genauer gesagt: zwischen dem Predigerstande und dem Lehrerstande. Dieser Standeskrieg hat schon viele schlimme Folgen gehabt; geht's auf dem bisherigen Wege fort, so werden sie sich unausbleiblich noch mehren, zumal für die Kirche. — Gefährlich ist auf dem wirtschaftlichen Gebiete jene Seite seiner Entwicklung, wodurch der mittlere Gewerbestand immer mehr aufgerieben wird, so daß eine kleine Zahl Hochbegüterter herauskommt, während die Übrigen allesamt aus der Hand in den Mund leben oder noch tiefer hinuntersinken. Daß dies ein social ungesunder Zustand ist, liegt auf der Hand; ebenso, daß er Gefahren in seinem Schoße birgt. Läßt sich jener wirtschaftliche Entwicklungsprozeß nicht aufhalten oder einschränken, dann muß der Staat mit den Begüterten jedenfalls irgend welche Ausgleiche zu finden suchen. Die bekannten

neueren Socialgesetze sind ein Anfang dieser Ausgleichungen, aber doch nur der nötigste Anfang. Das Problem geht uns hier nicht an, sondern nur die Thatsache des Übels und seine Gefahr. — Gefährlich ist endlich und zwar am meisten die Socialdemokratie. Nicht darin liegt die Gefahr, daß der sociale vierte Stand jetzt ebenfalls seine sociale Gerechtsame zu erreichen strebt; das ist vielmehr nicht einmal unrecht, sintemal die drei höheren Stände dies vormals gleichfalls gethan haben. Auch nicht darin, daß ein großer Teil der socialdemokratischen Theorien irrig, utopistisch und verderblich ist; Irrtümer giebt es auch anderweits genug. Da gilt's denn überall das Irrige aufzudecken. Die Gefahr entsteht lediglich dadurch, daß die treibenden Elemente der Socialdemokratie keine Ethik anerkennen und darum bereit sind, ihre Ideen mit Gewalt durchzusetzen, sobald es gelingen kann. (Freilich haben auch die höheren Stände für ihre Zwecke häufig genug revolutionäre Mittel angewandt, — vor und nach 1789.)

Auch aus der Volksschule kommt seit langem die Klage, und zwar mit Grund, daß die jetzige Gesellschaftsordnung dem Schularbeiterstande in mehrfacher Beziehung nicht gerecht werde. In der That, der Volksschullehrerstand leidet ebenso gut als der unselbständige Handarbeiterstand an einer socialen Frage. Erstlich beklagt er, daß bei der hergebrachten Schulverfassung die Schule zu sehr in das Getriebe der politischen und anderen Parteien hineingerate. (Vgl. „Freie Schulgemeinde".) Zum andern: daß durch die bisherige Ordnung der Kreis- und Lokalinspektion seine Amtsehre geschmälert werde, indem man ihm versagt, was man bei andern Ständen gerecht findet. (Siehe meine 7 Thesen in der „Leidensgeschichte".) Zum dritten: daß die Lehrerkarrière nicht befriedigend oder eigentlich fast gar nicht geordnet sei, was namentlich auch die Lehrer an einklassigen Schulen schwer fühlen müssen. (Vgl. die Thesen der bergischen Lehrerkonferenz und verschiedene andere Stellen in meinen Schriften.) Zum vierten: daß die Erfüllung der Wahrheit „der Arbeiter ist seines Lohnes wert," in vielen Gegenden für die Lehrer noch viel zu wünschen übrig lasse. (Vgl. die neueste Schrift über die Schuldotation von Dr. Jütting)."

Das alles sind für Dörpfeld sociale Schäden und damit auch sociale Fragen unserer Zeit.

Für Dörpfeld gehören wie Autorität und Majorität in der Politik, so bei der Besserung der socialen Übel „das Streben nach Freiheit und die Sorge für die Bedingnisse" zusammen. Nur in ihrer Vereinigung sind sie berechtigt. Auseinandergerissen und isoliert werden sie verderblich. In einem Staate z. B., wo die „konservative" Regierung bei der pflichtmäßigen Sorge für Erhaltung der Ordnung und des sicheren Bestandes nicht zugleich darauf sinnt, den einzelnen und den Korporationen thunlichst freie Bewegung zu ermöglichen: da bleiben viele Kräfte brach liegen, die Gesellschaft wird an Kraft und Mitteln ärmer und eben dadurch in ihrem Bestande auch schwächer; überdies erzeugt die Einengung, zumal wo sie nützliche Thätigkeiten hemmt, Mißbehagen und Unzufriedenheit. Die politische Thätigkeit von 1818—1848 hat das alles nur zu deutlich offenbart. Umgekehrt, wo Gesetzgebung und Verwaltung sich dahin drängen lassen, Freiheiten über Freiheiten zu proklamieren, ohne in jedem Falle sorgfältig die

Bedingniſſe zu erkundigen, da kann dieſe Nebel-Politik dem Volke und Staate noch viel teurer zu ſtehen kommen. Sehen wir davon ab wie weit der Staatsbau gefährdet werden könnte, oder die öffentliche Ordnung (z. B. durch unbedingte Aſſociationsfreiheit, Waffenfreiheit u. ſ. w.), oder die Geſundheit (durch völlige Freigebung des ärztlichen und pharmaceutiſchen Gewerbes u. ſ. w.), oder der Kulturſtand (durch abſolute Unterrichtsfreiheit u. ſ. w.), oder die Sittlichkeit und gute Sitte (z. B. durch Theaterfreiheit, Schankfreiheit, Tingeltangelunweſen u. ſ. w.), — faſſen wir beiſpielsweiſe nur das wirtſchaftliche oder Wohlſtandsgebiet etwas näher ins Auge, wenn dasſelbe mit den hier anzubringenden „Freiheiten": Handelsfreiheit, Gewerbefreiheit, Wechſelfreiheit, Aktienfreiheit, Börſenfreiheit, Bankfreiheit, Wucherfreiheit, Münzfreiheit, Vagabundenfreiheit u. ſ. w. beſchenkt wird. Auf den verſchiedenen offenen Rennplätzen, welche dieſe „Freiheit" geſchaffen haben, ſollen nun die wirtſchaftlichen Kräfte in unbeſchränkter Konkurrenz ſich bethätigen und entfalten können. Das klingt recht ſchön. Wie geht es aber in Wirklichkeit bei dieſem Wettſtreite: z. B. den Kapitalloſen gegenüber den Wohlbemittelten, — dem Kleinkapital gegenüber dem Rieſenkapital, — den Ehrlichen, denen nicht jedes Mittel erlaubt iſt, gegenüber den moraliſch „Abgehärteten", die in dieſer Beziehung ſich freie Hand gönnen, — den in die Myſterien des Jobbertums Nicht-Eingeweihten gegenüber den Meiſtern und Großmeiſtern dieſer Wiſſenſchaft? Wie man ſieht, hat dieſe ſogenannte Freiheit ein Doppelgeſicht: die einen lächelt ſie an, die andern grinſt ſie an. Wenn das die höchſte politiſche Weisheit iſt, die Schwachen, Ehrlichen und Unmündigen ſchutz- und ratlos in den wirtſchaftlichen Ringkampf mit den Starken, Raffinierten und Gaunern hineinzuſtoßen, wie ſoll man ſich dann die politiſche Thorheit vorſtellen? Und wozu hätten wir dann einen Staat nötig, wenn im Kampfe ums Daſein doch jeder gerade ſo wie in der Freiheit des Urzuſtandes lediglich auf ſich ſelbſt angewieſen ſein müßte? In der That, wen die Kehrſeite jener abſtrakten Freiheiten auf dem wirtſchaftlichen Gebiete nicht beunruhigt, der muß entweder ein ſehr weites Gewiſſen haben, oder ſehr beſchränkten Verſtandes ſein, — wie das auch der berühmte Rechtsgelehrte Ihering (Wien) ſeiner Zeit recht draſtiſch zu verſtehen gegeben hat: „Daß die Wölfe nach (ſolcher abſtrakten) Freiheit rufen, iſt ſelbſtverſtändlich; wenn es aber auch die Schafe thun, ſo zeigen ſie eben nur, daß ſie Schafe ſind." [1])

Für Dörpfeld iſt alſo die ſociale Frage in ihrem tiefſten Weſen eine ethiſche Frage. Dieſe Auffaſſung ſcheidet ihn von der Socialdemokratie wie von ſolchen Socialiſten, die wie Sombart mit derſelben dem „hiſtoriſchen" oder „wirtſchaftlichen Materialismus" huldigen.

Dörpfeld unterſchätzt aber keineswegs die Bedeutung der materiellen Frage. Er weiß in ſeiner Weltanſchauung wie in ſeinen praktiſchen Vorſchlägen gewiſſe Sätze des hiſtoriſchen Materialismus ſehr wohl mit dem Idealismus zu vereinen. Die Kauſalität alles Geſchehens leugnet er nicht.

---

[1]) Leidensgeſchichte, S. 260.

Aber zu den Urſachen hiſtoriſcher Bewegungen und ſocialer Umwandlungen gehören vor allen Dingen auch die Wollungen lebendiger Perſönlichkeiten, und der Wille der Kräftigſten wird in erſter Linie durch Ideale, durch Glaubensmächte, beſtimmt, die aber wiederum nur durch äußere Machtmittel ſich realiſieren laſſen.

Auch hier berührten ſich ſeine Anſchauungen mit den Bismarckſchen. Ja, Dörpfeld glaubte, daß ihre innere Übereinſtimmung aus denſelben Quellen ſtamme: aus der Bibel und dem Chriſtentum, aus der Liebe zum Vaterlande und — aus der Social-Ethik Herbarts. Dörpfeld wollte aus zuverläſſiger Quelle wiſſen, daß Bismarck mit der letzteren vertraut ſei. Er habe in Göttingen zu Herbarts Füßen geſeſſen und auch ſich mit ſeinen Schriften beſchäftigt. Ich kann nicht wiſſen, inwieweit das zutrifft. Thatſache aber iſt, daß die ethiſchen Ideen Herbarts die wirtſchaftlich-ſocialen Anſchauungen ſtark beeinflußt haben. Verſchiedene ſocialgeſinnte Nationalökonomen beziehen ſich auf Herbarts Ethik. Und bei den älteren Anhängern Herbarts, wie Ziller, Nahlowsky, Steinthal, u. a. finden wir manche in der ſocial-politiſchen Geſetzgebung verwirklichten Forderungen bereits mit Entſchiedenheit ausgeſprochen, und auch die nach Tauſenden zählenden Anhänger Herbarts unter den Lehrern bewegen ſich in ihrem ſocialen Denken bald mehr bald weniger auf derſelben Baſis. Sie ſind infolgedeſſen im Gegenſatz zu ihren pädagogiſchen Gegnern auch faſt alle der Umklammerung durch den oft ſehr illiberalen „Freiſinn“ wie überhaupt aller extremen politiſchen Parteien entgangen.

Die Schulbureaukratie hat bis heute die Thatſache dadurch gewürdigt, daß ſie die herbartiſche Bewegung in der Pädagogik genau ſo behandelt hat wie die ſocialreformeriſche: ſie hat ſie abſolut nicht verſtanden.

Über den Anlaß zur Abfaſſung jenes Schriftchens hat Dörpfeld ſich mehrfach brieflich geäußert. Er hat darin zugleich auch ſein eigenes, durchaus zutreffendes Urteil über den Wert und Inhalt desſelben ausgeſprochen. Hören wir ihn darum zunächſt ſelber.

„Barmen, den 29. Juli 1866.

Lieber Hagemann!

In Eile ein paar Worte.

Du mußt mir mit Deiner Feder ein wenig zu Hülfe kommen. Ich habe eine Broſchüre unter der Feder, welche den Zweck hat, die kapitalloſe Arbeiterklaſſe (desgleichen die Handwerker und Kleinbauern) von ihrer unnatürlichen Verbindung mit der „Fortſchrittspartei“ loszumachen und ihren Blick auf ihr eigenes Wohl und Intereſſe hinzulenken.

Du mußt Dich nicht daran ſtoßen, daß der Eingang und überhaupt der Anfang ſehr ſpitz und ſchroff klingt. Um der Tendenz willen und

um die Leute einmal kräftig vor den Kopf zu ſtoßen, iſt das nötig. Nach dem Schluſſe hin wird der Ton milder und verſöhnlicher.

Schreibe mir gelegentlich, ob Du unter den Mitgliedern des Duisburger Handwerker-Vereins jemand kennſt, der von braver Geſinnung iſt und kein Schleppenträger Langes und ſchweigen kann.

Die preußiſch-deutſche Geſchichte läuft, daß man nicht weiß, ob man träumt oder wacht. Der Herr hat bisher über Bitten und Verſtehen geholfen. Er bewahre unſer Herz und Sinnen vor Hochmut und Sicherheit. Der Waffenkrieg mag bald zu Ende ſein, aber der Friede iſt darum noch nicht da. Jetzt werden die Zungen und Federn den Streit wieder beginnen. Die Demokraten wandeln ihre Geſinnung nicht; darum wird meine Broſchüre vielleicht nötiger werden, als ſie ehedem war, weil nun zu den preußiſchen Demokraten auch die kleinſtaatlichen mit in die Reihe kommen.

In herzlicher Liebe

Dein

F. W. Dörpfeld."

Ebenſo an Witt:

„Im Jahre 1866 ſchrieb ein rheiniſcher Schulmann eine Schrift über die ſociale Frage. Weder die Fortſchrittspartei noch die Konſervativen bekümmerten ſich um die Lage des unſelbſtändigen Arbeiterſtandes, ſondern bemühten ſich bloß, ihn als Stimmvieh für ihre Parteizwecke zu erwerben. Die einen mit liberalen Phraſen, die andern mit chriſtlichen. Überdies ruinierte der Fortſchritt mit ſeiner Gewerbefreiheit den Handwerkerſtand. Von der Herbartſchen Ethik her hatte ich mich ſchon längſt um die Socialiſtik bekümmert, auch um die Volkswirtſchaftslehre; das Übrige lag mir empiriſch vor den Augen. Das gleichgültige laisser-aller beider Parteien bezüglich der Handwerker und Fabrikarbeiter beunruhigte mich. Für die Handwerker war ich bereits eingetreten — vom Schulſtandpunkte aus durch meine Schrift über den „Mittelſtand und die Mittelſchule" (1853). Vor dem nebenangrenzenden Gebiete (Fabrikarbeiterſtand u. ſ. w.) ſcheute ich mich; dort lagen gefährliche Fußangeln. Da trat Laſſalle auf und erſchien auch im Wupperthale. Nun litt es mich nicht länger; ich ſah deutlich, was kommen würde. Mein Gewiſſen wollte entlaſtet ſein, und ſo kam die oben genannte Schrift zu ſtande. Sie erſchien pſeudonym, denn ihre poſitiven Vorſchläge waren den Liberalen ein Ärgernis und den Konſervativen eine Thorheit, und die Kritik, welche beide Parteien erfuhren, mußte ſie vollends verſtimmen. Dieſer Verſtimmung durfte ich das Schulamt nicht ausſetzen; außer einigen vertrauten Freunden blieb auch den Kollegen der Name des Verfaſſers unbekannt. So damals. Und jetzt nach 20 Jahren? Was ich damals nur verſtohlen auf den Markt bringen konnte, heißt jetzt „praktiſches Chriſtentum", und nicht bloß Geiſtliche bis zum Hofprediger treten dafür ein, ſondern ſelbſt der Reichskanzler und der Kaiſer. Hätten die Konſervativen in den fünfziger Jahren, als ſie am Ruder waren, ein Herz für die Lage der unſelbſtändigen Arbeiter gehabt, und hätte v. Manteuffel damals gethan, was jetzt der Reichskanzler (notgedrungen) ausgeführt hat, ſo würde die Fortſchritts-

partei längst zu einem machtlosen Häuflein zusammengeschrumpft sein und noch manches andere einen andern Lauf genommen haben, während jetzt der Papst zu Hülfe gerufen werden muß, damit das deutsche Reich nicht zerbröckele. — Mein Schriftchen ist längst vergriffen; ich habe mich nicht mehr darum bekümmern können. Ob es etwas gewirkt hat, weiß ich nicht. Etliche Jahre nach seinem Erscheinen brachte ein Kollege ein Exemplar mit aus der Schweiz und zeigte es mir, weil er wußte, daß ich mich für die sociale Frage interessiere. Ein christlicher Fabrikant aus Württemberg hatte ihn darauf aufmerksam gemacht — mit dem Bemerken, es sei das Beste, was er über diese Materie gelesen habe. Der Kollege wunderte sich nicht wenig, als ich ihm sagte, daß er mir mein eigenes Machwerk empfohlen habe."

In ähnlichem Sinne schrieb er am 15. Nov. 1881 seinem Sohn Wilhelm:

„Jetzt nehmem Herr Hofprediger Stöcker und die „Katheder-socialisten" sich der socialen Frage an — vom konservativen Standpunkte aus; und die Not der Zeit hat auch Bismarck gezwungen, an diesem Punkte Hand anzulegen. Ehedem, in den fünfziger Jahren, war es auf der christlich-konservativen Seite nur der wackere Prof. V. A. Huber (dessen Lebensbeschreibung ich dir sandte), der sich um die socialen Nöte bekümmerte. Er wurde deshalb von seinen konservativen Gesinnungsgenossen ignoriert, bei Seite geschoben — natürlich mit Komplimenten. So gingen die Dinge ihren Gang, und die „große Fortschrittspartei" hatte zu Anfang der sechziger Jahre die gesamte Handwerker- und Fabrikarbeitermasse in ihrem Gefolge, — bis Lassalle auftrat und besonders auch in der hiesigen Gegend Boden fand. Was thaten die Liberalen? Sie gebärdeten sich, wie wenn sie diesen Gegner verachteten und nicht zu fürchten brauchten; von innerer Teilnahme — sei es für die Nöte der Fabrikarbeiter, oder für die Gefahr der demagogischen Verführung — war vollends nichts zu spüren. Die Konservativen waren, wie gewöhnlich, rat- und thatlos und zum guten Teil innerlich ebenso kaltsinnig wie die Liberalen. Schweigen ringsum — bei Geistlichen und Laien, bei Liberalen und Konservativen, bei Juristen und Verwaltungsbeamten. Da ließ mir mein Gewissen keine Ruhe. Inmitten meiner leiblichen Beschwerden (1865—66) schrieb ich das pseudonyme Schriftchen über die sociale Frage — mit dem Zwecke, den beiden Parteien ihre bezüglichen Schulden vor die Augen zu halten und den vierten Stand vor der Umgarnung der Demagogie zu warnen. Große sociale Prospekte durfte ich mir natürlich nicht erlauben; allein, soviel mir besehbar ist, würde das Schriftchen auch heute noch mit allem, was die Christlich- und Gouvernemental-Socialen in der volkstümlichen Litteratur geleistet haben, mit Ehren konkurrieren können. Ob mein Buch damals etwas genützt hat, weiß ich nicht; die wachsame „Antipathie" der „Fortschrittler" und die Apathie der Konservativen haben in die Wette dahin gesorgt, daß es in den öffentlichen Blättern totgeschwiegen wurde. Das Eine aber darf ich konstatieren; in hiesiger Gegend ist es weder ein Hof- noch ein Dorfprediger, weder ein Liberaler noch ein Konservativer gewesen, der den Kampf wider die Socialdemokratie zuerst aufgenommen hat, sondern

ein einfacher und dazu kranker Schulmann. Das Buch ist verschollen; ich selbst besitze kein Exemplar mehr, das letzte Exemplar, das mir zu Gesicht kam, brachte einer aus der Schweiz mit, wo es ihm empfohlen worden war, der aber nicht wußte, woher es stammte. Was damals mein Buch den beiden Parteien ans Herz zu legen suchte, aber um des Anstößigen und Befremdlichen willen nur pseudonym zu reden wagte, — das ist nun gouvernementale Lehre geworden; das läßt Bismarck von den Dächern predigen.

Jetzt, nach 15 Jahren, sind die Parteien abermals verwirrt und anscheinend noch schlimmer als damals. Damals waren es Bismarcks nationale Pläne, worin er sich durch die Parteien aufgehalten sah, weil die Liberalen sich in sein Mittel (Militärverstärkung) nicht zu finden wußten, und den Konservativen das Ziel selbst nicht im Herzen lag, wenigstens nicht so, daß es einen Teil ihres politischen Programms gebildet hätte.

Jetzt sind es des Kanzlers innerstaatliche (wirtschaftliche und sociale) Pläne, an denen die Köpfe sich verwirren. Jetzt rächt es sich, daß man vor 15 Jahren die sociale Frage nicht an sich herankommen lassen wollte. Überdies spielen egoistische Interessen und hinterstellige politische Tendenzen bei der Opposition links und rechts eine große Rolle, die man aber nicht an den Tag kommen lassen will und darum andere Gründe vorschiebt. So ist denn die politische Atmosphäre über die Maßen vernebelt. Durch den Disput der Parteien unter sich wird keine Klarheit hineinkommen. Das Einzige, was Klarheit schaffen kann, ist meines Erachtens eine Kritik beider Parteien, wie mein Anfangsaufsatz sie versucht hat."

Ich möchte hier auf die Einzelheiten der Dörpfeldschen socialpolitischen Anschauungen und die daraus entsprungenen Reformvorschläge nicht weiter eingehen und auf die Schriften selbst verweisen, zumal ich im Anhange derselben verschiedene erläuternde und vergleichende Bemerkungen hinzugefügt habe. Nur das möchte ich noch hervorheben. Ich habe seit dem Jahre 1878 die sociale Bewegung in den Theorien wie in der Wirklichkeit mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt und habe noch als gereifter Mann oft und gern unter den Hörern jener Männer der Wissenschaft wie der Volksbelehrung gesessen. Obgleich Dörpfeld keine dicken Bücher geschrieben hat über die Frage, so wüßte ich doch keinen wesentlichen Punkt zu nennen, den im Laufe der Jahrzehnte die Socialwissenschaft verworfen hätte. Die Fragen sind noch heute fast dieselben, und seine Reformvorschläge treten noch heute vielfach als neu auf. Darin hat bis heute ihn aber noch keine social-politische Partei und kein socialer Forscher oder Praktiker voll erreicht: zu begreifen und klar auszusprechen, daß zur Lösung der socialen Frage die erste Aufgabe ist und bleibt: alle Stände für die Möglichkeit der Lösung zu erziehen. Selbst der Kaiser hat nur die Techniker im Auge. Dörpfeld aber will das ganze Volk dafür erziehen,

und die vorgeschlagene Organisation dieser Erziehung in seinen Schulverfassungsschriften steht noch unübertroffen da.

„Angemessenere Jugendbildung als die Hauptbedingung zu weiterem Fortschreiten" bildete darum auch die erste sociale Forderung Dörpfelds, während nicht einmal in den „Grundlinien" der National-Socialen dafür ein Platz gefunden wurde. Der Rang dieser Forderung hängt ab von der Wertschätzung der sittlichen Güter gegenüber den materiellen innerhalb der Frage.

Werner Sombart sagt in seinem viel gelesenen wie gepriesenen Buche „Socialismus und sociale Bewegung im 19. Jahrhundert". (3. Aufl. S. 32):

„Unrealistisch nenne ich jede Erklärung einer socialen Erscheinung, die, an der Oberfläche haftend, diese aus den zur Schau getragenen ideellen, altruistischen Motiven der handelnden Personen allein ableitet, also die Interessen, d. h. im wirtschaftlichen Leben vorwiegend die materiellen Interessen, als treibende Kräfte unterschätzt, die also in der socialen Welt an Wunder glaubt."

In diesem Sinne huldigte Dörpfeld mit Sombart dem Realismus. Allein wenn Sombart S. 20 glaubt:

„Alle sociale Ordnung ist nichts anders als der jeweilige Ausdruck der Machtverteilung zwischen den einzelnen Klassen der Gesellschaft," so verstehen wir, wie er den Einfluß des Christentums und die Möglichkeit einer socialen Erziehung in der socialen Bewegung gleich Null zu setzen und diesen Einfluß „Carlyleſche Predigten" zu nennen vermag, obgleich er doch selbst an den verschiedensten Stellen immer wieder von Einsicht redet und eine solche auch durch sein Buch schaffen, also social erziehen will. Demgegenüber behauptete Dörpfeld 30 Jahre früher:

„Gewiß unterliegt die Volkswirtschaft, d. h. die Erzeugung, Austauschung und Verteilung der Güter — bestimmten Naturgesetzen, z. B. dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Diese Gesetze aufzugeben oder andere an ihre Stelle zu setzen, oder ihnen direkt zu widerstreben oder sie zu verleugnen, das wäre ebenso unverständig, als wenn einer mit seinen schwachen Kräften einem daherbrausenden Eisenbahnzuge sich in den Weg stellen oder seine Hand ins Feuer stecken wollte. Gewiß also: Naturgesetze wollen gekannt und respektiert sein. Aber darum sind sie doch nicht allmächtig. . . . Des Menschen Aufgabe ist, die Naturgesetze der Nationalökonomie zu erkennen, nicht, um sie laufen zu lassen, wie sie wollen, sondern um sie zu leiten und seinem Vorteil dienstbar zu machen."[1])

Sombart erkennt darum in jeder socialen Bewegung nur folgende Glieder (S. 62):

---

[1]) Sociale Frage, S. 36 f.

„Erst Klassenunterschied, dann Klasseninteresse, dann Klassengegensatz, und endlich Klassenkampf."

Dörpfeld anerkennt das; aber es giebt für ihn noch ein Höheres, ein Friede als Ziel, eine Genossenschaftlichkeit unter den bisher Streitenden. Auch Schmoller vertritt eine ähnliche Auffassung, wenn er sagt:[1])

„Man hat Sitte, Moral und Recht Streitordnungen genannt; das ist bis auf einen gewissen Grad richtig, nur muß man hinzufügen, daß die immer feinere und gerechtere Ausbildung der Streitordnungen eine Hauptaufgabe der höheren sittlichen Kultur sei, und daß der letzte Zweck der Streiteinengung nicht bloß die Schaffung des Friedens, sondern die immer größerer, harmonisierter, komplizierterer und wirkungsvollerer Kollektivkräfte sei. Concordia parvae res crescunt. Je höher unsere sittliche und staatliche Entwickelung geht, desto mehr müssen auch die Leute mit starker Faust und großem Geldbeutel, mit verschlagener Pfiffigkeit sich den sittlichen Lebensordnungen fügen, desto weniger werden brutale Vergewaltigungen, Ausbeutungen, harte Herrschaftsverhältnisse mehr zugelassen. Mehr und mehr läßt man nur bestimmte Arten des Sieges zu, den Sieg der größeren Intelligenz und Fähigkeit, der sich im Konkurrenzkampf vor der Öffentlichkeit, im Kampf um die Ämter vor der Prüfungsbehörde ausgewiesen hat. Man muß suchen die Siege der Klugen zugleich zu Siegen der Edlen und Guten zu machen. Man wird im Kampfe der socialen Klassen nicht den unteren Handschellen anlegen, den oberen freie Bahn geben, — aber auch nicht die Ausschreitungen der unteren Klassen, soweit sie zu maßloser, vergiftender Leidenschaft, zu Gewaltthätigkeiten, zur Bedrohung des ganzen öffentlichen Friedenszustandes und der volkswirtschaftlichen Blüte der Nation führen, dulden dürfen. Man wird mit allen Mitteln suchen müssen, an die Stelle roher, mit brutaler Gewalt durchgeführter Kraftproben, an Stelle von Kämpfen mit zufälligem Ergebnis billig vernünftige Entscheidungen von Schiedsgerichten oder Behörden zu setzen. Man wird sich stets erinnern, daß nur ein gewisses Maß des Streites und Kampfes die Energie und Thatkraft fördert, ein weiteres diese Eigenschaften auch lähmen kann. Schutzmaßregeln, Erziehung, Wettkämpfe beschränkter Art können für viele Kreise richtiger sein, auch die Energie mehr fördern, als überharte, erschöpfende und tötende Kämpfe. In jeder zivilisierten Gesellschaft findet eine fortwährende Ethisierung aller Kämpfe statt. Selbst die kriegführenden Truppen unterwerfen sich den Satzungen des Völkerrechts.

Der Kampf hört damit nicht auf und er soll nicht aufhören. Jedes Individuum und jede Gruppe will sich behaupten, will leben, sich ausdehnen, an Macht zunehmen. Jede starke, irgendwo sich sammelnde Macht kommt in Konflikt mit den überlieferten Ordnungen, will sie zu ihren Gunsten ändern. Das geht nicht ohne Streit, und insofern ist dieser der Ausdruck des Lebens, der Neubildung, des Fortschrittes. Es ist das

---

[1]) Grundriß der allg. Volkswirtschaftslehre. Berlin 1900, Duncker & Humblot.

Recht des Kräftigeren und Beſſeren zu ſiegen; aber jeder ſolche Sieg ſoll nicht bloß das Individuum, ſondern zugleich die Geſamtheit fördern. Iſt es für dieſe beſſer, daß über dem Sieg Einzelne zu Grunde gehen, ſo muß das in den Kauf genommen werden. Wie in den großen Kämpfen der Geſchichte ganze Völker und ganze Klaſſen, ſo müſſen zu ſchwache, zurückgebliebene Familien und Perſonen im wirtſchaftlichen und ſocialen Kampfe des Lebens untergehen. Verkommene Ariſtokratien, verkümmerte Mittelſtände, tief geſunkene Schichten des Proletariats ſind zeitweiſe ſo wenig zu retten, als an gewiſſen Stellen körperlich und geiſtig ſchwache Individuen. Die Ausſtoßung des Unvollkommenen iſt der Preis des Fortſchrittes in der Entwickelung. Aber ob im einzelnen Fall das ſchwächere Volk, die bedrohte Klaſſe, die notleidenden Individuen nicht mehr zu retten ſeien, ob ſie nicht neben Fehlern und Schwächen noch entwickelungsfähige Kräfte haben, ob ſie nicht durch Erziehung, Unterſtützung, Übergangsmaßregeln zu retten ſeien, ob nicht der jeweilige Druck gerade neue Eigenſchaften zu Tag fördere und ſie ſo wieder emporhebe, das iſt eine offene Frage, über die ſtets nur das Leben entſcheiden kann. Jeder ſolche Kampf iſt ein unendlich komplizierter, von vielen verſchiedenen Eigenſchaften, Konjunkturen und Zufällen abhängiger. Die Regierungen, Parteien und Klaſſen, die führenden Geiſter werden je nach ihrer Kenntnis der perſönlichen Kräfte und der Geſamtverhältniſſe, je nach ihrer Auffaſſung des Geſamtwohles und der wünſchenswerten Entwickelung bald für Milderung und Einſchränkung des Kampfes, für Unterſtützung der Schwachen, bald für ihre Preisgebung und Geſtattung des Kampfes ſein. Nur darf das Loſungswort „freie Bahn für den Starken“ nicht ſtets als ſelbſtverſtändlich gelten: es kommt unter Umſtänden nicht ſowohl der guten und entwickelungsfähigen, ſondern auch der rohen und der gemeinen Kraft zu gute. Der deutſche Bauernſtand iſt durch eine glückliche Politik vom 17.—19. Jahrhundert gerettet worden, der engliſche iſt zu Grunde gegangen; wollen wir etwa darum England preiſen?“

Auch der ariſtokratiſche ſächſiſche Legationsrat Hans von Noſtitz,[1]) der in einem unlängſt erſchienenen ſehr umfangreichen Werke mit liebevoller Sorgfalt und warmem Herzen in die Sorgen und Kümmerniſſe der Armen und Elenden Englands ſich vertieft hat und den Gang der Entwickelung des engliſchen Lohnarbeiterſtandes im verfloſſenen Jahrhundert ſchildert, iſt ähnlicher Anſicht.

Drei Lehren ſind es, welche nach v. Noſtitz aus dem Aufſteigen des engliſchen Arbeiterſtandes ſich ergeben:

1. Die Entwicklung iſt viel günſtiger geweſen, als man vorausſehen konnte, und wo das Elend am größten war, ſind die erfreulichſten Fortſchritte gemacht worden; die von Marx aufgeſtellte Verelendungstheorie der Maſſen iſt nicht haltbar und wird durch das Beiſpiel Englands widerlegt.

---

[1]) Das Aufſteigen des Arbeiterſtandes in England. Ein Beitrag zur ſoc. Geſchichte der Gegenwart. Verlag von Guſtav Fiſcher in Jena.

2. Nur aus dem Stückwerk, das auf den einzelnen Gebieten erreicht wird, setzt sich der große allgemeine Gesamtfortschritt zusammen. Kein Allheilmittel zaubert ihn herbei; in harter, mühsamer, stetiger Arbeit will er auf jedem Gebiet des Lebens erworben, festgehalten, verdient werden. Es geht vorwärts ohne durchgreifende Veränderung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, vielmehr innerhalb ihrer.

3. Marx stellt in seinem berühmt gewordenen Satze die Behauptung auf: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Das Beispiel Englands beweist im Gegenteil, daß das Aufsteigen des Arbeiterstandes zwar zum Teil durch Kämpfe, zum nicht geringeren Teile aber durch freiwillige Mitarbeit der höheren Stände erfolgt.

Zu der erwünschten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Herrschenden und Dienenden, zwischen Autorität und Majorität, führt nach Ansicht des historischen Materialismus das blinde Spiel materieller (wirtschaftlicher) Kräfte. Nach Dörpfeld ist es die Einsicht und der sittliche Wille des Menschen, die jene Kräfte sich dienstbar zu machen verstehen, und beides wiederum muß die Erziehung schaffen.

Diese sociale Erziehung aber liegt nicht ausschließlich, ja nicht einmal vorwiegend in den Händen der Schulmänner. Nicht einmal Staat und Kirche üben den Haupteinfluß. Der liegt vielmehr in den Händen der Presse und der führenden Parteimänner. Leider aber muß man über die heutige Presse und erst recht über die Parteiführer allzu oft urteilen wie Dörpfeld über Lassalle bei aller Anerkennung seiner Bestrebungen als solcher urteilte:

„Der erste Fehler Lassalles liegt darin, daß er seine Bemühungen für den Arbeiterstand in eine socialpolitische Demagogie ausarten ließ und, um zum Ziele zu gelangen, alle Mittel politischer Demagogie zu Hilfe rief.“

„Ein anderer und wohl noch schlimmerer Fehler der Lassalleschen Bestrebungen liegt darin, daß die Arbeiter nie und nirgends von den sittlichen Bedingungen, welche zur Verbesserung ihrer Lage ihrerseits erforderlich sind, etwas zu hören bekommen. Ob er nicht wußte, daß neben den äußern Hilfsmitteln und der geistigen Geschicklichkeit auch sittliche Kräfte mitwirken müssen, wollen wir nicht fragen. Jedenfalls schien er die moralische Willigkeit und Befähigung bei seinen Zuhörern allerwege als selbstverständlich anzunehmen, und doch versteht sich das so wenig von selbst, als der Acker, welcher Frucht tragen soll, sich von selbst kultiviert. Es versteht sich so wenig von selbst, daß man vielmehr sagen muß: Wenn alle diejenigen, welche für die sittliche Ausrüstung des Volkes berufen und insonderheit verpflichtet sind — also namentlich die Geistlichen, die Schulmänner und die Volkslehrer der freien Presse — sich nicht ebenfalls an der Lösung der socialen und politischen Fragen beteiligen wollen — d. h. in der bezeichneten Richtung zur Geltendmachung der sittlichen Bedingungen des Gelingens —: dann ist für lange Zeit auf beiden Gebieten etwas recht Ersprießliches nicht zu hoffen. Zu vielen

der verſchloſſenen Thüren und Herzen, die ſich doch öffnen müſſen, wenn den ſocial hilfloſen Klaſſen geholfen werden ſoll, weiß namentlich nur die Kirche den rechten Schlüſſel zu finden. Damit wollen wir jedoch nicht der Vermiſchung von Religion und Politik das Wort reden; auch nicht der Vermengung kirchlicher und ſtaatlicher Verhältniſſe, wie ſie da ſtattfindet, wo die Kirche dem Staate inkorporiert wird. Staat und Kirche bedürfen einer geſonderten Verfaſſung und Verwaltung und dazu einer eigentümlichen, wie noch vieles, was unter dem Schutzdache des Staates lebt, deſſen bedarf. Allein die Religioſität von der Politik abſolut trennen, die religiöſen und ſittlichen Potenzen in den politiſchen und ſocialen Verhältniſſen ignorieren, vielleicht gar daraus ausſcheiden, — das heißt nichts anderes, als Leib und Seele ſcheiden, wobei bekanntlich nur ein Leichnam übrig bleibt."

Dörpfeld begnügte ſich darum nicht damit, die ſocialpolitiſchen Maßnahmen punktweiſe darzulegen, ſondern in anſchaulicher Weiſe zeigt er auch, wie der Arbeiterſtand zur materiellen Verbeſſerung ſeiner Lage, zur ſocialen Hebung ſeines Standes und vor allem zu der Grundbedingung desſelben, „zur Anſpannung und Zuſammenfaſſung des inneren ſittlichen Menſchen" erzogen werden müſſe, nicht bloß durch belehrende Worte, ſondern noch mehr durch die wirkſameren Erziehungsmittel des Beiſpieles und der praktiſchen Anleitung.

Das Ziel, was ihm dabei vorſchwebte, faßte er zuſammen in den Ausdruck „Genoſſenſchaft".

Und mit Schulze-Delitzſch und Laſſalle, mit Wichern und Viktor Aimé Huber trat Dörpfeld mit Entſchiedenheit für das Genoſſenſchaftsweſen ein. Aber Dörpfeld wollte mehr. Sowohl durch ſein praktiſches Eingreifen wie durch ſeine theoretiſchen Arbeiten verdient Hermann Schulze mit Recht zwar den Namen „Vater der Genoſſenſchaften".[1]) Dörpfeld erkannte aber mit klarem Blick die Grenze derſelben für die Löſung der ſocialen Frage wie die Schwäche und das Fehlende bei Schulze und bei Laſſalle. Später hat auch Raiffeiſen das eingeſehen und das Genoſſenſchaftsweſen, wie Dörpfeld es vor ihm wollte, ethiſch zu vertiefen ſich bemüht. Den Mittelloſen wußte aber auch er nicht genug zu Hilfe zu kommen. Dennoch erſcheint es befremdlich, daß das Genoſſenſchaftsweſen lange in der chriſtlich- und evangeliſch-ſocialen Bewegung faſt nicht als praktiſches Ziel aufgeſtellt wurde, während die engliſchen Chriſtlich-Socialen

---

[1]) Die Hauptſchriften Schulzes ſind: Aſſoziationsbuch für deutſche Handwerker und Arbeiter, Leipzig 1853. — Vorſchuß- und Kreditvereine als Volksbanken, mit praktiſcher Anweiſung, ebenda 2. 1859. 5. 1876. — Die arbeitenden Klaſſen und das Aſſoziationsweſen in Deutſchland. 1. 1858. — Kapitel zu einem deutſchen Arbeiterkatechismus. 1863.

in den Genossenschaften das eigentlich christliche Mittel sahen, damit die kranke Gesellschaft zu heilen. Vielleicht lag in dem raschen Mißerfolg der von ihnen mit großer Zuversicht eingerichteten Produktivgenossenschaften teilweise der Grund, daß die nachdrücklichen Anregungen, mit denen christliche Männer auf den Wert und die Notwendigkeit der Genossenschaft hinwiesen, nicht durchdringen konnten. Im christlich-socialen Programm von 1878 z. B. sucht man vergeblich eine Hindeutung darauf; denn der Ausdruck „freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisation" scheint Fragen des Arbeiterrechts zu bezeichnen, nicht Erwerbsgenossenschaften unterstützen zu wollen. Erst in den letzten Jahren ist die Abneigung gegenüber dem Genossenschaftswesen im evangelisch-socialen Lager geschwunden; man ist zwar fern von Überschätzung, allein man hat in den Genossenschaften ein wertvolles Mittel erkannt, um die ökonomische und sittliche Lage weiter Schichten unseres Volkes zu heben. Auch die National-Socialen haben in den letzten Jahren die Frage mit Nachdruck wieder erörtert.[1])

Die Socialdemokratie hat vor allem aus politischer Taktik diese wichtige sociale Aufgabe nicht beachtet. In den letzten Jahren lenkte aber auch sie ein.

Von streng marxistischer Seite, nämlich von Karl Kautsky, dem Herausgeber der „Neuen Zeit" ist in Wien bei Ignaz Brand für 15 Pf. ein kleines Heft mit dem Titel: „Konsumvereine und Arbeiterbewegung" erschienen, in dem die wesentlichen Gesichtspunkte für Beurteilung von Arbeitergenossenschaften gut zusammengestellt sind.

Kautsky ist einer der strengsten Vertreter des proletarischen Klassenkampfes, und deshalb interessieren ihn die Genossenschaften der Bauern und Handwerker wenig. Gerade die Bauerngenossenschaften sind aber jetzt in Deutschland in vortrefflichem Aufblühen. Von ihnen könnten auch die Lohnarbeiter mancherlei lernen, denn sie haben, was diesen noch fehlt: geschulte Beamte und bewährte Organisation. Die Handwerkergenossenschaften stehen allerdings noch in ihren ersten Anfängen, aber auch sie werden eine Zukunft finden, sobald sie centralisiert in die Hände genommen werden. Eine in den letzten Jahren in Osnabrück ins Leben gerufene Genossenschaft der Tischler hat schon einen trefflichen Beweis dafür erbracht. Die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit galten bei Lassalle als eine Art Generalheilmittel gegen die sociale Not überhaupt. Aus der Bekämpfung dieser Übertreibung ist es teilweis zu erklären, daß die Socialdemokratie in ihrer Marxschen Form den Genossenschaften kühl und ablehnend gegenüberstand, andererseits aber erklärt sich diese kühle Haltung

[1]) Zeidler, Dr. H., Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens der Neuzeit, und Knittel, Dr. A., Beiträge zur Geschichte des deutschen Genossenschaftswesens.

aus der vornehmen Abweisung aller „Palliativmittelchen", wie sie von der Liebknechtschen Schule und auch von Kautsky als proletarische Weisheit verkündigt wurde. Wozu Genossenschaften? Das Proletariat wird die Macht in die Hand nehmen und die gesamte Produktion regeln! Das ist ein Gedankengang, der sich zeitweilig auch gegen die Gewerkschaften gewendet hat und der noch heute in der socialdemokratischen Menge keineswegs als erstorben gelten darf.

Da nun aber für jeden Beobachter klar wird, daß der Fortschritt in der Machtgewinnung der Arbeiter ein langsamer ist, so gewinnen auch für strenge Socialdemokraten diejenigen Veranstaltungen an Bedeutung, die die jetzige Lage des Arbeiters bessern können. Das Schriftchen von Kautsky ist ein Zeichen dieser Umwandlung. Es möchte die ganze alte socialdemokratische Theorie festhalten und dabei doch eine Thür für die Genossenschaften aufmachen. Mit Scharfsinn stellt es die Gründe für und gegen Arbeitergenossenschaften zusammen und kommt zu folgendem Schlusse:

„Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, neben dem Kampf der Gewerkschaften um Beeinflussung der Produktionsbedingungen, neben dem Kampf des Proletariats um die Macht in Gemeinde und Staat, neben dem Bestreben von Gemeinde und Staat nach Ausdehnung und Vermehrung der von ihnen beherrschten und verwalteten Produktionszweige, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu spielen."

Man sieht diesem Satz die ganze Sorge an, es möchte sich jemand zu tief und zu einseitig in die Genossenschaftssache hinein verlieren. Er gestattet Genossenschaften, aber er fordert nicht zu ihnen auf. Immerhin ist es gut, wenn ein Theoretiker und Doktrinär wie Kautsky von der Arbeiterbewegung sagt: „sie darf sich nicht von Doktrinarismus leiten lassen, sondern von der Einsicht in die thatsächlichen, stets wechselnden Verhältnisse."

Unter den Gefahren der Konsumvereine stehen bei Kautsky zwei in erster Linie, die wichtig für die Erkenntnis der Sachlage sind, einmal die Sorge, daß durch die Konsumvereine die gelernten und besser gestellten Arbeiter von der übrigen Masse abgetrennt werden, und dann, daß sie auf demselben Wege an bürgerliche Kreise angenähert werden. Die Konsumvereine sind ihrer Natur nach „nicht reine Organisationen des Proletariats."

„Was eine Konsum-Genossenschaft braucht, um zu gedeihen, das sind möglichst viele zahlungsfähige Mitglieder. Zahlungsfähigkeit ist aber bekanntlich nicht die den Proletarier auszeichnende Eigenschaft. Wo nur die ökonomischen Interessen des Konsumvereines entscheiden, da müssen die Mitglieder nach Gewinnung wohlhabender, viel konsumierender und bar bezahlender Mitglieder trachten. Durch den Konsumverein entwickelt

*ſich eine Intereſſengemeinſchaft zwiſchen dem bürgerlichen und dem proletariſchen Mitglied, gleichzeitig aber auch eine Spaltung des Proletariats in eine barzahlende Elite und einen auf Pump lebenden Pöbel.*"

Es ſcheint, daß Kautskys Beobachtung völlig richtig iſt: der Konſumverein und ähnliche Veranſtaltungen ſchaffen eine gehobenere und geſichertere Schicht beſſer geſtellter Arbeiter. Daß eine ſolche Schicht ſich mehr an die bürgerlichen Kreiſe annähern wird, iſt einleuchtend, daß ſie den Reden von der ungeteilten Einheit des Proletariates nur mit halbem Ohr noch zuhören wird, iſt ſehr wahrſcheinlich. Würde das alles aber für den Lohnarbeiterſtand ein Unglück ſein? fragt die „Hilfe" mit Recht, und ſie meint: *Eine Hebung der geſamten Volksmaſſe auf einmal iſt unmöglich*, der eine große Tag eines ungeheuren Umſchwunges kommt nie, was aber kommt, iſt die Emporentwickelung einer Schicht nach der anderen. Jede aufſteigende Schicht nützt dem geſamten Proletariat, indem es bei ſeinem Aufſteigen die nächſte Schicht mit weckt und organiſiert. So hat der bürgerliche Liberalismus den gelernten Induſtriearbeiter geweckt, ſo weckt dieſer den Kleinbauern und Tagearbeiter, ſo werden dieſe den Landarbeiter rufen. Sie alle zugleich in die Höhe zu bringen iſt unmöglich. Wer dieſes Ziel verfolgt, iſt in Gefahr, aus Doktrinarismus den wirklichen naturgemäßen Fortſchritt zu hindern. Auch werden die gelernten Arbeiter vorausſichtlich nicht ſo lange mit ihren Reformen warten wollen, bis die Rieſenarbeit der Aufklärung und Organiſierung des ganzen Proletariates vollzogen iſt. Innerhalb der Arbeiterklaſſe giebt es eben wieder getrennte „Klaſſen" und dieſe haben teilweis gemeinſame, teilweis aber auch recht verſchiedene Klaſſenintereſſen.

Die Baugenoſſenſchaften der Arbeiter erwähnt Kautsky nicht. Der Grund iſt uns nicht ganz klar. Gerade ſie ſind ausſichtsreich, können großen Nutzen ſtiften und zu Schulen eines guten Gemeinſchaftsgeiſtes werden. Aber was Dörpfeld, Raiffeiſen und Naumann als das Weſentlichſte der Genoſſenſchaften betrachten — die ſittliche Hebung des Arbeiterſtandes durch dieſelbe —, das ſcheint Kautsky zu fürchten. Hier wie überall zeigt die Socialdemokratie immer wieder, was ſchon Dörpfeld ihr als ſchlimmſten Fehler vorhält: ſie iſt materialiſtiſch und klaſſenegoiſtiſch und fürchtet faſt das Ethiſche.

Höher als das Genoſſenſchaftsweſen der gegeneinander kämpfenden Volksſchichten ſteht Dörpfeld darum die *Genoſſenſchaftlichkeit*, die ſittliche Idee, die auch die Klaſſengegenſätze zu überbrücken vermag und die ihm als Endziel der ſittlichen und wirtſchaftlichen Entwickelung gilt, als „das Ende der Wege Gottes in der ſocialen Frage." Seine Genoſſen-

schaftlichkeit bezeichnet auch zugleich die Grenze des Möglichen, während die politischen wie wirtschaftlichen Ideale der Socialdemokratie in Utopien liegen. Denn diese setzen eine Gleichartigkeit und wirtschaftliche wie politische Gleichwertigkeit aller Menschen voraus. Diese Gleichheit wird aber schon durch die Thatsache der Existenz von Idiotenanstalten widerlegt. Auch die Thatsache einer hoch besoldeten Führerschaft und einer zum Teil blinden Gefolgschaft in der eigenen socialdemokratischen Partei beweist, daß geistig Reiche und geistig Arme, sittlich Reiche und sittlich Arme, wirtschaftlich Reiche und wirtschaftlich Arme und darum Übermenschen, Durchschnittsmenschen und Minderwertige es immer geben wird, und daß darum die erträumte Herrschaft der Masse, von welchem Gedanken auch leider Naumann sich nicht ganz emancipieren kann, naturnotwendig den Untergang oder doch den Rückgang eines Staates herbeiführen muß. Bebel selbst fällt der Socialdemokratie darum das Todesurteil für den Fall der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter, wenn er auf dem Hamburger Parteitag behauptete: „Wenn ihr Genossen morgen ein Vermögen bekämet, würdet ihr bald die Socialdemokratie an den Nagel hängen."

Deswegen können auch die idealsten socialpolitischen Einrichtungen die socialen Gegensätze nur mildern, nicht aber beseitigen. Eine wesentliche Milderung läßt sich nach Dörpfeld allerdings herbeiführen durch eine auch in das Recht übergehende Genossenschaftlichkeit, die Unternehmer und Arbeiter verbinden, durch „den rechtlich geordneten" Mitgenuß jedes Mitarbeiters an dem Geschäftsgewinn und dem zunehmenden Nationalvermögen und damit an den Fortschritten der Kultur.

Die letztgenannte Idee gewinnt immer mehr Anhänger und Freunde aus allen Berufsständen wie aus allen politischen Parteikreisen in dem „Bunde deutscher Bodenreformer," der unter der socialpädagogischen Führung des früheren Volksschullehrers Adolf Damaschke einen praktischen Weg zur kommunalen und staatlichen „Genossenschaftlichkeit" und damit für eine sociale Friedensarbeit erfolgverheißend betreten hat. Ihr Organ ist die von Damaschke herausgegebene „Deutsche Volksstimme."

Daß aber der rechtlich geordnete Mitgenuß der Arbeiter am Gewinn des Unternehmens und damit die von Dörpfeld geforderte Genossenschaftlichkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Utopie mehr ist, dafür dient als bestes Beispiel die Carl-Zeiß-Stiftung in Jena. Hier ist diese Idee großartig durchdacht und durchgeführt worden von einem Manne, der gleich Dörpfeld nicht von oben hinunter, sondern von unten hinauf hat denken und handeln gelernt.

Diese Frage ist hier für die Zeit des Bestehens des Unternehmens der Stiftung durch ein Statut rechtlich geordnet und gesichert. Daß das Unternehmen dabei gedeiht, geht am deutlichsten aus der Thatsache hervor, daß von den Überschüssen in den letzten Jahren die große öffentliche Muster-Volkslesehalle in Jena errichtet werden konnte, daß es jetzt ein großes Volksheim baut, das wiederum einzigartig sein wird, daß es für die Universität die Gelder für ein hygienisches Institut und eine halbe Million für einen Universitätsneubau bewilligt hat, neben manchen gemeinnützigen Bethätigungen geringeren Umfanges.

Die Karl Zeiß-Stiftung des Professor Abbe geht insofern noch über Dörpfelds Idee hinaus, als sie die ganze Unternehmung unpersönlich gestaltet hat.[1])

Ihr Statut beschäftigt sich in einer Reihe von Titeln einerseits mit der Regelung der industriellen und geschäftlichen Thätigkeit, der Verwendung der Überschüsse, der Verwaltung u. s. w., andererseits mit der Ordnung des Rechtsverhältnisses der Angestellten und Arbeiter in den Stiftungsbetrieben und der Regelung ihrer allgemeinen Interessen. Die Zwecke der Stiftung sind nach § 1:

„A. Pflege der Zweige feintechnischer Industrie, welche durch die Optische Werkstätte und das Glaswerk (das in den Rahmen der Stiftung eingeschlossen ist) unter Mitwirkung des Stifters in Jena eingebürgert worden sind, durch Fortführung dieser Gewerbsanstalten unter unpersönlichem Besitztitel; im besonderen:

Dauernde Vorsorge für die wirtschaftliche Sicherung der genannten Unternehmungen sowie für Erhaltung und Weiterbildung der in ihnen gewonnenen industriellen Arbeitsorganisation — als der Ursprungsquelle eines zahlreichen Personenkreises und als eines nützlichen Gliedes im Dienst wissenschaftlicher und praktischer Interessen;

Erfüllung größerer socialer Pflichten, als persönliche Inhaber dauernd gewährleisten würden, gegenüber der Gesamtheit der in ihnen thätigen Mitarbeiter, behufs Verbesserung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Rechtslage.

B. Förderung allgemeiner Interessen der oben genannten Zweige feintechnischer Industrie im eigenen Wirkungskreis der Stiftungsbetriebe wie außerhalb derselben;

Bethätigung in gemeinnützigen Einrichtungen und Maßnahmen zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung Jenas und seiner nächsten Umgebung;

Förderung naturwissenschaftlicher und mathematischer Studien in Forschung und Lehre."

---

[1]) Statut der Karl Zeiß-Stiftung nebst den Motiven und Erläuterungen. Verlag von Bernhard Vopelius. Jena 1896.

Ein Doppelgedanke beseelt also die Stiftung: Durch besondere und allgemeine Mittel eine gegenseitige förderliche Rückwirkung zwischen den Interessen der Stiftung und den allgemeinen Interessen herbeizuführen. Indem Garantien für die dauernde Erhaltung der Stiftung in ihrer auf strengen Rechts- und Vernunftgrundsätzen basierten Eigenart sowohl in Bezug auf Verwaltung und geschäftliche Aktion, als die Stellung der Angestellten und Arbeiter geschaffen werden, strahlt die Stiftung, insofern sie eine große Anzahl wirtschaftlicher Existenzen dauernd sicherstellt und zur Erfüllung ihrer bürgerlichen und öffentlichen Rechte in immer steigendem Maße in den Stand setzt, segensreiche Wirkungen auf die Allgemeinheit, auf das Ganze aus; indem sie dagegen allgemeine (das heißt sowohl gemeinnützige als wissenschaftliche) Zwecke nach Kräften begünstigt und unterstützt, wirkt sie in derselben günstigen Weise vom Ganzen aufs Einzelne, d. h. auf sich selbst und alle von ihr wirtschaftlich abhängigen Personen, zurück, da indirekt alle Einrichtungen und Schöpfungen, welche das allgemeine ethische und geistige Niveau zu heben im stande sind, auch zur entsprechenden Fortentwicklung des Individuums in geistiger und materieller Hinsicht beitragen, und insofern durch die so herbeigeführte gesteigerte Leistungsfähigkeit der Individuen in wissenschaftlicher und technischer Beziehung in ihren endlichen Wirkungen der Institution wieder zu gute kommen.

Der Stifter selbst erläutert den Grundgedanken der Stiftung dahin, daß er bezweckt: „gegebene Geschäftsunternehmungen mit allen daran haftenden Rechten und Anwartschaften im Sinne eines Fideikommisses in unpersönlichem Besitz und zu Gunsten unpersönlicher Interessen unter dauernde Bindung zu stellen, und zwar einerseits hinsichtlich der fortgesetzten Leitung und Verwaltung jener Unternehmungen nach bestimmten Grundsätzen, andererseits hinsichtlich beschränkter Verfügung über die mit ihrem Besitz verknüpfenden Nutznießungen." Dabei legt der Stifter Gewicht darauf, zu betonen, daß die Karl Zeiß-Stiftung in keinem Punkte, namentlich aber nicht hinsichtlich der ihr zugewiesenen socialen Aufgaben den Charakter der „milden Stiftung" haben soll. „Denn das Ziel meiner Bestrebungen" — betont der Stifter — „ist durchaus nicht, in meinem Wirkungskreis Caritas zu befördern, sondern ganz allein: die Rechtslage aller derjenigen zu heben, die in diesen Wirkungskreis eingetreten sind oder in Zukunft eintreten mögen."

Gerade letzter Umstand prägt der Stiftung den Charakter eines eminent wichtigen socialpolitischen Aktes auf. Von Rechten ist die Frage, nicht von Wohlthaten — dadurch erhält das Werk eine hohe principielle

Bedeutung, während es als Ausfluß reiner Humanität nur ein individueller Vorgang ohne allgemeine Tragweite geblieben wäre.

Die Festsetzungen des Arbeiter- und Angestelltenrechts bedeuten für den Stifter, wie er hervorhebt, „den äußeren Abschluß eines wesentlichen Stückes seiner ganzen Lebensarbeit, und er ist zugleich überzeugt, daß den Bestrebungen, die darin zum Ausdruck kommen, ein ganz entscheidender Anteil an der günstigen Entwicklung der jetzigen Stiftungsunternehmungen beizumessen ist, so daß ihre fortgesetzte Anerkennung ihm auch als eine wesentliche Bedingung für deren fernern gedeihlichen Fortgang erscheinen muß."

„Diese Bestrebungen," heißt es in der Folge, „haben auf meiner Seite — seit wohl 20 Jahren schon in bewußter Weise — unter folgendem, ganz allgemeinen Gesichtspunkt gestanden:

„Als ein dringendes Volks- und Staatsinteresse gilt unbestritten die Erhaltung, beziehungsweise Wieder-Erneuerung eines breiten gesunden Mittelstandes, dessen Glieder noch Vollbürger sein können, nicht hinsichtlich der persönlichen und bürgerlichen Verhältnisse schon auf irgend einer Zwischenstufe zum Helotentum stehen und nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz einem Proletariat, welches nichts mehr zu verlieren hat, verfallen sind oder jederzeit zu verfallen bedroht sind.

„Mag nun jemand überzeugt sein, wie ich es bin, daß ein solcher Mittelstand von genügender Breite, soweit die gewerblichen Stände in Betracht kommen, in Zukunft überhaupt nur noch auf dem Boden der organisierten Wirtschaftsthätigkeit der Großindustrie zu erhalten oder wiederzugewinnen sei, oder mag er glauben, daß solches auch durch Wiederbelebung des alten Handwerks und sonstigen Kleingewerbes erreichbar sein werde — in keinem Fall wird bestritten werden können: daß, wenn sowohl die Großindustrie solche Aufgabe erfüllen oder auch nur neben parallel gehenden anderen Bestrebungen zu ihrer Erfüllung mitwirken könnte, damit wichtigen Volks- und Staatsinteressen Vorschub geleistet würde; und daß, wenn auf irgend einem, sei es auch zunächst ganz kleinem Gebiet, ein Anfang dieser Art mit Erfolg wirklich gemacht würde, dieses dem Gemeinwohl zweifellos dienen müßte.

„Die Fortsetzung dieser ersten Erwägung aber ist für mich: es giebt keinen anderen Weg zu solchem Ziel als wirkliche und dauernde Hebung der Rechtslage der von industriellen Unternehmungen abhängigen Personen in ihrem Verhältnis zum Unternehmer und seinen Organen, nach der persönlichen und wirtschaftlichen Seite hin — damit die wichtigsten bürgerlichen und materiellen Interessen dieser Personen nicht länger der Willkür des Unternehmers und ganz einseitigen Rücksichten auf dessen jeweiligen Vorteil unterworfen bleiben. Was mit anderen Absichten und auf anderen Wegen geschehen und empfohlen worden ist, die Lage der Abhängigen zu verbessern ohne den Versuch grundsätzlicher Änderung ihrer Rechtslage zum Unternehmer, mag im einzelnen sehr achtungswert, sehr erfreulich und sehr

nützlich sein; unter dem Gesichtspunkt der socialen Volksinteressen aber ist es nur Dekoration und nichts weiter."

Das sind dieselben Gedanken, wenn auch konkreter ausgestaltet, welchen Dörpfeld bereits 1867 Ausdruck gab.

Freilich lehrt ein Teil der Arbeiterschaft dieser Fabrik einen Sehenden auch ebenso sehr, daß das Glück und die Zufriedenheit der Menschen sich nicht bloß durch die wenn auch noch so günstige wirtschaftliche Hebung schaffen läßt, sondern daß ebenso sehr der Dichter recht hat, wenn er sagt:

„In deiner Brust sind deines Glückes Sterne!"

und daß darum das Wort des größten Socialisten aller Zeiten und aller Völker eine ewige Wahrheit besitzt: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen." Auch in der politischen und socialen Gesetzgebung und Bewegung zuerst nach Gerechtigkeit trachten, sollte darum unsere Losung bleiben. Nur dadurch lassen sich „National" und „Social", Christentum und Kapital, Großindustrie und Arbeiterschaft, Großgrundbesitz und Bauernschaft nicht bloß versöhnen, sondern sich auch zu größeren Leistungen für das Ganze verbünden. Ohne Gerechtigkeit, die jedem das Seine zu geben sich bemüht, werden dagegen auch die weitgehendsten freiheitlichen Rechte die Arbeiter nicht zu dem erhofften Ziele führen, wie umgekehrt der Mangel an socialer Gerechtigkeit bei vielen Machthabenden die Socialdemokratie stark verunehrt hat, welche nun mit ihrem Terrorismus wertvollen Kulturbesitz bedroht.

Das erkannte auch Dörpfeld. Und dieser ethische Gedanke bildet darum auch den Kern seiner „Genossenschaft", wenn er am Schlusse seiner Schrift erklärt:

2. „Genossenschaft" ist nur ein anderer Ausdruck für „Bruderschaft" es ist — begrifflich genau gefaßt — die Idee der „Brüderlichkeit" angewandt auf socialwirtschaftliche Verhältnisse. Die Ideen der „Freiheit" und „Gleichheit" gehen immer mehr ihrer Verwirklichung entgegen in den festen Ordnungen des privaten und öffentlichen Rechts und zwar im Sinne der Wahrheit und Gerechtigkeit, soweit sie nach bitteren Erfahrungen in die rechten Hände gelangt und von früheren revolutionären Beimischungen befreit sind. Die Idee der „Brüderlichkeit" hatte aber bisher für die meisten Menschen etwas sehr Nebelhaftes, Verschwommenes, um nicht zu sagen Lächerliches an sich; im besten Falle wurde sie dem Privatverkehr zugewiesen und dem Belieben eines jeden anheimgegeben, wieviel er davon anwenden wolle oder könne; in gefestigten, rechtlich zu ordnenden Verhältnissen wußte man mit ihr nichts anzufangen. Jetzt will auch sie an die Reihe zur Verwirklichung kommen, zur Verwirklichung in allen, auch dem Gesetze zugänglichen socialen Zuständen. Die Idee der „Brüderlichkeit" stammt, wie auch die andern, aus bekanntem,

altem, heiligem Boden. Lange Zeit sind sie insgesamt fast ausschließlich in einem begrenzten Gebiete gehegt und gepflegt worden, aber beinahe schier darüber verkümmert. Jetzt haben sie endlich ihre längst befohlene Wanderung in alle Welt und in alle Verhältnisse hinein angetreten; möchten sie bald überall recht erkannt und heimisch werden! Das Princip der „Brüderlichkeit" in alle social-wirtschaftlichen Verhältnisse einzuführen, oder die Genossenschaftlichkeit auf dem gesamten wirtschaftlichen Gebiete zur Geltung zu bringen, — das ist „die sociale Frage". Darauf drängt die Entwicklung aller national-ökonomischen Zustände als auf ein, mit dem Verstande zwar nur dunkel geahntes, aber im Herzen fest geglaubtes und gehofftes Endziel hin. Keine Aufhebung des Privateigentums, wie die Kommunisten wollen, — keine Vernichtung oder Schädigung der Persönlichkeit in ihrem Wert und Wesen, womit ein gewisser socialistischer Radikalismus die Welt hat beglücken wollen; — aber, wenn jenes große Endziel erreicht ist, dann wird es auch kein Privateigentum mehr geben, welches nicht zugleich in genossenschaftlichen Dienst gestellt wäre, an dem nicht auch andere einen rechtlich-geordneten Genuß hätten; kein Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern, von Herren und Dienern, wo nicht die letzteren außer dem festen Lohne für die laufende Dienstleistung auch zugleich einen Anspruch (wie auch immer geordnet) an den Geschäftsgewinn besäßen —, wo nicht die Herrschaft und die Untergebenen genossenschaftlich geeint, d. h. durch ein gemeinsames Besitztum, durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen verbunden wären. Und wie Große und Kleine in dieser Weise social-brüderlich sich zusammenschließen, so auch wieder die Kleinen unter sich: Keins einsam, alle gemeinsam. „Genossenschaftlichkeit", sociale „Brüderlichkeit" — das ist, soweit uns zu sehen gegeben, das Ende der Wege Gottes in der socialen Frage. Wann werden wir dahin gelangen?"

Die Einzelnen wie die menschlichen Gemeinschaften in Familie, Kirche, Schule, Ortsgemeinde, Staat, Wirtschaftsleben, Kunst, Wissenschaft u. s. w. planmäßig auf Grund sociologischer und insbesondere socialpsychologischer und socialethischer Einsicht diese Wege zu führen, das ist wahre Socialerziehung im großen Stil, nicht bloß Pädagogik (Knaben- oder Kinderführung), sondern Anthropagogik oder Menschenerziehung schlechthin.

In der Theorie dieser socialen Erziehung war Dörpfeld ein scharf- und weitblickender Pfadsucher und in der Praxis seiner Berufssphäre ein vorsichtiger und umsichtiger Bahnbrecher. Er hat nach beiden Seiten hin den Besten seiner Zeit, ja auch noch den der folgenden Generation genug gethan. Mögen darum die vorstehenden Darlegungen dazu beitragen, daß sein Andenken für alle Zeit in Ehren bleibe!

# Anhang.

## I. Bemerkungen zu den didaktischen Schriften und ihren Beurteilungen.

(Aus einem Briefe vom 16. November 1881 an Schröer, damals Herausgeber der Pädagogischen Zeitung).

„Meinen didaktischen Schriften ist durch eine allgemeine Anpreisung nicht gedient, wenn nicht die specifischen Gedanken, um deren willen sie auf die Welt gekommen sind, kenntlich gemacht werden. Ein Recensent, der ihnen gerecht werden will, muß zunächst konstatieren, daß sie in wesentlichen Punkten von der landläufigen, resp. offiziellen Seminarmethodik abweichen; ob er dann diese Abweichungen loben oder tadeln will, das ist seine Sache.

Warum diese Schriften nicht mehr Krieg entzündet haben, ist mir unerklärlich. Denn daß sie dazu nicht genügenden Anlaß gegeben hätten, kann man ihnen nicht vorwerfen.

Gestatten Sie mir, über die einzelnen Pièces noch ein paar Bemerkungen beizufügen.

ad 1. („Grundlinien".) Diese kleine Schrift ist unter den beifolgenden Drucksachen in principieller Beziehung die wichtigste, die anspruchsvollste. Sie enthält auf dem Volksschulgebiete die erste Monographie über dieses grundlegende Kapitel der Unterrichtslehre (Theorie des Lehrplans). Mehr: unsere Volksschuldidaktik besitzt überhaupt noch keine Theorie des Lehrplans — weder in den größten Lehrbüchern noch in monographischer Form. Was diese Lehrbücher über diesen Punkt bieten, ist weiter nichts als eine Zusammenfügung der traditionell angehäuften Meinungen, unter mehr oder weniger verständiger Auslese, — was aber von einer Theorie ebenso weit verschieden ist als ein Steinhaufen von einem Gebäude. Sollte Ihnen diese klägliche Lücke noch nicht aufgefallen sein, so brauchen Sie bloß das, was die landläufigen Lehrbücher über die Unterrichtsstoffe sagen, mit meinen „Grundlinien" zu vergleichen, dann wird Ihnen die Lücke sofort merkbar werden. (Ein Holsteinischer Kollege schrieb mir vor ca. zwei Jahren: durch lokale Umstände sei er veranlaßt worden, sich über den Lehrplan eine feste Ansicht zu bilden. Zu dem Zwecke habe er alle renommierten Lehrbücher der Volksschulpädagogik angesehen und außerdem eine Reihe monographischer Schriften sich verschafft. Unter den letzteren seien auch meine „Grundlinien" gewesen, von denen er bis dahin nichts gehört hätte, wie auch von meinen übrigen didaktischen Schriften nicht. Die „Grundlinien" hätten an ihm eine zwiefache Wirkung gethan, für die er dem Buche zeitlebens dankbar

bleiben werde: einmal käme er sich bei seiner gut eingelernten Seminarpädagogik vor wie einer, der in dickem Nebel steht und nur allmählich Licht kommen sieht und sodann habe er an der Schularbeit eine Freude gewonnen, wie er sie früher nicht gekannt, und sei nun auf sein Schulmeisteramt ordentlich stolz. Der Mann hatte dem Buche ins Herz gesehen). Übrigens tragen (leider!) auch unsere „Allg. Best." das Merkzeichen an der Stirn, daß unsere offizielle Didaktik keine Theorie des Lehrplans besitzt — für den, der weiß, was eine solche Theorie ist. Man braucht nur darauf zu achten, in welcher Reihenfolge dort die Lehrfächer aufgezählt werden. Stellen wir uns vor, daß z. B. einer die Ordnungen der Säugetiere in folgender Weise aufzählte: Affen, Einhufer, Wale, Zahnarme u. s. w., so würden wir doch mit Recht schließen, daß derselbe diese Namen bloß memoriert, aber von der raison, die in dieser Klassifikation herrscht, keine Ahnung hat. Mit den „Allg. Best." geht es aber in dem bezeichneten Punkte um kein Haar breit besser. Ihre Theorie des Lehrplans ist über die der Regulative nicht hinausgekommen. Und was wollen Sie daraus schließen, daß in unserer Volksschulpresse nirgends diese bedenkliche Schwäche der „Allg. Best." aufgedeckt worden ist? Die „Grundlinien", welche sofort nach dem Erscheinen der „Allg. Best." unter die Feder genommen wurden, hatten bei dieser Eile vornehmlich den Zweck, den Fehler der Unterrichtsgesetzgebung so viel als möglich wenigstens in der Unterrichtspraxis wieder gut zu machen, damit der Fortschritt, den die „Allg. Best." einleiteten, nicht durch jenen Fehler wieder verloren gehen könnte (bei einer etwaigen Reaktionsperiode). Mein Buch ist in diesem Betracht vergeblich geschrieben. Der Lehrerstand und seine Presse ist thatsächlich nicht gerüstet, rein aus der pädagogischen Wissenschaft heraus eine etwaige reaktionäre Verstümmelung des Lehrplans abwehren zu können. Mir wenigstens ist nicht bemerkbar geworden, daß die pädagogische Anschauung in dem letzten Jahrzehnt sich vertieft habe, — eher hat das Gegenteil stattgefunden. (Vgl. die Ergänzungsschrift: „Der didaktische Materialismus".) Ich fürchte sehr, daß jener Fehler im Innern der „Allg. Best." sich einmal schwer in der Volksschule rächen wird — falls dem Lehrerstande nicht bei Zeiten die Augen aufgehen. (Ich sage, dem Lehrerstande, — denn von den Seminarien her hat er auch in dieser Beziehung keine Hülfe zu erwarten, wie der jüngste Seminarlehrertag nur zu deutlich gezeigt hat.)

Noch eins: In den „Grundlinien" steckt noch ein anderer strategischer Zweck. Ist Ihnen wohl der Gedanke gekommen, daß der Mangel einer Theorie des Lehrplans auch sehr eng mit unsern Standesanliegen (Schulaufsicht, Amtswürde, Avancementsansprüche u. s. w.) zusammenhängt? Wenn nicht, so lassen Sie mich auf ein paar Verbindungspunkte aufmerksam machen. Erstlich: in einigen Städten ist das Schulregiment auf der Bahn des theorielosen Lehrplans so weit „fortgeschritten" — unter Applaus aller, die dem „Fortschritt" huldigen —, daß die Volksschullehrer außer dem städtischen allgemeinen Schulinspektor auch bereits 2—3—4 Special-Inspektoren (sog. fachmännische) über sich haben: für Religion einen Theologen, für Zeichnen einen Zeichenlehrer der höheren Schulen, für Turnen den städtischen Turnlehrer, für

Handarbeiten etliche Inspektricen. Nicht war, das klingt lustig? Wie, wenn das aber erst der Anfang der lustigen Bescherung wäre? In der That ist diese Form der Schulaufsicht auch nur die gerade Konsequenz derjenigen Anschauungen vom Lehrplan, welcher darin nur eine Summe vereinzelter Lehrfächer sieht, nicht ein einheitliches Ganzes, und darum das zerstückte Fachlehrer-System für das didaktische Ideal hält. Denn wenn das richtig ist, daß der Specialist als der wahre, ideale pädagogische Fachmann angesehen werden muß, dann muß auch die Specialisten-Inspektion für die wahre pädagogische Inspektion, für das Ideal der Zukunft gelten. Demnach hätten die Volksschullehrer zu erwarten, daß sie dereinst in jedem Kreise (Stadt und Land) mit einem allgemeinen administrativen Schulinspektor zusammen etwa 12 Specialassistenten aus den höheren Schulen (in Ehrenämtern) als Vertreter der eigentlichen Fachkunde, begnadigt sein würden. Lockende Aussichten! — Auch wenn die Zahl der Inspektions-Assistenten einstweilen auf ein halbes oder viertel Dutzend beschränkt bliebe. Wie viele Lehrer mögen wohl merken, daß sie mit ihrer Indolenz bezüglich der Theorie des Lehrplans selber auf dieses Ziel hingearbeitet haben und noch fortwährend darauf hinarbeiten?

Zweitens: Unsere Standeswünsche hängen noch an einem anderen Haken fest, der auf dem Gebiete der Didaktik liegt. Erst müssen nämlich die Präparanden- und die Seminarbildung (die allgemeine und die Berufsbildung) in ein normaleres Verhältnis zu einander gebracht werden, so wie es die von mir, Rein und Horn entworfenen Thesen (Ev. Schulblatt 1881, Nr. 4 und 5) angedeutet haben. Geschieht das nicht, so bleibt die alte Zwickmühle wider unsere Wünsche in Funktion. Denn wenn wir beantragen, im Seminar müßten unsere Berufswissenschaften (Psychologie, Pädagogik u. s. w.) gründlicher und breiter vertreten sein, so heißt es: dafür haben wir dort keine Zeit, weil die allgemeine Bildung ergänzt werden muß. Auf die Frage: warum habt Ihr in den Präparandenjahren nicht dafür vorgesorgt? — heißt es, wie Sie es jüngst auf dem Berliner Seminarlehrertage von den Konsistorial- und Schulräten und Seminardirektoren contra Rein haben hören können. In der That, unsere Standeswünsche stecken auch an dieser Stelle tief im Dreck. Und warum? — weil in diesen Kreisen die Theorie des Lehrplans nicht gekannt ist, die nämlich auch darüber entscheidet, was zur Vollständigkeit der allg. Bildung (für irgend einen niedern und höhern Beruf) gehört, und warum diese Vollständigkeit da sein muß, bevor die berufliche Bildung beginnen kann. (Sollte Ihnen das Vorstehende nicht ganz durchsichtig sein, so muß ich mich auf die „Grundlinien" berufen.) Hier rächt sich also an einem neuen Punkte die Versäumnisschuld, daß die Volksschullehrer (d. h. ihre Vordermänner) sich so wenig um eine richtige Theorie des Lehrplans bekümmert haben. Denn hätten sie es gethan, so würden unsere Schulblätter die Herren Seminarlehrer und Schulräte moralisch gezwungen haben, auch ihrerseits sich darum zu bekümmern und würden dieselben auf dem Berliner Seminarlehrertage nicht so jämmerlich aufgespielt haben. Aber ich klage zu spät: in unserm Kampf wider die hergebrachte Aufsichtsordnung ist die erste Schlacht bereits verloren.

Mich beſchleicht die bange Ahnung, daß es nicht die einzige bleiben werde, die durch die eigene Schuld unſerer Standesgenoſſen verloren geht. (Die in den „Grundlinien“ wie in den andern früheren Schriften angegebenen Lehroperationen beim einzelnen Penſum ſind nicht genau die, welche ich (mit Ziller) für die normalen halte. Die normalen durfte ich damals meinen Leſern noch nicht zumuten und wählte darum, um zum Beſſern überzuleiten, eine mittlere Form. Die normale Form finden Sie entwickelt in der Ergänzungsſchrift „Der didaktiſche Materialismus.“)

ad 2. („Repetitorium“.) Da das dazu gehörige Lehrbuch noch nicht erſchienen iſt und Ihnen die einſchlägigen Abhandlungen im Evangeliſchen Schulblatt (1872, Nr. 1, 5 u. 9) nicht zur Hand ſind, ſo werden Sie mit dieſem Fragehefte als Recenſent nicht viel anzufangen wiſſen.

Nur auf eine Novität in dem Büchlein will ich Ihren Blick hinlenken, daß die Geographie durch eine Anzahl von Lektionen aus der elementaren Socialiſtik ergänzt iſt — für die Zeit, wo das Schulregiment erlauben wird, den Lehrplan vollſtändig zu machen. Die nötigſte Motivierung finden Sie in den „Grundlinien.“

Bevor Sie die betreffenden Frage-Lektionen durchgehen, wollen Sie ſich die dazu gehörigen ſchematiſchen Überſichten (im Anhange) anſehen.

Wenn Sie etwas davon erfahren haben und jeweilig in den Schulblättern über die Einführung von etwas Volkswirtſchaftslehre phantaſiert worden iſt, dann werden Ihnen meine Lektionen aus der Geſellſchaftskunde vielleicht noch ein wenig intereſſanter werden.

Auch bei dieſem Schriftchen habe ich wieder die Armſeligkeit des üblichen Recenſierens kennen lernen müſſen, — ich meine ſpeciell bei dem Kapitel aus der Socialiſtik. Die Recenſenten ſchlüpften darüber hinweg, wie wenn es ſich um einen neuen Schreibduktus gehandelt hätte, während ſie doch ſchuldig geweſen wären, entweder mir die Lektionen zerriſſen vor die Füße zu werfen oder aber den Leſern zu ſagen, daß hier etwas für ſie zu lernen wäre, was ſie ſonſt nirgend lernen könnten. Schon die einfache Erwägung hätte ſie ſtutzig machen können, woher ich doch wohl den Stoff zu dieſen Lektionen bekommen haben möchte. Ja, das möge mir einer ſagen, der es weiß. Ich wage zu behaupten, daß ſelbſt die gelehrten Socialiſtiker und Kameraliſten noch etwas aus dieſen Schulkinderlektionen lernen können — zum wenigſten etwas Logik.

ad 3. („Gutachten“.) Nur das erſte Gutachten (vierkl. u. achtkl. Schulen) iſt direkt aus meiner Feder.

Hier iſt auch wieder etwas Abſonderliches bei den Kritikern begegnet. Meine Abhandlung ſagt ausdrücklich, daß die Unterſuchung ſich bezöge auf ſolche Schulverhältniſſe, wo 80 (und vielleicht noch mehr) Kinder per Klaſſe unterrichtet werden müſſen; kämen wir dereinſt in die glücklichen Verhältniſſe, wo die Klaſſe nur 50 Schüler zu enthalten brauche, dann wollten wir die Unterſuchung von neuem vornehmen.

Trotzdem hielten mir etliche Kritiker die Erfahrungen entgegen, die aus Schulklaſſen mit 50 Kindern ſtammten. Was konnten mir nun dieſe Erfahrungen nützen?

ad 4. („Der didaktiſche Materialismus“.) Hier will ich bloß darauf aufmerkſam machen, daß dies eine Ergänzung zu den „Grundlinien“ iſt.

Wären die Hauptgedanken dieſer beiden Bücher in das pädagogiſche Gemeinbewußtſein übergegangen, dann brauchten wir eine Amputation der „Allg. Beſt.“ nicht zu beſorgen, auch nicht eine Vermehrung der religionsunterrichtlichen Stoffe — wie die Synoden planen.

In meinen Augen hängen in der That die didaktiſchen Mängel und Übelſtände, unter denen die Schularbeit leidet, viel näher mit dem Leid der Schulverfaſſungsfrage zuſammen, als die meiſten ahnen und als ich für gut befunden habe, ausdrücklich zu ſagen. Wäre die Methodik der Volksſchule nicht ſo abhängig geweſen von der pädagogiſchen Anſchauung der Geiſtlichen und der höhern Schulen, ſo würde ſie ſich längſt aus jenen Übelſtänden herausgearbeitet haben; denn auch die Seminarien ſtehen zu ſehr unter dem Einfluß der „Akademiker“, mehr als ſie wiſſen.

---

## II. Klagebrief eines preußiſchen Schulmannes an einen liberalen Staatsmann.

### Ein Bruchſtück.

Ew. — haben mir die Ehre erwieſen, mich zu einer genaueren Ausſprache über den Stand der Schulreform in Preußen aufzufordern. Wie Sie ſehen, bin ich ohne langes Beſinnen an die Arbeit gegangen. Die bedrängte Lage des preußiſchen Schulweſens erlaubt einem beteiligten Schulmanne nicht, bei einer ſolchen Gelegenheit ſich lange mit Fleiſch und Blut zu beſprechen. Daß mein Bericht zu einem Klagebriefe werden würde, werden Ew. — wohl ſchon erwartet haben. Wenn er es aber in einem noch ſtärkern Maße geworden iſt, als Sie ſich vorgeſtellt haben, und obendrein teilweiſe auch wider die liberale Partei ſich richten muß, ſo wage ich doch zu hoffen, daß ihm um deswillen kein weniger geneigtes Gehör zu teil werden wird.

Ich habe die Lage des preußiſchen Schulweſens, insbeſondere des Volksſchulweſens, eine „bedrängte“ genannt. Es ſollte genauer heißen: eine Lage, wo man vorwärts muß und doch nicht vorwärts kann. Seit länger als einem halben Jahrhundert ſind die Geſetze über das Schulregiment und die Schulanſtalten einer Reform bedürftig, — jeder Sachkundige weiß das, — viele Staatsmänner und Bürger, insbeſondere aus der liberalen Partei, ſind bereit, die beſſernde Hand anzulegen, — Baden und Öſterreich ſind ſchon mit einem neuen Schulgeſetze vorangegangen, — Bayern ſteht auf dem Sprunge, ihnen nachzufolgen, — auch iſt dem preußiſchen Abgeordnetenhauſe in der letzten Seſſion ein miniſterieller Unterrichtsgeſetz-Entwurf vorgelegt worden und wird demſelben vorausſichtlich in der nächſten Seſſion wieder vorgelegt werden: — — aber wenn nicht ein unverhofftes glückliches Ereignis dazwiſchen tritt, ſo ſteht trotz alledem nicht zu erwarten, daß in der nächſten Zukunft ein neues Schulgeſetz zuſtande komme, oder wenn doch eins zuſtande käme, ſo wird

wenig Heil davon zu hoffen sein, am wenigsten für die eigentlichen Schularbeiter. (Das trifft auch noch heute zu. D. H.)

Der Hindernisse, welche einem wahrhaft heilbringenden und wahrhaft freisinnigen Schulgesetze im Wege stehen, sind zu viele, zu mannigfaltige, und die aus den verschiedenen Parteiansichten hervorgegangenen Verwicklungen sind zu verknotet.

Das ist meine Klage.

Mein Schreiben hat sich die Aufgabe gestellt, die wichtigsten dieser Hindernisse näher zu betrachten. Dieselben lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen.

## I. Erste Gruppe der Hindernisse.

Die Schulreform wird zuvörderst durch dieselben Umstände erschwert, welche sie nötig und dringlich machen:

a) durch die große Zahl der Mängel im Schulregiment und in den Schuleinrichtungen,

b) durch das zu lange Verschieben der Reform.

Diese beiden Übelstände glaube ich hier als notorische Thatsachen betrachten zu dürfen. Darum über diese Thatsachen an sich nur zwei Worte.

Die Mängel finden sich nicht nur an einer Stelle; sie ziehen sich durch alle sechs Kapitel der Schulordnung hindurch.[1]) Am schlimmsten treten sie jedoch in den schulregimentlichen Einrichtungen hervor. Diese sind im Zeug und im Zuschnitt verfehlt.

Das zu lange Verschieben der Reform fällt schon durch die große Zahl der Mängel in die Augen. Es macht sich aber insbesondere noch dadurch fühlbar, daß bei den großen Veränderungen, welche seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts auf dem staatlichen und nationalen, dem wirtschaftlichen und socialen, dem wissenschaftlichen und religiösen Gebiete vorgegangen sind, die alten Schulordnungs-Satzungen nirgend mehr recht passen wollen. Es ist fast keine Beziehung zwischen dem Schulwesen und den übrigen Lebensverhältnissen zu finden, wo nicht Spannungen entstanden sind und Risse drohen.

Nun zur obigen These.

Es fällt zwar weniger in die Augen, ist aber ebenso gewiß, daß die beiden genannten Übelstände in ihren Wirkungen sich zu einem vitiösen Cirkel zusammenschließen: die zahlreichen Mängel haben zum

---

[1]) Nach meiner Logik muß eine vollständige Schulordnung in folgender Weise sich einteilen:

A. **Das Schulregiment:**
1. die organische Stellung des Schulwesens — (d. h.: sein Verhältnis zu den übrigen Gliedern des gesellschaftlichen Organismus: Staat, Familie, bürgerliche Genossenschaft, Kirche, Volkswirtschaft u. s. w.);
2. die Verwaltung des Schulwesens;
3. die Unterhaltung des Schulwesens.

B. **Die Schulanstalten:**
1. die Einteilung der Schulanstalten (niedere und höhere u. s. w.);
2. die anstaltlichen Einrichtungen (Bauten, Utensilien, — Schulpflicht 2c.);
3. der Lehrerstand und seine Arbeit.

Verschieben der Reform beigetragen, und dies Verschieben hat wiederum die Zahl der Gebrechen vermehrt.

Die erstere Wirkung kann man sich an einem Exempel aus dem alltäglichen Leben veranschaulichen. Jemand besitzt ein Haus, das sehr baufällig, doch aber noch halbweges wohnfähig ist. Indem er überlegt, an welchen Stellen die Reparatur am nötigsten sei, überfällt ihn allmählich die bange Sorge, daß, wenn man an einigen Teilen mit dem Abbruch beginne, vielleicht das Abbrechen kein Ende finden, oder gar das ganze Haus zusammenstürzen werde. Von dieser Furcht gejagt, verkriecht er sich in den Gedanken, daß das Haus doch nicht völlig unbrauchbar sei, und entschließt sich, dasselbe einstweilen in dem vorhandenen Zustande weiter zu benutzen. Kommt dann endlich — sagt er zu sich selbst — die Zeit, wo der totale Abbruch unvermeidlich ist, so wird auch wohl guter Rat kommen, und dann will ich entschlossen Hand anlegen. — Dieses vulgäre Beispiel giebt ohne Zweifel ein getreues Bild von der Lage und Stimmung, worin die Regierung und die konservative Partei sich gegenüber den Mahnungen zur Schulreform befunden haben. Im Blick auf die zahlreichen Mängel und die daraus hervorgehenden großen Schwierigkeiten der Umformnng, insbesondere aber aus Furcht, bei einem bessernden Handanlegen werde durch das Drängen der liberalen Partei zu viel geändert werden und die Schule auf eine abschüssige Bahn geraten, meinten sie bisher, gegen jede Reform sich sträuben und dieselbe unter allerhand Vorwänden aufschieben zu müssen.

Die schlimmen Rückwirkungen dieses Verschiebens liegen nicht minder deutlich vor Augen. Auf die eine Folge — wie nämlich zwischen den in steter Umbildung begriffenen Lebensgebieten und den nach alten Satzungen geordneten Schulverhältnissen immer stärkere Spannungen und neue Risse entstehen — ist schon vorhin hingewiesen worden. Eine Folge zeigt sich darin, daß die einander gegenüberstehenden Parteiansichten fortwährend schärfer, schroffer und somit auch unversöhnlicher geworden sind. Endlich haben wir auch jene zahlreichen Fälle hierher zu rechnen, wo es eigentlich den Gemeinden zustände, die bessernde Hand anzulegen, von diesen aber unterlassen wird unter dem Vorgeben, man wolle erst das zu hoffende Unterrichtsgesetz abwarten, um nicht in die Lage zu kommen, nachmals die Sache wiederum anders regeln zu müssen.

Der vitiöse Cirkel, den die beiden genannten Übelstände bilden, ist somit klar: er stellt der Schulreform zwei Hindernisse entgegen, die in ihrer Widerstandskraft einander progressiv verstärken. Die Reformfreunde werden daher zu um so größeren Anstrengungen und zu um so durchdachteren strategischen Operationen sich rüsten müssen, wenn dieser Cirkel endlich durchbrochen werden soll.

Indem vorhin die Mängel der preußischen Schulgesetzgebung hervorgehoben wurden, kann ich nicht umhin, mich ausdrücklich gegen den Irrtum zu verwahren, als ob in demselben Maße auch die Leistungen der Schulen mangelhaft wären. Vermöge der Unverdrossenheit, Zähigkeit und Opferwilligkeit, die wie in der preußischen Beamtenschaft überhaupt, so namentlich auch im Lehrerstande sich finden, wird vieles von dem, was in den Verhältnissen unzulänglich ist, überwunden und wieder gut gemacht.

Freilich gereicht das der verzögerten Schulgesetzgebung nicht zur Entschuldigung. Das Wiedergutmachen konnte doch nur durch viele persönliche Entbehrungen und Mühen erlangt werden, und vornehmlich ist es der ohnehin schlecht versorgte Schulstand, der diese Opfer bringen mußte.

## II. Zweite Gruppe der Hindernisse.

Da, wo glücklicherweise der gute Wille zum Reformieren vorhanden ist, — bei der liberalen Partei — fehlt es zu sehr an dem nötigen Sachverständnis: einesteils an einer genauen Kenntnis der faktischen Mängel und Gebrechen im Schulwesen, andernteils an Klarheit und Einmütigkeit hinsichtlich der zu erstrebenden Reformen.

Diese Unkenntnis und Meinungsverwirrung möchte ich vornehmlich auf folgende drei Ursachen zurückführen.

a) Der nächste Grund liegt ohne Zweifel in der Schwierigkeit der Sache selbst, in der Natur und Lage des Schulgebietes.

Das Bildungswesen bildet kein so bestimmt abgegrenztes Gebiet wie Militär und Justiz, vielmehr erstrecken sich seine Beziehungen und Wurzeln tief in alle gesellschaftlichen Organismen hinein. Sodann kommt in Betracht, daß die Schulverhältnisse, und ebenso die bürgerlichen, socialen und kirchlichen, in den verschiedenen Landschaften sehr verschieden gestaltet sind. Ferner handelt es sich um recht schwierige Organisations- und Administrationsfragen, und endlich noch um specielle technisch-pädagogische Anliegen. Es sind somit sehr verschiedene Arten von Kenntnissen und Erfahrungen erforderlich, wenn in der Schulgesetzgebung etwas Rechtes geschafft werden soll. Einer, der diesem Felde nicht ein eingehendes Studium gewidmet und die einschlägigen Fragen sorgfältig durchgedacht hat, kann unmöglich ausreichend orientiert sein. Soll es sich dann schließlich um ein bestimmtes Ratgeben zum Reformieren handeln, so treten wieder neue Schwierigkeiten auf: einerseits durch die vorhin erwähnten zahlreichen Gebrechen und Mängel der hergebrachten Schulverfassung und andererseits dadurch, daß die Regierung und die konservative Partei sich bemühen, die schadhaften Stellen möglichst zu verdecken und das Verkehrte als regelrecht darzustellen.

Unter diesen Umständen kann es daher nicht wunder nehmen, daß es selbst unter den Schulmännern — ich meine unter den wissenschaftlich gebildeten — nicht viele giebt, die sich um eine nach allen Richtungen gehende Kenntnis des Schulgesetzgebungsbedarfs bemüht haben. Freilich ist ihnen von seiten der Staatswissenschaft — hinsichtlich der einschlägigen staatswissenschaftlichen Fragen — wenig Handreichung geleistet worden; denn wie wenig die staatswissenschaftlichen Zeitschriften sich eingehend mit Schulverfassungsfragen beschäftigen, werden Ew. — noch besser wissen als ich. Die politischen Tagesblätter, welche jeweilig über den einen oder andern Punkt einen Stoßseufzer loslassen, vermehren nur die allgemeine Unkunde und Verwirrung. So konnte z. B. eine angesehene Zeitung neulich sagen: wenn Gneists Kreisordnungsplan angenommen und die Unterhaltung der Schulen den Kreisen übertragen wäre, so würde die lästige Schulfrage endlich glücklich von der Tagesordnung verschwinden; und ein anderes Blatt machte in ähnlicher Weise den Konfessionalitätsstreit schlechtweg zur Schulfrage. Wenn nun diejenigen, welche das Volk über die öffentlichen

Bedürfnisse aufklären sollen, so beschränkt und albern urteilen, — was soll man da vom großen Publikum erwarten? Selbst sonst wohlunterrichtete Landtagsabgeordnete, sogar solche, die in politischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten für Autoritäten gelten, stehen nicht an, bei Gelegenheit offenherzig zu bekennen, daß sie in der Schulfrage nicht Bescheid wüßten.

Was ist nun die Folge dieser durchgängigen Unkenntnis? Ein großer Teil der Landtagsmitglieder und des gebildeten Publikums überhaupt fühlt sich unsicher, geht nur zaghaft an eine Veränderung der Schulgesetze und gerät daher leicht in die klerikal-konservative Strömung, während ein anderer Teil aufs Geratewohl den liberalen Parteilosungen folgt, was nicht minder übel auslaufen muß. Nur mit einer Art von Schrecken kann man daran denken, wie einige parlamentarische Eiferlinge — und darunter Männer von wissenschaftlichem Namen und Rang — gelegentlich immer wieder versuchen, mit etlichen abstrusen geistlichen Liederversen und einigen aufgelesenen albernen Lesebuchsgeschichtchen die Position des Kultusministers zu stürmen. Wenn unser tapferes Kriegsheer nicht besser gerüstet gewesen wäre, als dieser Fortschritts-Liberalismus für seinen scholastischen Feldzug es ist, dann würde es um die Landesverteidigung schlimm ausgesehen haben. Dennoch soll und muß es vorwärts gehen, — die Schulreform ist zu dringlich. Angesichts dieser Sachlage fällt einem unwillkürlich jene spaßhafte englische Theaterscene ein, wo mitten in der Aktion das Gaslicht ausging, aber das hörbegierige Publikum dem sich entschuldigenden ratlosen Schauspieldirektor herzhaft zurief: „Never mind, go on in the dark!“ — In der That, in der Schulreform-Aktion des Liberalismus ist von der deutschen Gründlichkeit und Solidität nicht viel Rühmens zu machen.

b) Der zweite Grund der herrschenden Unkenntnis und Meinungsverwirrung ist im Schulstande zu suchen: der höhere Lehrerstand hat sich seit langen Jahren um die Reform der Schulverfassung nicht mehr bekümmert, wenigstens nicht litterarisch dafür gewirkt; der Volksschullehrerstand hat sich zwar desto mehr vernehmen lassen, ist aber nicht dazu gerüstet, um die Reformfrage in ihrem ganzen Umfange vertreten zu können.

Wer sollte vermuten, daß in unserm bücherreichen Deutschland kein Werk über die Theorie des Schulwesens existiert, wie der Kulturpolitiker es braucht? Aber in Wahrheit, es giebt keins — weder dem Wesen noch dem Namen nach. Ohne Zweifel ist für diese litterarische Lücke in erster Linie der wissenschaftlich gebildete Teil des Schulstandes verantwortlich zu machen. In den vierziger Jahren, als der treffliche Dr. Mager in seiner „Pädagogischen Revue“ wacker voranging, gab es eine stattliche Reihe höherer Schulmänner, die in dieser oder in andern pädagogischen Zeitschriften auch über die Reform der Schulverfassung schrieben. (Mager hatte auch eine vollständige Theorie der Schulverfassung, unter dem Titel „Deutsche Scholastik“, bereits angekündigt und in der „Revue“ einige Bruchstücke daraus mitgeteilt. Leider ist das Buch nicht erschienen, weil der Verfasser bald darauf (1849) erkrankte und für immer arbeitsunfähig wurde.) Aber seitdem dieser beredte, mutige Mund sich schloß und von

Raumer Kultusminister wurde, verstummte eine Stimme nach der andern, und zwar so total, daß es zum Erschrecken ist. Dem Draußenstehenden mag diese Erscheinung befremdlich vorkommen; dem Näherstehenden ist sie erklärlich genug. Als ich einst einem befreundeten Gymnasiallehrer dieserhalb ins Gewissen redete, erwiderte er: „Que voulez-vous? Wer unter v. Mühler und Wiese Carriere machen will, der muß sich stille halten. Das ist schon eine mächtige Fessel. Sodann haben viele, sehr viele meiner Amtsgenossen mit Nahrungssorgen zu kämpfen; sie müssen neben der Schularbeit sich müde in Privatstunden oder mit Zöglingen abplagen und sind froh, wenn der Abend kommt und sie der Ruhe pflegen können. Das ist die zweite Fessel. Und drittens: die meisten Lehrer an unsern höhern Schulen betrachten sich nicht als Fachleute in paedagogicis, sondern als Philologen, Mathematiker, Physiker u. s. w.; ihre wissenschaftliche Ehre suchen sie in diesem ihrem speciellen Lehrfache, und wenn sie studieren und schreiben, so gilt es eben diesem Fache. Wie könnte es auch anders sein, da sie auf der Universität nur so nebenbei ein Kollegium über Pädagogik gehört haben, das ein Philosoph oder ein Theologe so nebenbei las?“ — Der Kollege hatte recht: die drei Fesseln sind faktisch da, und die eine ist so beklagenswert als die andere.

Ein paar Umstände, die der Gymnasialmann übersehen hat, muß ich doch noch nachtragen, weil sie das beredte Schweigen der höhern Lehrer noch etwas besser ins Licht stellen, — namentlich im Vergleich zu dem um so auffälligeren Sich-laut-machen der Elementarlehrer. Fürs erste sind jene nicht von der Aufsicht der Geistlichen belästigt; ihre Oberen sind sämtlich fachkundige Männer, Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein: in diesem Stücke haben sie also nichts zu klagen. Für ihre Kollegen in der Volksschule zu klagen, ist ihnen just noch nicht eingefallen. Zum andern macht ihnen der Konfessionalitätsstreit, der die Volksschullehrer so stark berührt, wenig Kümmernis; die meisten haben ja keinen Religionsunterricht zu erteilen, und dazu ist diese Frage eine häkelige: sie wollen sich daher an diesem Punkte nicht gern die Finger verbrennen. Endlich muß noch ergänzt werden, daß die Seminarlehrer ebenso zahm und still sind wie die Gymnasial- und Realschullehrer: unter dem Ministerialrat Stiehl werden Gunst und Gnaden nicht anders verteilt als unter dem Ministerialrat Wiese.

Es wäre noch manches zu nennen, was dazu beigetragen hat, die höhern Lehrer von einer Teilnahme an den pädagogischen Reformbestrebungen und von einem Hand- in Handgehen mit den Volksschullehrern abzuhalten. Nur an eins will ich noch erinnern, — an die sogenannte „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung.“ Diese Versammlung hatte unter andern auch den Zweck, einen regeren Verkehr zwischen den höheren Lehrern und den Volksschullehrern anzubahnen. Weil dort aber von Anfang an ein halb kleinstaatischer, halb radikaler Liberalismus samt dem obligaten kulturpolitischen Phrasentum sich sehr breit machte, so fühlten sich viele preußische Lehrer hart abgestoßen. Die meisten, namentlich die von den höhern Schulen, würden nicht teil genommen haben, auch wenn die preußische Regierung nicht dazwischen getreten wäre. Dieses Verbot ist zwar vor einigen Jahren aufgehoben worden, allein die Sympathien unter dem höhern

Schulstande für die „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung“ und was mit ihr zusammenhängt, sind seitdem nicht gewachsen. Die Stimmung der höhern Schulmänner ist durchgängig diese: mit den Volksschullehrern sich auf eine Bank zu setzen, gilt nicht für nobel, und über Schulverfassungsfragen zu beraten, gilt nicht für gentil. Wenn in die Zeitschriften für Gymnasien und Realschulen gelegentlich ein Artikel über die Reform des Schulregiments sich verirrt, so wird er von den meisten Lesern mit Naserümpfen betrachtet, so etwa wie ein Gericht fauler Fische. Kein Wunder also, daß die paar Männer, die noch wohl Lust und Mut hätten, für Reform des Schulwesens zu schreiben — z. B. der treffliche Prof. Langbein in Stettin, der Gymnasialdirektor Dr. Hollenberg in Saarbrücken und einige andere — ob dieser Lethargie und Kaltsinnigkeit ihrer Standesgenossen endlich ebenfalls müde und stille geworden sind. (In jüngster Zeit beginnt erfreulicherweise ein schwacher Hoffnungsschimmer zu dämmern. Es ist der vor einigen Jahren entstandene „Verein für wissenschaftliche Pädagogik“, an dessen Spitze der rührige Professor Ziller in Leipzig steht. Bis jetzt hat sich dieser Verein zwar nur mit psychologischen und didaktischen Fragen befaßt; es ist aber in Aussicht genommen, in kurzem auch eine Sektion für die Theorie der Schulverfassung zu bilden.)

Diese fast vollständige Teilnahmlosigkeit, mit welcher der höhere Schulstand dem legislatorischen Mißgeschicke des Schulwesens zuschaut, ist schon an und für sich — als ein Symptom des sittlichen Zustandes der Geister betrachtet — ein höchst beklagenswertes Übel. Aber auch die höhern Schulen selbst und somit der gesamte gebildete Teil des Volkes werden noch auf lange Zeit an den Folgen zu leiden haben. Ich will nur an ein paar Gebrechen unseres Schulwesens erinnern, die infolge dieses Schweigens ungestört von Generation zu Generation sich fortschleppen: an die unverantwortliche Vernachlässigung der pädagogischen Wissenschaft auf den Universitäten und an den Mangel ordentlicher pädagogischer Seminare für die höhern Lehrer.

Ganz besonders wird aber die Volksschule durch das kaltsinnige Zurückziehen des höhern Schulstandes hart getroffen. Bei ihr müssen nämlich manche Verhältnisse zur Sprache kommen, über welche die Kollegen an den höhern Schulen viel unbefangener, offener und erfolgreicher würden reden können; — ich denke z. B. an die Kapitel von der Schulaufsicht, von der Stellung der Geistlichen zu den Volksschulen, von der pädagogischen Unzulänglichkeit so mancher Seminardirektoren und Schulräte u. s. w. Gerade diejenigen Volksschullehrer, welche vielleicht am besten Auskunft geben könnten, haben bisher aus Schicklichkeitsrücksichten meistens über diese persönlichen Verhältnisse geschwiegen. Ordinäre Naturen haben freilich auch oft den Mund weit aufgemacht. Das große Publikum ist eben darum nur mangelhaft über diese Dinge und Zustände unterrichtet.

Ein weiterer großer Schade, der mit dem beharrlichen Schweigen des höhern Schulstandes zusammenhängt, liegt darin, daß das Schulwesen nicht genug als Ganzes und nicht genug vom wissenschaftlichen Standpunkte aus besprochen worden ist. Namentlich haben die staatswissenschaftlichen und kulturpolitischen Principienfragen schwer

darunter gelitten. Die Volksschullehrer, wo sie das Wort nahmen, mußten sich einerseits auf das Gebiet der Volksschule beschränken und andrerseits an den tieferen Principienfragen vorbeigehen, oder, wenn nicht, mit den üblichen Parteiformeln und Stichworten sich behelfen. Daher ist denn das große Publikum so gar nicht gewohnt, die Schulfrage *nach ihrem ganzen Umfange* und *im großen Stile* zu besehen, und die eigentlichen Principienfragen liegen erst recht im Nebel.

Doch auch innerhalb des engeren Bereiches, das den Volksschullehrern offen steht, fehlt noch viel an der vollen, reinlichen Aufklärung. Hier stellt sich nämlich in Preußen der Umstand sehr hindernd in den Weg, daß die Schulverhältnisse in den verschiedenen Provinzen und selbst in den einzelnen Landschaften sehr verschiedenartig geordnet sind. Weil nun die meisten Lehrer nicht in der Lage sind oder sich nicht die Mühe gegeben haben, aus recht vielen Gegenden Erfahrungen zu sammeln und dadurch ihr Urteil zu klären: so kommt es, daß noch immer eine bunte Mannigfaltigkeit von Wünschen und Vorschlägen auf den Markt gebracht wird, und die an den Landtag gesandten Petitionen häufig einander teilweise in den Weg treten. Ein Beispiel: In den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Arnsberg — zum Teil auch in Holstein und Ostfriesland — hat nicht nur jede Schule ihren bestimmten Schulbezirk, sondern diese Schulbezirke bilden auch wirkliche *Schulgemeinden*, — sie besitzen wenigstens das Recht, *den Lehrer zu wählen*. Auch in den meisten Städten haben einsichtige städtische Behörden diese Schulgemeinden zu konservieren gesucht, d. h. sie haben die Lehrerwahl nicht der städtischen Schulkommission übertragen, sondern dieselbe in den Händen der einzelnen Schulgemeinde belassen. Wie vorteilhaft dieses Stück „Selbstverwaltung" gewesen ist — für die Dotation der Schulstellen, für die Weckung des Schulinteresses bei den Eltern, für das Ansehen des Lehrerstandes u. s. w. — das weiß hier zu Lande auch der letzte Mann. Namentlich wissen es auch die Lehrer zu schätzen, und zwar umsomehr, weil sie an etlichen Städten, wo die Lehrerwahl durch die städtische Schulkommission geschieht, ein in jedem Betracht abschreckendes Beispiel des Gegenteils vor Augen haben. In den meisten andern Gegenden kennt man diese Einrichtung nicht: die Lehrer werden entweder unmittelbar durch die Regierung oder, in den Städten, durch die städtischen Schulkommissionen berufen. Weil man nun auch die guten Folgen nicht kennt, so stößt jede Empfehlung dieser Einrichtung bei den dortigen Lehrern auf Mißtrauen und Widerspruch: die einen fürchten, dadurch in eine zu große Abhängigkeit von den Eltern zu geraten, andere fürchten wieder anderes, — kurz, selbst über dieses erste Fundamentstück einer freien Schulverfassung ist nicht einmal ein leidliches Einverständnis zu erzielen.

Man sollte zwar denken, auf die Dauer der Zeit und durch die größeren Lehrerversammlungen und Schulzeitschriften hätte sich doch eine gewisse brauchbare *Durchschnitts-Ansicht* im Schulstande herausarbeiten können. Eine Durchschnitts-Ansicht ist zwar in manchen Stücken vorhanden, allein sie ist nicht immer brauchbar. Ein Beispiel wird das zeigen. Bis zur jüngsten Zeit hin war in allen denjenigen Lehrerkreisen, welche unter dem Einflusse der „Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung"

und der mit ihr sympathisierenden Blätter standen, die Ansicht beliebt, daß die Volksschullehrer, gerade wie die Offiziere und alle unmittelbaren Staatsbeamten, aus der Staatskasse besoldet und unmittelbar durch die Staatsregierung angestellt werden müßten, — eine Ansicht, die in einem Staate wie Koburg-Gotha, Lübeck, Nassau u. s. w. allenfalls erträglich sein mag, aber in einem Großstaate reiner Unsinn ist. Nichts destoweniger wurde sie hartnäckig festgehalten; lange Zeit wollten keine Gegengründe verfangen. Und was war die Ursache? Hauptsächlich dies, daß die sogenannte „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung" vorwiegend aus den Kleinstaaten sich rekrutierte, wie denn der Vorstand fast ausschließlich aus kleinstaatlichen Schulmännern und zur Hälfte sogar aus Lehrern der vier Stadtstaaten bestand. Man kann in der That sagen, wie auffallend es klingt, daß das, was im deutschen Volksschullehrerstande „öffentliche Meinung" hieß, lange Zeit durch die kleinstaatische Lehrerschaft und ihre zahlreichen Blätter „gemacht" wurde. Zum Teil besteht dieses Verhältnis auch jetzt noch. Erst seit 1866 hat ein fühlbarer Umschwung begonnen.

Wie die vorstehenden Thatsachen zeigen, fehlt viel daran, daß der Schulstand seinen schuldigen Beitrag zur Aufklärung über die Schulreformfrage geleistet habe; und solange die höhern Schulmänner in der bisherigen Kaltsinnigkeit an dieser Nationalangelegenheit vorbeigehen, läßt sich auch nicht hoffen, daß künftig mehr geleistet werde. Am meisten möchte ich jedoch beklagen, daß die *besten* Beiträge zur Theorie der Schulverfassung, welche aus der Mitte des Schulstandes geliefert worden sind — die Aufsätze des verstorbenen Dr. Mager in der „Pädagogischen Revue" — für die Nicht-Lehrer so gut wie gar nicht existieren: *sie liegen in den Bibliotheken der höhern Schulen vergraben.*

c) Der dritte Grund der herrschenden Meinungsverwirrung liegt in der deutschen *Vielstaaterei*, insbesondere im *Kleinstaatentum*.

Es wird nachgerade immer mehr erkannt, daß die Viel- und Kleinstaaterei in Deutschland — wenn sie auch in manchem Betracht ihr Gutes gehabt hat — doch für die Entwicklung eines gesunden politischen Sinnes und Verstandes nicht günstig gewesen ist. Auf dem Schulgebiete läßt sich ein ähnlicher Einfluß wahrnehmen: innerhalb der eigentlichen Schularbeit ist ein heilsamer Wetteifer angeregt worden; in solchen Schulfragen dagegen, welche in die Politik und Kulturpolitik hinübergreifen, hat das Kleinstaatentum viele verkehrte und verwirrende Ansichten erzeugt. Eine derselben ist schon vorhin erwähnt worden. Die Sache verdient aber eine genauere Besichtigung.

Im wesentlichen hängt die üble Seite des aus den Kleinstaaten stammenden Einflusses damit zusammen, daß die dortigen Lehrer bisher so wenig Verständnis für das Princip der „Selbstverwaltung" zeigten; und diese Erscheinung hängt wieder damit zusammen, daß die büreaukratische Verwaltung nirgend so konsequent durchgebildet ist als gerade in den Kleinstaaten. Da konnte man denn seltsame Dinge erleben. Schulmänner, die sich sonst sehr „liberal" gebärdeten, redeten in der Schulverwaltung ganz unbefangen dem steifsten Büreaukratismus das Wort; oder sie schalten auf die unfreien preußischen Schulzustände, während sie selber in noch größerer Unfreiheit steckten, gerade wie die Staatsmänner

in den mittel- und kleinstaatischen Landtagen heute im freisinnigsten Stile über hohe Politik beraten und morgen ganz ernsthaft über den Schreibunterricht der Elementarschulen verhandelten. Doch ich will einige Thatsachen reden lassen.

Obligatorische Lehrbücher z. B. haben wir in Preußen, wenigstens in den westlichen Provinzen, nicht gekannt. Als daher vor einigen Jahren in Hannover ein obligatorisches Lesebuch eingeführt werden sollte, hat dies bekanntlich viel Sturm hervorgerufen. In den Kleinstaaten dagegen, zumal in Süddeutschland und in der „freien" Schweiz, ist diese Maßregel eine althergebrachte. Die Lehrer beklagten sich wohl jeweilig über dieses und jenes Buch, nicht aber über die Maßregel an sich.

Ferner: Am Niederrhein haben selbst die ländlichen Schulgemeinden das Lehrerwahlrecht jahrhundertelang besessen und auch unter der preußischen Regierung ungestört ausgeübt. In den Kleinstaaten wird ein solches Stück „Selbstverwaltung" als ein Horrendum betrachtet, wenigstens von seiten der Lehrer. Weiter: In Preußen wurden wir im Jahre 1853 zum ersten Male mit einem von der Centralregierung erlassenen Schulregulativ beschenkt. Das unbekannte Ding hat bekanntlich auch viel Unruhe abgesetzt. Wie sieht es nun in diesem Stücke in den Kleinstaaten aus? Die dortigen Lehrer haben über die Maßen ob der preußischen Regulative gejammert und dawider gedonnert; und dennoch sind sie selber noch viel eingehenderen Instruktionen unterstellt, — nur heißen sie nicht „Regulative". — Und was den vielberufenen regulativischen Religionsunterricht und sein ungebührliches Memorieren betrifft, so ist in allen schulberühmten Kleinstaaten (in Sachsen, Württemberg, Baden, Nassau, Rheinbayern, Hannover u. s. w.) ein Memorieren von noch viel größerem Übermaße vorgeschrieben und gebräuchlich gewesen. Der nassauische und der badische Landeskatechismus z. B. fordern von den Kindern zehnmal mehr nutzlose Mühe als der durch die preußischen Regulative vorgeschriebene kleine Lutherische.

In Summa: die kleinstaatischen Lehrer sitzen bis über die Ohren in der büreaukratischen Vielregiererei, und scheinen doch kein Mißbehagen zu fühlen; sie gebärden sich gewöhnlich in politischen Dingen als hochliberal, und werden doch fast ingrimmig, wenn sie vom Wahlrecht der Schulgemeinden und ähnlichen Stücken einer freien Schulverfassung reden hören; sie lassen sich durch die detailliertesten Instruktionen gängeln, und bejammern die preußischen Kollegen, die unter dem viel allgemeiner gehaltenen Regulativ leben müssen; sie verdammen das übermäßige religiöse Memorieren in den preußischen Schulen und thun selber dieses Guten viel zu viel. Ihr Feldgeschrei war von jeher „Staatsschulen" — nicht bloß für sich, für die kleinstaatischen Verhältnisse, sondern für tout le monde, — und das nannten sie „die freie Schule". Daß in einem Großstaate die unleidlichen Zustände der université de France entstehen müssen, wenn dort das verzweigte Schulwesen vom Centrum aus mit büreaukratischer Allgewalt regiert werden soll, — davon hatten sie keine Ahnung und ließen sich auch keine beibringen. Sie meinten, wenn man nur statt Kirchschule Staatsschule sage, so sei damit alles Nötige gesagt.

Wären die kleinstaatischen Schulmänner mit diesen ihren Ansichten und Stichworten auf ihrem eigenen Grund und Boden geblieben, so würde uns in Preußen viele Verwirrung erspart worden sein. Allein durch die „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung" und die ihr anhangenden Preßorgane sind jene teils falschen, teils halbwahren Meinungen und Stimmungen auch in viele preußische Lehrer- und Volkskreise gedrungen, und so haben denn diejenigen preußischen Lehrer und Schulfreunde, welche eine wahrhaft freie Schulverfassung wünschen, nicht bloß mit dem Widerstande der klerikal-konservativ-gouvernementalen Koalition zu kämpfen, sondern auch mit verwirrten Begriffen, die aus kleinstaatischen Anschauungen entstanden sind."

Eine genaue Aufzählung dieser importierten verwirrenden Begriffe muß ich mir versagen, weil sie zu viel Raum erfordern würde.[1])

---

## III. Warum verliert die Kirche den Einfluß auf den Lehrerstand?

Aus Briefen an Pfr. Rolle in Hoheneiche, jetzt Superintendent in Gräfenthal i. Th.

Gerresheim, den 21. November 1883.

Geehrter Herr Pfarrer!

. . . Daß Ihr Schriftchen[2]) mich lebhaft interessiert hat, wissen Sie bereits aus meiner ersten Postkarte. Lassen Sie mich jetzt hinzufügen, daß ich nicht nur mit seinem wesentlichen Inhalte einverstanden bin, sondern daß mich auch seit langem kein Druckstück so erfreut hat wie dieses Ihr kleines Opus. . . .

Wäre mir aber der Inhalt Ihres Schriftchens vor der Veröffentlichung bekannt gewesen, so hätte ich Ihnen vorhersagen können, daß Sie Ihren Zweck, die Meiningensche Lehrerschaft zu Gunsten der kirchlichen Mitwirkung im Schulvorstande umzustimmen, unzweifelhaft *nicht erreichen* würden.

Aus einer gewissen Stelle Ihres Schriftchens geht mir jedoch klar hervor, daß Sie Kampfmittel besitzen, durch welche sich auf anderem Wege eine *weit umfassendere und viel bedeutsamere Wirkung* erzielen läßt, als die von Ihnen beabsichtigte lokale. . . .

Besehen wir die beiden Punkte genauer.

Wie Sie wissen, hat die hergebrachte Schulaufsichtsordnung einen bösartigen Antagonismus zwischen dem Lehrerstande und den Pfarrern entstehen lassen. (Vgl. meine sieben Thesen in der „Leidensgeschichte".) Der Lehrerstand sieht in der Geistlichkeit eine Körperschaft, die ihn in

[1]) Hier bricht der Brief leider ab. Aber auch so ist er mit seinen originellen Schlaglichtern namentlich auf die kleinstaatlichen Verhältnisse auch heute noch sehr beachtenswert. D. H.

[2]) Rolle, Die Ortsschulaufsicht, insbesondere, ob der Geistliche dabei beteiligt sein soll. 16 S. Saalfeld, Nieſe 1883.

allen Intereſſen, welche ſein Stand haben kann, geſchädigt hat und noch immer ſchädigt — in der Amtswürde, der Berufsehre, den Standesrechten, der ſocialen Stellung, der ökonomiſchen Lage, der Arbeitsfreudigkeit und obendrein in moraliſcher Beziehung. Dazu kommt, daß ſeine Klagen über dieſe Beeinträchtigungen bei der Geiſtlichkeit nicht nur kein Gehör finden, ſondern daß er darob von dorther in aller möglichen Weiſe verunglimpft und verdächtigt wird. (Vgl. z. B. die gegneriſchen Stimmen über die „Leidensgeſchichte“.)[1]) Er hat ferner geſehen, daß die kleinen oder großen Verbeſſerungen, welche in irgend einer Gegend in der Schulaufſicht zuſtande gekommen ſind, niemals durch die Geiſtlichkeit veranlaßt wurden, ſondern ſtets nur unter dem hartnäckigſten Widerſtreben derſelben durchgeſetzt werden konnten. Weiter hat er geſehen, daß die wenigen Geiſtlichen, welche in ihrem Herzen ihm Recht gaben, bisher nicht den Mut hatten, öffentlich für ihn einzutreten, oder durch andere Rückſichten ſich davon abhalten ließen. Endlich tritt bei denjenigen Lehrern, welche den konfeſſionellen Charakter der Schule feſthalten wollen, noch eine beſondere betrübende Erfahrung hinzu. In Baden, Öſterreich u. ſ. w. hat bekanntlich das unbeugſame Konſervieren der privilegierten geiſtlichen Schulaufſicht der Konfeſſionsſchule das Leben gekoſtet. Nun ſollte man doch erwarten, die Geiſtlichen in Preußen und anderwärts würden ſich ſagen, daß in ihren Landen ein gleiches oder ähnliches Unglück zu befürchten ſteht, wenn die Schulgeſchichte auf dem bisherigen Wege weiterläuft. Allein dieſe Sorge kümmert ſie nicht. Das heißt doch nichts anderes als: um ihre Schulaufſichtsprivilegien feſtzuhalten, ſcheuen ſie ſich nicht, die Exiſtenz der Konfeſſionsſchule aufs Spiel zu ſetzen.

Welche *Stimmung* müſſen nun alle dieſe Erlebniſſe im Lehrerſtande erzeugen? Offenbar nicht bloß jene *Antipathie*, die ein Stand gegen eine gegneriſche Körperſchaft hat, welche ihn in allen ſeinen äußeren und inneren Lebensgütern ſchädigt, ſondern auch ein tiefgewurzeltes *Mißtrauen*. (Hierbei darf aber nicht überſehen werden, daß dieſe widrige Stimmung direkt nicht dem geiſtlichen Amte und den Einzelperſonen gilt, ſondern der privilegierten Schulinſpektion; inwiefern auch das geiſtliche Amt und die Perſonen indirekt in Mitleidenſchaft geraten, iſt eine beſondere Frage.)

So iſt die Stimmung gegen die Geiſtlichen auch bei denjenigen Lehrern, welche grundſätzlich und entſchieden für die Konfeſſionsſchule und überhaupt für jede förderſame Verbindung von Schule und Kirche eintreten. Wenn das nun ſchon in dieſen Lehrerkreiſen ſo ſteht, wie dann erſt in jenen, deren religiöſe Anſicht ſo geartet iſt, daß man die Simultanſchule herbeiwünſcht und überhaupt die Kirche möglichſt weit vom Schulboden verdrängen möchte? Wie ſtark dieſe letztere Richtung in der Lehrerwelt vertreten iſt, namentlich auch in Thüringen, werden Sie ebenſo gut wiſſen als ich. . . .

Ein anderes wäre es, wenn Sie ſolche Lehrer vor ſich gehabt hätten, wie meine *niederrheiniſchen* Kollegen in der Mehrzahl ſind; allein dann würde Ihr Aufſatz ja auch überflüſſig geweſen ſein. Eine Lehrer-

[1]) Neuer Beitrag zur Leidensgeſchichte der Volksſchule. Barmen. Wiemann.

schaft, die in religiöser und kirchlicher Beziehung so geartet ist, wie die hiesige, werden Sie aber in allen übrigen deutschen Landschaften vergeblich suchen.[1]) Wollen Sie fragen, wem die hiesige Gegend diesen Segen verdankt, so lautet die Antwort in der Hauptsache sehr einfach: sie verdankt ihn in letzter Instanz ihrer eigentümlichen Kirchengeschichte, das heißt, daß sie seit der Reformationszeit eine freie Kirchenverfassung gehabt, und daß diese freie Kirchenverfassung die Geistlichen zu einer wesentlich gesunderen pastoralen Praxis erzogen hat, als man auf konsistorialem und hochkirchlichem Boden kennt. (Vgl. Geschichte des christlichen Lebens in Rheinland und Westfalen von Max Göbel, 3 Bände.) Daß in den übrigen deutschen Gegenden der Lehrerstand wie die Bevölkerung überhaupt vorwiegend unkirchlich oder gar antikirchlich gesinnt ist, das ist meines Erachtens nur die korrekte Folge der dortigen schwerverschuldeten Kirchengeschichte. Eine Besserung läßt sich demnach erst dann hoffen, wenn die Geistlichen lernen, im Sinn und Geiste einer wahrhaft freien Kirchenverfassung zu arbeiten, und auf diese Weise die dreihundertjährigen Schulden ihrer Vorväter zu tilgen beginnen. Zur vollen Tilgung dieser Schulden dürfte aber mindestens ein ganzes Menschenalter nötig sein. Wohlfeiler ist ein Umschwung in der religiösen Denkweise, wie sie dort in der Majorität des Publikums und des Lehrerstandes herrscht, nach meiner Überzeugung nicht zu bewirken. An diesen Gedanken müssen sich diejenigen Pfarrer, welche einen solchen Umschwung erstreben, ein für alle Mal gewöhnen, sonst werden sie viele Mißgriffe begehen und ihre Hoffnungen nur zu häufig mit Enttäuschungen endigen.

Wie arg die Mehrzahl der Lehrer gegen die Geistlichkeit und die Kirche verstimmt ist, hätten Sie sich übrigens auch an einem naheliegenden Anschauungsbeispiele klar machen können — an dem Schicksal meiner zwei ersten Schulverfassungsschriften („Die freie Schulgemeinde" und „Die drei Grundgebrechen"), welche bekanntlich beim Gros meiner Standesgenossen so wenig Anklang fanden, daß sie bis heute keine neue Auflage erlebt haben, obwohl die erstgenannte Schrift bereits vor 20 Jahren und die andere vor 14 Jahren erschienen ist. Stellen wir uns dieses Faktum etwas genauer vor. Nicht ein Geistlicher war es, der in diesen Büchern zu den Lehrern sprach, sondern ein Berufs- und Leidensgenosse; mithin konnte hier von vornherein kein Mißtrauen und dergleichen im Wege stehen. Ferner mußte jeder Lehrer, der dieselben näher ansah, ihnen das Zeugnis geben, daß hier die Interessen der Volksschule und ihrer Arbeiter warm vertreten seien, und daß ihr Verfasser mehr Zeit und Mühe an seine Aufgabe gewandt habe, als es bisher von irgend einem anderen auf diesem Felde geschehen war. Selbst Diesterweg, obwohl er in wichtigen Punkten abweichender Ansicht war, bezeugte: wer in Zukunft über die Schulverfassungsfrage mitsprechen wolle, der müsse auch „Die freie Schulgemeinde" gelesen haben.

Woher nun doch die Kälte und Teilnahmlosigkeit, welche diesen Schriften in der Lehrerwelt begegneten, und wogegen sie 20 Jahre lang

---

[1]) Vgl. z. B. Leidensgeschichte S. 220 ff.

Vorab fühlt sich die Partei drüben als Sieger; dieses Bewußtsein erzeugt Kraft, während das entgegengesetzte Gefühl lähmend wirkt. Zum andern: wo eine gute und berechtigte kirchliche Institution zu Fall gekommen ist, da zeigt dies an, daß dort die Kirche besondere schwere Verschuldungen auf dem Gewissen hat. Diese Verschuldungen, falls sie noch ungesühnt sind, verleihen der gegnerischen Partei abermals neuen Zuwachs an Kraft. Zum dritten endlich kann jetzt auch das auf der Gegenseite herrschende Mißtrauen sich als Kraft bethätigen: es macht wachsam. Es war daher ganz natürlich, daß in der Lehrerschaft die Parole umging: wir müssen auf der Hut sein, denn wenn wir der Kirche einen Finger reichen, so wird sie bald die ganze Hand ergreifen.

Das zweite lokale Hindernis, was Ihnen im Wege stand, finden Sie angedeutet in dem bekannten Sprichworte: „Ein Prophet gilt nirgend weniger als in seinem Vaterlande."

ad. 1. Wie Ihr Aufsatz in der dortigen Lehrerschaft aufgenommen worden ist, haben Sie in der Antwort des Mein. Schulblattes vor Augen. Hätten Sie denselben dagegen in einem auswärtigen Blatte veröffentlicht (in der Form einer principiellen Erörterung), so würde er, wie ich überzeugt bin, nicht nur ohne Verstimmung, sondern durchweg mit Beifall und in meinem Freundeskreise sogar mit großer Freude gelesen worden sein. Jene ungünstige Aufnahme hat zwar zunächst in dem vorbeschriebenen Hindernisse (und in der dahinterliegenden generellen Sachlage) ihren Grund; allein es ist auch noch ein anderes Hemmnis mit im Spiele. . . .

In Ihrem Falle hat der Umstand den Stein des Anstoßes geliefert: Sie gehörten dem geistlichen Stande an und hatten darum unschuldigerweise alles das zu tragen, was von seiten Ihrer Berufsgenossen in vergangenen Zeiten und in der Gegenwart gesündigt worden ist. Diese Last ließ sich nicht abschütteln; das Mißtrauen und die Antipathie waren einmal da, und so haben sie denn auch mit ihrer ganzen Kraft gewirkt.

Will jemand in solcher Lage das bezeichnete Hindernis rite überwinden, so kostet das eine langjährige Vorarbeit und dazu viel Sanftmut, Geduld und Selbstverleugnung. (Im vollen Ernst genommen, ist es ein kleines Nachbild der großen Aufgabe Christi, die Sünde der ganzen Welt zu tragen und zu überwinden, Kol. 1, 24.)

Wollen wir uns in diese Vorarbeit etwas näher hineindenken? Ich stelle sie mir in folgender Weise vor.

Vorab würde ein solcher Geistlicher ein paar Jahre darauf verwenden, mit der Lehrerschaft seiner Gegend auf dem Gebiete der Schularbeit in Verkehr zu treten, um dadurch Fühlung, Vertrauen und Achtung zu gewinnen — also durch Mitarbeit am heimatlichen Schulblatte und durch Vorträge in den Lehrerversammlungen. Wohlverstanden: lediglich auf dem Gebiete der Schularbeit; von Schulverfassungsfragen dürfte nie die Rede sein. Auch müßte er so wenig als möglich kritisieren, sondern sich darauf beschränken, das Richtige klar zu stellen und zu begründen, dabei aber ja mit dem beginnen, was am wenigsten anstößig und leicht faßlich ist. Wäre auf diesem Wege allmählich Vertrauen und Achtung in dem wünschenswerten Maße gewonnen, und wollte er jetzt in seinen Vorträgen und Aufsätzen das Gebiet der Schulverfassung betreten, so

würden vorab wiederum alle Haderfragen und vollends alle Kirchenwünsche aus dem Spiele zu lassen sein. Das Erste müßte vielmehr dies sein, die berechtigten Wünsche des Lehrerstandes rund und voll anzuerkennen, zu begründen und zu verteidigen. Nachdem so der letzte Rest des Mißtrauens unter die Füße getreten wäre, würden sodann allgemeine Untersuchungen aus der Theorie der Schulverfassung an die Reihe kommen — nicht um jetzt schon bestimmte Grundsätze festzustellen, sondern um die Lehrer an solche objektive Untersuchungen zu gewöhnen und das Sensorium dafür zu wecken. (An diesem Sensorium fehlt es eben im Lehrerstande, — teils weil die Seminarien nichts dafür thun, teils weil die langjährigen Nöte und Kämpfe den Blick immer zu sehr auf die Not- und Haderfragen lenken.) Wäre nun auch dieser Teil der Vorarbeit geschehen und gelungen: dann würde es nach meiner festen Überzeugung außerordentlich leicht sein, die Lehrer für die berechtigten Kirchenwünsche zu gewinnen.

Wie Sie sehen, ist dieser Weg zur Überwindung der entgegenstehenden widrigen Stimmung lang und mühsam. Aber innerhalb der heimatlichen Landschaft giebt es nun einmal keinen andern Weg und keine andere Thür, um zu den Herzen zu kommen. (Vgl. Joh. 10, 1—5.) . . .

. . . Es ist also noch etwas Neues zu thun, und diese neue Arbeit ist nicht bloß nötig, sondern über die Maßen dringlich, aber glücklicherweise auch sehr verheißungsvoll. . . .

Bleibt dagegen jene Ergänzungsschrift aus, dann ist die Zukunftsperspektive diese: die berechtigten Standeswünsche der Lehrer werden zwar unzweifelhaft ihre Befriedigung finden, wenn auch vielleicht nur allmählich, langsam, stückweise; dieweil aber lediglich die liberale Partei es ist, welche sich des Lehrerstandes annimmt, und weil diese Partei in der Mehrzahl simultanistisch gesinnt ist oder wenigstens die Geistlichkeit aus der Schule hinausdrängen will; dieweil ferner nicht wenige bureaukratische Staatsbeamte dasselbe wünschen, schon um die Macht des ultramontanen Klerus zu brechen; und dieweil endlich aus leicht verständlichen Gründen auch die Judenschaft mit ihren reichen Geldmitteln und ihren zahlreichen litterarischen Kräften dahinstrebt: so kann es nicht fehlen, daß mit der Befriedigung der Lehrerwünsche schrittweise Hand in Hand geht die weitere Einordnung der Schule in die bürgerlich-politische Gesellschaft, oder was dasselbe ist, daß die Schule immer mehr ihres religiös-erziehlichen Charakters entkleidet und zur bloßen Kulturanstalt gemacht wird. Kurz, das Ende der Schulverfassungsgeschichte wird das sein, was wir in Holland, Belgien, Frankreich, Baden, Schweiz, Österreich vor Augen sehen: die eine oder andere Form der Simultanschule.

So viel zur allgemeinen Orientierung über das Bedürfnis einer Ergänzungsschrift.

A. Warum ist sie nötig?

Die summarische Antwort mag lauten: Auch in dem, was in der Schulverfassungsfrage speciell vom Standpunkte der Schule und des Schulamtes gesagt werden mußte, bedarf der Lehrerstand durchaus der Fürsprache aus andern Ständen.

Bekanntlich bildet die Idee der Schulgemeinde den Centralpunkt meiner Theorie der Schulverfassung. Nun will aber meinen Standesgenossen — d. h. denen außerhalb meiner engern Heimat — gerade dieser Hauptgedanke am allerwenigsten einleuchten. Das könnte einem Nicht-Lehrer befremdlich scheinen; aber es ist Thatsache, wie ich leider nur zu gut weiß. Ich weiß auch den Grund. Summarisch ausgedrückt, liegt er darin: in meinen Schriften ist zwar genau dargelegt, warum die korporativen Schulinteressenten die Schulgemeinde wünschen müssen; allein was vom Standpunkte der Lehrer dafür spricht, zumal von dem ihrer Standesinteressen, ist nur sehr reserviert behandelt, ja zum Teil ganz verhüllt geblieben. Näher liegt die Sache so. In denjenigen Gegenden, wo die Bevölkerung nicht schon von alters her an das Princip des selfgovernment in kirchlichen und bürgerlichen Dingen gewöhnt und darum auch nicht darauf eingeübt ist, — wo demnach die untere Volksschicht und teilweise auch die mittlere von den übrigen Ständen als unmündig betrachtet wird, vielleicht auch nicht ohne Grund: da befürchten die Lehrer, daß das Schulgemeindeprincip die Schule und das Schulamt zu sehr unter die Oberherrschaft der „Dorfmagnaten samt Gevatter Schneider und Schuster" bringe. Verstärkt wird diese Furcht noch dadurch, daß die von mir vorgeschlagene Organisation der lokalen Schulgemeinde anscheinend einen stark demokratischen Anstrich hat. (Ich sage „anscheinend"; denn wer sich auf solche Dinge versteht und genauer zusieht, der merkt leicht, daß dieser demokratische Anstrich nur Schein ist. Vgl. z. B. Prof. Langbeins Urteil in „Neuer Beitrag" S. 56.)[1]) Diese Scheu vor dem Schulgemeindeprincip findet sich übrigens ebenso gut bei den liberalen Lehrern als bei den konservativen.

Bei jenen gesellt sich nun zu diesem einen Grunde der Antipathie noch ein zweiter. In meinen beiden erstern Schriften hatte ich mit besonderer Sorgfalt nachzuweisen mich bemüht, daß die Herstellung der Schulgemeinde das einzige Mittel sei, um der Schule ihren konfessionellen Charakter zu bewahren. Das war darum mit besonderem Fleiße geschehen — einmal, um die Schulverfassungsgedanken der Geistlichen aus ihrem alten Hohlwege herauszubringen, sodann aber auch, weil mir selbst aus pädagogischen und religiösen Gründen die Konfessionsschule am Herzen liegt. Natürlich hatte diese meine sorgfältige Erörterung bei denjenigen liberalen Lehrern, welche für die Simultanschule schwärmten, die Wirkung, daß sie nun erst recht gegen das Schulgemeindeprincip verstimmt wurden. An manchen Stellen wurde dieses Mißtrauen durch gewisse liberale Politiker noch möglichst geschürt, indem sie die Verdächtigung ausstreuten, die Schulgemeinde-Idee sei nichts anderes als ein jesuitisch-klug erdachtes Mittel, um die Schule auf einem Umwege doch wieder unter die Herrschaft der Geistlichen zu bringen. Auch die Bureaukratie war geschäftig, meinen Vorschlag zu diskreditieren und die Gemüter der liberalen Lehrer davon abzulenken; man gab nämlich die Parole aus: derselbe laufe auf einen „Staat im Staate" hinaus, und das sei eine Idee, die sich mit dem Begriffe des modernen Staates schlechterdings nicht vertrage.

[1]) Barmen, Wiemann.

Zu allem Überfluß haben endlich auch die Geistlichen in ihrer Verblendung nicht wenig dazu beigetragen, nicht nur die kirchlich-konservativen, sondern gerade auch die liberalen Lehrer von meinen Büchern wegzuscheuchen. Das ging so zu. Von dort her wurde nämlich fleißig der alte Refrain wiederholt (so jüngst noch in der Luthardtschen Kirchenzeitung): für das Schulwesen gebe es nur zwei Formen der Existenz; es müsse entweder der Kirche inkorporiert sein, oder dem Staate; ein Drittes sei nicht möglich, — mit andern Worten: der Gedanke an ein selbständiges Schulwesen sei Unsinn. Daraus machten nun natürlich die liberalen Lehrer für sich den Schluß: Wohlan, wenn nur zwei Wege möglich sind, dann wissen wir, was wir zu thun haben, dann halten wir an der Staatsschule fest. So war denn alles verschworen und verbündet, die Idee der Schulgemeinde auch nicht einmal bei den liberalen Lehrern zur Beachtung kommen zu lassen, und dieser Zweck ist denn auch nur zu gut erreicht worden.

Indessen wie stark auch diese so unnatürlich zusammengesetzte Gegenmacht war, so hätte ich doch alles das, wodurch sie die Köpfe dieser Lehrer im Banne hielt, durchbrechen können, wenn mir nicht gerade da, wo das erlösende Wort gesprochen werden mußte, die Zunge gebunden gewesen wäre — nämlich an dem Punkte, wohin der Blick der Lehrer vornehmlich sich richtet, und wo daher auch die gegnerischen Einflüsterungen instinktmäßig eingesetzt hatten, um das Urteil der Lehrer vollends irre zu leiten. Dieser Punkt ist die Frage, ob das Schulgemeindeprincip dem Schulwesen die wünschenswerte Selbständigkeit gewährt und verbürgt. Um nun sehen zu können, warum die bestrickenden Einflüsterungen der verbündeten Gegner so wirksam waren, zumal auch der Schein wider mich zeugte, muß man sich besinnen, woher es kommt, daß der Blick der Lehrer bei der Prüfung von Schulverfassungsvorschlägen gerade auf jenen Punkt sich richtet. Es ist das ganz natürlich zugegangen. Der Wunsch des Lehrerstandes nach einer Reform der Schulverfassung ist bekanntlich entsprungen aus der langjährigen schmerzhaften Erfahrung, daß unter der hergebrachten Schulaufsicht und Schulregierung die Pädagogik und die Schularbeiter nicht zu ihrem Rechte kamen — mit andern Worten: daß sie von einer fremden Macht eingeengt waren. Der Wunsch der Lehrer mußte demnach dahin sich richten, ihre Berufswissenschaft, ihr Arbeitsfeld und ihre amtliche Stellung von der einengenden und schädigenden Fremdherrschaft frei zu machen. Positiv ausgedrückt, heißt das: das Schulwesen bedarf einer gewissen (relativen) Selbständigkeit d. h. es muß so weit unabhängig und selbständig sein, daß es seiner Natur und Bestimmung gemäß leben und wirken kann, — wobei dann eingeschlossen ist, daß auch seine Arbeiter in jedem Betracht zu ihrem Rechte kommen. Daraus wird verständlich, warum das Schulgemeindeprincip vor dem Forum der Lehrer gerade über diesen Punkt scharf befragt wurde. Inwieweit das einseitig ist oder nicht, geht uns hier nicht an; hier handelt es sich darum, zu merken, daß in dieser Frage der Herzpunkt der Lehrerwünsche liegt.

Hätten nun meine Schriften über diese Frage frank und frei reden dürfen, so würde es mir ein Leichtes gewesen sein, aufs klarste zu zeigen, daß das Schulgemeindeprincip alles das leistet, was man hinsichtlich der

Selbständigkeit des Schulwesens wünschen mag, — und überdies evident zu erweisen, daß dieses Princip überhaupt der einzige Weg ist, um dem Schulwesen zu der notwendigen Selbständigkeit zu verhelfen. Aber in dieser Richtung waren mir schon von vornherein die Hände aufs schlimmste gebunden, da ja alle Gegner, wie uneinig sie unter sich sein mögen — die Geistlichen, die Konservativen, die Bureaukraten zusamt den Liberalen — darin einig sind, daß das Schulwesen nicht die volle Selbständigkeit[1]) erhalten darf. (Die Liberalen und Bureaukraten bekanntlich aus dem Grunde, warum sie auch keine freie Kirche haben wollen.) Ganz besonders noch waren mir die Hände gebunden in Bezug auf denjenigen Anteil an Selbständigkeit, welcher speciell dem Lehrerstande zufallen müßte. Infolge dieser Gebundenheit ist dann meine Darstellung und Verteidigung des Schulgemeindeprincips gerade nach der Seite hin, wohin der Blick der liberalen Lehrer sich richtet, zu lückenhaft, zu schweigsam, kurz zu ungewohnt geblieben. Mit andern Worten: hinsichtlich der zu wünschenden Selbständigkeit des Schulwesens mußte sich meine Darstellung zu sehr mit bloßen Andeutungen behelfen, und es somit zu sehr dem eignen Nachdenken der Lehrer überlassen, herauszufinden, daß auch in dieser Beziehung das Schulgemeindeprincip alles Wünschenswerte leiste. Hätte ich sie zu diesem Nachdenken bringen können, so würden ihrer manche gewiß auf die richtige Fährte gekommen sein. Schon der eine Umstand hätte sie stutzig machen müssen, daß gerade die schlimmsten Gegner der Selbständigkeit des Schulwesens, die Bureaukraten und die Geistlichen, so beflissen waren, die Schulgemeinde als ein Unding zu verschreien. Auch würden sie gemerkt haben, daß ich gerade über das Kapitel von der Selbständigkeit des Schulwesens mehr nachgedacht habe als einer ihrer andern Fürsprecher, da in meinen Schriften eine lange Reihe von Zeichen und Bedingungen der Selbständigkeit zur Sprache kommt, woran die Anhänger des Staatsschulprincips nie gedacht haben. So z. B.:

daß die Schule offenbar mehr Selbständigkeit genießt, wenn sie ein „eignes Gedinge" hat, als wenn sie bei andern Leuten (Staat oder Kirche) „zur Miete" wohnt;

daß das Schulgebiet gegen den Wellenschlag der politischen ꝛc. Parteikämpfe geschützt sein muß;

daß die Personen auf dem Schulgebiete nach ihrem pädagogischen Verdienst gewürdigt und honoriert werden müssen, nicht nach politischen u. s. w. Nebendiensten;

daß der Schularbeiterstand mehr Achtung und Ansehen genießt, wenn er — wie die Dichter, die Künstler, die Gelehrten und die

---

[1]) Dörpfeld denkt hier selbstverständlich nicht an eine Selbständigkeit, welche mit Trennung der Schule von Kirche und Staat gleichbedeutend ist. Er verlangt Oberaufsicht des Staates und kirchliches Bekenntnis; er will eine „freie Schulgemeinde auf dem Boden der freien Kirche im freien Staate." Volle Selbständigkeit heißt nur: das Schulwesen „muß so weit unabhängig und selbständig sein, daß es seiner Natur und Bestimmung gemäß leben und wirken kann." Der Herausgeber.

Geiſtlichen — nicht mit der Staatsdienerſchaft rangiert, da er hier unvermeidlich tief unten zu ſtehen kommt;

daß der Selbſtändigkeit des Schulweſens ſo lange eins der weſentlichſten Stücke fehlt, ſolange auf den Univerſitäten die Pädagogik nicht als eine wirkliche Wiſſenſchaft gilt;

daß die freie Schulgemeinde (zumal wenn Schulſynoden hinzukommen) das einzige Mittel iſt, um das Freiheitsprincip auch als Ferment in die gegen alle freie Bewegung abgeſperrte Papſtkirche hineinzutragen, da nun die Laien gewöhnt werden, über geiſtige Dinge mitzuſprechen, und ſelbſt der Religionsunterricht ſich der Beeinfluſſung durch die Pädagogik nicht entziehen kann. (Vgl. meinen Aufſatz im Jahrbuch des Vereins für wiſſenſchaftliche Pädagogik VI, S. 81. —) u. ſ. w. u. ſ. w.

Aber zu dieſem Selbſtnachdenken kamen die liberalen Lehrer nicht, und zwar darum nicht, weil ſie nicht herausleſen konnten, daß mir ebenſo viel an der Selbſtändigkeit des Schulweſens gelegen ſei als ihnen. Das hatte aber wieder darin ſeinen Grund, daß in meiner Darſtellung gerade der Anteil an Selbſtändigkeit, welcher dem Schulamte zufallen muß, zu kurz kommt. An dieſem Punkte war eben meine Zunge beſonders ſtark gebunden, namentlich auch durch die eingangs bezeichnete Rückſicht (Unſchicklichkeit und Zeugnis in eigner Sache). Und doch hätte es hier eigentlich nur eines einzigen erlöſenden Wortes bedurft, um die Aufmerkſamkeit der Lehrer zu wecken, ihren Blick zu ſchärfen und ihre Gedanken aus den ſie umſtrickenden Banden loszumachen. Dieſes erlöſende Wort iſt der Satz, daß es im Sinne des Schulgemeindeprincips liege, der Lehrer müſſe nicht bloß einfaches Mitglied, ſondern Präſes des Lokal-Schulvorſtandes ſein.[1]) Wäre dieſes Wort ausgeſprochen worden, ſo würde es — getragen und gehoben von meiner geſamten Erörterung — auf das Ohr meiner Standesgenoſſen mit der Kraft eines Kanonenſchuſſes gewirkt und damit ihr Denken unfehlbar von ſeinem Banne frei gemacht haben. Nun es nicht geſprochen wurde, blieb eine Decke vor ihren Augen, wenn ſie meine Bücher laſen; und das hatte wieder die Folge, daß ſelbſt die liberalen Lehrer dem Schulgemeindeprincip nicht ins Herz ſchauen lernten, daß die Gegner die Übermacht behielten, und meine Bücher ſozuſagen umſonſt geſchrieben waren.

Daß aber jenes gewichtige, bannbrechende Wort nicht von einem Gliede des Lehrerſtandes ausgeſprochen werden durfte, ja daß ich dieſe Wahrheit ſogar mit Fleiß verhüllen mußte (vgl. Leidensgeſchichte S. 138) — liegt auf der Hand. Das ganze Kapitel von der Selb-

[1]) Wenn es recht und billig iſt, daß der Bürgermeiſter und nicht etwa ein Geiſtlicher oder Lehrer oder Richter den Vorſitz im Gemeindevorſtande, der Geiſtliche und nicht der Bürgermeiſter ꝛc. im Kirchenvorſtande den Vorſitz führen, ſo iſt es mehr als Beſcheidenheit, wenn die Lehrer nicht den Vorſitz im Schulvorſtande verlangen, und eine Ungerechtigkeit, ihnen denſelben vorzuenthalten. Dieſe Zurückhaltung Dörpfelds mit einem ganz ſelbſtverſtändlichen Wunſche veranſchaulicht uns eine ſociale Bedrücktheit des Standes, die vergeblich ihresgleichen in der heutigen Kulturwelt ſucht. Der Herausgeber.

ständigkeit mußte schon aus andern strategischen Gründen mit großer Vorsicht behandelt werden; spitzt es sich aber auf die Person des Lehrers zu, dann mahnte die oben bezeichnete Rücksicht doppelt und dreifach zur Behutsamkeit. Und angesichts der bekannten Vorwürfe des „Hochmuts", der „Anmaßung" u. s. w., die je und je über die Schulmeister ergangen sind, war es mir überdies eine meinem Stande schuldige sittliche und Ehrenpflicht, seinen Schild in dieser Beziehung möglichst blank zu halten. Wenn nun schon die von mir vertretenen einfachen Standeswünsche der Lehrer, die bloß auf Beseitigung klar erwiesenen Unrechtleidens gerichtet waren, so fürchterlich entstellt, verdächtigt und angeschuldigt werden konnten — und das in einem Seminarlehrerblatte, und ohne daß ein einziger Seminardirektor oder Schulinspektor wider solche Verlogenheit Protest erhob: wie greulich würde man erst mit mir umgegangen sein, wenn ich auch ohne Umschweife das Präsidium im Schulvorstande gefordert hätte? „Was bedürfen wir weiter Zeugnis"! würde es geheißen haben; und wie die losgelassene Meute über ein wehrloses Wild, so würden die zahlreichen verbündeten Gegner über mich und den armen Lehrerstand hergefallen sein.

Und nun die Kehrseite. Jener bannbrechende Satz, der mir so schwer verboten war — den hätte jeder Nicht-Lehrer getrost aussprechen und herzhaft verteidigen können. Und wäre es geschehen, so würde höchst wahrscheinlich die Mehrzahl der Lehrerschaft, vielleicht sogar die ganze, für das Schulgemeindeprincip gewonnen gewesen sein, — jedenfalls würden dann die liberalen Lehrer von der Hülle, die ihnen meine Schriften verdeckte, befreit worden sein. Nun mögen Sie sich vorstellen, mit welcher Sehnsucht ich die vergangenen 20 Jahre nach einem solchen Fürsprecher der Volksschule ausgeschaut habe, und wie mir, dieweil ein solcher sich nicht finden wollte, diese lange Zeit hindurch zu Mute gewesen ist, da ich bestimmt wußte, daß alle meine Schulverfassungsschreibereien sogar bei meinen Standesgenossen in der Hauptsache vergeblich waren, und ebenso bestimmt wußte, daß es, um diese Schriften mit einem Schlage wirksam zu machen, nur eines einzigen lichtgebenden Wortes bedurfte, das ich selbst aber nicht aussprechen durfte.

Da haben Sie an einem Beispiele vor Augen, wie sehr die Verteidigung der richtigen Schulverfassung und speciell des Schulgemeindeprincips dadurch gehemmt ist, daß ein Glied des Lehrerstandes nicht alles sagen darf, was gesagt werden müßte. Und doch hat dieses Beispiel nur auf eine einzige Lücke in der langen Verteidigungslinie aufmerksam gemacht. Daraus mögen Sie schätzen, wie schlimm diese Fessel auf der ganzen Linie wirken muß, und wie nötig es ist, daß Männer aus andern Ständen in diese Verteidigungslücken eintreten. . .

Der hartnäckigste Widersacher der Schulverfassungsreform ist bekanntlich die konservativ-hochkirchliche Geistlichkeit. Diesem Widersacher kann der Lehrerstand schon darum nicht mit dem erforderlichen Nachdruck entgegentreten, weil er den Geistlichen wegen der ihm mangelnden akademischen Bildung nicht ebenbürtig ist. Thut er es doch, so verletzt er den Anstand und macht obendrein nicht den wünschenswerten Eindruck. Überdies müßte hier manches gesagt werden, was nur einer, der selbst

dem geistlichen Stande angehört, wissen und sagen kann. Soll daher die Schulverfassungsreform vorwärts, resp. in das richtige Geleise kommen, dann ist ein Schultribun aus der Reihe der Geistlichen absolut nötig. Ein solcher hat sich aber bisher noch nicht finden wollen, — nicht ein einziger. Der letzte aus der Reihe der Theologen ist Zahn gewesen, der jedoch nicht in einem geistlichen Amte stand; und seitdem sind bereits mehr als 30 Jahre verflossen.

Ein ähnliches Bedürfnis liegt vor gegenüber den Lehrern der höhern Schulen und den akademisch Gebildeten überhaupt, da auch von dieser Seite her vielfach gegen die Schulverfassungsreform und speciell gegen die Standeswünsche der Lehrer Widerspruch erhoben wird. Wider diese Gegner ist das letzte Zeugnis von Gewicht das bekannte Votum Dr. Landfermanns gewesen, — und seitdem sind ebenfalls wieder mehr als 30 Jahre verflossen. (Diesterweg und seine Gesinnungsgenossen können hier nur sehr bedingt mitgezählt werden, da bei ihnen die Schulverfassungsfrage zu sehr mit politischen und andern Parteitendenzen vermischt ist, und sie überdies zu wenig bedachten, daß es keineswegs die Geistlichen allein sind, welche der Schulverfassungsreform und speciell den Standeswünschen der Lehrer im Wege stehen.)

Auf allen Ämtern des Erziehungsgebietes lastet ein gewisses historisches Mißgeschick, wodurch sie in sämtlichen Lebensbedingungen verkürzt werden — im öffentlichen Ansehen, im Lohn, in der Pflege u. s. w. Dieses Mißgeschick besteht darin, daß die Pädagogik auf den Universitäten nicht als eine wirkliche Wissenschaft gilt. Wie stark und mannigfaltig dieser Druck wirkt, läßt sich gar nicht aussagen. Obwohl der Volksschullehrerstand direkt nichts mit der Universität zu thun hat, so lastet doch jener Druck gerade auf ihm am stärksten, weil sein Amt das unterste ist. Nun ist aber gerade er auch am wenigsten berechtigt und befähigt, wider dieses Übel Zeugnis abzulegen. Soll ein solches Zeugnis ergehen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß nur ein Herbartianer und speciell ein Schüler Zillers dazu befähigt ist, da nur einer aus diesem Kreise so gründlich und so frisch von der Leber reden kann, wie dann geredet werden müßte. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hat auch unser „Verein für wissenschaftliche Pädagogik" die Aufforderung dazu erhalten (durch einen Antrag von Hollenberg und mir); aber die gewünschte Schrift ist heute noch nicht da. Läge diese Schrift bereits vor, so würde wenigstens eine Grundlage vorhanden sein, worauf das Zeugnis, welches speciell zu Gunsten der Volksschule reden will, fußen kann.

Schließlich muß ich noch einen absonderlichen Punkt erwähnen, der auf die Notwendigkeit einer Hülfe aus andern Ständen hinweist. — Soll die Schulverfassungsreform in raschere Bewegung kommen, dann ist auch dies nötig, daß der Lehrerstand in mehrfacher Beziehung an sich selbst eine Reform vornehme — sowohl hinsichtlich seiner Haltung überhaupt, wie hinsichtlich seiner Bestrebungen für die Standeswünsche. Mir ist es niemals zweifelhaft gewesen, daß er vielfach sich selber im Wege gestanden hat. In dieser Beziehung müßte ihm also ein Spiegel vorgehalten werden. Wer soll aber diese Kritik ausführen? Man wird mir antworten: das müßte eigentlich ein Glied des Lehrerkorps selbst thun. Ich erwidere:

neuen Gesundungsprozeß erfahren. — So wären noch mehrere wohlthätige Nachwirkungen zu nennen. Ich muß aber weiter eilen.]

Die dritte Bedingung ist, daß der Verf. die große Bedeutung und die aus den vielfachen Verwicklungen und Verschuldungen stammenden Schwierigkeiten seiner Aufgabe fühle . . .

Zum vierten glaube ich noch wünschen zu müssen, daß man der Schrift anfühlen könne, sie sei aus dem Herzen, aus dem Drange des Gewissens heraus geschrieben. Gedanken, die zu Herzen gehen sollen, müssen aus dem Herzen stammen; und in einer Angelegenheit, die durch so viele Verschuldungen von rechts und links, von oben und unten beschwert ist, reicht vollends die bloße Kopfarbeit nicht aus.

Da haben Sie meine Gedanken über die zu wünschende Ergänzungsschrift.

Wie oben bereits bemerkt, habe ich seit 20 Jahren mit Sehnsucht nach einem Manne ausgeschaut, der sich entschließen könnte, dieses Notwerk in die Hand zu nehmen. Aber mein Ausschauen war vergeblich. Wohl habe ich Geistliche kennen gelernt, die mir in der Sache vollständig beistimmten. Allein zu einem solchen Vorgehen konnten sie sich nicht entschließen: sie behaupteten, daß ihnen die erforderlichen Detailkenntnisse abgingen. Das mochte zum Teil richtig sein; allein das Haupthindernis wird doch wohl darin gelegen haben, daß sie sich scheuten, der Majorität ihrer Amtsbrüderschaft so entschieden gegenüberzutreten.

Als mir in Ihrem Aufsatze die Stelle zu Gesicht kam, wo Sie das Präsidium im Schulvorstande dem Schulamte zusprachen, da wollte mir zu Mute werden, als ob hier der so lange gesuchte rechte Mann endlich gefunden sei. Im Munde eines Geistlichen war mir ein solcher Ausspruch vor der Öffentlichkeit noch nicht vorgekommen. Ich sagte mir: wo ein Geistlicher bis zu dieser konsekutiven Wahrheit des Schulgemeindeprincips vorgedrungen ist, da ist dies ein deutliches Zeichen, daß er der Schulgemeinde-Idee ins Herz geschaut hat, daß er im Centrum der Schulverfassungsfrage steht. Ist nun diese Erkenntnis eine Frucht seines eigenen Nachdenkens, so darf man auch voraussetzen, daß er sich mit der Schulverfassungsfrage längere Zeit und eingehend beschäftigt habe; und trifft dann auch diese Annahme zu, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß er die volle Rüstung besitzt, um die Ergänzungsschrift, auf die wir so lange gewartet haben, unter die Feder nehmen zu können. Auf Grund dieser Erwägungen habe ich denn geglaubt, Ihnen meine Gedanken über eine solche Schrift mitteilen zu sollen.

Jetzt ist die Reihe des Überlegens an Ihnen . . .

Nun Gott befohlen! Er möge Sie beraten und Ihnen den rechten Entschluß ins Herz geben. Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Gerresheim, den 12. März 1883. F. W. Dörpfeld.

P. S. Gestern langte auch die Gegenschrift des Lehrers Hopf in Saalfeld hier an — mit einigen kurzen Begleitworten des Verfassers. Soweit ich das Schriftchen in der Eile habe durchsehen können, macht der Inhalt auf mich den Eindruck, daß Sie beide in der Schulaufsichtsfrage einander viel näher stehen, als ich ursprünglich glaubte.

Unter den Einzelheiten haben zwei Äußerungen mein besonderes Interesse erregt. Die eine ist das Bekenntnis des Verf., daß er zwar früher die Mitgliedschaft des Pfarrers im Schulvorstande bekämpft habe, jetzt aber zu der Überzeugung gekommen sei, daß dem Pfarrer diese Mitgliedschaft gebühre. Dieses offene Geständnis macht Herrn H. alle Ehre. Wie mir scheint, ist diese bessere Einsicht teilweise auch eine Frucht der „Leidensgeschichte". Die andere Äußerung (S. 39), die sich zugleich auf Dr. Dittes beruft, giebt kund, daß diese guten Leute ihre alte Scheu vor dem Mitsprechen der Laien in Erziehungsangelegenheiten noch immer nicht loswerden können. In konservativem Munde sind solche Bedenken nicht befremdlich; aber bei einem Liberalen klingt mir diese Angst immer spaßhaft.

Mit Bezug auf diesen Ihren lokalen Handel geht meine Meinung dahin, daß es Ihnen bei einer vertraulichen mündlichen Besprechung nicht schwer fallen würde, sich mit Herrn H. in allem Wesentlichen zu verständigen. An Ihrer Stelle würde ich daher in dieser Sache nichts mehr öffentlich schreiben, sondern so bald als möglich Herrn H. aufsuchen, um mündlich mit ihm zu verhandeln. (Denselbigen Rat werde ich Herrn H. geben.) Das Weitere wird sich dann finden. Wer weiß, was für gute Früchte diese Verhandlung Ihrem Lande bringen kann. D. O.

Gerresheim, den 29. November 1884.

Lieber Herr Pastor.

. . . Aus Ihrem Briefe sehe ich zu meiner Freude, daß Sie fleißig und mit gutem Mute an der projektierten Schrift arbeiten. Glück auf! gutes Gelingen! Was Sie von Ihren Gedanken mitteilen, läßt mich glauben, daß Sie im wesentlichen den richtigen Weg gefunden haben. Über den einen und andern Einzelpunkt möchte ich freilich gern näher mit Ihnen mich unterhalten; aber ein Verhandeln auf schriftlichem Wege lassen leider meine Leibesumstände nicht zu. Damit mein Brief jedoch nicht gar zu arm aussehe, will ich wenigstens ein paar Punkte berühren.

1. Der erste betrifft den Begriff der lokalen *Schulgemeinde*. Wie ich Sie verstehe, nehmen Sie gleich mir an, daß jede Schulanstalt ihre *eigene* Schulgemeinde haben muß. Da dieser Punkt aber mit vielfachen Mißverständnissen umschwirrt ist, so wird es rätlich sein, ihn nach allen Seiten hin scharf zu bestimmen. So wollen z. B. die einen die Schulgemeinde abgrenzen nach der *bürgerlichen* Gemeinde, auch wo diese letztere mehrere Schulsysteme umfaßt; andere dagegen nach der *kirchlichen* Gemeinde. Man wünscht dann vielleicht zwar ein besonderes Kollegium für die Schulangelegenheiten, allein hinsichtlich der Abgrenzung ist der Begriff der Schulgemeinde doch noch unklar. Wider diese Irrtümer bedarf es also nicht nur einer schärferen Bestimmung, sondern auch der Motivierung dieser Bestimmung.

2. (Die *Organisation* der lokalen Schulgemeinde.) Sie wollen dieselbe im Vergleich zu meinen Vorschlägen *vereinfachen*, d. i. bloß ein *einziges* (engeres, verwaltendes) Kollegium einrichten. Lassen Sie mich daran erinnern, daß *ich ebenfalls* das Princip der Einfachheit in Anspruch nehme. Ist nun unser beiderseitiges Denken korrekt und mit sich selbst einig, dann muß die Differenz zwischen unsern Vorschlägen unter

einen andern Gesichtspunkt als den der Einfachheit fallen. Und so ist es. Es fragt sich nämlich, was für *Geschäfte* jeder von uns verrichtet haben will. Je nachdem die Funktionen sind, die man wünscht, je nachdem müssen auch die Organe sein — sagt die Mechanik. In unserm Falle handelt es sich darum, ob bloß *Verwaltungs*funktionen, die laufend sind, verrichtet werden sollen, oder auch die Funktion der *Lehrerwahl*, die nur je und dann nötig wird. Für die erstere Funktion gilt ohne Zweifel die Regel: das betreffende Kollegium darf nicht mehr Mitglieder haben, als absolut nötig sind, — also je einfacher, desto besser. Für die Wahlfunktion, wenigstens beim Hauptlehrerposten, muß jedoch das betreffende Kollegium *größer* sein, d. h. das verwaltende Kollegium muß für diesen Zweck *ergänzt* werden, — so wird jeder sagen, der auf dem Gebiete des Selfgovernments Erfahrungen gemacht hat, d. h. kein Neuling ist. Nicht das ist dabei die Meinung, daß das größere Kollegium in jedem Falle mehr Bürgschaft leiste für das gute Gelingen der Wahl als das kleinere. Sehen wir vielmehr von diesem Punkte ab. Der Hauptgrund liegt an einer andern Stelle. Es handelt sich darum, in der Schulgemeinde *Interesse* für die Schulangelegenheiten zu erwecken, namentlich für die Personenfrage, und dafür bietet gerade die Lehrerwahl die beste, die geeignetste Gelegenheit. Die Bedingung ist aber, daß möglichst *viele* Kräfte für die Wahl in Anspruch genommen werden; — „möglichst" viel in den Grenzen der Rätlichkeit. Das Wählen bloß durch den Schulvorstand weckt das Interesse nicht genug, ja erstickt dasselbe, wenn es vorhanden war. Wir haben hier am Niederrhein darin böse Erfahrungen gemacht. Bis vor c. 14 Jahren fand hier die Hauptlehrerwahl durch ein größeres Kollegium statt; diese Einrichtung hatte vortrefflich dazu mitgewirkt, das Interesse an der Schule rege zu machen. (Dies zeigte sich z. B. u. a. nicht bloß darin, daß der neue Lehrer feierlich eingeholt wurde, wobei dann ein allgemeines Kaffeetrinken stattfand und nützliche Reden vom Pfarrer und den anwesenden Lehrern vorkamen, sondern bei den wohlhabenderen Gemeinden geschah es auch wohl, daß das Lehrergehalt erhöht oder dem Lehrer ein Zimmer ausmöbliert wurde. Letzteres war z. B. auch bei mir in Barmen der Fall. Eine ähnliche Wirkung haben die Pfarrwahlen gehabt.) Da kam unglücklicherweise ein fremd herangezogener bureaukratischer Regierungspräsident zu Düsseldorf auf den Einfall, die Supplementärkräfte bei den Lehrerwahlen wegzuschaffen und den *Schulvorstand allein* wählen zu lassen. Der Minister (v. Mühler) gab sein Placet, und damit war unsere schöne Institution begraben. Seitdem sind erst 14 Jahre vergangen, und doch klagen die Lehrer überall, daß seitdem das Interesse der Schulgemeinden an der Schule bedeutend matter geworden sei . . .

3. In meiner „Freien Schulgemeinde" ist auch von einer *Gesamt*-Schulgemeinde und deren Vertretung die Rede. Sie halten eine solche Vertretung für überflüssig. Bei mir hat der Gedanke keine principielle Bedeutung . . .

4. Sie brauchen einmal den Ausdruck: „das Schulwesen muß *selbständig* sein, *unabhängig* von Staat und Kirche." Das Wort „unabhängig" (ebenso „selbständig") ist in unserm Kriege gefährlich, höchst

gefährlich. Man weckt dadurch Feinde auf, die man lieber schlafen lassen sollte. Ein Schulwesen, das vom Staate unabhängig sein soll, ist den dermaligen liberalen Politikern ein Greuel, — und den konservativen dazu, sofern es nicht als ein kirchliches gemeint wäre. Daß der Staat nicht auch die Kultursachen verwalten soll, klingt den Liberalen wie ein Rückfall in barbarische Zeiten. Seit dem „Kulturkampf" kommt bei den doktrinären Liberalen zu ihrer alten (Hegelschen) Idee, daß der Staat „das sittliche Universum" sei, noch eine neue Antipathie gegen das freie Schulwesen hinzu; sie sind nämlich von der Furcht gequält, daß alles, was der Staat auf dem Schulgebiet aus den Händen gäbe, auf katholischem Boden dem Klerus, dem Vatikan in die Hände fallen würde. Wir müssen uns damit begnügen, auf dem gegebenen Boden der Staatsschule (Oberaufsicht des Staates) für das Schulwesen einen gesonderten **Verwaltungs**organismus anzustreben, wie ja auch das Militärwesen scharf geschieden ist von den übrigen Zweigen der staatlichen Administration. Das Wort „gesondert" kann keinen Anstoß geben, da der Staat als Ober-Schulherr anerkannt bleibt und die betreffenden Schulverwaltungsorgane in seinem Namen fungieren sollen. Können wir das erreichen, nämlich von unten bis oben gesonderte Verwaltungsorgane (inkl. der mitberatenden Repräsentativkollegien in jeder Instanz), so haben wir genug erreicht, — mehr, als die gegenwärtige Generation hoffen darf, mehr, als sie zu erlangen verdient. Den Namen eines „freien", „selbständigen", „unabhängigen" Schulwesens mögen dann unsere Enkel oder Urenkel dazu erobern.[1])

5. Daß Sie auch der „Jugendwüste" (vom 14.—20. Jahr) mit Nachdruck gedenken wollen, hat mich in besonderem Maße gefreut. Möchten durch Ihre neue Anregung recht viele Anpflanzungen zustande kommen! Vorbedingung aber ist: Schulgemeinde! — denn der Staat als solcher versteht sich aufs Kultivieren nicht. Was das korrelate Institut der „Kindergärten" betrifft, so wünsche ich, daß Sie zur Ehre der Familie kein Wort davon redeten. Mögen sie entstehen, wo sie nötig sind, aber was darüber ist, das ist vom Übel. Sie haben ja die Hände übervoll zu thun, wenn Sie bloß vom Nötigen reden, — denken Sie z. B. auch an die pädagogischen Fakultäten und pädagogischen Seminare auf den Universitäten, — warum wollen Sie Sich auch noch mit Überflüssigem belasten?

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß im Jünglingsalter stark das Bedürfnis der Kameradschaft, der Genossenschaft hervortritt. (Vgl. die Studenten-Verbindungen.) Hier darf also die Bildung und Erziehung nicht mehr lediglich in der Form der Schule an das junge Volk herangebracht werden, sondern in der Form von Vereinen, in denen aber auch für Unterricht gesorgt ist. Das war auch Dr. Magers Ansicht.

6. Bitte, verlieren Sie auch die von mir geforderte „öffentliche Sittenaufsicht" nicht aus den Augen. Sie hat sich natürlich über die gesamte unmündige Jugend zu erstrecken. Hier vor allem muß sich

---

[1]) Die Ausdrücke „selbständig" und unabhängig waren auch in dem von D. gegebenen Rahmen gemeint. Vergl. die oben genannte Schrift Rolles. Anm. d. Herausgebers.

zeigen, ob die öffentlichen Gemeinschaften (Staat und Kirche) ihre pädagogische Aufgabe begriffen haben. Alles Gerede über Erziehung zur Pietät und alles Geklage über Pietätlosigkeit ist nutzlos, solange eine öffentliche Sittenaufsicht (und Sittengericht als ehrenamtliches Kollegium) nicht besteht.

7. Da fällt mir in Betreff der Schulverwaltungsorgane noch etwas ein, was ich oben vergessen hatte. Es ist die Kreis-Instanz, welche ich im Auge habe. Ihr Vereinfachungsgedanke ist hier wieder zu früh in Anwendung gekommen. Erst muß die Vorfrage besehen werden, ob in dieser Instanz bloß administrative oder auch legislatorische (beratende) Funktionen verrichtet werden sollen. Die eigentlichen administrativen Geschäfte besorgt der Kreis-Inspektor. Sofern es aber für zweckmäßig gehalten wird — wie dies denn meine Ansicht ist — ihm für gewisse Fälle einen Beirat zur Seite zu stellen, sind Ihre fünf Personen schon viel zu viel. Hier sind zwei Personen, ein Lehrer und ein Schulvorsteher oder statt dessen ein zweiter Lehrer, als Assessoren vollkommen ausreichend, — ganz nach Analogie des kirchlichen Kreismoderamens (Sup., Assessor und Skriba) der hiesigen Kirchenordnung. Der erste Assessor würde jeweilig den Inspektor auch vertreten können. — Denkt man sich in der Kreisinstanz auch legislatorische Aufgaben, sei es auch nur in der Form der Gutachten, so muß für diesen Zweck ein größeres Kollegium bestellt werden. In den größeren Städten besteht dies auch bereits seit langem — als sog. Schuldeputation oder Schulkommission, die sich gewöhnlich alle 3—4 Wochen versammelt und übergenug zu thun hat. Bei Städten wie Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, Dortmund u. s. w. besteht die Schuldeputation außer dem Bürgermeister und Schulinspektor in der Regel (nach der neuern Organisation) aus neun Mitgliedern. Hier hat dieses Kollegium freilich auch manche Verwaltungsgeschäfte zu besorgen, z. B. Prüfung resp. Bestätigung der Lehrerwahlen u. s. w.; in Westfalen und in Elberfeld hat die Schuldeputation leider die Lehrerwahl gänzlich an sich gerissen. Auf dem Lande, wo die Verwaltungsgeschäfte lediglich vom Kreisinspektor (und seinen Beisitzern) besorgt werden können, würde es wohl ausreichen, wenn die Kreis-Schuldeputation sich jährlich bloß einmal versammelte. Anregung des Schulinteresses wäre hier ein Hauptzweck. Hier könnte daher dieses Kollegium auch die Form einer Kreis-Schulsynode annehmen, d. h. aus mehr Mitgliedern bestehen — ganz nach Analogie der kirchlichen Kreissynode, die sich jährlich einmal versammelt. Mitglieder würden dann sein (außer dem Inspektor und seinen zwei Beisitzern): aus jeder Gesamt-Schulgemeinde je ein Lehrer und ein Schulvorsteher, dazu als ständige Mitglieder der Landrat und der Superintendent, vielleicht auch noch ein paar Pfarrer.

Wie Sie sehen, ist Ihre Fünfzahl als Ausschuß zu groß und als repräsentatives Kollegium zu klein. „Eins für Eins," sagt Aristoteles mit Recht. . .

9. Noch ein Letztes sei erwähnt, was wieder in die Taktik gehört. . . Wenn die Artillerie bei einer belagerten Festung eine Bresche schießen will, so zielen bekanntlich die Kanonen am zweiten Tage genau auf dieselbe Stelle, welche am ersten Tage beschossen worden ist, und so fort. Das Warum sagt sich von selbst. Diese Weisheit scheint wohlfeil zu sein, und doch wird beim litterarischen Breschеschießen häufig dagegen gefehlt. . .

Ein Beispiel hat die Zillersche Schule geliefert — in Rücksicht auf unsern Vorkämpfer Dr. Mager. Ziller und seine Schüler hätten zuallererst dafür sorgen müssen, daß Magers Arbeit im Gedenken blieb und damit ihrer eignen die Bahn bereitet war. Wäre das geschehen und in der richtigen Weise, so würden sie von vornherein bei allen alten Lesern der Magerschen Schriften eine offene Thür gefunden und damit innerhalb der pädagogischen Welt ein festes Terrain gewonnen haben. Es geschah aber nicht; die Anknüpfung an Mager wurde unterlassen. Und die Folge? Weil die Zillersche Anschauung zu sehr als etwas ganz Neues auftrat, so blieb sie auch für das Gros des pädagogischen Publikums lange Zeit etwas Fremdes; sie wurde nicht einmal beachtet. Und als sie nach langem, langem Warten sich endlich doch Beachtung errang, da gab es Mißverständnisse über Mißverständnisse, und Konflikte über Konflikte, wie es annoch am Tage ist. Bei richtiger Taktik hätten wir Herbartianer schon vor 10—15 Jahren ebenso weit vorgerückt sein können, wie wir es heute sind. (Sie werden verstehen, daß ich damit dem lieben seligen Z. keinen Vorwurf machen will. Er hat Verdienst genug, wenn er auch kein Stratege war; aber seine Schüler, deren Aufgabe die Propaganda war, hätten nun auch sich um die rechten Wege der Propaganda bekümmern sollen.)

Nun Gott befohlen!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

F. W. Dörpfeld.

---

Außer der bereits erwähnten Schrift über die Ortsschulaufsicht, die die Veranlassung zu dem Briefwechsel mit D. gegeben hat, sind von meinen bisher erschienenen Schriften, die sich in dieser Richtung bewegen, zu nennen 1. Die finanzielle Selbständigkeit der Schule (Evang. Schulbl. 1888 Nr. 5), 2. die Selbständigkeit der Schule inmitten von Staat und Kirche. (Pädag. Studien 1889 Heft 4.) und 3. die Schulgemeinde (Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik von Rein).

Trotz alledem hat eine weitere Schrift, die diesen Gegenstand — der Geistliche einfaches, aber ständiges Mitglied im Schulvorstande unter dem Vorsitze des Lehrers — beleuchtet, wie er in der Meiningischen Landessynode vom Jahre 1898 behandelt worden ist, im Schulblatt für Thüringen und Franken nach Rücksprache mit Vertretern der Meiningischen Lehrerwelt deshalb keine Aufnahme gefunden, weil man um keinen Preis den Geistlichen als ständiges Mitglied des Schulvorstandes will, obgleich der Lehrer bezw. Schulleiter (als Vertreter der Schule und nicht, weil er vielleicht mit einem Kirchendienst betraut ist) Mitglied des Kirchenvorstandes ist. Rolle.[1])

---

[1]) In Preußen ist es genau umgekehrt. Diese Abhängigkeit der Schule von den jeweilig herrschenden politischen Parteien oder den politischen Anschauungen der Regierungen hat für unser nationales, kirchliches und sociales Leben traurige Folgen. Wer aber erkennt sie? Und wer besitzt Mut und Macht, das Erziehungswesen aus der einen wie aus der andern Fremdherrschaft zu befreien zu helfen, damit es seine wahren, unbestrittenen Aufgaben erfüllen kann? D. H.

## IV. Ursachen des geringen Erfolges der Dörpfeldschen Bestrebungen.

(Aus einem Brief an Dr. Finger.)

Meine Schriften treten äußerlich durchaus ohne Prätension — so doch inhaltlich mit dem bestimmten Anspruch auf, in der Schulverfassung wie in der Didaktik in vielfachem Betracht andere, bessere Wege zeigen zu können, als die traditionelle Theorie bisher gelehrt hat. Sie sind demnach im eigentlichsten Sinne herausfordernd: sie begehren, daß der Recensent sie entweder auf das entschiedenste bekämpfe, oder aber unumwunden bezeuge, daß hier etwas Neues, Originales zu finden sei. Dieses Urteil eines entschiedenen pro oder contra habe ich bisher nicht erzielen können; die Recensenten schlüpfen immer zwischen dem Entweder — Oder hindurch, sei es aus unbewußter Oberflächlichkeit, die nicht sieht, was zu sehen ist, oder aus bewußter Absicht, die ihre Hintergedanken in petto hält. Daß bei Schriften, die einen solchen Anspruch erheben, dieses unentschiedene Durchschlüpfen der Kritiker das schlimmste ist, was ihnen begegnen kann, liegt auf der Hand.

Dieses übele Begegnis erklärt sich nur zu einem Teil daraus, daß das pädagogische Denken (in Schulverfassungs- wie in Schularbeitsfragen) zu wenig selbständig ist, zu sehr in gewohnten Bahnen einhergeht — was auch nicht eher anders werden kann, bis den Schulmännern, die zu selbständigem Denken Gabe und Neigung haben, neben der pädagogischen Erfahrung und Geschichte auch eine sichere pädagogische Psychologie zu Gebote steht. Zum andern Teile erklärt es sich daraus, daß unser gesamtes geistiges Leben (in Politik, Kirche, Pädagogik u. s. w.) seit 50 und noch mehr Jahren von einem falschen und überspannten Gegensatze gedrückt ist. Man kann denselben im ganzen und großen durch die Ausdrücke „konservativ und liberal“ (fortschrittlich) bezeichnen. Das Falsche dieses Gegensatzes liegt darin, daß „konservieren“ und „reformieren“ zwei Funktionen sind, die unzertrennt beisammen bleiben müssen: denn es läßt sich das gute Alte nicht konservieren, wenn nicht das verkehrte Alte rechtzeitig reformiert wird; und es lassen sich keine Reformen praktisch recht in Gang bringen, wenn nicht konservierte feste Formen die Stetigkeit verbürgen. Es verhält sich damit gerade wie mit den beiden Beinen; sie müssen beisammen bleiben; das eine muß immer feststehen, wenn das andere fortschreiten soll, denn wenn beide zugleich schreiten wollen, so giebt's einen Rückenfall; und wenn beide zugleich konservativ sein wollen, so hört aller Fortschritt auf. Daß nun in unserm Volksleben zwei Hauptparteien entstanden sind — zunächst auf dem politischen Gebiet, sodann auf dem

kirchlichen und in weiterer Folge auch auf dem pädagogiſchen — von denen die eine das Konſervieren und die andere das Reformieren als Loſung gewählt hat, mag hiſtoriſch erklärlich genug ſein (aus dem Schlendrian der regierenden oder autoritativen Glieder), iſt aber eben ein nationales Unglück. Einmal gehört jetzt eine große Kraftanſtrengung dazu, wenn ein Einzelner ſich von dem Banne der Parteien frei erhalten will. Sodann iſt jede Partei ſelbſtſüchtig, eiferſüchtig und darum parteiiſch; eine geiſtige Leiſtung, die von der einen Seite her kommt, wird auf der Gegenſeite ſelten oder nie nach Gebühr gewürdigt, wogegen eine Leiſtung eines Parteigenoſſen über Gebühr honoriert und ausposaunt wird. Und drittens: wenn einer, der ſich von beiden Einſeitigkeiten frei zu erhalten geſucht hat, mit einer Arbeit hervortritt, ſo benehmen ſich beide Parteien gegen ihn kalt oder mißtrauiſch, und da er anfänglich ſtets iſoliert iſt, ſo muß er zuſehen, wie er ſich mit eigner Kraft durchſchlägt. *Das letztere iſt im weſentlichen mein Fall geweſen.* Dazu kommt aber noch eine beſondere Ungunſt. Ich habe nämlich offenſichtlich und mit Abſicht doch nach der *konſervativen* Seite hin Fühlung zu halten geſucht — einmal, weil meine poſitiv-chriſtliche Lebensanſchauung dort mehr Verwandtſchaft fand, und ſodann, weil der ethiſch-religiöſe Indifferentismus, um nicht zu ſagen Leichtſinn, auf der liberaliſtiſchen Seite mir widerwärtig war. Das vermehrte aber nur die Mißlichkeit meiner Lage; denn die liberaliſtiſche Partei betrachtete mich nun umſomehr als einen Fremden, ſelbſt in der Schulverfaſſungsfrage, wo ich doch entſchieden liberale Grundſätze vertrat; ein Wiener Schulblatt gab ſogar einmal zu verſtehen, daß die liberalen Grundſätze mir vielleicht gar nicht ernſt wären und hinter denſelben ein verkappter Jeſuitismus lauere! Die konſervative Partei (die auf pädagogiſchem Gebiete die Regulativpartei ſamt der poſitiv gerichteten Geiſtlichkeit) zeigte aber ebenſo wenig Luſt, meine Gedanken propagandieren zu helfen. Zunächſt war es meine Theorie der Schulverfaſſung, die dort Anſtoß gab, namentlich bei der Geiſtlichkeit. Sodann wurden meine didaktiſchen Forderungen im Real-Unterricht als läſtig empfunden. Zu meiner Forderung, daß das mündliche Lehrwort im bibliſchen Geſchichtsunterricht durchaus frei gegeben werden müßte, wollte ſich kein einziger preußiſcher Seminardirektor und Schulrat bekennen. Zehn Jahre lang habe ich mich mit ihnen herumſchlagen müſſen, und erſt als in den „Allgemeinen Beſtimmungen“ meine Forderungen in dieſer Beziehung Recht erhalten hatten, ſchwieg der Widerſpruch. Natürlich ahnt die Geiſtlichkeit oder weiß es vielmehr, daß ich auch mit den Allgemeinen Beſtimmungen noch nicht zufrieden bin — namentlich im Katechismusunterricht, wo jenes Reglement den hergebrachten Uſus unbeſehens oder nachgiebig beibehalten hat — und daß daher auch

diese sinnlose Lernerei einmal vor die Schranken der Kritik gefordert werden wird.

Ganz besonders wurde es auf jener Seite befremdlich gefunden und übel vermerkt, daß das Evangelische Schulblatt den Regulativen auch beim Realunterricht entgegentrat und einen selbständigen Realunterricht verlangte. Obwohl auch hier die Allgemeinen Bestimmungen in meinem Sinne entschieden haben, so ist man im konservativen Lager doch noch nicht beruhigt, — natürlich, weil man die beiden Grundsätze von der qualitativen Vollständigkeit und von dem quantitativen Maßhalten nicht miteinander zu vereinigen vermag und überhaupt keine Theorie des Lehrplans besitzt (gerade wie auf liberalistischer Seite).

Da sehen Sie, unter welchem Drucke meine litterarische Arbeit sich hat abmühen müssen. Was es heißt, auf eigene Faust sich durchschlagen und dabei nach rechts und links sich wehren und mit dem Wellen- und Windstrom zugleich kämpfen zu müssen — das habe ich erfahren. Daß einem dabei zuweilen der Atem ausgehen, und man vor der Zeit müde werden kann, wird Ihnen verständlich sein.

Und doch habe ich Ihnen die Widrigkeiten nicht alle genannt. Ein Hauptwiderpart ist noch nicht erwähnt: die preußische Schulbureaukratie. Ich denke dabei vornehmlich an die mittleren Instanzen der administrierenden Schulbeamtenschaft — an die Regierungs-Schulräte und die Kreis-Schulinspektoren — jedoch mit Hinzurechnung der Seminardirektoren, die, weil sie häufig auf Schulratsstellen aspirieren, mehr nach den regierenden als nach den „dienenden" Schularbeitern gravitieren. Die Central-Instanz (Ministerium) — wenigstens die jetzige — nehme ich nicht ohne weiteres in Anspruch, weil sie einerseits neben der technischen eine politische Aufgabe hat, und andererseits über das Detail des Schuldienstes nicht genügend unterrichtet sein kann. Zur Charakteristik jener mittleren Instanzen gehört, daß die betreffenden Personen in der Regel sog. „studierte" Leute sind — meistens Theologen — aber aus irgend einem Grunde es vorgezogen haben, in der Volksschulbranche ihre Carriere zu machen. Es giebt darunter allerdings manche ehrenwerte Männer; das Gros aber besteht durchweg aus solchen „Studierten", die im Grunde wenig gelernt haben, aber doch gern regieren wollen, und, weil sie das unter ihresgleichen nicht beanspruchen dürfen, die subalternen Volksschullehrer zu regieren sich anbieten.

Woran es aber den Schulmännern fehlt, das ist der Blick fürs Leben und seine organischen Zusammenhänge und damit auch für die Bedürfnisse und Aufgaben einer gesunden Schulgesetzgebung.

Da, wo glücklicherweise der gute Wille zum Reformieren vorhanden ist, — bei der liberalen Partei — fehlt es zu sehr an dem nötigen Sachverständnis: einesteils an einer genauen Kenntnis der faktischen Mängel und Gebrechen im Schulwesen, anderenteils an Klarheit und Einmütigkeit hinsichtlich der zu erstrebenden Reformen.

Diese Unkenntnis und Meinungsverwirrung möchte ich vornehmlich auf folgende drei Ursachen zurückführen.

a) Der nächste Grund liegt ohne Zweifel in der Schwierigkeit der Sache selbst, in der Natur und Lage des Schulgebietes.

Das Bildungswesen bildet kein so bestimmt abgegrenztes Gebiet wie Militär und Justiz, vielmehr erstrecken sich seine Beziehungen und Wurzeln tief in alle gesellschaftlichen Organismen hinein. Sodann kommt in Betracht, daß die Schulverhältnisse, und ebenso die bürgerlichen, socialen und kirchlichen, in den verschiedenen Landschaften sehr verschieden gestaltet sind. Ferner handelt es sich um recht schwierige Organisations- und Administrationsfragen, und endlich noch um specielle technisch-pädagogische Anliegen. Es sind somit sehr verschiedene Arten von Kenntnissen und Erfahrungen erforderlich, wenn in der Schulgesetzgebung etwas Rechtes geschafft werden soll. Einer, der diesem Felde nicht ein eingehendes Studium gewidmet und die einschlägigen Fragen sorgfältig durchgedacht hat, kann unmöglich ausreichend orientiert sein. Soll es sich dann schließlich um ein bestimmtes Ratgeben zum Reformieren handeln, so treten wieder neue Schwierigkeiten auf: einerseits durch die vorhin erwähnten zahlreichen Gebrechen und Mängel der hergebrachten Schulverfassung und andererseits dadurch, daß die Regierung und die konservative Partei sich bemühen, die schadhaften Stellen möglichst zu verdecken und das Verkehrte als regelrecht darzustellen.

Unter diesen Umständen kann es daher nicht wunder nehmen, daß es selbst unter den Schulmännern — ich meine unter den wissenschaftlich gebildeten — nicht viele giebt, die sich um eine nach allen Richtungen gehende Kenntnis des Schulgesetzgebungsbedarfs bemüht haben. Freilich ist ihnen von seiten der Staatswissenschaft — hinsichtlich der einschlägigen staatswissenschaftlichen Fragen — wenig Handreichung geleistet worden; denn wie wenig die staatswissenschaftlichen Zeitschriften sich eingehend mit Schulverfassungsfragen beschäftigen, werden Ew. — noch besser wissen als ich. Die politischen Tagesblätter, welche jeweilig über den einen oder andern Punkt einen Stoßseufzer loslassen, vermehren nur die allgemeine Unkunde und Verwirrung. So konnte z. B. eine angesehene Zeitung neulich sagen: wenn Gneists Kreisordnungsplan angenommen und die Unterhaltung der Schulen den Kreisen übertragen wäre, so würde die lästige Schulfrage

endlich glücklich von der Tagesordnung verschwinden; und ein anderes Blatt machte in ähnlicher Weise den Konfessionalitätsstreit schlechtweg zur Schulfrage. Wenn nun diejenigen, welche das Volk über die öffentlichen Bedürfnisse aufklären sollen, so beschränkt und albern urteilen, — was soll man da vom großen Publikum erwarten? Selbst sonst wohlunterrichtete Landtagsabgeordnete, sogar solche, die in politischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten für Autoritäten gelten, stehen nicht an, bei Gelegenheit offenherzig zu bekennen, daß sie in der Schulfrage nicht Bescheid wüßten.

Was ist nun die Folge dieser durchgängigen Unkenntnis? Ein großer Teil der Landtagsmitglieder und des gebildeten Publikums überhaupt fühlt sich unsicher, geht nur zaghaft an eine Veränderung der Schulgesetze und gerät daher leicht in die klerikal-konservative Strömung, während ein anderer Teil aufs Geratewohl den liberalen Parteiloſungen folgt, was nicht minder übel auslaufen muß. Nur mit einer Art von Schrecken kann man daran denken, wie einige parlamentarische Eiferlinge — und darunter Männer von wissenschaftlichem Namen und Rang — gelegentlich immer wieder versuchen, mit etlichen abstrusen geistlichen Liederversen und einigen aufgelesenen albernen Lesebuchsgeschichtchen die Position des Kultusministers zu stürmen. Wenn unser tapferes Kriegsheer nicht besser gerüstet gewesen wäre, als dieser Fortschritts-Liberalismus für seinen scholastischen Feldzug es ist, dann würde es um die Landesverteidigung schlimm ausgesehen haben. Dennoch soll und muß es vorwärts gehen, — die Schulreform ist zu dringlich. Angesichts dieser Sachlage fällt einem unwillkürlich jene spaßhafte englische Theaterscene ein, wo mitten in der Aktion das Gaslicht ausging, aber das hörbegierige Publikum dem sich entschuldigenden ratlosen Schauspieldirektor herzhaft zurief: „Never mind, go on in the dark!“ — In der That, in der Schulreform-Aktion des Liberalismus ist von der deutschen Gründlichkeit und Solidität nicht viel Rühmens zu machen.

b) Der zweite Grund der herrschenden Unkenntnis und Meinungsverwirrung ist im Schulstande zu suchen: der höhere Lehrerstand hat sich seit langen Jahren um die Reform der Schulverfassung nicht mehr bekümmert, wenigstens nicht litterarisch dafür gewirkt; der Volksschullehrerstand hat sich zwar desto mehr vernehmen lassen, ist aber nicht dazu gerüstet, um die Reformfrage in ihrem ganzen Umfange vertreten zu können.

Wer sollte vermuten, daß in unserm bücherreichen Deutschland kein Werk über die Theorie des Schulwesens existiert, wie der Kulturpolitiker es braucht? Aber in Wahrheit, es giebt keins — weder dem Wesen noch dem Namen nach. Ohne Zweifel ist für diese litterarische Lücke in erster

Linie der wissenschaftlich gebildete Teil des Schulstandes verantwortlich zu machen. In den vierziger Jahren, als der treffliche Dr. Mager in seiner „Pädagogischen Revue" wacker voranging, gab es eine stattliche Reihe höherer Schulmänner, die in dieser oder in andern pädagogischen Zeitschriften auch über die Reform der Schulverfassung schrieben. (Mager hatte auch eine vollständige Theorie der Schulverfassung, unter dem Titel „Deutsche Scholastik", bereits angekündigt und in der „Revue" einige Bruchstücke daraus mitgeteilt. Leider ist das Buch nicht erschienen, weil der Verfasser bald darauf (1849) erkrankte und für immer arbeitsunfähig wurde.) Aber seitdem dieser beredte, mutige Mund sich schloß und von Raumer Kultusminister wurde, verstummte eine Stimme nach der andern, und zwar so total, daß es zum Erschrecken ist. Dem Draußenstehenden mag diese Erscheinung befremdlich vorkommen; dem Näherstehenden ist sie erklärlich genug. Als ich einst einem befreundeten Gymnasiallehrer dieserhalb ins Gewissen redete, erwiderte er: „Que voulez-vous? Wer unter v. Mühler und Wiese Carriere machen will, der muß sich stille halten. Das ist schon eine mächtige Fessel. Sodann haben viele, sehr viele meiner Amtsgenossen mit Nahrungssorgen zu kämpfen; sie müssen neben der Schularbeit sich müde in Privatstunden oder mit Zöglingen abplagen und sind froh, wenn der Abend kommt und sie der Ruhe pflegen können. Das ist die zweite Fessel. Und drittens: die meisten Lehrer an unsern höhern Schulen betrachten sich nicht als Fachleute in paedagogicis, sondern als Philologen, Mathematiker, Physiker u. s. w.; ihre wissenschaftliche Ehre suchen sie in diesem ihrem speciellen Lehrfache, und wenn sie studieren und schreiben, so gilt es eben diesem Fache. Wie könnte es auch anders sein, da sie auf der Universität nur so nebenbei ein Kollegium über Pädagogik gehört haben, das ein Philosoph oder ein Theologe so nebenbei las?" — Der Kollege hatte recht: die drei Fesseln sind faktisch da, und die eine ist so beklagenswert als die andere.

Ein paar Umstände, die der Gymnasialmann übersehen hat, muß ich doch noch nachtragen, weil sie das beredte Schweigen der höhern Lehrer noch etwas besser ins Licht stellen, — namentlich im Vergleich zu dem um so auffälligeren Sich-laut-machen der Elementarlehrer. Fürs erste sind jene nicht von der Aufsicht der Geistlichen belästigt; ihre Oberen sind sämtlich fachkundige Männer, Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein: in diesem Stücke haben sie also nichts zu klagen. Für ihre Kollegen in der Volksschule zu klagen, ist ihnen just noch nicht eingefallen. Zum andern macht ihnen der Konfessionalitätsstreit, der die Volksschullehrer so stark berührt, wenig Kümmernis; die meisten haben ja keinen Religionsunterricht zu erteilen, und dazu ist diese Frage eine

endli … in diesem Punkte nicht gern die Finger
Blat … ergänzt werden, daß die Seminarlehrer
Schi … die Gymnasial- und Realschullehrer: unter
… den Gunst und Gnaden nicht anders verteilt
soll … Wiese.

Lan … zu nennen, was dazu beigetragen hat, die
wi … Teilnahme an den pädagogischen Reformbestre-
… Hand in Handgehen mit den Volksschullehrern
… ich noch erinnern, — an die sogenannte
… Versammlung". Diese Versammlung hatte unter
… regeren Verkehr zwischen den höhern Lehrern
… anzubahnen. Weil dort aber von Anfang an
… radikaler Liberalismus samt dem obligaten
… sich sehr breit machte, so fühlten sich viele
… Großen. Die meisten, namentlich die von den
… teil genommen haben, auch wenn die preußische
… getreten wäre. Dieses Verbot ist zwar vor
… worden, allein die Sympathieen unter dem
… die „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung" und
… sind seitdem nicht gewachsen. Die Stimmung
… ist durchgängig diese: mit den Volksschullehrern
… gilt nicht für nobel, und über Schulverfassungs-
… nicht für gentil. Wenn in die Zeitschriften für
… gelegentlich ein Artikel über die Reform des
… so wird er von den meisten Lesern mit Nase-
… wie ein Gericht fauler Fische. Kein Wunder
… Männer, die noch wohl Lust und Mut hätten, für
… zuschreiben — z. B. der treffliche Prof. Langbein
… Gymnasialdirektor Dr. Hollenberg in Saarbrücken und
… dieser Lethargie und Kaltsinnigkeit ihrer Standes-
… müde und stille geworden sind. In jüngster
… ein schwacher Hoffnungsschimmer zu dämmern.
… Jahren entstandene „Verein für wissen-
… Pädagogik", an dessen Spitze der rührige Professor
… steht. Bis jetzt hat sich dieser Verein zwar nur mit
… didaktischen Fragen befaßt; es ist aber in Aussicht ge-

… Schriften Bd. X. „Zum pädagogischen Phrasentum."
Der Herausg.

nommen, in kurzem auch eine Sektion für die Theorie der Schulverfassung zu bilden[1]).)

Diese fast vollständige Teilnahmlosigkeit, mit welcher der höhere Schulstand dem legislatorischen Mißgeschicke des Schulwesens zuschaut, ist schon an und für sich — als ein Symptom des sittlichen Zustandes der Geister betrachtet — ein höchst beklagenswertes Übel. Aber auch die höhern Schulen selbst und somit der gesamte gebildete Teil des Volkes werden noch auf lange Zeit an den Folgen zu leiden haben. Ich will nur an ein paar Gebrechen unseres Schulwesens erinnern, die infolge dieses Schweigens ungestört von Generation zu Generation sich fortschleppen: an die unverantwortliche Vernachlässigung der pädagogischen Wissenschaft auf den Universitäten und an den Mangel ordentlicher pädagogischer Seminare für die höhern Lehrer.

Ganz besonders wird aber die Volksschule durch das kaltsinnige Zurückziehen des höhern Schulstandes hart getroffen. Bei ihr müssen nämlich manche Verhältnisse zur Sprache kommen, über welche die Kollegen an den höhern Schulen viel unbefangener, offener und erfolgreicher würden reden können; — ich denke z. B. an die Kapitel von der Schulaufsicht, von der Stellung der Geistlichen zu den Volksschulen, von der pädagogischen Unzulänglichkeit so mancher Seminardirektoren und Schulräte u. s. w. Gerade diejenigen Volksschullehrer, welche vielleicht am besten Auskunft geben könnten, haben bisher aus Schicklichkeitsrücksichten meistens über diese persönlichen Verhältnisse geschwiegen. Ordinäre Naturen haben freilich auch oft den Mund weit aufgemacht. Das große Publikum ist eben darum nur mangelhaft über diese Dinge und Zustände unterrichtet.

Ein weiterer großer Schade, der mit dem beharrlichen Schweigen des höhern Schulstandes zusammenhängt, liegt darin, daß das Schulwesen nicht genug als Ganzes und nicht genug vom wissenschaftlichen Standpunkte aus besprochen worden ist. Namentlich haben die staatswissenschaftlichen und kulturpolitischen Principienfragen schwer darunter gelitten. Die Volksschullehrer, wo sie das Wort nahmen, mußten sich einerseits auf das Gebiet der Volksschule beschränken und andrerseits an den tieferen Principienfragen vorbeigehen, oder, wenn nicht, mit den üblichen Parteiformeln und Stichworten sich behelfen. Daher ist denn das große Publikum so gar nicht gewohnt, die Schulfrage nach ihrem ganzen Umfange und im großen Stile zu besehen, und die eigentlichen Principienfragen liegen erst recht im Nebel.

---

[1]) Er ist im allgemeinen bis heute noch diesen Fragen fern geblieben. D. H.

Doch auch innerhalb des engeren Bereiches, das den Volksschullehrern offen steht, fehlt noch viel an der vollen, reinlichen Aufklärung. Hier stellt sich nämlich in Preußen der Umstand sehr hindernd in den Weg, daß die Schulverhältnisse in den verschiedenen Provinzen und selbst in den einzelnen Landschaften sehr verschiedenartig geordnet sind. Weil nun die meisten Lehrer nicht in der Lage sind oder sich nicht die Mühe gegeben haben, aus recht vielen Gegenden Erfahrungen zu sammeln und dadurch ihr Urteil zu klären: so kommt es, daß noch immer eine bunte Mannigfaltigkeit von Wünschen und Vorschlägen auf den Markt gebracht wird, und die an den Landtag gesandten Petitionen häufig einander teilweise in den Weg treten. Ein Beispiel: In den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Arnsberg — zum Teil auch in Holstein und Ostfriesland — hat nicht nur jede Schule ihren bestimmten Schulbezirk, sondern diese Schulbezirke bilden auch wirkliche *Schulgemeinden*, — sie besitzen wenigstens das Recht, *den Lehrer zu wählen*. Auch in den meisten Städten haben einsichtige städtische Behörden diese Schulgemeinden zu konservieren gesucht, d. h. sie haben die Lehrerwahl nicht der städtischen Schulkommission übertragen, sondern dieselbe in den Händen der einzelnen Schulgemeinde belassen. Wie vorteilhaft dieses Stück „Selbstverwaltung" gewesen ist — für die Dotation der Schulstellen, für die Weckung des Schulinteresses bei den Eltern, für das Ansehen des Lehrerstandes u. s. w. — das weiß hier zu Lande auch der letzte Mann. Namentlich wissen es auch die Lehrer zu schätzen, und zwar umsomehr, weil sie an etlichen Städten, wo die Lehrerwahl durch die städtische Schulkommission geschieht, ein in jedem Betracht abschreckendes Beispiel des Gegenteils vor Augen haben. In den meisten andern Gegenden kennt man diese Einrichtung nicht: die Lehrer werden entweder unmittelbar durch die Regierung oder, in den Städten, durch die städtischen Schulkommissionen berufen. Weil man nun auch die guten Folgen nicht kennt, so stößt jede Empfehlung dieser Einrichtung bei den dortigen Lehrern auf Mißtrauen und Widerspruch: die einen fürchten, dadurch in eine zu große Abhängigkeit von den Eltern zu geraten, andere fürchten wieder anderes, — kurz, selbst über dieses erste Fundamentstück einer freien Schulverfassung ist nicht einmal ein leidliches Einverständnis zu erzielen.

Man sollte zwar denken, auf die Dauer der Zeit und durch die größeren Lehrerversammlungen und Schulzeitschriften hätte sich doch eine gewisse brauchbare *Durchschnitts-Ansicht* im Schulstande herausarbeiten können. Eine Durchschnitts-Ansicht ist zwar in manchen Stücken vorhanden, allein sie ist nicht immer brauchbar. Ein Beispiel wird das zeigen. Bis zur jüngsten Zeit hin war in allen denjenigen Lehrerkreisen,

welche unter dem Einflusse der „Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung" und der mit ihr sympathisierenden Blätter standen, die Ansicht beliebt, daß die Volksschullehrer, gerade wie die Offiziere und alle unmittelbaren Staatsbeamten, aus der Staatskasse besoldet und unmittelbar durch die Staatsregierung angestellt werden müßten, — eine Ansicht, die in einem Staate wie Koburg-Gotha, Lübeck, Nassau u. s. w. allenfalls erträglich sein mag, aber in einem Großstaate reiner Unsinn ist. Nichts destoweniger wurde sie hartnäckig festgehalten; lange Zeit wollten keine Gegengründe verfangen. Und was war die Ursache? Hauptsächlich dies, daß die sogenannte „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung" vorwiegend aus den Kleinstaaten sich rekrutierte, wie denn der Vorstand fast ausschließlich aus kleinstaatlichen Schulmännern und zur Hälfte sogar aus Lehrern der vier Stadtstaaten bestand. Man kann in der That sagen, wie auffallend es klingt, daß das, was im deutschen Volksschullehrerstande „öffentliche Meinung" hieß, lange Zeit durch die kleinstaatische Lehrerschaft und ihre zahlreichen Blätter „gemacht" wurde. Zum Teil besteht dieses Verhältnis auch jetzt noch. Erst seit 1866 hat ein fühlbarer Umschwung begonnen.

Wie die vorstehenden Thatsachen zeigen, fehlt viel daran, daß der Schulstand seinen schuldigen Beitrag zur Aufklärung über die Schulreformfrage geleistet habe; und solange die höhern Schulmänner in der bisherigen Kaltsinnigkeit an dieser Nationalangelegenheit vorbeigehen, läßt sich auch nicht hoffen, daß künftig mehr geleistet werde. Am meisten möchte ich jedoch beklagen, daß die *besten* Beiträge zur Theorie der Schulverfassung, welche aus der Mitte des Schulstandes geliefert worden sind — die Aufsätze des verstorbenen Dr. *Mager* in der „Pädagogischen Revue" — für die Nicht-Lehrer so gut wie gar nicht existieren: *sie liegen in den Bibliotheken der höhern Schulen vergraben.*

c) Der dritte Grund der herrschenden Meinungsverwirrung liegt in der deutschen *Vielstaaterei*, insbesondere im *Kleinstaatentum*.

Es wird nachgerade immer mehr erkannt, daß die Viel- und Kleinstaaterei in Deutschland — wenn sie auch in manchem Betracht ihr Gutes gehabt hat — doch für die Entwicklung eines gesunden politischen Sinnes und Verstandes nicht günstig gewesen ist. Auf dem Schulgebiete läßt sich ein ähnlicher Einfluß wahrnehmen: innerhalb der eigentlichen Schularbeit ist ein heilsamer Wetteifer angeregt worden; in solchen Schulfragen dagegen, welche in die Politik und Kulturpolitik hinübergreifen, hat das Kleinstaatentum viele verkehrte und verwirrende Ansichten erzeugt. Eine derselben ist schon vorhin erwähnt worden. Die Sache verdient aber eine genauere Besichtigung.

Im wesentlichen hängt die üble Seite des aus den Kleinstaaten stammenden Einflusses damit zusammen, daß die dortigen Lehrer bisher so wenig Verständnis für das Princip der „Selbstverwaltung" zeigten; und diese Erscheinung hängt wieder damit zusammen, daß die bürcaukratische Verwaltung nirgend so konsequent durchgebildet ist als gerade in den Kleinstaaten. Da konnte man denn seltsame Dinge erleben. Schulmänner, die sich sonst sehr „liberal" gebärdeten, redeten in der Schulverwaltung ganz unbefangen dem steifsten Bureaukratismus das Wort; oder sie schalten auf die unfreien preußischen Schulzustände, während sie selber in noch größerer Unfreiheit steckten, gerade wie die Staatsmänner in den mittel- und kleinstaatischen Landtagen heute im freisinnigsten Stile über hohe Politik berieten und morgen ganz ernstmütig über den Schreibduktus der Elementarschulen verhandelten. Doch ich will einige Thatsachen reden lassen.

Obligatorische Lehrbücher z. B. haben wir in Preußen, wenigstens in den westlichen Provinzen, nicht gekannt. Als daher vor einigen Jahren in Hannover ein obligatorisches Lesebuch eingeführt werden sollte, hat dies bekanntlich viel Sturm hervorgerufen. In den Kleinstaaten dagegen, zumal in Süddeutschland und in der „freien" Schweiz, ist diese Maßregel eine althergebrachte. Die Lehrer beklagten sich wohl jeweilig über dieses und jenes Buch, nicht aber über die Maßregel an sich.

Ferner: Am Niederrhein haben selbst die ländlichen Schulgemeinden das Lehrerwahlrecht jahrhundertelang besessen und auch unter der preußischen Regierung ungestört ausgeübt. In den Kleinstaaten wird ein solches Stück „Selbstverwaltung" als ein Horrendum betrachtet, wenigstens von seiten der Lehrer. Weiter: In Preußen wurden wir im Jahre 1853 zum ersten Male mit einem von der Centralregierung erlassenen Schulregulativ beschenkt. Das unbekannte Ding hat bekanntlich auch viel Unruhe abgesetzt. Wie sieht es nun in diesem Stücke in den Kleinstaaten aus? Die dortigen Lehrer haben über die Maßen ob der preußischen Regulative gejammert und dawider gedonnert; und dennoch sind sie selber noch viel eingehenderen Instruktionen unterstellt, — nur heißen sie nicht „Regulative". — Und was den vielberufenen regulativischen Religionsunterricht und sein ungebührliches Memorieren betrifft, so ist in allen schulberühmten Kleinstaaten (in Sachsen, Württemberg, Baden, Nassau, Rheinbayern, Hannover u. s. w.) ein Memorieren von noch viel größerem Übermaße vorgeschrieben und gebräuchlich gewesen. Der nassauische und der badische Landeskatechismus z. B. fordern von den Kindern zehnmal mehr nutzlose Mühe als der durch die preußischen Regulative vorgeschriebene kleine Lutherische.

In Summa: die kleinstaatischen Lehrer sitzen bis über die Ohren in der bureaukratischen Vielregiererei, und scheinen doch kein Mißbehagen zu fühlen; sie gebärden sich gewöhnlich in politischen Dingen als hochliberal, und werden doch fast ingrimmig, wenn sie vom Wahlrecht der Schulgemeinden und ähnlichen Stücken einer freien Schulverfassung reden hören; sie lassen sich durch die detaillierteſten Instruktionen gängeln, und bejammern die preußischen Kollegen, die unter dem viel allgemeiner gehaltenen Regulativ leben müssen; sie verdammen das übermäßige religiöse Memorieren in den preußischen Schulen, und thun selber dieses Guten viel zu viel. Ihr Feldgeschrei war von jeher „Staatsschulen" — nicht bloß für sich, für die kleinstaatischen Verhältnisse, sondern für tout le monde, — und das nannten sie „die freie Schule". Daß in einem Großstaate die unleidlichen Zustände der université de France entstehen müssen, wenn dort das verzweigte Schulwesen vom Centrum aus mit bureaukratischer Allgewalt regiert werden soll, — davon hatten sie keine Ahnung und ließen sich auch keine beibringen. Sie meinten, wenn man nur statt Kirchschule Staatsschule sage, so sei damit alles Nötige gesagt.

Wären die kleinstaatischen Schulmänner mit diesen ihren Ansichten und Stichworten auf ihrem eigenen Grund und Boden geblieben, so würde uns in Preußen viele Verwirrung erspart worden sein. Allein durch die „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung" und die ihr anhangenden Preßorgane sind jene teils falschen, teils halbwahren Meinungen und Stimmungen auch in viele preußische Lehrer- und Volkskreise gedrungen, und so haben denn diejenigen preußischen Lehrer und Schulfreunde, welche eine wahrhaft freie Schulverfassung wünschen, nicht bloß mit dem Widerstande der klerikal-konservativ-gouvernementalen Koalition zu kämpfen, sondern auch mit verwirrten Begriffen, die aus kleinstaatischen Anschauungen entstanden sind.

Im wesent... die sociale
menden Einflu... ...ehrers.
wenig Verständ...
diese Erscheinu...
Verwaltung n...
staaten. Da ... , daß ich schon wieder
sich sonst sehr ... klopfe. Der Bericht
unbefangen ... ). Mai d. J. — d. h.
auf die un... , er gegen die Auf-
größerer Un... und sei, hat meine Ge-
und kleinst... ...erson des Herrn v. B.-H.
berieten un... ...nem Eigenen heraus nicht
tarschulen ... ...eitslast würde ich Sie gern
... H. geschrieben haben; aber
...werung mit meinen Klagen

Ob...
wenigstens ...gerung des Herrn Ministers
einigen ... Vielleicht sind Sie dadurch
sollte, h... doch, so werden Sie dieselbe
dagegen, ...en. Bei Ihrer Kenntnis des
Maßre... ...cht überraschend sein, wenn ich
über d... . bei allen Kollegen — soweit sie
...enjagd u. dgl. des Standesgefühls
...teil der Fall gewesen ist. Wenn
... die Schranken träte und in dem
das ...gehen will, von eben diesem guten
preu... ...me, der ihn wehrlos vor den Gegner
solch... ...er sein, als ich es beim Lesen jener
von ...en bin.
zu... ... seinem Amtsantritt von allen wohl-
re... ... stillen mit Vertrauen und Freude
U... ...blatt hat diesem Vertrauen auch zu
a... ...geben. Daher, d. h. aus dem guten
... Gesinnung des Herrn Ministers ist es
... in die Lehrerfreunde ... diesem Jahre — soviel ich weiß — keine
... zu erklären, daß ... Regulative aus dem rheinischen Schul-
... Petition gegen die ... geschickt worden ist. (Daß bei den Nach-
... in das Abgeordnetenhaus ... Wortes: „Zertritt es nicht, es ist ein
... auch die Erwägung ... mitgewirkt hat, versteht sich von selbst.)
... drin!" — entscheidend ... man wollte dem Minister in seiner schweren
... hat an sich gehalten: ... Verlegenheiten bereiten, und hoffte, er werde
... nicht noch mehr ... Hand bekommen, um mit seinen wahren
... nach so weit freie ... Der unglückselige Erlaß vom 19. Nov.
... vorgehen zu können. ... der wohlgesinnten Lehrer und dem Zu-
... Intentionen ... Position ... Ministers einen starken Stoß gegeben. Er
... hat leider dieser ... zu den Regulativen" im Schulblatte
... in die Einsicht des ... Sie hätten freilich noch ganz anders lauten müssen,
... mir auch die „Bemerkungen ... Sie hätten freilich noch ganz anders lauten müssen,
... abgenötigt.

wenn sie als der vollständige Ausdruck dessen gelten sollten, was Leute, die auf Ehrlichkeit und Geradheit etwas halten, über jenen Erlaß denken. Ich glaubte aber, bei diesen Auslassungen einstweilen stehen bleiben zu dürfen, einmal, weil der Minister, der die Schularbeit und Schulzustände unmöglich genau kennen kann, für das Detail des Erlasses nicht verantwortlich zu machen ist, und dann, weil die Regulative — wenn auch ohne ihr Verdienst — nach mehreren Seiten hin zu trefflichen Diensten benutzt werden können, wie meine „Bemerkungen" auch schon angedeutet haben. Über dem Herrn Kultusminister scheint aber in Ansehung der Elementarschule ein wahrer Unstern zu schweben. Er hat noch fast nichts sagen und nichts thun können, was geeignet gewesen, mißtrauische Lehrer anzuziehen oder zu beruhigen; aber viel oder vielmehr genug hat er gesagt, um im Lehrerstande aller Sympathien beraubt zu werden oder wenigstens diejenigen, welche noch Zutrauen haben, zur Verteidigung unfähig zu machen. Empfindlicher hätte er das Gefühl des Lehrerstandes nicht verletzen können, als es durch die betreffende Erklärung am 10. März geschehen ist. Die Frage, ob der Lehrer Mitglied des Schulvorstandes sein könne und von Rechts wegen sein solle, ist seit 25 Jahren in dem Schulstande Rheinlands und Westfalens — die Hochlutherischen im Ravensbergischen eingerechnet — zum Schibboleth geworden, woran man Feind und Freund erkennen zu können glaubte. Und meines Erachtens nicht mit Unrecht. Doch ist das nicht die Meinung, es sei die Aufnahme des Lehrers in den Schulvorstand das Erste und Nötigste, was ein schulfreundlicher Minister vornehmen müsse. Auch glaubt meines Wissens niemand, daß mit der Verleihung dieser Mitgliedschaft an und für sich eine besondere augenfällige Veränderung in der socialen Stellung des Schulstandes verbunden sei. Mit dem Schibboleth verhält es sich vielmehr so. Seitdem der Elementarschulstand einigermaßen über sich selbst zum Bewußtsein gekommen, wohnt ihm nach einem ganz richtigen Gesetze — das sogar dem kleinsten Nagel einen Kopf anerschafft — der Wunsch und das Bestreben bei, zu einer Art von Selbständigkeit, zu einem „Köpfchen" zu gelangen, oder anders gesagt: in irgend einem Maße bei der Leitung des Schulwesens ordnungsmäßig mitwirken zu können, kurz: aus der Stellung eines „pädagogischen Unteroffiziers" herauszukommen. (Das sog. „Emancipationsgelüst" war — obwohl die Gegner das vorhin bezeichnete Streben oft fälschlich auch so benannt haben — eine Verirrung der unkirchlichen und unchristlichen Pädagogik und eine Dummheit dazu; die „Scholarchie" und ähnliche Schreckbilder des Prof. Stahl sind aber meines Wissens pure Verleumdung.) Diesem Wunsche des Lehrerstandes steht eine andere Anschauung gegenüber, die den Elementarschulmeister nur als Gehülfen, Diener, Handlanger des Pastors oder als Unteroffizier der Université de Prusse gebildet, besoldet und behandelt sehen will. Diese letztere Ansicht kann selbstverständlich dem Lehrer die Mitgliedschaft im Schulvorstande nicht einräumen; und wenn es dem Princip nach noch zulässig wäre, so würde es wenigstens unklug sein ihm diesen Brocken von Selbständigkeit hinzuwerfen und so seinen Appetit nach einem nicht zu erlangenden Mehr rege zu machen. Nach der Anschauung, welche allen nachdenkenden würdigen Lehrern von der wünschenswerten Stellung ihres

Im wesentlichen hängt die üble Seite des aus den Kleinstaaten stammenden Einflusses damit zusammen, daß die dortigen Lehrer bisher so wenig Verständnis für das Princip der „Selbstverwaltung" zeigten; und diese Erscheinung hängt wieder damit zusammen, daß die büreaukratische Verwaltung nirgend so konsequent durchgebildet ist als gerade in den Kleinstaaten. Da konnte man denn seltsame Dinge erleben. Schulmänner, die sich sonst sehr „liberal" gebärdeten, redeten in der Schulverwaltung ganz unbefangen dem steifsten Bureaukratismus das Wort; oder sie schalten auf die unfreien preußischen Schulzustände, während sie selber in noch größerer Unfreiheit steckten, gerade wie die Staatsmänner in den mittel- und kleinstaatischen Landtagen heute im freisinnigsten Stile über hohe Politik berieten und morgen ganz ernstmütig über den Schreibduktus der Elementarschulen verhandelten. Doch ich will einige Thatsachen reden lassen.

Obligatorische Lehrbücher z. B. haben wir in Preußen, wenigstens in den westlichen Provinzen, nicht gekannt. Als daher vor einigen Jahren in Hannover ein obligatorisches Lesebuch eingeführt werden sollte, hat dies bekanntlich viel Sturm hervorgerufen. In den Kleinstaaten dagegen, zumal in Süddeutschland und in der „freien" Schweiz, ist diese Maßregel eine althergebrachte. Die Lehrer beklagten sich wohl jeweilig über dieses und jenes Buch, nicht aber über die Maßregel an sich.

Ferner: Am Niederrhein haben selbst die ländlichen Schulgemeinden das Lehrerwahlrecht jahrhundertelang besessen und auch unter der preußischen Regierung ungestört ausgeübt. In den Kleinstaaten wird ein solches Stück „Selbstverwaltung" als ein Horrendum betrachtet, wenigstens von seiten der Lehrer. Weiter: In Preußen wurden wir im Jahre 1853 zum ersten Male mit einem von der Centralregierung erlassenen Schulregulativ beschenkt. Das unbekannte Ding hat bekanntlich auch viel Unruhe abgesetzt. Wie sieht es nun in diesem Stücke in den Kleinstaaten aus? Die dortigen Lehrer haben über die Maßen ob der preußischen Regulative gejammert und dawider gedonnert; und dennoch sind sie selber noch viel eingehenderen Instruktionen unterstellt, — nur heißen sie nicht „Regulative". — Und was den vielberufenen regulativischen Religionsunterricht und sein ungebührliches Memorieren betrifft, so ist in allen schulberühmten Kleinstaaten (in Sachsen, Württemberg, Baden, Nassau, Rheinbayern, Hannover u. s. w.) ein Memorieren von noch viel größerem Übermaße vorgeschrieben und gebräuchlich gewesen. Der nassauische und der badische Landeskatechismus z. B. fordern von den Kindern zehnmal mehr nutzlose Mühe als der durch die preußischen Regulative vorgeschriebene kleine Lutherische.

In Summa: die kleinstaatischen Lehrer sitzen bis über die Ohren in der bureaukratischen Vielregiererei, und scheinen doch kein Mißbehagen zu fühlen; sie gebärden sich gewöhnlich in politischen Dingen als hochliberal, und werden doch fast ingrimmig, wenn sie vom Wahlrecht der Schulgemeinden und ähnlichen Stücken einer freien Schulverfassung reden hören; sie lassen sich durch die detailliertesten Instruktionen gängeln, und bejammern die preußischen Kollegen, die unter dem viel allgemeiner gehaltenen Regulativ leben müssen; sie verdammen das übermäßige religiöse Memorieren in den preußischen Schulen, und thun selber dieses Guten viel zu viel. Ihr Feldgeschrei war von jeher „Staatsschulen" — nicht bloß für sich, für die kleinstaatischen Verhältnisse, sondern für tout le monde, — und das nannten sie „die freie Schule". Daß in einem Großstaate die unleidlichen Zustände der université de France entstehen müssen, wenn dort das verzweigte Schulwesen vom Centrum aus mit bureaukratischer Allgewalt regiert werden soll, — davon hatten sie keine Ahnung und ließen sich auch keine beibringen. Sie meinten, wenn man nur statt Kirchschule Staatsschule sage, so sei damit alles Nötige gesagt.

Wären die kleinstaatischen Schulmänner mit diesen ihren Ansichten und Stichworten auf ihrem eigenen Grund und Boden geblieben, so würde uns in Preußen viele Verwirrung erspart worden sein. Allein durch die „Allgemeine deutsche Lehrerversammlung" und die ihr anhangenden Preßorgane sind jene teils falschen, teils halbwahren Meinungen und Stimmungen auch in viele preußische Lehrer- und Volkskreise gedrungen, und so haben denn diejenigen preußischen Lehrer und Schulfreunde, welche eine wahrhaft freie Schulverfassung wünschen, nicht bloß mit dem Widerstande der klerikal-konservativ-gouvernementalen Koalition zu kämpfen, sondern auch mit verwirrten Begriffen, die aus kleinstaatischen Anschauungen entstanden sind.

Aufnahme des Lehrerſtandes in den Schulvorſtand, in die Schulkommiſſionen, in den Organismus der Kirche u. ſ. w. — Hoffnungen, die einſtmals auch von Herrn v. B.-H. als berechtigt anerkannt worden ſind — ins Grab verſenken, ſondern der Lehrerſtand im Bergiſchen und faſt am ganzen Niederrhein wird eines guten Teils der geſellſchaftlichen Achtung, in die er im Verfolg ſeiner hiſtoriſchen Entwicklung hineingewachſen iſt, jämmerlich beraubt. Dem Anfange nach iſt dies ſchon durch die bloße Veröffentlichung des 1. Regulativs geſchehen. Die Wirkſamkeit der Regulative, die Not- und Hülfs-Seminare, der Lehrermangel, die erleichterten Lehrerprüfungen, und die bereits erfahrenen und noch zu erwartenden Maßregeln und Äußerungen der Schulbehörden werden den Anfang ſicher zum Ende führen.

Es bleibe einſtweilen dahingeſtellt, ob die Editoren und Lobpreiſer der Regulative das, was, wie vorſtehend geſagt, der Gegenſtand meiner Furcht und Trauer iſt, mit vollem Bewußtſein beabſichtigt haben. In der Sache ſelbſt iſt das, was ich fürchte, wohl begründet. Einen vollſtändigen Beweis dafür kann ich hier nicht führen; aber einige erläuternde Notizen will ich doch beibringen.

Nach meiner Anſicht würde ein wohleingerichteter Lehrerbildungsgang ſo zu ordnen ſein: Vom 16. bis 18. Jahre ein zweijähriger Kurſus zur Vertiefung und Erweiterung der allgemeinen Bildung; darauf folgt ein zweijähriges praktiſches Arbeiten als Gehülfe; dann ein einjähriger Kurſus, als deſſen Hauptzweck theoretiſche und praktiſche Fachbildung anzuſehen iſt. Weder der letzte einjährige Fach-Kurſus, noch der erſte zweijährige allgemeine Bildungs-Kurſus darf obligatoriſch ſein; wer für den zweiten oder für beide nicht die erforderlichen Mittel hat, muß Nebenwege gehen können. Aber für die, welche ſich zu jenen Kurſen melden, muß der Staat vollaus Raum und die bisher übliche Unterſtützung ſchaffen. Dadurch iſt für einen wohl ausgerüſteten Kern im Lehrerſtande geſorgt. Ein Mehreres iſt nicht nötig; aber mit Wenigerm darf auch niemand, der es mit dem Volke und ſeinen Lehrern wohl meint, zufrieden ſein. In betreff der genaueren Ausführung dieſer meiner Anſicht darf ich wohl an eine frühere Zuſchrift, die Sie ſo gütig waren entgegenzunehmen, erinnern. Nach meiner feſten Überzeugung empfehlen ſich meine Vorſchläge nach allen Seiten, und nach nun fünfzehnjährigem Nachdenken über dieſe Frage getraue ich mir auch, dies objektiv nachzuweiſen. Für den Niederrhein oder genauer: für die Gegenden, wo die altbergiſche Schuleinrichtung beſteht, empfehlen ſich meine Vorſchläge aber nicht bloß; ſie bezeichnen vielmehr etwas, was durchaus not iſt. Unſere Schuleinrichtung, inſonderheit das Gehülfenweſen, konnte bei der alten und kann auch bei der neuregulierten Weiſe des Lehrerbildungsganges auf die Dauer nicht beſtehen. Eine der beiden Einrichtungen, ſei es die unſerer Schulen oder die der Seminarien, muß weichen. Der bisherige Notſtand, wonach ungebildeten und unerfahrenen Aſpiranten die Leitung einer ganzen Schulklaſſe anvertraut werden mußte, hat das Gehülfenweſen merklich in Mißkredit gebracht. Ihm muß abgeholfen werden. Weiter iſt leicht begreiflich, daß diejenigen Lehrer, welche an der Spitze einer mehrklaſſigen Schule ſtehen ſollen, ſowohl hinſichtlich der Schulleitung

an ſich, wie den untergebenen Lehrern gegenüber und behufs würdiger Repräſentation der geſamten Schule einer höheren Bildung bedürfen, als die, welche nur für eine einklaſſige Schule oder überhaupt für eine Klaſſe zu ſorgen und zu ſtehen haben. War gleich bei dem vorregulativiſchen Bildungsgange dieſes letztgenannte Bedürfnis nicht ernſtlich berückſichtigt, ſo war doch mehr Gelegenheit vorhanden, ein höheres Maß von Bildung ſich zu erwerben, als dies jetzt der Fall iſt. Die treffliche bergiſche Schuleinrichtung war — und ich klage die Schulbehörde vor Gott und Menſchen dafür an — ohnehin leiſe am Zerbröckeln; die Regulative und was notwendig oder zufällig damit zuſammenhängt, werden ſie unfehlbar vollends zertrümmern, auch wenn das in Ausſicht ſtehende allgemeine preußiſche Schulgeſetz wider Erwarten ſie noch leben laſſen ſollte.

Ich ſagte vorhin, daß ſchon die bloße Publikation des 1. Regulativs den bergiſchen Lehrern einen ziemlichen Teil der bisher genoſſenen, von den Schulvätern mühſam erworbenen geſellſchaftlichen Achtung geraubt habe. Dieſe Anklage wird, ſo Gott will, ſeiner Zeit öffentlich und laut erhoben und dann auch rechtskräftig erwieſen werden. Hier nur einige Beiſpiele zur Erläuterung.

Mein Schulbezirk grenzt an ſechs andere. Von den um mich herum wohnenden ſechs Hauptlehrern haben zwei vor ihrer Seminarzeit das Gymnaſium bis in Sekunda hinein beſucht; zwei andere Sekunda einer Realſchule abſolviert, einer eine höhere Stadtſchule durchgemacht und der ſechſte endlich nur eine Elementarſchule beſucht. Dieſe Lehrer ſtehen alſo — mit alleiniger Ausnahme des letzten — hinſichtlich ihrer Schulbildung neben den beſtgebildeten Bürgern unſerer Stadt, ſofern ſie nicht ſog. Studierte ſind, vollſtändig ebenbürtig da, weil bisher nur höchſt ſelten ein Kaufmannsſohn, der eben nur Kaufmann werden wollte, auch Prima der Realſchule durchmachte. Und ſelbſt dieſen ſeltenen Fällen gegenüber wird man mit gutem Gewiſſen annehmen können, daß der zweijährige Seminarkurſus bei den in Rede ſtehenden Perſonen in ſeinem Bildungsreſultat den ein- oder zweijährigen Kurſus in Prima der Realſchule einigermaßen aufwiegt. Dieſe hinſichtlich der allgemeinen Schulbildung ebenbürtige Stellung der Lehrer wird aber im Leben auch durchaus anerkannt; oder vielmehr: es kann niemandem einfallen, ſie anzweifeln zu wollen. (Das könnte mit Thatſachen belegt werden, wenn der Raum dazu da wäre.) Lehrer, die vor dem Seminar eine Realſchule oder ein Gymnaſium bis Sekunda beſucht haben, ſind freilich auch im Bergiſchen nicht zahlreich; aber unter denen, welche früher die Mörſer Präparandenanſtalt oder auch nur die Elementarſchule abſolvierten, giebt es viele, die vermöge ihres Fleißes und treuen Strebens in ihren reifern Jahren jenen gar nicht nachſtehen. Der Gewerbsmann, welcher natürlich den Lehrerbildungsgang nicht genau kennt, urteilt nun von den tüchtigeren Lehrern aus und zwar ſo, daß er denkt: der Lehrerſtand wird eben angehalten, etwas Ordentliches zu lernen. Allerdings merkt er auch einen Unterſchied zwiſchen Lehrern und Lehrern, den er ſich aber ſo erklärt, daß der eine ſeine Lektion gut und der andere minder gut gelernt habe. So ſtanden die Sachen bis zum 1. Okt. 1854. Da wurde man durch die öffentlichen Blätter belehrt, daß von einem Elementarlehrer hinſichtlich der allgemeinen Bildung

nur gefordert werde, daß er eine gute Volksſchule (und zwar die regulativiſche) durchgemacht habe; und daß im Seminar der Bildungsſtand nicht eigentlich erhöht, ſondern der Seminariſt nur befähigt werden ſolle, das früher Gelernte den Schülern in guter Manier mitteilen zu können. Über dieſes mußte man hören, daß die Synoden die Regulative mit Freuden begrüßten, daß der Miniſter und ſein Rat in den Kammern ins Allgemeine hinein behaupteten, die Regulative forderten mehr, als die Lehrer bisher geleiſtet hätten und jetzt noch leiſten könnten, was dann ſchließlich der neue Kultusminiſter aus- und nachdrücklich beſtätigte, ja man mußte hören (aus dem Munde des Konſiſtorialrat Sack!), „daß die Elementarſchule durch die Regulative aus einem wahrhaft grauenvollen Zuſtande errettet worden ſei." — Was mußten nun nachdenkende Barmer Bürger und unſere bergiſchen zeitungsleſenden Leute überhaupt über ihre Elementarlehrer denken? Muß ihnen die bisherige gute Meinung, die ſie von denſelben gehabt haben, nicht als auf Täuſchung beruhend erſchienen ſein? zumal ſie, wie bemerkt, den bisherigen Bildungsweg und die Bildungsanſtrengungen der einzelnen Lehrer nicht kannten, wie ich denn überzeugt bin, daß von Hunderten der hieſigen Kaufleute nicht einer weiß, daß die oben erwähnten fünf Lehrer meiner Nachbarſchaft gerade dieſelbe allgemeine Schulbildung genoſſen haben, die ihnen zu teil geworden iſt. Und nun noch all das Gerede, was in den Kammern und in den Zeitungen über die Halb- und Afterbildung, über den Hochmut und Wiſſensdünkel der Lehrer gelegentlich zu Tage kam! Eine Art der Leſer legte das alles freilich dahin aus, daß die Bildung der Lehrer und des Volkes heruntergedrückt werden ſollte; die andern aber und vielleicht gerade die in ihrer Art Verſtändigen merkten ſich vieles aus der miniſteriellen Doktrin und wurden infolgedeſſen an ihrer bisherigen Taxierung der Lehrerbildung gründlich irre. Da ich die hieſigen ſog. „Geſellſchaften" ſo gut wie gar nicht beſuche und nur mit befreundeten Familienkreiſen verkehre, ſo iſt es mir erſpart worden, die verſchiedenen Diskurſe über die regulative Lehrerbildung u. ſ. w. vollaus anzuhören; ich habe aber hier und anderwärts genug gehört und erfahren, um mit allem Nachdruck ſagen zu können: die centraliſierenden „Regulative" haben unbeſcholtene Leute an den Pranger geſtellt.

Manches von dem, was mit und neben den Regulativen über den niederrheiniſchen Lehrerſtand ergangen iſt, iſt glücklicherweiſe nicht überall allgemein kund geworden, z. B. die Errichtung des Not- und Hülfs-Seminars in Zoppenbrück, die verhältnismäßig große Zahl von Kandidaten, welche neben dem Seminar durch die weite Pforte der Lehrerprüfungen zwar mit halben Zeugniſſen, aber doch mit vollen Segeln in den Schulhafen einfahren. Einige Exempel von wahrhaftem Schund, der in den letzten Jahren in unſere Gehülfenſtellen hineingekommen iſt, habe ich Ihnen, wie Sie ſich erinnern werden, mündlich bezeichnet. Vor kurzem noch wurde ein jämmerlich unwiſſender, aber eminent hochmütiger Geſelle, der vor c. zwei Jahren in Mörs ſeine Lehrerprüfung beſtanden hatte, und ſeitdem mit Ach und Krach eine hieſige Gehülfenſtelle verſah, an die Oberklaſſe einer benachbarten zweiklaſſigen Schule (in der Mark) gewählt, weil er den Wählern durch ſeine Prahlhanſereien zu imponieren wußte.

Wir Lehrer ältern und mittlern Alters von ci-devant haben seit dem Erlaß der Regulative und ihrem Gefolge das Gefühl, wie wenn wir einem Stande angehörten, den die Behörde behandelt, wie das Mädchen seine Puppe, die je nach Belieben so oder so angekleidet wird. Das Reden von historischer Entwicklung, von bewährtem Alten, wie es zur Verteidigung der Regulative geführt wird, klingt in unsern Ohren in Absicht auf die Lehrerbildung fast wie Spott und Hohn. Zu Diesterwegs Zeit ließ man in der allgemeinen Lehrerprüfung in Mörs selbst die tüchtigeren Leute durchfallen, um sie zu nötigen, ins Seminar zu treten. Unter Zahn hatte die allgemeine Lehrerprüfungs-Kommission fast nichts mehr zu thun. Seitdem sind durch die Nebenthüren: Zoppenbrück, Düsselthal und durch die allgemeinen Prüfungen in Mörs, Neuwied und Soest mehr Leute (mit und ohne Zeugnis) in das Schularbeitsfeld eingelassen worden, als durch das historisch-legitimierte Königliche Seminar. Vielleicht wird aber dieses letztere doch den guten Ruf des niederrheinischen Lehrerstandes aufrecht halten, zumal es nach den untrüglichen Grundsätzen des ersten Regulativs geleitet wird und der Ministerial- wie der Provinzial-Schulrat die soliden Resultate von jetzt gegenüber den hohlen „Geistreichigkeiten" von ehemals laut gerühmt hat? Daß es so wäre! Ich habe auch einige Erfahrungen. In einer hiesigen Gehülfen- (Seminaristen-) Konferenz, die ich leite, befinden sich auch vier Zöglinge Württembergischer Seminarien. Die Übrigen sind Mörser Seminaristen. (Von den in hiesigen Schulen arbeitenden Zöglingen des Zoppenbrücker und Düsselthaler Seminars und von solchen, die ohne Seminar-Unterricht die Lehrerprüfung gemacht haben, hat sich bis jetzt noch niemand eingefunden.) Die letztern (Mörser) sind in Ansehung der Gesinnung und Haltung empfehlenswerte Leute; aber hinsichtlich ihrer Bildung stehen sie, wenn ich zwei ausnehme, allesamt hinter den Württembergischen merklich zurück. Dies tritt bei allem, was in der Konferenz vorkommt, im Auffassen, Sprechen und in den schriftlichen Arbeiten so auffallend hervor, daß ich immer mit einem Gefühl der Scham nach Hause gehe.

Es ist gut, daß die Gemeinden von den Veränderungen, welche durch den neuen Anwuchs seit vier Jahren im Lehrerpersonal vorgegangen sind, noch kein deutliches Bewußtsein haben. Die Pastoren wissen es wohl und sie verstehen auch zu reden und zu schweigen, je nachdem es ihrem Interesse angemessen ist. In den Augen des Staates rangierte von jeher der Elementarlehrer mit den Unteroffizieren und Gensdarmen. Unser Volk hatte von dieser staatlichen Abschätzung keine Ahnung oder nahm keine Notiz davon; es taxierte eben anders. Wenn ein junger Lehrer im Bergischen eine selbständige Stelle hat, die allenfalls eine Familie ernährt, so stehen ihm, wenn er freien will, in seiner Schulgemeinde und wo er bekannt ist, Bürger- und Bauernhäuser bis zu den wohlhabendsten hin offen, vorausgesetzt, daß seine Persönlichkeit und seine Haltung in jedem Betracht mit seinem Berufe in Einklang sind. Unter den oben angeführten sechs Lehrern meiner Nachbarschaft sind vier, die mit ihren Frauen ein Vermögen von 6—10 000 Thlrn. erheiratet haben. Dieser Beispiele würden im bergischen Lande noch viel mehr sein, als jetzt der Fall ist, wenn die jungen Leute nicht so häufig schon vor ihrer Anstellung sich

verlobten. Wenn aber der Entwicklungs- oder vielmehr Verkrüppelungsprozeß, in den seit 1854 der niederrheinische Lehrerstand hineingezogen worden, so weit zum Abschluß gekommen ist, daß das Resultat dem Publikum klar vorliegt, so wird auch der letztbezeichnete bedeutsame Zug aus der socialen Glanzperiode des bergischen Schulstandes bald verloren sein. Denn nach der Ehre, einen Königlich preußischen pädagogischen Unteroffizier zum Schwiegersohn zu haben, würde ein ehrsamer bergischer Fabrikant, Handwerker oder Bauer nicht geizig sein.

Der Herr Minister scheint getrieben zu sein, den Abschluß dieses Prozesses, der mit dem 1. Oktober 1854 begonnen hat, baldmöglichst herbeizuführen. Seine Erklärung vom 10. Mai wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie hat — wenn es erlaubt ist, so zu reden — den bergischen Lehrerstand zu einem Kampf auf Leben und Tod hinsichtlich seiner socialen Stellung herausgefordert. Ohne Zweifel wird der Minister siegen.

Wie möchten wohl andere Stände sich verhalten, wenn die Behörde ihren Besitzstand an Bildung und gesellschaftlicher Achtung so empfindlich antasten wollte, als es das frühere und jetzige Kultusministerium mit dem bergischen Lehrerstande gethan hat? Gesetzt, in Betreff der Geistlichen könnte man einmal vom Ministertisch sagen hören, was in den vergangenen Maitagen hinsichtlich der gewünschten höheren Lehrerbildung gesagt wurde, — und es würde demzufolge vorgeschlagen, junge Leute, etwa jüngere Lehrer, in einem schnellarbeitenden Prediger-Seminar à la Zoppenbrück für den Kirchendienst vorzubereiten, oder sogar ihrer selbsteigenen Vorbereitung mit einem einladenden Examen entgegenzukommen: würden dann nicht sämtliche Pfarrer, Superintendenten und Professoren der Theologie wie ein Mann sich erheben und schon bloße Vorschläge dieser Art als „Kirchenschändung" verdammen? Und was würden die Offiziere zu ähnlichen Vorschlägen in Ansehung ihres Standes sagen?

Mit dem Elementarschulstande ist es freilich auch etwas anderes. Der darf nicht gegen Verletzung seines geistigen und socialen Besitzstandes protestieren: das wäre revolutionär. Wenn andere Leute auf Standesehre etwas halten, so ist das recht und gut; wenn der Lehrerstand dafür eintreten wollte, so würde die ihm gebührliche Demut zu sehr Schaden leiden. Für andere Stände kann der Staat nicht genug Titel und Bänderchen erfinden, um dem Eifer und Streben die wohlverdiente Anerkennung zu gewähren; aber dem Elementarlehrerstand muß, wie Herr v. B.-H. vor einiger Zeit verfügt hat, auch noch das letzte Ehrentitelchen (Rektor), das ihm in einigen Gegenden übrig geblieben war, genommen werden. Dagegen soll der verdienstvolle Lehrer es sich vor wie nach zur Ehre rechnen, wenn ihm vergönnt wird, am Ordensfeste mit dem Unteroffizier und Polizeidiener in einer Reihe stehen zu dürfen. Für den Lehrerstand gelten eben besondere Gesetze in Absicht auf natürliche menschliche Entwicklung der Lebenskraft.

Beim ersten Lesen der Regulative kam es mir vor, als ob nicht nur der eigentliche Inhalt, sondern auch die gesamte Ausdrucksweise von dem Gedanken getragen sei: der Schulmeister ist nach seiner Bildung und socialen Stellung ein armer Wicht, — und daß er das ist, muß ihm begreiflich gemacht und eingeprägt werden. Fast denselben Eindruck machen

ſie auch heute noch. Man braucht nur das neueſte Regulativ für Realſchulen mit unſern Regulativen zu vergleichen, um den verletzenden Stil der letztern deutlich zu empfinden. Nach demſelben Stil hat der Herr Miniſter am 19. Nov. v. J. reden und bis zur Beleidigung verletzend reden müſſen. Die herben, kränkenden Ausdrücke, deren Herr Stiehl ſich gelegentlich in den Kammerverhandlungen bedient hat, will ich nicht einmal erwähnen. Summa: Das 1. Regulativ iſt ein Reglement zur Bildung pädagogiſcher Unteroffiziere; damit ſtimmt faſt alles, was von ſeiten der Schulbehörden ſeit dem 1. Oktober 1854 gethan oder unterlaſſen worden iſt. Wem dieſer Sinn der Regulative bisher noch zweifelhaft geweſen ſein ſollte, für den hat die Erklärung des Miniſters am 10. Mai nunmehr allen Zweifel gelöſt. Sind für gewiſſe Gegenden oder Provinzen oder für gewiſſe Schulen in allen Gegenden nur pädagogiſche Handlanger erforderlich; gut, ſo habe ich nichts dagegen zu ſagen, wenn nur für die andern Gegenden, welche andere Lehrer haben und bezahlen wollen, auch angemeſſen geſorgt wird, und wenn die Lehrer, welche in Wahrheit etwas anderes als Handlanger ſind, nicht mit jenen zuſammengeworfen und alſo in den Ruf gebracht werden, daß ſie nur in ihrem eigenen Dünkel mehr zu ſein prätendierten. Will jetzt ein Lehrer nach der Seminarzeit ſich noch fortbilden, „um ſich für ſtädtiſche Schulen tüchtig zu machen", ſo wird ihm das zwar huldreich geſtattet; aber wie er auch arbeite und ſtrebe, ſolange er bei den Kindern des gemeinen Mannes aushält, muß er dennoch nach dem Staatsmaß mit dem letzten, ſchwächſten Gliede ſeines Standes in einer Reihe bleiben. Wenn Männer wie Kötter in Ruhrort, Eickhoff in Gütersloh, Cremer in Unna u. a. ſich in ihren jüngern Jahren, wie andere ihresgleichen, eine Weile auf das Studium einzelner Wiſſenszweige geworfen und die höhere Lehrerprüfung gemacht hätten, ſo würden ſie jetzt mit Ehren „Rektor" heißen können; nun ſie aber jahrelang unermüdeten Fleiß darauf verwandt haben, ſich für den Dienſt des gemeinen Mannes nach der Länge und Breite des Elementarunterrichts tüchtig zu machen, haben ſie auch nach v. Bethmann'ſchen Grundſätzen für die Zeit ihrer Amtswirkſamkeit keine andere Ehre zu erwarten als die, mit dem unzulänglichſten Kollegen ein ſchlichter „Schulmeiſter" heißen zu dürfen, und nur beim Ausſcheiden etwa noch die Anerkennung, daß ſie würdig befunden worden ſeien, einem dekorierten Polizeidiener gleichgeachtet zu werden.

Muß ich um Entſchuldigung bitten, daß ich auch auf das Kapitel von der „Ehre bei Menſchen" geraten bin? Ich meine nicht. Es handelt ſich mir gar nicht um „eitle Ehre" an ſich, ſondern um Gerechtigkeit. Ungleiches Maß und Gewicht iſt vor Gott ein Greuel, darum darf es mir auch ein Anſtoß und Ärgernis ſein.

Aber es handelt ſich auch eigentlich nicht einmal um Gerechtigkeit und Billigkeit in den Ehrbezeugungen, ſondern vornehmlich darum, daß die mannigfachen guten Kräfte, welche auch im Elementarlehrerſtande ſich kenntlich offenbar machen, nicht brach liegen bleiben und verkümmern, ſondern in allerlei Weiſe, wie es eben gehen will, nutz- und dienſtbar gemacht werden, oder mit andern Worten: daß die würdigen Glieder dieſes Standes von den Banden und der Unehre einer pädagogiſchen

Unteroffizierkaste befreit werden und in das Lehrerleben mehr Zug und Schwung komme. Ein Lehrer, der sich als treu und tüchtig bewährt hat, ist nach meiner Auffassung nicht nur ein gutes, sondern das erste und beste Glied des Schulvorstandes; hat er weiter in seiner Schularbeit und in seinem Wandel als erleuchteter und gegründeter Christ sich bewiesen, so ist er in meinen Augen auch als einer der soliedesten Pfeiler und Vertreter der kirchlichen Gemeinde legitimiert. Und wo sich solche finden, welche die Tüchtigkeit erworben und bewährt haben, jüngere Glieder in den Lehrerberuf einweisen zu können, — sollte ich sie nicht empfehlen, gelegentlich einen derselben zum Seminarlehrer, Schulinspektor oder Seminardirektor zu machen? Von alle dem erkennt das Preußische Schulregiment nichts an. Mitglied des Schulvorstandes kann nach Herrn v. B.-H. der Lehrer nicht werden; darnach versteht es sich von selbst, daß er auch qua Lehrer nicht im Presbyterium und in der Synode Sitz und Stimme haben kann. Wohl werden auch Elementarlehrer als Seminarlehrer angestellt; aber die kümmerliche Besoldung dieser Stellen verrät deutlich genug, daß nur die Not diese Einrichtung hervorgerufen hat. Theologen, die das Elementarschulwesen fast nur durch die Erinnerung aus ihrer eigenen Jugendzeit kennen, und Geistliche, die verbluten würden, wenn man ihnen die weltliche Ader aufschnitte, können in Preußen Seminar-Direktoren werden; aber Männer wie Schüren, die imstande sind, sämtliche preußische Seminar-Direktoren aus dem Sattel zu heben, werden dem Auslande überlassen. Von den Schulinspektoren und Schulräten will ich lieber nichts sagen. Offiziere, Pfarrer, studierte Lehrer u. s. w. haben das tröstliche Bewußtsein, in ihren Behörden durch alle Instanzen hindurch von Männern ihres Fleisches und Blutes beaufsichtigt und vertreten zu sein; der Elementarlehrerstand muß dies schon in Betracht der untersten Instanz entbehren. Für ihn hat die Stelle im allgemeinen Kirchengebet, die da vom Beherrschtwerden durch „Fremde" spricht, noch einen besonderen Sinn.

Es könnte mir nun die Frage entgegengehalten werden: ob nicht die Maßnahmen der Minister v. Raumer und v. B.-H. im Gebiete der Elementarschule bei fast allen einflußreichen Korporationen, Schichten und Ständen in unserm Lande — bei der Kirche, bei den Gemeinderatskollegien, bei Rittergutsbesitzern, Kaufleuten, Bauern u. s. w. — entweder laute oder doch stillschweigende Anerkennung gefunden hätten? und ob ich im Ernst glaubte, für meine Ansichten vom Schulstande und seiner Stellung bei dem großen Publikum Propaganda machen zu können? Darauf antworte ich unbedenklich: die ministeriellen Ansichten und Maßnahmen sind in den meisten einflußreichen Kreisen des Gesamtstaates in demselben Grade populär, als meine Ansichten unpopulär sind. Ein Minister, der auf Popularität spekuliert, kann nichts Besseres thun, als auf dem seit dem 1. Oktober 1854 eingeschlagenen Wege vorwärts gehen. Ich frage dagegen: Wenn die Landesvertretung oder ein Minister einmal darauf verfiele, den Rittergutsbesitzern, oder den Offizieren, oder den Advokaten, oder den großen Fabrikanten, oder den Geistlichen kräftig am Zeuge zu flicken oder gar ins Fleisch zu schneiden — würde eine solche Maßregel an einem dieser Stände nicht bei allen andern stillen oder

lauten Beifall finden? Man müßte keine Geſchichte kennen oder nicht wiſſen, was für ein Gemächte die Menſchen ſind, um über die Popularität ſolcher Maßregeln zweifelhaft ſein zu können. In Anſehung des Elementarlehrerſtandes kommt aber noch ein beſonderer Umſtand hinzu. Der Elementarſchulſtand, wie er heutzutage ſich darſtellt, iſt ein Neuling, ein Parvenü — das betone ich — und: er iſt zum Dienſt der unterſten, der an Gut und Einfluß ärmſten Schichten der Geſellſchaft berufen. Mit dieſen beiden Thatſachen ſind die meiſten der ungünſtigen Urteile und Geſchicke, die je und je, da und dort über dieſen Stand ergehen, ausreichend zu erklären.

Bevor der moderne Elementarſchulſtand auftrat, war die Welt in ihrer Art ordentlich verteilt, ein Stand gegen den andern durch langjähriges Herkommen leidlich abgegrenzt. Der „Schulmeiſter" alten Stils zählte bei dieſer Teilung der Erde gar nicht mit. Da verſuchten ſeiner Zeit wohldenkende Staatsmänner, Geiſtliche und Lehrer an höhern Schulen aus dem, was in ſocialer Beziehung noch nichts war — aus dem Schulmeiſter — etwas zu machen. Der Verſuch iſt gelungen; der moderne Schulſtand iſt als wirklicher Stand da. Die Gemeinden, welche Schulhäuſer bauen, Normalgehälter auswerfen, das Schulgeld erhöhen mußten u. ſ. w., wiſſen davon zu ſagen. Ebenſo die Kirche. Des „knechtlichen" Küſterdienſtes hat ſich die in der „Penſion" des Staates vorgebildete Tochter meiſtens zu entledigen gewußt; iſt ſie auch noch nicht rechtlich für mündig erklärt, ſo fängt ſie doch immer mehr an, thatſächlich Kopf und Mund zu gebrauchen. Auch in den Familien- und geſelligen Kreiſen hat der Parvenü Neuerungen veranlaßt. Der Vater oder Großvater, welcher noch recht gut ſich erinnert, daß man in ſeinen jungen Tagen vor dem „Schulmeiſter" nicht viele Komplimente machte, hat ſich nach und nach daran gewöhnen müſſen, vor dem „Herrn Lehrer" die Mütze oder den Hut abzunehmen. In Bürger-, Bauern- und Paſtorenhäuſern, wo der Schulmeiſter vor 50 Jahren die Magd freiete, darf der Lehrer von heutzutage ſchon um die Tochter werben, wiewohl bei ſolcher Werbung hier und da auch jetzt noch allerlei Schwierigkeiten zu überwinden ſind, welche bekunden, daß in ſolcher Gegend der neue Lehrer aus dem alten Schulmeiſterſtadium noch nicht völlig herausgekommen iſt. Man braucht nur ein wenig unter allerlei Leuten geweſen zu ſein und ſich nur ein wenig auf die chemiſche Analyſe der Volksurteile und Volksſtimmungen zu verſtehen, um bald inne werden zu können, einmal, daß der moderne Lehrerſtand bei allen bevorzugten Ständen keine persona grata iſt, und zum andern, daß faſt überall auch nur ſein Parvenü-Charakter dieſe Antipathien hervorruft. Tritt nun obendrein in den perſönlichen Eigenſchaften der Lehrer ſelbſt dieſe Neulingsnatur noch etwas ſtark hervor, wie es denn kaum anders ſein kann, ſo giebt das den Antipathien neuen Anlaß und Nahrung. Daneben kann man die Beobachtung machen, daß der einzelne Schulbezirk für ſeinen Lehrer, falls deſſen Perſönlichkeit dazu angethan iſt, ungewöhnliche Achtung, Anhänglichkeit und Opferwilligkeit bezeigt, während dieſelbigen Leute für den Lehrerſtand als ſolchen nicht ſo ſehr eingenommen ſind. Dem Lehrer, welchen ſie den ihrigen nennen, gewähren ſie gern, was ſie dem Stande überhaupt verweigern. (Dieſer

Bei dieſer meiner innern Stellung zu den miniſteriellen Anſchauungen und Beſtrebungen wird mir, wie Sie erkennen werden, die Redaktion des Evangeliſchen Schulblattes gar drückend. Wenn es hinfort dabei bleibt, daß die Lehrer Rheinlands und Weſtfalens, und ſogar die in Jülich, Cleve, Berg und Mark, mit denen in Pommern, Brandenburg u. ſ. w. nach einer allgemeinen Staatsregel gebildet und behandelt werden ſollen, ſo muß ich mit oder wider Willen gegen dieſes Bethmann-Stiehl'ſche Schulregierungs-Syſtem in meiner Weiſe ebenſo entſchieden Oppoſition machen, als es der H. v. B.-H. ſeinerzeit gegen das Staatsregierungs-Syſtem Manteuffel's gethan. Es wird mir aber ſchon übel zu Mut und weh ums Herz, wenn ich nur daran denke. Wie könnte die ſtille Schularbeit bei ſolchem Lärmen und Kriegen gedeihen? Und was für ein Erfolg ließ ſich auch von der Oppoſition verſprechen, ſelbſt wenn ſie mit mehr Weisheit und Geſchick geführt würde, als mir zu Gebote ſteht? Auf der gegneriſchen Seite iſt zur Zeit alles, was im öffentlichen Leben Macht und Anſehen hat, durch Intereſſe oder Überzeugung aufs engſte verbunden: das Miniſterium, die Schulbeamtenſchaft, das Kirchenregiment, die Geiſtlichkeit, die Rittergutsbeſitzer, die „Herren", die reichen Bürger und Bauern, die Lehrer der höheren Schulen und ſämtliche politiſchen Parteien mit alleiniger Ausnahme etwa der reinen Demokratie. So käme unſereiner mit Dieſterweg, den Reform-Juden und den von Gott loſen Diſſidenten in einer Reihe zu ſtehen. Da iſt alſo kaum etwas anderes abzuſehen, als daß man über den Kämpfen für ein geſundes Schulweſen Schaden an der eigenen Seele nehme.

Aber was ſoll man thun? d. h. was ſoll ich auf meinem Poſten als Redakteur thun? Der Lehrerſtand gleicht einer Herde ohne Hirten; alles rennt, wie verblendet, verwirrt durcheinander. Seitdem Dieſterweg Abgeordneter geworden, haben ſeine Rheiniſchen Blätter mehr Leſer gewonnen, als ſie vielleicht je gehabt haben. Ein Lehrer meiner Bekanntſchaft und zwar ein ſolcher, der mehr chriſtliche Redensarten zu verbrauchen pflegt, als mir zu Gebote ſtehen, äußerte neulich: „Dieſterwegs religiöſe Anſichten teile ich nicht, aber ich muß doch ſagen, daß mir die Rheiniſchen Blätter unter allen pädagogiſchen Zeitſchriften noch immer die liebſten ſind." Die Schulpfleger und Paſtoren ſuchen meiſtens — wenn ſie überhaupt etwas thun — das Brandenburger und Schleſiſche Schulblatt in die Lehrer-Leſezirkel zu bringen. Das iſt wenigſtens klug gehandelt. Dieſe Blätter leiſten das Gebührliche und Ungebührliche, um den Lehrern die von den Regulativen beabſichtigte Weisheit und Beſcheidenheit beizubringen; ſie ſind ſo fromm und gut, und machen niemals Oppoſition; namentlich fällt es ihnen nicht ein, an den Geiſtlichen pädagogiſche Mängel ſehen zu wollen. Die Lehrer laſſen ſich um des lieben Friedens willen dieſe Lektüre gefallen; gegen etwaige Unverdaulichkeiten, die dabei vorkommen können, thun die nebenher eingenommenen Dieſterweg'ſchen Abführpillen die benötigte Wirkung. In dieſen Lehrerkreiſen Rheinlands und Weſtfalens fällt es natürlich keinem ein, unſer Schulblatt für ſich zu halten; das Schulblatt kann froh ſein, wenn es neben andern im Leſezirkel geduldet wird. Eine Wirkung kann es auf ſo beſtelltem Boden ohnehin nicht ausüben. Unſer Blatt ſucht mit dem Chriſtentum nach

allen Seiten hin Ernſt zu machen, dringt nicht bloß auf pädagogiſche und chriſtliche Einſicht, ſo vor allem auf ein chriſtliches Gewiſſen. Die Maſſe der Lehrer, wie ſie einmal iſt, ließe ſich die gebräuchlichen chriſtlichen Redensarten vielleicht noch gefallen, wenn das Gewiſſen dabei in Ruhe gelaſſen würde. Die Stimmung dieſer Leute kann ich an einem Beiſpiel anſchaulich machen. Ein Kandidat, der an ſeinem früheren Wohnorte mit dem dortigen Lehrer das Evangeliſche Schulblatt gemeinſam gehalten hatte, traf dieſen vor kurzem wieder. Es entſpann ſich folgendes Geſpräch. Kandidat: „Was ſagen Sie zu dem Aufſatze im Ev. Schulblatt über die Regulative?“ — Lehrer: Ich leſe das Ev. Schulblatt nicht mehr. — K.: „Warum nicht?“ — L.: Es behandelt zu viel die religiöſen Sachen, es iſt zu theologiſch. — K.: „Den Eindruck habe ich nicht. Sie haben wohl einen frühern Jahrgang zur Hand; laſſen Sie uns einmal die religiöſen Artikel zählen! Nicht wahr, deren iſt doch eine kleine Zahl?“ — L.: O ja, das iſt wahr; aber in den andern Artikeln kommt doch immer das Religiöſe mit vor. — K.: „Freilich, aber das finde ich eben ſehr recht. Iſt denn die Religion bloß für den Sonntag da? Iſt es nicht viel mehr das Rechte, alles mit chriſtlichem Sinne zu betrachten und zu thun?“ — L.: Aber das Ev. Schulblatt betrachtet alles von einem ſo einſeitigen chriſtlichen Standpunkte. — K.: „Da finde ich gerade das Gegenteil. Es laſſen ſich doch gewiß ſehr verſchiedenartige Stimmen im Schulblatte vernehmen: Strenge Lutheraner, Unierte, Schleiermacherianer, ein Theologe aus der Beckſchen Schule, ſchlichte Pietiſten, Menkenianer und, wer weiß, was ſonſt noch für -iſten und -aner, und der Redakteur ſelbſt iſt doch ſo weitherzig und ſo wenig dogmatiſch zugerüſtet als möglich.“ — — Da haben Sie ein Exemplar aus der großen Majorität des Lehrergeſchlechts, das die ſchwere regulativiſche Rüſtung tragen und die bibliſchen Geſchichten „erlebt“ haben und „erleben“ laſſen ſoll, in nuce. Wie ſoll man einem ſolchen, in der Irre gehenden Geſchlechte beikommen, zumal der Gang des heurigen Schulregiments die Köpfe noch verwirrter und die Herzen noch verdrehter und unzugänglicher machen hilft. Nach der Auffaſſung dieſer Leute iſt an allem, was ſie in ihrer Stellung drückt oder hemmt oder geniert —, kurz, an allem Übel — die Kirche, das einſeitige dunkelmänniſche Chriſtentum, das Paſtorenregiment ſchuld; die „Pfaffen“ und ihre „Schleppenträger“, wie der Dörpfeld in Barmen und Konſorten, — die ſind es, welche ein friſches, freies, fröhliches Schulleben durch ihre Verſchrobenheit aufhalten. Seit der Einführung der Regulative und was darauf gefolgt, ſteht dieſe Anſicht vollends felſenfeſt. Es iſt mir unbegreiflich, wie die Schulbehörden von dem Miniſterialrat bis zu den Paſtoren über die irren und wirren Gedanken, welche da unten in der Tiefe des Elementarſchulſtandes umlaufen und gären, ſo gar keine Kenntnis zu haben und zu glauben ſcheinen, wenn man auf den ſiedenden Topf den Deckel feſt aufdrücke, ſo ſei alles wohlgemacht. (In manchen Regierungsbezirken z. B. in der Grafſchaft Mark, im Oberbergiſchen, im Jülich'ſchen und Cleviſchen, in Aachen und Trier ſieht es wahrhaftig böſe und traurig aus; im Regierungsbezirk Merſeburg ſoll, wie mir ſichere Leute berichtet haben, vielfach eine wahrhaft furchtbare Erbitterung unter den Lehrern herrſchen.) Freilich müſſen die zahlreichen,

auch von Lehrern unterschriebenen Petitionen für die Regulative auf der einen Seite, und das Schweigen der übrigen Lehrer, z. B. in der Rheinprovinz, die Behörden in ihrer Meinung vollends sicher gemacht haben. Ich halte auch die meisten der vorbezeichneten Lehrer nicht für innerlich schlecht, sondern mehr für irregeleitet und kopfverdreht, namentlich verdreht und verwirrt durch die faulen, geistlichtoten kirchlichen Zustände in ihrer Umgebung. Wie mögen sie aber aus der Irre zurückgebracht werden? Über das „Wie" und besonders über das ungesunde kirchliche Klima wäre viel zu sagen. Ich erlaube mir nur auf die eine Hauptbedingung zu verweisen, welche die Staatsregierung wenigstens teilweise erfüllen kann: der Geist des Mißtrauens, der diese Leute gefangen hält und sie fast alles schief sehen läßt, muß verbannt werden. Wenn die Schuloberen dazu nichts beitragen können oder wollen, nicht einmal um den bösen Geist in der Tiefe sich bekümmern mögen, so wird es ihnen ergehen, wie es auch unserm Barmer Kirchentum und seinen Oberen auf die Dauer ergehen muß, die ebenfalls, ohne nach unten zu sehen, eifrig am Kirchengiebel bauen, während das vielgelesene „Barmer Bürgerblatt" — das krasseste Demokratenblatt, was in der Rheinprovinz existiert — im Sinne der Berliner „Volkszeitung" tagtäglich die kirchlichen Fundamente untergräbt. (Meines Wissens sind in keiner politischen Zeitschrift so heftige Artikel gegen die Regulative erschienen, als in dem „Barmer Bürgerblatte", und zwar bis in die jüngste Zeit hinein; die Pastoren bleiben aber stumm, sie petitionieren dagegen in der Stille, daß der Herr Minister für sie die Regulative schütze und aufrecht halte.)

Daß zur Belebung eines besseren Sinnes im Schulstande wenigstens etwas, ja viel geschehen kann, wenn die Umstände d. h. die kirchlichen Zustände und die sociale Stellung der Lehrer, nicht gar zu ungünstig sind, dafür liegen beweisende Thatsachen vor.

Der im Jahre 1848 entstandene „Evangelische Lehrer-Verein" hat, namentlich im Regierungsbezirk Düsseldorf, manches Gute gewirkt, besonders in seiner Jugendzeit. Seine Geschichte zeigt aber doch, daß er das rechte Gleis und den rechten Nahrungsstoff zur Aufbauung und Erhaltung einer gesunden evangelisch-christlichen Lehrergemeinschaft nicht gefunden hat. Seit fünf Jahren stellt er weiter nichts dar, als eine jährliche, ziemlich jämmerlich aussehende Konferenz, einen Haufen Volks, der so wenig den Namen „Verein" verdient, als ein Steinhaufen ein Gebäude heißen kann. Würde der „Evangelische Lehrer-Verein" nicht ehrenhalber noch aufrecht erhalten, besonders vom Bergischen aus, so wäre sein Name bald verschollen.

Wir bergischen Lehrer haben Gott Dank! einen besseren Weg gefunden. Vor etwa fünf Jahren vereinigten sich drei Lehrer dahin, daß sie alle 14 Tage zusammenkommen und den ganzen Nachmittag dazu verwenden wollten, nach und nach ein ganzes biblisches Buch miteinander durchzusprechen. Die drei haben ihr Vornehmen treulich ausgeführt, obwohl sie jedesmal einen Weg von fast zwei Stunden hin und her zurückzulegen hatten. Anfänglich wollten sich keine anderen Teilnehmer herzufinden. Fast ein ganzes Jahr lang blieben sie allein. Mittlerweile gelang es einem unter ihnen, in einem andern Distrikt auch mit einigen

Kollegen zu einer solchen Gemeinschaft zusammenzutreten. Seitdem ist die Sache still, aber stetig gewachsen, besonders seit dem Erscheinen des Schulblattes. Aus den drei Personen sind nun sechs Haufen von acht bis fünfzehn Mitgliedern geworden, die sich wie ein Netz über das niederbergische Land ausbreiten. Jährlich kommen sämtliche Bibelkonferenzen auf einen ganzen Tag im bekannten Neanderthale zusammen. Es ist mir im Laufe der Zeit mehr und mehr zur Gewißheit geworden, daß in diesen kleinen Gemeinschaften ein treffliches Mittel zur Erzielung und Erhaltung eines gesunden festen Kernes im Lehrerstande gefunden ist. Man könnte sie wohl „Konventikel" heißen, obwohl sie in der äußern Form und Haltung von den hergebrachten Konventikeln sehr abweichen. Eine Schule zur Erlernung christlicher Phrasen sind sie durchaus nicht. Auf große, zahlreiche Versammlungen ist's nicht abgesehen; auch nicht auf eine Wirksamkeit nach außen, in die Öffentlichkeit hinein. Sie haben ihren Zweck in sich, in ihrem Bestande. Wachstum des einzelnen in der Erkenntnis des Wortes der Wahrheit ist gemeint. Wir gehen von der Überzeugung aus, daß die Schriften der Apostel und Propheten in Luthers deutscher Mundart die wahren und echtesten Klassiker des deutschen Volkes und namentlich des nicht-gelehrten deutschen Lehrerstandes sind; daß der letztere nicht nur in ihren Wahrheiten die Richtschnur seines christlichen Sinnes und Lebens, sondern in einer eingehenden Beschäftigung mit ihnen das Centrum seiner Bildungsmittel zu suchen habe. Mit diesen Grundsätzen wollen wir nach besten Kräften Ernst machen. Die Beweise guten Erfolges liegen schon vor, wovon aber hier insonderheit nichts zu sagen ist. Nur von dem, was vor Augen liegt, will ich noch bemerken, daß im Laufe der Jahre bei allen Mitgliedern die Liebe zu diesen Bibelkonferenzen, zu der Schriftforschung daheim und zu dem Schulunterricht in göttlichen Dingen immer mehr zugenommen hat. Die Konferenzgenossen wohnen zum Teil weit auseinander und müssen sich daher weite Wege gefallen lassen. Zu der am stärksten besuchten Konferenz in Bohwinkel bei Elberfeld müssen die Freunde von der Niederwupper einen Weg von 3 bis $3\frac{1}{2}$ Stunde hin und zurück zu Fuß machen, und doch fehlen sie auch zur Winterzeit selten seit nun c. vier Jahren. Das zeugt doch von einem Eifer, wie er selten angetroffen wird. Auch das ist noch zu sagen: In unserer Wupperthaler Konferenz sitzen strenge Ravensberger Lutheraner, Reformierte, Unierte, süddeutsche „Pietisten", und andere, die, wie der Schreiber dieses, sich alle dogmatischen Systeme vom Leibe zu halten suchen, friedlich nebeneinander und sind so zusammengewachsen, daß, wenn irgend ein beliebiges Glied aus dem bunten Kreise scheiden sollte, alle andern ihm nur mit Schmerz nachsehen würden. Auch mehrere Pastoren, namentlich jüngere, und Kandidaten nehmen an diesen Bibelkonferenzen teil. Diese Lehrer-Gemeinschaften sind freilich auch im Bergischen etwas Neues unter der Sonne. Wie bereits bemerkt, geht unser Streben aber nicht dahin, irgendwie mit vereinten Kräften nach außen, in die Öffentlichkeit hineinzuwirken. Doch ist auch ohne vorgefaßte Absicht in dieser Beziehung etwas geschehen. Es bestand nämlich eine alte allgemeine bergische Lehrerkonferenz und zwar von den Zeiten des alten Daniel Schürmann her. Anfänglich wurde sie von diesem und dessen Freunden und Schülern

geleitet. Nach Errichtung des Mörser Seminars nahm sie nach und nach den damaligen Diesterweg'schen Charakter an. In den vierziger Jahren wurde sie von lichtfreundlich-demokratischen Elementen beherrscht. Im Jahre 1846, als in dieser Konferenz die „Wünsche bergischer Lehrer" beraten werden sollten, ging ich von Fild aus hin und opponierte den Wortführern auf eigene Faust nach Leibeskräften, hatte aber, wie mir später nachgesagt wurde, von Glück zu sagen, daß ich nicht zum Fenster hinausgeworfen wurde. Seitdem die Bibelkonferenzen ins Leben getreten und stark geworden sind, ist die Leitung jener alten bergischen Konferenz faktisch und förmlich in unsere Hände übergangen. Von ganz besonderer Bedeutung sind diese kleinen Bibelkonferenzen noch für die heranwachsenden jungen Lehrer. Diejenigen, welche, wenn auch nur leise, sich zu dem „Schönsten unter den Menschenkindern" und seinen geheimnisvollen Reden hingezogen fühlen, finden in diesen Zusammenkünften die beste Gelegenheit, jenem Zuge ihres Herzens ungeniert folgen zu können. Hier wird den neuen, nach Wahrheit suchenden Ankömmlingen kein fertiges dogmatisches System über den Kopf geworfen. Jeder darf ohne Scheu alle seine Bedenken, Zweifel, Verständnisse und Mißverständnisse frei aussprechen. Es wird ihnen nichts weiter zugemutet als zu kommen, zu hören, zu fragen und am Lernen zu bleiben. In diesem Betracht haben wir an den Bibelkonferenzen ein Institut, wie es in meinem Gesichtskreise noch nicht dagewesen, obwohl, wie mich dünkt, eine Gelegenheit, wo man freimütig fragen kann, in der christlichen Kirche gerade so nötig ist, wie die, wo ungefragt nur geantwortet, „gepredigt" wird. Ich weiß aus eigener bitterer Erfahrung zu gut, wie übel ein junger Mensch beraten ist, der einen inneren Zug zur biblischen Wahrheit hat, aber keinen Menschen, keine Gemeinschaft finden kann, wo er seine Bedenken offen sagen und klagen darf, um nicht, so viel an mir ist, dafür sorgen zu helfen, daß unsere Bibelkonferenzen auch hierin ihrer guten Art treu bleiben.

Daß also zur Belebung eines besseren Sinnes im Lehrerstande noch vieles möglich ist, davon kann mein liebes bergisches Land Zeugnis geben. Doch ist im Vorigen noch nicht alles gesagt, was gesagt werden könnte. Schrieb ich dieses an Herrn Diesterweg, der vor dem dummmachenden Bibelstudium warnt und dafür die Naturforschung empfiehlt, so würde ich ihn auffordern, mir aus dem Haufen der Lehrer, welchen seine Warnung gefällt, mir so viel Freunde und Kenner der heimatlichen Natur und Geschichte aufzuweisen, als sich deren unter den Genossen unserer bergischen Bibelkonferenzen befinden, und ihn schließlich fragen: welche Naturbetrachtung die edlere und ergiebigere zu sein behaupten dürfe, — die, welche das Haupt und das Ziel der Schöpfung kennt, oder die, welche beides ignoriert, oder gar, soviel an ihr ist, die Natur und die Menschheit enthaupten möchte?

Leider sind Boden und Klima für solche Institute nicht überall so günstig wie im „Lande der Berge." Unter den Gliedern des „Evang. Lehrer-Vereins" an der Niederruhr, im Jülich'schen, im Mörsischen und in der Mark haben einzelne auf mein anhaltendes dringendes Anmahnen auch wohl Versuche gemacht, aber nichts zu dauerndem Bestande gebracht. Auch bin ich bemüht gewesen, den Freunden und Bekannten in den ver-

ſchiedenſten Gegenden unſeres deutſchen Vaterlandes die Errichtung ſolcher kleinen Herde zum Warmhalten eines würdigen chriſtlichen Lebens und Strebens ans Herz zu legen. Meine Vor- und Ratſchläge wurden ſtets mit freudigſter Zuſtimmung aufgenommen. Aber von faſt allen norddeutſchen Freunden erhielt ich nach Zeit und Weile die traurige Nachricht, daß alle ihre Verſuche zu keinem erfreulichen Ergebnis gelangen wollten; Boden, Klima und Wetter ſeien noch zu ungünſtig. Alſo nicht nur zur Errichtung der erforderlichen öffentlichen Seminare iſt der Preußiſche Staat zu arm; für die beſchriebenen Fortbildungs-Seminarien, die ihm keinen Heller koſten, fehlt es ſogar an der benötigten Lebensluft.

Die letztgenannten betrübenden Thatſachen konnten natürlich für mich als Redakteur eines Evangeliſchen Schulblattes wenig ermunternd ſein. Immer mehr hat ſich in mir die Überzeugung befeſtigt, daß eine Schulzeitſchrift, wie ich ſie wünſche, nur da Boden hat, wo ſolche kleinen Bibelkonferenzen (oder ähnliche Inſtitute) wenigſtens moraliſch möglich ſind. Unſer Evangeliſches Schulblatt hat zur Zeit etwa 450 Abonnenten. Davon wohnen etwa ein Viertel außer Rheinland und Weſtfalen. Von den übrigen kommt ca. ein Viertel allein auf das kleine niederbergiſche Land. Darnach iſt klar, daß hier im Bergiſchen der Weltlauf auf eine kräftige Gegenſtrömung ſtößt, ſonſt müßte ſich doch wiederholen, daß ein Prophet in ſeinem Vaterlande nicht viel gilt, und zumal ein Schulprophet, der von dem Schulrat, den Schulpflegern und den meiſten Paſtoren ſeiner Heimat auch nicht der geringſten Unterſtützung ſich zu erfreuen hat. Unter welchen Bedingungen, menſchlich zu reden, eine ſolche kräftige Gegenſtrömung möglich iſt, das könnten die Preußiſchen Schuloberen an der Geſchichte und Einrichtung unſeres Bergiſchen Schulweſens ſtudieren, wenn ſie wollten. Es ſcheint aber den Verlauf nehmen zu wollen, daß dieſes lehrreiche Stück deutſcher Schulgeſchichte immer unlesbarer werde. Herr v. B.-H., der ſo lange am Rhein gelebt hat, ſcheint vom Bergiſchen Lande nichts mehr zu kennen, als einige Paſtoren und was er von dieſen gelegentlich erfahren hat, ſonſt hätte er am 10. Mai das Schibboleth nicht in ſo fremdländiſchem Dialekt ausgeſprochen. Eine Zeit lang habe ich leiſe gehofft, der Herr Miniſter werde durch die Lobpreiſungen ob ſeines Feſthaltens an dem v. Raumer'ſchen Schulregierungsſyſtem gerade von der politiſchen Partei, die ihn im übrigen aufs heftigſte bekämpft, an dieſem Syſtem etwas irre werden. Dieſe leiſe Hoffnung iſt durch d. 19. Nov. vorigen Jahres begraben worden. Zu dem, was nach meiner Anſicht nötig iſt:

zu einer ernſten Korrektur des 3. Regulativs in Betreff des Religionsunterrichts; —

zu einer Aufhebung des 1. Regulativs in denjenigen Gegenden, wo man keine pädagogiſchen Unteroffiziere brauchen kann, und wo eine Reform der Seminarien nach den oben erwähnten Vorſchlägen ſo nützlich wie nötig iſt; —

zu der Anbahnung einer ſolchen ſocialen Stellung des Lehrerſtandes, wonach er auch in den Augen des Staates nicht mehr mit dem Polizeidiener und Gensdarmen rangiert; —

zur Vorlage einer ſolchen Schulordnung, nach welcher wenigſtens dem erfahrenen und bewährten Lehrer erlaubt iſt, auch einen Kopf zu haben; —

zu einer Freimachung d. h. zu einem „in Dienſt nehmen" der tüchtigeren Kräfte im Schulſtande für weitere Kreiſe ihres Gebietes, z. B. ſo, daß für die Hauptlehrerſtelle an einer drei- und mehrklaſſigen Schule ein beſonderes Examen gemacht werden müſſe, und den Lehrern dieſes Ranges nach offenkundiger Bewährung der Titel „Rektor" verliehen werde; daß hier und da ein tüchtiger Lehrer für eine Stadt oder einen Kreis als ſelbſtändiger Schulinſpektor, oder ein anderer da und dort zum Seminar-Oberlehrer oder Seminar-Direktor ernannt werde; daß in jedem Regierungsbezirk ein Lehrer-Ausſchuß gebildet werde, der über die vorhandenen oder neu einzuführenden Schulbücher, über zu erlaſſende wichtige Verordnungen u. ſ. w. gutachtlich ſich zu äußern hätte und ſeinerſeits Anträge an die Regierung ſtellen könnte;

endlich zur Verwendung ſeines Einfluſſes als Miniſter dahin, daß der niedere und höhere Lehrerſtand in den kirchlichen Organismus eingeordnet werde;

zur Anbahnung ſolcher Reformen, kurz, zu einem Bruch mit dem v. Raumer-Stiehl'ſchen Syſtem wird der Herr v. B.-H. nach dem, wie er ſich bisher ausgeſprochen hat, ſich nie entſchließen. Von ſeinen „Vermittelungen" und Berichtigungen von „Mißverſtändniſſen", die in der Geſchichte der Regulative bereits ſprichwörtlich geworden ſind, kann ich nur das Gegenteil von dem erwarten, was er wohlmeinend davon hofft. „Klar und wahr" iſt allezeit meine Loſung geweſen und wird es, ſo Gott hilft, auch bleiben; darum will ich mit der Geſchichte der Regulative unverworren ſein. Herr v. B.-H. weiß es nicht, aber ſeinem klugen Rate kann es nicht verborgen ſein, daß in der Verteidigung der Regulative früher und noch am 19. Nov. vorigen Jahres Behauptungen mit untergelaufen ſind, die jeden ehrlichen Mann, der das Schulgebiet ein wenig kennt, in der Seele entrüſten mußten, und dem Preußiſchen Schulregimente viele Gemüter im Lehrerſtande entfremdet haben. Kann ſelbſt ein Herr v. B.-H. den Schulangelegenheiten nicht auf den Grund ſehen und von alten, langbeklagten Übelſtänden Abhülfe ſchaffen, ſo liegt es auf der Hand, daß die rheiniſchen Lehrer, und ſonderlich wir niederrheiniſchen, für die Klärung und Verbeſſerung ihrer Stellung von der Central-Regierung nichts zu hoffen haben, da kein Grund vorliegt, der auf einen einſichtigern und würdigern Kultusminiſter als wir jetzt haben, hoffen ließe.

Ich begreife freilich nicht, wie ein Staatsmann es für eine weiſe Politik halten kann, einen durch den ganzen Staatsleib verzweigten, in den wichtigſten Funktionen gar nicht kontrollierbaren Stand, wie der Schulſtand iſt, in einer ſo iſolierten Stellung und in dieſer auf Einſeitigkeit und Egoismus angelegten Stellung frei agieren zu laſſen. Mir zeigen ſich für die Behandlung des Lehrerſtandes auf die Dauer nur zwei Wege: entweder muß der Elementarlehrer ganz und gar wie der Unteroffizier gehalten und behandelt, und müſſen, wie in Baden ſeit der Revolution, alle freien wie alle größern amtlichen Konferenzen verboten werden; oder aber *der Lehrerſtand muß in irgend einem Maße in den ſtaatlichen wie kirchlichen Organismus ſo eingereihet werden, daß ſein iſoliertes, einſeitiges und egoiſtiſches Denken und Streben durchkreuzt und gebrochen,*

und damit innerlich potenziert und dem Allgemeinen dienstbar gemacht werde. Mit der Errichtung der Seminarien und was damit zusammenhing, hatte seinerzeit das Preußische Schulregiment den letztern Weg dem Anfange nach betreten. Auf diesem Anfangspunkte stehen bleiben, konnte man nicht, fortgehen wollte man nicht; darum mußte der Rückweg angetreten werden. v. Raumer und Stiehl haben ihn endlich mit Energie und Erfolg eingeschlagen und das Preußische Schulwesen wieder auf den ersten Weg gebracht. Herr v. B.-H. hat das Werk seines Vorgängers als ein treffliches anerkannt und gedenkt es mit Hülfe seines getreuen Rates in der eingeschlagenen Richtung fortzuführen. Der rheinische Lehrerstand weiß nun, wohin er sich mit seinen Hoffnungen und Bitten nicht wenden darf. Es bleibt ihm nun noch der einzige Ausweg übrig, sich mit einer deutlichen und dringlichen Appellation an die zweite Kammer zu wenden. Dies wird ohne Zweifel auch im Laufe dieses Jahres mit dem möglichen Nachdruck geschehen. Der Herr Minister hat das Schweigen der rheinischen Lehrer nicht verstanden. Es ist ein böses Ding um verschmähtes Vertrauen. Eine Appellation an die Kammern und somit an die politischen Parteien kommt mir ungemein hart an. Aber was ist zu machen? Man muß in Gottes Namen aus der Not eine Tugend machen. Soviel an mir ist, werde ich dahin trachten, daß die Abgeordneten in jeder Beziehung klare, deutliche Rede zu hören bekommen, namentlich über die ausgezeichnete Fürsorge, deren sich das niederrheinische Elementarschulwesen von seiten seiner berufenen Versorger zu erfreuen gehabt hat — (z. B. 15 Seminaristen werden jährlich ausgebildet, während beinahe die doppelte Zahl nötig ist) — über Seminarbildung, Religionsunterricht u. s. w. Wenn bei dem runden, ehrlichen Protest gegen die offenkundigen Mängel der Regulative und gegen das die gesamte Stellung des bergischen Schulstandes empfindlich kränkende Schulleitungs-System des Raumer-Bethmann'schen Ministeriums auch nur einer der bergischen Lehrer dahinten bleibt, so wird es meine Schuld nicht sein. Zunächst werde ich auf die Abfassung einer, auch für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift bedacht sein; das Weitere wird sich dann finden.

Was soll aber aus dem „Evangelischen Schulblatte" werden? Nachdem ich mir die Finger müde geschrieben, um Leser und brauchbare Mitarbeiter zu gewinnen, und auch so viele zusammengebracht habe, daß das Blatt wenigstens ein leidliches Aussehen hat; nachdem ich für sein Bestehen in einer Weise mit persönlichen Opfern eingetreten bin, wie es nicht leicht ein anderer thun würde, muß ich am Ende die niederschlagende Erfahrung machen, daß Zeit und Kraft und Geld an ein thörichtes, zukunftloses Unternehmen verschwendet worden sind. Das preußische Staatsschulregiment und die Kirche verfolgen in der Bildung der Lehrer und in der Gestaltuug des Schulwesens ein Ziel, dem ich innerlich nicht zustimmen und zu dem ich mich also auch nicht öffentlich bekennen kann. Mein Widerspruch beruht, so weit ich zu sehen vermag, keineswegs meinerseits auf so etwas, wie Idealismus und Phantasterei, während auf der andern Seite vorzugsweise die nüchterne Anschauung der wirklichen Lebensverhältnisse vertreten wäre. Es ist mir niemals in den Sinn gekommen, zu wünschen, daß alle Lehrer nach demselben Maßstabe gebildet werden möchten; ein

idealistisches Hinaufschrauben des Lehrerstandes ohne Rücksicht auf die lokalen Bedürfnisse habe ich nie befürwortet. Im Gegenteil würde ich solche Tendenzen gern nach Kräften bekämpfen; aber wie kann ich? Das von dem Geheimrat Stiehl erfundene Prokrustesbett, wohinein nun der gesamte preußische Lehrerstand ohne Rücksicht auf lokale Bedürfnisse und historisch gewachsene Zustände gezwängt werden soll, legt mir zunächst die saure Pflicht auf, gegen das neupreußische, undeutsche und unmoralische Centralisierungssystem Protest zu erheben, und solange ich im Evangelischen Schulblatte reden darf und solange das preußische Schulregiment dem niederrheinischen Schulwesen nicht vollständig gerecht werden will, werde ich bei diesem Proteste beharren müssen. Können Ew. Hochwohlgeboren einer solchen anti ministeriellen Richtung des Schulblattes nicht zustimmen, so räume ich den Redaktionsposten gern einem andern ein. Zur Verwendung der Zeit und Kraft, welche mein Amt mir übrig läßt, bietet meine bergische Heimat hinlänglich Raum dar.

Ein vernünftiger Gottesdienst und preußischer Herrendienst — sind sie für mich vereinbar oder nicht? — Das ist die Frage in Ansehung des Schulbattes.

Verzeihen Sie gütigst, wenn ich im Vorstehenden über Personen und Verhältnisse nicht immer in geziemender Weise geredet habe. Ich wollte mein Herz ausschütten und darum habe ich herausgeschüttet, was und wie es darin war. Wenn meine Hoffnung sich erfüllt, dann wird dieses die letzte Beichte dieser Art sein, die ich Ihnen aufdränge.

Gott zum Gruß!

Ew. Hochw.

hochachtungsvoll und dankbar Ergebener.

---

## VI. Briefwechsel mit Dr. Alb. Lange über die Schulverfassungsfrage.

Professor Hülsmann hatte Dörpfeld mitgeteilt, daß Dr. Lange bereit sei, „die freie Schulgemeinde" in der „Kölnischen Zeitung" zu besprechen. Daraufhin entspann sich folgender (im Unwesentlichen gekürzter) Briefwechsel:

Barmen, den 26. Okt. 1863.

Geehrter Herr Oberlehrer!

. . . Herr H. hat Ihnen wohl mitgeteilt, warum ich gerade eine Besprechung resp. Anzeige des Buches in der Köln. Zeitung wünsche. Mein Absehen geht auf die katholischen Lehrer. Auf anderem Wege ist ihnen das Buch nicht nahe zu bringen. Ich habe aber guten Grund zu glauben, daß gerade auch manche kath. Lehrer meine Aufsätze mit Nutzen und Interesse lesen können. Sie sitzen noch mehr in der Klemme zwischen Kirche und Staat als die evangel. Lehrer, und in der That ist auch bei einer hierarchischen Kirchenverfassung keine Stellung für das öffentliche Bildungswesen zu erdenken, die nicht bloß den Interessen jener Mächte, sondern auch der Natur des Schulwesens und der Gebühr der Schularbeiter gerecht wird. Auf dem Boden einer freien evangel. Kirche

inmitten eines wahrhaft freien Staates kann jedoch jene wünschenswerte Stellung für das Schulwesen gefunden werden, wie meine Schrift mit guten, hellen Gründen zeigt. Schon im Blick auf die katholische Hierarchie und die unter ihr seufzenden Gemeinden und Lehrer ist es daher sehr zu bedauern, daß unsere evangel. Kirchen- und Staatsmänner so wenig geneigt sind, das zu thun, was *ihnen* doch möglich ist, nämlich der Natur des Bildungswesens gerecht zu werden. Ein recht verfaßtes Schulwesen auf protestantischem Boden würde dem evangelischen Volksleben einen eminenten, angenfälligen Vorsprung vor dem katholischen gewähren und damit der römischen Hierarchie eine thatsächliche Kritik entgegenhalten, die ihr, zumal bei der gesteigerten Unzufriedenheit des Lehrerstandes höchst unbequem werden müßte.

Mein Wunsch, „die freie Schulgemeinde" in der Köln. Zeitung angezeigt zu sehen, hat allerdings auch noch einen andern Grund. Solange die Staatsmänner sich nicht eingehender mit der Schulverfassungsfrage beschäftigen, als dies bisher geschehen zu sein scheint, kommt das Schulwesen, namentlich das Volksschulwesen, aus seiner unbehaglichen Lage „zwischen Thür und Angel" nicht heraus. Wie der Wert meiner Schrift auch zu taxieren sein mag, — jedenfalls glaube ich, daß sie einem unbefangenen Leser zeigen kann, die Schulverfassungsfrage biete noch andere Seiten dar, als die landläufigen Parteien zu betrachten und zu besprechen gewohnt sind. Ohne besondere Veranlassung wird aber ein Staatsmann, der das Vielerlei, was seine Stellung ihm vorführt, beachten muß, schwerlich der litterarischen Produktion eines obskuren Schulmeisters sonderliche Beachtung schenken, und gewiß nicht mit Unrecht. Wenn daher Ihre Besprechung auch nur *einen* der vielen Politiker, welche die K. Zeitung lesen, veranlassen könnte, die Aufsätze über die freie Schulgenossenschaft näher anzusehen, so würde ich Ursache genug haben, mich zu freuen und Ihnen für diese Freude dankbar zu sein. Die Schulgeschichte ist nun einmal nicht pressiert und wird es auch niemals werden. . . .

. . . Mit meiner Auffassung der Schulverfassungsfrage ist, wie Sie finden werden, auch eine ziemlich abgegrenzte politische und kirchliche Ansicht verbunden. Hoffentlich stört es Sie nicht zu sehr, wenn Ihnen da und dort Differenzen in unsern Ansichten aufstoßen sollten. Ich glaube umsomehr Grund zu dieser Hoffnung zu haben, da meine politische Ansicht zur Zeit unter den *agierenden* politischen Parteien gar nicht vertreten ist, und meine religiöse Überzeugung durchaus in der heimischen Kirche und ihrer Geschichte wurzelt, in einem Boden, der bekanntlich gar *mancherlei* Pflanzen zu Gottes Preise getragen hat und noch trägt.

Wollen Sie schließlich noch erwägen und einrechnen, wie sauer es mir in meiner Stellung geworden ist, eine neue und befremdliche Auffassung der Schulverfassungsfrage klar und bestimmt darzulegen und doch auch so zu reden, daß sie nicht zu viel Anstoß erregen möchte: so werden Sie bei einiger Nachsicht an etlichen Stellen, die Ihnen sonst etwas anstößig klingen möchten, doch leicht und ohne Mißverständnis vorbeikommen. Ich will mir erlauben, beispielsweise auf *eine* dieser Stellen hinzudeuten. Bei dem, was meine Schrift über die „innige Verbindung" von Schule und Kirche und namentlich über das Verhältnis des höhern Lehrerstandes

zur Kirche sagt, haben selbst die Freunde Hollenberg und Hülsmann meinen Sinn resp. meine Absicht ein wenig mißverstanden. Sie haben eben etwas nicht mit hinzugedacht, was ich doch hinzugedacht, aber mit Absicht nicht ausdrücklich ausgesprochen hatte. Gewiß, wenn die Kirche durchaus bliebe, was und wie sie dermalen ist, so könnte eine noch innigere Verbindung zwischen ihr und der Schule der letzteren leichtlich unbequem werden. Ich frage aber einfach: kann eine Kirche, welche den Lehrerstand in ihre Vertretung und damit die treibende Bewegung auf dem Schulgebiet in ihren Organismus aufnimmt, auf die Dauer das und so bleiben, was und wie sie in der Isolierung war? Unmöglich. Was dann noch Unbequemes für die Schule bleibt, das mag sie geduldig auf ihr eigenes Schulkonto schreiben. — Auch bei dem über den höhern Lehrerstand Gesagten muß ein Hintergedanke ergänzt werden. Die Elementarschule befindet sich in Kriegsnot; sie ruft den höhern Lehrern in dieser Bedrängnis ein „Burschen heraus!" zu. Ob die, an welche dieser Notruf gerichtet ist, ihn vernehmen und verstehen werden, weiß ich freilich nicht; er wird aber nichts destoweniger seine Dienste thun, und der Erfolg der bedrängten Elementarschule zu gute kommen. Können Sie auch diese Kriegslist mit Nachsicht aufnehmen, so will ich's bestens verdanken. . . .

In Hoffnung auf die Ehre und Freude einer zukünftigen näheren Bekanntschaft empfiehlt sich mit aller Hochachtung

Ihr ergebener

Fr. W. Dörpfeld.

Duisburg, den 4. Dez. 1863.

Geehrtester Herr Dörpfeld!

. . . Ihre Opposition gegen die abstrakte Staatsschule teile ich vollkommen. So bin ich z. B. mit dem wichtigen Inhalt von S. 62 Mitte bis 66 oben fast vollständig einverstanden, nur daß ich manches natürlich anders ausdrücken würde. Auch was einige Seiten weiter vorn über die Regulative und das unnütze und verwirrende Verfügungswesen gesagt wird, billige ich, obwohl hier, namentlich in letzterer Beziehung das Urteil eigentlich weit schärfer ausfallen müßte. Was Sie aber zwischen beiden genannten Stellen von der Schweiz sagen, finde ich mehr als unbillig. Bei der ganzen politischen Auseinandersetzung auf S. 58 und 59 lassen Sie, wie mir scheint, ganz außer acht, daß diese Republiken auch eine Verfassung haben, die in gewöhnlichen Zeitläuften von beiden Parteien mit einer Gewissenhaftigkeit gehalten wird, von der wir bei uns zu Lande gar keinen Begriff haben. Eine große Krisis ist im ganzen nicht häufiger als bei uns, und selbst dann sind die Formen, in denen sie sich vollzieht, glatter und dem gewöhnlichen gesetzlichen Gange näher stehend. Von einer Aufhebung der Preßfreiheit durch die „omnipotente Majorität" kann gar nicht die Rede sein; und was Sie von Beschränkung der Orden, der Freimaurer ꝛc. sagen, scheint lediglich eine Folgerung aus der bekannten Vertreibung der Jesuiten zu sein, die ich für durchaus gerechtfertigt halte. Es handelt sich bei dem Jesuitenorden durchaus nicht um etwas, das im Staate „frei leben und weben will," sondern um eine aller staatlichen Ordnung widerstrebende Konspiration, um einen permanenten Hochverrat.

Doch ich könnte mich hier weit verlieren und bemerke ferner nur, daß eine künstliche Handhabung der Schule zur Erhaltung eines Parteiregiments nirgendwo auf größere Schwierigkeiten stoßen würde als in der Schweiz, wo den Einzelnen wie den Gemeinden alle Mittel des gesetzlichen Widerstandes offen stehen.

Bei Ihrer Besprechung der (schweiz.) Schulsynode, die allerdings in durchaus zweckmäßiger Weise aus Fachmännern besteht, haben Sie den Bestand der Bezirksschulpflege und der Gemeindeschulpflege ganz übersehen. Während unsere Synoden — die kirchlichen nämlich — eine höchst zweideutige Stellung nach oben und unten einnehmen und in mehrfacher Beziehung weder Fisch noch Fleisch sind, haben die schweizerischen Schulsynoden — der Name, der doch nur „Versammlung" bedeutet, ist gleichgültig — eine ganz bestimmte, sehr wichtige und bei uns gar nicht vorgesehene Funktion, nämlich die Begutachtung derjenigen interiora, welche bei uns einfach vom grünen Tische herab verfügt werden. Wird bei uns ja einmal etwas begutachtet, so geschieht dies auf dem schwerfälligen schriftlichen Wege und zwar auf bestimmte Aufforderung der Behörde, die sich die Sache immer so einrichten kann, daß es ihr mundgerecht wird. In der Schweiz tritt die offene Versammlung gewählter Vertreter hierfür ein, und das ist doch unbedingt eine höhere Form. In der Schulpflege sind dagegen die Eltern vertreten und zwar nach freier Wahl des Schulkreises (wofür wir undeutsch „Schulsocietät" sagen). . . . Es ist mir überhaupt rätselhaft, wie Sie es mit Ihren sonstigen Grundsätzen vereinigen wollen, die Familienhäupter von der Wahl des Schulvorstandes auszuschließen. Die allgemeinen Bemerkungen gegen den „Wellenschlag der Wahlbewegung" auf S. 91 können dazu nicht genügen. Dieser Wellenschlag pflanzt sich nicht in das innere Schulleben fort, und so weit er es etwa thun möchte, kann ihn ohne Zweifel die Schule weit eher ertragen als die Kirche. Warum soll diese wählen und die Schule nicht? Ist es bloß wegen der engen Verbindung, auf die Sie so großen Wert legen? Doch hier kommen wir auf den wichtigsten Differenzpunkt!

Sie nennen Ihre Schrift: „Die freie Schulgemeinde und ihre Anstalten auf dem Boden der freien Kirche im freien Staate." Hier ist zunächst zu bemerken, daß wir eine freie Kirche nicht haben. Im Bergischen ist die Kirche freier als an den meisten andern Orten, aber doch nicht frei. Sie ist urwüchsig und noch nicht zum Bedürfnis der Freiheit erwacht, — bei uns (in Duisburg und Umgegend) ist auch dieser Vorzug kaum vorhanden. Man sehe unsere Kirchenordnung! Wer hat sie gemacht? Wie ist sie beschaffen? Wo ist die freie Vermögensverwaltung? Wo die selbständige Organisation? Wo der geregelte Einfluß der mündigen Gemeindeglieder? Der letztere scheint allerdings im Bergischen weiter zu gehen als hier; ich kann auf das Einzelne nicht eingehen, aber mehrere Einrichtungen, die Sie für den ganzen Niederrhein angeben, sind hier unbekannt. Im ganzen dominiert eine kompakte Geistlichkeit, welche von den staatlichen Behörden Ämter, Würden und Anerkennung hofft, und die sich in der Regel den von der „höchsten Stelle" ausgehenden Einfällen ohne weiteres zu Füßen wirft. Die Gemeinde-Angelegenheiten werden verwaltet, daß es ein Greuel ist. Ich habe mancherlei Kollegien kennen

gelernt — städtische, pädagogische, kaufmännische — öffentliche und private — aber nirgend habe ich einen solchen Leichtsinn gefunden, wenn ich nicht Gewissenlosigkeit sagen soll, als in der Geschäftsführung von Presbyterium, Repräsentation und Synode; und zwar von den bloßen Formalien bis zur Behandlung wichtiger Fragen. Die Freiheit läßt solche Zustände gar nicht aufkommen. Ich weiß zwar, daß es in manchen Gemeinden besser ist; ich weiß aber auch, daß es an vielen Orten weit schlimmer ist, als ich erlebt habe; ich weiß auch, daß es in früheren Zeiten kaum besser war, vielleicht teilweise noch schlimmer. Trotz alledem will ich unsere mit der Kirche verbundene Schule noch jetzt lieber, als eine von unserm Staate, wie er jetzt ist (ein liberales Ministerium würde mir keinen Unterschied machen, solange der büreaukrautische Schematismus blieb), völlig beherrschte und den Gemeinden und Familien aufgezwungene Schule. Auch die Schulen des Kantons Zürich, obwohl sie fast in jeder Beziehung weit über den unserigen stehen, sind mir kein Ideal. Ich kann mir keine staatliche Freiheit denken, welche nicht die volle Unterrichtsfreiheit mit sich bringt. Ich weiß, daß ich mit dieser Forderung allein stehe, allein ich lasse mich dadurch nicht beirren. Solange der Staat Kirche, Schule, Familie, (Gewerbe) — kurz alles, was existiert, bevormundet, muß er auch auf die Bedürfnisse der Unterthanen Rücksicht nehmen. Er hat in Preußen, wie ich in meinem Artikel über Errichtung und Erhaltung der Schulen (Schmid's Encyklopädie) nachzuweisen versuchte, die ursprünglich der Kirche gehörigen Schulen dieser entzogen und hat sie verbessert und geregelt, aber ohne sie von der Kirche zu trennen. Dies war richtig, weil das Volk (die Familie) ein Bedürfnis hat, die Kinder in kirchlichem Geist und Sinn unterrichtet zu sehen. Sobald ich aber freien Staat, freie Kirche, freie Schule annehme, so folgt nach meiner Ansicht daraus, daß jeder Private, jeder Verein, jede Korporation nach Belieben Schulen errichten darf, — daß aber die bestehenden Schulen, soweit sie ursprünglich kirchlich waren und den konfessionellen Charakter erhalten haben, einfach der Kirche zugeteilt werden. Der Staat müßte nur da Schulen errichten — die dann aber auch nicht kirchlich sein und keinen Religionsunterricht haben dürften — wo weder die kirchliche, noch die bürgerliche Gemeinde eine Schule hält, und wo das Bedürfnis der Kinder auch nicht durch Privatschulen gedeckt wird.

Sie sehen, daß ich dem amerikanischen System am meisten gewogen bin. Ich kann darnach unterlassen, meine eigene Ansicht weiter auszuführen, da es für das Verständnis zwischen uns genug ist. Lassen Sie mich daher nur einige Hauptmomente zusammenfassen und ordnen.

1. Der Begriff der freien Schulgemeinde scheint mir vorauszusetzen, daß sich dieselbe
   a) frei bildet. Die Glieder müssen es auch unterlassen können.
   b) frei und nach eigenem Gutdünken organisiert. (Sie kann sich der kirchlichen Organisation anschließen oder auch nicht.)
   c) frei verwaltet und der Oberleitung des Staates nur so weit unterworfen ist, als der Staatszweck es unbedingt fordert.

2. Eine freie Schulgemeinde, die mit ihren Anstalten auf dem Boden der Kirche steht, ist also von vornherein ein Specialfall, wenn auch, namentlich für unsere Gegenden, der wichtigste. Es kann dabei eintreten:
   a) Eine Anzahl von Familien aus einer oder mehreren kirchlichen Gemeinden thut sich freiwillig zusammen, baut und dotiert die Schule und übergiebt sie sodann durch kundbaren Vertrag der kirchlichen Leitung.
   b) [Hauptfall] Die kirchliche Gemeinde selbst — deren Freiheit vorausgesetzt — oder eine Landessynode als Gesamtheit vieler kirchlichen Gemeinden tritt als Unternehmerin auf und errichtet die Schulen nach Gutdünken. (Die Freiheit ist eben dadurch gewahrt, daß die Korporation, welche selbst auf freien Institutionen beruhen muß, die Schule frei übernimmt. Die freie Kirchengemeinde ist die freie Schulgemeinde.)
3. Auf jedem andern, den allgemeinen Staatszwecken nicht widersprechenden Boden müssen ebenfalls Schulen errichtet werden können, welche mit den kirchlichen konkurrieren. Ich nenne nur
   a) große freie Associationen — wie in England.
   b) Orden und Verbrüderungen — (natürlich soweit das Wesen derselben nicht auf verbrecherische Endabsichten hinausläuft).
   c) Stadtgemeinden, Kreisverbände [zweiter Hauptfall].
   d) Fabrikbesitzer, Aktiengesellschaften, beliebige Vereine.
   e) Privatpersonen — einzeln oder durch Vereinigung — welche als Familienhäupter Interesse haben.
   f) Lehrer auf eigene Rechnung — einzeln oder als Genossenschaften — Lehrverbrüderungen ꝛc. [Dritter Hauptfall].
4. Es muß diesen Unternehmern durchaus überlassen bleiben, ob und wie sie Religionsunterricht erteilen wollen. Sofern das Princip des Schulzwangs bestehen bleibt, worüber ich mich der Kürze wegen lieber nicht ausspreche, darf der Staat außer der allgemein polizeilichen Aufsicht auch seine Aufsicht auf die notwendig geforderten Kenntnisse erstrecken. Zu diesen dürfen aber irgend welche Religionskenntnisse durchaus nicht gezählt werden. Die Religion mag so mystisch oder so abgeklärt sein, wie sie will, — es geht den Staat nichts an, solange die Gesetze gehalten werden.
5. Daraus folgt dann ferner, daß der Fall, wo der Staat die Schulen stellt [vierter Hauptfall] ganz eigener Natur sein muß. Es darf in diesem Falle, der überhaupt nur dann besteht, wenn nicht der letzte Rest von Schulzwang ganz beseitigt wird, nichts gelehrt werden, dessen Unentbehrlichkeit nicht aus dem allgemeinen — für Christen, Juden, Heiden gleichen — Staatszweck gefolgert werden kann; also keine Religion. Wohl aber ist natürlich den Eltern zu überlassen, wie sie diese Lücke ausfüllen wollen. Nach meiner Ansicht dürfte die Schule in diesem Falle nichts bieten als Turnen (natürlich nicht Reck, Barren ꝛc.), Elemente der Gesetzeskunde, Lesen und Schreiben. Letzteres mit Beziehung auf

den Gebrauch in Dokumenten; ersteres mit Rücksicht auf die Wehrpflicht.

Da haben Sie denn nun statt der Recension eine Entgegenstellung, vor der Sie sich vielleicht entsetzen werden; und doch liegen unsere Ansichten nicht so sehr weit auseinander. Sie sehen aber leicht, daß ich Ihnen von meinem Standpunkte aus unmöglich darin recht geben kann, wenn Sie eine einzelne Form der freien Schulgemeinde (der ich übrigens selbst meine Kinder auch anvertrauen möchte, wenn sie in Ihrem Sinne ausgebildet wäre) als einzige Form für das ganze Verhältnis hinstellen, während schon der Begriff der Freiheit fordert, daß die Sache, wo andere Neigungen vorliegen, auch anders gemacht werden könnte. Dieser Einwurf fällt aber umsomehr ins Gewicht, da ich eine propagandistische Absicht in Ihrem Buche nicht verkennen kann, und zu dieser kann ich nun einmal die Hand nicht bieten. Namentlich kann ich nicht recht einsehen, was gerade die Katholiken aus Ihrem Buche lernen sollen, doch lasse ich mir das gerne noch näher auseinandersetzen. . . .

Mit größter Hochachtung

Ihr

A. Lange.

Barmen, den 19. März 1864.

Geehrtester Herr Oberlehrer!

. . . In Betreff Ihrer Ausstellungen wird es angemessen sein, zunächst auf diejenigen, welche auch Ihr Brief voraufstellt, einiges zu bemerken.

Meine Anschauung von den schweizerischen Verhältnissen fußt hauptsächlich auf den genauen und umfangreichen Mitteilungen, welche Dr. Mager in der „Pädag. Revue" in den Jahren 1840—48 darüber gemacht hat. Der Reichtum der von Mager beigebrachten Thatsachen scheint mir nicht minder schätzenswert zu sein, als die Korrektheit seines Urteils. Jedenfalls darf sein Urteil für unparteiisch gelten, da er bekanntlich sich lange in der Schweiz aufgehalten hat und *lieber dort* als in Deutschland wohnen wollte; auch sind in der Revue die deutschen Verhältnisse stets viel schärfer beurteilt worden als die schweizerischen. Was ich später anderswo aus Schriften oder durch briefliche und mündliche Mitteilungen über die Schweiz erfahren habe, hat sich mit dem durch Mager Erfahrenen wohl vereinigt, weil es mir durch letzteres verständlich geworden war. Auch nach Ihren Äußerungen kann ich mich noch nicht überzeugen, daß in meinem Buche etwas Unrichtiges über die Schweiz gesagt sei. Allerdings hat wohl meine Darstellung, die sich auf knappem Raum bewegen mußte, nicht streng genug gesondert, was als Bericht über wirkliche Vorgänge gelten soll, und was als Räsonnement anzusehen ist. Sie mögen recht haben, daß ein sog. Systemwechsel in den Schweizer Republiken nicht weniger glatt oder gar noch glatter verläuft als in den deutschen Monarchien, zumal in den Großstaaten; allein hier bleibt doch noch zu untersuchen, wie viel von diesem glatten Verlauf dem gesetzlichen Sinn und wieviel den kleinen Kantonal-Verhältnissen zuzuschreiben ist. Ich habe nicht behauptet, daß eine ans Ruder gekommene politische Partei wirklich schon einmal

für ihre Zwecke die Preßfreiheit aufgehoben hätte; es ist dies nur als ein möglicher Fall hingestellt, und daß auch dieser ungeheuerliche Fall dort möglich werden könnte, geht mir aus andern Ungeheuerlichkeiten zur Genüge hervor. Die Verfolgungen, welche die „momiers“ (Pietisten) in den dreißiger Jahren im Waadtlande erduldet haben — teils auf gesetzlichem Wege, teils wider das Gesetz; — die Freischarenzüge in den vierziger Jahren; die Aufhebung der Klöster im Aargau; J. Fazy's Wirtschaft in Genf u. s. w., zeigen hinlänglich, daß die Schweizer in dem Genre der gesetzlichen und ungesetzlichen Ausschreitungen mindestens ebenso viel leisten können, als in Deutschland darin geleistet worden ist. Und was speciell die Aufhebung der aargauischen Klöster betrifft, die allerdings auf legalem Wege (NB. durch Verbindung der evangelischen Hälfte des Kantons mit einem kleinen Bruchteile der Katholiken — und nachdem erst die Verfassung für den Zweck zugeschnitten war) sich vollzog und namentlich den Schulen zu gute kommen sollte: so hat Mager, der (als Gymnasialprofessor in Aarau) die Vorgänge in nächster Nähe besehen konnte, mehr als einmal behauptet, daß genau nach weiland Karl Theodors und Konsorten Beispiel ein gut Teil des Inhalts der ausgenommenen Nester gar nicht in den Schulseckel gelangt sei. Bei der von mir supponierten Beschränkung der Orden liegt also, wie Sie sehen, nicht bloß die Möglichkeit, sondern die nackte Wirklichkeit vor; und die üble Behandlung der Altlutheraner in Preußen durch die sog. „Liberalen“ ist von den Liberalen im Waadtlande weit übertroffen worden. An die Vertreibung der Jesuiten habe ich nur nebenbei gedacht; sie würde mir auch nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn man allerwege gleiches Maß und Gewicht gebraucht, d. h. überhaupt keine geheimen Gesellschaften duldet, — also den Freimaurerbund formell nicht anders behandelt als den Jesuitenorden.

Die künstliche Handhabung der Schule zu politischen Parteizwecken halten Sie in der Schweiz für sehr erschwert. Ich halte sie überall für leicht, wo kirchliche und Schulangelegenheiten in die politischen Ordnungen hineinverflochten sind, — überall nämlich auf dem europäischen Kontinent, weil sich hier gar nicht sagen läßt, wo die Politik aufhört und die Theologie und Pädagogik anfängt: der Staat hält sich eben auch für die Kulturpolitik und damit zugleich für kirchliche und pädagogische Aufgaben berufen. Scherr in Zürich hoffte seiner Zeit durch seine Schulbücher und seinen Seminarunterricht ebenso gut politisches Kapital für seine Politik zu erwerben, wie Stiehl durch seine „Regulative“. Diese würden an sich gar nicht so übel sein, wenn sie nicht aus einer getrübten Quelle kämen; soll man aber mit dem Zeigefinger die Ingredienzien nachweisen, welche die Stiehl'sche warme Politik und marmorkalte Dogmatik hineingewebt hat, so wird einem das sehr schwer. Darum ist es auch schwer, den Einfluß einer politischen Partei abzuwehren, wenn diese am Staatsruder sitzt und zugleich das Schulregiment führt, — in der Schweiz nicht minder als in Deutschland.

Sie tadeln mit Recht, daß in meiner Schrift die Ausdrücke „Synode“ und „Konferenz“ als historisch festgewordene Bezeichnungen für differente Begriffe gebraucht sind. In Rheinland-Westfalen ist dieser Sprachgebrauch in der That so weit legitimiert, als jeder Lehrer wenigstens versteht, was

als Differenz gemeint ist. Synoden kennt man als Versammlungen, die erstens auf Grund von Wahlen eine Genossenschaft vertreten, die zweitens nicht bloß aus Fachmännern bestehen, und denen drittens weitreichende Funktionen beigelegt sind; — Konferenzen kennt man auf dem kirchlichen und Schulgebiet hier nur in der Form, wo die vorgenannten drei Merkmale fehlen. (Vgl. in Betreff der beiden Ausdrücke z. B. M. Göbel, Geschichte des christlichen Lebens, Band I, S. 409.) Der Wunsch, durch meine Ausdrucksweise den Lesern auf dem kürzesten Wege verständlich zu werden, hat mich allerdings zu einer Inkorrektheit verleitet.

Die neue Kodifikation des Zürich. Schulges. v. J. 1859 war mir bekannt, d. h. ich hatte das Gesetz seiner Zeit irgendwo gelesen. Mit Bezug auf die Punkte, welche an der betreffenden Stelle meiner Schrift hervorzuheben waren, hatte ich jedoch keine wesentlichen Veränderungen gegen früher darin gefunden; darum gab ich mir auch keine Mühe, das neue Gesetz wieder zu Gesicht zu bekommen, obwohl mir dies durch Züricher Freunde sehr leicht gewesen wäre. — Die Gemeinde- und Bezirksschulpflege im Kanton Zürich habe ich nicht übersehen; wie mir Ihre Bemerkung zeigt, habe ich aber unrecht gethan, sie zu übergehen. Mir kam es nur darauf an, in aller Kürze zu zeigen, daß die Züricher (und Berner) Schulsynoden nicht das sind, was die Konsequenz meiner Idee der freien Schulgenossenschaft fordert: nämlich Versammlungen, welche in ihrem Bereiche alle Angelegenheiten der Schulgenossenschaft rechtlich vertreten und vertreten können, im Sinn der oben bezeichneten drei Qualitäten, — entsprechend unsern rhein.-westf. Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Presbyterien (Synoden), natürlich mit Abrechnung der Beschränkungen, welche „der Preuße" in unserer Kirchenordnung angebracht hat. Daß die Züricher Schulsynoden aber diese Stellung und Bedeutung nicht haben, liegt auf der Hand, selbst wenn auch ihre Funktionen gegenüber der Schulregierung in manchem Betracht weiter reichen sollten, als die der hiesigen kirchl. Synoden; auch ist unschwer zu beweisen, daß das Züricher Schulwesen darum ein (relativ) unfreies bleibt.[1]) Mit einem intelligenten Fabrikanten aus dem Kanton Zürich, der sich zu Anfang des vorigen Jahres mehrere Monate hier aufhielt, habe ich manchen Abend über die Zürcherischen Verhältnisse und Zustände verhandelt, namentlich über Kirchen- und Schulangelegenheiten. Bei aller Übereinstimmung unserer Gesinnung und Denkungsart konnten wir uns doch anfänglich über das Wesen der Züricher Kirchen- und Schulverfassung schwer verständigen. Meiner Behauptung, daß sein heimisches Kirchen- und Schulwesen unfrei sei, glaubte er einfach die andere entgegenstellen zu können, daß sein Kanton durchaus nach demokratisch-republikanischen Grundsätzen regiert werde. Was uns trennte, war aber der Umstand, daß er über die unterschiedliche Natur der politischen, kirchlichen und pädagogischen Angelegenheiten zu wenig nachgedacht hatte und darum nicht auf den Gedanken gekommen war, daß diese Differenzen auch durchgreifende Unterschiede in der Ver-

---

[1]) Bei Organisationsfragen muß bei dem Begriffe „frei" nicht bloß sein juristischer, sondern auch sein physiologischer Sinn berücksichtigt werden, sonst wird der Vollsinn nicht getroffen.

fassung und Verwaltung jener Angelegenheiten bedingen. Sobald seine Gedanken aber die rechte Richtung gefunden hatten, gestand er willig ein, daß die Züricher Kirche und Schule in der That noch *nicht* recht frei seien und auch der Staat selber durch dieses Verhältnis wiederum unfrei werde. [Nochmals: *juristisch* frei ist noch nicht *physiologisch* frei.]

Wenn Sie sagen, es sei zweckmäßiger, eine Schulsynode nur aus Fachmännern zusammenzusetzen (wie in Zürich), so würde dieser Satz, wenn er wahr wäre, meine ganze Theorie mit einem Male durchstreichen und auf dem kirchlichen Gebiete die Konsistorialverfassung (ergänzt durch Pastoren-Synoden) empfehlen. In einem beschränkteren Sinne, nämlich so, daß die gemischte Schulsynode (die des Kreises wie die der Provinz) ein Kollegium aus sich herausseţe resp. neben sich habe, das wesentlich zur Beratung technischer Angelegenheiten dienen soll, und darum vorwiegend (doch nicht ausschließlich) aus Fachmännern wird bestehen müssen, ist Ihr Satz auch in meiner Schrift behauptet worden.

Sie finden meine Abneigung gegen die *Urwahlen* auf dem Schulgebiet rätselhaft. Auch Herr v. Vincke tadelt dies in einem seiner Briefe und meint, die Schulrepräsentation müßte unbedingt aus Urwahlen hervorgehen. Da meinen Vorschlägen an dieser Stelle keinerlei absonderliche Klüglichkeiten zum Grunde liegen, sondern dieselben lediglich auf Erwägungen der Natur der Verhältnisse beruhen, so würde ich mich ohne Zweifel mit jedem, der gleichfalls diesen Standpunkt einnehmen und keinerlei Liebhabereien mitsprechen lassen will, bald über einen Modus zur Herausbildung der Gemeindeorgane verständigen. Stände es z. B. so, wie Prof. Albr. Vogel (jetzt in Wien, früher in Jena) einmal in der Deutschen Zeitschrift vorschlug, daß die kirchl. Organisation aus der Organisation der *Schulgemeinde* sich aufbaute, so würde ich die Urwahlen auf dem Schulgebiete gelten lassen können, resp. gelten lassen müssen; und so sind noch andere Fälle denkbar, wo mir diese Urwahlen genehm sein würden. In dem Ensemble meines gesamten Organisationsplanes scheinen mir die Urwahlen weder notwendig, noch rätlich zu sein. Für die Notwendigkeit weiß ich keinen Grund zu finden. Gegen die Rätlichkeit spricht erstlich der Umstand, daß in dem Familienkomplex, der die Schulgemeinde bildet, schon ohnehin zweierlei Urwahlen (die kirchlichen und kommunalen) vorkommen -- ungerechnet die politischen — aus welchen eben *meine* Schulgemeindeorgane mit hervorgehen sollen; sodann, daß zu häufige Wahlen die Leute müde machen; und drittens, daß diese Ermüdung namentlich der Volksschule fühlbar werden würde. Mein Vorschlag, das sog. Wahlkollegium in seinem Grundstock aus dem kirchlichen Presbyterium hervorgehen zu lassen, ist bekanntlich nicht erdacht, sondern aus der bestehenden niederrhein. Schulordnung mit aufgenommen. Der principielle Grund dafür liegt allerdings in der von mir gewünschten Verbindung der Schule und Kirche, aber in einem andern Sinne, als Sie diesen meinen Wunsch zu verstehen scheinen. (Verbindung vermittels des *Laienstandes* anstatt allein durch den *Pastorenstand*.) Es handelt sich mir dabei vor allem um ein Kollegium, welches mutmaßlich ein Sensorium für die kirchlichen Qualifikation des Lehrers, ich meine die gottesfürchtige Gesinnung, hat und die erziehliche Aufgabe der Schule nicht übersieht. Diese Mutmaßung

dürfte in der Regel am ehesten bei denen zutreffen, welche etliche Jahre in kirchlichen Ämtern gedient haben. Trifft sie hier nicht zu, so läßt sich überhaupt keine Maßregel erdenken, welche der Schule die gewünschte Garantie bietet. Zum andern will mein Vorschlag das Band zwischen Kirche und Schule in die Gemeindevertretung (Laienelement) verlegen, um einerseits der Ansicht entgegenzutreten, welche dieses Band ausschließlich in dem Aufsichtsrecht der Pfarrer, Superintendenten u. s. w. sucht, und um andrerseits das Bewußtsein von der christlichen Aufgabe der Schule in der Gemeinde selbst lebendig zu erhalten.

Ließ sich ein passender Modus finden, wonach die sämtlichen selbständigen Familienväter der Schulgemeinde bei der Lehrerwahl neben dem „Wahlkollegium" konkurrieren könnten — wie es auch schon die erste niederrhein. Synode (Vorsynode) zu Wesel im Jahre 1568 hinsichtlich der Predigerwahl wünschte — so würde ich dem gern zustimmen. Ein dahin zielender Vorschlag ist in meinem Buche darum nicht gemacht, weil ich wußte, daß mein Organisationsplan ohnehin bei $^9/_{10}$ der deutschen Kirchenmänner als ultra-demokratisch angesehen werden würde. (Völter z. B. drückt sich im Südd. Schulboten wörtlich so aus, und Dr. Lübkers Urteil in der Neuen Ev. Kirchenzeitung weicht dem Sinne nach nicht weit ab; selbst Diesterweg nennt im Päd. Jahrbuch 1864 meine Auffassung „radikal".) So sind noch manche andere Erwägungen, die mich bei der Aufstellung meines Verfassungsplanes in dem vorbesprochenen Punkte wie an anderen Stellen geleitet haben, mit Absicht verschwingen oder nur leise angedeutet worden, auf die ich wegen Mangel an Zeit leider auch hier nicht näher eingehen kann. . . .

. . . Ich komme jetzt zu den Punkten, die Sie als Hauptdifferenzpunkte bezeichnen.

Meine Schrift redet von einer freien rhein. Kirche, während nach Ihnen keine freie Kirche, die diesen Namen verdient, bestehen soll. Verständigen wir uns! Mich dünkt, die Verständigung zwischen uns wird gerade an dieser Stelle nicht schwer sein, wenn anders unsere Begriffe von „Freiheit" nicht zu sehr von einander abweichen. Der meinige stammt zum guten Teil aus meiner Lieblingsbeschäftigung mit der Naturkunde, namentlich mit der Physiologie. Ich bemerke das, weil mir bei allen Dingen (Institutionen, Personen, Ansichten) die Herkunft (Genesis) sehr wichtig scheint; wie denn z. B. ein aus vorwiegender Beschäftigung mit der Jurisprudenz herstammender Begriff der Freiheit sich mit dem meinigen in der Praxis schwerlich vertragen würde. Nach meiner Auffassung darf ein Wesen (Individuum oder Gemeinwesen) frei heißen, wenn es derart **eingerichtet, gestellt** und **begabt** ist, daß es seiner **Natur** und **Bestimmung** gemäß leben kann. Lege ich diesen Maßstab an den Zustand der rhein. Kirche an, so scheint mir das Resultat der Schätzung so bezeichnet werden zu können:

Der inneren Einrichtung (Kirchenordnung) nach kann die Kirche unbedenklich eine freie genannt werden, obgleich in meinen Augen die Organisation der Lokalgemeinden nur eine mechanische (juristisch-ausgeklügelte) ist.

In ihrer Stellung zum Staate und zur Staatsregierung (resp. zum Konsistorium) ist die Kirche allerdings noch recht beschränkt, jedoch

nicht in dem Maße, daß ihr im Vergleich zu allen andern deutschen Landes-Kirchengemeinschaften (die Badener nicht ausgenommen) der Ruf, die freieste Kirche zu sein, abgesprochen werden dürfte.

Schlimmer steht es — ich meine nicht im Vergleich zu andern Kirchen, sondern im Blick auf das Ideal — um das dritte Erfordernis der Freiheit, um die Begabung. Wäre diese, nämlich Einsicht, Geschick und guter Wille, in dem wünschenswerten Grade vorhanden, so würden die Gebrechen der inneren Organisation und der äußeren Stellung längst beseitigt oder doch deren nachteilige Einflüsse durch desto fleißigere und treuere Arbeit der wirklich freien Organe überwunden worden sein. Am geringsten ist natürlich die innere Begabung in denjenigen Gegenden und Gemeinden, welche die Presbyterialverfassung erst seit 1835 und zudem nur in dieser preußisch verschnittenen Form kennen, und wo, wie am preuß. Oberrhein, die Gemeinden auch heute noch nicht das Recht haben, ihre Prediger zu wählen. Die große Verschiedenheit der Gegenden in dieser Hinsicht ist sogar den Elementarlehrern in ihrer Stellung zu den Pastoren sehr merkbar; so z. B. — um von den Regierungsbezirken Minden, Koblenz und Trier zu schweigen — befindet sich der Lehrerstand im Bergischen in einer weit freieren Stellung zu den Pastoren als in der Grafschaft Mark und im Klevischen. (Das Jülich'sche kann weniger in Betracht kommen, weil die dortigen evangelischen Gemeinden erst in neuerer Zeit zu einiger Bedeutung gekommen sind; früher waren es arme und bedrückte Diaspora-Gemeinden.) Eben der Umstand, daß die meisten Gegenden Rheinlands und Westfalens noch zu wenig für ein kirchliches Selfgovernment ausgerüstet sind, hat auch auf die besser begabten Distrikte nachteilig eingewirkt und überhaupt die Aktion der Provinzialsynoden gelähmt. Diesen Hemmnissen ist aber durch äußere Maßnahmen nicht beizukommen; sie müssen nach und nach von innen heraus überwunden werden.

Was Sie von den Unregelmäßigkeiten in der kirchlichen Verwaltung sagen, wird wohl seine Richtigkeit haben; ich könnte selbst aus dem Bergischen einige Belege dafür anführen. Schlimmer aber noch als die mangelhafte Befähigung für die Vermögensverwaltung und die unselbständige Stellung der Gemeindeglieder scheint mir auch in Ansehung der Freiheit die unzulängliche Ausrüstung der Presbyter für die geistlichen Funktionen ihres Amtes zu sein. Eine Gemeinde, welche nicht solche Presbyter erzeugen kann, wie sie zum inneren Ausbau der Kirche nötig sind, — deren Selbständigkeit sinkt auf die Dauer der Geistlichkeit gegenüber, falls diese leidlich ihre Pflicht thut, auf ein höchst dürftiges Maß herab. Und wenn eine solche Gemeinde auch zu gewissen Zeiten um äußere Gerechtsame mit der übergreifenden Hierarchie ringen wollte wie der preuß. Landtag mit der Staatsregierung, so würde sie dadurch selbst im günstigsten Falle nicht freier sein und werden, als ein Fuß frei ist, der zwar fest stehen, aber nicht gehen kann. „Ein jeder nehme wohl in acht, was ihn zu Ehren hat gebracht," — das ist mir die erste Bedingung für eine gedeihliches Streben nach Freiheit. Täusche ich mich nicht, so giebt es leider nicht viele Pfarrer, welche die unzureichende geistliche Begabung ihrer Presbyter ernstlich beklagen und auf Mittel und Wege der Besserung sinnen; — die meisten sind nicht nur damit zufrieden, sondern wünschen

ſogar, daß die Presbyter ſich lediglich mit äußerlichen Angelegenheiten befaſſen. Das iſt viel nachteiliger für die Freiheit der Gemeinde als alle Beſchränkungen, welche unſere heimiſche Kirche durch die Staatsregierung erfahren hat, und doppelt nachteilig, weil die Presbyter kein Gefühl dafür haben, was verloren worden iſt, ſeitdem ſie „aus ihrer Feſtung entfallen" ſind. Gelegentlich ſagte ich einmal einem Pfarrer: wenn ich Paſtor wäre, ſo würde ich z. B. meine Presbyter dringend und immer dringender bitten, auch die Kranken ihres Bereiches zu beſuchen; ich würde ſie ferner einladen, wöchentlich oder alle 14 Tage an einem Abend zu einer gemeinſamen Beſprechung über religiöſe Fragen (oder einen Schriftabſchnitt) zu mir zu kommen; ich würde ferner alle 4 oder 6 Wochen für Presbyter, Repräſentanten und alle, die ſich für ein ſolches Amt vorbereiten wollen, Vorträge über die Kirchenordnung, die Kirchengeſchichte und andere religiöſe Materien halten und dieſe Vorträge für ebenſo notwendig ſchätzen als den üblichen Konfirmanden-Unterricht. Sie hätten das Geſicht ſehen ſollen, das der Mann bei dieſen phantaſtiſchen Vorſchlägen machte!

Wenn nicht alle Zeichen trügen (z. B. auch die verſchwindend geringe Zahl wiſſenſchaftlich-theologiſcher Schriften, welche aus der rheiniſch-weſtfäl. Geiſtlichkeit hervorgehen), ſo ſcheint es auch mit der wiſſenſchaftlich-theologiſchen Ausrüſtung der heimiſchen Kirche nicht zum beſten geſtellt zu ſein. Selbſt mit der kirchlichen Zeitſchriften-Litteratur ſteht es in unſern Provinzen kümmerlich genug. Während der weit geringer vorgebildete Elementarlehrerſtand im Laufe von 7 Jahren ein Schulblatt zu ſtande gebracht hat, das in allen deutſchen Landſchaften — ſelbſt in der Schweiz und in Holſtein — Leſer, Freunde und Mitarbeiter zählt, kann das „Evangel. Gemeindeblatt", das noch etwas früher ins Leben trat, ſich nur mit Not über Waſſer halten, obwohl den Geiſtlichen vom Konſiſtorium geſtattet worden iſt, das Blatt auf Koſten der Kirchenkaſſe zu halten, wogegen das Ev. Schulblatt mit der Ungunſt bezw. Gleichgültigkeit der Schuloberen kämpfen muß und z. B. im Laufe der 7 Jahre noch niemals eine Abhandlung von einem geiſtlichen Schulinſpektor oder einem Schulrate gebracht hat. Denkt man nun vollends daran, welche Aufgabe die rheiniſch-weſtfäliſche Kirche (d. i. ihre Geiſtlichkeit, ihre wiſſenſchaftliche und praktiſche Litteratur, ihre Paſtoralkonferenzen und andern religiöſen Verſammlungen u. ſ. w.) vermöge ihrer freieren Verfaſſung und ihrer lehrreichen Geſchichte für das ganze deutſche Vaterland gehabt hat, auch hinſichtlich der Schulfrage und hinſichtlich der Sammlung der Lehrer an höhern und niedern Schulen für dieſe Aufgabe, — und vergegenwärtigt man ſich dann, wie wenig dieſe Aufgabe gelöſt worden iſt, und wie wenig man daran denkt, ſie zu löſen: ſo kann man ſich in der That einer tiefen Scham nicht erwehren; und Sie werden mir abfühlen, daß der hierin zu Tage tretende Zuſtand der heimiſchen Kirche es nicht geweſen iſt, der mich dazu begeiſtert, eine engere Verbindung zwiſchen Schule und Kirche zu wünſchen und zu befürworten. Einen größeren Spielraum gegenüber dem Staate kann ich einſtweilen für die rheiniſch-weſtfäliſche Kirche nicht wünſchen. Der ihr gewährte Raum war groß genug, um den Beweis liefern zu können, ob ſie zu einer vollſtändigen Selbſtverwaltung befähigt ſei. Ich kann nicht ſehen, daß dieſer Beweis geliefert worden iſt. Könnte